

Joachim Käppner

1918

Aufstand für
die Freiheit

Die Revolution
der Besonnenen



PIPER

»Der Krieg ist für die Reichen, die Armen zahlen mit Leichen.«

Die Revolution der Arbeiter und Soldaten von 1918 war eine epochale Auflehnung gegen Krieg und Militär. Sie war die einmalige historische Chance, ein demokratisches Deutschland zu schaffen, das stärker gewesen wäre als die Weimarer Republik. In nur wenigen Tagen erreichte sie, was in Jahrzehnten nicht gelungen war: die autoritäre Ordnung des Kaiserreichs zu stürzen. Für einige Wochen hatte die Revolutionsregierung, geführt von der SPD, die Gelegenheit dazu, die alten Eliten zu entmachten, und nutzte sie nur halbherzig – kein Verrat, wie man ihr später vorwarf, aber eine epochale Fehleinschätzung. Das verhängnisvolle Bündnis der Sozialdemokratie mit der Heeresleitung wurde zur Erblast für die Weimarer Republik. Joachim Käppner zeichnet ein umfassendes Bild der Revolution, die trotz ihres Scheiterns ein Meilenstein in der Geschichte der deutschen Freiheitsbewegungen ist.

»Ein kenntnisreiches, gut lesbares Buch,
das die Leistungen der revolutionären Soldaten
und Arbeiter betont.« *ZEIT Geschichte*



PIPER

Zu diesem Buch

Die Revolution der Arbeiter und Soldaten von 1918 – eine historische Chance für ein demokratisches Deutschland, die nicht genutzt wurde. Ziel der Revolutionäre war nicht, nach russischem Vorbild ein bolschewistisches Regime zu errichten, sondern den Krieg zu beenden und die Freiheit zu erringen. Das Aufbegehren in Deutschland blieb verhältnismässig friedlich, bis die von der SPD geführte Übergangsregierung, der «Rat der Volksbeauftragten», mit der alten Heeresführung ein Bündnis schloss, statt sie umgehend abzusetzen. Die Radikalisierung des Protestes bis zu den «Weihnachstkämpfen» 1918 war eine Folge. Am Ende mobilisierte eine sozialdemokratische Regierung ihre früheren Todfeinde aus dem Militär gegen die Revolutionäre. Doch die Geister, die sie rief, wurde sie nie wieder los – zum bleibenden Schaden für die junge Demokratie.

In der Geschichtswissenschaft galt lange das Diktum, die SPD habe keine andere Wahl gehabt, als sich gegen die linksradikalen und für die reaktionären Kräfte zu entscheiden. Joachim Käppner wertet Quellen und neueste Forschungsergebnisse aus und zeichnet ein gerechteres Bild der Arbeiter und Matrosen, die eine Welt aus den Angeln hoben.

Joachim Käppner, promovierter Historiker, ist Redakteur und Autor bei der Süddeutschen Zeitung. Zuletzt erschien von ihm im Berlin Verlag *Die Familie der Generäle. Eine deutsche Geschichte.* und *Berthold Beitz. Die Biographie.* Joachim Käppner wohnt in München.

Mehr über unsere Autoren und Bücher: www.piper.de

Von Joachim Käppner liegt im Piper Verlag vor: Berthold Beitz. Die Biographie.



MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C083411

Überarbeitete Taschenbuchausgabe

ISBN 978-3-492-23568-6

September 2019

© Piper Verlag GmbH, München 2017

Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt, München

Umschlagabbildung: Bettmann/Getty Images

Satz: Kösel Media GmbH, Krugzell

Gesetzt aus der Minion Pro

Litho: Lorenz & Zeller, Inning am Ammersee

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

Printed in the EU

Eingelesen mit [ABBYY Fine Reader 16](#)

Mit welcher Wollust wühlten und schaufelten Soldaten oben in den Kleidern und Gerätekammern. Mit welchem Erlösungsgefühl schütteten sie die Sachen herab. Da flogen die Schaufeln, gedacht für die Schützengräben und ihnen selbst das Grab zu öffnen. Mit diesen Mänteln sollten die neuen Regimenter eingekleidet werden. In ihnen sollten sie zerschossen werden. Tod, Blut, Kanonenkrachen aus allen Stücken. Sie schleuderten sie weit weg, herunter auf die gierigen Zivilisten. Da war es gut aufgehoben. Von da würde es nie wieder kommen.

Alfred Döblin, *November 1918*
(verfasst 1937-1943)

Inhalt

«Behüt dich Gott, es wär zu schön gewesen»:	Einführung	11
«Dann fahr mal alleine los!»:	Oktober 1918 – eine deutsche Revolution	21
«Geh weg, Schwein, stinkst»:	Hochmut und Hybris der Marine	21
«Der 1. Schuss hat unberechenbare Wirkung»:	Der Funke von Wilhelmshaven	24
«Soldaten, schiesst nicht auf Arbeiter!»:	Feuer in Kiel	28
Zwei Revolutionäre:	Karl Artelt und Lothar Popp	34
Tod auf SMS <i>König</i> :	Die Revolution und ihre Feinde	38
Flammen des Aufruhrs:	Die Revolution breitet sich aus	45
Rückblick: Die SPD und das Kaiserreich bis 1918		48
«Der Dreck des Parlamentsapparats»:	Im wilhelminischen Deutschland	48
Sozialismus, Freiheit, Ohnmacht:	Die Welt der Arbeiterbewegung	54
Götter und Genossen:	Das Militär gegen den «inneren Feind»	64
«Nicht schiessen wollen wir auf euch»:	Die SPD als Friedenspartei	74
Burgfrieden, Friedhofsruhe: Im Ersten Weltkrieg		79
«Das Herz hätte einem springen mögen»:	Um die Seele der Partei	79
«Mich fröstelt, und ich brauche Wärme»:	Die Spaltung der Sozialdemokratie	91
Feindliche Brüder:	Friedrich Ebert und Hugo Haase	104
«Da lehnen sie, die weichen Besen»:	Entscheidung in Gotha	112
«1'500 Hände wie zum Schwur»:	Die Januarstreiks 1918	121
Novembersturm: Die Throne wanken		138
«Sie sehen aus wie Gespenster»:	Die brechende Front	138
«Bist Du von Gott verlassen?»:	Die Bürde der Macht	152

Fake News 1918: Die Geburt der Dolchstosslegende	155
«Die Toten reiten schnell»: Der Sturz des Kaiserreichs	160
«Die Nacht verlief verhältnismässig ruhig, abgesehen von kurzen Schiessereien»: Die Revolution überrollt das Reich	163
Freiheit des Andersdenkenden: Die gespaltene Arbeiterbewegung	178
«Es lebe die deutsche Republik»: Der 9. November 1918	184
«Ersatzbataillon 48 versagt den Gehorsam»: Generäle ohne Soldaten	184
«Nicht unter dem Befehl Eurer Majestät»: Die Stunde des Kanzlers	188
«Scheidemann, komm schnell»: Die Ausrufung der Republik	192
«Wie eine vom Marder umkreiste Hühnerschar»: Das Dilemma der USPD	199
Das Gefühl, dass etwas fehlte: Die Regierung der Volksbeauftragten	207
«Du Hund wirst uns alles verderben»: Machtkampf im Zirkus Busch	207
«Hierzu hat mich die Revolution autorisiert»: Die sozialistische Einheitsregierung	212
«Träger des Wehrgedankens»: Das «Bündnis» Ebert-Groener	217
Unter der roten Fahne: Macht und Ohnmacht der Räte	224
«Die Magna Charta der Revolution»: Erfolge	230
«Verfluchte Kontinuität»: Versäumnisse	238
Und bist du nicht willig: Die Gewalt des Militärs	260
«Schwarzes Herz auf rotem Grund»: Der erste Putschversuch, 6. Dezember 1918	260
«Die stehen mit den anderen»: Eine Regierung fürchtet ihre Verteidiger	275
«15 gut disziplinierte Divisionen»: Zweiter Putschversuch, 10. Dezember	290
«Dutzende wilde Männer»: Der Reichsrätekongress	299
«Warum hat man nicht alle Generäle entlassen?»: die «Hamburger Punkte»	305
«Verhängnisvolle Abstinenz»: Die USPD entleibt sich selbst	311
Triumph der Generäle: Die MSPD knickt ein	315
«Ich machte kehrt»: Kontrollversuche	320

Das Schloss der roten Matrosen: Blutige Weihnachten	326
«Ein sehr vernünftiger, besonnener Mann»:	
Die Volksmarinedivision – Porträt einer revolutionären Truppe	326
«Warum sind wir betrogen?» Die Volksmarinedivision – Schicksal einer revolutionären Truppe	335
«Wir können hier nicht bleiben»: Die Einheitsregierung zerbricht	351
«Verliert nicht den Mut, Kinder!»: Frauen in der Revolution	357
Vom Herd zum Maschinengewehr: Frauenrollen, Rollenbilder	357
Die Rebellin: Toni Sender	370
Die Farben der Gewalt: Weisser Terror	378
Der «Bluthund»: Noske	378
«Ihr macht euch euren Radikalismus ein bisschen sehr bequem»: Die Gründung der KPD	383
«Die deutsche Revolution ist tot, der weisse Schnee färbt sich blutrot»: Spartakus	386
Suppes Kampf: Das letzte Gefecht der Republikaner	399
«Schlagt alle tot!»: Die Freikorps	406
«Sie sind tot, gemeuchelt, gemeuchelt»: Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht	411
«Einheit, Freiheit, Vaterland»: Die Nationalversammlung	418
Scheinriese der Demokratie: Die Weimarer Koalition	418
Im Frühling blüht der Hass: In den deutschen Bürgerkrieg	424
«Dann war es ein Traum»: München 1919 – Epitaph einer Revolution	435
«Es hat nicht sollen sein»: Schluss	452
Nach 1919: Revolutionäre Lebenswege	461
Dank	470
Bibliografie (Auswahl)	472
Anmerkungen	483
Abbildungsverzeichnis	514
Register	515

«Behüt dich Gott, es wär zu schön gewesen» Einführung

Die deutsche Revolution lag kaum ein Jahr zurück, da schrieb ihr Kurt Tucholsky 1919 schon eine Grabrede:

*Behüt dich Gott, es wär zu schön gewesen,
behüt dich Gott, es hat nicht sollen sein (...)
Wir dachten schon: Jetzt gilts den Offizieren!
Wir dachten schon: Hier wird nun ernst gemacht.
Wir dachten schon: Man wird sich nicht genieren, ...
das Feuer brennt einmal ...es ist entfacht...
Wir dachten schon: Nun kommt der Eisenbesen ...
Doch weicht der Deutsche sich die Hosen ein.
Behüt dich Gott, es wär zu schön gewesen,
behüt dich Gott, es hat nicht sollen sein!¹*

Behüt dich Gott: Tucholskys Text aus der *Weltbühne* rührt noch heute an, ein Jahrhundert später. Eine tiefe Trauer spricht daraus, Trauer um eine verlorene Möglichkeit, um eine einmalige, verpasste Chance. Dabei hatte die Revolution zu diesem Zeitpunkt eigentlich Gewaltiges erreicht: den Sturz des Kaiserreichs und seiner gestrigen Ordnung, eine Nationalversammlung, welche die erste deutsche Demokratie aus der Taufe hob; ein modernes Wahlrecht, die fortschrittlichste Verfassung und die tiefgreifendsten Sozialgesetze, die es in Deutschland je gab. Und doch. Der Schriftsteller spürte mit wachem Geist, wie labil diese neue Demokratie sein würde, wie mächtig die alten Gewalten noch waren. Wir dachten schon, es galt den Offizieren? Aber sie waren immer noch da, ebenso wie die Juristen und Verwaltungsbeamten des alten Obrigkeitsstaates, die Industrieführer und rechten Zeitungsazaren und die vielen anderen, die der jungen Republik von Beginn an nach dem Leben trachteten. Nur wenige Jahre später, 1933, war die deutsche Freiheit tot.

«Was auf Weimar folgte, war so schrecklich, dass wir das Scheitern der ersten Republik zu den grossen Katastrophen der Weltgeschichte rechnen müssen», schrieb der Berliner Historiker Heinrich August Winkler 1991 in seinem glänzenden Buch *Weimar 1918 -1933. Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, und wer sich mit diesem Scheitern befasse, leiste «damit notwendigerweise immer auch Trauerarbeit».² Die Revolution von 1918, die nach Weimar führte, blieb unvollendet, widersprüchlich, zwiespältig. Sie fegte das wilhelminische Kaiserreich beiseite, liess seine Institutionen aber bestehen; sie stützte sich in ihren Anfängen auf Hunderttausende bewaffnete Soldaten und fand schon zwei Monate später kaum noch Freiwillige, welche die Regierung bewachen mochten; sie begann mit der Verheissung einer neuen Ära und Ordnung und endete mit den Massakern, verübt von rechtsradikalen Freikorps, in einem jahrelangen, zähen, immer wieder aufflackernden Bürgerkrieg.

Der Anfang der deutschen Republik liegt im Schatten ihres Untergangs. Inkonsequenz, Zögern und Schwäche scheinen für viele das Kennzeichen der Revolution wie der aus ihr hervorgegangenen Demokratie zu sein; und so hat diese Revolution vergleichsweise wenig Spuren im kollektiven Gedächtnis hinterlassen, ausser Momentaufnahmen wie der Ausrufung der deutschen Republik durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann am 9. November 1918 und das grässliche Ende der linken Revolutionäre Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wenige Wochen später.

In anderen demokratischen Staaten wäre der Sturz der alten Throne der Stoff, aus dem die Mythen der eigenen Gründungsgeschichte gewebt werden: Männer und Frauen, die sich der Ungerechtigkeit entgegenstellen, ihr Leben riskieren, um eine bessere Welt zu schaffen. Der Sturm auf die Bastille und die Französische Revolution 1789 sind ein Beispiel dafür, so wie der Unabhängigkeitskrieg der USA 1775 bis 1783, der Aufstand Simon Bolivars gegen die spanischen Kolonialherren in Südamerika ab 1810; der Sieg der Nordstaaten gegen die Sklavenhalter im amerikanischen Bürgerkrieg 1861 bis 1865. In der Überlieferung leben diese Geschehnisse fort, Denkmäler erinnern an sie; und selbst wer sich für Details der Geschichte wenig interessiert, kann mit den Namen der Helden von damals etwas anfangen und versteht, wofür sie standen und was sie mit der eigenen Gegenwart verbindet.

Aber es gibt keine vergleichbare Erzählung über den erstaunlichen Triumph der ersten Novembertage 1918, als die Freiheit plötzlich zu siegen schien in Deutschland. Bestenfalls erzeugt der Name des linken Sozialdemokraten und Kriegsgegners Hugo Haase, eine der ehrenhaftesten Gestalten des Umsturzes vom November 1918, noch ein fernes Echo. Kaum jemand erinnert sich noch an Richard Müller, der 1918 die Galionsfigur der revolutionären Industriearbeiter war; als 2008 eine erste Biografie, von Ralf Hoffrogge, über Richard Müller erschien, diesen «Sisyphos der Revolution», schrieb der Extremismusforscher Wolfgang Wippermann voll Grimm im Vorwort: «Was ist das für ein Volk, das seine Revolutionäre nicht kennt!»³

Eigentlich ist die deutsche Geschichte an Freiheitsbewegungen nicht arm: Da sind die aufständischen Bauern 1525, die Kämpfe der Städte gegen feudale Mächte, die Erhebungen gegen Napoleon in den Freiheitskriegen, die Göttinger Sieben als Gegner erstickender Repression nach 1815; da ist der *Hessische Landbote* von 1834 mit seiner berühmten Parole «Friede den Hütten! Krieg den Palästen!» Und da ist natürlich die grosse Revolution von 1848 mit dem Rufen nach Einheit und Freiheit. Und als ihre letzte Bastion, die Festung Rastatt in Baden, gefallen war und ihre Kämpfer von Preußens Exekutionskommandos füsiliert oder auf der Flucht waren, da dichtete Ludwig Pfau das *Badische Wiegenlied*:

*Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
dort draussen geht der Preuß!
Der Preuß hat eine blutige Hand,
die streckt er übers badische Land,
und alle müssen wir stille sein,
so wie dein Vater unterm Stein.*

*Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
dort draussen geht der Preuß!
Gott aber weiss, wie lang ergeht,
bis dass die Freiheit aufersteht,
und wo dein Vater liegt, mein Schatz,
da hat noch mancher Preuße Platz!*

Von da an freilich beginnt eine Entwicklung, die oft als der deutsche Sonderweg bezeichnet wird: Der Vater, der da unterm Stein liegt, Opfer preußischer Kugeln, hat im Zweifel für die nationale Einheit in Freiheit gekämpft. Doch die Freiheit erstand leider nicht mehr auf, und die Einheit der deutschen Lande war von nun an ein obrigkeitsstaatliches Projekt, das sich mit der Reichsgründung von 1871 vollzog. Die Revolution von 1918 war die historische Chance, diesen Webfehler des Deutschen Reiches zu korrigieren. Einmal, aber nur dieses eine Mal und in einem sich schnell schliessenden Zeitfenster weniger Wochen, bot sich die Gelegenheit, die Geschichte zu wenden und zu vollenden, was die Barrikadenkämpfer von 1848 nicht vollbracht hatten: den Sturz des Obrigkeitsstaates, des Militarismus, des eifernden Nationalismus, die Errichtung der deutschen Demokratie. Sie wurde nicht stark genug, um nicht auch zu scheitern, so wie alle Versuche zuvor, die deutsche Freiheit zu erkämpfen. Deswegen sind die deutschen Freiheitsbewegungen noch heute ein Stiefkind der Geschichtswissenschaft und Publizistik, auch wenn sich das langsam ändert.

Die Hoffnungen und Möglichkeiten der deutschen Revolution 1918/19 sind Thema dieses Buchs, und damit naturgemäss auch die Gründe, warum die Hoffnungen enttäuscht und die Möglichkeiten verpasst wurden, eine stärkere Republik zu schaffen als jene von Weimar. Im Mittelpunkt stehen die entscheidenden Wochen zwischen dem 9. November 1918 und den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919, diesem Scheinsieg der Demokratie, es endet mit dem Untergang der zweiten Münchner Räterepublik im Mai 1919, dem utopischsten Experiment dieser Revolution. Was danach kommt, ist keine Revolution mehr, sondern ein langer, sich noch über Jahre ziehender Bürgerkrieg.

Es ist dies, vor allem, ein Buch über Soldaten – Soldaten, die sich für die Freiheit erheben, ihren Offizieren die Degen wegreißen und Schluss machen wollen mit der Herrschaft der Generäle. Es will daher versuchen, dem Leser diese Männer, ihre Lebenswege, ihre Motive und ihr Handeln, intensiver vor Augen zu führen, als das bisher in einer Gesamtdarstellung der Fall war. Und über ihre Gegenspieler, eben die hohen Offiziere, die Oberste Heeresleitung und mehr und mehr auch die revolutionäre Regierung der Volksbeauftragten selbst. Dominiert von der SPD, die damals MSPD hiess, verbündete sich diese von

Friedrich Ebert geführte Regierung ausgerechnet mit dem alten Militär. Die Radikalisierung der Revolution bis zu den «Weihnachtskämpfen» um das Berliner Stadtschloss 1918 ist vor allem eine Folge des Bündnisses der MSPD mit den Generälen, ihren Erzfeinden von gestern, das aus Angst vor den Linksradiakalen geschmiedet wurde; doch war diese Angst grösser als die tatsächliche Bedrohung.

Das Buch versteht sich in aller Bescheidenheit als Beitrag zur Ehrenrettung der Revolutionäre und will diese daher genauer in Augenschein nehmen, etwa die «Volksmarinedivision», die zum Schutz der Regierung gegründet wurde und auf die diese Regierung dann am Heiligabend mit schwerer Artillerie schiessen liess. Einer ihrer Unterhändler brachte seine Verwirrung darüber auf den Punkt, als er Regierungschef Friedrich Ebert, den Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten, schlicht fragte: «Warum sind wir betrogen?»

Diese Revolutionäre waren überwiegend die eigenen Leute der Sozialdemokratie, sie hatten «Einigkeit» gefordert und standen auf dem Boden des Regierungsbündnisses aus MSPD und deren linkerer Abspaltung, den Unabhängigen. Erst als das Bündnis kurz nach Weihnachten 1918 zerbricht an der Gretchenfrage dieser Revolution – wie hältst Du mit dem Militär? –, beginnt eine Spirale der Radikalisierung. Und die Gräueltaten, die sich fortan auf deutschen Strassen abspielen, fügen sich ein in jene Geschichten eines beginnenden Zeitalters überbordender, exzessiver Gewalt in Europa als Mittel der innenpolitischen Auseinandersetzung.⁴

Sehr lange Zeit war die deutsche Revolution ein ungeliebtes Stiefkind der Geschichtsschreibung, teilweise ist sie es bis heute. Fast ein halbes Jahrhundert später schrieb der Hamburger Historiker Fritz Fischer, der in seinem so berühmten, viel diskutierten Buch *Griff nach der Weltmacht* 1961 die massive Mitschuld der deutschen Führung an der Entfesselung des Ersten Weltkriegs nachwies: «Kein anderes Ereignis deutscher Geschichte wurde bis heute so wenig beachtet wie die November-Revolution von 1918/19 – obgleich der Zusammenbruch der Monarchie und die Entstehung einer bürgerlichen Republik ohne Zweifel zu den entscheidenden und prägenden Ereignissen deutscher Vergangenheit zählen.»⁵

Die Sozialdemokraten unter ihrer einflussreichsten Persönlichkeit,

Friedrich Ebert als Vorsitzendem des Rates der Volksbeauftragten, der Revolutionsregierung, und die Generäle sind die wichtigsten Handelnden in dieser Revolution. Am Militär entzündete sich Ende Oktober 1918 der Aufstand der Matrosen und Soldaten, doch als die Revolution vorüberging, da war das Militär immer noch da, in neuer, noch brutalerer Form, und schmiedete bereits die Sargnägel der Republik, der es dienen sollte. Jahrzehnte ist darüber gestritten worden, wie so etwas möglich sein konnte. Viele Jahrgänge von Studenten der Geschichte, auch der Autor dieses Buchs, sind durch den *Gebhardt – Handbuch der deutschen Geschichte* zur Weimarer Republik zunächst mit einer Deutung konfrontiert worden, die für konservativere Historiker den Rang eines Glaubensbekenntnisses besass. Ihr zufolge war die Demokratie nach dem Sturz des Kaiserreichs in ihrer «Geburtsstunde von links her, nicht von rechts mit Gewalt in seiner Existenz bedroht». Angesichts der kommunistischen Bedrohung Deutschlands habe die SPD nach der Revolution vom 9. November 1918 die Qual der Wahl gehabt: «die sozialistische Revolution im Bündnis mit denen auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bündnis mit den konservativen Kräften wie dem alten Offizierskorps».⁶ Autor des *Gebhardt-Bandes* über Weimar war Karl-Dietrich Erdmann, einer der bekanntesten und einflussreichsten Geschichtswissenschaftler der frühen Bundesrepublik. Ob, und wenn ja, wie es Erdmann, Jahrgang 1910, mit den Nazis gehalten hatte, ist bis heute umstritten. Nach dem Krieg war er längere Zeit Vorsitzender des Historikerverbandes, CDU-Mitglied und Gegner der Brandtschen Ostpolitik. Dies ist hier nur erwähnt, weil das von ihm verfasste Handbuch die Konflikte des Kalten Krieges so überdeutlich widerspiegelte. Viele Historiker wie Hagen Schulze folgten dieser Interpretation.

Das Handbuch wurde erst 2001 neu geschrieben – so lange wirkte Erdmanns Interpretation aus der Ära Adenauer noch nach. Widerlegt wurde sie freilich bereits in den sechziger Jahren, etwa von Susanne Miller. Die grosse Historikerin der deutschen Arbeiterbewegung bemängelte eine «Beschwörung der abschreckenden bolschewistischen Kontrastfigur», die «von vornherein die Frage nach den realen Chancen eines dritten Weges ausklammert und als gar nicht ernsthaft diskussionswürdig hinstellt».⁷

In der DDR erfuhr die Novemberrevolution naturgemäss eine andere Bewertung. Hier fand sie durchaus die Aufmerksamkeit der Forschung, es erschienen zahlreiche Werke, die meisten allerdings mit grob verzeichnender Tendenz. Der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht mahnte die eigenen Historiker früh bereits drohend, sich lieber nicht zu sehr für die Arbeiterräte und meuternden Matrosen von damals zu begeistern: «Wer die Novemberrevolution als eine sozialistische charakterisiert, negiert dabei bewusst oder unbewusst die Rolle der Partei.» Eine schlimmere Sünde war für ostdeutsche Historiker lange Zeit unvorstellbar, aber die Kommunistische Partei oder ihr Vorgänger, der Spartakusbund, waren eben meilenweit davon entfernt gewesen, diese Revolution geführt zu haben. So sind es ausgerechnet die linken Sozialisten, die Gewerkschaftszellen, die Räte der Arbeiter und Soldaten, denen die Geschichtswissenschaft der DDR oftmals mit Misstrauen, Abstand, nachträglichem Rufmord oder plumpen Versuchungen der Vereinnahmung begegnete. In gewisser Weise ergab sich ein trauriges Paradox: Sowohl die bürgerlich-konservative Geschichtsschreibung als auch die orthodox-marxistische betrachteten die Revolution von 1918 als Fremdkörper, als Ereignis ohne Potenzial zu einem dritten Weg.

Diesen hat eine kritische Gegenbewegung in der Bundesrepublik aber schon seit den sechziger Jahren erforscht. Jüngere Historiker wie Eberhard Kolb machten deutlich, «dass der Novemberumsturz nicht das Werk von ‚Berufsrevolutionären‘» und schon gar nicht Ergebnis «einer Fernsteuerung aus dem bolschewistischen Russland» war.⁸ Gerade die spontan entstandenen Räte der Arbeiter und Soldaten gerieten ins Spektrum der Forschung – und wurden zeitbedingt gelegentlich verklärt als Beginn einer basisdemokratischen Systemalternative. Die SPD hingegen, welche diese Räte zu zähmen und für ihre Zwecke eines geordneten Übergangs zur Demokratie zu nutzen versucht hatte, wurde immer negativer betrachtet.

Aufs Äusserste zugespitzt hat diese Kritik an der Sozialdemokratie der grosse deutsche Publizist Sebastian Haffner. *Der Verrat* (so der ursprüngliche Titel) von 1969 ist das eindrucksvollste der über die Fachwelt hinaus verbreiteten Bücher über die Novemberrevolution und zugleich eine schneidende Abrechnung mit der SPD:

«Die deutsche Revolution war eine sozialdemokratische Revolution, die von den sozialdemokratischen Führern niedergeschlagen wurde; ein Vorgang, der in der Weltgeschichte kaum seinesgleichen hat.» Dieses Buch ist ein *cri de cœur*, eine Totenklage auf alles, was in Deutschland hätte sein können und niemals sein durfte: Hätte die Ebert-SPD die Massenbewegung genutzt, statt sie zu fürchten, das alte Militär zum Teufel gejagt, statt sich mit ihm zu verbünden, wäre die Republik 1933 wahrscheinlich nicht untergegangen oder wenigstens nicht den Nazis in die Hände gefallen – so der Gedankengang Haffners, und seiner Logik kann man sich schwerlich verschliessen.

Anders sieht es mit den Motiven derer aus, die Haffner als die Täter erschienen, allen voran von Ebert, an dem er kein gutes Haar liess: «Ebert hat der Revolution gegenüber nie ein schlechtes Gewissen gehabt, weil er sie verriet.» Verrat eben, Verstellung, Doppelspiel, sogar Mord: So sah Haffner die führenden Mehrheitssozialdemokraten von 1918 und 1919. Zehn Jahre später, 1979, hat er im Nachwort der Neuauflage selbstkritisch bemerkt: «Ich würde es heute anders schreiben: ruhiger, skeptischer, kälter. Es ist mir, für meinen heutigen Geschmack, zu viel Entrüstung darin.»⁹ Er hat die handelnden Personen nach den Ergebnissen ihrer Politik beurteilt, und diese Ergebnisse waren eine schwere, zu schwere Bürde für die Weimarer Republik. Er hat aber nicht, wie es Historiker tun, nach den Motiven jenseits der Revolutionsfurcht gefragt, nach den Handlungsspielräumen der «Akteure», wie man heute sagt, nach ihrem Wissen und ihren Vorstellungen. So spielt der ungeheure äussere Druck, den die Siegermächte auf die deutsche Revolutionsregierung ausübten, in dem Buch kaum eine Rolle; ohne die Last des soeben verlorenen Krieges lassen sich aber viele Entscheidungen der SPD-Führung nicht richtig verstehen.

Inzwischen ist der Blick, auch durch zahlreiche Einzel- und Regionalstudien, sehr viel breiter und unbefangener geworden – und auch gnädiger, was die Rolle der Sozialdemokraten betrifft. Unbestreitbar aber bleibt, dass sie im Bestreben, das Reich 1918/19 nicht in Chaos, Not und Bürgerkrieg entgleiten zu lassen, einen zu hohen Preis zahlten. In der Verwaltung, der Wirtschaftsordnung und vor allem dem Militär führte, so der Freiburger Historiker Ulrich Herbert, «der Primat der Kontinuität dazu, dass selbst scharfe Gegner von Demokratie

und Arbeiterschaft in Amt und Würden blieben». Die Folgen waren die fortgesetzte Spaltung der Arbeiterbewegung und eine schwere Erblast für die junge Republik, deren Erzfeinde weiterhin an Schlüsselpositionen der Macht blieben.

Noch immer ist das Wissen über die deutsche Revolution 1918 – und damit über die einmalige Gelegenheit, der deutschen Geschichte eine völlig andere Wendung zu geben – ausserhalb der engeren Fachzunft erstaunlich gering, trotz des neu erwachten Interesses an der Geschichte des Ersten Weltkriegs, das sich am 100. Jahrestag seines Beginns und den kontroversen Debatten um das Werk *Die Schlafwandler* von Christopher Clark festmachen lässt. In Herfried Münklers Bestseller *Der grosse Krieg* spielt die Revolution wie in so vielen älteren Darstellungen nur eine Nebenrolle. Der Hamburger Historiker Axel Schildt spricht von «ihrer nahezu allseitigen posthumen Unbeliebtheit, die sich auf das Ergebnis der Revolution, die Weimarer Republik, umstandslos übertrug und durch deren Ende hinreichend begründet erschien». ¹⁰ Es ist eine Geschichte ohne rechtes Happy End, ohne wirklichen Sieger, aber mit vielen Verlierern, allen voran der deutschen Demokratie.

Nach der Wiedervereinigung 1990 sank das Interesse an der Revolution von 1918 zeitweilig «auf den völligen Nullpunkt», ¹¹ erst ab 2008 sind zarte Neuansätze zu finden. In den vergangenen Jahren aber hat sich ein gewisses Revival des Interesses an der deutschen Revolution gezeigt. Als jüngere Werke von Gewicht sind unter anderem der kurze Band *Die Revolution von 1918/19* zu nennen, verfasst 2009 von dem Hamburger Journalisten und Historiker Volker Ullrich, sowie die grossartige, leider an entlegenem Ort erschienene Biografie des linken Sozialdemokraten Hugo Haase von Ernst-Albert Seils von 2016. Mit dem Thema selbst sind aber auch alte politische Kontroversen wieder erwacht. Ein teilweise heftiges Ressentiment gegen die SPD-Führung, besonders gegen Friedrich Ebert, bestimmt erneut nicht wenige, auch durchaus verdienstvolle Werke; umgekehrt sind manche Versuche, Eberts Handeln zu verteidigen, noch immer von längst überwunden geglaubten Vorurteilen gegen seine linken Kontrahenten von damals geprägt. Mitunter verrät all dies noch immer mehr über die Konflikte

der Gegenwart als über die Geschichte der Revolution, zumindest aber würde eine weitere Historisierung der Debatte guttun.¹²

Dieses Buch möchte den Versuch dazu wagen. Es will die Geschichte der Revolution vom Anfang her erzählen, unvermeidlich natürlich im Wissen um das Ende des demokratischen Versuchs 1933, aber nicht aus der Perspektive dieses späteren Scheiterns. Es will zeigen, welche Spielräume sich den Handelnden boten und welche Motive sie trieben, und damit auch, ob dieses Scheitern unvermeidlich war. Geschichte ist immer ein offener Prozess, viele Entscheidungen darin sind jedoch niemals mehr umkehrbar. Der Schriftsteller Alfred Döblin hat dies 1931 klarsichtig beschrieben: «Wenn sie 1918 gewusst hätten, was sie unternehmen, würden die Deutschen damals die notwendigen Massnahmen getroffen haben, ihre Demokratie zu sichern. Alle, die seither Zeit gehabt haben, die Republik zu unterhöhlen, wären gleich damals ein für allemal verhindert worden zu schaden. Stattdessen hat die deutsche Demokratie sich einfach eingerichtet, als gebe es im ganzen Lande niemand mehr, der nicht den Stimmzettel anerkannte.... Die deutsche Demokratie war sogar noch stolz auf ihre Gewaltlosigkeit. Bis heute hat sie die Anwendung von Gewalt ihren Feinden überlassen, die von der gütigen Erlaubnis bestens Gebrauch machen.»¹³

Die Revolution 1918 ist ein Meilenstein in der verkannten und vernachlässigten Geschichte der deutschen Freiheitsbewegungen. Dieses Buch möchte helfen, Verständnis für diese historische Errungenschaft zu wecken. In dem leider wenig besuchten Pantheon dieser Freiheitsbewegungen gehört der Revolution von 1918/19 und jenen, die sie wagten, für immer ein besonderer Platz.

«Dann fahr mal alleine los!»: Oktober 1918 – eine deutsche Revolution

«Geh weg, Schwein, stinkst»: Hochmut und Hybris der Marine

Kapitän zur See Karl Windmüller schaut in mürrische, abweisende Gesichter. In wenigen sieht er Zustimmung, in manchen blanken Hass. Die meisten Zuhörer warten ab. Weit draussen, verborgen im Nebel eines stürmischen Herbsttages, liegt Wilhelmshaven, einer der grossen Kriegshäfen des Kaiserreichs. Die Männer an Bord sind wütend, sie haben genug vom Krieg. Der Kapitän jedoch hat die Mannschaften des Schlachtschiffs *Thüringen* versammelt und hält eine Ansprache, die er selber wohl als heroisch betrachtet. Er will mit seinen Männern und der Hochseeflotte auslaufen, dem Feind entgegen, zu einem letzten grossen Gefecht in einem längst verlorenen Krieg, einer Nibelungenschlacht auf See. Es ist der 29. Oktober 1918.

Die Seekriegsleitung des Deutschen Reiches hat beschlossen, den verlorenen Krieg auf eigene Faust fortzusetzen und die Friedensbemühungen der neuen überparteilichen Regierung in Berlin unter Reichskanzler Max von Baden zu ignorieren. Es ist eine Art kollektives Selbstmordattentat. Dies sei, so hat Adolf von Trotha, der Chef des Marinekabinetts, soeben seinem Stabschef geschrieben, ein «Einsatz, um mit Ehren unterzugehen». Deswegen ruft Windmüller nun auf dem Deck der Besatzung zu: «Wir verfeuern unsere letzten 2'000 Schuss und wollen mit wehender Flagge untergehen!»¹

Der hallende Aufruf zeigt Wirkung. Freilich ist es nicht die, welche sich der Kapitän erhofft hat, kein Jubel, kein dreifaches Hurra. Die Männer murren und fluchen. Und einer, lauter als die Kameraden, ruft seinem Kommandanten zu: «Dann fahr mal alleine los!»

Der Kapitän hat das Schiff nicht mehr unter Kontrolle, die Mannschaften sind ausser sich. Ein junger Marinesoldat schreibt in diesen

letzten Kriegstagen an seine Familie: «Beunruhigt Euch nun nicht, wenns auch etwas drüber und drunter geht. Totschiessen lassen wir uns nicht mehr die letzten Tage.» Derselbe Soldat war auf dem Torpedoboot *B 97* auf Aufklärungsfahrt in der Nordsee gewesen, und nun, vor der Einfahrt nach Wilhelmshaven, liegt vor dem Hafen ein Grossteil der deutschen Hochseeflotte vor Anker; Schlachtschiffe, Panzerkreuzer, Torpedoboote. Es muss etwas Grosses im Gange sein: «Plötzlich hiess es, der Flottenchef will in der Deutschen Bucht Flottenmanöver machen. Auf den plumpen Blödsinn fiel natürlich keiner herein. Man bedenke aber auch diesen Unsinn ...» Für viele Seeleute ist der Kaiser inzwischen eine Lachnummer und das Offizierskorps ein Haufen von Bürgersöhnen, die sich für den neuen Adel halten, verhasste Leuteschinder, welche die Nase aber sehr hoch am Wind tragen, und warum eigentlich?

Die Royal Navy blockiert seit 1914 den Weg hinaus aus der Deutschen Bucht. Ein einziges Mal nur ist die kaiserliche Hochseeflotte ausgelaufen, 1916 bis zum Skagerrak. Vor Dänemark entbrennt das grösste Seegefecht, das die Welt bis dahin gesehen hat. Die Reichsmarine erreicht zwar einen taktischen Sieg – die Verluste der Briten betragen 14 versenkte Schiffe und 6'094 Tote, die Deutschen verlieren elf Kriegsschiffe und 2'551 Mann. Strategisch sind die Briten dennoch die Sieger: Das grosse Morden auf dem Meer vor Jütland hat nämlich nichts an der Ausgangslage geändert. Die Deutschen bleiben im nassen Dreieck gefangen, sie können zumindest im Westen nicht ins Kriegsgeschehen eingreifen und die alliierte Seeblockade nicht brechen, *Britannia rule the waves*. Und die Marineführung wagt keinen zweiten Ausbruchversuch mehr, sie versucht es mit dem unbegrenzten U-Boot-Krieg. Die schwimmenden Festungen aber, die Schlachtschiffe, die Deutschlands «Platz an der Sonne» erkämpfen sollten, liegen jetzt im herbstlichen Nieselregen in den Häfen wie gestrandete Wale. Und sehr viele Offiziere, die verhinderten Helden, erregen mehr und mehr den Hass ihrer Matrosen.

In den Hafenstädten sind die Lebensmittel knapp, aber aus den Kasinos der Offiziere erklingt noch im Oktober 1918 fast jeden Abend die Musik fröhlicher Feste und Trinkvergnügungen heraus. Ein Universitätsprofessor beobachtet missmutig: «In den Krankenhäusern gab

es keinen Wein mehr für Kranke und Verwundete, aber jeder Marineoffizier bekam noch regelmässig alle Monate zwanzig Flaschen Wein und den üblichen Rum geliefert.»² Der Matrose Carl Richard Linke hat schon 1917 «starke Erbitterung an Bord» festgestellt, und zwar «über die ungerechte Lebensmittelverteilung. Während es für die Mannschaft sehr wenig Brot, fast kein Fett, aber um so mehr Steckrüben gab, bemühten sich unsere Offiziere zu keinerlei Einschränkung.»³

Selbst der spätere Schriftsteller Joachim Ringelnatz, der als Marineleutnant in Cuxhaven einen leicht amüsierten Blick auf den Stand und das Gebaren der Offiziere wirft, wird den Verlust seiner Privilegien während der Revolution als Zumutung empfinden: «Wir geldlosen Offiziere, also besonders die jüngeren Leutnants, waren natürlich übel dran. Wir bekamen nur Mannschaftskost, und auf manchen Schiffen mussten die Leutnants mittags mit dem Essnapf zwischen den Leuten an der Kombüse anstehen.»⁴ Wenn ein Artillerieoffizier auf der SMS *Helgoland* den Matrosen Richard Stumpf mit «Geh weg, Schwein, stinkst» anspricht, spürt dieser hilflose Wut aufsteigen, aber überrascht ist er nicht: «Während meiner Dienstzeit war noch niemals die Kluft zwischen der Messe und dem Back, dem Mann und dem Offizier, so gross wie gerade jetzt während der Kriegszeit.»⁵ Stumpf wird einige Jahre später Mitglied eines Untersuchungsausschusses über die Zustände in der kaiserlichen Marine sein und 1927 das viel gelesene Buch *Warum die Flotte zerbrach* veröffentlichen; seine Hinterlassenschaft einschliesslich der Tagebücher gehören zu den erstaunlich wenigen Selbstzeugnissen von Matrosen und Mannschaften über die Revolution und ihre Vorgeschichte.⁶

Die Mannschaften dagegen hausen in engen Kajüten voller Stockbetten und müssen parieren vor 20-jährigen Jungoffizieren, die ihre Unsicherheit und Unerfahrenheit durch Arroganz und Willkür zu kompensieren versuchen. Richard Stumpf, an sich kein revolutionärer Geist, hasst diese «kaum beförderten Leutnants und Fähnriche, welche sich wichtig machen wollen, indem sie die Leute unnötig schikanieren»; die Führung der untätigen Hochseeflotte, welche «die besten und intelligentesten Offiziere» an die U-Boot-Flotte abgeben muss, will ihm erscheinen wie eine «Abfallsammelstelle».

Aber jetzt soll Schluss sein mit dem Unsinn, mit dem Krieg, auf jeden Fall mit dem Plan vom kollektiven Untergang, den die Seekriegsleitung ausgeheckt hat. Noch Wochen zuvor undenkbar, diskutieren Trauben von Männern auf Deck den Befehl zum Auslaufen, statt ihn zu befolgen. Wenn die Offiziere so gern sterben wollen – deren Sache. Abschiedsbriefe der Offiziere auf der SMS *Markgraf* machten es, so ein zeitgenössischer Bericht, «der Besatzung zur Gewissheit, dass das Seeoffizierkorps Politik auf eigene Faust machen und die deutsche Flotte in einem letzten wahnsinnigen Verzweiflungskampf aufs Spiel setzen wollte»⁷.

In den Händen halten die Matrosen heimlich gedruckte Flugblätter: «Schmeisst die Arbeit nieder! Wir wollen Frieden oder nicht? Nieder mit dem Krieg!»⁸ Viele Besatzungsmitglieder unternehmen erst mal gar nichts, eine Art Streik. Als es Nacht wird demonstrieren sie auf mehreren Schiffen gegen die befohlene Fahrt. Niemand glaubt an die Lüge, es gehe doch nur um «ein Gefechtsbild mit Evolutionieren» Richtung Helgoland, also eine Übungsfahrt. Grössere Gruppen beschliessen Aktionen, sie würden die Löschanlagen anwerfen und so das Feuer in den Kesseln löschen, ihre Gefechtsstationen nicht einnehmen, sich wehren. Dutzende verlassen ihr Schiff einfach, verstecken sich in der Stadt oder finden Unterschlupf bei den Hafearbeitern, wo die Stimmung nicht besser ist. Auf der SMS *Derfflinger* fehlen am Morgen des 30. Oktober gut hundert Mann. Die Kapitäne lassen sie durch die Militärpolizei suchen.

«Der 1. Schuss hat unberechenbare Wirkung»: Der Funke von Wilhelmshaven

Das Linienschiff *Thüringen* ist eine schwimmende Festung. 167 Meter lang, mehr als 1'100 Mann Besatzung, gepanzert mit dickem Stahl. Seine Hauptwaffe sind zwölf Geschütze vom massiven Kaliber 30,5 cm, angeordnet in vier Panzertürmen. Über tausend Granaten liegen bereit, um Tod und Verderben auszuspucken, so wie 1916 in der Seeschlacht am Skagerrak, als die *Thüringen* den britischen Panzerkreuzer HMS *Black Prince* beschoss, bis er in einem Feuerball verging und sank, mit allen 857 Mann Besatzung, keine Überlebenden. Aber jetzt

sieht der aufgebrachte Kapitän den Feind nicht draussen auf See. Er sieht ihn in den eigenen Leuten.

Am 30. Oktober sollen die Kriegsschiffe auslaufen, zu ihrem letzten Gefecht. Über der Nordsee liegt dichter Nebel, die Wellen schlagen hoch. Aber das Wetter ist jetzt nicht mehr das Hauptproblem der Marineleitung. Schon am Vorabend sind bei den Verbandschefs die ersten Mitteilungen eingelaufen: Immer mehr Soldaten verweigern den Gehorsam. Die Mannschaft der *Thüringen* macht ganz offen nicht mehr mit. Sie hat eine Erklärung verfasst, in der es heisst: «Greift uns der Engländer an, so stehen wir unseren Mann. Aber wir selbst greifen nicht an. Weiter als bis Helgoland fahren wir nicht. Andernfalls wird Feuer ausgemacht»⁹ – das Feuer in den Kesseln. Und die *Thüringen* ist nicht allein, ähnlich geht es auf der *Helgoland* zu; der Chef des I. Geschwaders meldet «ernste Unruhen» auf seinen Schiffen.¹⁰

Die Flottenleitung beschliesst, es mit der harten Methode zu versuchen und lässt am 31. Oktober das Torpedoboot *B 97* direkt vor den Stahlkoloss auffahren. Der Flottenchef, Admiral Franz Ritter von Hipper, erinnert sich später: «Die Kerle wurden darauf aufmerksam gemacht, dass das Schiff torpediert werden würde, wenn sie nicht herauskämen.»¹¹ Der Soldat, der bald danach in seinem Brief an die Eltern den dramatischen Tag schildern wird, muss mit der gesamten Mannschaft im Wohndeck von *B 97* antreten, wo der Kommandeur des I. Geschwaders eintrifft und die Lage schildert; sie ist finster, aus seiner Sicht. Die Kriegsflotte kann nicht auslaufen, die Mannschaften mehrerer Schiffe machen nicht mit, sie haben das Feuer in den Kesseln gelöscht. Der Befehlshaber der Torpedoboote ordnet an, «hier wieder Ordnung zu schaffen», und so gehört auch die Mannschaft von *B 97* zu den Unglücklichen, welche die Meuterei ersticken sollen. Sie machen ihre Geschütze und Torpedorohre klar und laufen langsam auf die *Thüringen* zu: «Lieber Papa, wenn Du wüsstest, wie es mir zumute gewesen ist, als wir die Kanonen auf unsere Kameraden gerichtet haben, welche ohnmächtige Wut ich hatte.» Auf den Torpedoboote wird der Stander *Z* gesetzt: Das Schiff ist bereit zum Feuern.

Allerdings ist es, als fordere ein Zwerg einen Riesen heraus, die *Thüringen* und die *Helgoland* ragen hoch und gewaltig über die klei-

nen Torpedoboote hinaus. Doch auf so kurze Entfernung sind Torpedos eine tödliche Gefahr für ein grosses Schiff. Es kann nicht ausweichen und liegt wie auf dem Präsentierteller, die Sprengladungen mehrerer Torpedos würden unter Wasser die Stahlflanke aufreissen, Menschen töten, das Meerwasser hineinfluten lassen; es in ein Wrack verwandeln und vielleicht sogar zum Sinken bringen.

Auf der *Helgoland* wollen es die Rebellen nicht so weit kommen lassen. Dort ist es kurz davor, dass das grosse Schiff die erste Granate der deutschen Revolution /abfeuert. Die Meuterer, durch den Anblick des Torpedobootes, das seine Rohre auf sie richtet, aufs Äusserste gereizt, besetzen drei Geschütztürme, drehen sie und richten Kanonen vom mittleren Kaliber 15 Zentimeter auf das viel kleinere Schiff. Eine einzige Salve aus dieser Entfernung, und «von ‚B 97‘ wäre kein Holzsplinter mehr übriggeblieben», schreibt der Marinesoldat lakonisch nach Hause.¹² Doch niemand schießt, auch die Marineleitung vermeidet es dann doch noch, Torpedos in den Bauch ihrer eigenen Schiffe jagen zu lassen. Hipper notiert: «Ein Glück, die Folgen wären sonst nicht auszudenken gewesen. Der 1. Schuss, der auf die Revoltierenden gelöst wird, hat unberechenbare Wirkungen und namentlich ein Torpedoschuss.» Er weiss, wie hoch das Risiko wäre, Wind zu säen und Sturm zu ernten. Aber es sind die revoltierenden Matrosen, die eigentlich das Blutvergiessen verhindern. Sie verschanzen sich unter Deck.

Die Matrosen kommen nicht heraus und die Marineinfanteristen, die an Bord gehen, nicht hinein. Die Tür zum Mannschaftsraum ist verrammelt. Aber oben an Deck gibt es noch ein Luk. Es ist verschlossen, von innen mit Tauen zugebunden, aber mit Mühe brechen die Soldaten es auf. Nun schauen sie, die Gewehre schussbereit, vorsichtig hinein. Es ist nichts zu sehen, die Meuterer haben das Licht gelöscht und sich in einen hinteren Winkel des grossen Raumes zurückgezogen. «Kommt heraus!», rufen die Marineinfanteristen, aber nichts rührt sich dort unten. Aber schliesslich gehen sie an Deck.

300 Mann auf der *Thüringen*, mehr als ein Viertel der Besatzung, hundert weitere auf der *Helgoland* geben auf. Sie blicken in die Gewehrläufe der Marineinfanterie und werden abgeführt. Noch wissen sie nicht, dass sie die Sieger sind. Sie haben Weltgeschichte geschrie-

ben. Es wird keine «Operation Nr. 19» geben, die Seekriegsleitung sagt die Götterdämmerung der deutschen Kampfflotte ab. Zu labil ist die Stimmung an Bord der Schiffe, zu wütend das Gros der Besatzungen. Der Soldat auf dem Torpedoboot erkennt klarsichtig, was hier geschehen ist: «Den Zweck haben sie ja erreicht, die Flotte wird in der nächsten Zeit nicht auslaufen, und wenn wir jedenfalls auch darunter leiden müssen: Unsere Zeit kommt bald oder der Friede muss bald kommen.» Aber dass die Vorgesetzten ihn zwingen wollten, Torpedos gegen seine eigenen Kameraden abzuschossen, das verzeiht er ihnen nicht: «Ich werde den 31. Oktober in meinem Leben nie vergessen, es war tausendmal schlimmer wie bei Ösel oder im Kanal.»¹³

Auf der SMS *Markgraf* hat ein Deckoffizier seine Mannschaften angefleht: «Ich appelliere an sie, dass sie auf die schlechten Elemente einwirken, dass sie keine militärische Insubordination begehen. Ich bitte euch, geht schlafen, tut mirs zuliebe!» Der Matrose Karl Bock schreibt an seine Schwester: «Die ganze Rede war begleitet von Zwischenrufen wie ‚Hört, Hört!‘ – ‚Die Zeiten sind vorbei!‘» Als der Deckoffizier ruft: «Was wollt Ihr eigentlich?», wissen die Männer die Antwort: «Wir werden nicht rausfahren! Wir wollen uns nicht kaputt-schiessen lassen!»¹⁴

Um die Lage zu beruhigen, beschliesst die Flottenleitung besonders unsichere Kantonisten aus Wilhelmshaven zu entfernen und das unruhige III. Geschwader nach Kiel an die Ostsee zu verlegen. Auch diese Entscheidung wird historische Folgen haben. In einer langen Linie laufen die Kolosse durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal ihrem Ziel zu: *König, Bayern, Grosser Kurfürst, Kronprinz, die Markgraf* Wie die Stimmung an Bord ist, zeigt sich auf der *Markgraf* Der Geschwaderkommandeur, Vizeadmiral Hugo Kraft, lässt 47 Seeleute festnehmen, angebliche «Rädelsführer» des Wilhelmshavener Aufstands. An Bord haben die Schiffe nun 200 gefangene Männer; auf sie wartet das Kriegsgericht. Die Revolution beginnt nicht in Kiel. Sie wird nach Kiel gebracht.

Die Nacht zum 1. November. Die Schiffe haben das Ende des Kanals erreicht und passieren die Holtener Schleusen. Dort werden die Inhaftierten an Land gebracht, die einen ins Arrestgebäude der Marine in Kiel, die anderen ins Fort Herwarth nahe Schilksee, eine düstere

frühere Geschützbastion mit tiefen Verliesen. Der Flotterverband fährt weiter zur Kieler Förde und geht dort vor Anker.

«Soldaten, schiesst nicht auf Arbeiter!»: Feuer in Kiel

Auf der Kieler Förde liegen die riesigen Schiffe, der Stolz der Alldeutschen und des Kaisers. Ihr Bau hat ein Drittel des Militäretats verschlungen. Die «schwimmenden Särge, wegen denen Deutschland sich mit aller Welt verkrachen musste» (der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann)¹⁵, haben die Seemacht Grossbritannien dem Reich entfremdet und in die Reihen der Gegner getrieben. Der Flottenbau trug das Seine dazu bei, die Welt in den Krieg zu treiben; doch in diesem ist die Flotte fast nutzlos. Wenn die ehrpusseligen Offiziere ausser Hörweite sind, erzählen sich die Mannschaften Spottverse, zum Beispiel: «Lieb' Vaterland, magst ruhig schlafen, denn wir verrosten hier im Hafen.»

Keine Stadt des Reichs ist mehr von der Kriegsmarine geprägt und durchdrungen. Hier liegen zahlreiche der stählernen Grosskampfschiffe, dazu kleinere Einheiten; wenn die Schiffe auslaufen, legt sich schwarzer Rauch aus den Kohlekesseln in ihrem Rumpf wie Nebel über die sanfte Küstenlinie. Hoch wie Kirchtürme ragen Schlotte und die Kräne der Howaldtswerke, der Germaniawerft, der Kaiserlichen Werft. Artilleriegespickte Forts bewachen die Zugänge zum gewaltigen Naturhafen der Förde; Tag und Nacht herrscht Lärm in den Betrieben und Rüstungsfabriken. In den Torpedo-Werkstätten bauen Facharbeiter die tödlichen Waffen für den unbeschränkten U-Boot-Krieg. Es ist eine Stadt der Soldaten, 50'000 sind in den Kasernen von Kiel stationiert, und der Arbeiter, sie stellen zusammen mehr als zwei Drittel der Erwerbstätigen und werden in den Rüstungsbetrieben besser bezahlt als Industriearbeiter anderswo. 1910 hat die SPD hier bei den Stadtratswahlen mehr als die Hälfte der Stimmen geholt, zusammen mit den Gewerkschaften ist sie sehr stark in diesem proletarischen Milieu, das sie dann freilich im Sinne des Burgfriedens ruhig hält. Der linkssozialistischen USPD fällt es erstaunlich schwer, in diese Bastionen einzubrechen, zumal sie vom Staat hier besonders scharf verfolgt wird. Wie gereizt die Stimmung dennoch ist, hat sich während der

grossen Januarstreiks 1918 gezeigt, als 30'000 Arbeiter auf dem Kieler Wilhelmsplatz für einen Frieden ohne Eroberungen und gerechtere Verteilung von Nahrungsmitteln demonstrierten. Zu den Parolen gehört der Vers eines USPD-Aktivisten:

*Der Krieg geht für die Reichen,
die Armen zahlen mit Leichen!*¹⁶

Selbst den privilegierten Rüstungsarbeitern werden 1917/18 Rationen gekürzt, ohne Käufe auf dem blühenden Schwarzmarkt können viele ihre Familien nur noch schwer durch die Steckrübenwinter bringen. Eingaben der Stadtverwaltung und der MSPD bürstet die Marineführung ungnädig ab.

Zu den Aktivisten der USPD gehört der Oberheizer Karl Artelt von der I. Torpedodivision, zwangsverpflichtet für die Arbeit in der zyklischen Germaniawerft, deren Helgenkrangerüste – unter denen die fertigen Schiffe zu Wasser gelassen werden – in den Himmel ragen wie rätselhafte Bauten für Riesen. Artelt berichtet später frustriert von seinen vergeblichen Versuchen, den Genossen radikalere Ideen nahezubringen: «Um das proletarische Bewusstsein vieler Schiffbauer war es schlimm bestellt. Auf der Kaiserlichen Werft rühmten sich die Kumpel, dass bei ihnen noch nie gestreikt worden wäre. Es bedurfte erst bitterer Erfahrungen während der Kriegsjahre, ehe sich ein Sinneswandel vollzog.»¹⁷ Kiel ist 1918 also keineswegs, wie es die Hassprediger der Dolchstosslegende später behaupten werden, im Griff bolschewistischer und linksradikaler bestens organisierter Rädelsführer.¹⁸

In dieser Stadt mit ihren vielen Seemannskneipen und schummrigen Bars sollen die Männer des aus Wilhelmshaven verlegten III. Geschwaders sich ein wenig austoben und Dampf ablassen, so das Kalkül des Kommandeurs. In seinem Roman *Des Kaisers Kulis* wird der Schriftsteller Theodor Plievier, der selbst Matrose und an der Revolte 1918 beteiligt ist, die Atmosphäre der Hafengegend anschaulich beschreiben (allerdings in den Tagen vor Kriegsausbruch): «Vater Lampl muss selbst mit eingreifen. Sein Vize hat alle Hände voll zu tun. Beladen mit Getränken läuft er zu den Tischen und mit leeren Gläsern zurück zum Schanktisch – Bier! Schnaps! Grog! Wenn die bemalten Scheiben des Orchestrions rot aufflammen, die Lampen über den Ti-

schen ausgehen und die Kneipe im Halbdunkel versinkt, verwischen sich die Gesichter, scheint der Geruch der Weiber heisser und betäubender zu sein. Wenn es wieder hell wird, stossen Einzelheiten durch die Wolken dichten Tabakqualmes-Gruppen, Holztische, an den Wänden Schiffsmodelle. ... ‚Hier gefällt mir am besten‘, sagt Lene. ‚Sonst gehe ich ins ‚Eldorado‘ oder in ‚Wachtmanns Ballhaus‘. Sehr elegant. Teppiche, Garderobe. Aber hier ist mehr Leben!‘¹⁹

In solcher Umgebung – wenn auch mit erheblichen Abstrichen aufgrund von Mangelwirtschaft und Kriegsrecht – sollen die Männer auf andere als revolutionäre Gedanken kommen. Vizeadmiral Kraft ist zu dem Schluss gelangt, dass nur die lange Abwesenheit von der Basis in Kiel «Hauptgrund der Missstimmung» sei, ein ebenso bezeichnender wie ignoranter Gedanke. Den ersten Landgang nutzen sehr viele Matrosen aber nicht, um die Hafenvirtschaften aufzusuchen. Sie fürchten um das Leben ihrer inhaftierten Kameraden. Meuterei gilt als schweres Vergehen. Sie wollen etwas tun, noch am Abend treffen sie sich im Gewerkschaftshaus an der Fährstrasse mit Vertretern von SPD und USPD. Die Fragen sind dringend. Was sollen sie unternehmen, wenn der Verband wieder den Befehl zum Auslaufen erhält? Und vor allem: Wie können sie den Gefangenen helfen? Sie fordern jedenfalls deren Freilassung und verabreden sich zu einer weiteren Versammlung am nächsten Abend.

Mit dabei ist Karl Artelts Genosse Lothar Popp. Mit Freunden hat er kleine Flugzettel auf einer Schreibmaschine getippt, die er jetzt verteilt: «Soldaten, schießt nicht auf Arbeiter!», «Arbeiter, lasst die Soldaten nicht im Stich!», «Soldaten, lasst Eure Kameraden nicht im Stich!»²⁰

Am 1. November 1918 ist die Stimmung auf der grössten Marinebasis des Reichs angespannt. Das Kieler Gouvernement und die Marine lassen das Gewerkschaftshaus dichtmachen; aber das ist keine kluge Idee, die Sache spricht sich schnell auf allen Schiffen herum; und so kommen am 2. November noch mehr Männer dorthin, nur um vor dem Gebäude auf aufmarschierte Marineinfanterie zu treffen, das I. See-Ersatz-Bataillon. Es soll die Aufsässigen zur Raison bringen, da «der Geist der Meuterei doch stärker und gefährlicher war»²¹ als angenommen, wie sich die Offiziere eingestehen müssen. Doch die Ma-

rineinfanteristen verhalten sich auffallend passiv und lustlos; viele grüssen freundlich, als sie in den Strassen auf Matrosen treffen, und in der Dunkelheit hört ein Reporter einen bewaffneten Wachposten rufen: «Wir tun niemandem etwas!»²²

Sie halten sich daran. Die meisten Matrosen kehren unbehelligt zu ihren Schiffen zurück, aber schlafen gehen sie nicht, sie schmieden nun Pläne für die Befreiung der Gefangenen des I. Geschwaders. Die Gegenseite setzt zögernd auf Gewalt, zögernd nicht aus moralischen Erwägungen, sondern aus Furcht vor einer unkontrollierbaren Eskalation. Der Stadtkommandant Heine lässt den Marinesoldaten befehlen: Die Kompanie dürfe «nicht davor zurückschrecken, das Blut deutscher Kameraden zu vergiessen». Vizeadmiral Wilhelm Souchon, der noch sehr neue Gouverneur von Kiel, schickt nun einen folgenreichen Hilferuf an die Reichsregierung in Berlin: Sie möge doch dringend einen «hervorragenden sozialdemokratischen Abgeordneten herschicken, um im Sinne der Vermeidung von Revolution und Revolte zu sprechen». Im Reichskanzleramt löst diese Nachricht blankes Entsetzen aus, auch unter den Sozialdemokraten wie Scheidemann, die Reichskanzler Max von Baden in sein Kabinett aufgenommen hat: «Das konnte mehr sein: der Funke, der ins Pulverfass fliegt!»²³ Die Revolution ist da. Die Regierung schickt den Militärexperten der MSPD-Fraktion, Gustav Noske, und einen Staatssekretär. Noske empfiehlt als Erstes, keine militärischen Massnahmen gegen Kiel zu ergreifen.

In der Stadt selbst versammeln sich am Nachmittag des 3. November gut 6'000 Demonstranten auf dem Exerzierplatz am Viehhofer Gehölz. Sie fordern Frieden und Freiheit, ein Ende des Krieges; dann brechen sie in einem langen Zug auf in die Kieler Innenstadt, überrumpeln die überraschten Wachmannschaften einer Kaserne, in der etliche Kameraden eingesperrt sind. Matrosen schlagen die Fenster ein, klettern von allen Seiten in das Gebäude und befreien die Gefangenen; sie nehmen auch die Gewehre aus der Waffenkammer mit, die Wachen wehren sich nicht. Der Zug wächst immer weiter an, aus Kneipen, Theatern, Häusern und Militärbauten kommen Männer hinzu. Als ihm Soldaten in den Weg treten, rufen zwar einige: «Dicke Luft! Nun haut

ab!» In der Tat hat Kiels Gouverneur Souchon befohlen, ohne Rücksicht zu schießen. Aber die wenigen Soldaten werden einfach entwaffnet.

Nahe der Arrestanstalt, in der Karlstrasse hat ein Rest loyaler Truppen unter dem Reserveleutnant Oskar Steinhäuser eine Kette über die Strasse gebildet, etwa vierzig Mann stark, überwiegend Offiziersanwärter und verängstigte Rekruten, die ihre Gewehre umklammern. Immer näher kommen die Rufe und Parolen der Demonstranten; diese sind schon lange zu hören, bevor sie ins Blickfeld der Soldaten geraten, aber dann ist es so weit: «Im fahlen Licht der Gaslaternen wälzte sich die Demonstrationsmenge in die Karlstrasse hinein und überrannte die Polizisten, die in die Strasse Langer Segen flüchteten», so Dähnhardt, der Chronist der Kieler Revolte.²⁴ Von hinten drückt die Menge gegen die vordersten Demonstranten. Steinhäuser droht der Menge, das Feuer zu eröffnen. Lothar Popp, inzwischen einer der Matrosenführer, kann die Postenkette nicht gut sehen, aber plötzlich hört er viele Schüsse, eine Salve; er will aber nicht glauben, «dass deutsche Marinesoldaten auf ihresgleichen schießen konnten. Wir hatten uns davon überzeugt, dass die Salve blind war und drängten wieder vorwärts.»²⁵ Aber die Soldaten schießen gezielt, offenbar erwidern einzelne Demonstranten das Feuer, der Postenzug wird überrannt, Steinhäuser durch Schläge verletzt; die Menge rennt in Panik auseinander. Neun Menschen sterben, viele Verletzte bleiben auf dem Pflaster liegen. Ein 18-jähriger Matrose der I. Torpedodivision, unter Steinhäusers Kommando, berichtet später: «Der Leutnant Steinhäuser kriegte einen mit dem Kolben über den Schädel und er wurde dann in dieses Lokal neben dem Stadtcafé hineingeschleppt und wir waren der Meinung, sie hätten ihn totgeschlagen.»²⁶ Aber Steinhäuser überlebt. Popp und seine Kameraden tragen die Angeschossenen in das «Kaiserkaffee» nebenan, bald ist der Boden voller Blutlachen; Menschen stöhnen und schreien vor Schmerzen. Und, wie Popp später schreiben wird, «an den Leichen der Gefallenen gelobten sich die Genossen durch Handschlag, das Werk der Gefallenen zu vollenden»²⁷.

Die Revolution hat ihre ersten Toten.

Aber der Funke des Aufruhrs entzündet jetzt Flammen. Auf allen Schiffen, in den Kasernen stehen Gruppen debattierender Soldaten, sie

streiten jetzt offen mit ihren Vorgesetzten, und deren Methoden, die Männer zur Rason zu bringen, erweisen sich oft als wenig hilfreich. Der Kommandeur der I. Torpedodivision, Kapitän zur See Bartels, hält in bemerkenswerter Verkennung der Stimmung unter seinen Leuten eine Ansprache darüber, warum Soldaten sich nicht mit Politik zu befassen hätten. Sie endet mit den Worten: «Soldat soll gehorchen, Soldat muss gehorchen und Soldat gehorcht.» Zu seinem Erstaunen reagiert die Menge nicht mit Einsicht, sondern mit Pfiffen und Buhrufen.²⁸ Ein von Artelt geführter Trupp überreicht dem Kommandeur schliesslich einen Forderungskatalog, den sie selbst formuliert haben und der diesen erleichen lässt: Abdankung des Hohenzollernhauses, Aufhebung des Belagerungszustandes, Freilassung aller inhaftierten Kameraden und politischen Gefangenen sowie «Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für beide Geschlechter». Bartels erwidert entgeistert: «Aber meine Herren, das ist ja ein politisches Programm!»

In der Tat – aber mit dem Bolschewismus, den man in der Reichskanzlei über Kiel hereinbrechen sieht, hat dieses Programm nicht das Geringste zu tun, es fordert weder Rätediktatur noch Rache. Es handelt sich um bis ins Mark sozialdemokratische Forderungen, gerichtet nicht gegen die Berliner Übergangsregierung, sondern den kaiserlichen Militärapparat. Wenn die sozialdemokratischen Führer Scheidemann und Ebert sich in Berlin vor dem «Pulverfass» der Kieler Erhebung fürchten, dann fürchten sie sich vor ihrer eigenen Gefolgschaft. Dieses Grundmissverständnis beginnt bereits hier in Kiel, in den allerersten Tagen der deutschen Revolution. Denn wer sitzt an der Lunte des angeblichen Pulverfasses? Der Kieler Regionalforscher Klaus Kuhl und seine Mitstreiter werden in den Siebzigerjahren eine Reihe höchst aufschlussreicher Interviews mit inzwischen greisen, aber wachen Beteiligten führen – eine bislang nicht ausreichend gewürdigte Quelle zur deutschen Revolution 1918. So 1978 mit Jonny Pump, Jahrgang 1900, eingezogen 1918: «Der Vater war selbst Beamter, also es war schon mehr das Nationalbewusstsein, Krieg ist Krieg, musst du Soldat spielen. Aber man war ja froh, dass das nicht so weit gekommen ist. Durch die Revolution war es zu Ende.» Er erinnert sich noch, dass die Schleswiger Garnison, der er angehörte, «den Regimentskomman-

deur bereits eingesperrt hatte». Louis Streichert, geboren 1890, lief mit der SMS *Strassburg* in die Kieler Förde ein: «Wir fuhren mit der Kriegsflagge in den Hafen und sahen die Hochseeflotte mit der roten Flagge. Die schweren Dinger richteten ihre Türme auf uns. Und nun Maschinen stopp.»

Klaus Kuhl hat auch schriftliche Zeugnisse gesammelt, etwa jenes von Alfred Schwabe, Jahrgang 1892. Eigentlich U-Boot-Fahrer, hat Schwabe im November 1918 «das fürchterliche Völkermorden satt, die Sehnsucht nach Frieden war vorherrschend». Als der Matrosenaufstand beginnt, wird der junge Obermatrose mit Pistole und Munition ausgestattet, er und seine Kameraden hören die Ansprache eines Leutnants, gehalten in einer Turnhalle am Hafen: «Heldentum und Treue zu den Offizieren, Kampf gegen die Meuterer war der Inhalt. Minuten war es kirchenstill. Plötzlich ein Gebrüll von weit her, aber es kam näher und näher: ‚Achtung, Achtung! Pistolen laden und sichern!‘ Im Flüsteron bei den Obermatrosen; ‚Wir schiessen nicht, wir schiessen nicht!‘» Die jungen Männer schliessen sich sofort den Revolutionären an: «Das Abtackeln (*die Entwaffnung der Offiziere; d.V.*) war manchen Matrosen eine wahre Wollust, konnten sie sich doch für Drill und Erniedrigungen rächen.»²⁹

Zwei Revolutionäre: Karl Artelt und Lothar Popp

Zu den wenigen überlieferten biografischen Zeugnissen revolutionärer Matrosen gehören auch jene von Lothar Popp und Karl Artelt. In den Siebziger jahren werden die Historiker Dirk Dähnhardt, Volker Ullrich und der Kieler Revolutionsforscher Klaus Kuhl noch Interviews mit Lothar Popp führen, der schon weit über 80, aber noch wachen Geistes ist; Dähnhardt empfindet noch den alten Herrn als «imponierende Persönlichkeit». Soweit seine weit jüngeren Interviewer, wie Kuhl das tut, den Veteranen der Bewegung mit linken Idealen ihrer Zeit konfrontieren und fragen, warum nicht sofort konsequent der Umsturz durchgesetzt worden sei, will der Kieler Revolutionär davon wenig hören: «Hören Sie doch mal zu! Ja, ich konnte doch die SPD nicht ausschalten, wenn Sie einer sind und die anderen sind zehn!»³⁰

Lothar Popp ist es wahrlich nicht in die Wiege gelegt, einmal revolutionärer Arbeiter in Kiel zu werden. Er wird 1887 in Furth im Wald geboren, einem kleinen Städtchen in der Oberpfalz, das im selben Jahr einen Höhepunkt seiner Geschichte erlebt: Das sommerliche Festspiel für den «Drachenstich», einen auf das 16. Jahrhundert zurückgehenden Umzug rings um das Thema des Kampfes Gut gegen Böse, wird erstmals aufgeführt. Nach dem Tod der Mutter zieht Popp nach Kiel. Ein klassischer Proletarier ist er keineswegs, eher ein Selfmademan, geschäftstüchtig, ein gewinnender Typ mit einer schwarzen Haar-mähne auf dem Kopf. Er liebt das Leben, und das Leben liebt ihn. Schon vor dem Krieg besitzt er mehrere Läden für Bonbons und Süs-ses. Er wird Sozialdemokrat, doch als überzeugter Pazifist wendet er sich nach dem Burgfrieden innerlich von der Partei ab, er politisiert sich nun rasch. 1915 wird er eingezogen, aber nach anderthalb Jahren als dienstunfähig entlassen. Doch der Klammer der preußischen Kriegs-maschinerie entgeht er nicht, als Dienstverpflichteter arbeitet er auf den Kieler Werften. Er bleibt in der SPD aktiv, mit starken Sym-pathien für den linken Flügel. Gleichgesinnte findet er in einem örtli-chen Arbeiterklub, dem «Sozialdemokratischen Verein Gross-Kiel alte Richtung». Alte Richtung, als, wie Popp die Sache sieht, noch kein Sozialist für imperialistische Kriege votiert hätte. Er betreibt die Sache mit der üblichen Energie und rückt in den Vorstand auf, den Vorsitz hat ein Mann namens Arthur Sens inne: «Der hatte ein Holzbein, konnte deshalb nicht eingezogen werden» und wurde «deshalb zum Vorsitzenden bestimmt».³¹ Als 1917 die Abtrünnigen der SPD die linke USPD gründen, ist Lothar Popp von Anfang an ihr Mann.

In der Marinestadt fasst die neue Partei freilich nur schwer Boden; der Druck der politischen Polizei ist zudem brutal. Im Herbst 1917 wird der Mann mit dem Holzbein, Arthur Sens, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt; sein Vergehen: Als Vorstand der Kieler USPD hat er bei einer Hinterzimmerversammlung vor 14 Matrosen gesprochen; unter dem Belagerungszustand eine unerlaubte Versammlung. In die Lücke stösst nun der fliegende Bonbonhändler Lothar Popp. Und er hat das Format dazu. Im Gewerkschaftshaus legt er sich eines Mittags in der Kantine mit Carl Legien an, dem Vorsitzenden der mächtigen Generalkommission der Gewerkschaften. Legien fragt voll Missfallen,

wer den jüngsten Streik veranlasst habe und was dieser erreichen solle. Popp erwidert: «Wir konnten nicht warten, bis die Gewerkschaften den Streik inszeniert hätten, denn dann wäre er sicher niemals ausgebrochen.» Es sei ein «spontaner Protest gegen Brest-Litwosk» gewesen, den brutalen Friedensvertrag, den das Reich Anfang 1918 dem Sowjetstaat in Russland aufzwingt.

In den Interviews mit Dähnhardt, Ullrich und Kuhl wird Popp berichten, unter welchen Umständen das letzte Aufgebot der Unabhängigen 1917/18 die konspirative Arbeit betrieb: «Sie nannten uns in Kiel die ‚Henke-Garde‘. Henke spielte eine grosse Rolle in der ganzen Bewegung, auch in der Marine. Wir haben mit Henke illegale Versammlungen im Walde bei Kiel abgehalten. Ich sehe ihn noch auf einem Baumstumpf stehen.» Alfred Henke, Reichstagsabgeordneter und Mitbegründer der USPD, wird die Mühen der politischen Ebene auch bei einem Zwischenfall gespürt haben, den Popp überliefert. Ein offenbar nicht gut beratener Genosse überreicht Henke 1917 auf einer Vorstandssitzung des Bezirks Wasserkante eine Liste, «auf der alle Mitglieder der USPD in der Marine verzeichnet waren. Henke fühlte sich aber schon damals – trotz Immunität – nicht mehr sicher und gab die Liste dem Wirt (der war auch Genosse). Kurze Zeit später gingen wir hoch. Man kann sich vorstellen, was passiert wäre, wenn die Liste gefunden worden wäre.»³²

Als 1918 die Januarstreiks für den Frieden losbrechen, ist Kiels USPD ein trister Torso, fast alle Vorstandsmitglieder sitzen im Gefängnis. Popp hat daher zahlreiche Sitzungen der Partei geleitet und spricht zu vielen Tausenden von Streikenden, die sich am 27. Januar auf dem Wilhelmsplatz versammeln: «Ich bin auf eine Laterne geklettert und habe eine halbe Stunde lang zu den Massen geredet. Ich habe erklärt, dass die Regierung stets gesagt habe, es sei ein Verteidigungskrieg. In Brest-Litowsk hat General Hoffmann jedoch erklärt, wir sind die Sieger. Wenn der Krieg jetzt nicht mit einem Verständigungsfrieden beendet wird, dann wird der Krieg nicht ausgehen ohne Sieger und Besiegte, sondern mit einer Niederlage Deutschlands, wir müssen das mit allen Mitteln verhindern.»

Es ist ein eindrucksvoller Auftritt, und als Popp noch vorschlägt,

einen Arbeiterrat zu gründen, wählen ihn die Zuhörer per Akklamation zum Vorsitzenden. Wenige Tage später verhaften ihn Marinesoldaten in der Stadt. Er entgeht nur knapp einer Anklage wegen Hochverrats und kommt, obwohl ihn gleich vier Kriminalbeamte schwer belasten, mit zwei Monaten Gefängnis wegen Abhaltens einer illegalen Versammlung davon. Für den Rest des Krieges ist er der populärste und wichtigste Mann der Kieler Unabhängigen.

Im Herbst 1918 ist sein engster Mitstreiter Karl Artelt, ein 27-jähriger Seemann von kräftiger Statur, nun dienstverpflichteter Maschinenbauer auf der Germaniawerft und Torpedospezialist, kein Intellektueller, aber einer, der wenig fürchtet. Ein Militärarzt bescheinigt ihm, er habe «Nerven wie Stahl». Wie Popp hat er vor 1914 an die Losung der SPD geglaubt: «Diesem System keinen Mann, keinen Pfennig»; die Bewilligung der Kriegskredite durch die Partei im August 1914 trifft ihn wie ein Schlag. Er baut in den Betrieben ein Netz von Vertrauensleuten auf und ist Anfang 1917, während des «Kohlrübenwinters», Mitinitiator eines Grossstreiks gegen die katastrophale Lebensmittelversorgung. Zu dieser Zeit unterhält die Eisenbahn noch Käfigwägen, in denen verurteilte Delinquenten angekettet werden; in einem davon sitzt nach dem Streik Karl Artelt, verurteilt zu einem halben Jahr Festungshaft in Gross-Strehlitz. Dort erfährt er von den ersten Unruhen in der Flotte 1917 und den Mordurteilen der Marinejustiz gegen mehrere Beteiligte: «Und ich sass in der Festung, als es in der Marine losging!» Nach der Haft wird er in ein Strafbataillon nach Flandern versetzt.

Im Frühjahr 1918 kehrt er nach Kiel zurück und arbeitet als Spezialist in der Torpedobootsreparaturwerkstatt; gleichzeitig strickt er ein neues Netz von USPD-Vertrauensmännern in der Marine. Artelt ist der politischere Kopf, Popp der Gelassene. Beide aber wollen schon am Abend der ersten, so blutig endenden Kieler Grossdemonstration mehr erreichen als die Befreiung der inhaftierten Besatzungsmitglieder. Sie ahnen, dass sie damit erst am Anfang stehen, dass eine Bewegung, welche die kaiserliche Marine lahmzulegen droht, zusammen mit den Arbeitern ein weit grösseres Potenzial hat als die Streiks von 1917 oder sogar vom Januar: Artelt verlangt «die Niederkämpfung des Militarismus», notfalls müsse «Gewalt angewendet werden».³³

Tod auf SMS *König*: Die Revolution und ihre Feinde

Der 5. November ist ein herrlicher Herbsttag, in der Morgensonne leuchten die roten Fahnen, die von den Masten der Kriegsschiffe und den Türmen der Stadt wehen. Sie wehen nicht auf dem Linienschiff SMS *Könige* das im Dock liegt. Der Kapitän Carl-Wilhelm Weniger lässt die Reichskriegsflagge hissen, der Revolution zum Trotz. Als Bernhard Rausch, der Chefredakteur der sozialdemokratischen Zeitung Kiels, gerade zu einem Treffen mit den Vertrauensmännern in den Reichshallen geht, hört er vom Dock her Schüsse: «Die Offiziere hatten sich mit Waffengewalt der Absicht der Mannschaften, auf dem Schiffe die rote Fahne zu hissen, entgegengestellt.» Die genauen Vorgänge werden nie ganz geklärt, am Ende sind ein Matrose und zwei Offiziere tot, Weniger hat vier Kugeln im Leib und überlebt schwer verletzt. Er wird im Lazarett später behaupten, von Land aus hätten Heckenschützen mit Gewehren auf ihn und seine Fahnenwache ge feuert, er selbst habe schon am Boden liegend einen an Bord stürmenden Matrosen erschossen; es ist aber wahrscheinlicher, dass Weniger mit dieser, eher nach Notwehr klingenden Version Racheakten oder einer Anklage wegen Mordes entgehen will.³⁴

Wahrscheinlicher ist es, dass der Kapitän selbst den Schusswechsel provoziert und einen Signalgast niederschiesst, der die verhasste Kriegsflagge herunterreissen will. Auf die weit hallenden Schüsse hin rennen viele Matrosen zur *König*, fast alle Männer tragen ihre Karabiner mit sich. Dem Bericht des Matrosen Kurt Kluge vom Panzerkreuzer SMS *Frankfurt* zufolge, haben sich die Offiziere nach dem Tod des Signalgastes in den hinteren Geschützturm des Schlachtschiffs zurückgezogen und feuern aus den Sehschlitzen wie aus Schiessscharten auf die heranstürmenden Matrosen: «Wir richteten gezieltes Feuer auf die Sehschlitze des Panzerturms. Aber natürlich prallten die allermeisten Kugeln vom Turm einfach ab. Einige wenige aber drangen ins Innere und verfehlten ihre Wirkung nicht.»³⁵ Nach einer Weile, so Kluge, hätten die Offiziere mit einer weissen Fahne gewunken und die Matrosen stürzten an Bord und zogen eine rote Fahne hoch. Dann allerdings müssten Schwerverletzte die weisse Fahne gezeigt haben. Der

Erste Offizier, Bruno Heinemann, ist tot, und der 20-jährige Leutnant zur See Wolfgang Zenker hat nicht mehr lange zu leben. Eine Kugel hat seine Lunge und das Rückenmark verletzt, er ist am Unterkörper gelähmt und stirbt im Lazarett.

Wolfgang Zenker wird fünf Tage nach den tödlichen Schüssen auf dem Südfriedhof in Leipzig beigesetzt; der Geist, in dem er aufwuchs, prägt noch sein letztes Geleit. Der Onkel, der nationalkonservative Leipziger Superintendent Walther Zenker, vollzieht, wie er berichten wird, «mit stolzer Trauer meine letzte Verwandtenpflicht an ihm». Auf dem Grabstein hat die Familie einen Satz aus dem letzten Brief Wolfgang Zenkers einmeisseln lassen: «Es ist nicht nötig, dass wir leben, aber es ist nötig, dass wir unsere Pflicht tun.» Wie der Prediger berichtet, «hat der Vater die furchtbare Anklage daruntergesetzt: Er starb von einer deutschen Kugel.»³⁶ Der junge Seeoffizier wird zu einem Idol der Rechten in der Weimarer Republik und dann der Nationalsozialisten, die ein Kriegsschiff nach ihm benennen und ihn als Vorbild für die wehrfreudige Jugend inszenieren. Und der Militärjustiz der Wehrmacht, welche im Zweiten Weltkrieg Zehntausende der eigenen Soldaten wegen geringster Vergehen ermorden lässt, wird das «Erlebnis von 1918» stets als Schreckbild vor Augen stehen – die Furcht, dass noch einmal Mannschaften und Besatzungen gegen einen Krieg aufstehen, der nicht der ihre ist, und auf ihre Offiziere schießen.

Walther Zenkers eigener Sohn Hans, ebenfalls Offizier, handelt umsichtiger als der Vetter in Kiel. Als Hans Zenker bei der Heimkehr nach Leipzig in Uniform auf einen Demonstrationszug wütender Soldaten trifft, weicht er vorsichtshalber in einen Gemüseladen aus; dort entfernt ihm die Verkäuferin «freundlich und liebevoll» die Schulterklappen und Ehrenzeichen, wie der Vater berichtet. Dieser Sohn hat vier Jahre Krieg hinter sich, wurde in Frankreich verwundet und ist nun zu Hause, was der Vater mit den Worten kommentiert: «Ich brauche mich meines väterlichen Stolzes doch nicht zu schämen, wenn ich Hans jetzt als einen stattlichen Menschen im bürgerlichen Frack, hinter dessen Klappe der Heinrichsorden, das Eiserne Kreuz, der sächsische Albrechtsorden und auch das E. K. I hervorschauen, freudig ansehe.»

Dies ist die Gegenwelt zu jener der Revolution, und nicht einmal die alldeutsche, völkische, rechtsradikale. Die Zenkers sind gehobenes

Bürgertum, ein Maler gehört zur Familie, Walther Zenker selbst ist ein bekannter Kirchenmann, predigt über Nächstenliebe und Gottes unerforschliche Wege und hält seine Ansichten für noch liberal. Aber in seinem Denken ist der wilhelminische Obrigkeitsstaat das Mass aller Dinge und dessen engherzige Definition von Vaterland ein säkulares Glaubensbekenntnis, und das religiöse Bekenntnis bildet dazu kein Gegengewicht, ganz im Gegenteil. Die offizielle evangelische Kirche unterstützt Kaiser und Krieg bis zur letzten Sekunde, sie hat das vom Reformator Martin Luther 400 Jahre zuvor gepredigte Bündnis von «Thron und Altar» in ein banales, theologisch verbrämtes Untertanentum verwandelt; von den Kanzeln schallt es an die Gemeinden, Gott sei mit den deutschen Waffen und führe die Nation, damit «sie sich im Kampf ums Dasein zu bewähren und den ihm zukommenden höheren Platz in der Welt zu erringen» vermöge.³⁷ So ist die Botschaft der Bergpredigt zur Hetze zu Krieg, Eroberung, Gewalt verkommen und die Niederlage durch nichts erklärbar als Tücke und Verrat in der Heimat; doch jene, die so rufen, sehen den Balken im eigenen Auge nicht. Der moralische Niedergang einer grossen Kirche wird nicht erst mit den Demutsgesten an Adolf Hitler beginnen.

In Kiel gibt es noch mehr Tote. Am Abend des 5. November erschliessen Revolutionäre den Kieler Stadtkommandanten, den Kapitän zur See Heine, einen der Verantwortlichen des Massakers in der Karlstrasse drei Tage zuvor. Der Soldatenrat will Heine deswegen verhaften lassen, doch der Offizier wehrt sich, Schüsse fallen. Die Gangart der Revolution wird härter, die Stimmung nervöser. Dirk Dähnhardt wird einen Fall überliefern, den ihm der Betroffene Walter Mund in den Siebzigerjahren noch selbst berichten kann. Es ist keine bedeutende Sache, Mund kommt unversehrt davon, aber seine Erlebnisse spiegeln die gereizte Stimmung in der Stadt; noch herrschen Kaiser und Oberste Heeresleitung, noch befürchten die Matrosen, das System werde die unbotmässigen Kieler mit Gewalt unterwerfen.

Mund ist Infanterieoffizier und hat in Kiel eine Verletzung auskuriiert, am 5. November sitzt er in Zivil an Deck eines Dampfers, mit dem er zu seinen Eltern nach Friedrichsort fahren will: «Der Dampfer fuhr vorerst nicht ab. Drei Matrosen, umgeschnallt und mit Gewehr, kamen aufs Oberdeck. Sie steuerten gleich auf mich zu und fuhren

mich an: ‚Sie sind Offizier!‘ Ich war sehr erstaunt, trug ich doch zivil. Da konnte nur ein Fahrgast mich verpfeifen haben, denn unter den Fahrgästen waren viele Bekannte aus Friedrichsort. Ich bejahte. Der Führer, kenntlich am umgeschnallten Offiziersdegen, forderte mich auf mitzukommen, ‚weil die Offiziere in Kiel für heute Nacht einen Putsch planen‘. Meine Beteuerungen, dass ich von Schiessereien genug hätte und nur zu meinen Eltern fahren wollte, fruchteten nichts. Ich musste aussteigen. Ein Posten mit aufgepflanztem Seitengewehr (*Bajonett; d.V.*) vorweg, ein zweiter, auch aufgepflanzt, hinterher, so zogen wir in Richtung Altmarkt davon, aufgemuntert durch Kolbenstosse von hinten, eine schnellere Gangart einzuschlagen. Als wir über den Markt kamen, hatten gerade die Kinos geschlossen und viele Menschen bevölkerten den Platz. ‚Öh, dor hebbt se all wedder eenen‘, schallte es mir entgegen, und im Augenblick waren wir umringt. Fäuste wurden mir unter die Nase gehalten, ich wurde hin und her gezerrt und angespuckt.»

Mund entgeht Schlimmerem, die drei Matrosen führen ihn durch lange Flure in ein Zimmer im Gewerkschaftshaus, an dessen Tür «Oberster Arbeiter- und Soldatenrat» steht. «Vor den beiden Fenstern standen grosse Schreibtische, an ihnen sassen ein Zivilist und ein Matrosengefreiter. Letzterer drehte sich um und fragte: ‚Ja, was wollt ihr?‘ – ‚Wir bringen hier einen Offiziere – ‚Ja und?‘ – ‚Ja nun, die planen heute nacht doch einen Putsch!‘ – ‚Mensch, das ist doch Quatsch.‘ – ‚Hier ist überhaupt alles Quatsch!‘, rief der Matrose, der mich gebracht hatte, und schleuderte sein Gewehr dem ‚Obersten Soldatenrat‘ vor die Füsse, machte kehrt und verschwand, gefolgt von seinem Kameraden, der aber nahm sein Gewehr mit. Da stand ich nun allein mitten im Raum. Der Zivilist hob das Gewehr auf, stellte es an die Wand, sah mich an und sagte: ‚Sie können gehen.‘ Da schoss in mir die Wut hoch, doch dann erkannte ich die ganze Komik der Situation.»³⁸

Karl John ist Heizer auf einem Panzerkreuzer, wo die aufständischen Matrosen ihre Offiziere entwaffnen und durch fachkundige Kameraden ersetzen, an Stelle des Kapitäns tritt am 3. November ein Matrosenrat: «Das bezog sich vor allem auf die Aufrechterhaltung eines normalen Lebens auf dem Schiff, damit wir weiterhin Licht, Gas, Wasser und Versorgung für die Mannschaft hatten.»

Und während die Offiziere tief unten im «Bunker», dem Arrestbereich, eingesperrt sind, halten die Revolutionäre den Kreuzer mit seinen schweren Geschützen gefechtsbereit – sie befürchten einen militärischen Gegenschlag auf Kiel. Beim ersten Landgang sieht John, wie Matrosen den Offizieren die Achselstücke herunterreissen, er versucht seinem Bericht zufolge an einer Anlegebrücke dasselbe mit einem Kapitän und gerät an den Falschen. Der Herausgeforderte weigert sich schlicht, den Matrosen seine Waffen zu übergeben: «Er sagte uns, er könnte so etwas nicht überwinden und würde das niemals freiwillig tun. Wir machten aber kurzen Prozess mit ihm und rissen ihm die Achselstücke herunter, nahmen ihm die Waffen ab und warfen alles vor seinen Augen in den Hafen.»³⁹

Gleich in den ersten Tagen der Revolte tritt Popp an Artelt heran und lädt ihn ins Parteibüro der USPD ein, um das weitere Vorgehen zu planen, vor allem die Mobilisierung der Arbeiter in den Kieler Betrieben. Mit einer Handvoll Genossen verfassen sie ein kurzes Flugblatt und hektografieren es: «Kameraden, schiesst nicht auf Eure Brüder! Arbeiter, demonstriert in Massen, lasst die Soldaten nicht im Stich!»

Und sie schiessen wirklich nicht auf ihre Brüder. Als am Nachmittag des 4. November ein grösseres Truppenaufgebot des für Kiel zuständigen IX. Armeekorps in der Stadt eintrifft, das Gouverneur Souchon dort angefordert hat, muss es unverrichteter Dinge umkehren. Die Aufstandsbewegung hat inzwischen fast alle Schiffe und Militäreinrichtungen in Kiel erfasst und ist inzwischen viel zu stark; allein am grossen Arrestgebäude in der Wik warten 2'000 bewaffnete Marinesoldaten auf einen möglichen Angriff.

Über den Zusammenbruch der alten Gewalten berichtet Popp später im Gespräch mit Kuhl ein bezeichnendes Beispiel: «Während ich im Stationsgebäude sass als Vorsitzender vom Obersten Soldatenrat, kamen ein paar Matrosen zu mir und sagten: ‚Du musst mal zu uns an Bord kommen, du sollst da ein Speech haltens Na ja schön. Da stieg ich zu denen ins Boot, fuhr dann an das Schiff, das war kein kleines, es war ein Linienschiff. Ich kam dann an Bord, der Kommandant war da und ich sagte: ‚Die Matrosen wünschen, dass ich hier über die politische Lage und über die Situation ein paar Worte sage.‘ Dann sagte der: ‚Bitte schön.‘ Alle traten an, standen im Halbkreis da rum. Ich

habe mich an eine von den 38-cm-Kanonen gelehnt und hielt nun meine eigentlich doch revolutionäre Rede. Niemand widersprach, und ich habe hinterher noch mit dem Kommandanten gesprochen, der hatte selber die ‚Nase voll‘. Dann zogen die Matrosen die rote Fahne hoch. Das ist eigentlich so unvorstellbar ... Man muss den Kopf schütteln, dass das möglich war. Auch dass das möglich war, einfach zu mir zu sagen, komm an Bord. Das war so selbstverständlich, dass dieses Regime abgewirtschaftet hat. Es hat ja wohl auch noch nie eine Revolution mit so wenig Opfern gegeben.»⁴⁰

Die Arbeiterschaft beschliesst für den 5. November den Generalstreik in den Betrieben der Stadt und des Hafens. Gouverneur Souchon bleibt nichts übrig, als mit den Matrosenführern zu verhandeln, und was er hört, gefällt ihm nicht. Seine Drohung, Militär von aussen zu holen, erzielt das Gegenteil des gewünschten Effekts. Sollte er das tun, antworten die Emissäre, dann werden die Schlachtschiffe ihre schweren Geschütze zur Stadt drehen und den «Bahnhof unter Feuer nehmen». «Ja, meine Herren, können Sie das denn verantworten?», fragt Souchon ungläubig, aber Artelt sagt ruhig: «Wenn Sie verantworten können, dass Infanterie auf Marine schiessen soll, so können wir es auch verantworten, dass wir uns unserer Haut wehren.»⁴¹

Beide Seiten sind nun etwas ratlos. Die Matrosen belassen Souchon sogar im Amt, sie übernehmen nicht die Macht in Kiel; ihr Triumph ist so schnell errungen worden, dass sie keine klaren politischen Vorstellungen haben, was nun eigentlich praktisch zu tun sei. Und noch immer ist ja ein Grossangriff durch Ersatztruppen des Heeres von Land her zu befürchten, sie richten sich auf Verteidigung ein. Arbeiter- und Soldatenvertreter verabschieden aber die «14 Kieler Punkte», die im Wesentlichen der Forderungsliste Artelts gleichen, aber bereits deutlicher gegen die überkommene Militärordnung gerichtet ist. Der Gouverneur veranlasst, alle noch arretierten Gefangenen freizulassen, und wartet. Er hat einige Stunden Zeit gewonnen. Und am selben Abend des 4. November trifft Gustav Noske auf dem Kieler Hauptbahnhof ein.

Der Mann, der kaum zwei Monate später als «Bluthund» gegen linke Aufständische in Berlin gelten wird, weiss nicht genau, was ihn nun in Kiel erwartet. Aber keine bolschewistische Garde steht am

Bahnsteig, sondern ein Matrosenkomitee, das den prominenten SPD-Abgeordneten mit Jubel und Hochrufen begrüsst. Sie fahren ihn mit einem Auto zum Kieler Wilhelmsplatz, damit er zu den Leuten sprechen kann; mit einer Hand an den überfüllten Wagen geklammert, ruft ein Mann, mit der anderen die rote Fahne schwenkend, immer wieder: «Es lebe die Freiheit!»

Es sieht aus, als habe ihre Stunde geschlagen. Noch am selben Abend flüchtet Prinz Heinrich, der Bruder Wilhelms II. und formal immerhin Generalinspekteur der Marine, auf unwürdige Weise aus dem Kieler Schloss. Er hat zuvor Vertreter der Matrosen angebellt: «Machen Sie, dass Sie rauskommen»; die Männer reagieren unbeeindruckt. Noch ein paar Tage, dann fliege der Kaiser selber vom Thron; jedenfalls, der Prinz habe ihnen nichts mehr zu befehlen. Sie tun ihm nichts und ziehen ab; aber der Hohenzoller fühlt sich bedroht, lässt zur Tarnung eine rote Fahne an sein auffälliges Automobil stecken und beschliesst, sich bis auf Weiteres auf sein nächstgelegenes Landgut zurückzuziehen. Auf der Fahrt muss er hinter einem liegen gebliebenen Lastwagen haltmachen, zwei Matrosen stellen sich auf die breiten Trittbretter und möchten mitgenommen werden. Sie sind kaum losgefahren, da knallt es von allen Seiten, die Matrosen fallen herunter, einer von ihnen stirbt. Wer warum auf wen geschossen hat, ist völlig unklar, der Prinz jedenfalls verschwindet mit Vollgas aus Kiel und der erwähnenswerten deutschen Geschichte.⁴²

Noske erfüllt die Erwartungen zwar, welche die Parteispitze in ihn gesetzt hat, und dämpft die revolutionäre Energie der meuternden Militärangehörigen. Er scheucht den hilflosen Souchon davon und zieht selbst in dessen Admiralszimmer ein; der am 5. November abends gebildete Arbeiter- und Soldatenrat wählt ihn zum Vorsitzenden und zwei Tage später zum neuen Gouverneur von Kiel. Der robuste Mann spricht ohne Scheu mit den Soldaten, das gefällt ihnen. Er kommt von der Regierung, für die sie den Aufstand gegen die Seekriegsleitung gewagt haben. Warum sie keinen der Ihren, etwa Artelt oder Popp, an die Spitze stellen, warum diese kein Misstrauen gegen Noske hegen, der in seinen Ämtern bald auf «Ruhe und Ordnung» setzen wird, wird später noch lange debattiert werden. Der Militärhistoriker Wolfram Wette schreibt treffend: «Für die Matrosen bestand der wesentliche

Punkt wohl darin, dass Noskes Hineindrängen in die Verantwortung als Signal dafür aufgefasst wurde, dass sich ein prominenter Politiker auf den Boden des Umsturzes stellte und bereit war, ihn gegen alle Angriffe zu verteidigen.»⁴³

Noske lässt alle Planungen eines Militäreinsatzes gegen Kiel einstellen, wo inzwischen 40'000 Schwebewaffnete bereit zur Verteidigung seien, mit der Schiffsartillerie als stärkster Waffe: «Es würde nur ein Blutbad geben.» Er empfiehlt stattdessen Verhandlungen über die Forderungen der Matrosen. Dass diese in ihm einen Anführer wählen, der im Herzen «der Meuterei, die ich persönlich aufs Schärfste verurteilte, ein Ende zu machen» gedenkt, ahnt niemand der Kieler Revolutionäre, sie halten den Mann aus Berlin für einen starken Verbündeten. Es dauert Wochen, bis sie erkennen: Er ist es nicht. Aber da ist die Entwicklung über die Kieler Ereignisse und auch Noskes Absicht, sie einzudämmen, längst hinausgegangen.

Flammen des Aufruhrs: Die Revolution breitet sich aus

«In der Kieler Förde sprudelte der Quell der deutschen Revolution des Jahres 1918. Von hier aus setzte sich die Welle in Bewegung, die rasch alle scheinbar noch so festen Dämme und Deiche des deutschen Obrigkeitsstaates durchbrach, ganz Nord- und Süddeutschland überflutete und schon nach einer Woche über den Steinmassen Berlins mit brausender Gischt zusammenschlug.» So begeistert beschreibt noch 1919 der Chefredakteur der *Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung*, Bernhard Rausch, die jähe Ausbreitung der Revolution. Ernst von Weizsäcker, Marineoffizier und späterer Reichsaussenminister, notiert dagegen verdrosset: «Diese Marine! Entsprungen dem Weltmachtsdünkel, verdirbt unsere auswärtige Politik 20 Jahre lang, hält ihre Versprechungen im Kriege nicht und entfacht nun den Umsturz!» Und der ist nicht aufzuhalten.

Eigentlich rechnen die Kieler immer noch mit einem militärischen Angriff auf ihre Bastion Kiel. Noch am 4. November endet ihre Macht im Vorland der Hafenstadt. Aber der Funkenflug von Wilhelmshaven ist in Kiel zum Feuer geworden, nun breiten sich die Flammen des Aufruhrs erst entlang an der Küste aus und bald im ganzen Reich, ge-

tragen von Matrosen und Marineangehörigen aus Kiel, die den Kameraden über den Umsturz in der Stadt berichten. Im grössten Hafen des Landes, Hamburg, legen Arbeiter und Matrosen bereits am 5. November die Arbeit nieder. Auf den Kriegsschiffen ziehen die Mannschaften rote Fahnen auf – ein Zeichen der Solidarität mit den Brüdern in Kiel. Auf den Strassen von Altona und Sankt Pauli patrouillieren Matrosen und Soldaten, sie tragen Gewehre, den Lauf demonstrativ nach unten gerichtet – laut Vorschrift hat er nach oben zu zeigen – und am Arm rote Binden. Sie packen jeden Offizier, der ihnen über den Weg läuft oder ihnen gar entgegentritt, reissen die Abzeichen herunter und bringen ihn ins Gewerkschaftshaus. Dort haben meuternde Soldaten ein Auto vorgefahren und auf ihm ein schussberechtigtes Maschinengewehr aufgebaut.⁴⁴

In Wilhelmshaven, wo alles begann, lässt ein Infanterieoffizier die Truppe des Rekruten Wilhelm Waalkes in der Kaserne antreten, mit Gewehr und scharfer Munition; offenkundig soll es gegen die rebellierenden Kameraden der Marine gehen. Deren Quartier liegt gleich neben der Kasernenmauer, und Waalkes beobachtet ungläubig, wie Matrosen herüber über die Mauer springen und einer von ihnen den Offizier attackiert: «Der packt ihn an der Kehle und zwingt ihn Kommando zu geben: ‚Gewehre auf einen Haufen.‘ Die Matrosen rufen: ‚Ihr sollt missbraucht werden. Wir haben demonstriert und die Gefängnisse leergemacht, viele von der Marine sassen da drin, politischem»⁴⁵ Die Soldaten weigern sich, auf Matrosen zu schiessen, und verbrüdernd sich mit ihnen. Überall bilden sich sehr rasch Arbeiter- und Soldatenräte; die Initiative liegt fast immer bei den meuternden Soldaten. Diese Revolution hat sich am Militär entzündet. Auffällig gering ist dabei der Einfluss der Linksradiكالen, auch wenn eine Handvoll Spartakisten in Hamburg eine Zeitungsredaktion besetzt, jene des *Hamburger Echo*. Die Räte stellen, wie in Kiel, eher gemässigte Forderungen, Sturz der Hohenzollern, freie Wahlen, Meinungsfreiheit, Entlassung der Militärgefangenen.

Gewalttaten bleiben selten. Die Geschütze der Kieler Kriegsschiffe werden nicht feuern müssen. Die Geschwindigkeit, mit der das kaiserliche Regime in die Knie geht, ist atemberaubend. Am 6. November reisen Hugo Haase und Hermann Müller, Vorstandsmitglied der MS-

PD und später in der Weimarer Republik Reichskanzler, mit dem D-Zug von Berlin nach Kiel. Im Hamburger Arbeiterviertel Rotenburgerort muss die Lokomotive anhalten. Der Bahnsteig ist voller bewaffneter Matrosen, mehrere von ihnen steigen ein, das Gewehr in der Hand, und kontrollieren die Fahrgäste. Müller sieht zu, wie einer der Matrosen in ein Coupé geht, in dem zwei Offiziere sitzen: «Er forderte die Offiziere auf, den Degen abzugeben. Sie gehorchten schweigend. Dann zog er sein Seitengewehr (*Bajonett; d. V.*), trennte ihnen, ohne lange zu fragen, die Achselstücke ab und warf sie durchs Fenster auf den Bahnsteig. Die Offiziere liessen das widerstandslos geschehen.» Müller erscheint es, als erlebe er gerade «die Sterbestunde des preußischen Militarismus»⁴⁶. Am nächsten Tag erschossen Soldaten mehrere demonstrierende Arbeiter auf dem Hamburger Heiliggeistfeld. Aber in der Folge ergreifen Arbeiter- und Soldatenräte die Macht im grössten Hafen des Reichs.

Hermann Müller übernachtet in der Stadt und berichtet später eine oft zitierte Anekdote. Am Morgen hört er schwere Tritte auf dem Hotelflur, dann ein lautes Klopfen an allen Türen. Matrosen mit roten Armbinden kontrollieren die Gäste. Müller öffnet müde die Tür, reicht einem der Männer seinen Pass, der studiert den Ausweis ausführlich und macht ihn darauf aufmerksam, dass er bereits am 17. Mai 1918 abgelaufen sei. Dann grüsst er lächelnd und entfernt sich. Müller schaut ihm hinterher: «Wäre es in einem anderen Land denkbar gewesen, dass in der Nacht nach Beginn einer Revolution ein Revolutionär sich Sorgen um die Verlängerung eines Passes gemacht hätte?»⁴⁷

Rückblick: Die SPD und das Kaiserreich bis 1918

«Der Dreck des Parlamentsapparats»: Im wilhelminischen Deutschland

Bernhard von Bülow steht am 17. Oktober 1900 zufrieden vor dem Reichskanzlerpalais an der Berliner Wilhelmstrasse. Er ist am Ziel seiner Wünsche, Herr über den schlossartigen Regierungssitz, der «allen Aussenstehenden als geheimnisvoll unzugängliches Gebäude» erscheint, wie es einer seiner späteren Spitzenbeamten ausdrückt, Arnold Brecht. Welcher Geist hier nun einzieht, das hat Kaiser Wilhelm II. bei der Ernennung des Fürsten unmissverständlich zum Ausdruck gebracht: «Bülow soll mein Bismarck werden, und wo wie dieser und mein Grossvater Deutschland äusserlich zusammenhämerten, so werden wir im Innern den Dreck des Parlaments- und Parteiapparats wegräumen.»

Gelingen wird ihm das nicht, aber das Kaiserwort wirft ein bezeichnendes Licht auf die innere Dauerkrise des kaiserlichen Deutschland. Mit Bernhard von Bülow zieht ein Mann ein, der Wilhelm II. zuvor geschmeichelt hat: «Er ist so bedeutend, nach Friedrich dem Grossen der bedeutendste Hohenzoller.» Die Tage Friedrichs des Grossen sind lange schon vorüber, doch die monarchische Idee hat sich kaum verändert. Das blieb der Fluch dieser deutschen Reichseinigung von 1871: Sie war nicht, wie die amerikanische Unabhängigkeit 1776, gemeinsam mit der Freiheit erkämpft worden. Das hatten die Revolutionäre von 1848 versucht und waren blutig gescheitert. Als 1849 die Verteidiger der badischen Festung Rastatt vor Preußens Armeen kapitulierten und bald vor den Exekutionskommandos standen, starb mit ihnen auch die deutsche Freiheit. Die Einheit war nicht mehr ein Projekt selbstbestimmter Bürger, sondern des Obrigkeitsstaats, des zweiten Kaiserreichs.

Das Reich, das 1871 entstand, entwickelte sich in der Folge zu ei-

nem gesellschaftlichen und politischen Doppelwesen. Oder besser, um einen heutigen Ausdruck aus der Zeit des europäischen Einigungsprozesses zu benutzen: Es war ein Staat der zwei Geschwindigkeiten. Das politische System ist rückständig; die Machtstruktur und mit ihr die politische Kultur spiegeln die dramatische Niederlage der deutschen Demokratie von 1848 wider. Die nach aussen und im Ausland sichtbarste Gestalt ist der Kaiser, seit 1890 Wilhelm II. von Hohenzollern. Er verkörpert den neuen Nationalstaat wie keine andere Instanz und tut das gern in Uniform, oft politisch irrlichternd und pompös, ein Mann, der dem Amt wenig gewachsen ist und seine Unsicherheit durch markige Reden und leider auch Taten zu überspielen versucht. Der linkssozialistische Historiker Arthur Rosenberg, 1889 in Berlin geboren und mit diesem System aufgewachsen, wird es 1928 schlicht so charakterisieren: «Deutschland wurde unter Wilhelm II. konservativ-agrarisch regiert, und das Bürgertum stand daneben.»¹

Das Doppelgesicht des kaiserlichen Deutschland wird später die Vorstellung erzeugen, ohne das Unglück des Weltkrieges hätte sich das Kaiserreich vielleicht von selbst Richtung moderner, parlamentarischer Demokratie entwickelt, da es viele ihrer Einrichtungen bereits besitzt: den Reichstag mit freien Wahlen, die Gewerkschaften, das Parteienwesen. Der Historiker Fritz Stern hat auf diese Weise sogar die Möglichkeit eines «deutschen Jahrhunderts» ausgemalt, und der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler weist zumindest auf die Habenseite hin: «In vieler Hinsicht war Deutschland das modernste Land Europas. Es hatte die bei Weitem grösste Industrieproduktion, war in den Zukunftsindustrien führend, hatte ein leistungsfähiges Schul- und Universitätssystem, besass in den Natur- wie Geisteswissenschaften Weltgeltung und verfügte über ein lebhaftes kulturelles und künstlerisches Leben.»²

Das alles ist richtig – aber der Gedanke, das Kaiserreich hätte auf dem Wege der Evolution in die Moderne des Westens finden können, verkennt die Macht der alten Gewalten. Er verkennt ihren Willen, die Bastionen ihrer Macht unter keinen Umständen zu räumen oder auch nur zu öffnen. Und er verkennt das Ausmass an Destruktivität, Gewaltbereitschaft und antidemokratischem Affekt innerhalb der sogenannten Eliten des wilhelminischen Deutschland. Es gibt zu wenig Austausch zwischen diesen Eliten und nachdrängenden Reformen wie den

moderaten Sozialdemokraten, den Katholiken oder den Liberalen. Nach dem Ende der Bismarck'schen Sozialistenverfolgung 1890 folgen nur noch wenige Reformen von Substanz; verbissen hält das System an der Ausgrenzung der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften, der Landarbeiter in Osteibien fest. Selbst moderate Zugeständnisse wie die Aufhebung verschiedener Willkürgesetze gegen die Gewerkschaften werden erst in der Spätphase des Krieges zögernd gelockert oder aufgehoben, unter Weltuntergangsgeschrei der mächtigen Industrieverbände.

Drei Fünftel des Reichsgebiets bedeckt der grösste Einzelstaat, Preußen. Dort aber gilt noch bis zum schmachvollen Ende der Hohenzollernmonarchie 1918 ein Drei-Klassen-Wahlrecht aus keinem anderen Grund, als die vormodernen und halbfeudalen Zustände zu betonen – so stellt die zahlenmässig kleine Schicht der Adeligen und Grossgrundbesitzer mehr als ein Viertel der Abgeordneten. Der Kaiser ist zugleich König dieses Preußen als mächtigem Bollwerk des Obrighkeitsstaates, und die ostelbischen Junker und Grossgrundbesitzer haben in besonderem Masse sein Ohr.

Unter Wilhelm I. hat Reichskanzler Otto von Bismarck eine enorme Macht gesammelt, bis Wilhelm II. ihn 1890 davonjagt. Der Kanzler wiederum ist mit seinem Apparat aus Staatssekretären de facto die Reichsregierung, und nur der Kaiser, nicht der Reichstag, kann ihn entlassen, wie in diesem Fall: Bismarcks vorsichtige Aussenpolitik, die auf die *balance of power* in Europa achtet, verhindert aus Sicht des Monarchen, dass das Reich endlich einen «Platz an der Sonne» erhält, was immer das sein mag; es gehört neben dem britischen Empire und Frankreich bereits zu den stärksten Mächten der alten Welt.

Der Reichstag, das Parlament, das von allen männlichen Bürgern über 25 Jahren gewählt wird und daher eine bemerkenswert demokratische Instanz in diesem autoritären Herrschaftssystem ist, kann den Kanzler zwar weder wählen noch feuern; er besitzt aber das Recht, ihn zu Stellungnahmen über seine Politik aufzufordern und, vor allem, seine Gesetze und den Haushalt zu bestätigen. Dieser Reichstag ist 1870/71 das grosse Zugeständnis der Monarchie an die wachsenden bürgerlichen Schichten. Sie erhalten eine politische Repräsentation, ih-

ren Herzenswunsch, freilich eine, die nicht besonders viel mitzubestimmen hat. Wenn es der Reichstag ernsthaft versucht wie 1906, als er weitere Mittel für die Vernichtungsfeldzüge der «Schutztruppen» in der Kolonie Südwesafrika verweigert, löst ihn Reichskanzler Bernhard von Bülow einfach auf. Noch einmal Arthur Rosenberg: «Vom Bürgertum verlangte Bismarck, dass es mit derartigen Zugeständnissen sich zufrieden gab ... Die starke militärische Kaisergewalt war doch die beste Stütze für das besitzende Bürgertum gegen die Gefahren einer proletarischen sozialen Revolution.»³ Und im Grossen und Ganzen ist dieser Plan aufgegangen.

Der Reichstag bleibt deshalb ein Papiertiger, an besseren Tagen ein fauchendes Kätzchen. Die spätere Theorie, das Reich habe schon am Vorabend des Ersten Weltkrieges vor dem Durchbruch zur Parliamentsherrschaft gestanden, lässt sich in der Praxis vor 1914 kaum je bestätigen. Gerade weil die Fraktionen nicht die Regierung bestimmen, sondern höchstens deren Gesetze ablehnen können, entwickeln die Parteien kein konstruktives Miteinander. Gemeinsam wären sie stark, doch sie finden die Gemeinsamkeit nicht. Ganz im Gegenteil. Das Plenum des Reichstags ist die grosse Bühne, auf der sie ihre politischen Wünsche und Ziele ausdrücken und ihre Anhängerschaft zu mobilisieren versuchen.

Mit der Zeit zeichnen sich mehrere Blöcke ab: Da sind die Konservativen, welche den Obrigkeitsstaat repräsentieren und oft noch an Radikalität übertreffen und die zur Regierungszeit Wilhelms II. das politische Klima immer aggressiver gestalten; sie fordern eine Weltmachtrolle des Reichs, Aufrüstung und scharfe Repression gegen die Opposition; Antisemitismus und Hass auf nationale Minderheiten wie Polen und Dänen nehmen vor 1914 rasant zu. Ihre Parteien wie die Wirtschaftliche Vereinigung, die Deutschkonservativen oder die Freikonservativen üben zwar ein demokratisches Mandat aus, lehnen die Demokratie als Staatsform jedoch ab, mit ihnen ist, im Wortsinne, kein parlamentarisch regierter Staat zu machen.

Das gilt abgeschwächt auch für die Nationalliberalen, die den zweiten starken Block bilden. Die NLP vertritt, grob gesprochen, jene Bürger, die sich von Bismarck haben gewinnen lassen und die nationale Einheit der Freiheit vorziehen. Von der bürgerlichen Demokratiebe-

wegung geblieben sind drittens die meist zersplitterten und schwächeren Linksliberalen, während das Zentrum als vierte Kraft die Katholiken vertritt, die Bismarck im Kirchenkampf hat verfolgen lassen und die sich abschotten gegen den preußischprotestantischen Charakter des Regimes, aber mit dem Status quo leben können. Lange Zeit stellen sie die stärkste Fraktion und lassen sich ihre Zustimmung mit Entgegenkommen erkaufen.

Und da sind am Ende die Sozialisten, ab 1890 in der SPD vereint, die den Reichstag höchst erfolgreich als Instrument ihres politischen Aufstiegs nutzen und über die Jahre immer stärker werden. Koalitionen mit Partnern wie den linken Liberalen oder dem Zentrum streben sie jedoch nicht an, ihr politisches Ziel ist der Klassenkampf und, zumindest in der Theorie von Karl Marx und Friedrich Engels, die Diktatur des Proletariats. Theoretisch könnten sich die drei Kräfte zu einem machtvollen Bündnis für die Parlamentarisierung zusammenschließen, wie sie es 1919, nach dem Krieg, in der «Weimarer Koalition» tatsächlich tun werden; praktisch aber fehlt ihnen im Kaiserreich alles dazu, sie sind, von Ausnahmen abgesehen, fremde Planeten, die um dieselbe Sonne kreisen.

Wie das Parlament, so ist auch die Gesellschaft des Reichs tief gespalten. Denn nicht nur die Sozialdemokraten gewinnen an Zulauf, es entstehen auch nationalistische Bewegungen wie die «Alldeutschen» unter ihrem eifernden Anführer Heinrich Class. Der Nationalismus des Kaiserreichs ist mehr als eine politische Bewegung, deren Ziele doch eigentlich durch die Reichseinheit von 1871 bereits verwirklicht wurden; er entwickelt sich «zum Fluchtpunkt der Modernisierungskrise» (Ulrich Herbert).⁴ Wer immer sich als Verlierer der Moderne sieht, sich ängstigt vor gesellschaftlichen Veränderungen, das politische Heil in einem idealisierten Gestern und einer Volksgemeinschaft sucht, die es so niemals gegeben hat – der Nationalismus bietet ihnen allen eine säkulare Heilslehre, die Reichskriegsflagge eine Fahne, um die sie sich scharen können; er ist das rechte Gegenstück zum Sozialismus und der internationalen Solidarität, nur viel destruktiver. Vergleichbare Kräfte gibt es auch jenseits des Rheins in Frankreich – wie der antisemitische Dreyfuss-Skandal und die nationalistischen Träume einer Revanche für 1871 nur zu deutlich zeigen. Aber dort und erst recht in den angelsächsischen Staaten werden sie durch eine starke Demokratiebewe-

gung in Schranken gehalten, und dieses freiheitliche Gegengewicht fehlt Deutschland vor 1914 sehr.

Der «Deutsche Flottenverein» zählt bei Kriegsausbruch mehr als 1,1 Millionen Mitglieder, die sich für den Bau der Schlachtflotte begeistern, dem liebsten Kriegsspielzeug ihres Oberherren und seines Staatssekretärs im Reichsmarineamt, Admiral Alfred von Tirpitz. Die schwimmenden Festungen sind das Symbol für Deutschlands Weltgeltung, politisch aber eine Narretei, wie sie Bismarck unbedingt vermeiden hätte. Sie beschwören einen Dauerkonflikt mit der Seemacht Grossbritannien herauf und ein Rüstungswettrennen, welches das Reich nicht gewinnen kann. Schlimmer noch, die Briten ohne Not vor den Kopf zu stossen, isoliert Deutschland aussenpolitisch und provoziert eine Annäherung der alten Gegner Frankreich und Grossbritannien. Während die französischen Nationalisten auf Rache sinnen für den verlorenen Krieg von 1871 und die Annexion Elsass-Lothringens, bleibt im Osten das Zarenreich eine potenzielle Bedrohung.

Und immer mehr greift der Gedanke um sich, ein Krieg habe etwas Erlösendes, er werde das Volk einen und den Sozialismus vernichten wie eine reinigende Flamme, das Land von den Juden, dem Materialismus, den Überforderungen durch eine komplexe Gegenwart befreien. «Der Krieg sei uns heilig wie das läuternde Schicksal», schreibt Alldutschen-Führer Class 1912 in einer anonymen Hetzschrift, «der Arzt unserer Seelen, der mit stärksten Mitteln uns heilen wird.» Class, aus protestantischem Haus stammend, ist einer der widerwärtigsten Hassprediger seiner Epoche, aber keineswegs der einzige; er steht für einen Geist, der bereits weit über den des alten Obrigkeitsstaates hinausgeht und den Nazismus schon vorwegnimmt, radikalisiert, infantil und doch voll mörderischem Gift: «Ist der verkommene oder halbtierische russische Bauer, der Schwarze in Ostafrika, das Halbblut Deutschland-Südwests oder der unerträgliche Jude Galiziens oder Rumäniens ein Glied dieser Menschheit?»⁵ Im späten Kaiserreich hat eine Verrohung des politischen Denkens eingesetzt, die einem geistigen Bürgerkrieg gleichkommt.

Der Historiker Ulrich Herbert wird es treffend ausdrücken: Die Herrschaft im Reich lavierte zwischen zwei Polen, denn: «Für eine konstitutionelle Diktatur war es in Deutschland offenbar bereits zu

spät, für eine parlamentarische Demokratie angesichts der Kräfteverhältnisse womöglich noch zu früh.»⁶

Sozialismus, Freiheit, Ohnmacht: Die Welt der Arbeiterbewegung

1910 befragt eine staatliche Enquetekommission Industriearbeiter, die in der SPD organisiert sind, was sie persönlich tun würden, wenn sie genug Zeit und Geld hätten. Die Antworten sprechen Bände:

Ein Bergmann, 37 Jahre alt, neun Kinder, Wochenverdienst im Akkord 24 Mark: «Ich könnte mich durch mehr spazieren im Freien erholen und auch mehr lesen. Zuerst bessere Kost für mich und die Familie, dann bessere Kleidung und Schuhzeug dann mehr Betten dass die Kinder nicht zu dreien in einem Bette schlafen müssen. Dann für mich und die Kinder aufklärend und veredelnd wirkende Bücher und Schriften.»

Ein 30-jähriger Bergarbeiter, zwei Kinder, Wochenverdienst im Akkord 18 Mark: «Erstens ein paar Stunden sich in der frischen Luft bewegen was für den Untertagsbergmann sehr gesund wäre. ... meiner Frau mehr Abschlag geben dass wir besser leben können wies einem Menschen zu kommt und nicht wie es jetzt ist dass wenn man von der Schicht kommt bloss trockne Bratkartoffeln bekommt.»

Ein Kettenscherer, 47 Jahre, keine Kinder, Wochenverdienst im Akkord 21 Mark: «Wenn man in meine Jahre kommt, dann lässt das Wünschen und Hoffen langsam nach; denn gleich wie das Laub verlieren die Bäume, so schwinden dem Leben Ideale und Träume. Dass ich eine Erlösung der darbenenden Menschheit noch erleben werde, darauf hoffe ich schon lange nicht mehr. Dass aber die Arbeiter einmal aus ihrer Not und Sklaverei erlöst werden, das hoffe ich bestimmt.»⁷

Es ist ein ganz eigenes Milieu, in dem die Anhänger der SPD leben, eine Parallelgesellschaft, eine politische Heimat, entstanden aus der Verfolgung unter Bismarcks Sozialistengesetzen und unter dem Eindruck fortgesetzter Feindseligkeit der wilhelminischen Gesellschaft. Und die Industriearbeiterschaft wächst, die SPD zieht sie an wie ein Magnet, sie ist ihre Massenbasis. Der Parteivorsitzende August Bebel

ist so populär, dass er «Gegenkaiser» genannt wird, und das ist mehr als nur ein Scherz. Von 1890 bis 1912 steigt der Anteil der SPD-Wähler von fast 1,43 Millionen Wählern auf 4,25 Millionen; das ist ein Drittel der Wählerschaft. Sie besuchen sozialdemokratische Wirtshäuser und Vereine, lesen sozialdemokratische Blätter und suchen Hilfe bei sozialdemokratischen Anwälten, wenn sie Ärger mit dem Staat bekommen; es gibt eigene Parteischulen, Bibliotheken, Bildungseinrichtungen.

Um die Jahrhundertwende hat die deutsche Arbeiterbewegung einiges erreicht, mehr als in anderen und demokratischer verfassten Industriestaaten des Westens, vom Elend in Russland ganz zu schweigen. Schon unter Bismarck war, im vergeblichen Versuch, den Sozialisten das Wasser abzugraben, das System der Sozialversicherungen für einen Teil der Arbeiter eingeführt worden. Die Gewerkschaften haben die Zahl ihrer Mitglieder innerhalb eines Jahrzehnts vervierfacht auf 1,2 Millionen (1906), sechs Jahre später werden es schon 2,6 Millionen sein. Dazu kommen noch 450'000 Mitglieder in den christlichen und bürgerlichen Gewerkschaften. Sie alle werden von den Arbeitgebern nicht als Gesprächspartner auf Augenhöhe akzeptiert, aber sie sind da und werden immer stärker; keine rechtlose Unterschicht mehr, sondern ein selbstbewusster Stand. Dennoch haben die organisierten Arbeiter ein klares Gefühl für die soziale Ungleichheit im Reich; sie schufteten in Kohlenschächten oder vor glühenden Hochöfen, verdienen wenig Geld und sind vielfach noch immer von der Willkür der Zechenbesitzer und Stahlbarone abhängig. Während des Bergarbeiterstreiks von 1899 prahlt der mächtige Ruhrindustrielle Emil Kirdorf, ein bekennender Verächter der Sozialdemokratie, welche die «Pöbelherrschaft» anstrebe, und ein späterer Wegbereiter Adolf Hitlers: «Weder Kaiser noch Könige haben in den Betrieben etwas zu sagen. Da bestimmen wir allein.»⁸

Die Not der breiten Arbeiterschaft geht nur langsam zurück, mancherorts nimmt sie gar zu, besonders in den überfüllten Armenquartieren der Grossstädte. Der Berliner Journalist Albert Südekum begleitet einen befreundeten Arzt zu einem Krankenbesuch im Wedding. Es ist, wie er schreibt, «meine erste Forschungsreise ins dunkle Land der Berliner Armenwohnungen». Ein Durchgang führt zu den Hinterhöfen, so eng stehen die Mietskasernen, dass gerade ein Feuerwehrtwagen

zwischen ihnen wenden kann – Vorschrift. In den Höfen spielen Kinder, «arme Grossstadtplanzen», so Südekum. Die Patientin wohnt im dritten Hinterhaus, in der typischen Armenwohnung: eine Küche und eine Stube. In der Stube freilich lebt ein Untermieter, die Familie braucht das Geld und haust nun in der Küche.

Ein besonders berühmtes Beispiel ist der Meyer-Hof im Berliner Wedding, vor dem eines Tages staunend der flanierende Literat Franz Hessel steht: «Aus dem Hof der riesigen Mietskaserne, dem ersten Hof – sie hat wohl fünf oder sechs, eine ganze Stadt wohnt darin. Alle Arten Berufe lassen sich erraten aus den Anschlägen: Apostelamt, Pumpernickelfabrik, Damen- und Burschenkonfektion, Schlosserei, Lederstanzerei, Badeanstalt, Drehrolle, Fleischerei. Und noch soundso viel Schneiderinnen, Näherinnen, Kohlenmänner, die in den endlosen, graurissigen Quergebäuden hausen. ... Sonst ist es hier im Norden wie auch in den proletarischen Teilen von Schöneberg oder Neukölln den Häusern von aussen meist nicht anzusehen, wie viel Armut sie bergen. Wie die Menschen, so haben auch die Gebäude eine heruntergekommene Bürgerlichkeit. Sie stehen in endloser Reihe; Fenster an Fenster, kleine Balkons sind vorgeklebt, auf welchen Topfblumen ein kümmerliches Dasein fristen. Um eine Vorstellung vom Leben der Bewohner zu bekommen, muss man in den Hof vordringen, den traurigen ersten und den traurigeren zweiten, man muss die blassen Kinder beobachten, die da herumlungern und auf den Stufen zu den drei, vier oder mehr Eingängen der lichtlosen Quergebäude hocken, rührende und groteske Geschöpfe, wie Zille sie gemalt und gezeichnet hat.»⁹

Das ist die Nachtseite des Kapitalismus, unermüdlich angeprangert von sozialdemokratischen Rednern und Reichstagsabgeordneten. Ihre Parteiversammlungen beenden sie mit dem gemeinsamen Singen der «Internationale», der Hymne der internationalen sozialistischen Bewegung, in der es heisst:

*Es rettet uns kein höhres Wesen,
kein Gott, kein Kaiser noch Tribun
Uns aus dem Elend zu erlösen
können wir nur selber tun!*

Aber wie diese Erlösung aus eigener Kraft konkret zu erreichen ist, darüber sind sich die Sozialdemokraten nicht wirklich im Klaren. Durch die gesamte Regierungszeit Wilhelms II. hindurch denkt und handelt die wichtigste Kraft der Opposition mit einem inneren Widerspruch, der vielen gar nicht recht bewusst ist. Endgültiges, jedoch fernes Ziel ihrer Politik ist nicht die Reform, sondern die Revolution; nicht Teilhabe an Staat und Regierung, sondern deren Übernahme; nicht der Wandel des Systems, sondern der Systemwechsel. Wenn die Nationalisten also vor der Sozialdemokratie als «dem Umsturz» warnen, haben sie theoretisch recht: In der Theorie von Karl Marx ist der Weg zu Revolution und sozialistischer Gesellschaft am Ende zwangsläufig, eine Gesetzmässigkeit der Geschichte.

Aber den Herren, die da für den Umsturz im Reichstag sitzen oder die Gewerkschaften lenken, haben Marx und Engels zwar die Revolution als weltliches Heilsversprechen hinterlassen, doch ohne jede konkrete Handlungsanweisung dafür. Und diese Herren mit Hut und Weste haben so gar nichts Revolutionäres an sich. Sie wollen nicht die Bastille stürmen, zumindest ganz gewiss nicht jetzt. Ihr Weg zur Macht führt nicht über Massenstreiks, brennende Barrikaden und Guillotinen, ihr Aufstieg ist friedlich, aber, wie sie voll Zuversicht hoffen, so unaufhaltsam wie die Flut am Meer. Es gibt sogar einen Namen dafür: die Integrationstaktik.

Sie sehen das Erreichte und fürchten darum. Eine Revolution ähnlich der von 1848, ein gewaltsames Aufbegehren würde vom Militär im Blut erstickt werden – so wie in Russland 1905. Von allen europäischen Mächten ist das Zarenreich das bei Weitem rückständigste, despotischste, ein düsteres Imperium wie aus einer lange überwundenen Epoche, das erklärte Feindbild aller Sozialisten. Im Januar 1905 ist eine gewaltige Menge von fast 200'000 Menschen in einem Demonstrationenzug zum Winterpalast des Zaren in Sankt Petersburg marschiert, um Reformen zu fordern: Menschenrechte, Parlamentarisierung, den Achtstundentag. Sie waren friedlich und unbewaffnet, viele trugen Kreuze und Heiligenbilder, und ihre Sprecher hatten eine Bittschrift dabei, die mit den Worten begann: «Herrscher! Wir, die Arbeiter der Stadt Petersburg, unsere Frauen, Kinder und hilflosen greisen Eltern, sind zu Dir gekommen, Wahrheit und Schutz zu suchen. Wir sind ver-

elendet, wir werden unterdrückt, mit schwerer Arbeit belastet, man beschimpft uns!»¹⁰

Doch der Zar war nicht da, um die Klagen seiner Untertanen anzuhören. Statt seiner warteten auf dem weiten Platz vor dem Palais schon seine Schützenbataillone. Das Militär feuerte in die Menge, an dem Tag, der als «Petersburger Blutsonntag» in die Geschichte eingehen würde, starben Hunderte Menschen; noch viel mehr fanden den Tod in den Unruhen der folgenden Monate. Einer der radikalsten russischen Sozialisten, Leo Trotzki, sah darin einen Wendepunkt – fort von Reformen und Evolution, hin zu Gewalt und Revolution. Er kehrte heimlich aus dem Exil zurück, um eben diese voranzutreiben, und notiert später: «Die Revolution von 1905 brachte einen Umschwung im Leben des Landes, im Leben der Arbeiterpartei und in meinem persönlichen Leben.»

Ein Jahr später, auf dem Mannheimer Parteitag der SPD, zieht Bebel die Lehren aus dem Petersburger Blutsonntag. «In Russland wird der Kampf um eine neue Staatsordnung geführt, bei uns aber sind seit einer längeren Reihe von Jahren die Vorbedingungen, um die man in Russland noch kämpfen muss, erfüllt.» Im Saal Beifall, Rufe: «Sehr richtig!» Bebel fährt fort: «Deshalb ist die Situation in Deutschland mit der in Russland nicht zu vergleichen. Soviel wir an der Ordnung der Dinge auch auszusetzen haben, niemand wird doch behaupten, dass wir in unserem Kampfe in allen Fällen zu ähnlichen Methoden zu greifen hätten wie unsere russischen Genossen!»¹¹

Die Ordnung der Dinge. In Petersburg verlangten die Massen ein Parlament – in Deutschland haben sie längst eines, und die Partei der Arbeiter erringt immer neue Wahlerfolge. In Russland sind Gewerkschaften und Oppositionsparteien verboten und werden von der gefürchteten Geheimpolizei des Zaren verfolgt – in Deutschland wird die SPD drangsaliiert, ausgegrenzt und benachteiligt, gewiss; aber sie kann halbwegs frei agieren, und die Regierung wagt es nicht mehr, mit Gewalt gegen «den Umsturz» vorzugehen, wie es noch Bismarck tat. Die SPD spricht zwar andauernd von der Revolution, bleibt aber achtsam im legalen Rahmen. Wilde Streiks, Strassenschlachten, gar bewaffneter Widerstand, dafür steht sie nicht. August Bebel denkt zwar radikal, beteuert jedoch: «Wir sehen keine Heugabeln vor unseren Augen blitzen!»

Das ist nicht die Verschärfung der Klassengegensätze, welche nach sozialistischer Lehre Vorbedingung einer erfolgreichen Revolution wäre. Die Ordnung der Dinge im Kaiserreich soll vom Kopf auf die Füße gestellt werden, aber erst dann, wenn die Zeit dafür gekommen ist. Niemand hat eine genaue Vorstellung davon, wann das sein und wie der Weg dorthin sein wird. Mit Recht wird die Historikerin Susanne Miller schreiben: «Die entscheidende, sowohl von Marx und Engels als auch von den deutschen Sozialdemokraten nicht eindeutig beantwortete Frage blieb, ob es möglich sei, durch anhaltende Reformen die Emanzipation des Proletariats durchzusetzen.»¹²

Im Herzen wie in der Praxis hat die Führung der SPD diese Frage vor 1914 bereits mit Ja beantwortet. Die Masse der Wähler und Genossen folgt ihr darin, und vor dem Ersten Weltkrieg werden der rechte Flügel, der die Diktatur des Proletariats gleich als ideologischen Ballast abwerfen will, und der linke, der sie am liebsten so früh wie möglich erkämpfen möchte, deutlich in der Minderheit bleiben. Es dominieren die «Zentristen» um Parteiführer Bebel, sie sprechen manchmal radikal und handeln fast immer moderat. Sie bestimmen den Kurs, aber sie vertreten eine Politik, die Feuer und Wasser zugleich will.

Das hindert sie nicht, das Feuer zu beschwören, wie 1903 durch einen vorsichtshalber ungenannten Verfasser im Parteiorgan *Vorwärts*. Diese Ode an die Revolution wandelt das berühmte Freiheitsgedicht von Ferdinand Freiligrath an die demokratischen «Märzgefallenen» von 1848 ab, mit dem nicht von Bescheidenheit kündenden Titel «Die Roten an die Toten», nämlich an jene der so bitter gescheiterten Revolution ein Menschenalter zuvor:

*«Die Kugel mitten in der Brust,
die Stirne breit gespalten –»
So steigt Ihr, blutig, rauchberusst,
Geheiligte Gestalten,
Aus Eurem Grab um Mitternacht
Und hört begeistert melden,
den roten Sieg der Junischlacht,
Ihr märzgefallnen Helden.*

*Seht in jenem Ort,
Wo Eure Herzen lauschten,
Und an der Redner freiem Wort
Aufjauchzend sich berauschten,
Wo einst der Freiheit Feuerwein
Erhitzt das Blut der Massen,
Da klappern jetzt zur «Wacht am Rhein»
Des Freisinn's Kaffeetassen.*

*Was jagt Euch plötzlich in die Flucht,
Zurück in Euer Bette?
Schämt Ihr der Söhne Euch und flucht,
Ihr fliehenden Skelette? -
O dass ein wässrig Zwergengeschlecht
Blutarmer Renegaten
Der hohen Freiheit heilig Recht
Verraten könnt', verraten!*

*Ja, wir verstehen Euren Fluch!
O nehmt, verratne Manen,
Nehmt frisches Zeug zum Leichentuch
Von unsern roten Fahnen!
Wenn wir gesiegt, habt Ihr gesiegt,
Denn wir sind Eure Erben. ...
Ein letzter Sturm, ein letzter Stich –
Und er ist ganz geschlagen.
O tote Schar, wir rächen Dich,
Wir, Deine Erben, tragen
Wenn unsrer neuen Siege Glanz
Ins Land Fanfaren schmetterern,
Aufs Märzengrab den Junikranz
Mit roten Ruhmes Blättern!¹³*

Der Freiheit Feuerwein. Ein letzter Sturm, ein letzter Stich: Das verhasste Klassensystem hinwegzufegen ist immer noch das ideologische Ziel der SPD, eine Vision, ein Leitbild für die Arbeiterschaft, wenn auch ein fernes. Für den rechten Flügel der Partei, die «Revisionisten», kann es gar nicht fern genug sein. Ihr führender Theoretiker Eduard Bernstein will sich endgültig verabschieden von Karl Marx, dem Erfurter Programm und der Illusion, der Umsturz werde sich gesetzmässig durch die Krise des Kapitalismus ergeben – irgendwie, irgendwann. In seiner grossen Streitschrift *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie* fordert er 1899 ein Bekenntnis zu dem, «was sie heute in Wirklichkeit ist: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei»¹⁴. Ganz ähnlich klingt schon 1893 selbst der marxistische Theoretiker Karl Kautsky: «Für die Diktatur des Proletariats kann ich mir aber eine andere Form nicht denken als die eines kraftvollen Parlaments nach englischem Muster mit einer sozialdemokratischen Mehrheit und einem starken und bewussten Proletariat hinter sich. ... Ein parlamentarisches Regime bedeutet in Deutschland den Sieg des Proletariats, aber auch umgekehrt.»¹⁵

Bernstein spricht die weltanschaulichen Widersprüche in seiner Partei mit einer Klarheit an wie kaum ein zweiter, und er gewinnt Anhänger. Allerdings haben die Revisionisten ein Problem: Nolens volens lockern sie das einigende Band, das die Vision einer gerechten, durch die Revolution gereinigten Welt für eine Partei bedeutet, in der so viele unterschiedliche Menschen und Strömungen vertreten sind. Gravierender ist freilich, dass dem Reformkurs so erkennbare Grenzen gesetzt sind: Die Partei wächst, sie wird immer grösser und stärker und gewinnt doch nur minimal an wirklichem politischen Einfluss hinzu, wie verdammt dazu, auf immer und ewig Opposition zu bleiben.

Für die Linken in der Partei ist Reformpolitik jeder Couleur «Opportunismus», wie sie es nennen. Befeuert von der – gescheiterten – russischen Revolution 1905 verlangen sie Taten statt Worte, den Massenstreik zur Mobilisierung des Proletariats. Bernstein hält ihnen «Utopisterei» vor, denn auch die Radikalen haben Schwachstellen: Erstens fehlt ihnen jede konkrete Strategie für den Kampf gegen das System, so als genüge es, den Weg zwar nicht zu kennen, aber tapfer zu rufen: Wo ein Wille ist, da ist auch eine Tat.

Und zweitens erscheint der linke Verbalradikalismus genau deswegen mit dem Alltag der Arbeiterschaft, die sich in ihrer sozialdemokratischen Welt eingerichtet hat, zu wenig zu tun zu haben. Es fehlt dem Revolutionsflügel der SPD die Massenbasis, er ist, wie die Revisio-nisten, deutlich in der Minderheit.

Es wäre auch zu kurz gegriffen, von «der Linken» zu sprechen; ihr Spektrum vor 1914 ist in sich zu vielfältig, es reicht von Vertretern der linken Parteimitte bis hin zu Barrikadenträumern, welche die Erhebung und den Sieg des Proletariats so bald wie möglich ins Werk setzen wollen.

Die bekannteste Vertreterin der Linken ist Rosa Luxemburg, und nicht nur, weil Politikerinnen noch rare Ausnahmen sind in der Männerwelt des Wilheiminismus. Frauen dürfen weder wählen noch in den Reichstag gewählt werden. Als Frau, Jüdin und linke Aktivistin ist sie schon früh Ziel hasserfüllter Attacken der politischen Rechten. Auf den ersten Blick fällt sie nicht besonders auf, sie ist so klein, dass sie ihr langes Haar sorgfältig nach oben aufsteckt, um grösser zu wirken, und doch strahlt sie ein intellektuelles Charisma aus, dem sich nicht viele entziehen können. Sie hinkt wegen eines Hüftschadens leicht beim Gehen und geht gerade darum leidenschaftlich gern. Sie kleidet sich sorgfältig, ordnet ihre Bücher und ihren Schreibtisch sorgfältig und denkt und schreibt sorgfältig und mit scharfer Intelligenz.

1871 im russischen Teil Polens zur Welt gekommen, lebt die junge Rosa Luxemburg einige Jahre im Schweizer Exil; durch eine Scheinehe mit dem Deutschen Gustav Lübeck 1898 erhält sie die deutsche Staatsbürgerschaft und engagiert sich sogleich in der SPD. Die Massenpartei scheint ihr das Vehikel zur Umwälzung der Gesellschaft, weshalb sie leidenschaftlich gegen Bernsteins Revisionisten streitet und sogar deren Ausschluss fordert. Durch ihren Text *Sozialreform oder Revolution?* wird sie in der Partei weitbekannt, denn die Antwort, welche sie darin gibt, lautet natürlich: Revolution. Immer wieder verurteilt die politische Justiz Rosa Luxemburg zu Gefängnisstrafen, so hat sie aufgerufen zur Kriegsdienstverweigerung: «Wenn uns zuge-mutet wird, die Mordwaffen gegen unsere französischen oder anderen ausländischen Brüder zu erheben, so erklären wir: „Nein, das tun wir nicht!“» Die Haft ist für sie persönlich sehr hart, sie liest und schreibt,

so viel sie kann; aber sie wird nun in der Partei zur lebenden Legende und zur wortmächtigen Frontfrau des linken Parteiflügels.

Zwischen Revisionisten und Linken steuert der Parteivorstand die Masse der Anhänger wie einen grossen Dampfer, dessen Ziel fern hinter dem Horizont wartet. Wer dieses Ziel, die Revolution, die neue Gesellschaft, eines Tages erreichen will, kann natürlich auf die stärkste Waffe des Proletariats, den Massenstreik, nicht verzichten, auch wenn die Revisionisten davon nichts hören wollen. Immerhin haben die Genossen in Belgien und Schweden das allgemeine gleiche (Männer-)Wahlrecht soeben durch genau dieses Mittel erkämpft. Nur, im Reich gibt es dieses Wahlrecht bereits, und was wäre im Hier und Jetzt zu erreichen ausser einem Bürgerkrieg, den die Sozialdemokratie schwerlich gewinnen kann – das System hätte die stärkeren Bataillone. Zwar bekennt sich, von Bebel dirigiert, der Mannheimer Parteitag von 1906 klar zum Massenstreik. Aber ein Sieg der Linken ist das in keiner Weise. Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will? So weit möchte es die SPD nur kommen lassen, wenn das Erreichte unmittelbar bedroht wäre – etwa durch einen Staatsstreich von oben gegen das Wahlrecht oder den Reichstag. Der Massenstreik, für die Linke der Auftakt zum revolutionären Klassenkampf, wird im Kuppelgebäude des Mannheimer Rosengartens als *Ultima Ratio* definiert, als Mittel der letzten Wahl, der Defensive.

1913 tritt Otto Wels als Beisitzer des Parteivorstandes den Radikalen sogar entgegen, weil diese über massenhafte Streiks das allgemeine gleiche Wahlrecht in Preußen durchsetzen wollen, so wie es die Arbeiter in Belgien mit Erfolg vorgemacht haben. Aber einen wilden Arbeitskampf für diese sozialdemokratische Kernforderung lehnt Wels ab, lieber spottet er über die linken Genossen, denen das sonst so verachtete Parlament plötzlich die Mobilisierung des Proletariats wert sei.¹⁶

Vor allem die mächtigen, rasch wachsenden freien Gewerkschaften lehnen eine Radikalisierung des politischen Kampfes rundheraus ab. Einer ihrer einflussreichsten Anführer, Theodor Bömelburg, lässt keinen Zweifel, dass die Arbeitnehmervertreter «allen Versuchen, durch die Propagierung des Massenstreiks eine bestimmte politische Taktik festzulegen», entgegentreten werden: «Ungeheure Opfer hat es gekostet, um den augenblicklichen Stand der Organisation zu erreichen. Um

aber unsere Organisationen auszubauen, dazu brauchen wir in der Arbeiterbewegung Ruhe.»¹⁷

Bömelburg, ehemaliger Maurergeselle, mit schwarzem Vollbart und kantigem Schädel eine beeindruckende Erscheinung, gilt als innerparteilicher Intimfeind von Rosa Luxemburg. Von ihm stammt der Satz «Partei und Gewerkschaft sind eins.» Was nach Einheitsfront klingt, ist für die Linksradiakalen keine gute Nachricht. Die freien Gewerkschaften nämlich wollen bewahren, das Erkämpfte sichern, ihr Ziel ist gewiss nicht ein Bürgerkrieg; vielmehr wollen sie zu einer Macht aufsteigen, die Industrielle und Regierung zwingen kann, mit ihr auf Augenhöhe zu verhandeln. Sie wollen die Lebensverhältnisse der Arbeiter verbessern, statt ihnen Gewehre in die Hand zu drücken; und überdies: Diese Gewehre gibt es nicht.

1912, bei den letzten Reichstagswahlen des Kaiserreichs, erringt die Partei einen spektakulären Erfolg, mehr als jeder dritte Deutsche wählt bereits SPD: 34,8 Prozent der Stimmen – und das trotz eines ungerechten und von der Regierung auch so beabsichtigten Zuschnitts der Wahlkreise und ebenso ungerechter und gewollter Verzerrungen des Wahlrechts. Die Partei gewinnt daher nur 110 der 397 Sitze im Parlament statt etwa 140, sie ist aber erstmals stärkste Fraktion. Der Reformkurs scheint zu triumphieren, eine neue Ordnung der Dinge zumindest in Zukunft kein blosser Traum mehr zu sein. Im Reichstag gibt sich Gustav Noske siegessicher, als er den anderen Fraktionen zu ruft: «Sie können sich fast ausrechnen, wann der Tag kommen wird, an dem wir eine Mehrheit im deutschen Volk hinter uns haben werden.»¹⁸ Das Protokoll vermerkt wütendes Zischen und Zwischenrufe zur Rechten. Die Sozialdemokraten sind der Macht nahe, aber nur rechnerisch. Politisch ist sie 1912 noch sehr weit entfernt.

Götter und Genossen: Das Militär gegen den «inneren Feind»

Als der spätere SPD-Parteivorsitzende Hugo Haase 1883 das Jurastudium im ostpreußischen Königsberg aufnimmt, prägen Soldaten das Stadtbild, wie sein Biograf Ernst-Albert Seils sehr hübsch schreibt, ei-

ne typische Szene für die Kaiserzeit: «Sie bevölkerten mit ihren bunten Uniformen die Strassen, man traf sie in Cafés und Kneipen, in Weinstuben und Biergärten, den Tanzlokalen der Vorstädte, beim sonntäglichen Platzkonzert auf dem Paradeplatz. Dreimal in der Woche zog die Hauptwache im Schloss in voller Marschmusik auf. Wenn am Geburtstag des Kaisers die Kürassiere in voller Rüstung mit der berittenen Musikkapelle anrückten, hatten Glanz und Gloria der Soldatenstadt Königsberg ihren Höhepunkt erreicht.»¹⁹

Schon lange vor Friedrich dem Grossen hat das Offizierskorps als «erster Stand im Lande» gegolten, als Elite, deren Normen und Vorstellungen oft über dem Gesetz standen und doch zugleich als Vorbild für die Gesellschaft galten. Im uniformverliebten Deutschland um 1900 ist der natürliche Widersacher der SPD das Militär. «Der preußische Leutnant ging als junger Gott, der bürgerliche Reserveleutnant wenigstens als Halbgott durch die Welt», so wird der Historiker Friedrich Meinecke noch 1946 spotten. 1890 ruft der SPD-Vorsitzende Bebel im Reichstag: «Nun ists gerade dieser Stand, der Offizierstand, der sich in so hohem Masse auf seine Ehre etwas zugute thut. Es gibt sogar eine spezielle Offiziersehre, die in jeder Beziehung zu der bürgerlichen Ehre zu ihrem Vortheil – natürlich nach dem Standpunkt, den die Offiziere selbst einnehmen – sich unterscheidet!»²⁰

Zur Zeit Wilhelms II. blickte dieser Stand freilich zurück auf eine Ära der Erfolge. Preußens Armeen hatten die nationale Einheit erkämpft: 1864 auf den Düppeler Schanzen gegen Dänemark, 1866 bei Königgrätz gegen Österreich, endlich 1870/71 im «Franzosenkrieg». Das Deutsche Reich, das 1871 nach dem Sieg über Frankreich im Spiegelsaal von Versailles proklamiert wurde, war ein preußisches. Doch die Welt schritt voran, das deutsche Militär blieb stehen, nicht an Ausrüstung und Fähigkeiten, gewiss nicht, sondern geistig, seine Führer sahen zurück. An der Ruhr und in Oberschlesien mögen tausend Feuer der Stahlföfen brennen: Das Offizierskorps lebt zu einem erheblichen Teil noch in einer vorindustriellen Welt, wie in Theodor Fontanes Gedicht über den Reitergeneral Hans Joachim von Zieten, dem Friedrich II. die Treue langer Jahre freundlich dankt, als der ergraute Zieten an der königlichen Tafel zu Sanssouci einnickte:

*Einst mocht' es ihm nicht schmecken, und sieh, der Zieten schlief.
Ein Höfling wollt' ihn wecken, der König aber rief:
«Lasst schlafen mir den Alten, er hat in mancher Nacht
Für uns sich wachgehalten, der hat genug gewacht!»*

Aber dies ist eine versunkene Welt. Unter Wilhelm II. jedoch bleibt der königlich-preußische Offizier noch immer wie zu Zietens Zeiten allein dem Träger der Krone verpflichtet, seinem König. Und das ist kein Spukgespinnst einer gestrigen Kaste, nein, die Reichsverfassung von 1871 fordert in Art. 64: «Alle deutschen Truppen sind verpflichtet, den Befehlen des Kaisers unbedingt Folge zu leisten. Diese Verpflichtung ist in den Fahne eid aufzunehmen.» Anordnungen des Monarchen benötigten die Gegenzeichnung eines Ministers – aber nicht seine Befehle aufgrund seiner Kommandogewalt über das Militär. «Auf diese Weise», so Heinrich August Winkler, «ragte ein Stück Absolutismus in die Verfassungswirklichkeit des Kaiserreichs hinein».²¹

Aber es geht nicht um Macht allein. Die Verherrlichung des Militärischen prägt das Denken im wilhelminischen Staat. In diesem Denken hat die deutsche Geschichte ihren Höhepunkt im preußischen Staat gefunden, der 1848/49 die Revolution zerschlug und die Nation 1871 mit Waffengewalt einte. Die bewaffnete Macht ist demnach die Verkörperung einer sittlichen Idee, wie der bekannte Historiker Leopold von Ranke schon 1867 an König Wilhelm I. geschrieben hat: «Ohne den Schutz Ew. Majestät und Ihrer von Gott gesegneten Waffen würden auch wir Gelehrte unsere Bücher nicht schreiben können, man würde sie nicht lesen können, in dem Publikum würden andere Gesinnungen herrschend werden.» Aus dem Spree-Athen der Künste und ehrwürdiger Schinkel-Bauten ist längst ein Spree-Sparta geworden. Der Schauspieler Ernst Busch wird dies nach dem Krieg, 1919, in den so wunderbaren wie treffenden Vers giessen:

*Oh Spree-Athen, oh Spree-Athen,
Oh, wieviel Blut hast Du gesehn?!*

Aber selbst an diesen Massstäben gemessen, vergöttert Wilhelm II. das Militärische bis weit ins Obsessive hinein. In seiner Rolle als oberster Kriegsherr geht er auf, wie Winston Churchill bemerkt, als er als britischer Unterstaatssekretär und Militärbeobachter 1906 am Kaisermanöver teilnimmt: «Er sprach mit dem Freimut und den Allüren eines lebenswürdigen Hausherrn, der in einem englischen Landhaus seine Gäste empfängt, während ringsherum die steifen uniformierten Gestalten seiner Generäle und Adjutanten standen, jeder an seinen Fleck gebannt, unbeweglich und passiv. Der Eindruck, dass er, der Privatbesitzer dieser gewaltigen, erschreckenden Apparatur, den grimmigen Aspekt durch einen Schuss persönlicher Liebenswürdigkeit und mir bewiesenen Vertrauens aufhelle, war nicht unangenehm.»²² Acht Jahre später befinden sich die beiden Staaten im Krieg.

Die Götter und Halbgötter in Ausgehuniform blicken am Vorabend des Ersten Weltkrieges mit Sorge auf die Unterschichten der Industriegesellschaft und auf gefährliche sozialistische «Umtriebe». Für die Sozialdemokratie wiederum ist der Militarismus der erklärte Gegner, sie bekämpft ihn im Reichstag, auf Versammlungen, in der Parteizeitung *Vorwärts*. Als nächstliegende Aufgabe verstand sie es, «das Los der Soldaten zu verbessern, da diese zum grössten Teil Proletarier sind»²³. Und dieses Los ist zum Teil erbärmlich.

Gewalt und Demütigungen sind eigentlich verboten, aber das Militär gehorcht seinen eigenen Gesetzen. Im Reichstag prangert Bebel 1890 «Soldatenmisshandlungen geradezu haarsträubender Natur» an. Die Rede ist eine Sensation, Bebel reagierte darin auf die Ausführungen eines Generals Vogel von Falkenhayn in der Militärkommission des Reichstages: «Der Militärdienst ist also in den Augen des Generals Vogels von Falkenhayn eine Idylle, eine solche Idylle, dass man eigentlich gar nicht begreift, warum unsere Gerichte alljährlich mit 19- bis 20'000 militärischen Flüchtlingen sich abzugeben haben, die verurteilt werden.» Was sich in den Kasernen abspiele, sei «ein entsetzlicher Zustand, ein sehr tiefes Übel», das zu «einer ungeheuren Zahl der Selbstmörder» führe. Innerhalb eines Jahres haben 211 junge Männer ihrem Leben ein Ende gesetzt, weil sie die Schikanen in der Armee nicht mehr ertragen; dabei ist die bayerische Armee noch nicht mitgerechnet.

Viele Fälle sprechen für sich. Im 3. Grenadierregiment «Königin Elisabeth» erleidet ein Rekrut beim Exerzieren eine Verletzung an der Hand, die daraufhin anschwillt. Der Unteroffizier, der den Mann offenbar für einen Drückeberger hält, zwingt ihn, die wunde Hand eine Stunde lang in einen Kessel voll heissem Wasser zu legen, er zwingt die Kameraden des Opfers zum Zuschauen und steht selbst während der Tortur mit einem Knüppel in der Hand daneben; für den Fall, dass sein Opfer sich sträubt. Am Rekruten hängt nach der Stunde das Fleisch in Fetzen von der Hand. In anderen Fällen werden Soldaten gezwungen, ihre eigenen Kameraden zu demütigen und zu schlagen.

Für die Sozialdemokraten sind diese Missstände aber nur das Symptom eines Übels, und dieses ist der kaiserliche Militärapparat selbst, das die Macht der «besitzenden Klassen» sichert. Sie wollen die angebliche «Schule der Nation» nicht verbessern, sondern abschaffen, das alte nach den Reichsländern gegliederte Heer soll für immer verschwinden aus der deutschen Gesellschaft: So beschliessen es die Genossen 1891 in ihrem Erfurter Programm. Es soll, würde sich je die Gelegenheit dazu bieten, durch «eine demokratische Volkswehr anstelle des stehenden Heeres» ersetzt werden. Wenn das Heer bislang das Volk kontrollierte – nun gut, dann würde eine sozialistische Regierung das Prinzip umkehren: Das Volk würde künftig die Streitkräfte kontrollieren, mehr noch, sie würden aus dem Volk hervorgehen.

Bei aller Kritik: Einen Bürgerkrieg will diese SPD nicht heraufbeschwören. Schon 1890 hat Friedrich Engels klar ausgesprochen, warum Gewalt keine Option ist: «Ein unbewaffnetes Volk gegen eine heutige Armee ist eine verschwindende Grösse.»²⁴ Es würde, probten die Sozialdemokraten wirklich den Aufstand, nicht anders enden als mit der Pariser Kommune von 1871. In dieser ersten Manifestation einer blutigen, von Ideologien zerrissenen Moderne hatten linksradikale Aufständische in der französischen Hauptstadt eine erste Diktatur des Proletariats errichtet. Und obwohl ihre Kämpfer sogar über Artillerie verfügten und von Teilen der Nationalgarde unterstützt wurden, ertrank die Kommune buchstäblich im eigenen Blut. Regierungstruppen eroberten Paris binnen weniger Tage zurück und metzelten in der brennenden Stadt mindestens 30'000 Menschen nieder.

Diese Tragödie, so dachte Friedrich Engels zwanzig Jahre später aus guten Gründen, könne schwerlich ein Modell für die deutsche Arbeiterbewegung sein. Sie solle friedlich, aber durch die Industrialisierung und die Verschärfung der Klassenverhältnisse unaufhaltsam von innen heraus zur Macht kommen: «Dagegen haben wir deutsche Sozialisten, die wir bei bewährtem Frieden in zehn Jahren zur Macht kommen, die Pflicht, diese von uns eroberte Position in der Avantgarde der Arbeiterbewegung zu behaupten.»

Zehn Jahre – das erwies sich doch als allzu optimistische Annahme. 1901 ist die SPD noch immer eine Ewigkeit davon entfernt, das System des Kaiserreichs von seinem hohen Ross zu stürzen. Aber Engels dachte nicht nur in parlamentarischen Erfolgen, sondern viel weiter. In dem Masse, wie die Anhängerschaft der SPD wuchs, würde die Armee auch von wehrpflichtigen Söhnen des Proletariats durchsetzt werden – bis es so viele sein würden, dass sich die Soldaten nicht mehr gegen die eigene Bevölkerung einsetzen liessen.

Der deutsche Militärapparat, imposant wie er sein mag mit seinen Schlachtschiffen, Pickelhauben und Garderegimentern, hat nämlich eine Schwachstelle, und die SPD erkennt sie ebenso scharf wie die Generäle das tun: Das ist die Wehrpflicht. Zwei Jahre dauert sie seit einer gesetzlichen Neuregelung von 1890, jeder junge Mann muss an die Waffen und gehört anschliessend zur Reserve. In der Praxis aber wächst die Bevölkerung des Reichs so schnell, dass selbst der deutsche Militärapparat ein gutes Drittel jedes Jahrgangs gar nicht einberufen kann. Die Masse der Mannschaften besteht aus Wehrdienstleistenden. Viele stammen aus den grauen, überfüllten Arbeitervierteln der Ruhr, der Hafenstädte, der Industriereviere Schlesiens. Die Sozialdemokraten spielen auf Zeit, denn, wie sie glauben, die Zeit spielt für sie. Nach dem triumphalen Wahlerfolg von 1912 spricht der Abgeordnete Noske im Reichstag drohend genau das aus, was der Kaiser, seine Generäle und die Anhänger des Militarismus befürchten: «Sie werden sich mit der Tatsache abzufinden haben, dass allen Ihren Massregeln zum Trotz die Zahl der Familien immer grösser wird, in denen die jungen Männer, die einst das Heer bilden, ganz im sozialdemokratischen Sinne erzogen wird.»²⁵

Eben dies befürchten auch die Generäle und Offiziere, welche die Sozialdemokratie mehr und mehr als «den inneren Feind» betrachten. Des Kaisers Generäle sehen sich in einem Teufelskreis gefangen. Wollen sie Europas stärkste Armee aufbauen, benötigen sie möglichst viele Soldaten. Um möglichst viele Soldaten zu bekommen, benötigen sie die Söhne der Arbeiterschaft. Aber diese Arbeiterschaft ist politisch der sozialistischen Umtriebe verdächtig. Bringt die Wehrpflicht, so rasonieren konservative Offiziere, also am Ende ein trojanisches Pferd hinter die Mauern jener Festung der Beharrung, als welche die Armee sich versteht?

Je mehr Abgeordnete der SPD in den Reichstag einziehen, desto ängstlicher und zugleich hasserfüllter wird diese Einschätzung, welche vom Kaiser und den herrschenden Kreisen geteilt wird. 1894 lässt Wilhelm II. eine «Umsturzvorlage» erstellen, die das Reich in einen gegen die Sozialdemokraten gerichteten Polizeistaat verwandeln würde; die Planungen sind so krass, dass der Reichstag sie ablehnt. Aber der Gedanke, Gewalt gegen den «inneren Feind» zu gebrauchen, bleibt lebendig.

1907 lässt der Generalstab unter dem jüngeren Helmuth von Moltke eine Studie erstellen, in der die Gefahr eines Umsturzes von innen bereits gleichbedeutend mit einem Angriff von aussen erscheint. *Der Kampf in insurgierten Städten* spiegelt den Bürgerkrieg in den Köpfen wider, der nur durch Gewalt zu entscheiden sei. Aufständischen dürfe nur die Wahl bleiben zwischen «Kampf auf Leben und Tod oder Unterwerfung auf Gnade und Ungnade»²⁶.

Vor allem auf Ungnade. Der Generalstab plant in der Studie jeden Schritt: Der Belagerungszustand ist zu verhängen, den Militärbefehlshabern freie Hand zu geben, unabhängig «von gleichberechtigten oder höheren Instanzen» – der Regierung, dem Reichstag, Gerichten. «Hetzblätter», also die halbwegs freie Presse, sind zu schliessen und die Redakteure zu verhaften: «Es ist nötig, die volle Strenge des Gesetzes unbarmherzig anzuwenden.» Jenes Gesetzes, an das die Truppen beim Einsatz im Inneren ohnehin nicht gebunden sein sollen.²⁷

Nur eine Studie, gewiss, aber doch ein Planspiel, das sehr viel über den Geist seiner Urheber verrät, den Ungeist vielmehr. Noch dazu erliessen die Befehlshaber der Armeekorps in den folgenden Jahren einschlägige Erlasse, die sich von der Studie über die «insurgierten Städ-

te» kaum unterscheiden und erkennbar von dieser beeinflusst sind, etwa 1908 beim IV. Armeekorps. Interessanterweise wird der Einsatz der Armee hier nicht als Ultima Ratio erwogen, im Falle bewaffneter Aufstände etwa. Nein, der innere Feind ist die Zivilgesellschaft, wie man heute sagen würde, zumindest deren nach Demokratie und Mitbestimmung rufender Teil. Im Fokus natürlich: «sozialdemokratische Agitatoren». Sollten diese Unruhe schüren, habe das Militär einzugreifen bei «sozialdemokratischen Versammlungen, Wahltagen, Streiks, Maifeier». Es gibt öffentliche Proteste; aber vier Jahre später haben die meisten Generalkommandos ganz ähnliche Pläne in den Schubladen, im Februar 1912 sogar aufgrund einer Empfehlung des preußischen Kriegsministeriums. Einige sanfte Lockerungen, angeregt 1913 durch jüngere Offiziere, ändern am Feindbild nichts.

Gewalt und nur Gewalt gegen die eigenen Staatsbürger gilt als Lösung in diesem Denken, und je früher und konsequenter sie angewendet wird, desto effektiver werde das Militär jede Erhebung zusammenschiesse. Faktisch wäre dies auch im Kaiserreich ein glatter Bruch der Verfassung, eine Art Militärputsch. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wird «der innere Feind» bei vielen hohen Offizieren zur Obsession, und die Streitkräfte sollen das Bollwerk gegen die «vaterlandslosen Gesellen» und «Umstürzler» sein. In den herrschenden Schichten und der Reichsregierung hören nicht alle, aber viel zu viele diese Untertöne nur zu gern. Denn in etlichen Bürgerhäusern, Gütern und Schlössern der kaiserzeitlichen Klassengesellschaft geht heimlich die Angst um. Was tun, wenn die Arbeiter aufbegehren wie in Sankt Petersburg 1905? Wenn es zu Massenstreiks käme? Wenn die Wählerstimmen der SPD eine absolute Mehrheit beschere? In der Fantasie der Rechtsnationalen ist die Armee als Retterin des Vaterlandes berufen, wie es der deutschnationalistische preußische Rittergutsbesitzer und Abgeordnete Elard von Oldenburg-Januschau 1910 fordert: «Der König von Preußen und der Deutsche Kaiser muss jederzeit imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: ‚Nehmen Sie zehn Mann und schließen Sie den Reichstage»²⁸

Kaiser Wilhelm II., um das falsche Wort zur falschen Zeit selten verlegen, droht bereits 1891 bei einer Ansprache vor Rekruten in Potsdam: «Ihr habt Euch Mir mit Leib und Seele ergeben; es gibt für Euch

nur einen Feind, und der ist mein Feind. Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben kann es vorkommen, dass ich Euch befehle, Eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschliessen. ... Aber auch dann müsst Ihr meine Befehle ohne Murren befolgen.»²⁹

Leider weiss man nicht, wie die jungen Soldaten diese Worte ihres Befehlshabers aufnehmen. Verwirrt sind sie gewiss, selbst in einer Zeit, in der die Begriffe Nation, Ehre, Vaterland schon den Grundschulern eingetrichtert werden. Wer aber will schon seine Brüder und Eltern niederschliessen? Was ist das für ein Vaterland, das von seinen Rekruten den Mord an der eigenen Familie verlangt?

Einer der aufsteigenden jüngeren Männer der SPD, der Abgeordnete Hugo Haase aus Königsberg, sagt 1901 in einer Reichstagsdebatte über das Offizierskorps: «Die Standesehre pfeift auf Gesetz und Recht, sie setzt sich skrupellos hinweg über Religion und Sittlichkeit.»³⁰ Die Abgeordneten streiten über einen Vorfall, der das ganze Reich bewegt. In Preußisch-Eylau hat ein junger Leutnant namens Blaskowitz bei seinem Junggesellenabschied mehr getrunken, als er vertragen konnte. Er verschwindet, und als seine Kameraden ihn suchen, liegt er friedlich schlafend mitten auf der Strasse. Die Männer wuchten ihn hoch und tragen ihn dem rettenden Bett entgegen, doch da erwacht Blaskowitz aus seiner Umnachtung und haut um sich. Sturzbetrunken schlägt und beleidigt den künftigen Bräutigam den Oberleutnant Hildebrand, ehe es den anderen gelingt, den Rasenden zu bändigen.

So weit nichts Ungewöhnliches für Feiern eines entschlossen trinkfreudigen Standes. Blaskowitz erwacht anderntags mit einem mörderischen Kater und ohne jede Erinnerung an seine nächtlichen Eskapaden. Als er davon hört – die Schlägerei ist das Tratschthema der Garnison –, will er sich bei Hildebrand entschuldigen. Doch der verlangt Satisfaktion und wendet sich an den «Ehrengerichtshof» seines Regiments. Und wie selbstverständlich ordnen die höheren Offiziere dort ein Duell der Beteiligten an; dass bewaffnete Zweikämpfe sogar dem Militärstrafrecht widersprechen, kümmert sie nicht. Ihr Gruppenkodex steht über dem Recht. Und so treten Hildebrand und Blaskowitz sich zum Duell gegenüber, Hildebrand ist schneller und erschiess den

Kontrahenten. Er hat als guter Offizier gegolten, das System, dem er diente, hat ihn geopfert. So geht es also zu, ruft Haase ins Rund des Reichstages, «wenn sich die Angehörigen der sogenannten bevorrechtigten Klassen infolge ihrer verrotteten Ehrbegriffe niederknallen».

Es geht ihm nicht nur um den Einzelfall, es geht ihm um das System, das diesen sinnlosen Tod nicht nur ermöglicht, sondern geradezu danach gedrängt hat. Es geht ihm um eine Kaste, die über dem Recht zu stehen glaubt, über der Gesellschaft, über den verachteten Zivilisten. Und um die Gefahr, die von dieser Kaste ausgeht, die nach Regeln aus eigenem Recht lebt.

Für Haase ist es eine Sternstunde, einer seiner ersten ganz grossen Auftritte. Er hat den Gegner da, wo er ihn haben will: getroffen, erwischt bei einem seiner typischen Widersprüche. Duelle mögen offiziell verboten sein, aber die Herren Offiziere und die Regierung folgen Regeln aus der Vormoderne, augenzwinkernd toleriert von ihren Befehlshabern. Auf den Bänken des Reichstages winden sich die Konservativen, ihre Redner retten sich in Ausflüchte. Ja, der Ehrengerichtshof sei zu weit gegangen, gewiss; aber gleich das Duell als solches zu verdammen, wohin solle das führen. Es fällt ihnen jetzt schwer, einen Sozialisten wie sonst als Feind des Vaterlandes zu verunglimpfen, wenn er den Tod eines preußischen Leutnants beklagt.

Und manche Politiker der Sozialdemokraten schlagen versöhnlichere Töne an, als man es gewohnt ist. Zur Sensation wird die Parlamentsrede des Abgeordneten Gustav Noske bei der Beratung des Heeresetats 1907. Die Reichstagswahlen im Januar desselben Jahres liegen noch nicht lange zurück, und die Partei leckt ihre Wunden. Sie hat zwar 250'000 Stimmen mehr erhalten als 1903; aber in Prozenten und Sitzen hat sie verloren, vor allem weil sich die nationalistischen Parteien im «Bülow-Block» zusammengeschlossen haben und auf diese Weise viele Wahlkreise gewannen.

Aber das ist es nicht allein. Den Wahlkampf dominiert hat ein weit entferntes Ereignis, nämlich der Aufstand des Stamms der Nama gegen die drückende deutsche Kolonialherrschaft in Südwestafrika. Die SPD, internationalistisch und antikolonialistisch, hat die Bewilligung der Mittel für diesen Krieg abgelehnt. Das ist konsequent, einerseits, bietet aber den rechten Parteien eine willkommene offene Flanke: Seht, die vaterlandslosen Gesellen lassen unsere Soldaten allein – das

ist der Grundton einer aggressiven Propaganda. Die «Hottentottenwahlen», wie es damals heisst, lassen die Sozialdemokraten schockiert zurück.

Nun also, im April 1907, die Beratung des Heeresetats. Es spricht der Abgeordnete Noske: «Wir sind selbstverständlich der Meinung, dass es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, dafür zu sorgen, dass das deutsche Volk nicht etwa von irgendeinem anderen Volk an die Wand gedrückt wird.» Seine Hauptbotschaft lautet, «dass Deutschland wehrhaft sein muss». Und weiter: «Was wir im Wehrwesen bekämpfen, ist der unnötige Drill, sind die Soldatenschindereien, die Abschliessung der Offiziere als Kaste und die Erklärung des Heeres als Machtmittel, das Übergewicht der besitzenden Klassen gegenüber den besitzlosen aufrechtzuerhalten.»³¹

Anderntags berichtet die Berliner Presse über «den neuen Geist, der aus ihm spricht», aus Noske nämlich, und mit ihm aus der Sozialdemokratie. Vorerst nimmt die Parteilinke um ihre führenden Männer, Karl Liebknecht und Georg Ledebour, den Vorfall zum Anlass, um die Parteiführung zu zwingen, Farbe zu bekennen. Noch im selben Jahr, auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart, gerät Noske unter schweres verbales Feuer. Ledebour schleudert ihm entgegen: «Den Frieden bekräftigen wir dadurch, dass wir vollständige Klarheit darüber schaffen, dass unter keinen Umständen die Regierung oder die bürgerlichen Parteien sich darauf verlassen können, dass die Sozialdemokratie sich unter irgendwelchen faulen Vorwänden zu einem Kriege gegen die westeuropäischen Mächte missbrauchen lässt.»³²

Es wird die Gretchenfrage für die SPD in den kommenden Jahren sein: Wie hältst Du mit dem Militär?

«Nicht schiessen wollen wir auf euch»: Die SPD als Friedenspartei

Der Saal sieht aus, als sei er für Fürstenhochzeiten errichtet worden, für Premieren mit Operndiven oder Galadiners der vornehmsten Gesellschaft. 1865 im Stile des Second Empire neugestaltet, gleicht die Salle Wagram in Paris mit ihren säulengeschmückten Emporen und ro-

ten Samtbeschlägen den prunkvollen Theaterbauten ihrer Epoche. Allerdings gehört zu ihrer Geschichte, dass die Festivitäten und Versammlungen hier stets von handfesterer Natur waren. Es gab nächtelange Bälle (für Damen der Eintritt frei), gewagte Kostüme und 1894 den *1^{er} Salon du Cycle*, die erste internationale Ausstellung eines modischen Fortbewegungsgeräts namens Fahrrad. 1900, im Jahr der neuen Pariser Weltausstellung, kommen starke Männer zur ersten Meisterschaft von *la savate boxe française* in der Salle Wagram zusammen, eine Art bemerkenswert rustikalen frühen Kickboxens; der Saal ist überfüllt, die Leute schreien vor Begeisterung.

Zwölf Jahre später geht es ganz ähnlich zu, jedenfalls im Publikum. Erregung, Rufe, immer wieder Beifallsstürme. Der Mann auf der Bühne jedoch könnte kaum andersartiger sein als die muskelbepackten Kampfsportler, die sich sonst hier treffen: Es spricht Philipp Scheidemann, Reichstagsabgeordneter aus Berlin, er ist hier zu Gast bei Freunden, Gleichgesinnten, bei Genossen einer internationalen Bewegung: des Sozialismus. Der 47-Jährige mit dem früh kahl gewordenen Schädel, dem ergrauernden Muskettierbart und wachen, Witz verratenden Augen hält eine der grossen Reden seines Lebens, eine Rede für den Frieden, die Verständigung der Völker. «Nos luttons ensemble», ruft er den Zuhörern zu, wir kämpfen gemeinsam: «Wenn die deutsche Solidität und Disziplin sich paart mit dem französischen Elan und Enthusiasmus, dann wird uns das unüberwindliche Kraft geben!» Die sozialistische Parteizeitung *L'Humanité* berichtet anderntags: «Sechstausend Personen begrüessen enthusiastisch die Verheissungen des Friedens.»³³

Noch grösseres Aufsehen freilich erregt Scheidemanns Rede zu Hause. Hundert Jahre später würde man von einem «Shitstorm» sprechen, denn wenig anderes erwartet ihn bei seiner Rückkehr nach Berlin. Die Nationalisten, die Alldeutschen, grosse Teile der Presse schiessen sich auf Scheidemann ein, er gilt ihnen als Vaterlandsverräter und seine Partei gleich mit. Seit er im Reichstag das reaktionär verfasste Preußen als «das deutsche Sibirien» dermassen geschmäht hat, dass sogar Reichskanzler von Bülow erzürnt aus dem Saal eilte, ist der aufsteigende Mann aus dem SPD-Parteivorstand für die Rechten ein roter

Beelzebub. Und jetzt das! Ein führender Sozialdemokrat verbündet sich mit dem Erbfeind! Er macht Stimmung, er hetzt gegen sein Vaterland! Die französischen Blätter zitieren aus den Interviews, die ihm der Emissär aus dem Reich gern gab: «Nicht schiessen wollen wir auf euch, im Gegenteil, die Hände wollen wir euch reichen!»³⁴

Wie bei entfesselten Nationalisten üblich, kümmern sich wenige, die so schreien und pöbeln, um die Details, etwa darum, was Philipp Scheidemann wirklich gesagt hat in der Salle Wagram. Was in vielen rechten Gazetten steht, ist aus dem Zusammenhang gerissen, entstellt wiedergegeben oder gleich erfunden. Die Sache wird sogar im Plenum des Berliner Reichstags verhandelt, wo sein Parteifreund Eduard David im Dezember 1912 den wirklichen Wortlaut der Pariser Rede wiedergibt: «Gegen die, die versuchen, uns in diese Bestialität eines europäischen Krieges hinabzustossen, werden wir uns mit dem Mut der Verzweiflung wehren. Die deutschen Arbeiter und Sozialisten achten und lieben auch die französischen Proletarier und Sozialisten wie Brüder. Unser Feind befindet sich ... an einer anderen Stelle. Dort wo auch der eure ist. Das ist der Kapitalismus. Für den Fortschritt der Humanität, für die Freiheit der Arbeit, für den Weltfrieden!»³⁵

Die Partei feiert Scheidemann: Zwei Jahre vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs ist es für die meisten Genossen unvorstellbar, dass ihre SPD sich einem neuen Krieg nicht mit aller Macht entgegenstellen wird. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Lensch wird später sagen: «Dass im Besonderen die deutsche Sozialdemokratie so handeln würde, daran-hat vor dem Kriege im deutschen Bürgertum wie auch in der ganzen Welt eigentlich niemand auch nur im geringsten gezweifelt.» Gewiss würden die Sozialisten in ganz Europa aufstehen und ihre Anhängerschaft mobilisieren, zum Streik aufrufen, gegen Kriegskredite stimmen. Symbolfigur und Idol dieser Bewegung ist der Franzose Jean Jaurès, genannt «die Flamme des Sozialismus» und doch eher ein Reformier als ein Revolutionär.

Es sind nur noch zwei Jahre bis zum grossen Krieg. Er wird das alte Europa zerstören, Millionen Menschenleben kosten und eine neue Epoche des Hasses begründen, er wird eine Reise in die Hölle sein (so hat der grosse britische Historiker Ian Kershaw seine Geschichte Europas 1914 bis 1945 im Original genannt: *To Hell and Back*, in die Höl-

le und zurück). 1912 ist die SPD noch die deutsche Friedenspartei schlechthin. Sie hat die Kolonialkriege abgelehnt und prangert Aufrüstung, Kriegstreiberei und Militarismus an. Nach dem Wahlsieg von 1912 verkündet Gustav Noske im Reichstag: «In der Tatsache, dass immer breitere Volkskreise sich um das Banner der Sozialdemokratie scharen, erblickt die Sozialdemokratie in allen Ländern Europas eine sichere Gewähr dafür, dass es ihr in nicht ferner Zeit gelingen wird, den Militarismus zu überwinden, den Frieden für Europa zu schaffen und der Kultur zu einem dauernden Siege zu verhelfen über die Barbarei der kapitalistischen Völkerverhetzung.»³⁶ Frieden für Europa: Sozialisten sind in fast allen Staaten des Kontinents zu Hause, selbst als Untergrundbewegung im düsteren, rückständigen und despotischen Reich des Zaren, das für Europas Arbeiterbewegung die Inkarnation des Bösen ist. Sie alle suchen Verbindung zu den Brüdern ausserhalb der Grenzen, und wenn die Regierungen bewaffnete Konflikte miteinander riskieren über einen Streifen Land, über Einfluss oder irgendeine Kränkung dessen, was die Nationalisten für Ehre halten, so wollen die Genossen Frankreichs, des britischen Empire, Russlands, Deutschlands ihnen in den Arm fallen.

Diese Solidarität besteht nicht nur in theoretischen Erklärungen. Der spätere preußische Ministerpräsident Otto Braun hat als junger Sozialdemokrat Freunde unter den linken Exilrussen im ostpreussischen Königsberg. Die SPD hilft den Genossen aus dem Zarenreich, sozialdemokratische Literatur über die nahe Grenze zu schmuggeln, die in Russland strikt verboten war; Braun selbst versteckt Russen in seiner Königsberger Wohnung vor Agenten der gefürchteten zaristischen Geheimpolizei. Solche Akte gibt es vielfach. Wegen des Bücherschmuggels wird Braun 1904 auf fadenscheiniger Rechtsgrundlage festgenommen und in Isolierhaft gesteckt. Seine karge Einzelzelle im Königsberger Gefängnis darf er nicht einmal verlassen, als bei ihm eine akute Blinddarmentzündung mit schrecklichen Schmerzen ausbricht. Eine solch perfide, sein Leben aufs Spiel setzende Form der Misshandlung durch die Justiz zeigt, mit welchen Gefahren engagierte Sozialdemokraten im scheinbar so wohlgeordneten Kaiserreich noch immer rechnen müssen. Im Prozess wird Otto Braun dann freigesprochen. Sein Biograf Hagen Schulze schreibt darüber: «Die erlittenen Qualen wurden

ihm zum Sinnbild für die Ohnmacht des Proletariats und des Unrechts. Der Kampf für eine gerechte Ordnung war von hier aus für ihn ganz unmittelbar motiviert; seine kühle, vernunftgesteuerte politische Kalkulationsgabe fand später immer ihre Grenze, wenn er auf junkerliche Arroganz und juristisch begründeten Missbrauch stiess. In solchen Fällen finden sich bei ihm Untertöne aufrichtigen Hasses.»³⁷

Was aber würde die Solidarität im Fall eines drohenden Krieges bedeuten? In der Theorie kennen Europas Sozialisten viele Mittel, um ihre Regierungen davon abzuhalten: Mobilisierung der Massen, Streiks, Ablehnung von Kriegskrediten, ziviler Ungehorsam. In der Praxis freilich fehlt ihnen etwas Simples, aber Entscheidendes: nämlich ein Plan. Anders all die Alldutschen wähen, findet sich in den Schubladen der SPD nämlich keinerlei Gebrauchsanweisung für den «Umsturz», und in Frankreich oder Grossbritannien ist das ebenso. Wer würde die Genossen im Ausland alarmieren, wer das gemeinsame Aufstehen gegen die Kriegstreiber koordinieren? An gutem Willen fehlt es Europas Sozialisten nicht, wohl aber an dem Bewusstsein, dass der gute Wille in der Stunde der Wahrheit zu wenig sein könnte.

Wenn sie denn jemals kommt. Im *Handbuch für sozialdemokratische Wähler von 1911* steht über den Krieg: «Glauben unsere herrschenden und beherrschenden Klassen dieses Ungeheuer den Völkern zumuten zu dürfen? Wird nicht ein Schrei des Entsetzens, des Zorns, der Empörung die Völker erfassen und sie veranlassen, diesem Morden ein Ende zu machen? Werden sie nicht fragen: Für wen? Für was das alles?»³⁸

Burgfrieden, Friedhofsruhe: Im Ersten Weltkrieg

«Das Herz hätte einem springen mögen»: Um die Seele der Partei

Der Leitartikel des *Vorwärts* ist kämpferisch, er scheint keine Zweifel zu lassen: «Das klassenbewusste Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dies Treiben der Kriegshetzer ... Überall muss den Gewalthabern in den Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege. Hoch die internationale Völkerverbrüderung!»¹

Es ist der 25. Juli 1914. Am selben Tage läuft das Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien aus, ein grosser Schritt auf dem Weg zum Krieg. Nach der Ermordung des österreich-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand durch einen serbischen Nationalisten in Sarajewo am 28. Juni rückt der Krieg immer näher. Die verhängnisvolle Dynamik des Wettrüstens und nationalistischer Bewegungen beschleunigt sich mit der Wucht einer Lawine. Und die deutsche Reichsführung, der Kaiser, die Militärs, die Alldutschen, die Rechtsparteien, die seit Langem einen scharfen imperialistischen Kurs fahren, beklagen jetzt bitter die «Einkreisung» durch drei Grossmächte, England, Frankreich und Russland. Doch es war die aggressive Politik des Kaiserreichs, die diese drei Mächte einander zugetrieben, zu Bündnispartnern gemacht hat. Die letzte und schwächste europäische Macht, auf die Deutschland zählen kann, ist die alte Donaumonarchie, die ihren Spätherbst lange schon erreicht hat. Doch sie bezichtigt jetzt das verfeindete kleine Serbien, hinter dem Mord von Sarajewo zu stecken, sie will Rache, Genugtuung; und die deutsche Regierung treibt den Partner geradezu an. Das Ergebnis ist das Ultimatum vom 23. Juli.

Die deutsche Führung hat expansionistische Vorhaben, strebt zur Vormacht in Europa zu werden; sie hat einen Plan für den Krieg. Was sie nicht hat, ist ein Plan für den Frieden. Die deutsche Politik ist dabei

besonders gegen Russland gerichtet, sie will das Zarenreich auf dem Balkan schwächen, wo es mit der Habsburgermonarchie konkurriert und sich den aufflammenden Nationalismus der von Wien beherrschten Völker zunutze macht. Das Zarenreich aber wird die Attacke auf Serbien nicht akzeptieren, und seine «Triple-Entente» mit dem Empire und der französischen Republik bildet ein so starkes Militärbündnis, dass selbst der hochgerüstete deutsche Militärstaat besser zwei Mal darüber nachdenken sollte, ob dieses Risiko lohnt. Aber er denkt nicht darüber nach, die Kriegsmaschine läuft an.

Die meisten Menschen glauben noch nicht recht daran, dass es so weit kommen wird. In Berlin trifft sich der Parteivorstand der SPD, allerdings ohne Ebert und Scheidemann, und veröffentlicht einen Aufruf von bemerkenswerter Schärfe gegen jeden Waffengang. Seine Formulierungen stammen im Wesentlichen von Hugo Haase, sie bilden, gut gewählt und pointiert, die Essenz sozialdemokratischen Denkens der Vorkriegszeit: «Noch dampfen die Äcker auf dem Balkan vom Blute der zu Tausenden Hingemordeten, noch rauchen die Trümmer verheerter Städte, verwüsteter Dörfer, noch irren hungernde, arbeitslose Männer, verwitwete Frauen und verwaiste Kinder durchs Land, und schon wieder schickt sich die vom österreichischen Imperialismus entfachte Kriegsfurie an, Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen.»

Prophetische Worte, genauso wird es kommen und noch unendlich viel schlimmer. Haase bezieht sich hier auf den Balkankrieg, der 1912 mit einer schweren Niederlage des Osmanischen Reiches zu Ende gegangen war und die europäische Öffentlichkeit aufgewühlt hat. Der Aufruf an die Genossen fährt fort: «Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf den imperialistischen Gewaltinteressen geopfert werden. Die herrschenden Klassen, die Euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen Euch als Kanonenfutter missbrauchen.»²

Der 28. Juli 1914, noch ist das Reich nicht im Krieg. Aber die Regierung in Wien hat ihn den Serben erklärt, obwohl diese zur allgemeinen Überraschung die meisten Bedingungen des Ultimatums akzeptiert haben. Das Zarenreich nimmt eine drohende Haltung an, auch dort tönt die Kriegspropaganda, die slawischen Brüder seien in tödlicher Gefahr. Aber was wird Deutschland tun?

Hunderttausende Demonstranten ziehen durch die Städte.

Allein 200'000 im Treptower Park in Berlin. Die Herren tragen ihre besseren Anzüge und Hüte, die Damen Kostüme und leichte breitkrepfige Hüte zum Schutz vor der Sonne. Es ist die grösste Demonstration, welche die deutsche Arbeiterschaft bislang organisiert hat. In Lübeck hat der *Volksbote* die Massen aufgerufen: «Heute abend lautet die Parole für jeden klassenbewussten Arbeiter und jede Arbeiterin, sowie für jeden wirklichen Friedensfreund: Auf in die Volksversammlung ins Gewerkschaftshaus! Auf zum Protest gegen die Kriegstreiber!»³

Auf dem Berliner Boulevard Unter den Linden versammeln sich immer mehr SPD-Mitglieder und konfrontieren die Nationalisten, die dort aufgezogen sind und Kriegslieder brüllen: «Es braust ein Ruf wie Donnerhall ...» und «Siegreich wolln wir Frankreich schlagen!» Philipp Scheidemann, hastig von einer Bergtour in den Tiroler Alpen heimgekehrt, sieht unter ihnen Schüler, Studenten, «aber auch alte Semester im Germanenbart, mit bronzenen Denkmünzen und eisernen Kreuzen von 1870/71 auf der Brust», neben ihnen «die nationalliberal-alldeutschen Bierbank-Helden». Der Lärm «putschte die kriegerischen Hetzer immer mehr auf». Die Demonstranten, welche die SPD mobilisiert hat, geben mit ihren Liedern Paroli: «Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet, zu unsrer Fahne steh zuhauf.» Der «Sängerkrieg Unter den Linden», wie Scheidemann schreibt, endet mit einem Patt.⁴

Der Kampf um den Frieden leider nicht. Zwar erscheint noch alles so, wie sich Sozialdemokraten das Verhalten ihrer Partei vorgestellt haben, sollte die Gefahr eines Krieges drohen. Am Tag der Massenproteste gegen den Krieg reisen Hugo Haase und Karl Kautsky zu einem Sondertreffen des Internationalen Sozialistischen Büros nach Brüssel. Sie beraten sich dort mit führenden Genossen anderer europäischer Parteien wie Jean Jaurès, Pieter Jelles Troelstra, Émile Vandervelde und Keir Hardie. Haase ist hoffnungsvoll, er schreibt in sein Tagebuch: «Das an mich aus Berlin gesandte Telegramm über die Demonstrationsversammlungen und die Kundgebung zugunsten des Friedens Unter den Linden ruft namentlich bei den französischen Freunden grosse Freude hervor.»⁵ Allerdings haben die Delegierten aus Russland, England, Frankreich und auch dem Deutschen Reich Generalstreiks bereits als nicht realistisch verworfen. Aber am Abend

spricht Haase bei einer Friedenskundgebung noch im Cirque Royal, im weiten Rund des Brüsseler Prachtbaus drängen sich 8'000 Menschen, sie stehen auf den Fluren und Gängen und hören, was der Abgesandte aus Deutschland über die Sehnsucht der deutschen Proletarier nach Frieden berichtet.

Anderntags sitzen Jean Jaurès und Haase an einem Tisch und formulieren die Abschlussresolution, in der es heissen wird: «Die deutschen und die französischen Proletarier werden mit all ihren Kräften auf ihre Regierungen einwirken, dass die beiden Länder davon ablassen, den Weltfrieden zu gefährden.» Beide sind bewegt, Haase hat den Arm um die Schulter des Freundes gelegt. Ein französischer Besucher wird den Anblick der beiden Männer, die bis zuletzt entschlossen sind, das grosse Morden zu verhindern, nie mehr vergessen; es erscheint ihm wohl wie das Symbolbild einer Epoche der Zuversicht, deren Ende nur noch wenige Tage entfernt ist und die niemals mehr wiederkommen wird.

Haase reist dann heim, einigermassen optimistisch, der starke Arm der internationalen Arbeiterbewegung werde die Kriegslüsternden aufhalten. Jaurès verhandelt am 31. August mit seiner Regierung in Paris. Auch sie will nun den Krieg. Man schickt ihm als Gesprächspartner nur Abel Ferry, Staatssekretär im Aussenministerium. Ferry fragt: «Was wird Ihre Partei tun?» – «Wir setzen unseren Kampf gegen den Krieg fort», antwortet Jaurès. «Dann fürchte ich, dass man Sie an der nächsten Strassenecke umbringt», prophezeit ihm der andere.⁶ Das Klima ist voller Hass; die Nationalisten und Chauvinisten hetzen in ihren Blättern: Wer den Krieg ablehnt, gilt als Verräter an der Nation, das ist in Deutschland nicht anders als in Frankreich.

Abends geht Jaurès mit Freunden und Anhänger ins Café du Croissant am Montmartre. Es ist ein warmer Sommerabend. Jaurès sitzt mit dem Rücken zum offenen Fenster, sieht nicht den jungen Mann mit den merkwürdig ausdruckslosen Augen, der draussen im Schatten wartet. Raoul Villain, ein französischer Ultranationalist, der sich sein verlorenes Seelenheil von der Rückgewinnung Elsass-Lothringens an Frankreich erwartet, zieht einen schweren Smith-&-Wesson-Revolver. Der Mörder tritt ans Fenster, reisst den Vorhang beiseite und schieisst Jaurès direkt in den Kopf.

Sehr wahrscheinlich hätte auch Jaurès den Krieg nicht mehr verhindern können. Aber der Tod des grossen Versöhners und Friedensfreundes ist ein Menetekel. 1919 spricht ein Geschworenengericht in Paris Villain frei mit der Begründung: Hätte Jean Jaurès den Krieg doch noch verhindert, wäre Frankreich nicht als Sieger daraus hervorgegangen. Sein Mörder wird des Lebens trotz des Skandalurteils nicht mehr froh. Als einer der meistgehassten Männer Frankreichs wandert er ins spanische Ibiza aus; dort gilt er wegen seines sonderbaren Gebarens als «der Irre vom Hafen». 1936, zu Beginn des Spanischen Bürgerkriegs, wird er von Anhängern der Republik getötet.

1924, als die Furien des Nationalismus in Frankreich weichen, wird Jaurès Leichnam feierlich ins Pariser Pantheon überführt, in die Ruhmeshalle für die Helden der Grande Nation. Kurt Tucholsky ist dabei, er schreibt voll Trauer um das Verlorene und die Chance zum Frieden, die nie genutzt wurde: «Es ist totenstill. Unter dem grau verhangenen Winterhimmel warten die Tausende. (...) Niemand spricht, ein einziges Herz schlägt. Und mahnt. Ein zweiter grosser Katafalk, wie ein Tank anzusehen und von sechzig Arbeitern getragen, nimmt die Asche dessen auf, der noch zuallerletzt gemahnt und gewarnt und für das zu bewahrende Leben der andern sein Leben hingegeben hat.» Doch das Opfer ist umsonst gewesen.

Und Hugo Haase und mit ihm die SPD-Linke erleiden in den folgenden Tagen eine epochale Niederlage. Alles, wofür er gekämpft und was er erstritten hat, kollabiert binnen weniger Stunden. Er fährt mit der Eisenbahn von Brüssel heim nach Berlin und gönnt sich keine Pause, sondern geht ins Zeitungsviertel, in die Redaktion der Parteizeitung *Vorwärts*. Er trifft auf Scheidemann und andere, sie führen erregte Debatten: Das Zarenreich hat nahe der Grenze mit der Mobilmachung seiner Streitkräfte begonnen, die Regierung in Berlin spricht vom «drohenden Kriegszustand».

«Kein einziges der Anliegen, für die die Politiker von 1914 stritten, war die darauffolgende Katastrophe wert», wird 2012 mit Recht der britische Historiker Christopher Clark in seinem Bestseller über die Entstehung des Ersten Weltkrieges schreiben.⁷ Psychologisch geraten die Gegner des Krieges in den letzten Julitagen trotz ihrer eindrucksvollen Aufmärsche immer schneller ins Abseits. Sie sind unvorbereitet

und von der Entwicklung überrascht. Friedrich Ebert macht noch am 27. Juli mit seiner Frau und den drei Kindern Urlaub auf Rügen. Eine Woche lang liest er keine Zeitung. Er ist 1913, nach dem Tod des alten August Bebel, gemeinsam mit Haase zum SPD-Chef gewählt worden, vielen fällt es schwer, ihn einzuschätzen; er hat sich bislang selten zu den grossen Streitfragen geäussert, ganz im Gegensatz zu seinem Kovorsitzenden. Jetzt eilt Ebert von der Ostsee zurück nach Berlin. Auf der Rückfahrt sieht er überall «mächtige Begeisterung», auch unter Arbeitern. Der Historiker Walter Mühlhausen wird in seiner Biografie über Ebert einen Satz von dessen 16-jähriger Tochter Amalie überliefern, der «treffender die Stimmung in einem sozialdemokratischen Haus am Vorabend des Krieges kaum wiedergeben» könnte: «Das Herz hätte einem springen mögen vor Schmerz, aber auch vor Begeisterung.»⁸

Als Ebert in Berlin eintrifft, begrüsst ihn Haase aufs Herzlichste: Er habe seinen Mitvorsitzenden «in den letzten Tagen sehr vermisst». Offenbar ist ihm nicht klar, wie gross die Meinungsunterschiede sind. Hugo Haase hat, mit all seinem Feuer und seiner Beredsamkeit, in der Parteiführung für die Ablehnung der Kriegskredite geworben – und findet sich in der Minderheit. Auch Ebert geht den anderen Weg.

Geschickt hat die Reichsregierung den Eindruck vermittelt, Deutschland müsse sich verteidigen, vor allem gegen die Russen. Diese Inszenierung ist das Werk des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg, der 1909 dem kantigen Bülow nachgefolgt ist und sich recht breiter Beliebtheit erfreut, vom Kaiser, dem er als Berater diente, bis ins Lager der Sozialdemokraten. Bethmann Hollweg, geboren 1856 in Brandenburg, zeigt sich in scharfem Gegensatz zu Bülow als Mann des Ausgleichs, der innenpolitischen Versöhnung, viele, auch Sozialdemokraten wie Ebert und Scheidemann, neigen dazu, ihm zu vertrauen: Drei Jahre zuvor hat er den Wunschzettel der Militärführung auf weitere Steigerung des ohnehin überbordenden Militäretats zusammengestutzt. Aber es gibt auch eine andere Seite an ihm, die eines kühlen Machtpolitikers; und oftmals schwankt er zwischen den Extremen.

Er laviert auch im August 1914, und da er als glaubwürdig gilt, nehmen ihm die meisten Menschen seine Version vom Verteidigungskrieg

gegen das Reich des Zaren ab; auch viele Abgeordnete der SPD. Die Lage entwickelt sich so schnell und dramatisch, dass in der Parteiführung die Zweifel wachsen, ob eine Ablehnung von Kriegskrediten wirklich durchzuhalten ist. Haase verhindert noch einen Artikel im *Vorwärts*, der sie befürwortet. Er selbst entwirft einen Alternativtext voller Resignation: «Die fürchterliche Selbstzerfleischung der europäischen Völker ist die grausame Bestätigung dessen, was wir seit länger als einem Menschenalter den herrschenden Klassen mahnend, aber vergeblich zugerufen haben.» Der Text warnt die Genossen und Anhänger angesichts des Kriegsrechtes vor «Unbesonnenheiten» und «nutzlosen Opfern».

Es ist ein Dialog zwischen Haase und Ebert überliefert:

Haase: «Du willst dem Deutschland der Junker und Hohenzollern die Kredite bewilligen?»

Ebert: «Nein, diesem Deutschland nicht. Aber dem Deutschland der schaffenden Arbeit, des sozialen und kulturellen Aufstieges der Massen. Dieses gilt es zu retten.»

Haase: «Wir, die ‚Rotten der Menschen‘, die wir nicht wert sind, den Namen Deutsche zu tragen, wir, die vaterlandslosen Gesellen Wilhelms, die wir nicht einmal eines gerechten Wahlrechts in Preußen würdig sind, wir sollten ... Nein!»

Ebert: «Wir zeigen durch diese Tat, dass wir nicht diese Menschen sind. Es handelt sich um das Wohl des ganzen Volkes. Wir dürfen das Vaterland, wenn es in Not ist, nicht verlassen. Es gilt, Frauen und Kinder zu schützen!»⁹

Haase spürt wie Ebert: In der SPD-Reichstagsfraktion zeichnet sich eine Mehrheit für die parlamentarische Zustimmung zu den Kriegskrediten ab. Streiks, Flucht vor der Einberufung, Massenversammlungen, ziviler Widerstand, Protestkundgebung – das Kriegsrecht stellt alle diese Optionen sozialdemokratischen Widerstands unter drakonische Strafen. Der Parteivorstand hält jeden Versuch, den Widerstand dennoch zu wagen, für aussichtslos. Es wäre der Weg in einen Bürgerkrieg, den die Sozialdemokraten angesichts der aufgeputschten Stimmung und der Kräfteverhältnisse niemals gewinnen könnten. Auch ideologisch ist die Lage komplizierter, als sie vielen nachher erscheinen wird, welche die SPD schlicht des Verrats am eigenen Volk und den Grundsätzen des Internationalismus bezichtigten. Karl Marx und vor allem Friedrich Engels hatten behauptet, ein Angriff Russ-

lands auf Deutschland mit seiner starken und weltweit am besten organisierten Arbeiterbewegung sei gleichzusetzen mit einem Angriff auf das Proletariat europaweit. Dieser Gedanke, so Arthur Rosenberg, «wirkte in der Abstimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 4. August entscheidend nach». Allerdings ist Engels davon ausgegangen: Die allgemeine Volksbewaffnung, die der Krieg bedeute, hätte der Sozialdemokratie die Macht gegeben, auf die Massen gestützt ihre politischen Forderungen durchzusetzen.¹⁰ Ein späterer Historiker wird es ähnlich beschreiben: «Die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter wollten Frieden, auch mit Russland. Aber Kosakenknuten in Berlin, das war ein Albtraum auch für sie.»¹¹

Die SPD steht in diesen hektischen Tagen der Julikrise vor einer Wahl zwischen Pest und Cholera, zwischen dem einen Schrecken oder dem anderen. Lehnt sie den Krieg konsequent ab, wie sie es bislang getan hat, sind die Folgen absehbar: Sie ist die stärkste Partei im Reichstag, aber nicht stark genug, um mit ihren Stimmen die Kriegskredite zu verhindern; ein Nein würde also wenig ändern. Dann aber stünde sie allein, ganz allein, von allen anderen Parteien als Vaterlandsverräter gebrandmarkt. Sie könnten wohl den Generalstreik ausrufen, die Genossen und Arbeiter auffordern, den Kriegsdienst zu verweigern – aber es bliebe eine offene Frage, wie viele ihnen wirklich folgen würden.

Nicht offen wäre, was der Staat und das Militär tun würden: die Pläne zur Bekämpfung des inneren Feindes hervorziehen, die sie genau für einen solchen Fall vorbereitet haben. Der SPD-Abgeordnete Eduard David schreibt in sein Tagebuch: «Die Arbeiter, die dem Ruf gefolgt wären – sie hätten nicht nach Millionen, wohl kaum nach Zehntausenden gezählt – wären von der militärischen Gewalt erbarmungslos niedergeschlagen worden. Und dies wäre geschehen unter wütender Zustimmung der grossen Mehrheit der Nation.»

Da Russland die Mobilmachung nicht zurücknimmt, ordnet der Kaiser am 1. August die deutsche Mobilmachung an. Zuvor hat er vom Stadtschloss aus zu einer jubelnden Menschenmenge gesprochen: «Neider zwingen uns zu gerechter Verteidigung ... Den Gegnern werden wir zeigen, was es heisst, Deutschland anzugreifen. Und jetzt geht in die Kirche und betet für unser braves Heer!»

Am 3. August erklärt das Reich dem mit dem Zaren verbündeten Frankreich den Krieg und es fällt die Entscheidung in der SPD, sie ist getrieben von der Eskalation der Lage: Nur 14 Abgeordnete der Fraktion stimmen gegen die Kriegskredite, 78 dafür. Der *Vorwärts*-Reporter Ströbel erlebt diese Sitzung der SPD-Fraktion mit, ein Gefühl seltsamer Unwirklichkeit ergreift ihn: «Als die niedergehende Sonne die goldbronzene Nike der Siegessäule gleissend aufflammen liess, fielen die Lose der deutschen Sozialdemokratie, die Schicksalslose dieses Krieges. Mit dem Gefühl, eine ungeheure Katastrophe miterlebt zu haben, schaute ich in die grausam-lügnerische Abendglorie.»¹² In der *Leipziger Volkszeitung* schreibt Paul Lensch klarsichtig: «Die Fraktion wurde Opfer einer psychologischen Depression, aber auch einer nationalen Hochspannung.»¹³

Hugo Haase besucht am Morgen des 4. August einen Festgottesdienst im Deutschen Dom und anschliessend den Empfang des Kaisers im Weissen Saal des Schlosses, voll Trauer und Widerwillen. Am Spätnachmittag desselben Tages jedoch ergreift er im Reichstag das Wort und stimmt im Namen der SPD den Kriegskrediten zu: «Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecken feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der zur Verteidigung des Landes zur Verfügung stehenden Mittel.» Er spricht über die russische Bedrohung, das Recht auf Selbstverteidigung – und dann die berühmten Worte: «Da machen wir wahr, was wir immer behauptet haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich.»¹⁴ Es ist sein dunkelster Tag. Und er kann nichts dagegen tun. In der Fraktion herrscht traditionell Einstimmigkeitszwang, deshalb ist der Fraktionsvorsitzende Haase ebenso in der Pflicht wie der linksradikale Abgeordnete Karl Liebknecht, der ebenfalls zustimmt, diesmal noch.

Am 4. August 1914 erklärt Kaiser Wilhelm II. in seiner Thronrede vor den Abgeordneten des Reichstags feierlich: «Uns treibt nicht Eroberungslust», das Vaterland werde angegriffen. Und er spricht den berühmten Satz: «Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche.» Durch das Stadtschloss – der Imperator hat es abgelehnt, ins Gebäude des Parlaments zu kommen – gellen Jubelrufe, brausender Beifall, die Abgeordneten sind ausser sich. Erst später fällt den Sozialdemokraten auf, dass der Kaiser ihnen gegenüber nicht den Hauch eines

politischen Zugeständnisses gemacht hat. So hatte sich Friedrich Engels die Rolle des Proletariats im Falle eines russischen Angriffs nicht vorgestellt. Diese Sozialdemokraten sind emotional und politisch getrieben, überfordert, mitgerissen von einer nationalen Woge. Nur wenige kommen auf die an sich so naheliegende Idee, das Ja zu den Krediten an Bedingungen zu binden – seien es politische Zugeständnisse, seien es Erklärungen über die Kriegsziele. Als Karl Kautsky eben diesen Vorschlag in der Fraktion vorbringt, lehnt sie rundheraus ab. Eduard David zufolge zeugen solche Gedanken vom «gänzlichen Mangel nationalen Empfindens».

Wer so spricht, verkörpert geradezu das später oft analysierte Gefühl der Sozialdemokraten, endlich in der Gesellschaft akzeptiert zu sein. Ob dieses Gefühl berechtigt ist, bleibt freilich eine andere Frage. Aus den Fenstern der Berliner Arbeiterviertel wehen deutsche Flaggen, auch an etlichen angeblich so vaterlandslosen Gesellen geht der patriotische Taumel nicht vorbei. An sich müsste sich unter Sozialdemokraten alles sträuben gegen den später so viel beschworenen «Geist von 1914», der vom Wunsch nach Selbstverteidigung wenig, von der Überlegenheit deutscher Innerlichkeit und «Kultur» über die «seelenlose» Zivilisation der westlichen Demokratien umso mehr durchdrungen ist; die deutschen Waffen sind darin nicht allein «schimmernde Wehr», sondern bestimmt zum Kampf der Kulturen, wie es der einflussreiche Ökonom Johannes Plenge aus Münster in einem typischen Beitrag ausdrückt: «Man darf behaupten, dass die Ideen von 1914, die Ideen der deutschen Organisation zu einem so nachhaltigen Siegeszug über die ganze Welt bestimmt sind, wie die Ideen von 1789!»¹⁵

Und auch in Deutschland lassen sich die Menschen einreden, dieser Krieg werde innerhalb weniger Wochen vorüber und gewonnen sein. Dasselbe hört man in Wien, Paris, London.

Ein Teil der SPD-Mitglieder freilich erlebt die Zustimmung ihrer Partei zu den Kriegskrediten erst wie gelähmt und dann in wachsender, ohnmächtiger Wut. In Düsseldorf ist die Erbitterung der Kriegsgegner so gross, dass die Politische Polizei notiert, es sei dort im Sozialdemokratischen Verein zu «stürmischen Auseinandersetzungen» gekommen, «die in einzelnen Fällen fast zu Tötlichkeiten auszuarten drohten».¹⁶ Die Befürworter der Kriegskredite wurden von den Genossen

ausgebuht und als «Judasse» beschimpft. Emil Barth, ein Gewerkschaftsaktivist vom linken SPD-Flügel, bezieht sogar Prügel von eigenen Genossen, als er bei Diskussionen gegen Kriegskredite und Burgfrieden spricht.

Paul Peschke, der 23-jährige Vorsitzende eines SPD-Wahlvereins in Berlin-Prenzlauer Berg, ist ein typisches Arbeiterkind, Sohn einer alleinerziehenden Metallarbeiterin, er lernt Maschinenschlosser, seine politische Familie ist die SPD, der er im Alter von 18 Jahren beitritt. Am 4. August 1914, dem Tag der Entscheidung über Krieg und Frieden, steht er mit vielen Gleichgesinnten auf der Strasse und wartet auf die Ausrufung des Generalstreiks. Aber sie kommt nicht, erbittert diskutieren die Männer auf der Strasse. Peschke ist wie niedergeschmettert: Die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten bedeutete «auch für jeden von uns die drohende Einziehung zum Kriegsdienst» – jenen Kriegsdienst, den er niemals leisten wollte und den seine Partei doch stets abgelehnt hat.

Der Genosse Peschke versteht die Partei nicht mehr, und die Partei wird den Genossen Peschke nicht mehr zurückgewinnen. Er wird nach dem Krieg Kommunist, Widerstandskämpfer gegen die Nazis und IG-Metall-Vorsitzender in der DDR werden. Von jenem Sommertag in Berlin an hat er den Glauben verloren. Es bricht etwas auseinander in der Arbeiterbewegung, langsam noch, aber stetig.¹⁷

Einige junge Genossen aus Brandenburg verfassen ein ungelenktes Spottgedicht auf die plötzlich gewendete SPD und verteilen es per Flugblatt, eine hilflose, aber anrührende Geste:

*Ihr ungezählten Millionen
Aus Schacht und Feld, aus Stadt und Land,
Ihr seid nun Futter für Kanonen,
die schuf des Proletariers Hand!
Jetzt schießt man auf den Bruder gern,
weil es der Wunsch der hohen Herrn!
Vernichtung vieler Menschenleben,
das ist das Ziel, das wir erstreben.
Das nennt man jetzt den heiligen Krieg,
mit uns das Volk, mit uns der Sieg!*¹⁸

In Stuttgart, einer Hochburg der linken Arbeiterschaft, erlebt der 17-jährige Arbeitslose Fritz Rück die Augusttage als einzigen Albtraum, wie er später «in einem eindrucksvollen Bild» (so mit Recht seine Biografin Elisabeth Benz) schreiben wird: «Noch lief das Karussell sommerlicher Freuden weiter, aber es quietschte in den Speichen –, machte seine letzten Umdrehungen und stand dann mit einem Ruck still. Und ein anderes Karussell begann sich zu drehen, seine Fahrgäste waren ein ganzes Volk, waren alle Völker Europas, unter den Klängen des Deutschmeister- und Radetzky-Marsches, im Takt der Marseillaise und der Zarenhymne, unter der Wacht am Rhein und God save the King begann es seine todbringenden Umdrehungen. ... Fahrgeld brauchte nicht entrichtet zu werden, der Preis für die Tour war ein höherer: das Leben!»¹⁹

Die meisten Schwesterparteien Europas sind in derselben misslichen Zwickmühle wie die SPD, was für diese im schlimmsten Falle und leider wahrscheinlichen Falle bedeuten könnte, dass sie als einzige Arbeiterpartei Europas den Ruf zu den Waffen ablehnt. Sogar ihren radikalsten Denkern wie Karl Liebkecht ist klar: «Ungünstigere Verhältnisse zur Entfaltung der proletarischen Macht, als sie beim Kriegsausbruch normalerweise vorliegen, gibt es nicht.» In London und Paris stellt sich die Linke schliesslich ebenfalls hinter die Regierungen, hier freilich gegen politische Zugeständnisse. Dabei hat Frankreich seit den Wahlen vom Frühjahr 1914 sogar eine linke Regierung unter einem unabhängigen Sozialisten, René Viviani, einem Mann des Ausgleichs. Doch er vermag sich gegen den Präsidenten und die Militärführung der Republik nicht durchzusetzen, und das Dilemma der französischen Linken ähnelt dem der SPD. Es herrscht Krieg. Der Internationalismus der Sozialisten hat eine fürchterliche, durch nichts gemilderte Niederlage erlitten; er konnte nicht halten, was er versprochen oder, schlimmer noch, er wollte es nicht. Er wird sich von dieser schwarzen Stunde niemals mehr erholen.

«Mich fröstelt, und ich brauche Wärme:» Die Spaltung der Sozialdemokratie

Der Maurer Max Walter von der Annahütte erlebt, was er nie erleben wollte. Er ist einberufen und an die Ostfront abkommandiert worden; und dort muss er eine Rede seines Majors an die nicht wenigen Sozialdemokraten in der Einheit anhören, «endlich unsere revolutionäre Gesinnung aufzugeben, weil es jetzt um das Vaterland gehe». Die jungen Männer aus den Industriestädten schweigen, was sollen sie auch tun: «So hatte der opportunistische Verrat unserer Parteiführung uns gelähmt.»²⁰ Der August 1914 bleibt für Max Walter der Moment «bitterer Enttäuschung, denn auch wir dachten, die Partei würde uns alle zum Kampf gegen den Krieg aufrufen».

Aber nun steht der junge Arbeiter an der Front und sein Land einer Allianz von drei anderen Grossmächten gegenüber, exakt das Szenario, das Bismarck unbedingt vermieden hatte; nun aber eine selbstverschuldete Frontstellung. Der einzige Verbündete, Österreich-Ungarn, kann diese Lücke nicht füllen, Italien, mit Deutschland und Österreich Mitglied des Dreibundes, bleibt dem Krieg erst einmal fern, ein Jahr später wird es auf Seiten der Entente stehen. Der deutsche Generalstab aber setzt auf seine Geheimwaffe: Der «Schlieffen-Plan» soll einen Krieg schnell entscheiden, und das Beharren der Militärführung darauf hat das Seine getan, das Reich in den bewaffneten Konflikt zu treiben. Das Deutsche Reich hat die Lage mutwillig herbeigeführt, sich im Westen gegen Frankreich wie im Osten gegen Russland gleichzeitig behaupten zu müssen. Es hat nicht politisch versucht, wie Bismarck es tat, unbedingt zu vermeiden, auf diese Weise zwischen Hammer und Amboss zu geraten, sondern lieber eine militärische Strategie entwerfen, beide Feinde nacheinander niederzuwerfen. Gemäss dieser sollte Deutschland so schnell wie möglich mobil machen und in Frankreich einmarschieren, auf dem Weg über das ungeschützte und- neutrale Belgien, die französischen Armeen in einer gewaltigen Umfassungsoffensive abschneiden und vor Paris oder durch dessen Einnahme die Entscheidung erzwingen. Wären die Franzosen aus dem Spiel, würden die Sieger sich Russland zuwenden, das erheblich länger brauchen würde,

seine Truppen kampffähig zu machen, und dann Gnade dem Zarenreich Gott, Deutschland würde es nicht tun. Wie so viele Pläne des Generalstabs ist hier der Wunsch der Vater des Gedankens, gepaart mit Hybris und einem Denken, das die Politik zu einem Handlanger des Militärs degradiert.

Schon Anfang September 1914 scheidet diese Strategie in der verlorenen Marneschlacht, 60 Kilometer vor der französischen Hauptstadt. Im Osten gelingt es dem Marschall Paul von Hindenburg in der Schlacht von Tannenberg zwar, eine russische Grossoffensive auf Ostpreußen zu stoppen, und er wird daher zum Volkshelden, zum «Retter des Vaterlands» aufsteigen. Die Euphorie in der Heimat ändert aber nichts daran, dass der Zweifrontenkrieg nun eine traurige Tatsache ist; im Westen verwandelt er sich in den Grabenkrieg, die Fronten erstarren entlang einer von Verschanzungen, Stacheldraht, Sandsäcken, Bunkern und Maschinengewehren starrenden Linie, die von der Schweizer Grenze bis zur Nordsee reicht.

Eigentlich müssten die Sozialdemokraten nun erwachen aus dem Nationalrausch des August 1914, sofern sie diesem verfallen sind. Bald nämlich stellt sich heraus, dass die fromme Mär vom Verteidigungskrieg gelogen ist. Die sogenannten Eliten des Kaiserreichs haben ganz andere Vorstellungen. Schon wenige Wochen nach dem ersten scharfen Schuss stellt Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg sein «Septemberprogramm» vor: «Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muss Frankreich so geschwächt werden, dass es als Grossmacht nicht neu erstehen kann, Russland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden.»

Man habe uns das Schwert aufgezwungen, hat Wilhelm II. im August der Menge vor dem Stadtschloss zugerufen, in die Hand gedrückt zur Verteidigung des Vaterlandes. Aber von Verteidigung ist keine Rede mehr in diesen Denkschriften, an denen auch der einflussreiche Zentrumspolitiker Matthias Erzberger beteiligt ist, sondern um die Annexion französischer und belgischer Industriegebiete, um eine deutsche Herrschafts- und Wirtschaftszone in Mitteleuropa. Wirtschaftsverbände, Industrieführer wie August Thyssen, Gelehrte und natürlich Generäle stellen sich hinter diese Forderungen, die auch

schon die «ethnische Säuberung», wie man einmal sagen wird, mancher Reichsgebiete von Nichtdeutschen vorsieht.

Bereits jetzt sitzen die Sozialdemokraten in der Falle, in die sie im August 1914 hineingelaufen sind. Das alte, rückständige Deutschland, das überkommene Herrschaftssystem und seine neuen radikalen Denker werden, wie vor 1914, weiterhin nicht das tun, was sich die meisten Sozialdemokraten erhoffen: die nationale Solidarität der SPD vom August 1914 mit Anerkennung und Mitspracherechten belohnen. Aus Sicht der Kriegstreiber und Annexionspolitiker sind sie der Narr, der seine Schuldigkeit getan hat – die Arbeiterschaft an Nation und Kriegsanstrengung zu binden und damit an das imperialistische Annexionsprogramm, zu dem sich Bethmann Hollweg so unverhohlen bekennt. Mit Preußen als Führungsmacht, wird Heinrich August Winkler zu Recht schreiben, «verfügte Deutschland über kein anderes Bindemittel als Blut und Eisen und über keine anderen als dynastische Ideale».²¹

Hugo Haase gehört zu den Ersten, die nach dem Rausch der patriotischen Aufwallungen vom August 1914 (an denen er wenig Anteil hatte) erkennen, mit wem sich die stolze Sozialdemokratie da plötzlich im Bette wiederfindet: «Wir sind eingeseift worden. Die Bewilligung der Kredite war ein Fehler. Die deutsche Regierung ist die Hauptschuldige am Krieg.»²² Aber der Erste, welcher der Stimme des Gewissens und der Überzeugung folgt, ist der Genosse Karl Liebknecht, wichtigster Vertreter des linken SPD-Flügels. Am 2. Dezember 1914 stimmt er im Reichstag gegen weitere Kriegskredite, ganz allein. Er ignoriert den Fraktionszwang und bleibt sitzen, als sich die anderen Abgeordneten zum Zeichen der Zustimmung erheben. Der Genosse Otto Rühle hat zuvor den Saal verlassen.

Liebknecht ist der Erste, ein einsamer Rufer noch. Er kann das aushalten, er ist eine Kämpfernote, die an schlechteren Tagen etwas Obsessives, Intolerantes ausstrahlt und ihn an guten zum scharfzüngigsten Oppositionellen des Kaiserreiches macht. Der aus Leipzig stammende Liebknecht, Jahrgang 1871 und Sohn des berühmten Sozialisten und SPD-Mitbegründers Wilhelm Liebknecht, ist ein Sozialist und ein Getriebener, ein scharfsinniger Theoretiker und doch ein Mann der Tat;

er sucht Lösungen, nicht Kompromisse; er will das radikal andere, nicht die kleinen Schritte. Politik ist für Karl Liebknecht nicht die Kunst des Möglichen, sondern des eigentlich Unmöglichen. Der links-liberale Publizist Ossip K. Flechtheim wird ihn später so charakterisieren: «Karl Liebknecht war ein ungewöhnlich vielseitiger, differenzierter und begabter Mensch, durch und durch musisch mit besonderem Verständnis für die Musik, Liebling der Frauen und aufopfernder Familienvater, voller Lebenslust und rastloser Energie, mutig und rücksichtslos gegen sich selber und andere bis zur Selbstaufgabe.»²³

1907 verurteilt ihn das Reichsgericht in Berlin zu anderthalb Jahren Festungshaft wegen Hochverrats. Grund ist Liebknechts Schrift *Militarismus und Antimilitarismus*, eine radikale, aber durchaus treffende Attacke auf eine der Säulen der kaiserzeitlichen Gesellschaft: «Wie uns angeblich noch keiner – um mit Bismarck zu reden – den preußischen Leutnant nachgemacht hat, so hat uns in der Tat noch keiner den preußisch-deutschen Militarismus ganz nachzumachen vermocht, der da nicht nur ein Staat im Staate, sondern geradezu ein Staat über dem Staate geworden ist.» Das ist sehr treffend, und das Establishment erkennt das Ausmass dieser Herausforderung, in der es heisst: «So steht der moderne Militarismus vor uns, der nicht mehr und nicht weniger sein will als die Quadratur des Zirkels, der das Volk gegen das Volk selbst bewaffnet, der den Arbeiter zum Unterdrücker und Feind, zum Mörder seiner eigenen Klassengenossen und Freunde, seiner Eltern, Geschwister und Kinder, seiner eigenen Vergangenheit und Zukunft zu machen sich vermisst.»²⁴

Die Schrift ist bei ihrem Erscheinen 1907 eine Sensation, die rechte Presse wütet. Der Kaiser tobt. Er lässt sich täglich telegrafisch über den Stand des Verfahrens gegen den Verhassten unterrichten. Der verliert den Prozess natürlich und gewinnt die Herzen; eloquent, ungebeugt verteidigt er sich selbst. Liebknecht sitzt auf der Anklagebank, aber der eigentliche Angeklagte in dieser Justizfarce ist der deutsche Militarismus. Als er seine Haftstrafe antritt, begleitet ihn eine grosse Menge aus Arbeitern und Parteigenossen zum Gefängnistor. Für sie ist er ein Held. Ob sie uns auch zerbrechen, sie beugen uns doch nicht.

Liebknecht dichtet auch, die Texte, bei denen das Feuer wettmacht, was es an Reimkunst mangelt, verraten viel über ihn:

*Ob sie uns auch zerbrechen
Sie beugen uns doch nicht.
Und eh' der Tag vergangen,
Stehn wir frisch aufgericht't.
Ob sie die Flamm' ersticken,
Der Funke heiss sich regt.
Und über Nacht zum Himmel
Die neue Flamme schlägt.*

Vorerst ist es nur ein Funke, nicht die neue Flamme. Der Abgeordnete Karl Liebknecht ist im Dezember 1914 der meistgehasste Mann des Reichstags. Er wird 1915 auf Betreiben des für Berlin zuständigen Oberkommandos in den Marken zur Armee eingezogen und erlebt die Realität des Krieges als Pioniersoldat an beiden Fronten. Er schreibt an seine zweite Frau, Sophie: «Jedes Zuchthaus wäre Erlösung.» Im Oktober 1916 marschiert seine Einheit Richtung Riga durch eroberte russische Stellungen; und Liebknecht ist erschüttert: «Da lagen die Leichen herum, gekrümmt wie Würmer oder mit ausgebreiteten Armen, als wollten sie sich an die Erde oder an den Himmel schmiegen, retten. Die Gesichter nach dem Boden oder aufwärts. Schwarz schon zuweilen.» Das Erlebnis des Krieges überzeugt ihn, dass dessen «Triebkräfte ganz brutal an der Oberfläche liegen»: Kapitalismus und Imperialismus.²⁵

Liebknecht ist der erste Dissident der Sozialdemokratie. Aber er wird nicht der letzte bleiben, die Zeit der Einheit der Partei läuft unwiderruflich ab. Es beginnt damit, dass der alte Gewerkschaftskämpfer Legien 1915 in der SPD-Fraktion den Antrag stellt, Liebknecht wegen seiner Ablehnung der Kriegskredite auszuschliessen. Noch lehnt die Mehrheit ab. Es setzt sich im März 1915 fort mit einer aufsehenerregenden Rede Haases vor dem Reichstag: «Gerade der Starke darf zuerst die Friedenshand ausstrecken. Unser Wunsch ist ein dauerhafter Frieden, der ... keine neue Zwietracht enthält. Das wird erreicht, wenn kein Volk vergewaltigt wird.»²⁶ Es ist eine Mahnung, nach aussen wie nach innen: Spielt nicht mit dem Feuer.

Wenige Tage später, am 20. März 1915, lehnen Haase und 31 weitere SPD-Abgeordnete den Haushaltsetat für 1915 ab, in dem auch die

Militärausgaben enthalten sind. Sie verlassen den Saal, als es zur Abstimmung kommt, Liebknecht und nun auch Otto Rühle, ein unruhiger, tiefsinniger Mann, der später im Leben der KPD und ihren Ablegern beitreten und wieder mit ihnen brechen, sich niemals einer Parteidisziplin unterwerfen wird, votieren offen dagegen. Der Riss in der deutschen Arbeiterbewegung wird tiefer. Auf den Strassen werden anonyme Flugblätter herumgereicht, darin wird die SPD-Führung der «Bewilligung aller von der Regierung geforderten Mittel zur Verfolgung ihrer Eroberungspolitik und damit einem Krieg ohne Ende» angeklagt, von «Verrat» ist die Rede.

Haase geht einen Schritt weiter und fordert die Partei offen heraus; er stellt ihr eine kaum bemäntelte Existenzfrage: Soll die SPD, die schon unter Schmerzen dem Burgfrieden zustimmte, nun auch noch für Annexionen, imperiale Fantasien und einen Siegfrieden eintreten? Er wird das gewiss nicht tun; am 19. Juli 1915 veröffentlicht Haase, Bernstein und Kautsky, also drei der bedeutendsten Männer der Partei, in der *Leipziger Volkszeitung* den Text *Das Gebot der Stunde*. Ihr Schlüsselsatz ist eine Kampfansage an die Kriegszielpolitik der Regierung Bethmann Hollweg: «Wir wissen, dass Friedensbedingungen, die von einer Seite der Kriegführenden der anderen aufgezwungen werden, keinen wirklichen Frieden bringen, sondern nur Rüstungen mit Aussicht auf einen neuen Krieg bedeuten.» Es sei nun die Aufgabe der Sozialdemokratie, «als drängende Kraft» einen Ausgleichsfrieden zu suchen. Ihr habt uns getäuscht, das sagt dieser Aufruf, ihr habt von der Verteidigung des Reichs gesprochen, aber Eroberung und Unterwerfung gemeint.

Haase, Liebknecht und der Zentrumsolitiker Erzberger gehören zu den wenigen, welche die Verwicklung der deutschen Reichs – regierung in den Genozid anprangern, den der türkische Verbündete 1915/16 an den christlichen Armeniern anrichtet. Haases Sohn Ernst wird dem Vater einen leicht verklärenden und doch würdigen Epitaph setzen, als er über die Kriegszeit sagt: «Er war der Sprecher aller Unterdrückten der ganzen Welt. Mit tiefer Erschütterung liest man noch heute seinen glühenden Protest gegen die Armenierrmassaker in der Türkei, wo 800'000 Männer, Frauen und Kinder wegen ihres Christenglaubens von den Türken ausgerottet wurden, oder seine Brand-

markung des bürgerlichen Schreckensregiments in Finnland, wo mit Hilfe der deutschen Besatzungstruppen Zehntausende von Arbeitern und Bauern mit Maschinengewehren niedergemäht wurden, nachdem sie sich ihr Grab selbst hatten schaufeln müssen. Mit leidenschaftlicher Empörung hatte er die Leiden der belgischen Zivilbevölkerung vor die Öffentlichkeit gebracht, hatte die Not der litauischen und ukrainischen Bauern geschildert, denen die Besatzungstruppen das letzte Vieh aus den Ställen holten.»

Das Reich aber setzt im Frühjahr 1916 auf Sieg. Im Vorjahr ist Italien auf Seiten Frankreichs und Grossbritanniens in den Krieg eingetreten, die Österreicher kämpfen nun an zwei Fronten, in den Alpen und in Osteuropa, gegen Russland. An der Ostfront müssen die Deutschen dem bedrängten Bündnispartner zu Hilfe kommen, nach den Schlachten von Tarnow, Gorlice und der Eroberung von Warschau und Wilna durch die Mittelmächte 1915 scheidet nach Anfangserfolgen im Sommer 1916 der russische Gegenstoss, die erste Brussilow-Offensive. Während im Osten die Entscheidung ausbleibt, will die zweite Oberste Heeresleitung unter General Erich von Falkenhayn sie im Westen erzwingen, wo die Fronten erstarrt sind. Am 21. Februar beginnt der deutsche Grossangriff auf die Festung Verdun.

Peter Geyer, Soldat eines deutschen Jägerbataillons, erlebt dort Szenen wie aus einem Gemälde von Hieronymus Bosch: «In den Stunden der Dämmerung schleppen sich Verwundete und vor Durst halb irrsinnig gewordene Menschen zum Vaux-Teich hinab und trinken das faulige, verseuchte Wasser. Einige filtrieren es durch ihre schmutzigen Taschentücher und glauben, damit alle Krankheitskeime zurückhalten zu können. Andere löschen ihren brennenden Durst mit dem Grundwasser der Granattrichter. Und in fast allen diesen Trichtern liegen Tote. Die Nachbarschaft des Todes ist zur Alltäglichkeit geworden. Der Durst ist stärker als das Grauen und die Angst vor Typhus und Cholera. Krankheiten fürchtet man hier nicht, hier im Reich des Todes. Das Leben hat keinen Wert mehr.»

Das ist die «Blutmühle», durch die Falkenhayn die Alliierten drehen will. Aber der Angriff scheidet, wie alle zuvor. Er scheidet so wie die britische Gegenoffensive an der Somme. Hunderttausende sterben für

ein paar Kilometer, manchmal nur ein paar Meter Geländegewinn, dem niemals der erhoffte grosse Durchbruch folgt. Einen Monat tobt die mörderische Schlacht um die Festungswerke von Verdun schon, die als Synonym für die Schrecken und die Sinnlosigkeit des Krieges in die Geschichte eingehen wird, als Hugo Haase auf der hohen Rednertribüne des Reichstages auf die Masse seiner Feinde blickt. In diesen Tagen schreiben selbst deutsche Zeitungen unter Umgehung der Zensur: «Ein Geschlecht von kriegerischen Werten sinkt vor Verdun ins Grab oder schleppt sich verstümmelt der Heimat zu.» Es ist der 24. März 1916. Haase, der kleine, zähe, oft etwas melancholisch erscheinende Mann hält an diesem Tag die Rede seines Lebens. Unter sich sieht er die Menge der Abgeordneten, auf den Gängen und Galerien Zuhörer, er hört Stimmen voller Niedertracht und Zorn, Zwischenrufe, Gejohle, seine eigenen Genossen, welche die Faust gegen ihn schüttern, ihn, der so lange so viel mitgetragen hat, mehr als er aushalten kann; und er lässt sich nicht erschüttern und nicht aus dem Konzept bringen, er plädiert für Frieden, und was er sagt, wird genauso kommen in all seiner Grausamkeit und Konsequenz: «Am Ende des furchterlichen Ringens wird es weder Sieger noch Besiegte geben, in Wahrheit wohl nur Besiegte, aus Millionen Wunden blutende Völker.»

Und er sagt ohne Polemik, als sei er noch der Anwalt der Armen und Drangsalierten in Königsberg, was er für Wahrheit hält, und er hat recht: Viele forderten nun «als Ziel des Krieges die Ausdehnung unserer Weltmacht, die Erringung der Weltherrschaft», doch: «Man sollte annehmen, dass nur komplette Narren oder gewissenlose Verbrecher solche Pläne verfolgen.» Haase spricht unbeirrt weiter, während das Geschrei ringsumher anschwillt: «Wir Sozialisten, die wir den Krieg verabscheuen und mit aller Kraft zu verhindern uns bemüht haben, widersetzen uns selbstverständlich seiner Verlängerung.» Die Rede endet in Tumulten und Geschrei, Haase wird das Wort entzogen, Schlägereien drohen. Ebert, mit rotem Kopf, die kräftige Gestalt bebend vor Zorn, schreit von seinem Platz: «Schamloser Kerl! Frecher Halunke!» Scheidemann ruft Haase zu: «Dreckseele.» Der Abgeordnete Julius Kopsch von der Fortschrittlichen Volkspartei, ein knorriger Sachse mit bedrohlichen, an ein Sommergewitter gemahnenden dunk-

len Augenbrauen und eigentlich ein Linksliberaler, erhebt sich und brüllt: «Wieder mal ein Jude! Ein Jude, was wollen denn die Juden hier!» Gegen den Notetat stimmen schliesslich 18 SPD-Abgeordnete, 20 enthalten sich, indem sie den Saal verlassen.

Noch am selben Abend auf einer turbulenten Sitzung lässt Ebert Haase und 17 Gleichgesinnte aus der Fraktion ausschliessen. Er wirft ihm «Disziplinbruch» und «eine ganz unerhörte Treulosigkeit» vor und klagt, dass Haases Handeln «so jedes Gefühl der Kameradschaftlichkeit missen lässt, dass sich ihm in der Geschichte der Partei nichts Gleiches an die Seite stellen lässt». Aber Haase will auch gar nicht bleiben. Am 24. März gründet er mit seinen Mitstreitern die «Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft», kurz SAG. Die Einheit der SPD ist dahin, für immer.

Hugo Haase ist die Seele der neuen Vereinigung, die sich als Wähler der Flamme begreift und sich schroff von der MehrheitsSPD abgrenzt: «Der Vorstand und seine Anhänger haben sich durchgemausert zu national-sozialen Anschauungen und sind so zu einer Gemeinschaft mit der Regierung und den imperialistischen bürgerlichen Parteien geworden. Wir bleiben Vorkämpfer für den Weltfrieden und die Befreiung des Proletariats.»

Zu Jahresende schreibt Haase an seine Frau Thea: «Es ist der herrschende Zustand schwer, sehr schwer zu ertragen. Mich fröstelt, und ich brauche Wärme. Wie ich sie entbehre, vermag ich nicht zu sagen...» Für Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und andere Führer der SPD-Mehrheit sind die Tage des Bruchs und ihr abscheulicher Umgang mit Haase eine dunkle Stunde. Sie haben die Kontrolle über sich verloren, einen der Ihren auf nie da gewesene Weise im Plenum des Parlaments bedroht, während die Parteien der Rechten das traurige Schauspiel voll Hohn beklatschten; erklärbar ist das nur durch den ungeheuren Druck, der auf ihnen lastete, und das traditionelle Denken in der SPD, die Partei müsse nach aussen geschlossen auftreten. Fortan werden die wüsten Attacken gegen den eigenen Kovorsitzenden den Stoff bilden, aus dem Verschwörungstheorien wuchern – die Komplizen des Kapitals und des Imperialismus machen den eigenen Genossen mundtot. Aber so einfach ist es nicht.

Der Kampf um den richtigen Kurs dauert nun schon mehr als zwei Jahrzehnte und ist mit Kriegsausbruch zur Existenzfrage der Sozialde-

mokratie geworden. Die Streitigkeiten und Debatten haben vor allem seit dem August 1914 viele persönliche Wunden geschlagen, Freundschaften sind daran zerbrochen wie jene zwischen Hugo Haase und den Männern, die er einst vor Gericht verteidigte. Auch er verliert im kleinen Kreis nicht selten die Façon, schreit seine Widersacher an und schlägt mit der Faust auf den Tisch. Und nicht jede Frage ist moralisch einfach zu entscheiden. So setzen sich viele Sozialdemokraten für die Freiheit und Unabhängigkeit Polens ein, das zwischen Russland und Deutschland geteilt ist – Haase lehnt dies als Verrat an Prinzipien ab, weil man den Russen einen solchen Frieden dann aufzwingen müsse und ihn nicht durch Verständigung erreiche.

Vor allem aber fühlen die SPD-Führer den ungeheuren Druck der Verantwortung, der auf ihnen lastet. Der Krieg hat die Sozialistische Internationale zertrümmert, es gibt zwischen ihren Parteien nur noch zaghafte Kontakte, und nirgends aus Berliner Sicht sind in den Staaten der Kriegsgegner Genossen zu erkennen, mit denen sich die SPD verbünden könnte, nach zwei Jahren Krieg und Millionen Toten noch weniger als 1914. Philipp Scheidemann hält Haase und den Linken in der Fraktion vor, sie gingen von einer «durch nichts erhärteten, vielmehr durch alle Erfahrung widerlegten Behauptung aus, dass ein oppositionelles Verhalten in Deutschland die gleiche Opposition in den gegen uns kriegführenden Ländern hervorrufen werde». Und nach wie vor verfügt selbst die SPD nicht über die Mehrheit, die Kriegsfinanzierung zu stoppen. Das einzige, denkt Scheidemann, was sie erreichen würde, wären Anschuldigungen, das Vaterland in der Stunde der Not zu veraten. Das Vaterland, schreibt er, sei doch «das ‚Schatzkästlein‘, das es zu schützen, zu schirmen und sorgsam zu hüten gilt, ist der Zweck des politischen Kampfes überhaupt, die Partei aber ist nur Mittel zum Zweck. Haase sah die Dinge anders als wir.»

Die SPD-Führung lehnt wie Haase und die Seinen 1916 einen Gewalt- und Eroberungsfrieden ab, zieht aber andere politische Konsequenzen aus dem Wunsch nach einem Verständigungsfrieden. Man darf nicht vergessen: Durch den Belagerungszustand ist eine öffentliche Diskussion über Kriegsziele und Friedenssuche untersagt, die Zensur trifft dabei vor allem die SAG. Sie will Verweigerung und Konfrontation gegen die Reichsregierung, die SPD sucht ihr Heil tas-

tend in einer gewissen Kooperation mit Reichskanzler Bethmann Hollweg. Er erscheint ihr als das kleinere Übel, verglichen mit dem Lager der Annexionisten, die den Kanzler fortwährend attackieren; zu Scheidemann sagte er 1915 im privaten Gespräch, die Ziele der Alldeutschen seien blosser Unsinn. Noch 1928 wird Scheidemann davon überzeugt sein, dass Bethmann Hollweg «ehrlich bestrebt war», den «Krieg schnellstens zu beenden».

Die Historikerin Susanne Miller wird eine scharfsinnige Erklärung für dieses eigentümliche Vertrauen finden, das führende Sozialdemokraten ausgerechnet in den Mann setzen, der das Kriegszielprogramm vom September 1914 zu verantworten hat: Entscheidend dafür sei, wie sie seine Worte interpretierten und nicht, was er wirklich dachte. Dazwischen nämlich liegt ein gewaltiger Unterschied.

Bethmann Hollweg ist ein gewiefter Taktiker, er steht der Fortschrittlichen Volkspartei nahe und tritt ruhig und gemässigt auf. Verglichen mit den geifernden Agitatoren der äussersten Rechten und vielen von Schmissen verunzierten Komissköpfen der Generalität ist er eine würdevolle, staatsmännische Erscheinung; und die Genossen haben nicht vergessen, dass er vor dem Krieg mit seiner «Politik der Diagonalen» eine gewisse Annäherung an die SPD betrieb, weg vom Denken in Lagern und Feindbildern. Der Burgfrieden von 1914 ist in dieser Hinsicht sein Meisterwerk. Während der ersten Kriegsmonate sagt Bethmann Hollweg zu dem Demokraten Conrad Haussmann, einem Vertrauten: «Es müssen die Schranken fallen, es fängt nach dem Krieg eine neue Zeit an. Die Standesschranken sind so stark zurückgetreten wie nie.»

Zudem sind die Sozialdemokraten noch immer nur eine Oppositionspartei. Der wahre Machtkampf spielt sich weit rechts von ihnen ab, zwischen dem Reichskanzler und der Obersten Heeresleitung; und dieser Kampf verschärft sich dramatisch im August 1916, als der vor Verdun gescheiterte Falkenhayn durch die politisch radikaleren Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff ersetzt wird. Es liegt nahe, wenn die SPD-Führer nun die moderatere Seite unterstützen, und dies ist naturgemäss die Regierung des Kanzlers. Sie tun dies umso mehr, weil Hindenburg Bethmann Hollwegs Autorität unverhohlen unterminiert

und schliesslich dessen Sturz betreibt. Es ist, wie Wolfram Pyta in seiner Biografie des Generalfeldmarschalls und späteren Reichspräsidenten schreiben wird, «die eigentliche Nagelprobe für die Herrschaftsausübung Hindenburgs».

Diese neue Oberste Heeresleitung betreibt offen Politik, beeinflusst den Kaiser, einen ihr gefügigen Kanzler zu ernennen; und es ist eine Politik des Unbedingten, der Unterwerfung, des Sieges, so teuer er auch werden mag. Politik und Kriegführung, so sehen es Hindenburg und Ludendorff, haben eine Einheit zu bilden: «Die Ansicht, dass Politik und Heeresleitung sich trennen lassen, war schon immer falsch; es ist grundverkehrt in einem Kriege, an dem das ganze Volk mitarbeitet.» Dahinter verbirgt sich weit mehr als der Grössenwahn eines schnaubbärtigen Befehlshabers, der es gewohnt ist, dass ihm niemand zu widersprechen wagt. Hier geht es schon, so Wolfram Pyta in einer faszinierenden Analyse, um ein Herrschafts- und Führungsmodell, das auf den Rechtsphilosophen Carl Schmitt zurückgehen wird, das sich schon gelöst hat von altpreussischer Obrigkeitstreue und «eine Hinwendung zum Demos als stärkste Quelle politischer Legitimation manifestiert». Bei Schmitt, einem der bis heute gern verklärten geistigen Wegbereiter der Nazidiktatur, ist «das Volk» der «Urgrund des Politischen», freilich gerade nicht in Form demokratischer Willensbildung, sondern als von oben geführte Einheit. In dieser Albtraumwelt ist Vielfalt Schwäche, Kompromiss Verzagtheit, Widerspruch Verrat, die Berufung auf das Volk die geistige Leitidee einer politisch umfassenden Diktatur. Das Volk bin ich: Das ist Hindenburgs Welt.

Wenn lange später, nach 1945, das Grundgesetz den Primat der Politik über das Militär festschreibt, so ist das auch eine Lehre aus jener Zeit, in der deutsche Generäle das exakte Gegenteil betrieben und immer neue Katastrophen über das Land brachten. Von Hindenburgs Berufung an verlagert sich die wahre Machtzentrale im Kaiserreich mehr und mehr hin zur Obersten Heeresleitung. Das Reich verwandelt sich in der zweiten Kriegshälfte nicht de jure, aber de facto in eine halbe Militärtyrannie. An sich ist ja der Kaiser der «Oberste Kriegsherr» und der Kanzler Kopf der Regierung; aber Wilhelm II. erweist sich erwartungsgemäss als Wachs in den Händen Ludendorffs und Hindenburgs, und sie betreiben unverhohlenen Politik gegen Bethmann Hollweg: Sie

verlangen den unbeschränkten U-Boot-Krieg, er fürchtet sehr zu Recht die Konsequenzen, nämlich den Kriegseintritt der USA; sie boykottieren jeden Versuch eines Verständigungsfriedens, den er unternimmt; ihre Kriegsziele sind brutal, imperialistisch, sie wollen so viel Land und Macht gewinnen, wie irgend möglich, er mochte Zugewinne, soweit realistisch möglich. Er wird der Verlierer sein und das Land mit ihm.

Mehr und mehr wird das Kaiserreich zum Opfer des eigenen Militärkultes, den es betrieben hat, indem es Träger der Uniform zum eigentlichen Wächter deutscher Werte und des Vaterlandes stilisierte. Auch deshalb geniessen die Sieger von Tannenberg in konservativen Kreisen der Bevölkerung ungeheure Popularität, vergrössert noch um die Gewohnheit fast aller Heerführer, für Erfolge den eigenen Genius, für Misserfolge aber grundsätzlich die Politik, die Regierung, die Parteien verantwortlich zu machen, die der Generalität aus taktischen und niedereren Motiven immer wieder in den Arm fallen.

Wenn Bethmann Hollweg dagegen den Sozialdemokraten die Hand hinstreckt, ist das durchaus ehrlich gemeint, das haben sie schon lange vor 1914 gespürt. Es ist allerdings eine Annäherung zu seinen Konditionen. Bethmann Hollweg ist in der Tat das kleinere Übel, aber ein Übel dennoch. Er müsste es jedenfalls sein nach den Massstäben, mit denen die SPD vor 1914 das wilhelminische System und deren Aussenpolitik gemessen hat. Bethmann Hollweg macht Politik mit einem eigentümlichen Widerspruch, über den er schliesslich fallen wird, wie sein Staatssekretär Wilhelm Solf treffend sagt: «Man kann nicht mit der einen Hand den Olivenzweig halten und mit der anderen die Pistole abknallen.»

Doch einen besseren Gesprächspartner als den Reichskanzler werden die Sozialdemokraten nicht finden. Im März 1916 wagt Bethmann Hollweg im Grossen Hauptquartier von Charlesville eine massive Konfrontation mit der Obersten Heeresleitung und verweigert sich deren Forderung nach dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg; ausser sich vor Zorn tritt der alte Scharfmacher Alfred von Tirpitz als Marineminister zurück. Die Sozialdemokraten jubeln.

Und so werfen sich die Ebert-SPD und die Haase-SAG gegenseitig

einen folgenreichen Wirklichkeitsverlust vor. Die Mehrheit fragt sich, was Haase denn eigentlich erreichen will ohne Partner in der Regierung, ohne Macht, ohne konkrete Politikalternative. Haase wiederum sieht in Bethmann Hollweg weiterhin den Gegner, keinen Partner. Ein Mann, der Annexionen will, kann aus seiner Sicht kein Verbündeter sein, nur weil er den Sieg an Land erringen will statt auf See. 1916 sagt Haase im Reichstag, was für ihn immer eine Selbstverständlichkeit war und bleiben wird: «Wer ein menschliches Gefühl hat, wünscht, aus diesem grauensvollen Gemetzel herauszukommen.... Ein Stück Land, welches auch immer es sei, kann unmöglich auch nur die blutigen Opfer eines einzigen Tages aufwiegen.» Es klatscht nur die kleine Schar seiner Mitstreiter von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.

Feindliche Brüder: Friedrich Ebert und Hugo Haase

«Der letzte Monat gehört zu den traurigsten, die ich kenne, da kein Tag Erhebendes, ein jeder nur Niederdrückendes und Quälendes brachte, und ich habe nicht die Leichtigkeit gefunden, die aufreißenden Gedanken zu zerstreuen.» So schreibt Haase am 2. November 1916 seiner Frau Thea. Der Bruch mit der SPD geht tief, über solche Abgründe führt keine Brücke mehr, Haase klagt über «die Bübereien und Schurkereien des Parteivorstandes, dem jedes Mittel der Gewalt und der Lüge recht ist, um seine rohe und der Verachtung verfallene Politik zu stützen». So haben, nur wenige Jahre zuvor, Sozialdemokraten über Alldeutsche oder ostelbische Junker gesprochen. Jetzt ist der Genosse des Genossen schlimmster Feind.

Und des Genossen Haases schlimmster Feind ist nun Friedrich Ebert. Und umgekehrt. Sie haben gemeinsam die SPD geführt, jetzt führen sie jeder eine Partei, die sich als einzig wahre Sozialdemokratie versteht: Ebert die grosse Mehrheitssozialdemokratie (bald MSPD genannt), Haase erst die Abspaltung SAG und schon bald die Unabhängigen der USPD.

Ebert, breit und korpulent, ist der robustere von beiden, durchsetzungsfähig, eine starke Persönlichkeit; selbst Weggefährten bezeichnen ihn als «dickfellig» und oft verschlossen. Das bürgerliche *Berliner Tageblatt* bescheinigt ihm im November 1918 «ungewöhnliche Kräfte

und Fähigkeiten», er sei «eine Persönlichkeit von schärfster Prägung. Der kleine Mann mit dem schwarzen vollen Haupthaar, dem Schnurrbart und Kinnbart von der gleichen Farbe hat viel Temperament, das aber durch Selbstzucht in Schranken gehalten wird.»

Von 1914 an lebt er mit persönlichen Angriffen, auch solchen der übelsten Natur, und doch scheint alles an ihm abzurallen; erst im Alter, nach einem schweren, erschöpfenden Leben, wird ihn die atemlose, bösartige Hetze der Rechten zermürbt haben. Seine Tochter Sophie berichtet, es sei «seine Natur, Schmerzen jeder Art vor der Außenwelt und der Familie zu verbergen». Vermittelt habe er den Kindern aber «einen klaren Bürgersinn». Was in ihm vorgeht, ist ein Jahrhundert später auch deswegen oftmals schwer zu entschlüsseln, da der Grossteil seiner persönlichen Briefe und Dokumente in den Bombennächten des Zweiten Weltkrieges verbrennt.

Friedrich Ebert ist ein scharfer Analytiker, ein durchsetzungsfähiger Parteipolitiker und mit weit klingender Stimme auch kein schlechter Redner. Was aber seinen Weggefährten noch vor allem einfallen wird, wenn sie an Ebert denken, ist das Pflichtbewusstsein. Er verlangt Disziplin von anderen, auch seinen Kindern, vor allem aber von sich selbst, «bei allen Freiheiten», hiess es im Hause, doch stets «Disziplin üben», wie sich sein Sohn Karl später erinnern wird: «Wie war es doch noch? Pünktlich zu Tisch, geordnetes und geregeltes Leben, absolutes Einhalten der höheren Orts aufgestellten Hausordnung.» Eberts eigene Hausordnung lautet Pflichtbewusstsein, er ist ein Verantwortungsethiker der deutschen Demokratie. Verantwortung – oder das, was er als solche betrachtet – steht in seinem Handeln fast immer höher als Gesinnung; doch gerade diese Prinzipientreue, die mit den Angriffen gegen ihn nur noch zu wachsen scheint, erweist sich dort als Schwäche, wenn sie zur Starrheit wird; dann ist Friedrich Ebert nicht der Mann, der flexible Antworten sucht. Unter der Wucht der Attacken gegen ihn verhärtet er zusätzlich. Seine emotionale Bindung zur Partei, erst recht zu ihrer Basis, den «Massen», ist weit geringer als jene Hugo Haases. Im kleinen Kreis kann er warm und freundlich sein.

Haase erscheint auf den ersten Blick weniger raumgreifend als Ebert. *Die Weltbühne* schildert Hugo Haase 1919 so: «Ein kleiner, un-

scheinbarer Mensch. Einer, der scheu und gedrückt war. ... Ein schmaler, lässig herabhängender Schnurrbart. Kleine flüchtige graue Augen, die müde Lider bis zur Hälfte beschatteten. Einer, der, mit gebeugtem Rücken, nach einer harten Jugend und sehr viel Arbeit aussah.» Dies ist der erste Eindruck, der flüchtige. Wer genau hinschaut, erblickt einen Mann, der sich nicht beugt. Dessen Augen angesichts der Vielzahl seiner Feinde und Kämpfe müde wirken mögen, aber einen Willen aus Edelstahl durchschimmern lassen. Er hat nicht die beste Rednerstimme, aber seine Reden vermögen Tausende zu fesseln, sein Kapital sind Glaubwürdigkeit und Gerechtigkeitssinn. Und er ist die gewinnendere, charismatischere Persönlichkeit als Ebert. Ernst Haase, der Sohn, rühmt «eine heitere Grundstimmung» und «freudige Lebensbejahung» seines Vaters: «Sein sonniges Gemüt liess Unzuträglichkeiten des Lebens spielend überwinden, aus jeder Situation holte er mit bezwingender Liebenswürdigkeit das Freundlichste heraus, und mit der Fröhlichkeit des Herzes, die ihm gegeben war, nahm er selbst Widerstrebende gefangen.» Nein, *Die Weltbühne* irrt, wenn sie sagt: «ein kleiner, unscheinbarer Mensch». Hugo Haase ist klein an Wuchs, aber ein grosser Mann.

In den Biografien Eberts und Haases gibt es manche Berührungspunkte, dann wieder erhebliche Unterschiede, in ihnen spiegeln sich aber typische Werdegänge aus der Ära des sozialdemokratischen Aufstiegs wider – mit allen ihren Widersprüchen.

Beide haben eine nicht unähnliche Herkunft aus kleinen Verhältnissen. Haase wird 1863 als Sohn eines verarmten jüdischen Schusters im Kleinstädtchen Allenstein geboren, im tiefsten Ostpreußen, dem Land der Junker; wenige Kilometer östlich beginnt bereits das Reich des russischen Zaren. Im Schatten der mächtigen Backsteinkirche ducken sich wenig ansehnliche, kleine Häuser, in den Strassen liegt Schlamm und der Dreck der Tiere, welche die Landleute hier durchtreiben. Über Haases Kindheit ist sehr wenig bekannt, aber die Welt, in der er aufwächst, ist eine der Armut und der Ausgrenzung, obwohl die Juden nun offiziell gleichberechtigt sind. Mit den Jahren allerdings erarbeitet der Vater als fahrender Händler ein gutes Einkommen und bringt es zum Brauer, das ermöglicht dem Sohn den Besuch einer weiterführenden Schule.

Friedrich Ebert, geboren 1871, wächst in einem Arme-Leute-Vier-

tel der Heidelberger Altstadt auf. Zwischen Heiliggeistkirche und Neckar haust er mit seinen Eltern und acht Geschwistern, von denen drei früh sterben, in einer Dreizimmerwohnung. Der Vater Karl ist Schneider und beschäftigt in denselben Räumen noch Gesellen. Verglichen mit Allenstein, wo die Zeit stehen geblieben zu sein scheint, ist die Universitätsstadt Heidelberg frohsinnig und bürgerlich; gemeinsam haben beide Orte nur, dass die Arbeiterschicht dünn und die Sozialdemokratie schwach vertreten ist.

Hugo Haase besucht das Gymnasium in Rastenburg, über das ein Schriftsteller sagte: «Unberühmter als Rastenburg kann bei bestem Willen kein Städtchen sein.» Der Junge zeigt sich früh als kritischer, dem Obrigkeitsstaat wenig gewogener Kopf, über den Geschichtsunterricht spottet er: «Eine Aneinanderreihung von Schlachten. Von den staatlichen oder gesellschaftlichen Einrichtungen der Gegenwart erfährt der Primaner nichts.» Ebert erfährt keine höhere Bildung und schliesst die Volksschule nur mittelmässig ab, später wird er Bildung vermissen: «Es ist für den Lebensweg in hohem Masse das entscheidend, was einem die Schule gegeben und vor allem das, was man von ihr mitgenommen hat.» Er absolviert eine Sattlerlehre und geht als Geselle auf Wanderschaft.

Und beide geraten durch die Umstände einer nicht leichten Jugend früh in Berührung mit der organisierten Arbeiterbewegung, die sie unwiderstehlich anzieht. Die Sozialdemokratie wird zur eigentlichen Heimat und Bestimmung der jungen Genossen Haase und Ebert. Es ist in den späten 1880er-Jahren, die Heldenzeit der SPD, die unter der Knute von Bismarcks Sozialistengesetzen ächzt und sich doch nicht beugen oder brechen lässt, im Gegenteil.

Haase studiert Recht in Königsberg, der Hauptstadt Ostpreußens, und legt sich dank seines ausgeprägten Gerechtigkeitsgefühls als Mitglied einer Reformgruppe bald mit den schlagenden, nationalistisch gesonnenen Burschenschaften an, deren Arroganz ihn anwidert; sie wären besser beraten, schleudert er ihnen auf Versammlungen furchtlos entgegen, «mit den Waffen des Geistes edlere Streitgänge ausfechten zu können als in der Gladiatoren-Dressur». Als Referendar tritt er in die SPD ein.

Ebert erlebt die Jahre der Verbote und der Erfolge noch als Heranwachsender. Als er 19 Jahre alt ist, werden die Sozialistengesetze aufgehoben; ihren Zweck haben sie gründlich verfehlt. Er wird sein Leben

lang grossen Wert darauflegen, dass er noch in der Zeit ihrer Geltung, 1889, in die Partei eingetreten ist – das lässt ihn zur Garde der Veteranen gehören, die der Gewalt des deutschen Staates die Stirn geboten haben. Er ist Sozialdemokrat mit ganzem Herzen, lernt Zuhörer zu fesseln, baut Gewerkschaftsvereine mit auf, streikt erfolgreich in Kassel, dabei, so sein Biograf Werner Mühlhäuser, «erlebte er die Kraft der Solidarität, spürte aber andererseits am eigenen Leibe die beruflichen Nachteile eines unermüdlichen Werbens für die sozialistische Idee».

Haase tritt vier Jahre vor Ebert in die SPD ein. Er erlebt die Verfolgung noch länger und direkter als Ebert. 1884 verbietet die Polizei die Teilnahme am Begräbnis des Königsberger Sozialistenführers August Godau, der erst 34-jährig an der Schwindsucht gestorben ist, dennoch kommen Tausende Arbeiter. Gendarmen bewachen den Friedhof mit aufgepflanztem Bajonett und reissen den Trauernden Kränze und Trauerflor fort, manche Beamte trampeln höhnisch darauf herum. In Ostpreußen studiert Haase die kaiserliche Klassengesellschaft, den Obrigkeitsstaat und seine Machtinstrumente. Und er lehnt ihn so leidenschaftlich ab, dass er den Kampf gegen das Unrecht schliesslich zum Beruf macht. 1889 eröffnet er in Königsberg ein Anwaltsbüro, spezialisiert auf Fälle politischer Justiz. Unter seinen Mandanten, die er teils honorarfrei vertritt, sind spätere Grössen der SPD wie Otto Braun und Gustav Noske, aber auch viele arme und mittellose Arbeiter. Sein Weggefährte Arthur Crispian wird 1919 über ihn sagen: «Oft genug forderte uns dort oben im rauhen Osten die Klassenjustiz vor ihre Schranken. Stets war Hugo Haase in selbstloser und aufopfernder Weise unser Beistand.» Und «wieviel Mut und Zuversicht brachte er in die dunklen Gefängniszellen, wieviel Trost und Hoffnung gab er bangenden Frauen und zagenden Kindern».

Ebert bekämpft das System auf andere Weise und in einem anderen Umfeld, nämlich in der stark proletarisch geprägten Hafenstadt Bremen. Er ist ein guter Schreiber, die sozialdemokratische *Bürger-Zeitung* stellt ihn 1893 als Lokalredakteur ein, er verdient somit bereits mehr als sein Vater. Wahrscheinlich aus finanziellen Gründen sattelt er eine Weile um und wird Gastwirt der «Restauration und Bierhalle», die bald zum Arbeitertreffpunkt wird – derlei Kneipen und Wirtshäuser, in bürgerlichen Kreisen eher naserümpfend betrachtet, sind in der

Parallelgesellschaft der deutschen Arbeiterbewegung wichtige Informationsquellen und Versammlungsorte, noch dazu von der politischen Polizei nicht leicht zu überwachen.

Und dann steigen beide aufgrund ihrer grossen Talente rasch auf in der Partei, die wachsende Sozialdemokratie braucht Köpfe wie Ebert und Haase: Engagiert bis an den Rand des Nimmermüden, analytisch denkend, praxisgestählt, gute Organisatoren. Ebert zieht mit Familie 1905 von Bremen nach Berlin und tritt eine Stelle im SPD-Vorstand an, was seine Karriere noch beschleunigen wird. Als er 1912 erstmals in den Reichstag gewählt wird, ist er in der Sozialdemokratie schon ein prominenter und einflussreicher Mann, der die Parteiorganisation ausgebaut hat. Zu einflussreich aus Sicht vieler Linker, wie die sozialistische Frauenrechtlerin Clara Zetkin kritisch bemerkt: Ebert und dessen Weggefährte Hermann Müller hätten zu viele Kompetenzen an sich gerissen.

Haase muss, ganz im Gegensatz zu Ebert, in der unruhigen Zeit vor Bebels Tod von den Freunden gedrängt, geradezu angefleht werden, Verantwortung in der Parteiführung zu übernehmen. Er will in Königsberg bleiben, ist aber als Anwalt der Armen und Verfolgten eine Berühmtheit in der SPD. Der Parteiphilosoph Karl Kautsky schreibt ihm: «Es ist höchste Zeit, dass endlich wieder einmal eine starke Intelligenz und eine tatkräftige Persönlichkeit in den Parteivorstand kommt.» 1911 wählt ihn der SPD-Parteitag von Jena neben Bebel zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei. Ebert, der auch antritt, hat das Nachsehen. Haase hat manche Erfolge bei dem Versuch, die Parteiflügel miteinander zu versöhnen, obwohl er eher ein Mann der Linken ist. Dann, im August 1913, stirbt August Bebel, der grosse alte Mann der deutschen Sozialdemokratie. Als Kovorsitzender neben Haase wird nun Ebert gewählt, und er wird es sein, der sich ein Jahr später im Streit um die Kriegskredite gegen Haase durchsetzt; mit der bitteren Pointe, dass Haase die gegen seinen Willen getroffene Entscheidung für den Burgfrieden auch noch im Reichstag zu verkünden hat.

Die Taten des einen sind fortan ohne die des anderen schwer zu verstehen, sie hängen voneinander ab, selbst dann, als sie sich längst bitter hassen. Ihr grosses Streitthema bleibt der Krieg und die Rolle der deutschen Sozialdemokratie darin. Jeder glaubt für sich, der Retter und

Bewahrer einer Sache zu sein, die einst eine gemeinsame war, doch aus dem persönlichen Zerwürfnis zwischen ihnen wird ein Bruch, der schliesslich quer durch die Partei und die Bewegung gehen und niemals mehr zu kitten sein wird.

Ebert verfügt dabei über die stärkeren Bataillone. Er hat die klare Mehrheit der Partei hinter sich, Hugo Haase aber den stärkeren Glauben, die klareren Prinzipien. Ebert hält Prinzipien, die sich nicht dem Realitätstest stellen, für gefährlich, Haase lehnt Kompromisse ab, die um begrenzter Erfolge willen zu stark von den Prinzipien abweichen. Haase ist furchtloser, Ebert geschickter, vor allem in der Politik hinter den Kulissen, in der Partei, mit den Behörden. Haase wird der Macht misstrauen und auf die Gemeinschaft der Überzeugten setzen; Ebert misstraut den Emotionen eben dieser Gemeinschaft und versammelt Macht, um sich und das Land notfalls davor zu schützen. In der direkten Konfrontation ist er Haase überlegen, bei den Debatten über die Kriegskredite und deren Verlängerung und später für die kurze Zeit der gemeinsamen Regierung nach der Revolution. Doch diese Siege sind teuer erkauft, einer wie der andere, denn aus jeder Niederlage wachsen Haase und der Linken neue Anhänger zu, enttäuschte Sozialdemokraten, die einen Führer mit Prinzipientreue suchen.

Beide sind in der persönlichen Lebensführung eher bescheiden; Ebert wirkt bürgerlicher, einer, der es aus kargen Anfängen zu begrenztem Wohlstand gebracht hat; mit seiner Frau Louise hat er fünf Kinder, gern geht die Familie in die Fotostudios und lässt Bilder schiessen, der Vater mit Krawatte über den Häuptionern seiner Lieben thronend.

Wie Millionen Familien in allen beteiligten Staaten sind die Eberts wie die Haases in furchtbarer Sorge um das Schicksal ihrer Söhne an den Fronten. Im April 1918 schreibt Hugo Haase an seinen Sohn Ernst: «Meine Gedanken sind jetzt andauernd bei Dir. Ich erlebe mit Dir alle Schrecken und Grauen, alle Abscheu und alle Nöte, die Dich erfüllen. Wie sehne ich den Tag herbei, an dem Du wieder bei uns wirst sein können nicht als Höhlenbewohner[^] umgeben von Schmutz, Ungeziefer und Gefahren, sondern in freundlicher, liebevoller Umgebung als Kulturmensch!» Ernst wird den Krieg überleben.

Ebert hat gewiss Ähnliches geschrieben an und über seine Söhne.

Gleich drei junge Eberts sind eingezogen, halbe Kinder noch, wie Fotos zeigen, etwa von Georg, der kaum in seine Uniform passt und ein Gewehr in der Hand hält, das viel zu gross erscheint. Am 5. Mai 1917 fällt er bei Laon, nur drei Monate zuvor hat ein Granatsplitter in Mazedonien den älteren Bruder Heinrich tödlich verletzt. Was der Tod der Söhne für Friedrich Ebert bedeutet, wird man nie genau ermessen können, da wenige Äusserungen dazu erhalten sind. Im November 1918, als Reichskanzler Max von Baden «das Schicksal des Deutschen Reichs» in Eberts Hände legt, antwortet er: «Ich habe zwei Söhne für dieses Reich verloren.» Ihr Tod, so scheint es, wird von ihm als Auftrag verstanden, dieses Reich aus der Not zu retten.

Nach Heinrichs Tod schreibt er in einem Brief an seine Schwägerin Philippine: «Der Tag trifft uns sehr schwer. Wir müssen uns trösten mit den vielen anderen, die ihr Liebstes verloren.» Ebert könnte, was in solchen Fällen eine Möglichkeit wäre, versuchen, seinen Ältesten, Friedrich, von der Front in die Etappe versetzen zu lassen, doch er tut es nicht, er will keine Privilegien, und der Sohn lehnt ohnehin ab. Die persönliche Tragödie Eberts umdüstert sein Gemüt, das ohnehin leidet unter den enormen Anspannungen, welchen der Parteiführer ausgesetzt ist.

Beide führen ein Leben unter ständigen Anfeindungen durch die politische Rechte, seit Haases Nein zur Verlängerung der Kriegskredite aber auch durch den jeweils anderen. Haase fühlt sich verfolgt von Angriffen, die Ebert steuere; der wiederum wird weniger von Haase direkt, wohl aber von dessen Freunden als Knecht und «Schleppenträger» des Kapitalismus und Verräter persönlich so wüst beschimpft, dass er eine «Schlammflut» beklagt, die sich über ihn ergösse. Die wechselseitigen Verletzungen sind tief, sie verursachen Zorn, Vorurteil, Misstrauen, und all das wird die deutsche Revolution nur andert-halb Jahre später aufs Schwerste belasten. Richtige Freunde sind die beiden Männer niemals gewesen. Und nun, im April 1917, zerschneidet Hugo Haase das Tischtuch für immer.

Viele hassen ihn. Aber Haase hasst nicht zurück, er hofft. Auf die Vernunft, den Fortschritt, die Einsicht. Hugo Haase ist ein sehr rationaler Mann, er denkt vernünftiger, kühler, tiefer als die Staatsanwälte, Richter, die rechtsradikalen Reichstagsabgeordneten und auch die

blauäugigen Spartakisten, mit denen er verbal die Klängen kreuzte; das macht seinen Erfolg als Anwalt vermeintlich hoffnungsloser Fälle aus und zugleich sein Scheitern als Politiker. Haase, ein Meister des Rationalen, begreift die Abgründe des Irrationalismus nicht. Er ist nicht Lenin, der seine Soldaten anfeuert, nicht mit Patronen zu sparen, weil der Zweck die Mittel heilige und das Opfer der Unschuldigen, die zwischen die Linien geraten, die höhere Sache wert sei. Hugo Haase will gar nicht erst zum Gewehr greifen, geschweige denn Patronen verschossen.

«Da lehnen sie, die weichen Besen»: Entscheidung in Gotha

Das Volkshaus zum Mohren in Gotha ist eine typische Eckwirtschaft für politisch engagierte Arbeiter, mit Kegelbahn und Versammlungssaal unter einem mächtigen Ziegeldach, und von jeher ein Treffpunkt der Parteilinken. Es gehört einem der SPD-Mitbegründer, Wilhelm Bock, der es genau dazu gemacht hat: «Nun hatten Partei und Gewerkschaften ihr eigenes Heim, sie konnten nebeneinander tagen. Die Gründung des Volkshauses förderte die Bewegung mächtig.» Für einen Sozialdemokraten verfügt Bock über beruhigende finanzielle Mittel, er kauft 1907 einem Brauer das «repräsentable Gebäude mit grossem Garten inmitten der Stadt für 140'000 Mark mit Einschluss des Wirtschaftsgerätes» ab und richtet darin eine Druckerei und ein Gewerkschaftszentrum ein.

Die Männer, die nur zehn Jahre später im Volkshaus Zusammen treffen, sind Dissidenten, Ausgestossene, ausgetrieben und fortgejagt von der SPD. Dabei haben sie, wie sie es sehen, nur auf deren Prinzipien beharrt, sind nur bei dem geblieben, was die Sozialdemokratie stets verkündet hat: Frieden, Solidarität, Klassenkampf. Das stellvertretende Generalkommando in Kassel hat ihnen strengste Auflagen gemacht, für die Veranstaltung darf nicht geworben werden. Hugo Haase, der treibende Geist der Versammlung, ruft in den Saal: «Die alte Partei ist moralisch völlig zusammengebrochen! In der Geschichte aller sozialistischen Parteien ist nie ein solches Debakel erlebt worden, als es sich in der sogenannten Mehrheit vollzog!» Zwischenrufe: «Sehr richtig!» Es gelte nun, «die Partei von der ihr angetanen

Schmach zu reinigen und das unbefleckte Banner des Sozialismus dort wieder aufzupflanzen!».

Gotha, das ist historischer Boden, hier haben sich 1875 die beiden Hauptströmungen der Arbeiterbewegungen zusammengetan, die «Eisenacher» und die «Lassalleaner», die Linken und die Rechten, damals schon. Nun wollen 143 Teilnehmer «die Partei zu neuem Leben erwecken», Vorsitzende der Konferenz sind Bock und Wilhelm Dittmann. Hugo Haase spricht über den Zustand der SPD, deren Vorsitzender er bis vor Kurzem gewesen ist. Mit den «Regierungssozialisten» aber sei kein Sozialismus mehr zu machen und auch kein Frieden: «Eine Reihe von Mehrheitsführern (habe) sich seit Jahr und Tag über das ‚Friedensgeflenne‘ lustig gemacht.» Und die Gewerkschaften? Diese würden «von einer engherzigen Bureaukratie beherrscht, die nach kleinen Vorteilen hasche und eine Rechnung mit Pfennigen führe».

So einig sich die Delegierten in der Verdammung der SPD-Führung sind, an der sie kein gutes Haar lassen: Schon in Gotha zeigt sich eine Teilung, an der die neue Partei nur wenige Jahre später wieder auseinanderbrechen wird. Die linke Abspaltung von der MSPD trägt in sich den schon stark entwickelten Keim einer eigenen, noch linkeren und radikaleren Opposition: der Spartakisten.

Es beginnt mit dem jungen, wilden Genossen Fritz Rück aus Stuttgart, der, so kritisch der Publizist Eugen Prager, «das Hauptgewicht nicht auf das (legte), was die Gruppen der Opposition einte, sondern was sie voneinander schied». Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, ruft Rück, «schätze den Parlamentarismus zu hoch ein. Sie müsse im Reichstag revolutionär auftreten.» Auftritt Rosi Wolfstein aus Duisburg, eine der wenigen Frauen im Saal und eine mitreissende, der Polizei als «Agitatorin» bekannte Rednerin; sie teilt der Versammlung mit, «dass sie zur Arbeitsgemeinschaft nur geringes Vertrauen habe». Genossin Rosi Duncker aus Berlin behauptet, es gebe keinen wesentlichen Unterschied zwischen der SAG und den Mehrheitssozialisten. Die Linken werden ausgelacht, revanchieren sich aber mit wilden Beschimpfungen der anderen Redner, vor allem Haases. Er suche «nur einen Vorwand, um den Mangel an einer wirklich aktiven proletarischen Politik zu verdecken. Es soll so aussehen, als ob man etwas täte!»

Es sind die Anhänger von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg,

bekannt als «Gruppe Internationale», inzwischen nennen sie sich Spartakusbund, nach dem legendären Sklavenführer, der im Kampf für die Freiheit Roms Macht erschütterte. Ihren Delegierten ist das alles zu mau, sie wollen Revolution, Aktion, Massenstreik, ohne recht zu wissen, wie. Aber die Partei, die hier in Gotha entsteht, soll das «schützende Dach» sein, das vor dem Zugriff der Polizei- und Militärbehörden bewahrt, die USPD ist nicht illegal, der Spartakusbund aber sehr wohl.

Bald erscheint es den meisten Versammelten, dass die Spartakusgruppe Zusammenarbeit «nur in dem Sinne ausgelegt wissen wolle, dass die Mehrheit der Minderheit in allen entscheidenden Punkten Gefolgschaft leiste». Massenstreiks hält Haase für aussichtslos. Vergeblich warnt Kurt Eisner aus Bayern: «Das Programm der Internationale dient nur dazu, die Arbeiter nur noch mehr zu zersplittern.» Es sind prophetische Worte.

Am 8. April 1917 wird nun in Gotha, für manche Teilnehmer überraschend, eine ganz neue Partei aus der Wiege gehoben, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die USPD. Zu Vorsitzenden werden Haase und Georg Ledebour gewählt. Ledebour ist bereits 67 Jahre alt, bekannt als konsequenter Antimilitarist und SPD-Linker, ein flammender Redner mit einem kräftigen Zug ins Eifernde, selten zum Scherz und noch weniger zum gütlichen Ausgleich aufgelegt; ein Mann, der sogar Hugo Haase an die Grenzen der Geduld und darüber hinaus zu treiben versteht. *Die Weltbühne* wird es 1925 recht treffend formulieren, als sie Ledebour zum 75. Geburtstag ein Gedicht widmet:

*Da lehnen sie, die weichen Besen.
So fegt man nicht. Du stehst allein.
Du bist ein Sozialist gewesen.
Und das hiess einst: ein Kämpfer sein.*

So ist nun, an Ostern 1917, die Spaltung der Arbeiterbewegung vollzogen. Neunzig Jahre später wird ein von allen guten Geistern verlassener Gothaer Stadtrat das schöne alte Wirtshaus, in dem der Sozialismus mit menschlichem Antlitz neu erfunden werden sollte, abreißen lassen. Aber das ist eine andere Geschichte. In den Industrievierteln findet die USPD 1917 viele Mitglieder, zu Jahresende sind es bereits

gut 100'000. Der Bruch weckt auf beiden Seiten Zorn, ja, Hass, und das Gefühl, vom jeweils anderen verraten zu sein.

Und der Krieg geht weiter. Rumänien schliesst sich den Alliierten an und wird von den Mittelmächten besetzt, ein Erfolg, aber keiner von entscheidender Bedeutung. Allein 1916 verliert das Deutsche Reich mehr als 1,2 Millionen Soldaten, und es ist so weit vom Frieden und vom Sieg entfernt wie zweieinhalb Jahre zuvor. Die deutschen Demokraten, allen voran die SPD, aber sind, wie Rosenberg zutreffend schreiben wird, «Gefangene des Burgfriedens». Millionen sind elend umgekommen, im Schlamm verreckt vor Verdun, mit ihren Schiffen explodiert wie bei der Seeschlacht am Skagerrak, in irgendeinem ratenverseuchten Graben blutspeckend erstickt an Giftgas. Die Mehrheit von ihnen sind jene Söhne des Proletariats, dem die Vorkriegs-SPD ebendies um jeden Preis hat ersparen wollen. Aber für die SPD hat sich nichts geändert, sie steckt fest, gebunden wie in einer politischen Zwangsjacke. Alles, was 1914 gegen die Ablehnung der Kriegskredite sprach, spricht 1916 noch immer dagegen, sogar noch entschiedener als zuvor. Jedes Aufbegehren gegen den Krieg würde sie erneut als vaterlandslose Gesellen, ja als fünfte Kolonne des Feindes dastehen lassen – was 1918 ja auch eintreten wird. Die Internationale des Sozialismus ist lange vergessen, es gibt keine erreichbaren Verbündeten; das Kriegsrecht verhindert jeden zivilen Widerstand, der Aussicht auf Erfolg hätte. Doch die Zahl der Sozialdemokraten, die es nicht länger mit ansehen und nicht länger tragen wollen, wird grösser.

Am 1. Februar 1917 lässt die Oberste Heeresleitung zum nicht geringen Entsetzen der SPD den Krieg noch einmal eskalieren – und nimmt den unbeschränkten U-Boot-Krieg wieder auf. Der Sieg, der den deutschen Armeen an Land versagt bleibt, soll auf dem Meer erfochten werden, aber nicht durch die Flotte, die seit der Schlacht von Skagerrak in den Häfen vor sich hinmodert. Die U-Boote sind eine noch recht junge Waffe, ihre Bedeutung wird vor 1914 von allen Seemächten unterschätzt, nun erweist sie sich als ausserordentliche Gefahr. Seit der Versenkung des amerikanischen Passagierdampfers *Lusitania* durch ein deutsches U-Boot im Mai 1915, bei der fast 1'200 Menschen sterben, hat die Admiralität den U-Boot-Krieg eingeschränkt und im Wesentlichen entlang den Bestimmungen des See-

kriegsrechtes geführt – allerdings nur zähneknirschend, denn die Regierung will die USA nicht zum Kriegseintritt provozieren. Als die Deutschen Anfang 1916 von diesem Kurs abkommen und wieder die Handelsschiffahrt angreifen, sind die Drohungen aus Washington unmissverständlich, und der Reichskanzler zwingt die Marine zum Kuschen.

Das Militär will den unbeschränkten U-Boot-Krieg dennoch, bejubelt von den Nationalisten; es argumentiert wie 1914 beim Schlieffen-Plan, wie 1916 vor der Offensive gegen Verdun: Der eine, der ganz grosse Schlag, die letzte Kraffanstrengung werde dem Reich zum Sieg verhelfen, und dieser Schlag sei nun auf See zu führen. Militärisch ist das Hybris, strategisch undurchdacht und auf katastrophale Weise grössenwahnsinnig. Die deutsche Generalität, die sich doch so viel einbildet auf ihre Professionalität, geht vor wie ein berauschter Zocker beim Kartenspiel. Und Bethmann Hollweg, die grosse Hoffnung der Sozialdemokraten, setzt dem Militär diesmal zu wenig entgegen. Am 9. Januar 1917 fügt er sich beim Kriegsrat in Pless der OHL und stimmt der Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges zu.

Dabei haben sie ihn kurz zuvor gar noch als «Friedenskanzler» gerühmt. Aus dieser «Position der Stärke» heraus, die sich aus den Erfolgen im Osten und den gescheiterten Gegenoffensiven der Entente in Frankreich ergibt, lässt Bethmann Hollweg über die neutralen Amerikaner erkunden, unter welchen Umständen die Kriegsgegner über einen Frieden verhandeln würden. US-Präsident Woodrow Wilson hat sich mehrfach für eine neue Friedensordnung eingesetzt, für einen Völkerbund, ein Parlament der Nationen, in dem sie ihre Differenzen friedlich regeln. Theobald von Bethmann Hollweg verkündet vor dem Hauptausschuss des Reichstages sogar: «Deutschland ist jederzeit bereit einem Völkerbund beizutreten, ja, sich an die Spitze eines Völkerbundes zu stellen, der Friedensstörer im Zaume hält.»

Kühne Worte. Doch nun tritt genau das ein, was Hugo Haase befürchtet hat. Der kriegsbegeisterte Teil der Öffentlichkeit, die Oberste Heeresleitung, der Kaiser und schliesslich auch Bethmann Hollwegs Regierung überreizen ihr Blatt; die Forderungen der Mittelmächte sind masslos, sie bieten für ungeschlagene Grossmächte wie Frankreich und das britische Empire keinerlei Anreiz, auch nur ernsthaft darüber

nachzudenken. Die Deutschen verlangen die Herrschaft über Belgien und die ostfranzösischen Industriegebiete. Das wäre kein Frieden, sondern Eroberung, kein Ausgleich, sondern ein Diktat; keine ausgestreckte Hand, sondern ein Faustschlag.

Und wie in einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung eröffnet das Deutsche Reich nun den unbeschränkten U-Boot-Krieg. Am 1. Februar 1917 lässt es seine Unterseeboote auf sämtliche Schiffe los, die sich in britischen Gewässern zeigen. Die Marine behauptet, sie könne monatlich 600'000 Bruttoregister Schiffsraum auf den Meeresgrund schicken, ganze Flotten. Bei dieser Menge würde die Versorgung der Britischen Inseln zusammenbrechen und mit ihr die alliierte Kriegführung. In einer verblüffenden Parallele zum Zweiten Weltkrieg hat dieser Plan eine Bruchstelle, an der er scheitern muss. Er wird die USA ins Lager der deutschen Kriegsgegner treiben, da nun auch ihre Schiffe zur Beute der U-Boote werden. Für das Potenzial, die militärische Schlagkraft, die Gefährlichkeit dieses neuen Gegners hat die deutsche Militärführung keinerlei Gespür, sie handelt mit atemberaubender Ignoranz und behauptet: Bis die Amerikaner kampfbereit seien, habe man den Krieg längst gewonnen.

Bis zum Jahresende versenken die U-Boote mehr als sieben Millionen Bruttoregister-tonnen Schiffsraum, fast so viel wie erwartet. Technische Gegenmittel wie Sonar oder Radar zum Aufspüren der Boote gibt es noch nicht, und erst spät lernen die Briten eine wirksame Abwehrstrategie, die Handelsschiffe nämlich im Konvoi laufen zu lassen, geschützt von zahlreichen Zerstörern. Im April 1917 ist es noch nicht so weit, und bestürzt äussert der Kommandeur der Royal Navy: «Die Deutschen werden gewinnen, wenn wir diesen Verlusten nicht ein Ende machen.» Aber so viele U-Boote besitzt das Reich gar nicht, und nun sind die Amerikaner im Krieg, allein wegen ihrer Schiffe wird es nicht gelingen, Grossbritannien vom Nachschub abzuschneiden. Die diplomatischen Folgen sind nicht weniger gravierend. Wilson hat seine Nation heraushalten wollen aus der Selbstzerstörung Europas und sich als Friedensmakler angeboten, diese Chance ist nun vorbei. Und bald entpuppen sich die tönenden Verheissungen, die U-Boote würden jede Flotte auf den Meeresgrund senken, die Amerika zur Rettung der En-

tente schicken werde, als der verantwortungslose Unsinn, der sie von Beginn an waren. Im Spätsommer 1918 werden schon eine Million US-Soldaten an der Westfront stehen.

Vorerst zwingt die Heeresleitung den Kaiser im Juli 1917, ihren Intimfeind Bethmann Hollweg endlich zu entlassen. Es wirkt, als würden ausgerechnet diese Männer Karl Marx' Prognose bestätigen, der geschrieben hat: «Mussten Kaserne und Biwak, Säbel und Muskete, Schnurrbart und Kommissrock nicht schliesslich auf den Einfall kommen, lieber ein für allemal die Gesellschaft zu retten, indem sie ihr eigenes Regime als das oberste ausrufen und die bürgerliche Gesellschaft ganz von der Sorge befreien, sich selbst zu regieren?»

Der nächste Versuch, einen Frieden anzubahnen, kommt erstmals aus dem Reichstag selbst: Die bislang rein rechnerische Mehrheit aus Liberalen, Katholiken und Mehrheitssozialdemokraten schliesst sich im «Interfraktionellen Ausschuss» zusammen und verabschiedet am 19. Juli 1917 eine Friedensresolution. Ihre entscheidenden Worte lauten: «Uns treibt nicht Eroberungssucht.» Die treibenden Männer sind Erzberger, Ebert, Scheidemann und der Linksliberale Friedrich von Payer. Im Hauptquartier tobt Ludendorff über diese Defaitisten in Berlin; und der neue Reichskanzler Georg Michaelis, ein Geschöpf der OHL, ignoriert die Resolution. Später einmal, in der Weimarer Nationalversammlung, wird Erzberger eine Brandrede gegen die Militärdespotie halten, zu der Deutschland 1917 immer mehr wird und welche die Friedensresolution torpediert: «Durch die Verblendung militärischer Machthaber ist ein günstiger Moment für die Herbeiführung des Friedens versäumt und verpasst worden.» Harry Graf Kessler wird über Erzbergers Enthüllungen schreiben, ihre Worte «brachten Tatsache auf Tatsache, schlossen sich zu Reihen und Bataillonen zusammen, fielen wie Kolbenschläge auf die Rechte, die ganz blass und in sich zusammengedrückt und immer kleiner und isolierter in ihrer Ecke sass. Der alte Nuschke, der in meiner Nähe stand, sah aus, als ob er einen Geist sehe. Ein Zentrumsabgeordneter rief mit unterdrückter Stimme, die wie ein Seufzer klang, in die lautlose Stille: ‚Und danach ist mein Bub gefallen!‘»

1917 wird nicht zum Epochenjahr, weil der Deutsche Reichstag den Frieden erzwungen hätte, sondern wegen der Umwälzung in Russland.

Die Februarrevolution stürzt erst die Zarenherrschaft, die provisorische Regierung Kerenski aber setzt den Krieg gegen die Mittelmächte fort. Um diese zu schwächen, verhilft die deutsche Militärführung dem kommunistischen Führer Lenin zur Heimkehr aus dem Exil; das Parlament in Sankt Petersburg steht nun gegen die sich ausbreitenden Räte der Bolschewiken, die in der Oktoberrevolution die Macht an sich reißen und sofort einen Waffenstillstand mit dem Kaiserreich schliessen. In Russland entsteht der erste sozialistische Staat der Geschichte, was der Linken im Deutschen Reich enormen Auftrieb gibt. Rosa Luxemburg schreibt aus der Festungshaft in Wronke bei Posen: «Die herrlichen Dinge in Russland wirken auf mich wie Lebenselixier. Das ist ja für uns alle eine Heilsbotschaft.»

Die Sozialdemokraten, sogar viele in der USPD, verfolgen den Aufstieg der russischen Bolschewisten anfangs mit einer Mischung aus Neugier und Skepsis. Da ist also eine rote Revolution, erstmals in der Geschichte. Aber sie sieht so ganz anders aus, als man sie sich im fernen Deutschland vorgestellt und in theoretischen Schriften beschworen hat. Was an Nachrichten nach Deutschland dringt, ist erschreckend. Bei den Wahlen im November 1917 haben die Bolschewisten unter Lenin einen schweren Rückschlag erlitten und nur knapp 25 Prozent der Stimmen erhalten. Sie wählen nun die Gewalt, Lenin fordert: «Vergesst Eure Gewehre nicht!» Am 19. Januar 1918 jagen ihre roten Garden die russische Nationalversammlung im Taurischen Palast von Petrograd auseinander. Revolutionsführer Lenin verkündet, dies bedeute «die vollständige Liquidation der Idee der Demokratie zugunsten der Diktatur»²⁷.

Es gibt 1918 in Deutschland nicht viele und noch weniger zuverlässige Informationsquellen über die Terrorherrschaft der Bolschewisten; aber was zu hören ist, muss erschreckend genug wirken für alle, die sich von einer siegreichen Revolution eine bessere Welt erhofften und nicht Exekutionskommandos und offenen Terror; nicht eine mordende Geheimpolizei und öffentliche Schwüre, andere Klassen auszulöschen, wie es der stellvertretende Leiter der Tscheka androht, des bolschewistischen Geheimdienstes in Russland, Martyn Iwanowitsch Lazis, in der Zeitschrift *Krasnyi terror* (*Der rote Terror*): «Wir führen nicht Krieg gegen einzelne. Wir vernichten die Bourgeoisie als Klasse.»²⁸

Lenin selbst verkündet nach dem Gewaltstreich gegen die Nationalversammlung: «Nur Schufte und Idioten können sich einbilden, dass das Proletariat erst die Majorität haben muss in Wahlen, die unter bürgerlichem Joch stattfindet.» Für die Mehrheitssozialdemokraten ist es nicht schwer, die Parallelen zu sehen. Lenins Bolschewik! haben die Menschewiki, die russischen gemässigten Sozialisten und die Sozialrevolutionäre mit Waffengewalt zur Seite geräumt; das wäre, auf deutsche Verhältnisse übertragen, als ob Karl Liebknecht und der linke Flügel der USPD die grosse Mehrheit der deutschen Arbeiterbewegung unterdrücken würden. Faktisch ist das im Deutschen Reich zwar schwerer vorstellbar als im rückständigen, viel schwächer industrialisierten Russland, aber der Schock des 19. Januar geht tief in der SPD. Am 15. Februar schreibt Otto Braun einen flammenden Leitartikel im *Vorwärts*: «Es muss unzweideutig ausgesprochen werden, dass wir als Sozialdemokraten diese Gewaltmethoden der Bolschewik! aufs Schärfste verurteilen. Der Sozialismus kann nicht auf Bajonetten und Maschinengewehren errichtet werden. Soll er Dauer und Bestand haben, kann er nur auf demokratischem Wege verwirklicht werden», aber niemals «durch eine Säbelherrschaft, wie sie brutaler und rücksichtsloser unter dem Schandregiment des Zaren nicht bestand».

Der Bolschewismus ist fortan ein erklärter Feind, ein Feind, der einem an die Kehle will. Ein weiteres Motiv kommt hinzu, das Brauns Biograf Hagen Schulze so beschreiben wird: Durch einen auch nur ansatzweise vergleichbaren linksradikalen Umsturzversuch in Deutschland «hätte die Reaktion jeden Vorwand geliefert bekommen, um den von der Sozialdemokratie gewünschten und geförderten Versuch der demokratischen Umgestaltung des Staatswesens zu verhindern». In der SPD erzeugt dieser harsche Bruch zunächst erregte Debatten, aber nicht lange, da setzt sich Brauns Kurs eines scharfen Trennstrichs gegenüber dem «gewalttätigsten Putschismus» Leninscher Prägung immer mehr durch. Fortan gilt das sowjetische Modell als Muster ohne Wert, als Terrorherrschaft einer Minderheit, erklärbar nur durch die enorme wirtschaftliche und gesellschaftliche Rückständigkeit des früheren Zarenreichs. Aber die Angst bleibt. Und mit jeder schlechten Nachricht aus dem in Bürgerkrieg und Terror versinkenden Russland

wird sie grösser, und sie wird die künftige Politik der Mehrheitssozialdemokraten durchziehen, oftmals bis an den Rand der Obsession und darüber hinaus.

Die russischen Ereignisse lösen dennoch 1918 das erste grosse Aufbegehren der deutschen Arbeiterschaft aus, das von einer vage gefühlten Solidarität mit den fernen russischen Genossen und einem sehr konkreten Zorn über die brutale Machtpolitik der Heeresleitung getragen wird. Der angebliche Verteidigungskrieg gegen Russland endet in einem Friedensschluss mit dessen neuen Herrschern, den Sowjets. Und dieser Frieden ist so brutal, vom Sieger diktiert, vom radikalen Nationalismus bestimmt, dass die 1917 aufgekeimten Hoffnungen, man werde mit der Entente zu einer Verständigungslösung finden, wie ausgelöscht sind. Die Forderungen sind bereits im Januar bekannt, am 3. März unterzeichnet die Regierung Lenins den Vertrag von Brest-Litowsk, der weite Teile Ostmitteleuropas wie die Ukraine de facto zu deutschen Satelliten macht. Russland verliert das Baltikum, Polen, die Ukraine und Finnland sowie weite Gebiete im Süden, in die das deutsche Militär einrückt. Beide Arbeiterparteien im Reichstag sprechen sich dagegen aus, die MSPD enthält sich, nur die USPD votiert mit Nein. Wilhelm Dittmann nennt «Säbel und Soldatenstiefel das Symbol, unter dem deutscherseits die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk geführt wurden»²⁹. Und dagegen regt sich nun in den Fabriken Deutschlands grösserer Widerstand als je zuvor.

«1'500 Hände wie zum Schwur»: Die Januarstreiks 1918

In den Hennigsdorfer Rüstungsbetrieben erscheinen die Arbeiter am 28. Januar 1918 wie gewohnt zur Schicht. Es ist ein kalter, nebliger Tag. Die Firmenleitung hat eine merkwürdige Unruhe in der Belegschaft bemerkt, die sich aber nicht konkret fassen lässt. Kleine Grüppchen stehen im Werk zusammen und gehen bald wieder auseinander, eine geheime Botschaft wird mündlich von Halle zu Halle weitergesagt. An diesem Morgen scheint der Betrieb nicht recht in Gang zu kommen, in der Frühstückspause diskutieren die Arbeiter laut. Plötz-

lich ist eine Reihe von durchdringenden, vibrierenden Tönen zu hören: Männer schlagen mit Hämmern auf Metall. Das Signal ist da.

Einer der Obleute, Karl Retzlaw, geht nun in seinem Metallbetrieb von Tisch zu Tisch, er fordert die Arbeiter auf: Kommt mit, es gibt etwas Wichtiges zu sagen. Sie stellen einen Tisch in die grosse Werkhalle, Retzlaw steigt hinauf, er sieht auf ein Meer von Köpfen, gut tausend Männer und Frauen, die ihn ansehen, in einer merkwürdigen Mischung aus Neugier und Empörung, Resignation und jäher Hoffnung, die Resignation hinter sich zu lassen. Es ist laut, und Retzlaw schreit über die Köpfe hinweg: «Wir streiken nicht aus Kohlrübengründen, wir streiken, um den Krieg zu beenden!» Kohlrüben, das ist ein Schimpfwort für die Steckrüben, die im Kriegswinter 1917/18 für viele das einzig verfügbare Nahrungsmittel sind, sie haben Fleisch, Salat, selbst Kartoffeln ersetzt. Die britische Seeblockade wirkt sich aus. Die Leute klatschen Beifall, es wäre ein Heimspiel, sähe Retzlaw nicht mitten in der Menge die Leute der Werksleitung stehen, fassungslos und «mit schreckensbleichen Gesichtern».

Aber da ist noch jemand, der Besitzer, ein Mann namens Cassirer. Er steht mitten unter den Arbeitern und macht keinerlei Anstalten, die Polizei zu rufen. Karl Retzlaw sieht genauer hin: Da steht der Chef, während sich seine leitenden Angestellten winden vor Abscheu über all die revolutionären Reden, und es «ist ihm unverhohlene Sympathie anzusehen». Der Kapitalist steht auf Seiten des Umsturzes. Die Zeiten ändern sich.³⁰

Paul Blumenthal, ein Mann der Revolutionären Obleute, hat die Geheimaktion in Hennigsdorf mit vorbereitet, am Morgen vor dem Signal ist «alles bis zum äussersten gespannt»; dann geht es los. Die Hennigsdorfer Arbeiter verlassen das Werk und strömen hinaus auf die Chaussee, sie rufen «Nieder mit dem Krieg!» und fordern Freiheit für Liebknecht. Und sie sind nicht allein. Auf der Strasse, so Blumenthal, «schlossen sich uns die Stahlwerker an. Wir marschierten durch den Wald nach Berlin.»³¹ Der grosse Streik hat begonnen, der Massenaufstand, den die einen als Auftakt zur Revolution fürchten und die anderen herbeisehnen als Fanal einer neuen Ordnung und einer neuen Zeit – nur zehn Tage zuvor haben die Bolschewisten in Russland die gewählte Nationalversammlung mit Gewalt auseinandergejagt.

Der Januarstreik ist Anfang vom Ende der wilhelminischen Ordnung, ein vulkanartiger Ausbruch all der Gegensätze, die im Reich gebrodelt haben und die der Burgfrieden nicht nur verdeckt, sondern noch weiter verschärft hat. Er erscheint, wie Hugo Haase nach Hause an seine Tochter Else schreibt, als «das grösste Ereignis in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse. Ein so starker Opfersinn und Idealismus ist sehr lange nicht zu beobachten gewesen.»³² Die gut organisierten Munitions- und Rüstungsarbeiter machen den Anfang, immer weitere Belegschaften schliessen sich an und marschieren durch den kaltfeuchten Morgennebel nach Berlin; manche tragen Kaffeekannen, andere Schilder mit Losungen gegen den Krieg. Gegen Mittag ziehen bereits mehr als 400'000 Demonstranten durch die Strassen der Hauptstadt, «ruhig und ernst», schreibt der *Vorwärts*.

Es ist nicht der erste Streik während des Krieges, aber mit Abstand der grösste. Bereits zwei grosse Ausstände hat es gegeben. 1917 forderten Streikende in Mitteldeutschland auf Flugblätter: «Wir wollen Brot, Freiheit, Frieden!» Die Oberste Heeresleitung unter Hindenburg verlangte sofortige Zwangsmassnahmen: «Eine unsühnbare Schuld nimmt derjenige auf sich, der in der Heimat feiert, statt zu arbeiten.» Und der Chef des Kriegsammtes, Generalleutnant Wilhelm Groener, erliess im Auftrag der OHL einen Aufruf voller Drohungen an die Streikenden: «Wer wagt es, dem Rufe Hindenburgs zu trotzen? Ein Hundsfott, der streikt.»³³

Aber jetzt, Ende Januar 1918, ist die Lage noch wesentlich dramatischer. Sie ist es aber auch für die MSPD. Die Partei, die sich als Vertreterin der deutschen Arbeiterschaft versteht, ist von der Wucht des Massenstreiks kalt überrascht worden. Es ist nicht ihr Streik und auch nur zum kleinen Teil jener der Spartakisten, die am 28. Januar Flugblätter verteilen und zum «Kampf um die Macht, um die Volksrepublik in Deutschland» aufrufen. Den Munitionsarbeiterstreik haben Männer geplant, welche der MSPD sehr viel mehr Sorgen machen müssen als die laute, aber immer noch sehr überschaubare Anhängerschaft Karl Liebknechts: die Revolutionären Obleute, ursprünglich Fleisch vom Fleische der alten SPD, aber nun schon lange nicht mehr. Sie sind eng vernetzt mit der USPD und in vielen Fällen deren Vertrauensleute in den Industriebetrieben. Bei der politischen Polizei gelten sie als Männer ohne Gesicht.

Man hört von ihnen, weiss aber nicht, wer sie sind. Vor allem aber bilden ihre geheimen Zellen einen scharfen Gegensatz zu der eher bewahrenden, konservativen Politik der Gewerkschaftsführer.

Zu den begabtesten Köpfen der Obleute gehört der 37-jährige Richard Müller. Seine Biografie spiegelt Elend und Stolz eines kaiserzeitlichen Arbeiterlebens wider. Er wird 1880 als Sohn eines Thüringer Gastwirts geboren, hat sieben Geschwister, nach dem frühen Tod des Vaters geht das Wirtshaus pleite, die Familie verarmt. Wie so viele sucht der junge Richard Müller die Rettung in der Grossstadt, erst in Hannover, dann in Berlin. Seit seinem 16. Lebensjahr steht er an der Drehbank, auf mehr als acht Jahre Schule hat er es nicht bringen können. Er absolviert eine Dreherlehre und findet eine neue Heimat im einflussreichen Deutschen Metallarbeiterverband. Bei Kriegsausbruch 1914 leitet er dessen Berliner Branche und widersetzt sich vehement und natürlich vergeblich dem Burgfrieden.

Bei den Revolutionären Obleuten wird er zu einem der mächtigsten Arbeiterführer Deutschlands. Er lehnt den Kompromisskurs der MSPD mit der Regierung grundsätzlich ab, und doch ist er manchen Mitstreitern zu pragmatisch und nicht links genug. Sein wesentlich schillernderer Weggefährte Emil Barth, der sich selber für den bedeutendsten Revolutionär im Reich hält, wird über ihn sagen: «Richard Müller war ein tüchtiger, radikaler, von gesundem proletarischem Instinkt geleiteter, doch völlig unpolitischer Gewerkschaftler.»³⁴

Müller, ein hagerer Mann mit wachen Augen, sieht mit gestutztem Schnauzer und runder Brille auf den ersten Blick aus wie ein Apparatschik, doch dieser Eindruck könnte falscher nicht sein. Seit 1914 geht er täglich zur Schicht, die Kollegen respektieren ihn, er genießt das Vertrauen vieler, er ist einer von ihnen. Müller arbeitet in Moabit, in den AEG-Turbinenwerken, er hält enge Verbindungen mit den Nachbarfirmen, zum Beispiel der DWM, der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik. So baut er in Berlins kriegswichtigen Metallbetrieben das Netzwerk der Obleute auf, sie bilden, wie sein Biograf Ralf Hoffrogge schreiben wird, «eine in der Geschichte der Arbeiterbewegung einmalige Kombination aus Basisdemokratie und Avantgarde»³⁵.

Müllers Leute wirken im Verborgenen, Mitglied kann nur werden,

wer genug Bürgen aufbringt. Anhänger der MSPD und des Spartakusbundes sind im engeren Kreis nicht zugelassen, zu viel könnte durchsickern, und die Spartakisten sind, wie Müller die Sache sieht, über den Verdacht nie erhaben, geheime Beschlüsse und Aktionen sogleich per Flugschrift als Weckruf an die schlafenden Massen hinauszuposaunen. Die Obleute dagegen arbeiten konspirativ. In den Werkshallen führen sie scheinbar beiläufige Pausengespräche, wichtige Absprachen teilen sie den Genossen nur mündlich mit. Gewerkschaftsversammlungen sind zwar noch erlaubt, werden aber von der Polizei überwacht, im Publikum hocken Spitzel. Der Schweizer Paul Blumenthal, der am 28. Januar so gespannt auf das Signal der Hammerschläge wartet, berichtet darüber, wie einfach die Obleute die Überwachung unterlaufen: «Auf den Konferenzen wurden gewerkschaftliche Fragen behandelt. Aber bald hatten sich die oppositionellen Genossen erkannt und wir kamen dann anschliessend noch bei einem Glase Bier zusammen. Wir bereicherten uns gegenseitig mit den gesammelten Erfahrungen, und das war gewissermassen der Uranfang der Revolutionären Obleute in Gross-Berlin.»³⁶

Die heimliche Arbeit kann naturgemäss keine grossen Worte von sich machen. Es ist eine Welt der verborgenen Kassiber, das sorgfältige Spinnen eines Netzes, der getuschelten Absprachen, von denen keiner weiss ausserhalb des kleinen Kreises der Eingeweihten. Wie Peter von Oertzen herausarbeiten wird, sind bereits bei dem beispiellosen Ausstand des Januar 1918 Grundzüge eines Räteystems erkennbar: «Die Obleute geben in einer Facharbeiterversammlung das Signal, die Facharbeiter veranlassen in den Betrieben die Niederlegung der Arbeit, die Belegschaften wählen ihre Vertreter, die in einer Versammlung die ursprünglichen Initiatoren zu Leitern des Streiks bestimmen.» Mit anderen Worten: eine Art Basisdemokratie.³⁷

Einen Tag vor dem grossen Streik ist das anders, denn nun geht es darum, all die heimlichen Vorbereitungen zu einem grossen Schlag gegen den Krieg umzusetzen. 1'500 Metallarbeiter, Vertreter der meisten Berliner Betriebe, haben sich im Gewerkschaftshaus versammelt. Sie bereden allerlei Branchenformalien, und dann wird es sehr still. Müller stellt den Antrag, am nächsten Morgen die Arbeit niederzulegen und Delegierte wieder ins Gewerkschaftshaus zu entsenden.

Es gibt keine Debatte, keinen Beifall, keine Fragen. Alles ist vorbereitet für die grösste Aktion gegen den Krieg, die Deutschland je gesehen hat. Müller blickt vom Rednerpult hinunter auf die schweigende Menge: «Es war ruhig, fast unheimlich still, als sich 1'500 Hände wie zum Schwur erhoben.»³⁸

Kaum einen halben Tag später sind die Männer zurück im Gewerkschaftshaus, während draussen mehr als 400'000 Demonstranten durch Berlins Strassen ziehen und Parolen gegen den Krieg und den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk skandieren. Drinnen wählen sie einen 414 Köpfe starken Arbeiterrat für Gross-Berlin. Die Obleute tun jetzt, was die SPD nach Auffassung der Parteilinken 1914 hätte tun sollen: Es ist ein machtvoller Auftritt und eine offene, nie da gewesene Herausforderung des Systems. Die Versammlung fordert einen Frieden ohne Annexionen und Reparationen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und ruft die Arbeiterschaft der Kriegsgegner auf, es ihnen gleichzutun und den Massenstreik auszurufen – «denn erst der gemeinsame, internationale Klassenkampf schafft Arbeit und Brot». Das freilich wird nicht geschehen.

Widerstrebend, aber strategisch nicht ungeschickt versuchen die Obleute, auch die MSPD in den Kampf zu integrieren – ein beachtlicher Versuch der Wiederannäherung über alle bis tief ins Persönliche reichenden Gegensätze einerseits, ein Gebot der Vernunft andererseits. Die Mehrheits-SPD heisst so, weil sie wesentlich mehr Reichstagsitze hält, als die Unabhängigen es tun; und sie hat immer noch eine, wenn auch bröckelnde erhebliche Mehrheit der Arbeiterschaft hinter sich. Sie zu ignorieren oder gar zu bekämpfen wäre politischer Selbstmord für die Streikbewegung. Und die MSPD-Spitze ist sofort bereit zur Mitarbeit – sie versteht sich als einzige Kraft, welche eine Eskalation der Ereignisse verhindern kann. Der Parteiausschuss stimmt am 30. Januar zu – um, wie Scheidemann es ausdrückt, ein «nicht zu billiges, aber verständliches Unternehmen nicht nur in ruhige Bahnen zu lenken, sondern auch durch Verhandlungen mit der Regierung schnellstens zum Ende zu bringen»³⁹.

So kommt es, dass der Aktionsausschuss, den der neue Arbeiterrat wählt, von elf Obleuten dominiert wird, unter ihnen auch Richard Müller und Paul Blumenthal, aber auch je drei Vertreter der SPD und

der USPD sitzen darin. Für die Unabhängigen sind das Haase, Ledebour und Dittmann, für die MSPD Ebert, Scheidemann und Braun. Beide Parteien haben ihre Spitzenleute geschickt, und nun sitzen sie sich erstmals seit den bösen Tagen der Spaltung gegenüber für eine gemeinsame Aktion. Ledebour hat heftig, aber vergeblich gegen die Beteiligung der alten Partei gekämpft. Die Stimmung ist etwas verkrampt, und es wird nicht besser, als ein Gewerkschaftler in den Raum stürzt und meldet: «Polizei rückt an.» Unten auf der Strasse marschieren die Säbel tragenden Schutzpolizisten in ihren langen Mänteln und Helmen auf; und schadenfroh schreibt Richard Müller später: «Die drei Vertreter der MSPD sprangen auf. Scheidemann fuhr trotz seiner Jahre blitzschnell in seinen Überzieher, während der etwas korpulentere Fritz Ebert sich vergeblich abmühte und ihm erst durch eine mitleidige Seele hineingeholfen werden musste. Die Arbeitervertreter konnte die Meldung nicht überraschen. Sie hatten sich schon oft in solcher Lage befunden.» Hier geht es um mehr als persönliche Ressentiments. Aus Sicht der Obleute sind *sie* die Arbeitervertreter, die MSPD betrachten sie mehr und mehr als Teil des Systems, jedenfalls als politische Kraft, die den Boden des gemeinsamen Kampfes verlassen hat.

Am Nachmittag haben sich die Massen zerstreut oder sind von der Polizei aus der Stadt gedrängt worden. Zwischenfälle gibt es kaum, doch dabei wird es nicht bleiben. Der Massenstreik geht weiter, überall im Reich schliessen sich Belegschaften an. Und schon am nächsten Tag lässt der Oberkommandierende in den Marken, der für Berlin zuständige Befehlshaber, alle Versammlungen und Streikkomitees verbieten. Generaloberst Gustav von Kessel, ein Mann mit einem selbst für die Verhältnisse seines Standes gewaltigen Walrossbart, lässt keine Suppenküchen mehr organisieren wie 1916, als es in Berlin zu Hungerunruhen kam, sondern schweres Geschütz auffahren: Wer sich nicht füge, setze «sich schwerster Bestrafung nach den Vorschriften des Belagerungszustandes aus; die Wehrpflichtigen unter ihnen werden ausserdem militärisch eingezogen werden»⁴⁰. Das Imperium schlägt zurück.

Der Arbeiterrat gibt nicht nach. In den deutschen Rüstungsbetrieben, den Werften und Kohlenzechen streiken in den folgenden Tagen mehr als eine Million Arbeiter und Arbeiterinnen (denn inzwischen

sind ja auch Frauen in der Kriegsindustrie beschäftigt). In Nürnberg gehen 50'000 Menschen in den Ausstand «um ihrem Friedenswillen in weit deutlicherer Weise, als es im Reichstag jemals möglich ist, Ausdruck zu verleihen. Die herrschenden Gewalten sollten die Mahnung und Warnung verstehen!» Es ist ein gemeinsamer Aufruf von Obleuten, USPD und MSPD, und drohend heisst es weiter: Gebe die Regierung nicht nach, würde sich «die schon heute starke Ungeduld der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht ein zweites Mal in dieser ruhigen Weise» entladen.⁴¹

Schon jetzt spielen sich in Berlin Szenen ab wie in einem Bürgerkrieg. Die Polizei und der Oberbefehlshaber in den Marken halten es mit der Streikbewegung wie der Erbkönig mit dem Knaben: Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt. Polizei und Militär durchbrechen Strassensperren, Schüsse fallen. Militante Arbeiter werfen Steine und bewaffnen sich mit Stöcken, sie werfen Strassenbahnen um, bauen Barrikaden. Es gibt viele Verletzte und einige Tote, die Zahl lässt sich nie ganz aufklären; zumindest ein Polizist ist darunter.

Am Humboldthain im Viertel Gesundbrunnen weichen die Demonstranten vor einem Grossaufgebot berittener Gendarmerie zurück. Der Name Gesundbrunnen klingt für die Bewohner wie Hohn, es ist eines der übervölkertsten Arbeiterviertel Berlins; dicht an dicht stehen die grauen Häuserblocks zwischen Durchgangshöfen, die kaum ein Licht durchlassen. Immer neue Streikende stossen hinzu, eine Menschenmenge blockiert den Reitern den Weg und ruft: «Schluss mit dem Völkermorden!» Die Polizisten ziehen die Säbel und sprengen nach Art einer Kavallerieattacke in die Menge hinein. Ein junger Hennigsdorfer Arbeiter beobachtet entsetzt: «Gellende Schreie und Protestrufe wurden laut. Stöhnend sank ein Arbeiter zu Boden. Daraufhin wurden die Berittenen umringt. Ein Reiter stürzte, andere wurden vom Pferd gerissen.»

Am selben Tag, dem 31. Januar 1918, versammeln sich ebenfalls Tausende im Treptower Park, um Abgeordnete der sozialdemokratischen Parteien zu hören, Friedrich Ebert für die MSPD, Wilhelm Dittmann für die Unabhängigen, so hat es der Aktionsausschuss bestimmt. Nach der bewährten Methode der Obleute sind die Treffpunkte heimlich vereinbart und erst spät bekannt gegeben worden. Ebert spricht

zuerst, hinter ihm wartet Dittmann und schaut auf die Menschenmenge. Er ist, so fühlt er es, Teil einer Bewegung, welche Throne stürzen lassen wird.

Wilhelm Dittmann gehört zu den aufsteigenden Männern der USPD. Er ist gelernter Tischler und hat neun Jahre die Volksschule besucht. 1874 in Eutin, Holstein, geboren, ist er kein Kind der städtischen Armutsreviere; doch die wilhelminische Klassengesellschaft traf auch seine Familie mit voller Härte. Der Vater, Joseph August Dittmann, ein ehemaliger Wanderarbeiter mit elf Geschwistern, hat in Eutin ein Handwerk aufgebaut, die Kinder erleben ein tolerantes und gütiges Elternhaus. Joseph August Dittmann kann aber nicht konkurrieren gegen eine moderne Wagenfabrik. Der Sohn erinnert sich gut, wie sich der väterliche «Handwerkerstolz gegen den Gang in die Fabrik aufbäumte». Versuche, in Ostpreußen einen neuen Betrieb aufzubauen, scheitern an den Konventionen, denn Dittmann senior ist Katholik, aber mit einer Protestantin verheiratet. «Die Gutsbesitzer in der Umgebung boykottierten ihn als fremdes Element», schreibt Dittmann in seinen Erinnerungen, die erst 1995 veröffentlicht werden. Die Familie kehrt nach Eutin zurück und lebt völlig verarmt, zusammengehalten von Juliane Johanne, der Mutter. Sie wird ihm später erzählen, sie habe «sich trotz aller Nöte eines Lächelns nicht erwehren können, wenn sie morgens in dem einzigen Bette, in dem sie mit ihren vier Kindern schlief, zwei am Kopfende, zwei zu Füßen neben sich, das Gewirr der Kinderarme und -beine gesehen habe».

Die seelische Kraft der Eltern, die ihre Sorgen nicht durch Gewalt oder Zornausbrüche an den Kindern austoben, prägt Wilhelm Dittmann fürs Leben. Der Vater mag beruflich gescheitert sein, doch das Motto «Tue Recht und scheue niemand» war «die Religion und Moral meines Vaters», und er macht es zu der seinen. In einem ähnlichen Werdegang wie Richard Müller durchläuft er viele Stationen in der SPD und dem Metallarbeiterverband, 1912 wird er Abgeordneter im Deutschen Reichstag.

Tue Recht und scheue niemand: Der junge sozialdemokratische Abgeordnete lehnt den Krieg ab und gehört zu den Ersten in der Fraktion, die sich dagegen auflehnen, er wird bereits 1915 aus der Fraktion ausgeschlossen, weil er sich den neuen Kriegskrediten verweigert. Im Herbst 1915 wird er in den Landsturm eingezogen, wofür er zeitlebens

eine intrigante Racheaktion von Philipp Scheidemann verantwortlich macht. Bewiesen ist eine Intervention Scheidemanns nicht, aber Dittmanns Radikalisierung schreitet nun rasch voran.

Im Fort Blücher zu Wesel wird er zu seiner Überraschung von einem zuvorkommenden Major persönlich begrüßt, der sich verwundert zeigt, dass ein Reichstagsabgeordneter überhaupt zum Militärdienst einzurücken habe. Von da an aber setzt es Schikanen. Wilhelm Dittmann ist schon 41 Jahre alt und nicht bei bester Gesundheit, er hat leichte Herzbeschwerden und einen chronischen Kehlkopfkatarrh. Doch beim Landwehr-Infanterieregiment 53 lässt man ihn an neunstündigen Gewaltmärschen teilnehmen. 1916 wird er zur russischen Front abkommandiert, zu einer Pionierkompanie bei Jelowka.

Wilhelm Dittmann hasst jede einzelne Minute des Dienstes in einem Krieg, gegen den er so beharrlich gekämpft hat. Er haust mit vielen anderen in einer Baracke; an einem Abend kann er nicht schlafen und tritt gegen Mitternacht vor die Tür. Nicht weit entfernt steht das Blockhaus der Offiziere, wo es dem Vernehmen nach Milch, Butter und Eier geben soll, Luxusgüter, die selten ihren Weg zu den Mannschaften finden. Licht strahlt hell aus den Fenstern, «lautes Sprechen und Singen schallte hinüber. Von der 5 Kilometer entfernten Front her drang das dumpfe Wwwwumm der schweren Minenwerfer und das Geknatter der Maschinengewehre, ein schneidender Kontrast. In der Nacht hatte unsere Infanterie 60 Tote und verlor einen Schützengraben.»⁴²

Er hat einen Bruder, an dem er sehr hängt; Paul Dittmann ist ein führender Hamburger USPD-Aktivist und im U-Boot-Bau beschäftigt, zu gefährlich aus Sicht des Altonaer Generalkommandos, das ihn ebenfalls an die russische Front schickt. Eigentlich galt Paul Dittmann nicht als «felddienstfähig», aber das hat das Militär wenig gekümmert. In Kurland bricht eine alte Lungentuberkulose wieder auf, «die den starken Mann in Jahresfrist zur Ruine machte», wie Wilhelm schreibt; 1919 stirbt Paul Dittmann. Der Bruder, mit dem Wilhelm eine Kindheit lang im selben Bett schlief, ist nicht mehr. Ein Mord auf Raten, betrieben durch eine gehässige Obrigkeit. Wilhelm Dittmann wird keinen Frieden mehr mit ihr schliessen.

Er hat es auch nicht vor an jenem 31. Januar 1918 im Treptower Park, als er nach Friedrich Ebert vortritt und das Wort ergreift. Ihm scheint es, als hebe der Massenstreik das alte System aus den Scharnieren, und laut beschwört er den Wunsch nach Frieden. Doch die Menge wird unruhig, Menschen drängen auseinander, und im Geschrei geht Dittmanns Stimme unter. Er ruft noch «Hoch der allgemeine demokratische Friede», da packen ihn von hinten starke Hände am Kragen und reißen ihn weg. Er hat im Eifer des Gefechts die Polizei und die Gendarmen nicht bemerkt, die nun mit Gewalt die Menge auseinandertreiben. Manche Arbeiter schlagen zurück, im Park entwickelt sich eine Massenprügelei. Die Uniformierten ziehen die Säbel.

Wilhelm Dittmann wird verhaftet und abgeführt, plötzlich stürzt ein Gendarm auf ihn zu. Der Mann brüllt: «Wegen Dir hab ich Hiebe gekriegt, Du Aas», und schlägt Dittmann mit voller Wucht die flache Säbelklinge gegen das linke Schienbein. Ein Hieb mit der scharfen Seite hätte das Bein abgetrennt; aber auch der Schlag mit abgewendeter Klinge ist ungemein schmerzhaft und kann leicht das Schienbein brechen. Er gehört zu den miesen Tricks der Polizei, ebenso, dass die Uniformierten, die Dittmann abführen, sich nachher an den Vorfall partout nicht erinnern können. Der Verhaftete hat Glück, er kommt mit einer Prellung davon. Beim Verhör sagt er: «Ich bin gewohnt und jederzeit bereit, meine Worte und Taten zu verantworten.» Am 4. Februar verurteilt das Ausserordentliche Kriegsgericht Wilhelm Dittmann zu fünf Jahren Festungshaft, trotz einer engagierten Verteidigung durch Hugo Haase.⁴³

Zur traurigen Farce geraten die Versuche des Aktionsausschusses, Verbindung zur Reichsregierung aufzunehmen. Vier Abgesandte, Scheidemann und Haase für die sozialdemokratischen Reichstagsparteien, Richard Müller und Paul Scholze für die Obleute, begeben sich zum Staatssekretär des Innern, Dr. Wallraf, um eine Aufhebung des Versammlungsverbotes zu fordern (die dem Reichskanzler zugeordneten Staatssekretäre sind faktisch die Fachminister der Regierung). Aber Wallraf lässt die vier Männer erst einmal vor der Tür warten, wie Müller grimmig notiert: «Über eine Stunde verging, und die Kommission stand immer noch wie der Bettler im Torweg.»⁴⁴ Da warten sie nun, die Führer der vereinten proletarischen Massenbewegung, bis schliess-

lich ein Ministerialrat erscheint und ihnen mitteilt, der Herr Staatssekretär sei nun zu einem Gespräch bereit, aber nur unter Ausschluss der beiden Arbeiter. Unter Verwünschungen entfernt sich die Delegation. Sie hat ganz oben protestieren wollen, aber ganz oben hat Nein gesagt. Spätere Gespräche führen zu nichts. Die Reichsregierung gibt kein Jota nach.

Der Januarstreik ist sorgfältig vorbereitet worden, er wird von einer Massenbasis getragen, er trifft die Kriegsmaschinerie, auch wenn sie Munition und Nachschub gehortet hat, an einer empfindlichen Stelle, der Rüstungs- und Metallindustrie. Nie zuvor sind Reichsregierung und die Oberste Heeresleitung so massiv herausgefordert worden, nie zuvor haben so viele Menschen gegen ihren imperialistischen Kriegskurs demonstriert. Und doch bricht der Ausstand binnen weniger Tage zusammen. Gegen die Gewalt der Obrigkeit, die Säbel der Gendarmen, die Willkürurteile der Militärjustiz kommen die Streikenden nicht an. Hunderte Aktivisten gehen in Haft, Tausende werden sofort zu den Fronteinheiten eingezogen, wo viele ihr Leben verlieren. Der Hass der Nationalisten ist ihnen gewiss. Eines ihrer berüchtigten Sprachrohre, die *Kreuz-Zeitung*, beschimpft «die Verbrecher am Vaterlande und am Leben unserer draussen stehenden Söhne», Verräter also, «welche jetzt mit herausforderndem Lächeln durch unsere Strassen bummeln».⁴⁵

Richard Müller, die graue Eminenz der Revolutionären Obleute, gehört zu jenen, die in eine Uniform gesteckt werden. Wie sein Biograf Ralf Hoffrogge schreiben wird, «qualifizieren ihn seine dicken Brillengläser nicht gerade zum Meisterschützen»⁴⁶. Durch einen Trick befreit ihn die USPD rechtzeitig vor dem Sturz des Regimes aus dieser unerfreulichen Lage und nominiert ihn als Reichstagskandidaten für die Nachwahl eines Berliner Wahlkreises. So kommt er nach einigen Monaten wieder frei aus dem verhassten Militärdienst.

Die Spartakisten rufen zwar zum «Ausharren um jeden Preis» auf, auch zum gewaltsamen Widerstand: «Arbeiter! Genossen! Wir müssen mit der Reaktion ‚Russisch‘ reden!»⁴⁷ Doch es hilft nichts. Bis hinein in die USPD sehen die Anführer des Streiks, dass mit weiterer Radikalisierung nichts zu gewinnen ist. Es fehlt ihnen die Macht, es fehlen Waffen, es fehlen Verbündete in der Gesellschaft, und bei den

Fronttruppen im Westen, wo die Heeresleitung gerade die nächste Grossoffensive vorbereitet, findet der Ausstand wenig Unterstützung. Als Emil Barth zu diesem Zeitpunkt aus dem Lazarett entlassen wird, findet er in Berlin bei der Streikleitung verzweifelten Trotz: «Alle Anwesenden wussten, dass, obwohl der Antrag zum Abbruch des Streiks beinahe einstimmig abgelehnt worden war, der Streik in den nächsten Tagen erlöschen würde.» Am 4. Februar gibt die Streikleitung auf.⁴⁸

Für die MSPD ist der Januarstreik paradoxerweise eine Bestätigung ihrer Politik und ein kolossales Debakel zugleich. Die Sozialdemokraten sehen einerseits, dass genau das geschehen ist, was sie schon im August 1914 befürchtet haben, hätten sie den Aufstand gegen den Krieg geprobt. Der Obrigkeitsstaat unterdrückt Proteste und Streiks mit Gewalt, die Streikenden finden im Land kaum Bündnispartner und bleiben trotz ihrer städtischen Massenbasis isoliert. In den Staaten der Kriegsgegner zündet der Funke aus Deutschland nicht. Und Wilhelms Militärstaat ist nicht Russland, er kollabiert nicht, wenn alle Räder stillstehen, sondern schlägt dem Abgeordneten Dittmann den Säbel aufs Schienbein.

Andererseits: Mit dem Versuch, die von anderen ausgelöste Massenbewegung für ihre Politik zu nutzen, für Demokratisierung und einen Verständigungsfrieden, hat sich die Partei zwischen alle Stühle gesetzt. Dieser Versuch nämlich ist auf eine Vermittlung zwischen der Arbeiterschaft und der Regierung hinausgelaufen, im Irrglauben, der Staat würde aus Furcht vor einem Umsturz zu weitreichenden Zugeständnissen zu bewegen sein. Das ist nicht der Fall gewesen, und in weiten Teilen der Arbeiterschaft herrscht Verbitterung.

Wenn der Kompromisskurs der MSPD mit dem System Brest-Litowsk, den unbeschränkten U-Boot-Krieg, die fortgesetzte Gewaltpolitik der Obersten Heeresleitung nicht verhindern konnte, wozu war diese Politik dann gut? Die USPD und in Massen auch der Spartakusbund profitieren vom Scheitern des MSPD-Kurses, sie haben Zulauf, und Ebert und Scheidemann müssen ernsthaft um das Vertrauen ihrer Basis fürchten, während die Unabhängigen als die Friedenspartei gelten.

Militär und Obrigkeit haben der MSPD die Tür vor der Nase zugeworfen, sie nicht einmal als Verhandlungspartner akzeptiert, den man

1914 noch mit den Worten umgarnen konnte, man kenne jetzt nur noch Deutsche. Es ist eine Demütigung ersten Ranges. Man lebe bereits, so Arthur Rosenberg, in einer Militärdiktatur. Schlimmer noch, bei den bürgerlichen Partnern der Friedensresolution von 1917 wiederum ruft die Beteiligung der SPD an einem, wie sie es sehen, Umsturzversuch Entsetzen und Misstrauen hervor. Selten zuvor hat die Partei so vieles auf einmal erreichen wollen und stattdessen so vieles verloren, und sie zieht rasch Konsequenzen: Nie wieder sollen radikale Minderheiten wie die Obleute oder gar die Spartakisten bestimmen, wie und wann die Arbeiterschaft gegen den Krieg und für die Demokratie zu mobilisieren ist. Der grosse und effiziente Parteiapparat baut nun, in Konkurrenz zu den Obleuten, ein System von eigenen Vertrauensmännern in den Betrieben auf.

Die USPD und die Obleute haben manche Illusionen über ihre Kraft verloren, und sie leiden besonders unter der Rache des Regimes. Paul Blumenthal spricht resigniert von einem «Trümmerfeld». Sie haben sich aus der Deckung gewagt und verloren, und ihre führenden Leute sind für die Polizei nicht länger Männer ohne Gesicht. Die Verfolger haben nun zumindest eine gewisse Ahnung von den konspirativen Methoden und den Strukturen der Obleute. Das macht es schwer, einen Nachfolger für Richard Müller zu finden – es müsste jemand sein, der den Behörden so unbekannt wie möglich und in den Betrieben anerkannt ist. In der Schlussphase des Krieges rücken zwei Männer an die Spitze der Geheimorganisation, die unterschiedlicher kaum sein könnten: Ernst Däumig und Emil Barth.

Däumig, 51 Jahre alt, ist ein ehemaliger Fremdenlegionär und preussischer Offizier, der 1901 zur SPD kam und einen scharfen Intellekt besitzt; er gehört zu den Männern, bei denen die Fäden zwischen USPD und Obleuten zusammenlaufen. Als Bewunderer der russischen Revolution befasst er sich intensiv mit dem Rätssystem, das für viele andere mehr eine ideologische Phrase ist; Däumig aber kommt zu der Überzeugung, ein solches System könne auch in Deutschland funktionieren, und zwar in Form einer Rätedemokratie. Hier soll die Bevölkerung Räte wählen, die ihr direkt verantwortlich sind und jederzeit wieder abgerufen werden können, eine Art Basisdemokratie auf mehreren Ebenen, vom lokalen Arbeiterrat bis hin zum Zentralrat, der dann

die deutsche Regierung bildet. Gewaltenteilung kennt das System nicht. Nach der russischen Revolution 1917 ist neben der provisorischen Regierung ein solches Rätssystem entstanden, und als die Bolschewisten die Nationalversammlung auseinander) agen, wird es zur offiziellen Regierungsform. Doch Russland ist weit entfernt, und in Deutschland weiss man wenig über die tatsächliche Räteherrschaft, in welcher die Kommunisten nach und nach jede innere Demokratie erstickten. Zwar hatte Lenin 1917 gefordert: «Alle Macht den Räten!» – eine Parole, die 1918 in Deutschland auf fruchtbaren Boden fällt. Doch als die Bolschewisten die Macht errungen haben, sind ihnen die Räte ein Dorn im Auge, nichts ist weniger vereinbar als Demokratie von unten und die Herrschaft einer Kaderpartei. Der Revolutionsführer beschimpft die sowjetischen Räte als «Nullen» und «Drahtpuppen». 1921 lässt er den Aufstand der Kronstädter Matrosen zusammenschliessen, deren Räte sich der Diktatur widersetzen. Ernst Däumigs theoretische Perspektive ist breit. Doch schwanken seine Talente in der Praxis. Er verliert sich während der Revolution, wie es ein Historiker ausdrücken wird, mehr und mehr «im Labyrinth linker Positionen»⁴⁹.

Von völlig anderem Zuschnitt zeigt sich Emil Barth, ein Mann mit vielen Eigenschaften: zur Aktion drängend, mutig und mit einem Zug zur Cholerik, von so überbordendem Selbstbewusstsein, dass er sich möglichen Bündnispartnern leicht entfremdet, ein leidenschaftlicher Revolutionär voller von wenig Empathie getrübtter Verachtung für die Ebert-SPD und zugleich mit sicherem Gespür für die ideologischen Verengungen der Spartakisten. Ihre führenden Leute wie Jogiches hält er für vollkommen unfähig, «sich in die Psyche des deutschen Arbeiters hineinzuversetzen». Barth, geboren 1879 in Heidelberg, ist gelernter Klempner und ein / Aktivist des linken Metallarbeiterverbandes; in der Armee schliesst er sich während des Krieges heimlich der USPD an. Über seine frühen Jahre ist sonst nicht viel bekannt, nach dem Januaraufstand gehört er als Anführer der Obleute plötzlich zur ersten Garde der Revolutionäre. Barth beginnt, als Konsequenz aus dem gescheiterten Massenstreik, heimlich Waffen – «Brownings, Munition und Handgranaten» – zu sammeln, denn der Tag der Erhebung, da ist er sicher, wird kommen. In seinen selbstverliebten Erinnerungen *Aus der Werkstatt der*

der deutsche Revolution wird er 1920 schreiben: «Ich fand todesmutige Helden, soviel ich benötigtes und sehe sie jetzt vor meinem geistigen Auge, alle ohne Ausnahme voll fanatischer Begeisterung.»⁵⁰

Der unermüdliche Barth unternimmt für die Obleute eine konspirative Reise durch die wichtigsten deutschen Betriebe, um das Netz wieder zu spannen, vielerorts stösst er auf ratlose Genossen. Und auf Zellen der Spartakisten, die ihm, einem erklärten Linksozialisten, mehr und mehr auf die Nerven gehen: «Sie glaubten, dass das revolutionäre Empfinden, Wollen und Tun durch Flugblätter und revolutionäre Gymnastik erzeugt wird.» Eine Arbeit wie jene der Obleute in den Betrieben dagegen, «die nicht täglich berauschende Phrasen in Masse erzeugt, eine Tätigkeit, die völlig im verborgenen spielt, das lag ihnen nicht»⁵¹. Die «revolutionäre Gymnastik» wird zum legendären Wort und Barth den bleibenden Zorn der Liebknechtgruppe bescheren.

Der Spartakusbund zeigt sich im Januarstreik als das, was er fortan bleiben wird: eine radikale Gruppe, die wegen ihrer Militanz auffällt, aber auch überschätzt wird. Die Verhaftung ihres Chefstrategen Leo Jogiches nach dem Streik lässt die Mitstreiter in Verwirrung zurück; zum grossen Schmerz späterer marxistisch-leninistischer Historiker ist ihre Verankerung in den Betrieben überschaubar und in den Gewerkschaften gleich null, mehr noch, sie schmähen die Vertretungen der Arbeitnehmer als «Wellenbrecher der Revolution», als Vereinigungen kleinbürgerlicher Krämerseelen, die ängstlich ihren Besitzstand hüten wollen, statt das deutsche Proletariat in den Schicksalskampf auf die Barrikaden zu jagen.

Selbst Richard Müller, der in den Betrieben mehr Anhang und Einfluss hat als der gesamte Spartakusbund, der Linksozialist und Chefstrategie hinter den Januarstreiks, fällt in ideologische Ungnade. Ein führender Aktivist des Spartakusbundes, Jacob Walcher, ätzt über ihn: «Den Einfluss, den Richard Müller, dem jedes grundlegende theoretische Wissen mangelte, auf Entstehung und Politik der Revolutionären Obleute ausübte, war nicht nur positiver Natur.» Offenbar macht sich ausgerechnet der Streikführer vom Januar einer Todsünde schuldig durch «seine Weigerung, eng mit dem Spartakusbund zusammen-

zuarbeiten»⁵². Hier beginnt ein neues Schisma, eines innerhalb der linken Sozialdemokratie, es entsteht eine Opposition in der Opposition.

Im Januar 1918 haben die Obleute den Wind des Wandels entfesselt und doch den Sturm geerntet, sie haben verloren, eine bittere Niederlage. Und der Krieg, den sie haben aufhalten wollen, geht unerbittlich weiter. Im Westen setzen die deutschen Generäle nun auf Sieg.

Novembersturm: Die Throne wanken

«Männer wie Gespenster»: Die brechende Front

Für den britischen Offizier erscheint es, als stürze der Himmel herab. Aus mehr als 6'000 Geschützen beschossen die Deutschen die englischen Stellungen zwischen Armentières und La Fère, «ein Getöse, das von einer Intensität war, als tanzten hundert Teufel in meinem Hirn», so der Offizier, der das stundenlange Inferno überlebt. Dann ist der Feuerschlag vorüber, und durch Qualm, Rauch und Nebel hören die Verteidiger etwas Unheimliches, von der deutschen Seite erklingt ein Volkslied, das so überhaupt nicht in dieses Grauen passt: «Muss I denn, muss I denn, zum Städtele hinaus ... ». So haben es die deutschen Offiziere ihren Männern zu singen befohlen, die an diesem 21. März 1918 einen Sturmangriff beginnen, 47 Divisionen mit gut 800'000 Soldaten. Mit dieser letzten grossen Offensive, dem «Unternehmen Michael», will die Oberste Heeresleitung den Krieg entscheiden. Der Gegner im Osten ist geschlagen, nun hat sie das Gros der Truppen von dort an die Westfront verlegt.

Anfangs erzielen die deutschen Armeen Geländegewinne wie seit 1914 nicht mehr, und Kaiser Wilhelm II., ins Grosse Hauptquartier nach Spa gereist, lässt seinen Generälen zur Feier des Tages Champagner servieren. Auf deutscher Seite nennt man das Unternehmen daher auch die «Kaiserschlacht», passender sprechen die Franzosen von der «grossen Schlacht um Frankreich».

Das Grosse Hauptquartier residiert neuerdings im Hotel Britannique. Einst haben betuchte Kurgäste hier getafelt, während das Sonnenlicht durch die Flügelfenster fiel; im Sommer flanierte man vor dem Essen noch ein wenig im Garten mit den hohen, schattigen Bäumen. Das Hotel im belgischen Spa wurde 1903 bis 1905 errichtet, ein Prachtgebäude des Fin de Siècle und das luxuriöseste Haus der Stadt. So hat

es schon angenehmere Zeiten erlebt und angenehmere Gäste gesehen als all die schnauzbärtigen Herren in Feldgrau mit Pickelhelmen.

Ludendorff und Hindenburg freilich haben das Hotel Britannique nicht wegen seiner Annehmlichkeiten gewählt, sondern wegen der zentralen Lage. Ludendorff: «Von hier waren im Kraftwagen alle Stellen der Front leicht zu erreichen. Ich beabsichtigte selbst viel zu sehen und die Herren meines Stabes zu den Ereignissen zu entsenden, um durch sie ebenfalls unmittelbare Eindrücke zu bekommen.»¹

Bis Anfang April stossen die Deutschen gut 70 Kilometer vor, die tobende Schlacht verwandelt das gewonnene Gebiet in eine Mondlandschaft aus Baumstümpfen, Granattrichtern und Ruinen. Die Armeen des Kaisers stehen nur noch 60 Kilometer vor Paris, kommt der Wind von Osten, hört man auf den Champs-Élysées manchmal das ferne Wummern der Artillerie. In Deutschland jubeln die Nationalisten, und selbst Sozialdemokraten lassen sich von der Euphorie anstecken: «Der heutige Siegesrausch lässt sich bald mit dem ersten Kriegsmomente vergleichen.»²

In Wahrheit ist es ein Verzweiflungsschlag, die Tat von Hazardspielern, die Zehntausende junge Männer das Leben kostet. Trotz des Sieges über Russland sind die Mittelmächte ein tönerner Koloss, die deutschen Bündnispartner Österreich-Ungarn, Bulgarien und das Osmanische Reich stehen vor dem Kollaps, sie haben ihre Kräfte überspannt. Und im Westen treffen nun täglich neue amerikanische Truppen ein zur Unterstützung der Briten und Franzosen, die Zeit spielt gegen die Deutschen. Der Obersten Heeresleitung ist das klar, wie Ludendorff festhält: «Unsere allgemeine Lage erfordert, dass wir zum frühest möglichen Zeitpunkt losschlagen, ehe die Amerikaner starke Kräfte in die Waagschale werfen.»

Die vernünftigste Option wäre es, die Verteidigung im Westen zu stärken, an der 1917 alle alliierten Gegenoffensiven zerbrochen sind, und aus dieser Position scheinbarer Stärke heraus noch rechtzeitig jenen Frieden zu sondieren, den die Mehrheit im Deutschen Reichstag inzwischen fordert. Hindenburg und Ludendorff, dem ersterer die operative Führung des Angriffs überlässt, versuchen erwartbarerweise das Gegenteil. Selbst in ihren eigenen Stäben fürchten einige Offiziere, dass vor allem der Feldmarschall «schon lange nicht als auf der Höhe befindlich» zu betrachten sei.³ Von ihrem seit Tannenberg viel be-

schworenen militärischen Genius ist beim «Unternehmen Michael» wenig zu erkennen, die Heeresleitung splittert ihre Kräfte zu weit auf und lässt den Hauptstoss im Zentrum erfolgen, wo die Briten am stärksten sind. Am 4. April haben die Alliierten den Stoss aufgefangen, die deutschen Kräfte sind erschöpft, kleinere Offensiven an anderen Frontteilen ändern nichts mehr daran. Am 5. April 1918 lässt Ludendorff das «Unternehmen Michael» abbrechen. Deutschland wird diesen Krieg nicht mehr gewinnen.

Die Verluste betragen auf deutscher Seite etwa 250'000 Soldaten, bei der Entente sind sie noch etwas höher – aber hier treffen nun wöchentlich mehr bestens ausgerüstete amerikanische Einheiten ein, jene, welche die U-Boot-Waffe auf den Grund des Atlantiks schicken sollte. Es folgt eine kurze Zeit der Ungewissheit, doch am 22. Juli bricht die alliierte Gegenoffensive über die ermatteten Deutschen herein; Ludendorff irrt mit dem Gestus eines Mannes, dem grosses Unrecht widerfuhr, durch sein Hauptquartier. Ein Generalstabsoffizier, Mertz von der Quirnheim, schreibt in sein Tagebuch: «Exzellenz ganz gebrochen.» Ludendorff selbst beschwört die Himmelsmächte: «Der gute Gott wird uns hoffentlich nicht verlassen.»

Im Spätsommer gärt es an der Front, der Unmut der Soldaten nimmt zu. So viele Opfer, so wenig Aussicht auf ein Ende der Schlächtereie. Und der Druck der Alliierten wächst. Ein deutscher Bataillonskommandeur beschreibt den Zustand seiner Truppe so: «Oft habe ich bei der Beobachtung der Leute vor mich hingesagt: Sie sehen aus wie Gespenster. Farblos, verhungert, in zerrissenen Uniformen, verlaust, schleichend, manche fast Menschen nicht mehr ähnlich.»⁴

Am 8. August, dem «schwarzen Tag des deutschen Heeres», erringen die Alliierten bei Amiens einen vorentscheidenden Sieg. Ein deutscher Artillerieoffizier schildert den Auftakt der Kämpfe: «Ringsum, durch den feuchten Nebel eigentümlich gedämpft und zerstreut, ertönt mit überraschender Plötzlichkeit stärker und stärker werdender Donner. Jedem ist klar: Der Feind trommelt! Von Norden nach Süden, soweit das Ohr reicht, umspült uns die gewaltig donnernde Flut. Man weiss nicht, wo sie anfängt. Man weiss nicht, wo sie aufhört. Das Feuer, wie aus dem Jenseits herabgeschleudert, erreicht schnell den

Grad äusserster Heftigkeit. In dem tobenden Lärm kann man nur die nächstliegenden Schüsse unterscheiden, oft nicht einmal diese. Nur das Surren der Sprengstücke um unsere Köpfe, der Qualm, der um die Geschütze streicht, beweist die Nähe des Einschlags. Man ist völlig abgeschnitten und der Batterieführer allein auf sich angewiesen.»⁵

Auf dem trockenen Boden setzt die Entente erstmals mit durchschlagendem Erfolg schwere Kampfpanzer ein, eine noch junge Waffe, die man auf deutscher Seite ebenso unterschätzt wie vernachlässigt hat. Die stählernen Ungetüme gibt es seit 1916, die Verteidiger nennen sie respektvoll «Tankdrachen». Und diese Drachen klettern nun mit ihren Ketten über Gräben, Stacheldrahtverhaue und Verschanzungen, zwei Drittel der deutschen Soldaten ergeben sich einfach, sie sind ausgehungert, demoralisiert, am Ende.

Fast ein Jahrhundert nach diesen Szenen wird der Hamburger Journalist Joachim Mohr über das Kriegstagebuch seines Grossvaters schreiben, das er nach dessen Tod fand und entzifferte. Maximilian Mohr, Jahrgang 1896, der im Krieg schwer verletzt wurde, schreibt über die Westfront im August 1918: «In den frühen Morgenstunden griffen starke amerikanische Truppenverbände diesen Frontabschnitt an. Unsere noch vor uns liegende Infanterie wurde aufgerieben beziehungsweise kam in Gefangenschaft. Unser Kompanieführer Leutnant Freitag wollte noch einen Gegenangriff unternehmen, und mit dem Ruf ‚Vorwärts, Kinder!‘ sprang er als erster aus dem Graben. Aber kaum war er draussen, erhielt er einen Halsschuss und war tot.» Mohrs Kompanie verliert binnen weniger Sommertage mehr als die Hälfte ihrer Männer: «Der einfache Soldat sah, dass der Krieg für uns verloren war.»⁶

Der Schock der kommenden Niederlage trifft viele Menschen im Reich unerwartet. Anders als 1945 ist Deutschland 1918 fast völlig zerstört; der Krieg im Westen wurde in den verwüsteten Landschaften Frankreichs und Belgiens ausgetragen. Den Luftkrieg gibt es erst in Ansätzen, auch wenn deutsche Nachtangriffe mit Zeppelin und viermotorigen Gotha-Bombern auf London wie Vorboten künftiger Feuerstürme Schrecken verbreitet haben. Nur grenznahe deutsche Städte wie Köln und Freiburg haben einige Attacken durch alliierte Doppel-

decker erlebt. Und hatten sich nicht im Frühjahr noch die deutschen Armeen wieder Paris genähert? Waren die letzten Siegesmeldungen nicht erst wenige Wochen her? Noch im Juli haben die rechten Zeitungen über grosse Erfolge im Westen berichtet, über zertrümmerte Armeen «des Engländers», und man musste schon genau zwischen den Zeilen lesen können, um festzustellen, dass es sich hier bestenfalls um örtliche Abwehrrfolge eines zurückweichenden Heeres handelt. Der Belagerungszustand und die straffe Zensur erlauben zudem keinerlei öffentliche Erörterung der militärischen und politischen Lage. Selbst Briefe von Soldaten, aus denen sich die üble Lage im Westen schliessen liesse, werden nicht weitergeleitet. Ganze Abteilungen beschäftigen sich damit, Feldpostbriefe heimlich unter Wasserdampf zu öffnen, um «politisch unzuverlässige Personen» im Feldheer aufzuspüren.

All diese Dinge prangert Hugo Haase, unermüdlich wie immer, im Namen der USPD schon im Sommer an als «die tollsten Orgien des Imperialismus», im Reichstag, dem einzigen Forum, wo dies möglich ist: «Das Meer von Blut schwillt von Tag zu Tag. ... Die Volksmassen müssen endlich begreifen, dass es ihre Aufgabe ist, dem Kriege ein Ende zu machen.»⁷

Anfang September hätten dennoch wenige geglaubt, wie schnell die scheinbare so unerschütterbare Welt des alten Kaiserreichs fallen würde. Auch die Sozialdemokraten sind darauf nicht vorbereitet, auch sie ahnen kaum, wie übel die Lage an der Front wirklich ist. Aber die Zeichen mehren sich. Am 2. September droht der Oberbefehlshaber in den Marken die Verbreitung von Gerüchten, die SPD könne demnächst an der Regierung beteiligt werden, als «geeignet, die Bevölkerung zu beunruhigen», mit Gefängnis bis zu einem Jahr zu bestrafen.⁸ Die SPD hat seit dem missglückten Januarstreik nichts dergleichen gefordert, aber ihre Kritik an der Reichsleitung und vor allem am unfähigen Kanzler deutlich verschärft, dem Grafen Hertling, der bereits im November 1917 den heillos überforderten Georg Michaelis ablöste, laut Hermann Müller «ein hilfloser Greis»⁹.

Am 12. September trifft sich in Berlin, erstmals seit Monaten, der Interfraktionelle Ausschuss wieder, das gemeinsame Gremium von Linksliberalen, Zentrum und USPD, das im Vorjahr vergeblich einen Verständigungsfrieden gefordert hat. Die Abgeordneten loten die Ge-

meinsamkeiten aus, die ihnen trotz des Zerwürfnisses wegen der Januarstreiks geblieben sind – und stellen fest, dass sie sich im Wesentlichen so uneins gar nicht sind, vor allem nicht im wichtigsten Punkt, den Matthias Erzberger, der wichtigste Mann des Zentrums, unverblümt benennt: «die Unglaubwürdigkeit unserer Regierung im Ausland». Mit dem Kaiser, der Heeresleitung und der Regierung Hertling wird es keinen Verständigungsfrieden geben können. Und Friedrich Ebert warnt: «Wir sehen keine Möglichkeit, die Dinge weiter halten zu können, wenn wir nicht zum Schluss kommen. Wir werden bestürmt von unseren besten Leuten im Lande.»¹⁰

Da ist es heraus: Die Dinge zu halten, ist «bei Ebert in jenen Tagen zum Topos geworden» (Susanne Miller). Was die SPD-Spitze meint, ist klar – keine Revolution, kein Bürgerkrieg, sondern eine rasche Demokratisierung einschliesslich einer gleichberechtigten Arbeiterschaft. Bleibt es aber bei der alten Ordnung, dann werde es auch der SPD nicht gelingen, die Massen «zu halten». Deutlich stehen Ebert noch die Januartage im Gedächtnis: Strassenschlachten, Verhaftungen, der wachsende Zorn der Metallarbeiter, die Aufrufe des Spartakusbundes zur Gewalt, die wachsende eigene Ohnmacht beim untauglichen Versuch, die Geister, die man selbst nicht einmal gerufen hatte, zu bändigen.

Eben das, Blut, Gewalt, Tote auf den Strassen ist auch das Allerletzte, was Friedrich Ebert im Sinne hat, als er Fraktion und Parteiausschuss auf der gemeinsamen Sitzung am 23. September auf seine Lösung einschwört: Die SPD muss sich unter allen Umständen an einer Regierung beteiligen. Sonst drohten russische Verhältnisse: «Wollen wir jetzt keine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung, dann müssen wir die Dinge laufen lassen. Dann greifen wir zur revolutionären Taktik, stellen uns auf die eigenen Füße und überlassen das Schicksal der Partei der Revolution.»

Die Revolution, die er nicht will: «Wer die Revolution in Russland erlebt hat, der kann im Interesse des Proletariats nicht wünschen, dass eine ähnliche Entwicklung auch bei uns eintritt. Wir müssen uns im Gegenteil in die Bresche werfen, wir müssen sehen, ob wir genug Einfluss bekommen, unsere Forderungen durchzusetzen und, wenn es

möglich ist, sie mit der Rettung des Landes zu verbinden, dann ist es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, das zu tun.»¹¹

Es ist dies eine der ersten grossen Schlüsselszenen der deutschen Revolution von 1918, der Beginn eines kolossalen Missverständnisses. Die grösste Arbeiterpartei, die dem Klassensystem jahrzehntelang mit dem Umsturz gedroht hat, wenn der Tag kommen werde, will den Umsturz nicht haben, als dieser Tag wirklich naht. Aber ein grosser Teil des Parteivolkes erkennt das nicht. Zum Kurs Eberts und des grösseren Teils der Parteiführung gäbe es ja eine klare Alternative: sich dem kaiserlichen Staat, dem man schwerlich zu Dank verpflichtet ist, zu verweigern und sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Ebert hat ja selbst gesagt, die Partei werde bestürmt «von ihren besten Leuten», nun gegen das Regime zu handeln. Aber sie tut es nicht.

Für eine Regierungsbeteiligung stimmen Fraktion und Parteiaus-schuss am 23. September 1918 schliesslich mit deutlicher Mehrheit von 80:21. Die MSPD verlangt im Gegenzug den Beitritt Deutschlands zu einem Völkerbund, der Streitfälle friedlich regelt, ein klares Eingehen auf die Positionen des US-Präsidenten Wilson. Die Diktat-frieden mit Rumänien und Russland sind aufzuheben, die deutschen Besatzungstruppen von dort abzuziehen, auch Belgien, Montenegro und Serbien sollen geräumt werden. Innenpolitisch fordern die Sozialdemokraten freie, allgemeine und gleiche Wahlen in den Ländern, das heisst vor allem in Preußen, der auf das Drei-Klassen-Wahlrecht be-gründeten Bastion der vergehenden Kaiserherrlichkeit. Keine Neben-regierungen – dies gilt der Obersten Heeresleitung – und die Berufung der Regierungsmitglieder aus der Reichstagsmehrheit, also aus dem Kreis von MSPD, Liberalen und Zentrum. Am Ende steht die Forde-rung nach Versammlungs- und Pressefreiheit und damit dem Ende des Belagerungszustands «sowie die Beseitigung aller militärischen Insti-tutionen, die der politischen Beeinflussung dienen.»

Das ist mehr, als die SPD in Jahrzehnten erreicht hat, sie will so die Weichen für eine allgemeine und breite Demokratisierung stellen und gleichzeitig eine legitime Basis für Friedensverhandlungen einer neuen Regierung mit den Alliierten schaffen. Und doch ist es weniger, viel weniger, als die Partei einst, vor dem Krieg, den Anhängern für den fernen Tag des Sieges verheissen hatte; nicht einmal die Beseiti-

gung der Monarchie oder wenigstens die Abdankung des schrecklichen Wilhelm II. wird hier verlangt; das «Minimalprogramm» der MSPD, das am 24. September im *Vorwärts* veröffentlicht wird, ist von kühlem Pragmatismus und zugleich von Zaudern getragen. Ebert will das Blatt nicht überreizen – um seine bürgerlichen Bündnispartner nicht zu verschrecken. Sie sind jetzt bereits die erste Wahl, nicht die USPD.

Der Kurs der Kooperation, den die Ebert-SPD stattdessen einschlägt, wird ihr von linker Seite für viele Jahrzehnte als Verrat vorgeworfen werden, als Schachzug gegen die Interessen des Proletariats, verursacht durch Machtgier, Feigheit, ideologische Prinzipienlosigkeit oder gemeinen Opportunismus. Voll Zorn, noch zehn Jahre später, schreibt Eberts linker Widersacher Richard Müller: «Die Sozialdemokratie wollte den Sieg Deutschlands, des kapitalistischen Deutschlands; den demokratischen Mantel glaubte sie als Geschenk für ihr Wohlverhalten von der Bourgeoisie zu empfangen. Sie sah in diesem Geschenk den schönsten Sieg der Arbeiterklasse.» Die Soldaten und Arbeiter seien «belogen und betrogen, in ihren Hoffnungen getäuscht», von der Sozialdemokratie. Solche Niedertracht, Richard Müller resigniert, hätten aber nicht einmal «die Altmeister des Sozialismus, Marx und Engels, vorhersehen» können.¹²

Fünzig Jahre nach den Ereignissen, als *Der Spiegel* der fast vergessenen Revolution eine Serie widmet, stellt das Magazin erstaunt fest: So wie Liebnechts Anhänger 1918 auf Berlins Strassen riefen, so brüllten nun die Jungen, die zornigen 68er: «Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!» Die werden sich 1968 in einer vom linken Parteiflügel und der akademischen Jugend wütend bekämpften Grossen Koalition mit der Union befinden, so wie ein halbes Jahrhundert zuvor mit den bürgerlichen Parteien. Zur selben Zeit schreibt Sebastian Haffner sein grosses «J accuse» gegen die Ebert-SPD, die aus politischer und menschlicher Schwäche die Gelegenheit von 1918 ausgeschlagen habe, als sei sie der Mann aus Kafkas Erzählung, der sich vor dem verschlossenen Tor allzu häuslich eingerichtet habe: Während das Regime die Genossen der Unabhängigen und der Obleute an die Front einziehen liess, so Haffner, waren die Mehrheitssozialdemokraten «salonfähig geworden. Sie gingen in den Ämtern ein und aus, und selbst

im Grossen Hauptquartier wurden sie gelegentlich empfangen und höflich angehört. Es war eine ungewohnte Erfahrung für sie, und sie konnten nicht umhin, bei dieser neuen Höflichkeit und Leutseligkeit der Mächtigen ein gewisses warmes und weiches Gefühl zu verspüren.»¹³ Es ist ein vernichtendes Urteil.

In der DDR werden die führenden Männer der MSPD von 1918 dann ohnehin als Knechte «der Konterrevolution» bezeichnet, wie von Staatspräsident Wilhelm Pieck, dem ehemaligen Spartakuskämpfer, 1950 in einer Grundsatzrede. An dieser Einschätzung wird sich bis zum Ende des missglückten Versuchs einer sozialistischen Republik nur wenig ändern. Für die Liebknecht-Anhänger sind die Mehrheitssozialdemokraten und Ebert im Herbst 1918 «Arbeiterverräter», während die politische Rechte sie als «Landesverräter» schmäht.

Aber das sind spätere, nachträglich gefällte Urteile. Die Mehrheits-SPD bewegt sich in diesem September 1918 unentschlossen, manchmal ratlos angesichts der Bürde der Verantwortung. Die Sorge vor russischen Verhältnissen und die Erfahrung vom Januar 1918 verleiten die Sozialdemokraten zu einer grossen Fehleinschätzung, doch wird sich das im Nachhinein leicht sagen lassen: Sie fürchtet den Umsturz und die Masse der Arbeiterschaft, in der es brodelte. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die Fortsetzung des Krieges und die anhaltende Not, der steigende Hass auf den Kaiser, das alles bedeutet doch nicht, dass «die Massen» russische Verhältnisse wollten, gar Exekutionskommandos und Folterkeller wie unter Lenins Geheimpolizei Tschecha. Hier hat die MSPD in der Tat das Gespür für die Massen verloren, wie es ihr Hugo Haase und Richard Müller so oft vorwerfen: Einen bewaffneten Umsturz samt rotem Terror wünscht sich am ehesten ein Teil der Liebknechtgruppe (und noch nicht einmal alle, besonders Rosa Luxemburg nicht), «der Spartakus» wird in diesen letzten Kriegsmonaten zum Gottseibeius der deutschen Sozialdemokratie. Sie fürchtet, die Spartakisten könnten einen Bürgerkrieg provozieren, der in Militärdiktatur und den Zusammenbruch der Westfront münden würde.

Dass die Zahl der radikalen Liebknecht-Anhänger vergleichsweise überschaubar ist, wissen die Führer der MSPD natürlich auch. Allerdings sind die Spartakisten organisatorisch sehr eng verbunden mit der

USPD, und diese könnte, so fürchten die Mehrheitssozialdemokraten, ins Fahrwasser der Radikaleren geraten oder von diesen dominiert werden; so haben es Lenins Bolschewik! mit ihren Bündnispartnern gemacht. Man muss im Nachhinein immer eines berücksichtigen: Zensur und Versammlungsverbote machen es allen Beteiligten sehr schwer, an verlässliche Informationen zu kommen, ob es nun die Lage an der Front ist oder der wahre Zustand des Spartakusbundes. Der ist im Spätsommer alles andere als gut. Die politische Polizei Preußens ist ihren Mitgliedern auf den Fersen, nach der Verhaftung von Leo Jogiches und seines engsten Zirkels im März entdeckt und zerschlägt sie einen erheblichen Teil ihrer Untergrundstruktur. Liebknecht, Jogiches und Rosa Luxemburg sitzen nun im Gefängnis, die Gruppe ist in den Monaten vor der Revolution schwer angeschlagen.

Und ja, der Spartakusbund arbeitet mit der USPD zusammen und auch den Revolutionären Obleuten; allerdings ist er dort, anders als es später eine verklärende marxistisch-leninistische Überlieferung konstruieren möchte, sehr weit davon entfernt, treibende Kraft zu sein. Bei guter Stimmung sehen Obleute wie Richard Müller und selbst Emil Barth in den Spartakisten anfangs Weggefährten voll bestem Willen, aber ohne strategisches Geschick; bei weniger positiver Betrachtungsweise, und die kommt häufiger vor, eine Gefahr für die revolutionäre Arbeit. Anders als die Obleute in ihren Geheimzirkeln sind die Spartakisten, die es nach aussen drängt, zur Aktion und Aufpeitschung der Arbeiter, wesentlich anfälliger für die Unterwanderung durch Spitzel und Polizeiagenten. Nach der Verhaftungswelle im August 1918 brechen die Obleute die Zusammenarbeit mit der Liebknechttruppe zeitweilig sogar ab, weil sie den Genossen nicht zutrauen, dichtzuhalten oder sich gegen Verräter abzuschirmen. Wilhelm Pieck, einer der untergetauchten Führungsleute der Spartakisten, berichtet noch im September 1918 nach einer heimlichen Begegnung mit den Obleuten, diese hätten den Kontakt drastisch reduziert. Das ändert sich erst Wochen später wieder, vor allem nach Liebknechts Freilassung aus der Haft am 23. Oktober, und doch kommt es immer wieder zu Spannungen zwischen beiden Gruppen. Die Obleute beklagen selbst dann noch, der Eifer der Spartakusgruppe führe zu «Forcierung und Gefährdung»

der Revolutionsvorbereitungen, für welche der Genosse Barth schon seine Brownings sammelt.¹⁴ Dennoch ergibt sich schon vor der Revolution am 9. November ein seltsames Paradox. Zwei Kräfte gibt es in der Arbeiterbewegung, welche Macht und Möglichkeiten der Spartakisten auf dramatische und unheilvolle Weise überschätzen: Das sind die Führer der SPD – und die Spartakisten selber.

Überall in Deutschland ist in diesem Frühherbst zu spüren, dass etwas Entscheidendes bevorsteht. Ein MSPD-Reichstagsabgeordneter hört auf einer Zugfahrt erstaunt zu, als ein Divisionskommandeur vor Offizieren die Abdankung der Hohenzollern wünscht, «und er hat sich mit Worten über die Leute ausgelassen, dass man staunen musste»¹⁵. Am 28. September schreibt Hugo Haase an Else, er lebe in einer Atmosphäre ständiger Spannung: «Das herrschende System kracht in allen Fugen. ... Im Bürgertum, in Zirkeln, die monarchisch bis auf die Knochen sind, wird offen davon gesprochen, dass die Hohenzollern weichen müssen, wenn anders der Friede nicht zu erlangen ist.»

Ab dem 3. Oktober sitzt Philipp Scheidemann als Staatssekretär – im Reichskanzleramt vergleichbar einem Minister – verdrossen im neuen Kabinett. Der Genosse und Gewerkschaftsführer Gustav Bauer ist Staatssekretär für das Reichsarbeitsamt. Das Innenressort hat Karl Trimborn übernommen, ein Kölner Zentrumsmann, der, wie Hermann Müller schreiben wird, «als echter Rheinländer die Gabe hatte, auch in der schlimmsten Zeit den Humor nicht zu verlieren»¹⁶. Das Zentrum wird ausserdem durch Matthias Erzberger und den Fraktionschef Adolf Gröber vertreten, wie Scheidemann ohne Geschäftsbereich; die Freisinnigen durch ihren Fraktionschef, den Vizekanzler Friedrich von Payer, und später auch Conrad Haussmann. Das ist, an sich, nicht das schlechteste Aufgebot der deutschen Demokraten, es stellt die Reichsregierung unter Max von Baden auf eine breite Grundlage und ist doch nur eine Minimallösung, von der Scheidemann zu Recht annimmt, dass sie den kriegsmüden Massen nie und nimmer genügen wird.

Er ist sehr weit entfernt davon, diese erste Regierungsbeteiligung deutscher Sozialdemokraten als Triumph zu empfinden: Da «sass ich – sehr wider Willen – im Kabinett des Prinzen Max – ich, Scheidemann, der wüste ‚Hohenzollernbeschimpfer‘, den die politischen Kreuzzeitungsschreiber auf den Sandhaufen hatten stellen wollen

– von Kaiser Wilhelm II. berufen!»¹⁷ Die *Kreuz-Zeitung*, auf die er sich hier bezieht, hat vor 1914 zu den übelsten Sozialistenfressern des Reiches gehört und kaum verhohlen die Exekution der Parteiführer gefordert; im «Sandhaufen» versickert das Blut der Gerichteten. Etwas bleibt den neuen liberalen, katholischen und sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern, die vom Kaiser persönlich ihre Ernennungsurkunden empfangen, bei alledem noch weitgehend verborgen. Das ist der wahre Zustand des Heeres im Westen. Es ist mehr als fraglich, wie Hermann Müller schreiben wird, ob die Mehrheit der SPD-Führungsgremien jemals «ihre Zustimmung zum Eintritt in das Kabinett des Prinzen Max gegeben hätte, wenn sie gewusst hätten, wie hoffnungslos die militärische Lage Deutschlands Ende September 1918 bereits war»¹⁸. Aber das hat die Oberste Heeresleitung wohlweislich für sich behalten. Korrekter wäre es zu sagen: Sie hat die Reichsregierung absichtlich getäuscht.

Ende September kollabiert der Verbündete Bulgarien vor dem Ansturm alliierter Truppen und einer in diesem Krieg selten konzentrierten Luftmacht. Deutsche und die bereits an der Italienfront wankenden Österreicher müssten nun Truppen auf den Balkan schicken, aber diese Truppen sind nicht da. Denn am 25. September beginnen die Alliierten eine neue Grossoffensive gegen die «Siegfriedlinie», die stärkste deutsche Verteidigungslinie im Westen. Bereits zwei Tage später brechen die Angreifer durch, es ist eine der erfolgreichsten Offensiven des gesamten Krieges. Noch halten die deutschen Armeen eine Front, aber die Nachrichten, die Hindenburg und Ludendorff erreichen, werden täglich schlechter. Im Heeresbericht vom 27. September lässt Ludendorff verkünden: «Der Feind konnte somit an einzelnen Stellen unsere Infanterie- und vorderen Artillerielinien erreichen», sei aber insgesamt «an der Zähigkeit unserer Truppen gescheitert».¹⁹ Nur wer diese Art Code zu entschlüsseln versteht, bekommt eine ungefähre Ahnung, dass die Alliierten auf dem Vormarsch sind.

Der General von Marwitz befragt einen Unteroffizier, der beim Angriff feindlicher Panzer verwundet wurde, und hält anschliessend fest: «Die Leute wären beim ersten Erscheinen der Tanks teilweise zurückgegangen (zu dumm, denn da kriegen sie erst recht eins ab), er sei nun allein geblieben und beim ‚Anschlussnehmen‘ habe er den Schuss be-

kommen. Natürlich ist auch er ausgerissen, vielleicht etwas später als die anderen. ‚Na, waren denn nun die Verluste gross in der Kompanie?‘ – ‚Nein gar nicht, ich war der erste Verwundete‘, also ist's bloss der Schrecken vor den Dingen, nicht deren tatsächliche Wirkung. Immer wieder muss man das den Leuten sagen, und wo sie sich wehren, da geht's auch.«²⁰ Derlei aufgetragene Nonchalance macht die Lage der Soldaten nicht besser.

Über die Verfassung der deutschen Soldaten an der Front bemerkt ein Infanterieoffizier: «Hier gibt es nur noch krumme, halbblahme Menschen.»²¹ Wo die Linien in Auflösung geraten und sich die Möglichkeit bietet, ergeben sich immer mehr Soldaten den langsam, aber hart ostwärts drückenden Alliierten; andere laufen einfach davon. In den Gräben und der Etappe blüht der Handel mit gefälschten Ausweisen, welche zum Aufenthalt im Hinterland oder gar in der Heimat berechtigten, bessere Fälschungen kosten 20 Mark.

Gejagt von der Polizei, des Französischen meist nicht mächtig, ergeht es den meisten Deserteuren erheblich schlechter als jenem Infanteristen, der sich von der Front ins Brüsseler Rotlichtviertel absetzt, wo er «Umgang mit Damen von der Halbwelt»²² pflegte, wie die Militärpolizei grimmig notiert; finanziert hat er den kostenintensiven Unterschlupf durch den Verkauf von 2'000 Litern gestohlenen Rotweins aus Armeebeständen. Von den etwa 100'000 deutschen Soldaten, die während des Weltkrieges desertieren, fliehen die meisten im Spätsommer und Herbst 1918. Sie spüren, der Krieg wird bald vorbei sein und warum für eine verlorene Sache sterben. Die Heeresleitung vermag darin nichts als Treulosigkeit, Feigheit vor dem Feind und das Ergebnis «revolutionärer Umtriebe» und sozialistischer Wühlarbeit zu sehen. Sie interpretiert die beginnende Massenflucht also politisch. Dabei flüchten Soldaten, die nicht mehr konnten, schlicht aus der Misere, welche die verpfuschte Strategie der OHL hervorgerufen hat.

Fritz Rück erlebt die Stimmung unter den Soldaten auf einer Zugfahrt. Es ist Ende September, Rück, als energischer junger Aktivist der USPD, reist zu einer Parteikonferenz nach Berlin: «Die Soldaten, stumpf hocken sie in den Abteilen der D-Zugwagen. Sie schlafen im Sitzen wie im Stehen oder dösen vor sich hin: nur noch den Willen im

Leibe, herauszukommen aus dieser Uniform, aus diesen Stacheldraht-verhauen von Befehlen, Kommandos und Papieren.»²³ Wie Rück die Szene schildert, ist ein Zivillist, offenbar ein glühender Nationalist, unklug genug, den Männern Vorhaltungen zu machen; auf einmal erwachen sie aus dem Phlegma und ein Sturzbach von Verwünschungen geht auf den Unglücklichen nieder: «Warum meldest du dich denn nicht freiwillig an die Front, du vollgefressenes Schwein, ha?» Andere kommen dazu: «Wo fehlt es denn, dass du nicht Soldat werden kannst? Schwaches Herz, was, gute Verbindungen und vollen Geldbeutel.» Und mit den Worten: «So wie du sehen alle aus, die heute noch tapfer und patriotisch sind», werfen sie den Mann aus dem Fenster, freundlicherweise wenigstens erst, nachdem der Zug in Halle angehalten hat.

In der Heimat ändert der Eintritt der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien nichts daran, dass der Obrigkeitsstaat oppositionelle Regungen weiterhin mit aller Härte unterdrückt. Nur drei Tage bevor Haase Else über das aus den Fugen geratende System berichtet, hat ein Grossaufgebot der Polizei einen Berliner Versammlungssaal geräumt, in dem er über den Frieden sprechen wollte. Als die Beamten mit gezückten Säbeln auf die Zuhörer losgehen, brechen die Menschen in Panik aus, Haase wird vom Strom der Fliehenden erfasst und stürzt, fast fürchtet er, zu Tode getrampelt zu werden, doch: «Nur kleine Abschürfungen habe ich aus dieser Situation davongetragen. Einige beherzte und geschulte Männer errichteten im Nu eine Barrikade aus Stühlen, die die Polizei von den übrigen trennten.»²⁴

Leichter kommt in diesen Tagen Fritz Rück davon. Die Polizei lädt ihn vor. Er hat einige Tage zuvor die Rede eines MSPD-Abgeordneten vor den Arbeitern der Friedrichshafener Zeppelinwerke durch Zwischenrufe gestört und eine spontane Demonstration für Frieden und Revolution inszeniert. Die Polizei erschien nicht. Jetzt schwant ihm nichts Gutes, aber auf der Polizeiwache gibt man ihm einen Erlass des württembergischen Innenministers bekannt, der ihm verbietet, an politischen Versammlungen teilzunehmen oder dort als Redner aufzutreten: «Ist das alles?», fragte ich erstaunt. ‚Ja, das ist alles‘, sagte der Beamte und schaute mich streng an. ‚Na dann – auf Wiedersehen!‘» Rück geht zufrieden heim, nicht nur, weil ihm Schlimmeres erspart geblieben ist: «Konnte die Unsicherheit der herrschenden Gewalten

stärker zum Ausdruck kommen als in solch unzulänglichen Versuchen, unbequemen Leuten das Reden zu verbieten?»²⁵ Hugo Haase, dessen letzte Begegnung mit der Polizei wesentlich unerfreulicher verlief, erkennt in diesem Gewaltexzess klarsichtig die Zuckungen eines wunden Regimes: «Ich rechne noch mit grösseren Verfolgungen, wenn den Herrschaften das Messer zur Kehle dringt.»²⁶

«Bist Du von Gott verlassen?»: Die Bürde der Macht

Allerdings, von Messern an den Kehlen der Herrschenden ist in Berlin Ende September 1918 wenig zu sehen. Am 29. September fordert die OHL die Regierung auf, mit den Alliierten über einen Waffenstillstand zu verhandeln, diese Verhandlungen müssten von einer neuen Regierung geführt werden. Nur einen Tag später, am 30. September, tritt endlich der müde Reichskanzler Hertling zurück, die MSPD hat es rundheraus abgelehnt, unter ihm in eine Regierung einzutreten. Noch am selben Tag verkündet der Kaiser den Parlamentserlass: Die Regierung soll künftig, wie in Demokratien üblich, nicht mehr vom Monarchen, sondern von der Mehrheit im Deutschen Reichstag bestimmt werden. Auf dem bayerischen MSPD-Parteitag in München Mitte Oktober jubelt Erhard Auer aus der Abgeordnetenversammlung des Königreichs: «Wir durchleben die grösste Revolution, die es je gegeben hat! Nur die Form ist heute eine andere, weil es möglich ist, auf legalem Wege zu erreichen, wofür wir seit Jahrhunderten stritten.» Es ist eine Revolution – aber eine Revolution verordnet von ganz oben.

Das ist ihr Geburtsfehler. Das Land wandelt sich, wenige jedoch erfassen das in seiner Tragweite. Es gibt keine Siegesfeiern, keine Veranstaltungen, keine grossen Erklärungen über diesen Moment einer grossen Wende. Der MSPD-Reichstagsabgeordnete Eduard David klagt am 18. Oktober, die Demokratisierung sei bisher nicht von grosser Wirkung gewesen. Und warum sollte sie auch?

An der Stelle des inkompetenten Reichskanzlers Hertling steht jetzt ein süddeutscher Prinz, Max von Baden, den viele gar nicht kennen. Die Kriegskabinette im Reich und in Preußen sind immer noch vom alten Schlag, es gibt kaum personelle Änderungen. Auch der Kaiser

ist immer noch da, ebenso wie Pressezensur und das alle politische Arbeit knebelnde Recht des Belagerungszustandes. In Preußen jagt die Polizei Versammlungen von Arbeitern auseinander, die Zeitungen dürfen nicht offen über die grossen Fragen von Krieg und Frieden diskutieren. Der Krieg geht weiter, Söhne fallen, Mütter weinen.

Die neue Regierung wird gerade zusammengesucht, als am 2. Oktober ein Emissär der Obersten Heeresleitung, Major von dem Busche, die Fraktionsvorsitzenden des Reichstages über die Katastrophe des Westheeres informiert. Die Reichsregierung, so habe man in Spa beschlossen, müsse dem US-Präsidenten Wilson nun umgehend mitteilen, dass sie und die OHL seine 14 Punkte annehme und man um einen Waffenstillstand nachsuche. Max von Baden, der erst noch ernannt werden muss, plant bereits ein Friedensangebot des künftigen Kabinetts an die Alliierten, aber doch noch nicht unter diesen Umständen: «Meine ganze Politik basierte darauf, dass wir die Kampagne durchhielten.» Fast alle sind wie vom Schlag getroffen, Friedrich Ebert laufen die Tränen über das zerfurchte Gesicht, als er davon erfährt.

Und nun? Die Macht, jedenfalls Teile der Macht, von der die SPD jahrzehntelang geträumt hat, um mit ihr eine bessere Ordnung zu schaffen, sind zum Greifen nah. Aber was ist das für eine Macht – von Kaisers und der Generale Gnaden und im Angesicht einer militärischen Katastrophe? Otto Wels bringt es auf den Punkt, als er Ebert im Parteivorsand anfaucht: «Bist Du von Gott verlassen, lass doch zum Teufel den Frieden diejenigen schliessen, die den Krieg geführt haben!»²⁷ Klarsichtig erkennt Wels die Gefahr, dass die Sozialdemokratie von den sinkenden Mächten des alten Reichs «mit in die Konkursmasse des Kaiserreich gezogen» wird; dass sie ihr ein Erbe hinterlassen, wie es übler nicht sein könnte; dass sie wird ausbaden müssen, was der deutsche Militarismus angerichtet hat; dass sie sich an einem «bankrotten Unternehmen»²⁸ beteiligt.

Im Herzen ahnt Wels auch schon, dass die Schuldigen, die den Krieg gewollt und jeden Frieden verhindert haben, die Verantwortung von sich auf die Demokraten schieben werden: «Wenn es zu Friedensverhandlungen kommen sollte», würden die Alliierten «einen Diktatfrieden durchsetzen, einen anderen werde es nicht geben. Solle die So-

zialdemokratie in die Rolle der Bolschewik! in Brest-Litowsk kommen und den Kopf für die Fehler früherer Regierungen und der Obersten Heeresleitung hinhalten?»²⁹ Genau so wird es kommen, ganz genau so.

Aber niemand unter den führenden Genossen hat die breiten Schultern, sich Ebert entgegenzusetzen, auch nicht Scheidemann, der nun an der Weisheit des Entschlusses zweifelt, in die Regierung zu gehen. Ebert ist jetzt der starke Mann der Partei, er appelliert an das Verantwortungsbewusstsein der Zweifler, und er spricht aus tiefster Überzeugung: Verweigere sich die MSPD einer Übergangsregierung, dann wäre es eine Illusion anzunehmen, sie könne dann in Ruhe zusehen, wie sich das alte System selber endgültig zugrunde richte, und dann erst vortreten, um auf den Trümmern des Alten die deutsche Republik zu errichten. Ohne die stärkste deutsche, in der Arbeiterschaft verwurzelte Partei stehe das Land vor der Alternative Revolution wie in Russland oder Militärdiktatur; welches davon die Reaktion auf das jeweils andere sei, spiele keine Rolle, das Ergebnis sei jedenfalls Finsternis. Andere, wie Wels so auch der Bayer Auer, warnen dagegen, die SPD werde sich zum Sündenbock stempeln lassen müssen, wenn sie in die Regierung eintritt. Doch Ebert bekommt seinen Willen.

Und in der Tat ändert sich die Welt des deutschen Regierungssystems in den kommenden Tagen so rasch, dass die Beteiligten oftmals wie Gefangene oder Getriebene der Geschehnisse erscheinen und nicht wie Männer, welche über den Lauf dieser Ereignisse entscheiden. Spätere konservative Historiker werden meinen, das Erreichte habe doch bereits genügt, sei bei Lichte besehen die «Oktoberrevolution» gewesen (was die Novemberrevolution der Soldaten und Arbeiter dann überflüssig erscheinen liesse), etwa Golo Mann, der die Revolution für «historisch sinnlos» hält: «Denn das, was die Leute wollten, hatten sie schon oder hätten sie demnächst bekommen», eben ein parlamentarisches System mit einer stark zurechtgestutzten Monarchie.³⁰ Rosenberg sieht das ähnlich, er versteht zwar, warum die Reform des Oktober 1918 so wenig öffentlichen Anklang findet, wird den Massen aber dennoch vorwerfen, im November dann «eigentlich gegen sich selbst» rebelliert zu haben, was die Novemberrevolutionen, so sein bekanntestes Wort, «zur wunderlichsten aller Revolutionen» gemacht habe.

Aber diese Ansicht verkennt die brodelnde Wut in jenem Herbst 1918, den Zorn auf den Kaiser in seiner Selbstgefälligkeit, die gärende Stimmung unter Arbeitern und Soldaten. Die Verfassungsreform von Ende September ist in der Theorie und staatsrechtlich ein gewaltiger Schritt. Faktisch aber bietet und erreicht sie zu wenig und kommt zu spät, und sie wird, wie man heute sagen würde, kaum verständlich und einprägsam kommuniziert – aber wie auch unter dem Belagerungszustand? Eigentlich hat Arthur Rosenberg das selbst erkannt, wenn er schreibt: «Wäre in der Öffentlichkeit seit Monaten ein grosser Kampf um das parlamentarische System geführt worden, dann hätten die Arbeiter und Mittelschichten daran Anteil genommen und den Sieg als ihren eigenen angesehen. In Deutschland folgte 1918 auf neun Monate politischer Kirchhofruhe plötzlich der vollständige Sieg der bürgerlichen Demokratie. ... Der einfache Soldat und Arbeiter aber sah eine solche Veränderung nicht.»³¹ Vor allem geht der Krieg ja immer weiter, und so lange das so ist, bleibt jede Regierungsreform Makulatur.

Auch Rosa Luxemburg zeigt sich unbeeindruckt von der Regierungsbeteiligung der ungeliebten Mehrheitssozialdemokraten, sie wittert einmal mehr Verrat: «In allen früheren Revolutionen traten die Kämpfer mit offenem Visier in die Schranken. In der heutigen Revolution treten die Schutzgruppen der alten Ordnung nicht unter eigenen Schildern und Wappen der herrschenden Klassen, sondern unter der Fahne einer sozialdemokratischen Partei in die Schranken. Würde die Kardinalfrage der Revolution offen und ehrlich: Kapitalismus oder Sozialismus lauten, ein Zweifel, ein Schwanken wäre in der grossen Masse des Proletariats heute unmöglich.»³²

Fake News 1918: Die Geburt der Dolchstosslegende

Das Ausmass der drohenden militärischen Katastrophe ist selbst vielen höheren Offizieren nicht klar. Umso härter trifft es sie, als Ludendorff sie am 1. Oktober ins Bild setzt und ungeschönt die Lage schildert. Oberst von Thaer schreibt am selben Abend deprimiert in sein Tagebuch: «Furchtbar und entsetzlich! Es ist so! In der Tat! Als wir

versammelt waren, trat Ludendorff in unsere Mitte, sein Gesicht von tiefstem Kummer erfüllt, bleich, aber mit hochoberem Haupt.» Es sei nur noch eine Frage kurzer Zeit, sagt Ludendorff den erstarrten Offizieren, dass den Alliierten «ein Durchbruch in ganz grossem Stil gelingen werde» – eben das, was beiden Seiten in vier Jahren Stellungskrieg nicht gelungen ist, den Briten und Franzosen nicht an der Somme, den Deutschen nicht in Verdun. Wenn die Front kollabiert, ist der Krieg verloren. Der Mann, der wie kaum ein anderer dazu beigetragen hat, Deutschland in diese militärische Lage zu bringen, macht «das Gift spartakistisch-sozialistischer Umtriebe» für den Zustand der Truppe verantwortlich, die «leider schon schwer verseucht» sei.

Hier liegt die Wurzel einer der erfolgreichsten Verschwörungstheorien der Weltgeschichte. Wenn das frühe 21. Jahrhundert darüber rätselt, warum so viele Menschen Fake News produzieren oder glauben, wenn autoritäre Regierungen wie jene in Moskau eigene «Troll-Factories» Falschmeldungen verbreiten lassen und die US-Administration unter Donald Trump «alternative Wahrheiten» verkündet – das alles tritt in den Schatten verglichen mit der Dolchstosslegende, die Ludendorff hier bei der Besprechung mit seinen Offizieren vorbereitet. Der Mann, der wie die meisten seinesgleichen den Krieg gewollt hat, als der Krieg gar nicht nötig war; der Militärdespot, der jeden Ausgleichsfrieden verhinderte, solange ein solcher noch möglich war; der Oberbefehlshaber, der Nation und Armee in die Niederlage führte, die zumindest dieses Ausmass nicht hätte annehmen müssen – dieser Erich Ludendorff deutet die Geschichte jetzt um. Aus dem eigenen Versagen wird die Geschichte des Verratenen, des an fremder Tücke gescheiterten Helden. Genau so kommt sie beim Obersten von Thaan an: Der Oberste Heeresführer erscheint ihm im fahlen Licht gleich einer «wahrhaft schönen germanischen Heldengestalt! Ich musste an Siegfried denken mit der tödlichen Wunde im Rücken von Hagens Speer.»

Und daran, wer wie bei den Nibelungen den Speer hinterrücks geworfen habe, lässt der Erste Generalquartiermeister keinen Zweifel. Ludendorff erklärt, er habe den Kaiser gebeten, «diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, dass wir so weit gekommen sind».

Gemeint: die demokratischen Parteien im Reichstag, allen voran die Sozialdemokraten. Düster murmelt Ludendorff: «Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben.»

Im Saal Gemurmel, Schluchzen, manchen Generälen laufen die Tränen die Wangen herunter. Von Thaer hat unwillkürlich die Hand des Nebenmanns zur Rechten ergriffen. Er drückt sie so fest, als sei sie sein letzter Halt. Eine Welt ist zusammengebrochen.

Die Suppe auslöffeln, die sie uns eingebrockt haben: Das also ist der Dank eines Generals, der sich für einen Ehrenmann hält. Das ist der Dank an die Sozialdemokraten für ihre Zustimmung zum Krieg, für die Bewilligung immer neuer Kriegskredite, für das lange Stillhalten der Arbeiterschaft, für die Bemühungen der SPD um die nationale Einigkeit. Sogar die Abspaltung des linken Parteiflügels haben die Sozialdemokraten hingenommen, um nur nicht als vaterlandslose Gesellen zu erscheinen. All ihre Initiativen, 1917 zu einem akzeptablen Frieden zu kommen, haben Männer wie Ludendorff in den Wind geschlagen, ideologisch, verbohrt, besessen von der Idee eines Sieges, der doch immer unwahrscheinlicher wurde. Und jetzt gibt er ihnen die Schuld, einzig bemüht, die eigene Haut und den eigenen Nimbus zu retten.

Es gäbe sogar noch eine militärische Perspektive – den langsamen Rückzug auf feste Stellungen Richtung Rhein. Diese Option, auf die 2013 der Historiker Ernst Piper noch einmal hinweisen wird, bereitet den Alliierten einige Sorgen; sie ist angesichts des Zustands des deutschen Heeres allerdings nicht sehr wahrscheinlich, aber auch kein reines Luftschloss. Winston Churchill als Minister im britischen Kabinett geht im Herbst 1918 davon aus, dass die Heere der Entente ein halbes Jahr benötigen würden, um den Rhein zu erreichen. Und dann würde der Kampf um das Deutsche Reich erst richtig beginnen. Auch der alliierte Oberkommandierende, der französische Marschall Ferdinand Foch, teilt diese Befürchtungen.

Für Ludendorff und Hindenburg und ihren Hofstaat wäre das grosse Rückzugsgefecht allerdings höchst unattraktiv: Sie müssten entweder zurücktreten und anderen die militärische Führung überlassen – das aber würde einem Eingeständnis gleichkommen, die Schuld an diesem militärischen Desaster zu tragen. Oder sie würden den Krieg weiterführen,

Deutschland verteidigen wie gegen die Russen in Tannenberg 1914. Aber das würde bedeuten: Deutschland würde weiter einen Krieg führen, der im allerbesten Fall zu einem mörderischen Patt am Rhein führen könnte. Gewinnen aber wird es den Krieg auf gar keinen Fall mehr. Darunter aber machen es die Herren von der Obersten Heeresleitung nicht. Hindenburg und Ludendorff haben versagt und verloren, Hunderttausende Männer für ein paar Kilometer Bodengewinn geopfert, hochgespielt und noch höher verloren für ihr Spukgespinnst vom Siegfrieden und Deutschlands Weltmacht. Doch nun ist die Geisterstunde vorüber.

Die Männer der OHL, die sich hier aus der Verantwortung stehlen, sind keine Kapitäne, die versuchen, das sinkende Schiff zu retten oder mit ihm unterzugehen, wie es die Ölschinken der nationaltrunkenen Maler während des Krieges gern erfinden. Sie stehlen das erste Rettungsboot und überlassen das Schiff, das sie in den Untergang gesteuert haben, anderen – nur um diese sogleich zu beschimpfen, wie sie das Schiff je in diese verhängnisvolle Lage bringen konnten.

Selbst Generalleutnant Wilhelm Groener, zumindest nach den Masstäben der Obersten Heeresleitung ein eher pragmatischer, nicht zum völkischen Irrlichtern neigender Offizier, wird noch in seinen Memoiren ohne jedes schlechte Gewissen schreiben: «Die Heeresleitung stellte sich bewusst auf den Standpunkt, die Verantwortung für den Waffenstillstand und alle späteren Schritte von sich zu weisen.» Wer sonst aber sollte diese Verantwortung tragen als die Heeresleitung, die so lange bestimmende Instanz im kriegführenden Reich? Selbst Groener gesteht zu: «Sie tat dies, streng juristisch gesehen, nur mit begrenztem Recht. Aber es kam mir und meinen Mitarbeitern darauf an, die Waffe blank und den Generalstab für die Zukunft unbelastet zu erhalten.»³³ Sprich: Wir haben alle belogen, damit es uns nicht an den Kragen geht und wir so mächtig bleiben wie möglich.

Ludendorff ist nicht dumm, er war immer ein geschickter Taktiker. So viel Borniertheit und Autosuggestion vermag selbst er nicht aufzubringen, um das wirklich zu glauben, was er da gesagt hat. Die Demokraten und Sozialisten haben seine Armeen nicht infiltriert. Ludendorff hat keine Belege, keine Beweise für das, was er da behauptet. Es gibt diese Belege und Beweise nicht. Es gibt nur Verbitterung, entsetz-

liche Erschöpfung, Verdruss bei den Soldaten und der Arbeiterschaft daheim über das, was die Militärführung und der kaiserliche Staat ihnen zugemutet haben und immer weiter zumuten ohne jede Aussicht auf Besserung. Aber die Männer, die dem Land wirklich «die Suppe eingebrockt» haben, zeigen nun ihr wahres Gesicht, das Gesicht des Hasses. Wie hat Wilhelm II. 1914 gesagt: Er kenne nur noch Deutsche? Bei der Militärführung ist das anders: Sie kennt im Herbst 1918 nur noch gute Deutsche und schlechte Deutsche. Sie beschwört den «inneren Feind» wieder herauf, als habe es niemals vier Jahre lang enge Kooperation mit dem Reichstag gegeben.

Es ist eine grosse Lüge, eine epochale tückische Lüge; sie klingt, als habe das «Wahrheitsministerium» aus George Orwells dystopischem Roman *1984* sie geschaffen: Krieg ist Frieden. Freiheit ist Sklaverei. Unwissenheit ist Stärke. Auf Ludendorff übertragen: Seine Schuld ist seine Unschuld. Seine Schuld ist die Schuld der anderen. Lüge ist Ehre. Den Roman *1984* gibt es im Herbst 1918 noch nicht. Aber das, was er beschreibt, ein Zeitalter des Hasses, der Gewalt, der Umwertung aller Werte, beginnt auch an diesem 1. Oktober 1918 im Grossen Hauptquartier.

Ludendorff beendet seinen Vortrag in Spa mit einem kurzen Nicken, er dreht sich um und geht langsam zurück in sein Büro. Der Oberst von Thaer aber, überwältigt von seinen Gefühlen, eilt ihm nach, er packt den schroffen, unnahbaren Feldmarschall sogar mit beiden Händen am Oberarm und hält ihn fest. Eine undenkbbare Szene, noch eine Viertelstunde zuvor. Thaer stammelt: «Excellenz, ist das denn Wahrheit? Ist das das letzte Wort?» Ludendorff lächelt sogar über den eifrigen, verwirrten Untergebenen. Und antwortet: «Leider Gottes ist es so, und ich sehe keinen anderen Ausweg.»³⁴

Es gäbe eine Antwort darauf, eine einzige und sehr naheliegende. Die Demokraten könnten sehr leicht ihrerseits die Suppe, die dieser Mann und seinesgleichen ihnen eingebrockt haben, die Köche selbst auslöffeln lassen. Matthias Erzberger vom Zentrum erkennt dies, aber zu spät: «Die Regierung des Prinzen Max von Baden hat vielleicht einen einzigen Fehler gemacht... Sie hätte den General Ludendorff hinschicken und ihm sagen sollen: ‚Schliesse du den Waffenstillstand ab!‘» Wahre Worte, bis auf «vielleicht».

«Die Toten reiten schnell»: Der Sturz des Kaiserreichs

Während die Generäle versuchen, anderen die Schuld zuzuschieben, planen die Obleute den Aufstand, wenn sie nicht gerade Geld für die Familien der inhaftierten Freunde sammeln, 25 Mark pro Woche und Haushalt. «Die illegale Organisation wuchs, der Wille stählte sich», notiert Barth.³⁵ Seine Brownings stammen vom Schwarzmarkt, auf dem der Handel mit Militärware blüht, Waffen aber sind selbst dort noch selten und sehr teuer. Granaten bauen manche selber, schmuggeln Sprengstoff und Teile mit dem D-Zug nach Berlin, angesichts der vielen Kontrollen ein gefährliches Unterfangen. Das Geld organisiert Barth zunächst bei Genossen und Unterstützern, die sich eine Spende für die Revolution leisten können. Barth lässt Stosstrupps zusammenstellen, die «in der richtigen Stunde zum Kampfe» mit diesem bescheidenen Arsenal zuschlagen sollen.

Dieser schillernde Mann ist nun ganz in seinem Element. Er fordert «die äusserste Kraftanstrengung, den einheitlichen Schlag im ganzen Lande. Kuriere gingen ab. Die Stimmung war überall gut, die Vorbereitungen überall fest im Gange. Überall nur die strikteste Anweisung, nur auf meine Parole loszuschlagen.»³⁶ Barth verschwendet wenig Gedanken daran, was geschehen würde, würde Preußens Militärmacht durch ein paar Verschwörer mit Pistolen und selbst gebastelten Granaten herausgefordert. Karl Liebknecht wird ihn, zum Glück für die Beteiligten, Ende Oktober harsch in die Schranken weisen, als ihm Barth vorschlägt, vier Leute mit Brownings und je hundert Schuss an die Spitze eines Demonstrationszuges zu stellen: «Aber Barth, aus Ihnen spricht ja buchstäblich der Wahnsinn!»³⁷ Barth neidet ganz offensichtlich dem anderen Nimbus und Ansehen und mault, er sei für Liebknecht «der bestgehasste Mann».

Jene Revolution, die Barth vorbereitet, sucht die MSPD als Teil der neuen Reichsregierung zu verhindern. Ebert hält den Kritikern dieser Beteiligung an der Macht entgegen: «Sie dürfen niemanden von uns für einen solchen Esel halten, dass er nicht sagt: ‚Ich danke meinem Schöpfer, wenn dieser Kelch an mir vorübergeht.‘ Aber das sind persönliche Auffassungen, die nicht in Betracht kommen, wenn das Inte-

resse der Partei, der Arbeiterklasse und des Landes auf dem Spiel steht.»³⁸

Die Regierung mag nun Demokraten als Minister haben, das Militär zeigt sich davon unbeeindruckt. Deutschlands Verbündete haben aufgegeben, aber die Wehrbehörden ziehen unbeirrt junge Männer ein, als sei nichts geschehen. Am 6. November protestieren die Unabhängigen dagegen und gegen die Fortsetzung des Krieges; sie rufen die Arbeiterschaft auf, sich bereitzuhalten, denn «die Geschicke des deutschen Volkes werden durch dunkle Mächte gelenkt, die bereit sind, das Verderben des Volkes zu vollenden». Zu diesen Mächten der Finsternis zählen ganz offenkundig die «Regierungssozialisten» mit ihren Aufrufen, die Ruhe zu bewahren: «Jede selbständige freie Betätigung der Massen soll unterdrückt werden.»³⁹

Dabei sind der MSPD einige Erfolge vergönnt. Am 26. Oktober verkündet der Kaiser faktisch den Übergang zur konstitutionellen Demokratie. Die Kommandogewalt wechselt vom Monarchen zum Reichskanzler als Chef der Regierung, die wiederum ist künftig der Kontrolle durch den Reichstag unterworfen. Ein Gewerkschaftsblatt jubelt: «Herrlich ist das eingetreten, was unsere Alten verheissen haben!»

Und Ludendorff muss endlich gehen, am selben Tag, der *Vorwärts* bejubelt schon «die Entpolitisierung des Militärs». Deutschlands einst mächtigster Militärführer ist fort. Aber der alte Hindenburg, den sie als das geringere Problem betrachten, bleibt im Amt, und der spektakuläre Abgang seines eifernden völkischen Kompagnons geht in den Ereignissen des Spätherbsts unter. Und der Kaiser, der dies alles bestätigt hat, setzt sich am 29. Oktober zu Hindenburg und der OHL ab, so als wolle er vor sich selbst und den neuen Zeiten fliehen. Diese Volte ist kurios genug: Der Monarch ermöglicht republikanische Reformen, die seine Militärführer verbissen abgelehnt haben und die ihre Macht empfindlich beschneiden – und sucht dann Trost bei eben diesen Führern. Es scheint für einen Augenblick, als gehe der Plan der MSPD-Führung auf: «Die Reform von oben sollte der Revolution von unten zuvorkommen – das war der Grundgedanke der nun vollzogenen Wende» (Volker Ullrich).⁴⁰

Der Kaiser mag sich in Spa sicherer und unter seinesgleichen füh-

len, an seinen Abschied denkt er nicht: «Ein Nachfolger Friedrichs des Grossen dankt nicht ab.» Auf diesen kühnen Vergleich hat ihn Hindenburg gebracht: Habe nicht auch der berühmteste Preußenkönig nach der schweren Niederlage von Kunersdorf 1759 den Kampf nicht aufgegeben und sei als Sieger aus dem Siebenjährigen Krieg hervorgegangen?

Nichts anderes als die Abdankung erwartet aber US-Präsident Woodrow Wilson, was er die Reichsregierung in einer Antwort auf deren Bitte mitteilt, er möge einen Waffenstillstand vermitteln. Diese dritte Wilson-Note vom 23. Oktober ist für Regierung und Heeresleitung noch ernüchternder als die ersten Schreiben aus Washington. Der Präsident verlangt nichts weniger als eine völlige politische Umgestaltung des Reiches, er werde nur mit einer vom Volkswillen getragenen Regierung verhandeln, aber nicht mit den «monarchischen Autokraten» und «militärischen Herrschern» Deutschlands. Warum sollte er es auch tun? Die Betreiber des unbeschränkten U-Boot-Krieges haben nichts mehr zu bieten. Wilhelms II. Konzessionen von 26. Oktober werden Wilson bei Weitem nicht genügen. Und die Reform von oben steckt nun in einer Sackgasse. Gehe der Kaiser nicht, notiert Scheidemann Ende Oktober, «dann wird der Katze nicht stückweise der Schwanz abgehackt, dann weg mit der Monarchie auf einen Hieb»⁴¹. Am letzten Tag des Monats erklärt sich Ungarn für unabhängig, und die Türkei unterzeichnet einen Waffenstillstandsvertrag. Deutschland ist nun allein. Entlang der gesamten Front in Belgien und dem Osten Frankreichs stehen die Truppen unter schwerem Druck. Und auch vom Balkan her nähern sich die Alliierten. Das ist die Lage, als die ersten Nachrichten von der Kieler Matrosenrevolte eintreffen. Auf der Kabinettsitzung am 4. November reicht der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, Admiral Ernst Ritter von Mann, dem neben ihm sitzenden Scheidemann mit zitternden Fingern ein Telegramm aus Kiel: «Was ist das? Ein Zweifel war nicht mehr möglich – das war die offene Rebellion.»⁴²

«Die Nacht verlief verhältnismässig ruhig, abgesehen von kurzen Schiessereien»: Die Revolution überrollt das Reich

In Kiel sieht der Journalist Rausch die neue Zeit fast im Wortsinn anbrechen: «Als der 5. November sich mit blutrotem Schein aus den Seenebeln hervorhob, blickte er in eine völlig veränderte Welt. Über der deutschen Flotte, vom Kieler Rathaus und vom Schlossturm wehte die rote Fahne der Revolution.»⁴³ Nun ist eingetreten, was Ebert unbedingt hat verhindern wollen. Seine «Oktoberrevolution» ist verpufft, in Kiel rebellieren die Soldaten, und die Alliierten sind nicht geneigt, ein Kaiserreich zu dulden, das sich, wie Wilson es sieht, mit ein paar republikanischen Federn schmückt. Im Regierungskabinett herrscht beinahe Panik, nur teilweise erklärbar mit dem Umstand, dass die Minister noch kaum etwas wissen über die Ursache der Revolte, nämlich den Plan der Seekriegsleitung, ihren Friedensbemühungen in den Rücken zu fallen und die grossen Schiffe zum letzten Gefecht auslaufen zu lassen. Schon in dieser ersten Stunde in Berlin wird das Unvermögen der Mehrheitssozialdemokraten spürbar, diese Revolution als Chance zu erkennen, als Aufstand für die eigenen Ziele. Die Matrosen lehnen sich nicht gegen, sondern für die Regierung auf, aber Ebert und Scheidemann erkennen das nicht. Die Bolschewismusfurcht hat ihren Blick verengt. Die Matrosen bitten ja geradezu um einen Vertreter der Reichstagsmehrheit, der MSPD, mit dem sie verhandeln können. Kein Revolutionstribunal verrichtet in Kiels Bürgervierteln sein blutiges Werk. Aber das Kabinett hört nur, so Scheidemann, «neue Hiobsbotschaften» aus den norddeutschen Küstenstädten, und als «letzten Hoffnungsschimmer» schickt die Regierung Gustav Noske eilends nach Kiel, ihm bleibt kaum Zeit, «um ein paar Sachen zusammenraffen zu können».

Am 6. November, während die Revolte von Kiel aus wie ein Lauffeuer um sich greift, trifft Wilhelm Groener im Reichskanzlerpalais ein, um mit den Führern der Arbeiterschaft die Lage zu erörtern. An der Katastrophe des deutschen Heeres im Westen und der imperialistischen Kriegspolitik hat der neue Erste Generalquartiermeister persönlich wenig Schuld. 1917 hat ihn die Militärkamarilla kaltgestellt

und als Divisionskommandeur an die Westfront versetzt, weil der eigenständige Kopf eine «Neigung zu weit links» habe.

Groener, 1867 geboren im schwäbischen Ludwigsburg, ist ein unkonventioneller Monarchist mit stark entwickeltem Realitätssinn; er hat schon früh daran zu zweifeln begonnen, dass ein Siegfrieden überhaupt erreichbar ist. An der Spitze des Kriegsamtes, für die Kriegswirtschaft zuständig, lernt er Sozialdemokraten und Gewerkschafter kennen und einige von ihnen, wenn auch nicht zu lieben, so doch zu respektieren. Ohne die gemässigte Arbeiterschaft, davon ist Groener früh überzeugt, wird kein vernünftiger Übergang in den Frieden möglich sein. In Briefen vom November 1918 an seine Frau bringt er das ganze Elend der Heeresleitung und des deutschen Militarismus sehr treffend auf den Punkt: Das aufziehende Debakel im Westen sei die «ganz natürliche Folge einer verfehlten Politik der Obersten Heeresleitung» und der politischen Kräfte, die nach Weltgeltung Deutschlands strebten: «Ehe wir unsere kontinentale Stellung in Europa ausreichend gesichert hatten, haben wir uns in eine Weltpolitik gestürzt, für die wir auch gar nicht genügend militärisch vorbereitet waren.»⁴⁴

Und dennoch, er ist nolens volens der führende Mann jenes Militärapparates, der so gründlich abgewirtschaftet hat und gegen den die Soldaten und Matrosen nun aufbegehren. Groener aber tritt auf wie ein Mann, der etwas zu geben hat. Als ihm Ebert milde erklärt, es sei nun nicht die Zeit für Schuldzuweisungen, aber das Volk mache nun einmal den Kaiser für alle Übel verantwortlich, deshalb müsse Wilhelm II. abdanken, reagiert der Generalquartiermeister unwirsch. Es klingt nicht, als wünsche sich der Sozialdemokrat den Sturz des Kaisers; nach den Erinnerungen Max von Badens, der die bemerkenswerte Szene festhält, sagt Ebert: «Daher sei die Abdankung des Kaisers, wenn man den Übergang der Massen zu den Revolutionären verhindern wolle, notwendig.» Der Kronprinz könne nicht Nachfolger werden, da «er bei den Massen zu verhasst ist». Die MSPD stellt in dieser Krise noch nicht einmal die Monarchie an sich infrage, deren Beseitigung sie jahrzehntelang verlangt hat. Moderater ginge es schwerlich. Dabei steht vor allem Ebert unter Druck der Parteibasis, die von einer konstitutionellen Monarchie, also einem Verbleiben des Kaisertums bei gleichzeitiger Parlamentarisierung, wenig wissen will, von der

USPD und den Obleuten ganz zu schweigen. Am 5. November hat selbst der MSPD-treue *Vorwärts* gemahnt: «Die Aussicht, sich in einer jungen Republik vielleicht 30 Jahre lang mit royalistischen Don Quichottes herumschlagen zu müssen, gehört ja auch nicht zu den angenehmsten.»⁴⁵

Aber als Ebert auf eine Abdankung Wilhelms II. zu sprechen kommt, kanzelt Groener den MSPD-Vorsitzenden kühl ab. Das, sagt er, komme überhaupt nicht infrage; die Armee stehe «in schwerem Ringen mit dem Feinde», da könne man ihr doch nicht «den Obersten Kriegsherrn wegnehmen». In diesem Moment stürmt Scheidemann in den Saal und ruft: «Die Revolution marschiert!» Hamburg und Hannover sind bereits in der Hand der Aufständischen, so Scheidemann, «und nun, meine Herren, gilt es nicht mehr zu diskutieren, jetzt heisst es handeln!» Es kommt nun zu einer wunderlichen Szene, in der Eberts Begleiter den General beinahe anflehen, doch ein Einsehen zu haben; dem Genossen Albert Südekum stehen die Tränen in den Augen. Der starke Mann der Heeresleitung bewegt sich keinen Zentimeter: «Der Vorschlag ist undiskutabel.» Er, Groener, sei von allen Prinzen zu der Erklärung autorisiert: «Falls ihr Vater, der Kaiser, gezwungen würde, gegen seinen Willen abzudanken, würde keiner die Regentschaft übernehmen.»

In all der Aufregung ist Friedrich Ebert selbst ganz ruhig geblieben. Er hat genug gehört und sagt: «Unter diesen Umständen erübrigt sich jede weitere Erörterung. Jetzt müssen die Dinge ihren Lauf gehen.» Im Aufstehen fügt er, an den General gerichtet, hinzu: «Wir danken Ihnen, Exzellenz, für diese offene Aussprache ... Von nun an scheiden sich unsere Wege. Wer weiss, ob wir uns je Wiedersehen werden.» Für einen Augenblick sieht es so aus, als beginne mit diesem Tag die Götterdämmerung des deutschen Militarismus. Es wäre ein Abschied mit Würde gewesen und für alle Zeit.

Jedoch werden sich die SPD-Führer und der General viel schneller wiedersehen, als sie an diesem Tag ahnen. Aber das liegt in der Zukunft, als Groener durch den Garten des Reichskanzlerpalais ergrimmt zu seiner Limousine stapft.⁴⁶ Das Kaiserreich hat noch drei Tage zu leben. Wie hat Hugo Haase erst spöttisch im Reichstag gerufen, in Anspielung auf Gottfried Bürger's Gedicht *Lenore* vom gefallenen Soldaten: «Die Toten reiten schnell.» Ein passendes Bild für das sterbende

Kaiserreich: Lenore glaubt, ihren Bräutigam wiederzusehen, doch «des Reiters Koller, Stück für Stück, fiel ab wie mürber Zunder. Zum Schädel ohne Zopf und Schopf, zum nackten Schädel ward sein Kopf, sein Körper zum Gerippe, mit Stundenglas und Hippe ...» Wie schnell das Reich zerfällt, das ahnt an diesem 6. November nicht einmal Hugo Haase.⁴⁷

Und diesmal hat die Freiheit die stärkeren Bataillone, zum ersten Mal seit den Anfangstagen der grossen Revolution von 1848. Die Flammen des Aufruhrs laufen zunächst entlang der Küsten. Zwar fehlt es nicht an kaiserlichen Generälen und Offizieren, die den Umsturz mit Waffengewalt liquidieren wollen. In Köln wird das Ersatzbataillon des Infanterieregiments 29 mit scharfer Munition an die Verkehrsknotenpunkte der Stadt wie den Neumarkt und die Rheinbrücken befohlen, «um die Revolution zu unterdrücken». Aber die Männer machen nicht mit. Einige setzen sich einfach ab, andere laufen zur Redaktion der *Rheinischen Zeitung*, um die Nachricht zu verbreiten. Schliesslich marschiert eine Kompanie von den Rheinterrassen im Süden Kölns ab ins Zentrum – und verbrüdet sich sofort mit den rebellierenden Kameraden. Männer liegen sich in den Armen, die verbleibenden Posten in der Stadt lassen sich willig entwaffnen.

Mit dabei ist Wilhelm Sollmann, Redakteur der *Rheinischen Zeitung*. Er nimmt teil am Gründungstreffen eines Arbeiterrates im Hinterzimmer der Wirtschaft Schmitz in der Fleischmengergasse. Das Erlebnis wird ihm unvergesslich bleiben: «Rings um uns häuften sich die Gewehre und Seitengewehre, die unaufhörlich von den Kameraden herbeigeschleppt wurden, welche Soldaten entwaffnet hatten. Bald wurden auch die ersten Maschinengewehre eingeliefert. Abordnungen von Truppenteilen trafen ein, die sich der Revolution zur Verfügung stellten. Autos, mit revolutionären Soldaten überfüllt und mit den ersten roten Fahnen geschmückt, fuhren vor.»⁴⁸

Diese Verweigerungsbewegung hat keine zentrale Leitung, wie die deutsche Rechte später behaupten wird, schon gar nicht sitzt eine solche im fernen Moskau. In Köln stossen die Vertreter der beiden sozialistischen Parteien erst zu den meuternden Soldaten, als die schon zu Tausenden durch die Stadt ziehen. Tausende haben sich schon auf dem Neumarkt versammelt und jubeln, als je zwei Männer von MSDP und

USPD auf ein Autodach klettern, um zu ihnen zu sprechen, und sich dort symbolisch die Hände reichen.

Wesentlich ruhiger und beschaulicher als in der Festungsstadt Köln lebt es sich von alters her einige Kilometer südlich in Bonn, schon die rheinischen Kurfürsten haben hier ihre Schlösser errichtet; am Hochufer des Rheins reihen sich die Villen Kölner Industriebarone aneinander, mit ihren Türmchen und Fachwerkerkern wie Luftschlösser einer Epoche, in der alles möglich erschien und die sich doch nach einem imaginären Gestern sehnte. Der Kölner Arbeiter- und Soldatenrat schickt fünfzig Bewaffnete mit dem Zug nach Bonn, das genügt, um auch dort die kaiserliche Ordnung umzustossen wie einen tönernen Götzen. Die kleine Heerschar zieht zum Gefängnis, wie eine Trutzburg aus alter Zeit erhebt sich der scheussliche Klinkerbau drohend über der Altstadt, errichtet auf der Festungsbastion Sankt Marien. Bei entschlossener Verteidigung durch die Wachmannschaft könnte die kleine Schar aus Köln die Haftanstalt unmöglich einnehmen. Aber diesen Widerstand gibt es nicht, ganz im Gegenteil. Die Revolutionäre werden freudig begrüßt, schon am 9. November erzwingen sie mit geringer Mühe die Übergabe des Garnisonskommandos. Tote und Verletzte hat es nicht gegeben.

Handgreiflicher geht es rheinaufwärts in Koblenz zu. Am Nachmittag des 8. November schreitet ein einsamer Mann durch die Innenstadt, wie der Rattenfänger von Hameln gefolgt von einer grossen Schar kichernder und neugieriger Kinder. Er trägt einen Stock mit einem langen roten Band und scheint sich vorgenommen zu haben, die Stadt mit dem zyklischen Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Deutschen Eck im Alleingang zu befreien. Als eine Polizeistreife ihn stoppen will, kommen Soldaten hinzu und stellen sich dazwischen; so beginnt ein Demonstrationzug, der bald Hunderte Menschen stark ist. Eine Menge aus Soldaten und Zivilisten befreit erst die Häftlinge aus dem Gefängnis und dann das Polizeipräsidium, Schüsse fallen, doch der Widerstand erlischt fast sofort. Die Männer wählen einen Soldatenrat, der künftig die militärischen Behörden des in Koblenz angesiedelten VIII. Armeekorps kontrolliert; hier wie fast überall bleiben die Verwaltungsstrukturen des Heeres und der Zivilbehörden bestehen.⁴⁹

Der Charakter dieses Aufstands ist überaus friedlich, es ist eine Re-

volution der Besonnenen. Sie brauchen selten Gewalt auszuüben, weil das Alte, Überholte meist schon bei ihrem Anblick kollabiert und fast nie Widerstand wagt. Lakonisch schreiben die *Hamburger Nachrichten* am 7. November: «Die Nacht verlief verhältnismässig ruhig, abgesehen von einigen kurzen Schiessereien.»⁵⁰ Vom Rhein bis ins tiefste Ostpreußen bilden Arbeiter und Soldaten spontan Räte, die nun die eigentliche örtliche Autorität bilden. Ihre eigenen Anführer appellieren immer wieder an sie, Ruhe und das Recht zu bewahren, und da man diese Anführer kennt aus Gewerkschaften oder Arbeiterparteien, halten sich selbst grosse erregte Menschenmengen ohne Murren daran. Das Kölner Beispiel ist dabei recht typisch, weil sich MSPD und USPD gemeinsam an die Spitze stellen und ihre Rivalität hintanstellen, zum Beifall der meisten Soldaten und Arbeiter.

In München freilich, ganz im Süden, gelingt den Unabhängigen an einem sonnigen Herbsttag ein friedlicher, aber folgenreicher Handstreich. Auch hier haben sie zwar gemeinsam mit der grossen Schwesterpartei zu einer Massendemonstration für den Frieden aufgerufen. Auf der gewaltigen Freifläche der Theresienwiese nahe der Innenstadt bewegen sich grosse Menschenmengen, überragt von der bronzenen Bavaria, die Stufen vor ihren Füßen sind schwarz von Leuten. In der Masse sind vereinzelt rote Fahnen zu sehen, ein kleiner Trupp Soldaten in ihren feldgrauen Uniformen trägt eine weisse Tafel mit der Aufschrift herum: «Hoch die Revolution!» Zahlreiche Redner, als Prominenteste Erhard Auer und Kurt Eisner, fordern den Rücktritt des Kaisers, eine völlige demokratische Umwälzung in Militär und Staatsapparat und soziale Reformen; von Räten ist noch kaum die Rede. Sodann marschiert die Masse der MSPD-Anhänger ab, an der Spitze Auer und ein Musikkorps. Die Unabhängigen bleiben zurück und hören eine weitere Ansprache, der Redner fordert die sofortige Einsetzung eines Arbeiter- und Soldatenrates. Dann schreiten sie mit dem Ruf «Zu den Kasernen» zur Tat, an der Spitze Eisner selbst, blass, schweigend, ernst. Niemand weiss, was geschehen wird. Die *Münchener Post* berichtet: «Die Feldgrauen drangen in die Kasernen ein, holten ihre Kameraden heraus, die sofort mit Sack und Pack auszogen, sie nahmen zum Teil Waffen und Munition mit. Im Militärgerichtsgefängnis wurden die Gefangenen befreit. Offiziere liessen sich in der ganzen

Stadt nicht blicken.»⁵¹ Die junge Sozialistin Hilde Kramer lässt sich von der Erregung packen und zieht mit den Massen und Demonstrationssägen durch die Strassen Münchens, zum Menschenmeer auf der Theresienwiese, wo rote Fahnen über den Köpfen wehen, zur Innenstadt, wo die Menschen in Sprechchören «Nieder mit dem Krieg!» und «Es lebe der Friede» rufen, auch «Es lebe die Republik!». Und «so, dachte ich mir, muss die Revolution aussehen: Massen von Soldaten mit offenen Uniformröcken und ohne Kopfbedeckung strömten durch die Dachauer Strasse. Unter ihnen waren zahlreiche Zivilisten, Männer, Frauen und auch Kinder... Ich wurde Teil einer wirbelnden Masse, ohne zu wissen, wohin der Weg führte.»⁵²

Am Abend dieses 7. November ziehen die Unabhängigen und viele Soldaten in den Bierpalast des Mathäuser, einen reich geschmückten Ausschank, der als grösster der Welt gilt. Ein Arbeiter und Soldatenrat wählt Eisner zum Vorsitzenden, das Königshaus erklären die Versammelten für abgesetzt; und tatsächlich suchen die Wittelsbacher schon bald hurtig das Weite. Es gibt mit Zitrone gestrecktes Bier, später «Russenmass» genannt, nach den freigelassenen russischen Kriegsgefangenen, die im Frühjahr zur bayerischen Roten Armee stossen werden. In der Nacht ruft Eisner die Bayerische Republik aus und verkündet: «Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt.»⁵³ Einen Tag später wählen die bayerischen, das heisst überwiegend die Münchner Räte eine provisorische Regierung mit Eisner an der Spitze, sein Rivale Auer übernimmt zähneknirschend das Innenministerium.

Eisner hat die MSPD ausmanövriert, obwohl die Unabhängigen in München nur eine kleine Schar bilden. Aber sie bestimmen jetzt die Politik. In München hat die anschwellende Revolte ihren ersten Helden gefunden. Der Journalist und spätere Gelehrte Victor Klemperer, nicht der grösste Freund der USPD, widmet Eisner in den *Leipziger Neuesten Nachrichten* ein liebevolles Porträt: «Keiner zweifelte an Eisners völlig reinen Absichten. Er wollte nichts für seine Person, er war, obwohl ihn die Plötzlichkeit seines Aufstiegs natürlich mit Selbstbewusstsein erfüllt hatte, keineswegs von jener peinlichen Eitelkeit Karl Liebknecht.... Er wollte seine Hände reinhalten von Geld und von

Blut. Er hatte immer den besten Willen, und er setzte bei anderen Menschen ... die gleiche Seelenunschuld voraus.»⁵⁴

Kurt Eisner, geboren 1867 in Berlin als Sohn eines jüdischen Textilfabrikanten, wird zur Seele der bayerischen Revolution, obwohl seine würdige Erscheinung mit dem grauen Rauschebart so wenig Proletarisches hat. Als Schriftsteller, Journalist und Kulturkritiker versucht er zeitlebens, einen humanen Marxismus zu entwerfen. Im Gasthaus «Zum Goldenen Anker» sammelt er einen intellektuellen Kreis um sich, zu dem Literaten wie Erich Mühsam, Ernst Toller und Oskar Maria Graf gehören. Als Graf ihn das erste Mal sieht, ist er fasziniert von diesem «nicht sehr grossen Mann mit wallendem Haupthaar ... Einen Kneifer trug er, hinter dem sehr bewegliche graue Augen sass. Er hatte eine ziemlich tonlose, etwas kratzende Stimme, sprach aber sehr flüssig. Seine Kleidung war lässig, und alles an ihm machte den Eindruck von einem pensionierten Schulrat oder Professor.»⁵⁵ Im Januar 1918 organisiert er die Münchner Metallarbeiter zum Solidaritätsstreik mit den Berliner Genossen und wird zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt; doch kurz vor Kriegsende kommt er auf freien Fuss.

Dieser Mann steht nun an der Spitze der ersten sozialistischen Republik Deutschlands. Anderntags sagt er im Landtag während einer Ruhepause erleichtert: «Ist es nicht etwas Wunderbares, wir haben eine Revolution gemacht, ohne einen Tropfen Blut zu vergiessen!» Eisner lässt dem abgesetzten König Ludwig III. sogar die in der Hast des Aufbruchs zurückgelassene royale Unterwäsche in das Chiemgauer Schloss nachschicken, in dem der gewesene Regent sein Schicksal betrauert.⁵⁶

So ist München, bis 1914 die Stadt der bunten Farben und der Boheme, dessen Englischer Garten im Sommer «einer Flaniermeile der Reize» glich, wie ein Beobachter meinte, und in dem abends die Militärorchester Walzer und Märsche spielten, plötzlich der Mittelpunkt einer gewaltigen Umwälzung. Eisner regiert, gestützt auf die Räte, er will Räteherrschaft und Parlamentsdemokratie versöhnen; für einige Wochen glauben viele an den Zauber einer neuen Epoche, die nun beginne. Der Dichter Rainer Maria Rilke besucht die völlig überlaufenen Bieräle des Hotels Wagner und stört sich nicht am «Dunst aus Bier und

Rauch und Volk», so wichtig ist es ihm, «dass die Dinge gesagt werden konnten, die endlich an der Reihe sind». Fasziniert beobachtet er einen blassen jungen Arbeiter, der auf einen Tisch steigt und ruft, wenn «die Herren da oben» noch kein Waffenstillstandsangebot gemacht hätten, so «müssten wir das tun; bemächtigen wir uns einer Funkenstation und sprechen wir, die gewöhnlichen Leute, zu den gewöhnlichen Leuten da drüben, gleich wird Friede sein!»^{57 1}

Die Revolution bleibt nicht auf München beschränkt. Im kleinbürgerlichen Aschaffenburg, das König Ludwig I. wegen seiner malerischen Lage an einer Mainschleife zu «meinem bayerischen Nizza» erhob und dem er eine römische Villa, das «Pompejanum», in die Weinberge bauen liess, schreibt die örtliche Zeitung eher erstaunt als empört: «Die Ereignisse in München kommen wie ein Blitz aus heiterem Himmel, weil niemand damit rechnen konnte, dass ausgerechnet Bayern das Flammenzeichen für die Umwälzung im deutschen Vaterland werden sollte.» Wie ein USPD-Mann später berichten wird, zieht der Arbeiter- und Soldatenrat des Stadtteils Schweinheim unter Führung von Peter Hofhammer an der Spitze vieler Bewaffneter zur Jägerkaserne jenseits der Innenstadt, Standort des 2. Königlich-Bayerischen Jägerbataillons. Doch die Gittertore zu den wuchtigen Blocks sind verschlossen, «spanische Reiter», mit Stacheldraht umwickelte Barrieren, blockieren die Zugänge. Aus den Fenstern starren die Läufe von Maschinengewehren. Hofhammer kennt den wachhabenden Offizier, der hier mit wenigen Getreuen die alte gegen die neue Zeit verteidigen will, die Stadt ist klein, will man jetzt wirklich aufeinander schiessen?

Wie der Zeuge weiter überliefert, einigen sich die Kontrahenten auf einen salomonisch anmutenden Kompromiss: Hofhammer überzeugt den Offizier: «Er solle sich ruhig in den Blocks verschanzen und in einer Stunde sei man wieder von der Kaserne abgezogen. Das war die dramatischste Situation in unserer engeren Heimat. Da hätte es leicht viele Tote geben können. Er hat mir später oft erzählt, dass es auf des Messers Schneide stand: hinter sich die vielen hundert Schreihälse und vor sich die Maschinengewehre. Das wars also mit der Revolution in Aschaffenburg.»⁵⁸ Die Authentizität dieses erst 1984 veröffentlichten Zeitzeugenberichts ist nicht verbürgt, aber sie mutet glaubhaft an. Die Strassen sind voller Bewaffneter in diesen Tagen.

Am 8. November zieht eine Menge vor das bescheidene dreistöckige Rathaus Aschaffenburgs – und klatscht dem Bürgermeister Wilhelm Matt, einem angesehenen Mann aus der Bayerischen Volkspartei, sogar Beifall, als er die Verwaltung in den Dienst der Revolution stellt. Dafür garantiert der Aschaffenburger Arbeiter- und Soldatenrat in einer feierlichen Erklärung, niemand denke daran, «irgendeinen Beamten vom höchsten bis zum kleinsten zu entfernen. Auch die Polizei solle den Sicherheitsdienst weiter versehen.»⁵⁹ Die Polizei bittet den Arbeiter- und Soldatenrat daraufhin, dass die Schutzleute ihre Säbel behalten dürfen, das schiere Symbol staatlicher Repression; wie oft haben Polizisten politische Versammlungen mit gezücktem Säbel auseinandergejagt und Arbeiter damit malträtiert wie den unglücklichen Wilhelm Dittmann in Berlin. Aber in Aschaffenburg belassen ihnen die neuen Herren die Seitenwaffen gütig, denn «der Schutzmann müsse sich doch mit seiner Waffe verteidigen können, wenn er in Ausübung seines Dienstes angegriffen werde»⁶⁰. Am Abend steht Oswald Lauer, Verwaltungsobersekretär und Vorsitzender des Aschaffenburger Arbeiter- und Soldatenrates auf dem säulengestützten Balkon des Rathauses im ersten Stock und lässt die bayerische Republik hochleben, gefeiert von einer Menschenmenge. Alles scheint so einfach zu sein. Aber so einfach ist es nicht. Es fällt in diesen Tagen des Triumphes den meisten nur sehr schwer, das zu erkennen. Die alten Mächte sind noch da, sie haben nur Deckung genommen. Sie warten ab. Und noch halten sie Berlin.

Der 7. November, im Garten des Reichskanzlerpalais an der Wilhelmstrasse. Friedrich Ebert und Prinz Max von Baden gehen sorgenvoll durch die Anlagen, sie sind allein, und nun fällt angeblich der Satz: «Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde.» Es gibt keine Zeugen dafür, überliefert sind diese Worte nur durch den Prinzen selbst in seinen Erinnerungen von 1927, und auch zitiert er sie eher sinngemäss als wörtlich.⁶¹ Was immer Friedrich Ebert im Garten des Reichskanzlerpalais nun genau gesagt hat, es dürfte wenig daran ändern, dass er eine Revolution in der Tat verhindern will. Richard Müller von den Revolutionären Obleuten, die gerade neue Massenkundgebungen und Streiks planen, wirft der MSPD eben dieses Zö-

gern vor: «In zwölfter Stunde, als das Reich bereits an allen Ecken brannte und in Berlin die Würfel rollten, suchten die Führer der Sozialdemokratie den Ausbruch der Revolution zu verhindern.»⁶²

So kann man es sehen. Noch am selben Tag lässt der Vorstand der MSPD von Otto Braun verfasste Flugblätter drucken:

Achtung, Parteigenossen!

Das Völkermorden ist zu Ende, der Frieden gesichert!

Wilson hat sich bereit erklärt, mit der gegenwärtigen Regierung Deutschlands Frieden zu schliessen!

Sturz dieser Regierung bedeutet Gefährdung des Friedens!

Verwirrung und Auflösung der Ordnung bedeutet Hungersnot!

Bedenkt das vor allem auch, Ihr Frauen!

Die sozialdemokratische Fraktion und der Parteiausschuss fordern volle militärische Amnestie, völlige Demokratisierung, Rücktritt des Kaisers!

Fällt dieser Aktion nicht in den Rücken!

Grosse Erfolge sind erreicht, weitere sind gesichert. Unser Ziel ist die Erhaltung des Friedens und friedliche Umwälzung zu Demokratie und Sozialismus.

Lasst Euch von diesem Weg der sozialdemokratischen Taktik nicht abdrängen!⁶³

Das ist nicht die Sprache der Revolution. Das ist die Sprache einer Politik, welche die Revolution verhindern will, ob sie nun wie die Sünde gehasst oder schlicht als zu grosses Risiko abgelehnt wird. Grosse Teile selbst der eigenen Basis sehen dies ganz anders. Mitte Oktober ist das schon mehr als deutlich geworden, in München beim Parteitag der bayerischen MSPD. Das sind die eigenen Leute, keine Spartakisten. Aber sie klingen in den Debatten ganz ähnlich. Der Parteitag fordert ohne Gegenstimme einen «Staatsgerichtshof zur Feststellung und Aburteilung aller Schuldigen, die frühere Friedensaktionen zum Scheitern brachten» und die Verwandlung Deutschlands «in einen Volksstaat mit vollkommener Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes».⁶⁴

Zu den Hauptrednern gehört Hermann Müller, ein Vertrauter Eberts. Er berichtet von seiner Reise durch ein bayerisches Dorf, die

ihm lebhaft zeigte, «dass nicht nur die Arbeiter den Tag der Abrechnung mit dem herrschenden System herbeisehnten. In dieses Dorf war während des ganzen Krieges kein Spartakusflugblatt gekommen. Und doch sagten im fünften Kriegsjahr dort die Bauern, dass sie den Krieg ‚gar‘ hätten.»⁶⁵

Auch in der Reichsregierung wächst die Sorge vor Bürgerkrieg und Umsturz. Hugo Haase empfängt in seinem Reichstagsbüro einen ungewohnten Besucher, den Geheimrat Simons aus der Reichskanzlei, einen engen Mitarbeiter Max von Badens. Die meisten Beamten dieses Ranges hätten sich noch vor Jahresfrist wahrscheinlich lieber die Hand abgehackt, als ihre Aufwartung bei der Galionsfigur der linken Arbeiterschaft zu machen. Der Geheimrat lässt den Zweck der Visite nicht im Dunkeln, er will von Haase wissen, wie er «die Entwicklung der Dinge im Inneren» einschätze, spricht: Wie nah aus Sicht des USPD-Vorsitzenden der Umsturz schon vor den Toren steht. Spöttisch schreibt Haase abends an Thea, seine Frau: «Die Regierung hat, wie es scheint, nicht zu grosses Vertrauen in ihren eigenen Bestand. Sie nimmt an, dass ein starker Ruck nach links eintreten wird und fürchtet den ‚Bolschewismus‘.»

Obwohl Haase Simons für «einen der wenigen humanen Köpfe» in der Regierung hält, lauscht er ihm nun nicht ohne eine gewisse Verachtung; sie wird in seinem Brief spürbar, wenn er über die Litaneien des Geheimrates – «Unser Unglück war, dass wir die sittlichen Kräfte der Kriegführung ausser acht gelassen haben» – kühl schreibt: «Diese Bemerkungen kommen reichlich spät.»⁶⁶ Die neue Regierung mag sich bemühen – aber erkennbar hat sie die Fühlung zu den Menschen auf der Strasse verloren.

Die Revolution breitet sich rasch aus, noch immer gibt es wenig Gewalt, aber einen unwiderstehlichen Sog. Von den Häfen aus ist sie übergelungen in die norddeutschen Städte, die Flamme des Aufruhrs greift immer rascher um sich, so rasch, dass die Pläne und Überlegungen in der Reichshauptstadt sich manchmal binnen weniger Stunden erledigt haben. Über Eberts Gedanken, die künftige Demokratie könne mit einem weitgehend entmachteten, eher repräsentativen Monarchen leben wie etwa im Fall der englischen Krone, braucht er am 7. November nicht mehr ernsthaft diskutieren. Auf den Strassen Hamburgs, Bremens, Braunschweigs skandieren die Massen: «Nieder mit dem Kaiser!»

Ein «prägnantes Beispiel» (Eberhard Kolb) und ein ungewöhnlich gut dokumentiertes sind die Vorgänge in Magdeburg; aus dem Bericht des dortigen Polizeipräsidenten geht die Wucht des Umsturzes ebenso deutlich hervor wie die Hilflosigkeit bisheriger Träger der Macht: «Heute früh 7 Vz Uhr wurde mir der Anmarsch einer grösseren Anzahl von Artilleristen aus Gross-Ottersleben, Kreis Wanzleben, gemeldet. Wenige Minuten später kamen sie, verstärkt durch Mannschaften des Fussartillerie-Regiments Enke, am Polizeipräsidium vorüber in lockeren, bewaffneten Gruppen. Die Zahl, etwa 200, war zu gross, um von der Polizeiwache aufgehalten zu werden. Anfangs waren es nur junge Leute, denen sich aber, besonders nach Befreiung der Arrestanten im Arresthaus Neue Ulrichstrasse, ältere Mannschaften anschlossen. Das Garnisonskommando, das ich sofort benachrichtigt hatte, teilte mir mit, dass Kompanien der Ersatzbataillone 26 und 66 den Aufrührern entgegentreten würden. Diese Truppen sollen jedoch versagt haben. Darauf ordnete das stellvertretende Generalkommando an, dass bewaffneter Widerstand unterbleiben solle. Da Offiziere und auch einigen Schutzleuten die Säbel mit Gewalt abgenommen wurden und die Schutzmannschaft ohne Militär doch zu schwach war gegen die inzwischen auf einige tausend angewachsenen Truppen, liess ich die Säbel ablegen ...

Die sozialdemokratische Parteileitung, die ich sofort benachrichtigt habe, versuchte die Leute zur Ruhe zu gemahnen. Für 3 Uhr berief sie eine Versammlung auf dem Domplatz, die von etwa 15'000 Personen besucht war, da inzwischen die Arbeit eingestellt war. ... Von den Rednern wurde wiederum, ebenso gemäss Verabredung durch Handzettel, zur Besonnenheit aufgefordert und dann ein Arbeiter- und Soldatenrat gewählt, der alsbald mit mir in Verbindung trat. Abends fand eine Besprechung mit dem stellvertretenden Generalkommando statt, an der etwa 10 Personen der sozialdemokratischen Partei teilnahmen. ... Offiziere und teilweise Unteroffiziere sind auch in den Wohnungen und Büros Säbel und Abzeichen weggenommen worden. ... Auf dem Rathause, Bahnhöfen und Regierung (*Regierungsgebäude; d.V.*) wurde eine rote Fahne gehisst. Der Strassenbahnverkehr war nicht gestört. Die Wirtshäuser habe ich nicht geschlossen, um bei dem milden Wetter die Massen nicht auf die Strassen zu treiben, und da bei dem weni-

gen leichten Bier Trunkenheit nicht zu befürchten war. Bessere Weinstuben hatten geschlossen.»⁶⁷

Im Machtzentrum des Reichs, der Hauptstadt Berlin, versucht das Militär, die Revolution auf dem Verordnungswege zu unterbinden. Der für Berlin zuständige Oberbefehlshaber in den Marken, seit Juni ist es Generaloberst Alexander von Linsingen, verbietet an diesem 7. November unter Berufung auf den Belagerungszustand jede Form von Arbeiter- und Soldatenräten: «Derartige Einrichtungen stehen mit der bestehenden Staatsordnung im Widerspruch und gefährden die öffentliche Sicherheit.»⁶⁸ Linsingen setzt auf Gewalt, sollte er ihren Einsatz für nötig halten, und das kann leicht geschehen. Nachdem er das Verbot erlassen hat, teilt er dem Reichskanzler mit, er könne und werde Berlin «mit Bestimmtheit» halten. Preußens Kriegsminister Heinrich Schöch sieht das ebenso, er vertraut vor allem auf Eliteeinheiten wie die Naumburger Jäger, die am Abend des 7. November nach Berlin beordert worden sind und im Ruf stehen, sich an Kaiserstreue von niemandem übertreffen zu lassen. Während die Kampftruppen auf dem Weg in die Hauptstadt sind, entgleitet den Offizieren daheim in den Kasernen bereits die Kontrolle über die zurückgebliebene Truppe. Der Naumburger Leopold Heinrich begegnet am 8. November zahlreichen Soldaten, die «ungeordnet und in fideler Stimmung durch die Strassen schlenderten». Heinrich, erstaunt, fragt sie, was los sei, und erhält die Antwort: «Wir machen Revolution.»⁶⁹

Schöch ahnt davon nichts. In der Leipziger Strasse Nr. 5, dem Sitz seines Ministeriums, erklärt er: «Alles kommt darauf an, dass wir Berlin halten. Solange das gelingt, ist nichts verloren.»⁷⁰ Diese Durchhalteparolen verfehlen ihre Wirkung auf den Kanzler nicht. In erheblicher Verkenntung der Lage zögert er immer noch, dem Kaiser nahezu legen, er solle endlich das Feld, das heisst seinen Thron räumen. Max von Baden hat der MSPD versprochen, zu diesem Zweck persönlich das Grosse Hauptquartier in Spa aufzusuchen und den renitenten Regenten aus seiner Traumwelt zu holen; und doch tut er es nicht. Scheidemann wird sich später im Rückblick mokieren: «Wann wird der Prinz nun endlich zum Kaiser fahren? Ach, immer wieder schob er andere vor: bitte, Herr General Groener – bitte, Herr Minister Drews, bitte Exzellenz Delbrück, bitte, bitte, bitte – aber niemand darf auf den Kaiser

drücken, denn er muss ganz freiwillig gehen! – Hannemann, geh' Du voran, Du hast die grössern Stiefel an!»⁷¹

Die MSPD verschärft ihrerseits den Druck auf den Kanzler und stellt ihm noch am Abend desselben Tages, nach einer scharfen, kontroversen Debatte in der Reichstagsfraktion, ein Ultimatum. Der Kaiser muss weg, sonst zieht sie ihre Minister ab. Max von Baden reagiert empört: «Welche Illoyalität!» Er betrachtet es als Bruch eines «Paktes», den er mit dem MSPD-Vorsitzenden erst am Vormittag desselben Tages geschlossen zu haben glaubt. Er will nun hinwerfen, aber Philipp Scheidemann überzeugt ihn am Abend zu bleiben, ein wenig noch, im Interesse der Stabilität während der Verhandlungen über den Waffenstillstand.

Ebert hat starke Verbündete. Anders als im Januar 1918 wenden sich das Zentrum und die Fortschrittliche Volkspartei nicht mit Grausen ab, sondern unterstützen das Ultimatum. Auch sie wollen jetzt nicht auf der falschen Seite stehen, und vor allem fürchten sie, ohne eine rasche Demokratisierung könne die revolutionäre Bewegung entgleisen und «auf bolschewistischem Wege alle Schrecken des Bürgerkriegs» über das Land bringen, wie es ein anonym bleibender Fortschrittsmann der Berliner Presse durchsteckt.

Einen Tag später, am 8. November, sprengt die Polizei eine geheime Sitzung der Revolutionären Obleute und verhaftet Ernst Däumig. Richard Müller ist erst in diesen Tagen vom Zwangsdienst beim Militär zurückgekommen und sieht die Aufstandsplanungen mit grosser Skepsis, zumal nach dem Verlust Däumigs. Sie verschieben den Beginn des geplanten Aufstands auf den 11. November. Müller ist düsterer Stimmung: «Die wenigen von Barth beschafften Waffen bedeuteten nichts gegenüber den modernen Waffen, der Masse von Soldaten.» Am 8. November steht Müller am Halleschen Tor, und seine Laune hebt sich nicht, als er zusieht, wie Kolonnen des Militärs in die Stadt ziehen, von Linsingen hat sie geschickt, um den drohenden Aufbruch im Keim zu ersticken: Schwer bewaffnete Infanterie, MG-Kompanien «und leichte Feldartillerie zogen in endlosen Zügen an mir vorüber, dem Inneren der Stadt zu. Das Menschenmaterial sah recht verwegener aus. Es war im Osten zum Niederschlagen der russischen Arbeiter und Bauern und in Finnland mit ‚Erfolg‘ verwendet worden. Kein Zweifel, es sollte in Berlin die Revolution des Volkes im Blute ersäufen.»⁷²

Richard Müller hält Emil Barth für einen Schwätzer und Renommeisten. Er denkt zurück an die bitteren Januartage, als Hunderttausende unter Führung seiner Obleute das System der Kriegsherren herausforderten und verloren. Und als am Halleschen Tor die Geschütze an ihm vorbeirumpeln, da fühlt er ein sehr menschliches Zweifeln an seinen eigenen Fähigkeiten: «Aber jetzt, wo die Stunde der Entscheidung nahte, erfasste mich ein beklemmendes Gefühl, eine grosse Sorge um meine Klassengenossen, um das Proletariat. Ich kam mir selbst angesichts der Grösse der Stunde beschämend klein und schwach vor. Kein unfehlbarer Führer zeigt dem Proletariat die Pfade, auf denen es zu wandeln hat.»

Freiheit des Andersdenkenden: Die gespaltene Arbeiterbewegung

Nur: Es mag am Vorabend der Revolution nicht den «unfehlbaren Führer» des Proletariats geben, dafür aber bereits vier linke Kräfte, die für sich reklamieren, im Namen dieses Proletariats zu sprechen und zu handeln. Die MSPD, die USPD, die Revolutionären Obleute und den Spartakusbund als Vorläufer der KPD. Nicht untypisch für linke Parteien werden alle noch im Inneren von Flügelkämpfen und komplexen Auseinandersetzungen um Kurs und Richtung, Theorie und Praxis geprägt; das ist einerseits Zeichen einer demokratischen Streitkultur, kann aber andererseits leicht ins Obsessive umschlagen und konkrete Politik noch schwerer machen.

Die MSPD hat mit Abstand die grösste Anhängerschaft, was ihre Gegner 1918 so gern ausser Acht lassen wie ihre späteren Kritiker. Noch bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919, als die Versuche zur Gemeinsamkeit vom November längst in Unversöhnlichkeit und Hass umgeschlagen sind, wird sie 37,1 der Stimmen erhalten. Vor allem in der Person Friedrich Eberts bildet sie die Brücke hinüber ins bürgerlich-demokratische Lager, hin zu den Linksliberalen und dem katholischen Zentrum; diese drei Parteien werden auch die tragenden Kräfte der Weimarer Republik sein; nicht tragfähig genug, wie sich leider zeigen wird.⁷³

Innerhalb der MSPD reicht das Spektrum von strengen Revisionisten bis hin zu Genossen, die sich die Haare raufen vor hilfloser Ver-

zweiflung über die Politik ihrer Parteiführung, welche aus ihrer Sicht es geradezu darauf anlegt, jede Gelegenheit zu verpassen, die Revolution energisch vorwärtszutreiben. Obwohl nicht wenige hässliche Zitate führender Genossen erkennen lassen, dass diese Partei von den nationalistischen Versuchungen eines Siegfriedens nicht immer gefeit war, bleibt der Kurs der MSPD 1914 bis 1918 eindeutig: Zwar ist die Führung der grossen Partei nach dem Scheitern einer internationalen sozialistischen Friedenskonferenz in Stockholm 1917 mehr denn je überzeugt, ein Alleingang der deutschen Arbeiterbewegung gegen den Krieg sei aussichtslos.⁷⁴ Aber sie verlangt weiterhin Reformen und einen Verständigungsfrieden, in der Partei «Scheidemann-Frieden» genannt wegen dessen Drängen auf ein Kriegsende ohne Annexionen. Aber in der Opposition gegen Regierung und Heeresleitung ist am ehesten die Brücke zu erkennen, die hinüberführen kann zu den Unabhängigen.

Die USPD ist schon durch ihre enge Kooperation mit den Revolutionären Obleuten in den grossen Industriebetrieben, vor allem jenen der Hauptstadt, weit stärker verankert als im Rest des Landes; das führt sie während der Revolution zu manch folgenreicher Fehleinschätzung der eigenen Möglichkeiten. Und sie ist wesentlich kleiner als die MSPD, dafür ist das Spektrum der Auffassungen innerhalb der Rebellpartei noch viel grösser. Binnen weniger Jahre wird sie daran zerbrechen, als hätte der irische Dichter William Butler Yeats sie vor Augen gehabt mit seinem berühmten Gedicht *The Second Comings* in dem es heisst: «things fall apart, the center cannot hold», die Dinge fallen auseinander, das Zentrum hält nicht stand. Allerdings heisst es darin auch: «the best lack all conviction», selbst den Besten fehlt jede Überzeugung – und das allerdings ist das Letzte, was man den USPDlern nachsagen kann. Ihre starke linke Strömung steht Karl Liebknecht und dem Spartakusbund deutlich näher als der Ebertpartei. Die Gemässigten halten das Treiben der Linksradikalen hingegen für verantwortungslos und weltfremd. Die selbstzerstörerische Sprengkraft dieser Gegensätze ist aber den meisten USPD-Genossen im Herbst 1918 noch nicht recht klar. Als sich am 15. Oktober 1918 endlich die Tore der Festungshaftanstalt Gross-Strehlitz für Wilhelm Dittmann öffnen, sucht er sofort die Berliner Unabhängigen auf: «Als ich in die Freiheit zurückkehrte, wusste ich noch gar nichts von der internen Polemik, die

im Laufe des Sommers von unserer USPD über die Politik der Bolschewisten gepflegt worden war.»⁷⁵

In den turbulenten anderthalb Jahren seit ihrer Gründung in Gotha hat sich die Partei stark verändert. Ihr gemässigter Flügel steht im Herzen noch auf dem Boden der Vorkriegs-SPD und strebt bei aller Klassenkampfretorik eine parlamentarische Demokratie oder zumindest einen Sozialismus mit menschlichem Angesicht an, einen humanistischen Klassenkampf, wie es der empfindsame Wilhelm Dittmann ausdrückt: «Wir Sozialdemokraten waren Kulturmenschen, Kinder und Kündler der Humanitätsidee des 19. Jahrhunderts. Hass- und Rachegeanken lagen uns fern ... Verabscheuten wir doch jede Gewalt, und war uns doch jedes Menschenleben heilig.»⁷⁶ In der deutschen sozialistischen Literatur, mit der sich Männer wie Dittmann fortgebildet haben, finden sich derlei Prinzipien mannigfach, etwa in Max Kegels *Sozialistenmarsch*'.

*Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren,
Mit Flint' und Speer nicht kämpfen wir.
Es führt zum Sieg der Freiheit
Des Geistes Schwert, des Rechts Panier.*⁷⁷

Diese Art von Unabhängigem wird sich, jedenfalls im Herzen, noch lange wünschen, die Mutterpartei würde irgendwann zur Einsicht kommen und reumütig zurückkehren zur weltanschaulich gefestigten Tochter.

Den Linken wie Ernst Däumig, Richard Müller und Georg Ledebour dagegen wäre das nicht genug, sie meinen Umsturz, wenn sie Umsturz sagen. Ihnen schwebt ein Rätomodell nach russischer Art vor, freilich ohne dessen Gewaltexzesse und mit wirklicher Demokratie; und zwischen diesen beiden Positionen finden sich alle möglichen weiteren Schattierungen.

Der linke Flügel der USPD ist wiederum aufs Engste verknüpft mit der dritten Kraft, den Revolutionären Obleuten, den Initiatoren des eindrucksvollen Januarstreiks; doch markiert das grosse Aufbegehren gegen den Krieg auch deren Zenit. Vom Scheitern des Ausstandes und den brutalen Verfolgungen, den Zwangseinziehungen und politischen Prozessen erholen sich die Obleute nie mehr richtig. Im Oktober 1918,

nach zwei Nachwahlen für den Reichstag, welche die MSPD gewinnt, notiert Richard Müller frustriert, «dass sich die Masse der Arbeiter noch nicht von der demokratisch-reformerischen Illusion losgemacht» habe. Mit dem 9. November 1918 schwindet naturgemäss der Nimbus der Obleute als geheimer Bund der Industriearbeiterschaft; und völlig fremd ist ihnen das Milieu der Armee – wo aber, für sie unerwartet, der grosse Aufstand losbrechen wird, nicht in der Arbeiterschaft. Auch bei ihnen setzt nun ein Prozess der Radikalisierung ein, der den schleichenden Bedeutungsverlust der Organisation auf Dauer nicht wird kaschieren können.

Bleiben, viertens, Spartakus und sein Führer Karl Liebknecht, der Mann, dessen Name wie kein anderer für den Widerstand gegen den Krieg steht. Ohne seinen moralischen Nimbus wäre die kleinste der sozialistischen Strömungen 1918 nicht sehr viel mehr als eine Versammlung von Facharbeitern und Intellektuellen mit viel Willen zur Aktion und wenig Wirklichkeitssinn. Viele kluge und eindrucksvolle Köpfe sind darunter, Rosa Luxemburg, logisches, aber in den Betrieben sind sie viel weniger verwurzelt als die beiden anderen sozialistischen Parteien. Was dem Spartakus an Masse fehlt, versucht er allerdings durch Aktion wieder wettzumachen, und er gewinnt in der Öffentlichkeit einen Ruf, die seiner wahren Stärke nicht einmal ansatzweise entspricht. Bis weit in die MSPD hinein ist Spartakus ein Schreckbild, der Vorbote blutiger «russischer Verhältnisse». In Russland allerdings haben Lenin und die Bolschewiki nach dem Debakel des gescheiterten Aufstands von 1905 eine grosse und schlagkräftige konspirative Organisation aufgebaut, die spätere Kommunistische Partei. Eine solche Schlagkraft, eine solch mächtige, auf den Willen vieler Genossen gestützte Gemeinschaft besitzt der Spartakusbund zu keiner Zeit.

Die Feinde der Liebknechtgruppe nehmen kaum wahr, dass auch diese Organisation die heftigsten inneren Kämpfe um den künftigen Kurs ausficht. Ein Teil sieht Lenins Methode, die Revolution einer Minderheit durch exzessive Gewalt durchzusetzen, in der Tat als Vorbild und bewundert den jungen Sowjetkommunismus, der 1918 gegen die Gegenrevolution und Truppen der Entente um sein Überleben kämpft. Hier entsteht jener «Geist eines fanatischen Utopismus», wie es Arthur Rosenberg nennen wird, erst Mitglied, dann scharfer Kritiker

der KPD. Und ausgerechnet Liebknecht, dessen scharfer, analytischer Geist die Widersprüche des Burgfriedens so unbeirrt analysiert hat, kommt in der Einsamkeit seiner Gefängniszelle der Sinn für das Machbare mehr und mehr abhanden. Im Mai 1918 notiert er im Zuchthaus Luckau: «Eins ist den russischen Sowjets not, vor allem, allem andern: ... derbe, handfeste Macht.»⁷⁸ Er selbst wird niemals, nicht im Ansatz über solche Macht verfügen und dennoch versuchen, im eigenen Land die Flamme der Weltrevolution zu entzünden.

Zu den frühen Mahnern wider den Ungeist intoleranten Eiferertums gehört Rosa Luxemburg; klarsinnig erkennt sie die moralischen Abgründe der Ideologisierung. Ihr berühmtestes Wort ist in diesem Zusammenhang gesprochen: «Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ‚Gerechtigkeit‘, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ‚Freiheit‘ zum Privilegium wird.»⁷⁹ In anderer Lesart wird der Satz bekannt: «Freiheit ist immer nur die Freiheit des Andersdenkenden, sich zu äußern.»

Diese eindrucksvollen Worte, 1918 im Breslauer Gefängnis im Manuskript über die russische Revolution niedergeschrieben, werden noch ein Jahrhundert später so kontrovers debattiert, dass sich sowohl die Linken-Frontfrau Sahra Wagenknecht wie auch die Rechtspopulisten der AfD darauf berufen werden. Man muss sie aber aus ihrer Zeit heraus verstehen: Rosa Luxemburg meinte keineswegs, dass jeder Andersdenkende stets die Freiheit haben solle, sich zu äußern; für Feinde der Revolution und des Proletariats gilt diese Freiheit nicht, wohl aber innerhalb der revolutionären Bewegung. Diese könne sich nicht entwickeln ohne inneren Diskurs über den richtigen Weg.

Dies wiederum ist mit dem wachsenden Anspruch der neuen KPD, als Kaderpartei zur alleinigen Führung des Proletariats befugt zu sein, schwer vereinbar. Rosa Luxemburg wird auf erschütternde Weise recht behalten, als Josef Stalin jeden Rest von innerer Demokratie verbietet und unterdrückt und die KPD dem Tyrannen stupide und treu folgt, bis über den Tag hinaus, an dem er 1939 mit Adolf Hitler den

Pakt der Diktatoren schliesst und die deutschen Kommunisten in den Konzentrationslagern des Nazireichs verkommen lässt.

Am 9. November also ist der Spartakusbund zu schwach und klein, als dass Liebknechts Ausrufung der «sozialistischen Republik» mehr wäre als eine symbolische Geste. Auf die Spartakisten kommt es jetzt nicht wirklich an in diesen Stunden der Entscheidung, aber ihre Stunde wird noch kommen. Das Gefährlichste an dieser radikalen Opposition ganz links ist die Versuchung, zu der sie werden kann, wenn die Revolution zu einer Enttäuschung geraten sollte.

«Es lebe die deutsche Republik»: Der 9. November 1918

«Ersatzbataillon 48 versagt den Gehorsam»: Generäle ohne Soldaten

Der Morgen des 9. November ist grau und klamm, es gibt, so Richard Müller, «nichts, was ihn von anderen Tagen abhob. Die Verkehrsmittel waren vollständig in Betrieb und die Arbeitermassen strömten wie sonst in die Fabriken, Bureaus und Geschäftshäuser. Der Spiesser konnte ruhig seinen gewohnten Morgenkaffee trinken. Revolutionsstimmung war äusserlich nirgend sichtbar.»¹

Aber er wird selber dafür sorgen, dass sich das rasch ändert. Zuvor gekommen sind ihm zunächst die Offiziere der Naumburger Jäger. Sie wecken in der Berliner Alexanderkaserne die Männer des 3. Bataillons, das ja wenige Stunden zuvor in die Hauptstadt entsandt wurde, schon um drei Uhr in der Früh und lassen Gewehrmunition und Handgranaten ausgeben: Die Jäger sollen bereit sein, wenn die Roten aufmarschieren.

Manchmal genügen die grössten Anstrengungen nicht, um den Lauf der Geschichte zu ändern. Manchmal bewirken das die kleinsten Dinge, wie in jener Nachtstunde. Die angeblich linientreue Truppe verspürt wenig Neigung, auf Landsleute und Brüder zu schiessen; wahrscheinlich hat sie schon erfahren, dass selbst über ihrem Standort Naumburg schon rote Fahnen wehen. Wie auch immer, die Jäger machen nicht mit. Statt mit entschertem Gewehr und aufgepflanztem Bajonett der Revolution entgegenzutreten, entfernen sie Rangabzeichen und Auszeichnungen von ihren Uniformen und wählen einen Soldatenrat. Ratlos stehen die Offiziere daneben.

Das Aufgebot zur Verteidigung Berlins gegen die «Bolschewisten» ist ohnehin nicht sehr gross, es gibt nur wenige Bataillone erfahrener Fronttruppen und viel Personal aus der Etappe; aber es ist gut bewaffnet und allemal gut genug gegen einen spärlich ausgerüsteten Gegner

oder Massen von Demonstranten; Richard Müller hat das Militär am Vorabend ja schaudernd ins Zentrum einrücken sehen. Maschinengewehre werden an Strassenecken und vor Regierungsgebäuden aufgestellt, leichte Artillerie in Stellung gebracht; sogar einige Panzerkampfwagen und Doppeldecker stehen bereit. Dagegen hätten die demonstrierenden Arbeiter, selbst wenn die Obleute einige Waffen beschafft haben, keine realistischen Aussichten – falls die Soldaten ernst machen.

Ernst macht, ohne Waffen, an diesem Morgen bereits Otto Wels. Im Gebäude des *Vorwärts* an der Lindenstrasse sind um acht Uhr die Vertrauensmänner der MSPD in den Betrieben versammelt. Nach dem Debakel der Januarstreiks hat die MSPD in den Betrieben ihr Netz deutlich verstärkt und besser organisiert. Ihre Vertrauensmänner sind in der Arbeiterschaft verankert und geachtet, auch wenn ihr Ansehen zuletzt wegen des Regierungseintritts doch beschädigt worden ist und sie sich von den Obleuten und der USPD als «Arbeiterverräter» beschimpfen lassen müssen. Dennoch, sie sind das Scharnier der Parteiführung zur Basis und haben dort seit Wochen versucht, beruhigend auf die Genossen einzuwirken. Und sie haben Ebert und die Fraktion immer dringlicher wissen lassen, dass ihnen das immer schlechter gelingt und die Partei Gefahr läuft, sich auf der falschen Seite der Barrikade wiederzufinden, wenn sie nicht handelt: «Es ist unmöglich, auch nur einen Mann im Betrieb zu belassen, alles geht heraus!»² Würden sie sich entgegenstellen, «werden wir überrannt». Und jetzt ist es vorbei mit dem Versuch, das Land vom Kopf auf die Füße zu stellen. Wels ruft in seiner Ansprache: «Dann geht hin und stellt euch an die Spitze!» Die Würfel sind gefallen! Geredet wird nicht mehr! Heraus aus den Betrieben, auf die Strassen! Von heute an gibt es keinen Streit mehr in der Arbeiterschaft, heute kämpfen wir den Entscheidungskampf unter dem alten gemeinsamen Banner. Heute mischt sich vielleicht unser Blut mit dem unserer Arbeiterbrüder im gemeinsamen Kampf. Komme, was kommen mag, jetzt heisst es vorwärts, durch Kampf zum Sieg.»³ Das ist wie Balsam für die Vertrauensleute – sie eilen mit dieser Botschaft zurück in ihre Werkhallen und Betriebe und mobilisieren die Belegschaften.

Kurz darauf fährt das Militär vor – ein Wagen mit Uniformierten. Es sind Naumburger Jäger vom 4. Bataillon. Haben sie von der Ver-

sammlung erfahren? Wollen sie Wels verhaften? Nichts dergleichen: Es ist eine Delegation der Mannschaften, sie sucht ein Mitglied des Parteivorstandes, das mit ihnen zurück in die Alexanderkaserne kommt und der Truppe die politische Lage darlegt. Wahrscheinlich ist selbst Wels verblüfft, das hat von den Naumburgern kaum jemand erwartet, am wenigsten deren eigene Offiziere.

Wels fährt mit den Soldaten und wenigen Begleitern zur Kaserne in der Alexanderstrasse. Ein älterer Major begrüsst die Sozialdemokraten und erklärt, «seine Leute nicht mehr in der Hand zu haben»⁴. Der Offizier bittet Wels, auf die Soldaten einzuwirken, damit sie in der Kaserne bleiben, er befürchte ein Blutbad, wenn die Situation auf den Strassen ausser Kontrolle gerate. Auf dem Hof versammeln sich aber bereits die Jäger und die Stammmannschaft, Wels steigt auf einen Karren und spricht zu ihnen. Gehe der Kaiser nicht, sei Deutschland am Ende; die Arbeiterschaft habe sich erhoben: «Jetzt ist es an Euch, dem Blutvergiessen da draussen ein Ende zu machen! Ihr habt aber auch zu entscheiden, ob Ihr die Waffen gegen Eure Volksgenossen erheben wollt. ... Wenn Ihr wollt, dass das Volk selbst sein Schicksal bestimmen soll, dann stellt Euch heute der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung. Bekräftigt das durch den Ruf: Es lebe der Frieden! Der freie deutsche Volksstaat, er lebe hoch!»⁵

Wie Wels selbst überliefert wird, gibt es Hochrufe und lauten Beifall, die Soldaten werfen vor Begeisterung ihre Mützen in die Luft; er selbst schickt hundert Mann eigenmächtig zum Schutz des *Vorwärts*, den seine Partei jetzt dringend als ihr Sprachrohr in Sicherheit wissen muss. Als später ein Auto mit Liebknecht-Anhängern vor der Redaktion erscheint, blicken sie in die Läufe von Maschinengewehren und verschwinden eilends. Wels fährt zurück in den Reichstag, wo die Fraktion hektisch debattiert und sich eine klare Haltung abzeichnet, möglichst schnell die Regierung zu übernehmen.

Der weitere Verlauf der Revolution steht und fällt übrigens nicht mit der Haltung eines Elitebataillons, alleine hätte es in Berlin kaum die Revolution der Massen niederhalten können. Wichtiger als die symbolische Bedeutung seines Seitenwechsels sind vor allem die politischen Folgen: Die Reichsregierung unter Max von Baden und die Militärführung wissen in dem Moment, als sie die Nachricht vom

Überlaufen der Naumburger Jäger erreicht, dass das Spiel aus ist. Kurz nach zehn Uhr informiert das Innenministerium den Reichskanzler darüber, für ihn «die Schreckensnachricht, welche die Grundlage aller Zuversicht zerbrach»⁶. Der Prinz informiert das Grosse Hauptquartier und erhält zur Antwort, unter diesen Umständen sei Wilhelm II. entschlossen, abzutreten, «wir würden in einer halben Stunde die Formulierung erhalten». Es ist jetzt gegen elf Uhr.

Zu diesem Zeitpunkt liest General Alexander von Linsingen in seinem Hauptquartier in Zossen bereits fassungslos immer neue Eilmeldungen, die Schlag auf Schlag eintreffen, mit jeder von ihnen bricht ein Stück seiner Macht weg. Wähnte er sich am Vortag noch im Besitz eines schlagkräftigen Militäraufgebots, das jeden Aufruhr in Berlin unterbinden werde, so wird er nun minütlich mehr ein Heerführer ohne Heer: «Völliges Versagen der Nordreserve und des Ersatzbataillons 64.» – «Grosse Unordnung» beim Alexander-Regiment und Jägerbataillon 4; «Regiment Franz und Reserve 93 weigern sich, Waffen gegen die Volksmassen» zu gebrauchen; «Ersatzbataillon 48 versagt den Gehorsam».⁷ Von seinen Verstärkungen, darunter 21 Maschinengewehr-Kompanien, ist weit und breit nichts zu sehen und wird es auch niemals mehr sein; wie ein trauriges letztes Aufgebot rumpelt schliesslich ein Pferdelaazarett auf den Hof.

Und so ziehen immer grösser werdende Massen ungestört durch Berlins Strassen, dem Regierungsviertel entgegen. Manche tragen rote Fahnen, andere nur Schilder ihrer Betriebe: Borsig, Knorrbremse, AEG. Der Beamte Friedrich Glum aus dem Landratsamt spürt wenig Bedrohliches in den Aufmärschen, er sieht «Väter und Grossväter, Mütter und Töchter, Arbeiter, die nichts anderes wollten als Frieden. Aber in ihrem Tritt lag etwas Zwingendes: Der Krieg hatte aufzuhören.»⁸ Kein Militär tritt ihnen in den Weg, die Schutzmänner sind nur selten zu sehen und halten sich abseits. Eine grössere Schar Soldaten hat sich beim Landwehrkanal versammelt, aber ohne böse Absichten. Die Männer werfen ihre Gewehre ins Wasser, es herrscht eine Stimmung wie auf einem Volksfest.

Prinz Max beschliesst, selber zu demissionieren: «Ich sagte mir: die Revolution ist im Begriffe, siegreich zu sein; wir können sie nicht niederschlagen, vielleicht aber ersticken.» Und zwar, indem er Ebert zum

Nachfolger macht und so die Massen beruhigt: «Wird mir Ebert von der Strasse als Volkstribun präsentiert, dann kommt die Republik; ist es Liebknecht, auch der Bolschewismus.» Mit dem MSPD-Vorsitzenden aber bestehe sogar «eine schmale Hoffnung für die Monarchie». Voraussetzung für deren Rettung wäre freilich die Demission des aktuellen Monarchen: Solange Wilhelm II. Kaiser ist, werden die Sozialdemokraten nicht für solche Pläne zu gewinnen sein.

So zieht der einsame Prinz in seinem Palais Fäden, die nichts mehr halten, während das Ultimatum der MSPD verstreicht und immer mehr Menschen auf Berlins Strassen nach Frieden und Freiheit rufen. Seine Mitarbeiter im Reichstag bestätigen am Telefon: Da der Kaiser im Amt geblieben ist, seien die Entlassungsgesuche der MSPD-Minister nun auf dem Weg in die Reichskanzlei. Und noch immer kommt keine Nachricht aus Spa.

«Nicht unter dem Befehl Eurer Majestät»: Die Stunde des Kanzlers

Im Grossen Hauptquartier herrscht in diesen Stunden eine beklommene, ja peinliche Stimmung. Unruhig schreitet Kaiser Wilhelm II. am Vormittag des 9. November durch das Hotel Britannique, bang beobachtet von seinen Schranzen, raucht im Garten, kommt wieder herein, schmiedet grosse Pläne und verwirft sie wieder. Er hat überlegt, als Kaiser abzudanken, aber als König von Preußen das Heer heimzuführen gegen den Umsturz, eine närrische Idee angesichts der Stimmung in der Truppe.

Wilhelm Groener, von allen Generälen in Spa wohl derjenige, der am wenigsten von der Wirklichkeit entfernt ist, hat die Frontkommandeure für diesen Vormittag zur Krisensitzung eingeladen: «Wir brauchten das Urteil der Führer, die unmittelbar mit der Truppe zusammenlebten.» Und die Oberste Heeresleitung bekommt das Urteil, es ist vernichtend. Groener selbst wird dann eilig zum Kaiser bestellt, an seiner Stelle spricht Oberst Wilhelm Heye mit den 39 hohen Offizieren. Heye stellt ihnen in einem der Salons des Hotel Britannique im Wesentlichen nur zwei Fragen.

Erstens: «Wird es möglich sein, dass der Kaiser an der Spitze der

Truppen die Heimat im Kampfe wiedererobert?» Jeder Einzelne trägt seine Meinung vor. Das Ergebnis: 23 Herren sagen rundweg nein, 15 halten das «für mehr oder minder zweifelhaft», nur einer bejaht.

Zweitens: «Wird die Truppe den Kampf mit der Waffe gegen die Bolschewisten in der eigenen Heimat aufnehmen?» Bolschewisten sind hier freilich, wen die Heeresleitung darunter versteht, also die meuternden Matrosen und Arbeiter bis weit hinein in die Anhängerschaft der MSPD. Antwort: Acht Offiziere verneinen rundheraus, alle anderen halten es zum jetzigen Moment für sehr unwahrscheinlich. Heye fasst die folgenden Gespräche so zusammen: «Die Truppe ist total müde und abgekämpft, sie will in die Heimat und dort nichts wie Ruhe haben; höchstens, wenn eigener Hof und Herd, Weib und Kind von den Bolschewisten bedroht werden, wird der Mann in der Front gegen den Landmann in der Heimat die Waffe gebrauchen.»

Aber die Revolutionäre bedrohen nicht Hof und Herd, Weib und Kind. Sie bedrohen vor allem die Macht des Militärs, der heiligsten Instanz des deutschen Kaiserreiches, und jene undemokratische Ordnung, die über Jahrzehnte von diesem Militär beschützt wurde.⁹ Spätestens jetzt ist selbst den reaktionärsten Illusionskünstlern in der OHL klar: Eine militärische Lösung wird es gegen die Erhebung im Reich nicht geben, die meisten Soldaten würden schlicht nicht mitmachen.

Am 9. November schliesslich ist es daraufhin Wilhelm Groener, der den Mut und das Format aufbringt, Wilhelm II. die Wahrheit mitten ins Gesicht zu sagen, ruhig, aber ohne Zweifel: Jä, das Heer werde unter seinen kommandierenden Generälen «in Ruhe und Ordnung zurück in die Heimat marschieren – aber nicht unter dem Befehl Eurer Majestät, denn es steht nicht mehr hinter Eurer Majestät».¹⁰

Da freilich hat Prinz Max von Baden die Sache bereits in die Hand genommen. Als er gegen halb zwölf noch immer nicht den erlösenden Anruf aus Spa erhalten hat, erklärt er den Rücktritt Wilhelms II. einfach selber und diktiert seinem Stab eine Erklärung für das «Wolffsche Telegraphenbureau», die Depeschenagentur verbreitet es sofort: «Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.»

Nur einen Tag später steht Wilhelm II., von wenigen Getreuen umgeben, fröstelnd in der Morgenkälte bei Spa und wartet auf das Auto, das ihn fortbringen wird, fort von seinen Generälen und fort von seiner Herrschaft, es wartet das holländische Exil.

Prinz Max lässt weiter erklären, dass er nur noch so lange im Amt bleiben wird, bis alle mit der Monarchie verbundenen Fragen geklärt seien; dann werde er Ebert zum Nachfolger als Reichskanzler vorschlagen sowie Wahlen zu einer «Verfassungsgebenden Nationalversammlung».

Ein Jahr, einen Monat, ja vielleicht eine Woche zuvor wäre das noch eine Sensation gewesen. Vielleicht hätte die Erklärung eines solchen Übergangs zur Demokratie sogar die Revolution verhindert. Jetzt stolpert der Reichskanzler selbst mit den grössten Zugeständnissen und Versprechungen einer Entwicklung hinterher, die niemand mehr aufhalten kann, und ganz gewiss nicht er mit seinem Traum, zwar nicht den Monarchen, aber doch die Monarchie zu retten. Sein Plan ist ein Luftschloss, eine weltfremde Fantasie, und Prinz Max muss das schon wenige Minuten später bitter erfahren, als gegen halb eins Ebert und Scheidemann im Namen der MSPD im Reichskanzlerpalais erscheinen.

Ebert gibt sich kämpferisch; er erklärt dem erbleichten Prinzen und dessen Kabinett, «dass wir es zur Vermeidung von Blutvergiessen für unbedingt erforderlich halten, dass die Regierungsgewalt an Männer übergeht, die das volle Vertrauen des Volkes besitzen». Nach kurzer Debatte fragt der Reichskanzler: «Sie wissen, dass der Kaiser bereit ist abzudanken?» Das Gedächtnisprotokoll zweier Mitarbeiter Max von Badens vom selben Abend notiert das Weitere:

Ebert: «Ja, ich habe die Veröffentlichung gesehen.»

Reichskanzler: «Wir müssen die Regentschaftsfrage lösen.»

Ebert: «Es ist zu spät.»

Und so geht das deutsche Kaiserreich dahin. Max von Baden sieht Ebert an und sagt: «So schlage ich vor, dass der Abgeordnete Ebert den Posten des Reichskanzlers übernimmt.»¹¹ Der massige Sozialdemokrat antwortet: «Es ist ein schweres Amt, aber ich werde es übernehmen.» Sie vereinbaren, über die künftige Verfassung und Staatsform solle eine gewählte Nationalversammlung entscheiden. Der Prinz geht in Würde, der Nachfolger tritt ohne jeden Hochmut, fast de-

mütig an. Formlos, wie dieser Akt der Amtsübergabe sein mag, soll er dem Wandel an der Spitze der Reichsregierung doch eine gewisse Legitimität geben, eine ordnungsgemässe und legale Übergabe der Geschäfte demonstrieren.

Erstmals steht nun ein Sozialdemokrat an der Spitze der deutschen Regierung. Nur fünf Jahre zuvor hat ihn die politische Polizei noch bespitzelt und geheime Pläne für seine Verhaftung in der Schublade bereitgehalten. Es könnte ein grosser historischer Moment sein, ein feierlicher Augenblick, die eigentliche Geburtsstunde der deutschen Demokratie. Doch es ist nichts von alledem, wie eine Lawine rasen die Ereignisse über das Reich hinweg.

Etwa zur selben Stunde ruft der Oberkommandierende in den Marken, von Linsingen, in der Reichskanzlei an und fragt, ob angesichts der Unruhe in den Truppen und der Bildung von Soldatenräten wirklich «noch von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden soll. Entscheidung sofort erbeten, da bis 2 Uhr ein Heranströmen grösserer Massen zu erwarten ist.»¹² Wie den späteren Aufzeichnungen des preussischen Kriegsministers Schöuchs, der bei der Amtsübergabe an Ebert anwesend ist, zu entnehmen ist, unterrichtet er diesen und Scheidemann von dem Anruf; nur um deren Antwort – «Schiessen käme ja nicht mehr in Frage» – zu ignorieren: «Dem hielt ich entgegen, dass ... die Vorschrift über den Waffengebrauch nicht ausgeschaltet sei und, so lange es Truppen gäbe, nicht ausgeschaltet werden könne.» Niemand widerspricht mehr, und Schöuch lässt an von Linsingen durchgeben: «Es soll von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden zum Schutze des Lebens und des Eigentums der Bürger, ferner zum Schutze der Gebäude.» Von Linsingen wird davon keinen Nutzen mehr haben, weil niemand in der revoltierenden Truppe jetzt noch auf Kameraden schiessen wird; er gibt es auf und verbietet schliesslich selber den Einsatz der Schusswaffe. Aber Schöuchs ganze Haltung gegenüber den Sozialdemokraten ist hier eine, die er selbst, begegnete er ihr in der Armee, wohl als «Insubordination» geisseln würde. Vorerst spielt das keine Rolle.

«Scheidemann, komm schnell»: Die Ausrufung der Republik

Die Revolution überspült Berlin wie ein Hochwasser, doch kaum irgendwo versucht jemand die Flut zu dämmen. Heikel erscheint die Lage indessen am Alexanderplatz. Tausende Bewaffnete umringen ein Gebäude, das ihnen als «rote Zwingburg am Alex» verhasst ist: das Polizeipräsidium – rot wegen der Mauerfarbe. Und wie eine Burg ist es 1889 auch errichtet worden, eine Bastion des Obrigkeitsstaates, gross und breit wie ein Häuserblock, mit seinen vier von grünen Kuppeln gekrönten Ecktürmen. Im Inneren ist auch das Stadtgefängnis untergebracht, wo nun 650 Gefangene eingepfercht sind. Die revoltierenden Soldaten richten Maschinengewehre auf die Eingänge und Fenster; ein Sturm des Gebäudes wäre gegen entschlossene Verteidiger verlustreich, das wissen sie.

Der Unabhängige Emil Eichhorn und ein Gefährte nähern sich nun dem Präsidium mit ungunstigen Gefühlen, da es «armiert war wie eine Festung». In den Fenstern sind Maschinengewehre aufgebaut, im Lichthof steht eine Kompanie Infanterie bereit. Diese Festung würde sich lange halten. Aber die schweren Tore öffnen sich vor den beiden Abgesandten der USPD, und der Kompanieführer macht dem verblüfften Eichhorn einen Vorschlag: «Ich solle eine Ansprache halten, er wolle das gleiche tun und dann sollten die Soldaten ohne unser Beisein entscheiden, auf welche Seite sie sich schlagen wollen.» Eichhorn beginnt zu begreifen, dass der alte Militärstaat diesen Kampf nicht mehr gewinnen wird.¹³

Als er in den Lichthof des kolossalen Gebäudes tritt, findet er ein Chaos. Die Uniformierten hasten eilig hinaus, nachdem sie Säbel und Pistolen auf einen Haufen geworfen haben: «Unbehelligt liess man sie passieren, nur wer etwa hoch zu Ross entweichen wollte, den zertrümmerte man herunter und schickte ihn zu Fuss nach Haus.»¹⁴ Am frühen Nachmittag ist der Showdown vorüber, die «Blauen» geben kampfflos auf, nicht ohne Emil Eichhorn noch eine ordnungsgemässe Übergabe unterzeichnen zu lassen. Die meisten Polizisten gehen heim, am Tor nehmen ihnen die revolutionären Soldaten die Waffen ab, soweit sie überhaupt noch welche tragen. Mehr geschieht nicht, es gibt keine Rache-

akte an der Schutzpolizei, keine Lynchjustiz, und die rote Zwingburg wird nicht zur Bastille der deutschen Revolution.

Eine erheblich grössere Rolle spielt das Schloss Unter den Linden. Die Berliner Stadtresidenz der Hohenzollern hat während des gesamten Krieges beinahe leer gestanden. Nur eine Handvoll kaiserlicher Hausangestellter sah nach dem Rechten, vor den Toren langweilten sich die Wachen. Erst in den allerletzten Tagen vor Kriegsende zogen wieder Bewohner ein: Offiziere des Generalkommandos, die sich hier, praktisch im Wohnzimmer des Monarchen, sicherer fühlen als auf den unruhigen Strassen Berlins. Gut hundert bewaffnete Gendarmen bewachen das Gebäude, doch den Offizieren genügt das nicht: «Maschinengewehrschützen und Funker nebst einer Scheinwerferabteilung – zusammen etwa 100 Mann – sowie einige Panzerkraftwagen wurden herangeholt.» Das Schloss verwandelt sich in eine Trutzburg des niedergehenden Regimes, und die Offiziere wollen es um jeden Preis halten. Auf dem Dach werden Maschinengewehre postiert, die Schützen können alle Brücken und Zugänge unter Feuer nehmen; sie sind angewiesen, «bei etwaigen Angriffen unbedingt und rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen».¹⁵

Es ist zunächst sehr still am Morgen des 9. November; das Prachtgebäude liegt wie verlassen da, als sei es ein Geisterschloss, in dem noch die Gespenster einer untergehenden Epoche umgehen. Doch am Vormittag ziehen Schaulustige, Demonstranten und bewaffnete Soldaten auf, es werden immer mehr; der Kommandant des Schlosses sucht Verstärkung und telefoniert die Berliner Kasernen ab. Überall dieselbe Antwort wie aus der «Franzerkaserne»: Beistand kann nicht gewährt werden, weil die Soldaten des Regiments schon «zu unzuverlässig» sind. Das Schloss ist nun, wie es ein Beobachter mit Sinn für Dramatik ausdrückt, «eine Insel im brandenden Meer» der Revolution. Die Soldaten drinnen zögern – sollen sie, wenn der Befehl kommt, wirklich ein Blutbad anrichten?

Da trifft am späten Mittag, mit einiger Verzögerung, die Nachricht von der Abdankung des Kaisers ein. Das Generalkommando gibt auf, und kaum merken die fröhlichen Belagerer, die Freiheitsparolen gerufen haben, dass die Absperrungen zurückgezogen werden, da strömen sie ins Schloss hinein wie eine Springflut, verteilen sich in Höfe und

Gänge, während sich eine ganze Abteilung der Wachmannschaft, erleichtert die rote Fahne schwenkend, in den Lustgarten trollt. Ein beherzter Oberkastellan verschliesst eilends alle Tore und Türen, die in die Innenräume des Schlosses führen, in die Privatgemächer seines kaiserlichen Herrn, der sich davongemacht hat und niemals mehr wiederkommen wird.

Die Menge jedoch drückt und hämmert gegen die Türen, und wahrscheinlich wäre das Schloss nun demoliert und geplündert worden, hätte nicht ein Mann namens Schlesinger, der in einer der Nebenstrassen beim Kriegshilfsdienst beschäftigt ist, auf eigene Faust einen Balkon erklimmen und eine Ansprache gehalten, «dass das Schloss mit allem, was sich darin befindet, Nationaleigentum ist und nicht angeührt werden darf». Erstaunlicherweise fügen sich die Invasoren, sie sind in friedlicher Stimmung, es ist ihr Tag. Und Herr Schlesinger drapiert eine rote Fahne auf dem Balkon und verschwindet aus der Geschichte.¹⁶

Friedrich Ebert, nun der neue Reichskanzler, bleibt noch in der Reichskanzlei; Scheidemann eilt zurück in den Reichstag und informiert die Freunde. Wie Scheidemann berichtet, gleicht «der Reichstag einem Heerlager», bewaffnete Soldaten und Matrosen gehen durch die Gänge, lagern vor dem Gebäude, verlangen nach Informationen. In der grossen Wandelhalle haben Soldaten ihre Gewehre in Pyramiden zusammengestellt, im Hof wiehern Pferde. Vor dem riesigen Gebäude hat sich «eine ungeheure Volksmenge» versammelt, wie der *Berliner Lokal-Anzeiger* schreibt.¹⁷ Ebert und Scheidemann, erschöpft und hungrig, schlürfen im Speisesaal eine arg dünne Suppe, da stürmt «ein Haufen von Arbeitern und Soldaten an unseren Tisch, gerade auf unseren Tisch zu».

Die folgenden Momente wird Scheidemann (und nur er) überliefern: Die Männer rufen: «Philipp, Du musst herauskommen und reden!» Scheidemann wehrt ab, aber draussen, sagen die Soldaten, «stehen Zehntausende, die verlangen, dass Sie reden!» Einer ruft: «Ja wohl, Scheidemann, komm schnell, vom Schlossbalkon aus redet Liebknecht!»

Scheidemann eilt in den Lesesaal im ersten Stock. In seinen Memoiren heisst es: «Liebknecht will die Sowjetrepublik ausrufen. Was, nun sah ich die Situation klar vor Augen. Deutschland eine russische Provinz? Eine Sowjetfiliale? Nein! Tausendmal nein!

Kein Zweifel, wer jetzt die Massen vom Schloss her bolschewistisch oder vom Reichstag zum Schloss hin sozialdemokratisch in Bewegung bringt, der hat gesiegt! Ich sah den russischen Wahnsinn vor mir, die Ablösung der zaristischen Schreckensherrschaft durch die bolschewistische. Nein! Nein!»

Über die näheren Umstände wird die Fachwelt bis zum heutigen Tage debattieren. Dass Liebknecht nicht ruhen würde, musste der MSPD einerseits gewiss klar sein. Andererseits wird der Spartakistenführer die sozialistische Republik erst deutlich später am Nachmittag proklamieren; es wird fraglich bleiben, ob Scheidemann, von der wässrigen Suppe aufgeschreckt, ihm tatsächlich unmittelbar zuvorkommen muss oder dies jedenfalls annimmt.¹⁸ Aber nun steht er am übermannshohen Fenster. Rings um den Reichstag drängen sich Zehntausende, Zeugen eines grossen Umsturzes, aber ohne zu wissen, was eigentlich geschehen ist. Scheidemann ist einer der populärsten Sozialdemokraten, die Menge schwenkt Hüte und Mützen; dann beginnt er zu reden, und es wird still.

Er spricht kurz, klare, weit hallende Sätze. Über das Ende des Krieges, des Mordens, die verpassten Chancen zum Frieden, damit spielt er an auf die gescheiterten Verständigungsversuche des Vorjahres. Er höhnt über die Annexionspolitiker, «die Daheimkrieger», die «wirklichen inneren Feinde, die Deutschlands Zusammenbruch verschuldet haben» und nun «still und unsichtbar geworden» sind – die hohen Militärs, die rechten Politiker, die Monarchisten, die Alldeutschen sind gemeint, er muss das nicht aussprechen, jeder auf dem weiten Platz weiss das. Dann folgen Sätze, die eine Ära beenden und eine neue beginnen:

«Diese Volksfeinde sind hoffentlich für immer erledigt. Der Kaiser hat abgedankt. Er und seine Freunde sind verschwunden. Über sie alle hat das Volk auf der ganzen Linie gesiegt! Der Prinz Max von Baden hat sein Reichskanzleramt dem Abgeordneten Ebert übergeben. Unser Freund wird eine Arbeiterregierung bilden, der alle sozialistischen Parteien angehören werden.» Am Ende ruft Philipp Scheidemann: «Seid einig, treu und pflichtbewusst! Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue! Es lebe die Deutsche Republik!»

Draussen jubelt die Menge, die Demonstrationzüge setzen sich wieder in Bewegung, die Nachricht von Scheidemanns Auftritt und der

Ausrufung der Republik verbreitet sich rasch durch die gesamte Stadt. Der alte Sozialdemokrat geht nicht hinaus auf die Strassen; er kehrt zurück in den Speisesaal, «um den Rest meiner Wassersuppe zu retten». Als er den Saal erreicht, rufen Arbeiter und Soldaten hinein: «Scheidemann hat die Republik ausgerufen!»

Über die folgende Szene gibt es verschiedene Versionen, die freilich eines gemeinsam haben. Der neue Reichskanzler ist alles andere als erbaut über die Eigenmächtigkeit Scheidemanns. Ebert selbst wird schon nicht mehr am Leben sein, als 1927 Scheidemanns Memoiren als Buch erscheinen. Der Bremer Pfarrer Emil Felden, dem Ebert für sein 1926 erscheinendes Buch die Szene offenbar aus erster Hand geschildert hat, schreibt: «Ebert ist entsetzt und ruft dem Freunde zu: das war unrecht. Über die zukünftige Staatsform wird die Konstituante zu entscheiden haben!» Glaubt man «dem Freunde», dann war Eberts Erregungszustand um etliche Grade heisser, ja, dem Kochen nahe: «Er machte mir eine Szene, bei der ich wie vor einem Rätsel stand.» Ebert «war vor Zorn dunkelrot im Gesicht geworden ... Er schlug mit der Faust auf den Tisch und schrie mich an: ‚Ist das wahr? ... Du hast kein Recht, die Republik auszurufen!‘ Dies «entscheidet eine Konstituante!»

Ob rot vor Zorn oder nicht, Ebert begreift sofort, was der andere da getan und welche Folgen das für die eigenen Pläne hat. Mit einem Schlag sind alle Optionen, mit den Bürgerlichen, also Zentrum und Linksliberalen, als wichtigsten Partnern zusammenzugehen, vom Tisch – die Massen auf den Strassen und in den Betrieben, die Arbeiter und Soldaten, die eigenen Anhänger würden das nicht mehr mitmachen: Scheidemann hat ihnen soeben eine Regierung aus den sozialistischen Parteien versprochen, und das kann nur heissen: Die Mehrheitssozialdemokraten gehen zusammen mit der USPD, die Spaltung der Partei wird zumindest überbrückt; an der Basis ist, wie man in diesen Novembertagen vielerorts sieht, die Sehnsucht nach Einigkeit der Arbeiterbewegung immer lebendig geblieben.

Andererseits weiss Ebert das auch, er selbst hat seit den Morgenstunden Kontakt mit den Unabhängigen gehabt und ausgelotet, ob und unter welchen Bedingungen sie kooperieren würden. Doch im Moment

der Entscheidung verkennt er die Stimmung draussen vor dem Reichstag; er ist ein gewiefter Taktiker und kluger Strategie, aber alles andere als ein Volkstribun, und das psychologische Einfühlungsvermögen ist niemals seine Stärke gewesen. Scheidemann hingegen, wie Heinrich August Winkler es treffend ausdrücken wird, hat an diesem frühen Nachmittag «ein sicheres Gespür dafür, dass der Tropfen monarchischen Öls, mit dem Prinz Max von Baden den sozialdemokratischen Parteiführer gesalbt hatte, vielleicht die Militärs und höheren Beamten, nicht jedoch die breiten Massen beeindrucken konnte»¹⁹. Scheidemann hat mit seinem Coup durchgesetzt, was die Basis längst erwartet und angesichts der revolutionären Stimmung Hunderttausender auf den Strassen der Hauptstadt ohne Alternative ist: Die MSPD hat sich an die Spitze der Bewegung gesetzt.

Und sie hat die Obleute wie die Spartakisten ausmanövriert. Die Obleute unter Barth, die den Termin, an dem sie mit den gesammelten Waffen losschlagen wollten, auf den 11. November verschoben haben, sind jetzt völlig überrumpelt, alle ihre geheimen Pläne Makulatur. Zu spät kommt auch Karl Liebknecht. Noch am selben Nachmittag des 9. November, gegen halb fünf, stürmt er mit zahlreichen Anhängern ins Stadtschloss, wo es aber nicht mehr viel zu stürmen gibt. Die Massen haben es ja bereits am Vormittag besetzt, die Bewacher längst das Weite gesucht oder sich der Revolution angeschlossen. Die Soldaten, die noch von der Wache übrig sind, stehen auf dem Dach, sie «schwenkten die Helme und grüssten zur Menge hinab, die auf das Tor zudrängte»²⁰. Kurz danach mischen sie sich ohne Waffen unter die Menge, mit Jubelrufen begrüsst. Das Automobil, in dem Liebknecht sitzt, fährt durchs geöffnete Tor in den Schlosshof.

Der junge amerikanische Reporter Ben Hecht ist aus Chicago nach Berlin gekommen, um über das Land an der Schwelle der Niederlage zu berichten; er weiss nicht viel über das Kaiserreich und spricht fast kein Deutsch, von Karl Liebknecht hat er noch nie gehört. Aber was er über ihn schreibt, wird zur Legende. Der Kellner im Hotel Adlon habe ihm, Hecht, einen heissen Tipp gegeben, so sei er zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle gewesen, Jahrzehnte später beschreibt er die Szene mit bemerkenswerter Fantasie: «Drei Matrosen mit Pfannkuchen-Müt-

zen, von deren Krempen Bänder baumelten, grüssten mich. Sie trugen Karabiner. Sie waren blond, wohlgenährt und zuversichtlich. Ich fuhr mit ihnen im Taxi. Der Schnee fiel dichter. Wir kamen zu einer Strasse voller Menschen. Zweihundert Matrosen, bewaffnet wie meine Gastgeber, und einige hundert Zivilisten standen auf dem Gehweg vor dem kaiserlichen Schloss. Die Menge auf dem Gehweg war still. Der fallende Schnee schien sie zum Schweigen zu bringen. Ein Jubelruf ertönte. Ich beobachtete, wie ein schwarzäugiger, flinker kleiner Mann aus einem weiteren Taxi stieg und durch den Schnee auf das Schlosstor zuing. Die grossen, rotwangigen Matrosen salutierten, als er vorüberschritt. Am Eingang wandte sich der kleine Mann um und hielt eine Ansprache. Seine Stimme klang scharf und wütend. Er sprach zu schnell, als dass ich hätte folgen können ... Dieser kleine Mann war offensichtlich Karl Liebknecht. ... Es war meine erste flüchtige Begegnung mit Brutus, Robespierre, Garibaldi, Bolivar, Washington – ein Führer der Revolution, ein Stürmer der Königspaläste.»²¹ Liebknecht habe sich gar ins Bett des Kaisers gelegt, das unter ihm zusammengebrochen sei.

Die Wirklichkeit ist um einiges weniger romanhaft. Es schneit nicht, es ist nicht Abend, Liebknecht liegt höchstwahrscheinlich niemals in des Kaisers Himmelbett. Er steht an diesem Nachmittag auf dem Dach seines Wagens und ruft vor der jubelnden Menge, der Tag der Revolution sei angebrochen: «Das Alte ist nicht mehr. Die Herrschaft der Hohenzollern, die in diesem Schloss jahrhundertlang gewohnt haben, ist vorüber. In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland!» Doch Scheidemann ist ihm zuvorgekommen, die rote Republik nur ein Schlossgespenst.

Währenddessen hat sich immer noch eine Gruppe Offiziere tief im Innern des Schlosses verborgen, aus Furcht kommen sie nicht heraus. Mit einer Polizeieskorte gehen sie am Abend schliesslich durch eine dicht gedrängte und schweigende Volksmenge, sie lässt nur eine schmale Gasse frei. Auch jetzt kommt es nicht zu Gewalttaten, der Überlieferung nach habe nur ein Mann dem Polizeimajor, der den Zug der Besiegten in Sicherheit bringt, die Hand auf die Schulter gelegt und gesagt: «So, jetzt kommen wir dran!»

«Wie eine vom Marder umkreiste Hühnerschar»: Das Dilemma der USPD

Auf Liebknecht kommt es an diesem Tag nicht mehr wirklich an. Viel wichtiger und spannender ist die Frage, wie die Unabhängigen auf Scheidemanns Versprechen reagieren werden, mit ihnen eine Regierung zu bilden. Denn noch am gleichen Nachmittag gehen die Mehrheitssozialdemokraten auf die USPD zu, die Fraktion sitzt im Reichstag ja nur ein paar Flure entfernt, in Zimmer 18, wie so oft in heftige Debatten um den richtigen Kurs verstrickt. Plötzlich aber stehen Ebert, Scheidemann und Otto Braun vor der Tür und machen den Unabhängigen ein Angebot, das diese schwer ablehnen können: Eine gemeinsame Revolutionsregierung, und mehr noch: dabei sogar «Halbpart zu machen», sie also zu gleichen Teilen mit Vertretern beider Parteien zu besetzen.²²

Wilhelm Dittmann wird später den Sturm widersprüchlicher Gefühle eindrucksvoll wiedergeben, den er empfand: «Wir waren unerwartet vor eine Entscheidung gestellt, an die niemand von uns gedacht hatte. Unsere Massenstreikaktion, die in vollem Gange war, richtete sich gegen die Regierung und damit notwendigerweise auch gegen die nach unserem Wissen noch in ihr vertretene mehrheits-sozialistische Partei.» Und deren Führer stehen nun in der Tür. «Eben noch auf der politischen Gegenseite, jetzt mit uns in derselben Front, und dazu auch noch das Angebot der gemeinsamen Regierung! Das war ein plötzlicher totaler Wechsel der Situation, der völlig überraschend kam.»

Da stehen nun die feindlichen Brüder, sie bieten Frieden, Freundschaft, Versöhnung und sogar einen Teil der Macht an; nicht nur das, sogar einen gleichen Teil, obwohl doch die USPD der jüngere und kleinere Partner ist. In ihrer Verwirrung klammern sich die Unabhängigen, ganz deutsche Revolutionäre, eine Weile an Formalia: Sie müssten erst eine «kompetente Partei- und Fraktionskörperschaft zusammengerufen»²³, doch dafür fehlt die Zeit. Ebert bestätigt Dittmann und dem USPD-Angeordneten Oskar Cohn noch einmal das Angebot: Der Kaiser habe abgedankt, die neue Regierung solle aus USPD und SPD paritätisch besetzt werden, eine Nationalversammlung würde

später die Staatsform bestimmen. Fast gleichzeitig fragen Cohn und Dittmann: «Und was ist mit Liebknecht?»

Das ist in der Tat die grosse Frage – vor allem für die USPD. Sie kann sich leicht ausrechnen, wie die Spartakisten auf die Offerte reagieren werden, mit Eberts «Regierungssozialisten» in einer Regierung zu sitzen. Der Vorwurf des Verrats an die USPD wäre das Mindeste. Für Ebert ist das leichter. Tritt Liebknecht bei, kann er nicht auf den Strassen Putschismus betreiben. Bleibt er als Einziger fern, wird er gegen eine Regierung beider grosser Arbeiterparteien nicht ankommen, so sehr die MSPD ihn und «russische Verhältnisse» auch fürchtet. Zur Überraschung von Dittmann und Cohn antwortet Ebert: «Wenn er bei Euch Mitglied ist, könnt Ihr ihn in die Regierung schicken; die Personenfrage ist Sache jeder der beiden Parteien.»

Doch noch immer können sich die Unabhängigen nicht entscheiden. Unablässig klingelt das Telefon, gehen Telegramme von der Basis ein. Es gibt zwar noch kein Radio, kein Fernsehen, keine elektronische Kommunikation – aber die Informationskanäle sind bereits gut genug, um ein grobes Bild von der Stimmung an der Basis zu vermitteln. In den USPD-Hochburgen draussen, so in Hamburg, sprechen sich die meisten für eine Regierungsbeteiligung aus; in den Räumen der Reichstagsfraktion versammeln sich immer mehr Genossen, auch hier neigt sich die Waagschale in die Richtung, Verantwortung zu übernehmen. Sie müssten sonst die Revolution allein gegen die SPD fortsetzen, Reichsregierung und Kaiser sind gestürzt, das Militär hat sich verkrochen. Von den Mehrheitssozialdemokraten wiederum wird berichtet, «dass sie in der Reichskanzlei bereits ein und aus gehen würden, als ob sie die Regierung bereits übernommen hätten»²⁴.

Es ist kaum übertrieben zu sagen: Die USPD-Fraktion ist in diesem Moment der Entscheidung perplex, ja verwirrt. Sendboten der MSPD, die sich nach dem Stand der Dinge erkundigen, werden fortgeschickt. Hugo Haase, die Seele der unabhängigen Partei, hält sich nicht einmal in Berlin auf, er sitzt noch in der Eisenbahn aus Kiel. Emil Barth von den Obleuten wird später über die Szene höhnen: «Da sassen nun die Leuchten und Grössen der USPD so unbeholfen und zerfahren wie eine vom Marder umkreiste Hühnerschar» – wobei dann vor allem Ebert der Marder wäre, auf leichte Beute lauend – «alles schrie Haa-

se, wenn nur Haase da wäre, als wenn von ihm das Heil der Welt abhinge.»²⁵

Dann öffnet sich die Tür zu Zimmer 18, es kommt aber nicht Haase herein, sondern mit einigen Begleitern Karl Liebknecht, der soeben die «sozialistische Republik» ausgerufen hat. Auf der Treppe zum Reichstag hat er zuvor Hellmut Gerlach umarmt, einen vom schlesischen Junker zum Demokraten gewandelten, bedeutenden Publizisten. Gerlach hält Liebknecht für «einen ehrlichen Fanatiker ..., aber ich habe ihn gern gehabt», wie er in seinen Erinnerungen schreiben wird: «Ich drehe mich um und blicke Karl Liebknecht in die halb feuchten, halb traurigen Augen. Mit warmer Stimme ruft er mir zu: ‚Gerlach! Endlich die Freiheit! Sie gehen nicht ganz mit mir, ich weiss. Aber heute wollen wir uns doch zusammen freuen!‘»²⁶

Liebknecht hört sich im Fraktionszimmer die Debatten kurz an, dann diktiert er dem Protokollführer der USPD die Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung: «Alle exekutive, alle legislative und alle richterliche Gewalt bei den Arbeiter- und Soldatenräten!» Ein merkwürdiges Schweigen legt sich über den Saal, der eben noch von Reden und Rufen erfüllt war. Niemand will ihm offen widersprechen, aber es gibt auch keinen Beifall. Der Liebknecht, den die Genossen von der USPD jetzt erleben, ist manchen von ihnen etwas unheimlich. Es ist etwas Unbedingtes an ihm, eine Entschlossenheit, die frösteln lässt. Eduard Bernstein, der als einziger SPD-Revisionist zur USPD wechselte, ist mit seinen 68 Jahren noch immer einer der bekanntesten Köpfe der Arbeiterbewegung; er hat Liebknecht persönlich immer gemocht und respektiert, schon wegen der grossen Opfer, die der andere für seine moralischen Überzeugungen gebracht hat, als er noch ein einsamer Rufer nach Frieden war. Aber jetzt beobachtet er Liebknecht, den Revolutionär, der mit Charisma, Willenskraft und Härte «fast befehlenden Tones» versucht, seine Linie durchzusetzen: «Als er aber der Partei das Bolschewistensystem aufzudiktieren sich anschickte, zuckte es mir durch den Kopf: Er bringt uns die Konterrevolution!»²⁷ Denn ein Militärputsch wäre die Antwort.

Noch in die Pause hinein öffnet sich erneut die Tür, und Philipp Scheidemann erscheint mit zwei Begleitern, er fragt: «Seid Ihr nun endlich zu einem Entschluss gekommen?» Es wird wieder laut, erst

recht, als Scheidemann von Liebknechts Forderung hört, alle Staatsgewalten in die Hände der Räte zu legen, und milde fragt: «Ja, aber Leute, wie denkt ihr euch das denn?» Ein Wortwechsel folgt, Liebknecht antwortet «schroff» (Bernstein): Es müsse sein.

Am späten Nachmittag schliesslich einigen sich die Unabhängigen, deutlich beeinflusst von Liebknecht, auf sechs Forderungen an die MSPD. Laut Bernstein schwiegen «die gemässigten Mitglieder der Partei, weil sie Liebknecht nicht beipflichten konnten, ihm aber auch nicht vor andern entgetreten mochten, bevor nicht die Parteileitung unter sich zu einer bestimmten Stellungnahme gelangt war»²⁸. Viele, wie Wilhelm Dittmann, wollen ihre endgültige Haltung noch immer davon abhängig machen, «wie Haase sich stellen würde.... Haases Autorität war so gross, dass sein ‚Nein‘ entscheidend gewesen wäre, gerade weil er eine verbindliche und konziliante Natur war, im Gegensatz zu Ledebour, dessen Intransigenz das ‚Nein‘ entsprach.»²⁹ Die Bedingungen für einen Eintritt in eine gemeinsame Regierung lauten:

1. Deutschland soll eine soziale Republik sein.
2. In dieser Republik soll die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschliesslich in der Hand von gewählten Vertrauensmännern der werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein.
3. Ausschluss aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung.
4. Die Unabhängigen beteiligen sich nur für drei Tage an der Regierung, damit diese fähig ist, einen Waffenstillstand mit der Entente zu schliessen.
5. Die Ressortminister gelten nur als technische Gehilfen des Kabinetts, dieses entscheidet.
6. Gleichberechtigung der beiden Leiter des Kabinetts.

Noch während das Papier den ungeduldig wartenden Sozialdemokraten gebracht wird, fallen in der Innenstadt Schüsse. Gegenüber dem nun fast verlassenem Schloss liegt der Marstall, ein neobarocker Klotz, erst um 1900 für den kaiserlichen Pferdefuhrpark errichtet. Aus den oberen Fenstern zielen Heckenschützen mit Gewehren in die vorbeiziehende Menge, Schüsse fallen, es gibt mehrere Tote und Verwundete. Bewaffnete brechen die Türen auf und durchsuchen das riesige

Gebäude, doch sie finden niemanden mehr. Auch am Opernpalais kommt es zu Schusswechseln. Die Mörder haben schnell das Weite gesucht, wer sie waren, wird man nie erfahren. Liebknechts Sohn Robert berichtet dagegen eine sonst unbelegte Begebenheit. Einige der Schützen, sehr junge kaisertreue Offiziere, seien gefasst worden und sollten nun erschossen werden: «Ihre Familien kamen völlig aufgelöst zu meinem Vater und baten eindringlich um seinen Einspruch, und er hat mit viel Einsatz diese Exekution verhindert.»³⁰

Nicht weit davon im Reichstag wächst bei der USPD die Nervosität. Wilhelm Dittmanns Bruder Paul bricht schliesslich auf, requiriert im Märstall zwei Automobile, sammelt einige revolutionäre Soldaten, dann braust der kleine Konvoi hinaus in die Dunkelheit, Richtung Kiel. Paul Dittmann will Hugo Haase finden und auf schnellstem Wege zum Reichstag bringen. Mit sich trägt er eine, offenbar mit der Heeresleitung abgestimmte Vollmacht, die ihm bestätigt, er dürfe Haase nach Berlin holen: «Es sind ihm zu diesem Zwecke zwei Militärautos mit Besatzung zur Verfügung gestellt. «³¹ Unterzeichnet ist es von: «K. Liebknecht/Scheidemann».

Es dürfte das einzige Dokument sein, das Karl Liebkecht in offiziellem Auftrag unterzeichnet hat, noch dazu gemeinsam mit Scheidemann, der ihm gründlich verhasst ist.

Paul Dittmanns Suchmission ist erfolglos, schon bei Hagenow bleibt das erste Auto liegen. Sinnlos ist sie ohnehin, denn seine und Haases Wege kreuzen sich; Haase sitzt im Zug aus Hamburg und kommt nach vielen Stunden immer wieder verzögerter Bahnfahrt gegen neun Uhr abends am Lehrter Bahnhof an, sofort eilt er in den Reichstag, und wie es dort zugeht, wird sein Biograf Ernst-Albert Seils, nach zeitgenössischen Zeitungsberichten, anschaulich beschreiben: «Bewaffnete Arbeiter und Soldaten strömten durch die Eingänge aus und ein. In den Gängen und der Wandelhalle wimmelte es von Soldaten ohne Kokarden, Matrosen mit umgehängten Karabinern, Frauen mit roten Schleifen, Revolutionären mit fantastischen Gewändern, ausgestattet mit breiten roten Armbinden, Dolchen und Revolvern. Flugblätter mit der Aufschrift ‚Alle Macht den Räten!‘ wurden verteilt. Soldaten und Arbeiter stiegen die Treppe zum Plenarsaal hoch, wo sie auf den Abgeordnetensitzen Platz nahmen und herumlärmten.»³²

Durch das ungewohnte Chaos geht Haase, von vielen begrüsst, rasch ins Zimmer 18, wo ihn die USPD-Fraktion mit grosser Erleichterung begrüsst. Nun kommt alles auf ihn an, der zwei Jahre lang einen bitteren Kampf mit der MSPD geführt hat, der im Reichstag von seinen früheren Genossen niedergebrüllt wurde, dem Männer die Freundschaft kündigten, die er für Weggefährten gehalten hat. Haase ist ein alter Kämpfer, eine Zusammenarbeit mit diesen Leuten ist nichts, was er sich gewünscht hätte. Nur: Was hat er, was hat die USPD sich eigentlich gewünscht, ausser dass eines Tages irgendeine Art von Revolution ausbrechen werde?

Erst jetzt, in der Stunde des Triumphes, bemerken die Unabhängigen ein eigentümliches und höchst folgenreiches Versäumnis: Die Partei hat keinerlei Vorstellungen, was sie nach dem Sturz der alten Gewalten eigentlich tun soll. Sie ist vollkommen unvorbereitet auf die Macht, so als habe sie, allen Beschwörungen eines sozialistischen Morgenrots zum Trotz, ernsthaft niemals damit gerechnet, dass die Sonne tatsächlich aufgehen könnte. Es gibt keine Konzepte, keine Strategiepapiere, schon gar keine Blaupausen dafür, Verantwortung zu tragen. Es gibt nichts.

Die USPD, welche anders als die MSPD-Führung die Revolution der Arbeiter und Soldaten mit Begeisterung als die ihre empfindet und in Flugblättern sogar behauptet, sie selbst habe «kühn und klar sehend die Massen zu ihrem revolutionären Ziel geführt», hat keinen Schimmer, was an diesem Ziel eigentlich zu tun ist. Später wird man die Schwäche eines zu kleinen und jungen Parteiapparates dafür verantwortlich machen, die innerparteilichen Kursdebatten, die Bedingungen des Kriegsrechts; nichts davon ist falsch, doch der wahre Grund erklärt sich anders. Die Frankfurter Genossin Toni Sender bringt ihn auf den Punkt: «Man war gewohnt, den Sozialismus als ein fernes Ziel zu betrachten, als ein Ideal, zu dem man die Massen begeistern sollte. Wie dies aber in der Praxis zu verwirklichen (war), darüber hatte man sich nicht im einzelnen den Kopf zerbrochen.»³³ Sicherlich ist das auch ein Erbe des kaiserlichen Reichstages, in dem die Parteien wenig Gelegenheit zu konkreter Politik erhielten und dafür umso mehr zu theoretischen Grundsatzdebatten. Aber die Schockstarre der Linkssozialisten am 9. November gehört dennoch zu den grössten Mysterien dieser an Rätseln und Widersprüchen nicht armen Revolution.

Haase ist zwar erkennbar unwohl bei dem Gedanken, mit Ebert und Scheidemann die Regierung zu übernehmen. Zudem lehnt die MSPD Teile der Bedingungen ab, vor allem will sie die Macht nicht zur Gänze an die Räte übertragen: Sei mit «diesem Verlangen die Diktatur eines Teils einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht», werde es keine Zusammenarbeit geben, weil dies «unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht». Andererseits hat Haase in Hamburg und Kiel selbst tief beeindruckt, wie gross bei den Revolutionären dort der Wunsch nach Einheit und Eintracht in der Sozialdemokratie ist. Die sechs auf Betreiben Liebknechts zustande gekommenen Bedingungen will er daher nicht unterstützen. Kaum ist er endlich zurückgekehrt, wendet sich das Blatt; Liebknecht und Ledebour haben einen Gegenspieler von Format gefunden. Laut Dittmann sagt Haase der USPD-Fraktion, «es bestehe ein elementares Verlangen der Arbeitermassen beider Parteien nach solidarischem, gemeinsamem Handeln, da sei die gemeinsame Regierung die selbstverständliche Konsequenz».

Und so sind, am späteren Abend des 9. November 1918, die Würfel endlich gefallen. Die USPD stimmt zu, sie wird unversehens Teil der deutschen Regierung – was sie am Morgen desselben Tages sicher als Hirngespinnst betrachtet hätte – und nominiert dafür Haase, Liebknecht und Barth, womit die Partei in ihrer ganzen Breite vertreten wäre, einschliesslich des Spartakus und der Obleute.

Der Tag, an dem eine Welt stürzte, ist vorüber. Otto Braun von der MSPD kann es in der Nacht noch nicht glauben: «Sollte das so mächtig erscheinende Hohenzollernregime so widerstandslos, so vollständig und so kläglich zusammengebrochen sein?» Aber niemand wird den *regime change* prägnanter beschreiben als der liberale Journalist Theodor Wolff mit seinem viel zitierten Wort von der «grössten aller Revolutionen». Diese Revolution, schreibt er in der Morgenausgabe des *Berliner Tageblattes* vom 10. November, «hat wie ein plötzlich losbrechender Sturmwind das kaiserliche Regime mit allem, was oben und unten dazugehörte, gestürzt. Man kann sie die grösste aller Revolutionen nennen, weil niemals eine so fest gebaute, mit so soliden Mauern umgebene Bastille so in einem Anlauf genommen worden ist. Es gab noch vor einer Woche einen militärischen und zivilen Verwaltungsapparat, der so verzweigt, so ineinander verfädelt, so tief eingewurzelt

war, dass er über den Wechsel der Zeiten hinaus seine Herrschaft gesichert zu haben schien. Durch die Strassen von Berlin jagten die grauen Autos der Offiziere, auf den Plätzen standen wie Säulen der Macht die Schutzleute, eine riesige Militärorganisation schien alles zu umfassen, in den Ämtern und Ministerien thronte eine scheinbar unbesiegbare Bürokratie. Gestern früh war, in Berlin wenigstens, das alles noch da. Gestern nachmittag existierte nichts mehr davon.»³⁴

Selten hat eine Revolution leichter gesiegt – wie es scheint. Aber selten hat eine Revolution auch solch katastrophale Startbedingungen gehabt: eine vom Krieg zutiefst erschütterte und gespaltene Gesellschaft, voller Not und Hunger, im Schatten eines Krieges, der verloren und noch nicht vorüber ist. Ebert wird wenige Wochen später drastisch die «sehr üble Erbschaft» beschreiben, welche die neue Regierung nun bleischwer belastet: «Wir waren im eigentlichen Sinne Konkursverwalter des alten Regimes: Alle Scheuern, alle Lager waren leer, alle Vorräte gingen zur Neige, der Kredit war erschüttert, die Moral tief gesunken.»³⁵

Das Gefühl, dass etwas fehlte: Die Regierung der Volksbeauftragten

«Du Hund wirst uns alles verderben»: Machtkampf im Zirkus Busch

Der Zirkus Busch im Tiergarten gehörte in Friedenszeiten zu den grossen Attraktionen Berlins, der prächtige Kuppelbau mit seinen Rundbogenfenstern bietet Platz für mehr als 4'000 Besucher. Zehn Jahre zuvor hat der Entfesselungskünstler Houdini hier die Massen staunen lassen; nun, am 10. November 1918, sind beinahe so viele Menschen herbeigekommen, Delegierte der Arbeiter- und Soldatenräte. Es geht um nicht weniger als die Frage, wer künftig die Macht haben wird im neuen Staat.

Wie demokratisch und repräsentativ die 3'000 Delegierten sind, wird für immer eine offene Frage bleiben. Die Versammlung ist erst am Vortag beschlossen worden, viele Räte, zumal ausserhalb Berlins, erfahren gar nichts oder erst spät davon. Wer sich wirklich im Auftrag eines Rats einfindet oder sich selbst ermächtigt hat, ist schwer zu kontrollieren, alles ist noch so neu, es gibt keine feste Organisation, keine Einlasskarten. Wichtiger noch: Allein die MSPD und die Obleute im Bund mit Liebknecht haben die Nacht und den Morgen genutzt, um ihre Bataillone zu mobilisieren; im Fall der Sozialdemokraten darf man das wörtlich verstehen, da sie in den Kasernen Flugblätter verteilt und um Teilnahme geworben haben. Die Soldatenräte sind für den Augenblick die Inhaber der bewaffneten Macht; wer sie auf ihrer Seite weiss, hat schon halb gewonnen. An ihrer Spitze marschiert Wels durch den strahlenden Herbstsonnenschein zum Zirkus Busch und steht jäh einem jungen Spartakusanhänger gegenüber, dem aufgeht, was hier gespielt wird, und dem Sozialdemokraten einen Revolver unter die Nase hält. Der Mann schreit: «Du Hund wirst uns noch alles verderben!» Hermann Müller wird den Vorfall überliefern: «Gèschossen hat er nicht. Deshalb wurde er auch nicht gelyncht.»¹

Es ist ein harter Machtkampf, der vielen Anwesenden, die noch im Rausch des leichten Sieges in den Zirkus Busch kommen, gar nicht bewusst ist. Liebknecht und viele der Revolutionären Obleute wollen versuchen, die Führung der Rätebewegung an sich zu reißen, in dem sie in den Kasernen und Betrieben am Morgen des 10. November möglichst viele Delegierte in ihrem Sinne wählen lassen, die dann wiederum eine Regierung ausschliesslich aus Spartakisten und Obleuten ernennen würden. Eine kleine Schar beider Gruppen hat spät am Abend des 9. November im Reichstag noch beschlossen, anderntags im Zirkus Busch Neuwahlen der doch Stunden zuvor erst spontan gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte abzuhalten – als ob das Parlamentsgebäude diesem Versuch einer Minderheit, die Macht an sich zu reißen, die nötige Legitimität verschaffen würde.

Das ist ein gewagtes Spiel angesichts der Stimmung in Berlin, welche die MSPD geschickt zu nutzen weiss, und ihr Parteiapparat, dirigiert von Wels, läuft noch in der Nacht auf Hochtouren. «Kein Bruderkampf!» steht auf ihren Flugblättern, Einigkeit und Gemeinsamkeit predigen ihre Vertrauensleute; «Die Bruderhand liegt offen – schlagt ein», schreibt der *Vorwärts*, dessen Ausgaben am Morgen schnell vergriffen sind. Für eine Partei, welche Haase und die Friedensfraktion zwei Jahre zuvor hinausgeworfen und seither aufs Heftigste als Politicscharlatane geschmäht hat, ist das ein bemerkenswertes Manöver, aber es funktioniert. Die Basis ist des Streits müde und froh über die neu gefundene Einigkeit. Auch Richard Müller von den Obleuten muss das feststellen, denn erstmals seit Langem wirken sie isoliert, wenn sie in den zahlreichen Betriebsversammlungen gegen jede Zusammenarbeit mit der MSPD agitieren: «Sie hatten damit keinen Erfolg, selbst dort nicht, wo sie jahrelang das vollkommenste Vertrauen der Arbeiter besaßen.»²

Verglichen mit dem jähen Umarmungskurs der Mehrheitssozialdemokraten muss die Strategie der radikalen Linken zwangsläufig wirken wie ein Angriff auf eben diese neue Einigkeit, etwa wenn die *Rote Fahne* am 10. November schreibt: «Es darf kein Scheidemann mehr in der Regierung sitzen; es darf kein Sozialist in die Regierung eintreten, solange ein Regierungssozialist noch in ihr sitzt. Es gibt keine Gemeinsamkeit mit denen, die Euch vier Jahre lang verraten haben. Nieder mit dem Kapitalismus und seinen Agenten! Es lebe die Revolu-

tion!»³ Noch dazu dürfe es auch keine Stimme für jemanden geben, der mit der MSPD Zusammenarbeiten wolle – eine klare Kampfansage gegen die USPD.

Diese Art unbedingter Konfrontation ist keine gescheite Taktik, wie sich im weiten Rund des Zirkus Busch sehr bald zeigt, als gegen fünf Uhr nachmittags die grosse Vollversammlung der Räte unter dem Vorsitz von Emil Barth beginnt. Barth verkörpert an diesem Abend alle Widersprüche dieser Revolution in einer Person. Er wird Mitglied des Rates der Volksbeauftragten sein, der Regierung, und gehört gleichzeitig zu jener Minderheit, welche diese Regierung unbedingt verhindern und die Macht für die Obleute und die Spartakisten erobern will.

Die schlechteste Rede hält Friedrich Ebert, der hier erkennbar fremdelt und sich unwohl fühlt, dennoch bekommt er den meisten Applaus, ja, «nicht enden wollenden Jubel», als er berichtet, die beiden sozialdemokratischen Parteien hätten sich auf den zu gleichen Teilen besetzten Rat der Volksbeauftragten geeinigt. Auch Liebknecht, der Held aus der Kriegszeit, erhält stürmischen Beifall, als er ans Rednerpult eilt. Aber dann wendet sich die Stimmung, und zwar dramatisch, als der Spartakusführer die Sozialdemokraten als «Feinde» bezeichnet. Es soll die Stunde der Abrechnung mit ihnen werden, hier vor den Räten. Aber es kommt anders. Liebknecht spricht, und das Protokoll gibt die Stimmung wieder:

Die Gegenrevolution ist bereits auf dem Marsche, sie ist bereits in Aktion!

(Rufe: Wo denn?)

Sie ist bereits hier unter uns! Wer hat zu Ihnen gesprochen, waren das Freunde der Revolution?

(Rufe: Nein! Gegenrufe: Ja!)

Lesen Sie, was nach dem Willen des Reichskanzler Ebert...

(Ruf: Ohne den wären Sie gar nicht da!)

... der Vorwärts geschrieben hat: Das ist eine Verleumdung der Revolution ...Es drohen Gefahren für die Revolution von vielen Seiten...

(Rufe: Von Ihnen!)

... Gefahren, die nicht nur aus Kreisen, die bis dahin das Heft in der Hand gehabt haben, als Scharfmacher, Agrarier, Junker, Kapitalis-

ten, Imperialisten, Monarchisten, Fürsten, Generäle, sondern auch von jenen, die heute mit der Revolution gehen und vorgestern noch Feinde der Revolution waren!

Karl Liebknecht ist ein guter, geübter Redner, der sich oft von seiner eigenen Leidenschaft mitreißen lässt und die Zuhörer begeistern kann; aber hier, im Zirkus Busch, ausgerechnet in dieser Stunde der Entscheidungen, da findet er nicht das Publikum, das nach seinen Worten und seiner Führung lechzt. Ganz im Gegenteil: Geschrei, Gebrüll, mehr Zwischenrufe, Drohungen hindern seine Rede: «Einigkeit! Einheit! Nein! Abtreten!» Tapfer fährt er noch eine Weile fort und ruft dann: «Der Triumph der Revolution wird nur möglich sein, wenn sie zur sozialistischen Revolution wird, nur dann wird sie die Kraft besitzen, die Sozialisierung der Wirtschaft, Glück und Frieden für alle Ewigkeit zu sichern!»⁴

Aber seine Verheissung einer weltlichen Erlösung ist nur noch für Teile der Zuhörer zu verstehen, zu laut ist es geworden und zu unruhig. Für Liebknecht, den Helden des Widerstandes gegen den Krieg, ist das eine neue Erfahrung, eine Lehrstunde, ein Erwachen aus vielerlei Illusionen, ja, wie Volker Ullrich treffend schreiben wird, «ein persönliches Fiasko»⁵. Er hat sich und seine Bewegung als Speerspitze, als Avantgarde des Sozialismus empfunden und muss nun feststellen, dass die Massen, in deren Namen er ständig spricht, sich offenbar gar nicht danach sehnen, von ihm geführt zu werden.

Vergeblich versuchen Liebknecht und die radikaleren Obleute, ihren Plan auszuführen, nämlich die Versammlung einer Liste zustimmen zu lassen, in welchem ein Aktionsausschuss der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte ausschliesslich mit Obleuten und Spartakisten besetzt wäre. Diese Kader, so die Idee, würden dann von der Spitze her die Massen lenken. Aber daraus wird nichts. Kaum hat Barth dies vorgeschlagen, steht der Sozialdemokrat Franz Büchel auf und brüllt: «Parität!» Barth stösst ihm zwar die Glocke, mit der er sonst um Ruhe läutet, heftig ins Kreuz, aber das hilft auch nichts mehr: Aus der Menge schallt das laute Echo: «Parität! Parität! Einigkeit!» Es kommt zu Tumulten und Handgemengen. «Das ist der Kampf! Der blutige Kampf», schreit Barth Ebert entgegen.⁶ Dieser wird von Liebknecht-

Anhängern persönlich bedroht und verlässt nicht nur den Zirkus Busch, sondern flüchtet ausgerechnet ins preußische Kriegsministerium, wo er den ergrimmtten Schöch fragt, ob er die neue Regierung beschützen könne.

Das hätte Ebert gar nicht tun müssen; Im Zirkus stürmen Soldaten auf die Bühne und drohen, alles kurz und klein zu schlagen, wenn nicht endlich Einigkeit erreicht werde. Barth soll, wie Wilhelm Pieck später behauptet, gedroht haben, er werde sich eher eine Kugel in den Kopf schiessen, als sich mit den Regierungssozialisten an einen Tisch zu setzen. Die gemeinsame Regierung aus USPD und MSPD findet am Ende eine überwältigende Mehrheit und wird bestätigt. Und wie Ebert hält es auch Liebknecht für ratsamer, den Rückzug anzutreten. Er begibt sich ermattet in sein Hauptquartier, das Hotel Excelsior am Anhalter Bahnhof, wo ihm immerhin ein Trost zuteilwird: Rosa Luxemburg ist wieder frei, sie stösst spät am Abend zu ihm.

Naturgemäss finden die Spartakisten für diese üble Schlappe keine andere Erklärung als die Niedertracht ihrer Gegner. Es wird später, nicht nur in der DDR, unzählige Schriften und Studien geben, die das Debakel im Zirkus Busch mit tückischen Machenschaften der MSPD erklären oder durch Verschwörungsthesen (etwa, dass Liebknechts Gegner im Zirkus Busch «verhetzt» gewesen seien)⁷, dabei aber das Wesentliche übersehen oder übersehen wollen. In der Tat haben die Mehrheitssozialisten Liebknecht ausmanövriert; aber ausschlaggebend ist etwas anderes: Der Spartakusbund ist im Proletariat viel weniger zu Hause als die USPD oder auch die Mehrheitssozialisten mit ihrem Netz von Vertrauensleuten. Die kleine Kadertruppe verfügt nicht über genug Anhänger, und sie ist auch deshalb im Zirkus Busch mit dem Versuch, per Akklamation die Macht zu usurpieren, so deutlich gescheitert. In den Arbeiter- und Soldatenräten ist, wie der USPD-Chronist Eugen Prager anmerkt, «der Spartakusanhang auf eine lächerlich geringe Zahl angewiesen, die aber einen um so grösseren Lärm macht»⁸. Und Eduard Bernstein, der die Arbeiterbewegung vergeblich wieder zu einen versucht, notiert über Liebknecht: «Eine starke Unbekümmertheit um die Folgen seines politischen Tuns war ja auch sonst Liebknecht eigen. Sie war die psychologische Ursache der grossen tra-

gischen Schuld, die er in jenen Tagen auf sich lud.»⁹ Selbst Wilhelm Pieck, enger Weggefährte Liebknechts, wird im Rückblick zugeben: «Spartakus fehlte die Massenorganisation, mit der er nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reiche seine Aufgabe hätte erfüllen können.»¹⁰

Und Friedrich Ebert? Er mag der Sieger des turbulenten Abends sein, seine Strategie, die Linksradikalen als jene zu stigmatisieren, welche den «Bruderkampf» wollen, ist aufgegangen. Einerseits. Andererseits hat er, unter umgekehrten Vorzeichen, ganz Ähnliches erlebt wie sein Intimfeind Liebknecht: eine bedrohliche brodelnde Masse voller Emotionen, persönliche Angriffe und Angst. Das Erlebnis des 10. November und die folgenden Konflikte, so sein Biograf Walter Mühlhausen mit beachtlichem Understatement, «förderten bei ihm nicht gerade die Bewertung der Räte-Bewegung als tragendes Element einer wie auch immer zu definierenden Neuordnung»¹¹. Dass sich im Zirkus Busch die Seinen am Ende so klar durchsetzen, ändert für ihn wenig daran, ein paradoxes Ergebnis, das einige Rückschlüsse auf das Gemüt des wichtigsten Mannes im Reich zulässt. Seine Flucht ins Kriegsministerium zeigt schlaglichtartig, wie wenig sich der mächtigste Mann der Sozialdemokratie zu Hause fühlt in dieser Revolution. Er stehe, wie ein Parteifreund sagt, noch über Tage «unter dem Eindruck, dass das Schlimmste zu befürchten» sei.

Es ist ein böses Vorzeichen. Auch deshalb, weil Ebert einen Vertreter der alten Militärgewalt legitimiert hat, für die öffentliche Ordnung zu sorgen – wozu Schächüch übrigens ausserstande ist, als er versucht, ein paar Soldaten zusammenzukratzen, die ihm noch gehorchen.

«Hierzu hat mich die Revolution autorisiert»: Die sozialistische Einheitsregierung

Es war ein raffinierter, beinahe machiavellistischer Schachzug der MSPD-Spitze, die Unabhängigen in die Regierung zu locken, noch dazu auf paritätischer Basis. Die Einheit der Arbeiterbewegung, nach der sich so viele revoltierende Soldaten und Arbeiter sehnen, scheint wiederhergestellt zu sein. Doch vom ersten Tag an ist die USPD der

schwächere Partner, auch wenn sie die Hälfte der sechs Volksbeauftragten stellen darf und somit jeden Beschluss blockieren kann.

Die alte SPD hat gut zwölf Millionen Anhänger, im Gegensatz zu gut zweieinhalb Millionen der Unabhängigen; sie ist mit den mächtigen Gewerkschaften eng verbunden, ihre Parteiorganisation ist fast überall im Land vertreten, selbst in Provinzstädtchen, in denen noch niemals ein Unabhängiger ein Flugblatt verteilt hat. Und jene, die es mit der USPD halten, sind zudem gespalten: «Leider fehlte den Unabhängigen in der Regierung selbst die einmütige Unterstützung in der eigenen Partei», notiert Ernst Haase, dem sich sein Vater anvertraut. Eine beachtliche Minderheit sympathisiert mit den Spartakisten. Haase, unermüdlich wie stets, hält durch die Macht seiner Persönlichkeit die Parteiflügel noch eine Weile zusammen, doch vergeblich predigt er den Radikalen: «Wir müssen uns entschieden gegen die Methode der Kommunisten wenden. Nicht durch brutale Gewalt einer Gruppe wollen wir die Herrschaft des Proletariats errichten, sondern durch die Wucht der einigen Arbeitermasse den Sieg erringen!» Kaderdenken, Putschismus, roten Terror, er lehnt all das ab, aus moralischen Gründen und weil er weiss, dass eine solche Politik in Deutschland angesichts der Machtverhältnisse nichts bewirken wird ausser dem Erstarken der Konterrevolution – genauso wird es 1919 kommen.¹²

Die MSPD besitzt zudem den *Vorwärts* und etliche weitere Zeitungen, die USPD gründet erst nach der Revolution ein eigenes Blatt, *Die Freiheit*, vorher ist das nicht möglich gewesen. Die grosse Schwester weiss schon einige erfahrene Praktiker in ihren Reihen, die USPD aber fast gar keine, wie könnte sie auch nach all der Repression, die sie erlitten hat. Mehrheitssozialdemokraten wie Philipp Scheidemann sassen schon im Kabinett Max von Badens, während sich Hugo Haase und Genossen noch vor säbelschwingenden Schutzleuten in Sicherheit bringen mussten. In der Folge haben die Unabhängigen nur begrenzte Kontakte in die Ministerien, die Heeresleitung, also in die Instanzen des alten Regimes, ganz im Gegensatz zur MSPD und vor allem zu ihrem Parteivorsitzenden Ebert. Udenkbar, dass Haase oder Dittmann aus dem Tumult im Zirkus Busch ausgerechnet ins preußische Kriegsministerium geflüchtet wären. Fast symbolhaft mutet an, dass Friedrich Ebert in der Reichskanzlei Quartier nimmt, dort, wo schon Bis-

marck die Geschicke des Reichs bestimmt hat. Haase hingegen, Ebert an sich gleichgestellt, begibt sich dagegen abends nach Hause, für kurze Stunden der Ruhe.

Zunächst aber, vom 10. November an, scheint das Bündnis der ungleichen Schwestern zu funktionieren, so unwohl beiden Seiten bei der Sache ist. Hier sitzen sich Männer in einem Revolutionskabinett gegenüber, die drei Jahre lang verbal aufeinander eingedroschen, sich wechselseitig als Verräter am Sozialismus beschimpft und am Ende im Reichstag nicht einmal mehr gegrüsst haben. Die Bilder und Postkarten aus jenen Tagen zeigen sechs würdige, in dunkle Anzüge und mit Krawatte gekleidete Herren, mehrheitlich mit beeindruckenden Vollbärten (Barth mustert argwöhnisch den Fotografen); sie schauen ernst in die Kamera, die der Fotograf auf ein Stativ gestellt hat. Wenn man will, kann man aus diesen Aufnahmen das ganz erhebliche Unbehagen herausspüren, das dieser unfreiwilligen Versammlung eigen ist; vielleicht liegt die eigentümliche Starre der Schwarz-Weiss-Bilder aber auch an den langen Belichtungszeiten, die 1918 für scharfe Aufnahmen noch nötig sind.

Drei der Männer werden Erinnerungen an diese Zeit schreiben, zwei davon – Scheidemann und Barth – im offensichtlichen Wunsch, die Gegenseite im düstersten Licht erscheinen zu lassen. Philipp Scheidemann immerhin glaubt daran, alle Volksbeauftragten seien «mit den besten Absichten» ans Werk gegangen, doch zumindest der «hyperradikale Barth» bereitet ihm fast körperliche Pein: «Mit Haase und Dittmann wäre sicherlich zu arbeiten gewesen, wenn sie nicht bei jeder Frage ihren Genossen Barth erst hätten geistig massieren und für sich gewinnen müssen.»¹³ Barth wiederum sieht in Ebert und Scheidemann «zwei über wenig Wissen verfügende, aber mit Fuchsschlaueheit, mit Sophistik und Streberhaftigkeit bis oben hin vollgefüllte, in der Parteibürokratie ausgebildete Routiniers», in Haase dagegen «einen der ehrlichsten Menschen, die ich je kennengelernt habe, aber (er war) absolut kein Tatmensch». Haase, denkt Barth nicht ganz zutreffend, war in zu wohlhabenden Verhältnissen aufgewachsen, um das «nur durch Not und Elend zu erwerbende gesunde proletarische Empfinden» zu besitzen. Und Dittmann? «Völlig der Schatten und das Sprachrohr Haases.» In der Welt des Emil Barth ist in diesem Gremium nur einer auf der

Höhe proletarischer Erkenntnis und Kraft: Emil Barth. Das macht die Zusammenarbeit nicht leichter, da Barth sich den Obleuten und dem linken USPD-Flügel viel verpflichteter fühlt als der Regierung, deren Teil er ist. Gern gibt er öffentliche Erklärungen ab, und wenn ihn die Genossen Volksbeauftragte anderntags fragen, wer ihn dazu autorisiert habe, antwortet er: «Hierzu hat mich die Revolution autorisiert!»¹⁴

Die einen wollen die Revolution eindämmen, zugunsten der parlamentarischen Demokratie und der Nationalversammlung, die anderen sie durchsetzen. Die MSPD möchte das Schlimmste verhindern, die USPD an Systemwechsel erreichen, was nur möglich ist. Noch in Scheidemanns Memoiren, fast zehn Jahre später, scheint dieser Dauerkonflikt durch und gleichzeitig die Fremdheit gegenüber den Revolutionären auf der Strasse: «So kam es, dass die drei Unabhängigen auf die die Strassen durchziehenden Massen, von denen sicherlich neun Zehntel politisch und gewerkschaftlich völlig unerzogene Arbeiter und Soldaten waren, mehr Rücksicht nahmen, als der Regierung und den Bedürfnissen der jungen Republik dienlich war.» Die «Unerzogenen» sind aber womöglich zu grossen Teilen seine eigenen Anhänger, die noch immer an die Revolutionsrhetorik glauben, welche die SPD bis zum August 1914 gepflegt und im November 1918 in Massen wiederbelebt hat.¹⁵

Haase und Ebert vereinbarten als Vorsitzende eine Geschäftsordnung mit folgender Zuständigkeit:

Ebert (MSPD): Inneres, Militär; Haase (USPD): Äusseres und Kolonien (wobei Letztere nur noch aus dem Amt bestehen, das für sie zuständig war); Scheidemann (MSPD): Finanzen; Dittmann (USPD): Demobilisierung, Recht, Gesundheit; Landsberg (MSPD): Presse- und Nachrichtenwesen; Barth (USPD): Sozialpolitik.

Eher überraschend sind die Berufungen von Landsberg und Barth, den Herren, die sich so wenig leiden mögen. Otto Landsberg, 1869 in Oberschlesien als Sohn einer jüdischen Bürgerfamilie geboren, gilt als brillanter Jurist und guter Redner und Wahlkämpfer, wirklich prominent ist er allerdings nicht. Er ist eine eigenwillige Persönlichkeit und vielleicht der Konservativste unter den sechs Männern, betont patriotisch gesinnt, hat er sich 1912 im Reichstag als Einziger der Fraktion zum «Kaiserhoch» erhoben. Zwei Jahre später setzt er sich als Exponent des rechten Parteiflügels vehement für die Zustimmung der SPD

zu den Kriegskrediten ein und verfeindet sich so mit Haase und Liebknecht. Er ist durch und durch ein Ebert-Mann, war allerdings im Oktober 1918 wie Scheidemann und Wels gegen eine frühe Regierungsbeteiligung der MSPD, um diese nicht in den Ruch der Kollaboration mit dem niedergehenden Wilheiminismus zu bringen.¹⁶ Später, in der Weimarer Republik, wird er entschieden und mutig zu den sozialdemokratischen Kämpfern gegen den Rechtsradikalismus gehören. Nun aber, im November 1918, ist er bei der Linken mindestens so verhasst wie Ebert, der ihn wohl deshalb berufen hat, weil Landsberg sein enger Vertrauter und als Jurist ein Gegengewicht zu Hugo Haase ist.

Landsbergs natürlicher Widerpart in dieser unverhofften Koalition muss Emil Barth von den Revolutionären Obleuten sein, und er ist es auch vom ersten Moment an. Zwischen den beiden Männern entwickelt sich eine nur mühsam gezügelte Abneigung, die bei Barth so weit geht, dass in seinen Augen Ebert und Scheidemann nur «Puppen eines Landsberg sind». Das ist eine bemerkenswerte Fehlannahme. Scheidemann wird später in durchaus unproletarischer Überheblichkeit höhen, Landsberg habe eben versucht, «Barth durch Erziehung auf die Stufe einfachster Gesittung zu heben».

Streitlustig, schroff und undiplomatisch hat Barth sogar Liebknecht gegen sich aufgebracht, er macht kein Hehl daraus, dass diese Regierung für ihn nur eine Notlösung darstellt. Sein selbstverliebtetes Abrechnungsbuch *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution* von 1919 wird erheblich zu dem üblen Leumund beitragen, den er fortan unter Historikern hat. Aber wirklich gerecht ist das nicht. Emil Barth bildet das Scharnier zum linken USPD-Flügel, den Obleuten und auch zum Vollzugsrat der Gross-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, dem er ebenfalls angehört. Und ohne seinen Einsatz wären die Lager schon weit früher auseinandergedriftet. In der Folge allerdings ist Barth den Spartakisten zu rechts und der MSPD viel zu weit links.

Sofort nach dem turbulenten Abend im Zirkus Busch beginnt die Mühe des Regierens – über ein Land, das sich noch in einem verlorenen Krieg und in einem ungeheuren Umbruch befindet. Dem Krieg gilt auch der erste Beschluss der Volksbeauftragten: Sie bestätigen den

Waffenstillstand, den Staatssekretär Matthias Erzberger schliesslich am 11. November mit Marschall Foch abgeschlossen hat, in einem Salonwagen der Eisenbahn bei Compiègne.

Die Bedingungen sind hart, die Alliierten wollen den Deutschen keinerlei Gelegenheit lassen, den Waffenstillstand auszunutzen: Binnen 15 Tagen sind alle besetzten Gebiete in Frankreich und Belgien sowie das 1871 annektierte Elsass-Lothringen zu räumen. In den folgenden Tagen werden die Alliierten das linksrheinische Reichsgebiet besetzen; das Gros des schweren Militärgeräts ist abzuliefern, der Friede von Brest-Litowsk zu annullieren. Und die britische Seeblockade wird vor Erfüllung nicht aufgehoben.

Sieger und Besiegte verhandeln nie auf Augenhöhe, aber die Westmächte nehmen auch keine Rücksicht darauf, dass sie es nun, wie Wilson es immer verlangt hat, mit einer vom Volk getragenen Regierung zu tun haben. Je schwerer sie ihr das Leben machen, und sie machen es ihr ausserordentlich schwer, desto mehr wird die politische Rechte in Deutschland ihr die Schuld an der ganzen Misere geben. Andererseits, die MSPD war für die Kriegskredite, der Unterhändler Erzberger für deutsche Annektionen in Frankreich – ganz so neu erscheinen die neuen Männer aus Berlin Foch auch wieder nicht. Vor allem soll das Reich unter keinen Umständen imstande bleiben, den Kampf fortzusetzen. Dennoch haben die alliierten Bedingungen einen Schwachpunkt: Der Zeitdruck, den sie auslösen, ist so ausserordentlich hoch, dass sie ohne den eingespielten Befehlsapparat der Obersten Heeresleitung unerfüllbar sind. Deutschland ist jetzt, wie Foch es ausdrückt, «auf Gnade und Ungnade den Siegern ausgeliefert» – aber eben nicht nur ihnen.

«Träger des Wehrgedankens»: Das «Bündnis» Ebert-Groener

Schon am ersten Abend seiner Regierungsübernahme klingelt Eberts Fernsprechapparat in der Reichskanzlei. Es meldet sich der Mann, dem er nur wenige Tage zuvor gesagt hat, man werde sich vielleicht niemals wiedersehen: der Erste Generalquartiermeister der Obersten Heereslei-

tung, Wilhelm Groener – jener hohe General, dem Ebert halbwegs vertraut; so wie Ebert für Groener derjenige Arbeiterführer ist, den er am meisten respektiert. Über den Inhalt des Gesprächs hat Ebert später nichts überliefert, wohl aber der General in seinen Erinnerungen: «Am Abend rief ich die Reichskanzlei an und teilte Ebert mit, dass das Heer sich seiner Regierung zur Verfügung stellt, dass dafür der Feldmarschall und das Offizierskorps von der Regierung Unterstützung erwarten bei der Aufrechterhaltung von Ordnung und Disziplin im Heer. Das Offizierskorps verlange von der Regierung die Bekämpfung des Bolschewismus und sei dafür zum Einsatz bereit.»¹⁷

Das ist angesichts der neuen Machtverhältnisse an sich eine Anmassung von kolossaler Dreistigkeit, ja eine versteckte Drohung: Wir sind noch da, Ihr könnt mit uns sein oder gegen uns; und mit uns zu sein kostet seinen Preis. Kaum jemandem im Reich, nicht einmal die Gegner der Revolution, die hohen Offiziere, die Alldeutschen und Nationalisten, das Grossbürgertum, der ostelbische Adel und viele mehr, würde es erstaunen, würde die neue Regierung die Militärführung mindestens absetzen, wenn nicht vor ein Tribunal gegen die Kriegstreiber stellen, wie es Emil Barth wiederholt verlangt. Stattdessen, so wird Wilhelm Groener später behaupten, ging Ebert «auf meinen Bündnisvorschlag ein. Von da an besprachen wir uns täglich auf einer geheimen Leitung zwischen der Reichskanzlei und der Heeresleitung über die notwendigen Massnahmen. Das Bündnis hat sich bewährt.»

Aber der Erste Generalquartiermeister verspricht sich mehr davon als nur die Bedingungen von Compiegne zu erfüllen und «den Rest des Heeres rechtzeitig und gesund in die Heimat (zu) bringen» – die Militärführung will, wie er später ganz offen bekennen wird, dem «Offizierskorps als Träger des Wehrgedankens den Weg in die neuen Verhältnisse ermöglichen» und «einen Teil der Macht an Heer und Offizierskorps ... bringen», damit «das alte beste Element des alten Preußentums in das neue Deutschland hinübergerettet» werde.¹⁸ Das wird Groener in dem Telefonat Ebert schwerlich mitgeteilt haben, im Klartext bedeutet das: Konterrevolution, die Armee, die sich als Schule, ja, als Inkarnation der Nation betrachtet, will den Kopf über Wasser halten, um dann, wenn die Zeit gekommen ist, den «Wehrgedanken» wie-

der durchzusetzen. Noch am selben Abend lässt Hindenburg dem Feldheer bekannt geben, dass «die OHL mit dem Reichskanzler Ebert, dem bisherigen Führer der gemässigten sozialdemokratischen Partei, zusammengehen will, um die Ausbreitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu verhindern».¹⁹

Inwieweit Groener und Hindenburg an die Gefahr durch den Bolschewismus und sowjetische Verhältnisse wirklich glauben, ist ungewiss; von Spa aus mag ein linksradikaler Umsturz unter Liebknechts Fahnen denkbarer erscheinen, als er es in Wirklichkeit ist. Doch für die meisten höheren Militärkommandeure des Kaiserreichs beginnt der Bolschewismus ohnehin spätestens bei einem SPD-Mitgliederausweis, wenn nicht schon mit den Wahlen zum Reichstag. Zu Differenzierungen zwischen Soldatenräten, Unabhängigen, Obleuten und Spartakisten sind diese Offiziere ohnehin wenig geneigt.

Für viele beginnt hier eine Art Hochverrat Eberts an der Revolution, aber so einfach ist die Lage im November 1918 nicht. Die Erfordernisse des Waffenstillstands sind drängend. Selbst Wilhelm Dittmann sieht, wie er in seinen Erinnerungen schreibt, die Notwendigkeit, das Heer geordnet zurückzuführen: «Hätte die Regierung der Volksbeauftragten die alte Heeresleitung und die leitenden Offiziere der einzelnen Armeen sofort ihres Dienstes enthoben, so wäre eine heillose Desorganisation des Rückmarsches eingetreten, und es bestand die Gefahr, dass grosse Teile des Westheeres von den auf dem Fusse nachrückenden Ententetruppen abgefangen wurden und so kurz vor Torschluss noch in Kriegsgefangenschaft geraten wären.» Was ein in Chaos und Flucht umschlagender Rückzug bedeuten kann, hat sich eben erst in Norditalien gezeigt, wo das zurückflutende, auseinanderfallende Heer Österreich-Ungarns von den Italienern überrannt wurde und grossteils in Gefangenschaft ging. Aus diesem Grund stimmen die USPD-Vertreter dem Vorhaben zu, die Heeresleitung im Amt zu belassen, ein weiteres, nicht gerade von revolutionärer Selbstgewissheit zeugendes Motiv kommt hinzu: «Das hätte mit Recht einen Sturm der Empörung gegen die dafür Verantwortlichen ausgelöst, und die hinter den Offizieren stehenden Rechtskreise hätten ein populäres Argument gegen die Volksbeauftragten und die Revolution gehabt, das sie weidlich ausgenutzt hätten.»²⁰

Viele spätere Darstellungen der Revolution werden die «grausamen Bedingungen» der Alliierten, wie es Scheidemann empfindet²¹, nur flüchtig behandeln, in den ersten Tagen der Revolution überschatten sie jedoch alles. Selbst überzeugte Linke wie Dittmann, der gegen den Krieg gestritten hat, reagieren schockiert: «Der siegreiche Entente-Militarismus liess das revolutionäre Deutschland für die Sünden des kaiserlichen Regimes büssen.»²² Wie die Historikerin Susanne Miller zutreffend schreiben wird, gehört es zu den «verhängnisvollen Paradoxien zwischen den Weltkriegen, dass der Waffenstillstand vom n. November 1918, mit dem die Siegermächte eines ihrer vornehmsten Kriegsziele, nämlich die Niederringung des deutschen Militarismus, scheinbar erreicht hatten, der Obersten Heeresleitung von Anfang an Schlüsselstellungen im politischen Kräftefeld sicherte»²³.

Die Sorge vor dem «Hungergespenst», wie Dittmann es anschaulich nennt, kommt hinzu. Da die Seeblockade des Reichs bestehen bleibt, droht ein weiterer Steckrübenwinter. Die Getreidevorräte werden nur noch bis Februar des kommenden Jahres reichen, und die Volksbeauftragten stimmen nolens volens hohen Kreditforderungen der Sieger zu, die dafür Lebensmittellieferungen nach Deutschland zulassen.

Nein, das «Bündnis», wie Groener es nennt, bedeutet noch nicht, dass Ebert oder die Volksbeauftragten nun Instrumente der Konterrevolution wären.²⁴ Es gibt viele rationale Gründe dafür, manche von ihnen erscheinen zwingend. Vielleicht unterschätzen sie die Gefahr auch, die durch die alten Generäle droht, und das nicht nur, weil Groener persönlich «nicht den Typ des monarchistischen Reaktionärs verkörperte»²⁵. Und schliesslich wehen auch in Spa die roten Fahnen, Soldatenräte gehen selbstbewusst durch die Flure und spotten über «die völlige Schlappeheit», die des Kaisers Heerführer überwältigt habe. Es mag Widerworte geben, aber nirgends Widerstand; nun «müsse man eben umlernen», raunen die Offiziere. Gedemütigt schickt die Heeresleitung sogar ein Bittgesuch in die Hauptstadt, ihr bei der Einrichtung des festen Soldatenrats bei der Heeresleitung zu helfen. Nun, etwas verzögert, bilden sich auch in den Fronteinheiten des Heeres die Räte.

Und doch beginnt mit diesem Abkommen ein Albtraum, den nicht einmal die Unabhängigen an diesem Tag erahnen. Wenn die alte Mili-

tärführung in Amt und Würden bleibt, und sei es nur, um die Niederlage, in die sie die Deutschen gestürzt hat, geordnet abzuwickeln, dann hat sie den grossen Umsturz in der Heimat überlebt – nicht nur physisch, niemand hat sie an Leib und Leben bedroht, sondern auch als Organisation und mehr noch: als Machtfaktor. An dieser Militärführung aber hat sich die Revolution entzündet, der Militarismus des Kaiserreichs ist noch mehr als der Kaiser selbst das erklärte Feindbild der deutschen Revolutionäre. Dieser Militarismus hat das Land erst in den Krieg getrieben und dann nach der Weltmacht gegriffen, jede Chance zum Frieden hochfahrend ausgeschlagen und die Armeen am Ende aus Hybris und Inkompetenz in eine katastrophale Niederlage geführt; bei all dem jederzeit mit leichter Hand bereit, das Leben weiterer Hunderttausender Soldaten zu opfern und die Demokratiebewegung in Deutschland zusammenprügeln oder -schiessen zu lassen.

Groener mag kein eifernder Sozialistenfresser sein und Ebert sogar mit Respekt begegnen, aber er ist ein Mann dieses Apparates. Paul von Hindenburg, vor wenigen Monaten noch Halbdiktator, verbleibt im Amt, in der bequemen Position gewachsener Autorität, die alle Verantwortung für das Handeln der Regierung von sich weisen kann. Wenn der Rückzug zu den Bedingungen der Siegermächte nicht ohne diese Männer möglich ist, dann müssten sie scharf kontrolliert werden und nach der Demobilisierung entlassen werden.

Aber weder das eine noch das andere wird geschehen. Ebert, der zuständige Volksbeauftragte für das Militär, spielt hier eine Schlüsselrolle, bei der sich mehrere Motive vermischen. Da ist erstens die ernsthafte Sorge vor einem Kollaps des abziehenden Westheeres. Zweitens aber, das hat sich schon am 10. November bei seiner Flucht zu Kriegsminister Schëuch gezeigt, setzt er viel Vertrauen in seine Konfidenten beim Militär, zu viel, wie sich bald zeigen wird. Ebert denkt hier formalistisch: Wenn ihm das Militär untersteht, kann es nicht viel Schaden anrichten, und über die Streitkräfte der Zukunft soll jene Konstituante befinden, auf die all sein politisches Handeln abzielt. Im Gegenteil, so denkt er, trage es bei zu Stabilität, die das Reich so dringend benötigt. Die Absprache mit Groener vom 10. November mag pragmatisch motiviert sein, aber sie allein verhindert bereits, dass die neue Regierung etwas sehr Naheliegendes tun wird: das Versagen des kai-

serlichen Militärs aufzuarbeiten, seine Siegfriedenspolitik, die Quasi-Diktatur der OHL, vor allem die Schuld an der Niederlage. Weil die MSPD und teilweise auch die Unabhängigen hier Kreide gefressen haben, überlassen sie ohne Not die Deutungshoheit der Gegenseite, die bereits die Dolchstoßlegende verbreitet.

Vor allem aber misstraut Friedrich Ebert der Revolution, die er selbst anführt, den Geistern, die er niemals gerufen hat. Das Militär jedoch wird ihm in den kommenden Wochen mehr und mehr als eine Art politischer Lebensversicherung erscheinen – eine epochale Fehleinschätzung.

Als deren Folge ergeht am 12. November 1918 der «Erlass der Volksbeauftragten an das Feldheer». Die Volksregierung sei «von dem Wunsche beseelt, dass jeder unserer Soldaten nach den unsäglichen Leiden und den unerhörten Entbehrungen in kürzester Zeit nach Hause zurückkehrt». Dazu müsse «die Demobilisierung nach einem geordneten Plane vor sich gehen». Der Erlass schafft im Folgenden einige Privilegien der Offiziere ab wie die bessere Verpflegung und die höheren Zulagen und untersagt es, von der Waffe «gegen Angehörige des eigenen Volkes Gebrauch zu machen», ausser «in der Notwehr oder zur Verhinderung von Plünderungen», entscheidend aber sind die Punkte 2 und 3:

2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Unbedingter Gehorsam im Dienst ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Zurückführung in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung müssen deshalb unter allen Umständen aufrechterhalten werden.
3. Die Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mannschaften beratende Stimme in Fragen der Verpflegung, des Urlaubs, der Verhängung von Disziplinarstrafen. Ihre oberste Pflicht ist es, auch ihrerseits auf die Verhinderung von Unordnung und Meuterei hinzuweisen.²⁶

Im Heimatheer gelten diese Bestimmungen nicht, dort ist das Vorgesetztenverhältnis zur freien Wahl gestellt. Mit einem Schlag sind die Soldatenräte des Feldheeres, erst wenige Tage alt, bereits entmachtet. Das zurückflutende Westheer mit seiner intakten Kommandostruktur wird nun im Reich auf allerlei revolutionäre Formationen und vor allem die Soldatenräte treffen, welche eben diese Struktur abgeschüttelt haben. Das muss Probleme und Zusammenstöße bedeuten, und schon nach wenigen Tagen wird die Heeresleitung beginnen, ihre eigene antirevolutionäre Agenda zu betreiben. Bezeichnenderweise spricht Groener niemals von der Reichsregierung oder dem Rat der Volksbeauftragten, sondern meist nur von Ebert oder höchstens der «Regierung Ebert-Scheidemann». Er hat seine Loyalität zugesichert, sie gilt aber in erster Linie Ebert, dem er vertraut; die Unabhängigen sind ihm keine Erwähnung wert.

Emil Barth wird später sogar behaupten, er habe nie etwas von Eberts Absprache mit Groener erfahren, doch widerlegen die Zeugnisse seines USPD-Genossen Wilhelm Dittmann dies eindeutig. Barth selber nimmt einmal einen Anruf Groeners auf der angeblich geheimen Leitung in die Reichskanzlei entgegen.²⁷ Ausgerechnet in dieser entscheidenden Frage der Militärpolitik beweisen die Unabhängigen einmal mehr Naivität und Unbeholfenheit, sie überlassen Ebert die Causa, weil er ja zuständig ist, und diskutieren sie kaum. Der «stille Kampf», von dem Dittmann sprechen wird, ist in der Tat sehr still. Auch Hugo Haase, immerhin mit Ebert gleichberechtigt, unternimmt kaum Schritte in diese Richtung.

Vergeblich protestieren die Soldatenräte in Deutschland gegen den Erlass; er wird zwar daraufhin präzisiert, dass «die Vorgesetzten im Einvernehmen mit den Soldatenräten handeln sollen»²⁸. Doch ändert das wenig an dem Faktum, dass die Oberste Heeresleitung ein Machtfaktor ersten Ranges bleibt.

Die deutsche Revolution ist nun drei Tage alt.

Unter der roten Fahne: Macht und Ohnmacht der Räte

Der Kaiser ist fort, würdelos geflohen; der Schriftsteller Maximilian Harden ruft ihm samt der Schar davonhastender Monarchen der deutschen Länder nach: «Der Bruch, der Einsturz der Burgen war nicht einmal das Werk aufbrüllenden Zornes, gewaltig sich bäumender Wuth.» Harden empfindet, wie so viele, eher ein Gefühl der Verachtung: «Ja Kinder, Ihr habt längst nichts mehr geleistet, seid werthlos geworden, habt im Krieg völlig versagt und könnt aufhören, unnützlich zu thronen.» Es ist vorbei mit all den deutschen Fürsten, «von denen im Krieg nicht Einer in der Kriegszeit den Muth zu Warner wort und Retterthat aufbrachte». Er wird nicht um sie trauern, keinen Augenblick. Wenige tun das.²⁹

Der Sturz der Monarchie vollzieht sich so schnell und widerstandslos, dass die Deutschen am Morgen des 10. November in einer neuen Welt auftauchen. Mit einigen Tagen Abstand schreibt Victor Klemperer in Leipzig in sein Tagebuch: «Wir leben vollkommen ruhig und gleichmässig; es kommt uns seltsam vor, die ‚Revolution‘ zu lesen, der Streit um die Rote Fahne erscheint uns kindlich, alles hier ist in völligsten friedlichen Alltag getaucht. Und doch ersieht man aus den Zeitungen, dass das Chaos überall zunimmt, und doch ist es möglich, ja wahrscheinlich, dass wir in kurzem Bürgerkrieg, ja alle möglichen Greuel hier haben werden.»³⁰

Aber die Revolutionäre begehen keine Gräuelt. In Russland haben die Bolschewisten im Vorjahr die Zarenfamilie über den Haufen geschossen. Linksradikale Matrosen warfen ihre verhassten Offiziere ins siedende Wasser der Schiffskessel. In Cuxhaven, Deutschland, nimmt der Marineoffizier Ringelnetz, als ihn ein anderer Offizier anruft und entsetzt von revolutionären Umtrieben der Mannschaften im Gasthaus «Zur Sonne» berichtet, die Schlüssel zu den Munitionskammern an sich; anschliessend hält er seinen Untergebenen einen Vortrag: «Dann rate ich euch: seid mässig und prüft lange und möglichst vernünftig, bevor ihr etwas beginnt. Nur mit Ordnung kommt man zur Freiheit. Blosser Revolution, also rein plumpes Umstürzenwollen ist der Untergang für alle.» In Kronstadt oder Sankt Petersburg wäre er wohl nie

ein berühmter Dichter und Humorist geworden, denn er hätte einen solchen Auftritt schwerlich überlebt – in Cuxhaven lässt sich die Revolution die Tür vor der Nase zusperren. Die Leute murmeln etwas und gehen auseinander.

Aber nicht für lange. In der Nacht schrillt Ringelnatz' Telefon erneut: In der Stadt hat sich ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, jeder militärische Dienst höre nun auf, Offiziere hätten nichts mehr zu bestellen. Ringelnatz geht zu seinen Mannschaften und teilt ihnen die Nachricht mit, die doch nicht weniger ist als das Ende einer Ära. Später wird er schreiben: «Im Übrigen waren sie freundlich und respektvoll zu mir.»³¹

Für die meisten Deutschen geht das Leben weiter. Die Strassenbahnen fahren, die Geschäfte haben geöffnet, Theater und Oper lassen den Spielbetrieb laufen, auch wenn draussen Autos voller Matrosen mit Gewehren und roten Fahnen vorbeirumpeln. Der Literat Harry Graf Kessler begibt sich in ein Berliner Kabarett und notiert: «Rassige spanische Tänzerin. In ihre Nummer krachte ein Schuss hinein. Niemand achtete darauf.» Es gibt sogar einen Revolutionstourismus; Bürger aus den besseren Berliner Vororten besichtigen im Stadtzentrum «an vielen öffentlichen Gebäuden Einschussstellen im Putz von Gewehren und Maschinengewehren. Der grössere Teil der Bevölkerung aber ging spazieren, um sich anzusehen, inwieweit die Stadt sich verändert hatte.»³² Diese Art Sightseeing kann durchaus gefährlich werden, wie Betty Scholem erfährt, die Mutter des jüdischen Religionswissenschaftlers Gershom Scholem, die ihrem Sohn schreibt, sie sei «mit Vater noch ein wenig zur Revolution» gegangen und im Lustgarten plötzlich in eine wilde Schiesserei gerät: «Alles rannte flüchtend über die Schlossbrücke, wir mitten mang. Das soll mir passieren! Ich habe noch das Zittern im Gebein.»³³

Eine Dauerattraktion bleibt das verlassene Stadtschloss, in dem die dubiosesten Figuren hausen, bis die Volksmarinedivision sie Mitte November vor die Tore setzt. Bewaffnete Soldaten brechen den Keller mit den Privatvorräten des davongestobenen Kaisers auf. Staunend stehen die Männer, nach vier Jahren Krieg und Entbehrungen, in weiss getäfelten Gewölben: Sie sehen Fleisch und Geflügel auf Eis, kistenweise gute Sossen, Mehlsäcke, die sich bis unter die Decke stapeln,

Tausende von Eiern, Kaffee, Korn, Konserven. Einer sagt zu den anderen, er habe niemals für möglich gehalten, dass irgendwo in Deutschland noch solche Mengen von Lebensmitteln zurückgehalten würden.³⁴

Mitunter führen die neuen Freiheiten zu seltsamen Szenen. Bei einem Gottesdienst im Deutschen Dom wird der Oberhofprediger jäh unterbrochen, als ein Mann mittleren Alters auf die Empore klettert und ruft: «Ich bitte einen Augenblick um Gehör. Was ist dem gemeinen Mann Jesus Christus? Jesus Christus ist uns Wurst!» Die *Deutsche Zeitung* berichtet: «Viele Frauen brachen in Tränen aus, der Geistliche barg das Gesicht in den Händen.»³⁵ Der Störer ist ein stadtbekannter Architekt, «der Oberdada des Klubs Dada». Die Gemeinde bringt ihn schliesslich durch energisches Absingen von «Eine feste Burg ist unser Gott» zum Schweigen.

Überall wehen rote Fahnen, doch renitente Bürger und Beamte ziehen heimlich gern die schwarz-weiss-rote Reichsflagge und andere Farben vergangener Kaiserherrlichkeit auf. Zwei Wochen nach dem Umsturz verlangt daher das Unabhängigenblatt *Freiheit*: «Verschwinden die Fahnen des alten Regimes nicht von den Strassen Berlins, so werden die revolutionären Arbeiter und Soldaten sie eigenmächtig beseitigen. Sie haben keine Existenzberechtigung mehr! Die Standarte der sozialistischen Revolution ist purpurrot wie das Herzblut. Darum: Rote Fahnen heraus!»³⁶ Schwarz-Rot-Gold wurde erst mit der Gründung der Weimarer Republik zur Nationalflagge.

Alltag und Strassenbild mögen sich wenig verändert haben, die Machtverhältnisse aber sehr wohl. Fast überall in Deutschland sind improvisierte Arbeiter- und Soldatenräte entstanden, gewählt von Begeschaften und Kameraden, und bilden nun zunächst die oberste Gewalt in Städten und Gemeinden, Kasernen und Betrieben: «Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Volksversammlung aus dem ganzen Reiche alsbald zusammenzurufen sind.» Zu dieser wird es erst Mitte Dezember kommen, beim Reichsrätekongress in Berlin, der einen Ersatz für das noch zu wählende Parlament darstellt und sich entschieden gegen die Linke für dieses ausspricht, nämlich für die Nationalversammlung. Räteforscher wie Eberhard Kolb und Ulrich Kluge werden diesen Institutionen in

den siebziger Jahren späte Gerechtigkeit zuteilwerden lassen. Weit von ihrem späteren Ruf entfernt, Hort finsterster bolschewistischer Konspirationen zu sein, halten die Arbeiter- und Soldatenräte vielerorts das öffentliche Leben aufrecht. Das Wortspiel von den «ratlosen Räten» ist hübsch, aber weitgehend unzutreffend.

In vielen Zeitungen erscheinen Schauerberichte über Gewalttaten und Übergriffe durch Räte, doch ist dies meist übertrieben oder erfunden. Fast niemals ersetzen die Räte den herkömmlichen Verwaltungsapparat, ausser teilweise im Heimatheer und bei der Polizei wie in Berlin, und meist, wie in Württemberg, sorgen sie selbst dafür, dass in den Ländern bald Regionalwahlen vorbereitet werden. Anstelle der abgetretenen Monarchen sind auch in den Reichsländern neue Institutionen zu schaffen. Die Räte zeichnen Anordnungen der Verwaltung ab, schicken ihre Männer in Ratssitzungen, kontrollieren die Korrespondenz. Sie nehmen ihre Kontrollaufgabe ernst und erledigen sie oftmals gut – jedenfalls lässt sich das aus der wachsenden Zahl der Proteste betroffener Lokalbehörden bei der Regierung schliessen. Die Räte könnten durch ihre Machtposition zu Motoren der Demokratisierung werden. Selbst viele Mehrheitssozialdemokraten sind im Dezember noch überzeugt, dass die «Kontrollfunktion» der Arbeiterräte, so Eberhard Kolb, «notwendig und unerlässlich sei bei der Überführung des von einer konservativ eingestellten Beamtenschaft verwalteten Obrigkeitsstaates in einen demokratischen Staat», und noch dazu spiegelte sich die Mehrheit der MSPD auch in diesen Räten überdeutlich wider.

Noch mehr gilt das für die Soldatenräte. Die vielen improvisierten bewaffneten Formationen erscheinen staunenden Zivilisten oft wie eine unheimliche rote Garde, doch das täuscht. Wie die Ereignisse im Zirkus Busch deutlich gezeigt haben, sind die Soldatenräte selbst in der unruhigen Hauptstadt überwiegend so etwas wie eine Hausmacht der MSPD. Ihre bewaffnete Macht wäre jene der Heimatgarnisonen, die diese Räte gewählt haben. Im Grossen und Ganzen gelingt ihnen in der ersten Phase der Revolution, Sicherheit und Ordnung im Reich aufrechtzuerhalten. Vielen Einwohnern ist dies bewusst, und sie gewöhnen sich schnell an die vielen bewaffneten Patrouillen und Wachtposten mit den roten Armbinden.

In Trier gibt der aus Anhängern von MSPD und USPD bestehende Soldatenrat durch grosse rote Plakate bekannt, niemand müsse sich sorgen, seine «vornehmlichste Sorge» sei die «Aufrechterhaltung der Ordnung». Im Rathaus versichert ein Feldwebel, dass sie «keine Bolschewisten seien, sie würden dafür sorgen, dass kein Blut fliesse». Berittene Patrouillen revolutionärer Soldaten beruhigen das Sicherheitsgefühl der Einwohner und sind bald so alltäglich wie die Doppelposten vor Banken und auf den Plätzen.³⁷ Betty Scholem schreibt im November aus Berlin: «Soldaten mit roten Armbinden stehen in den Haustüren. Alle Institutionen und Organisationen sind so vernünftig, sich ganz in den Dienst der neuen Ordnung zu stellen und die Ordnung aufrechtzuerhalten.»³⁸

Die Leistung der Soldatenräte als improvisierte Sicherheitsmacht ist erheblich, vor allem angesichts der schlechten Ernährungslage im Land und der unter den geschwächten Menschen um sich greifenden Spanischen Grippe, welche die Not noch deutlich vergrössert und damit die Versuchung, sich illegal zu versorgen. Zu Plünderungen, Raubzügen oder Fällen wie jenen aus Mehlem bei Bonn, über die die *Deutsche Reichs-Zeitung* berichtet, kommt es nur begrenzt: «In der Nacht zum Freitag haben Diebe in Mehlem einem armen Manne die einzige Ziege, welche er hatte, gestohlen, geschlachtet und mitgenommen. Vorige Woche wurden einer armen Frau, deren Mann den Helldentod gefunden hat, 1'100 Mark gestohlen. Bei einem anderen Manne haben Diebe 17 Hühner, Milch und Eier entwendet.»³⁹ Fälle aber wie der bewaffnete Überfall eines selbst ernannten Soldatenrates, der im rheinischen Heinsberg den Hof des Landrates plündert und «sämtliches Kleinvieh» mitnimmt, sind eine rare Ausnahme und, verglichen mit den Killing Fields des russischen Bürgerkrieges, kaum der Rede wert.⁴⁰ Eine Radikalisierung der Arbeiter- und Soldatenräte ist erst ab Mitte Dezember zu erkennen, als die sozialistische Einheitsregierung zu zerbrechen beginnt und sich die Geschäftsgrundlage der Räte grundsätzlich verändert. Sie wollen mehrheitlich durchaus tiefgreifende Reformen wie den Aufbau einer demokratischen Volkswehr anstelle des alten Militärapparats sowie die Beseitigung anderer Institutionen des gestürzten Regimes, und dies durchaus auch noch vor der Nationalversammlung. Mit dem sowjetischen Rätemodell jedoch hat

das deutsche in der Praxis des November 1918 fast nichts gemeinsam.

Die Führungsspitze der MSPD jedoch betrachtet die Räte anfangs distanziert und mit den Wochen immer argwöhnischer als potenziellen Hort linksradikaler Aufsässigkeit. Ebert vertritt bezeichnenderweise den Standpunkt, dass die Arbeiter- und Soldatenräte verschwinden sollen, wenn die Nationalversammlung zusammentritt – jene Nationalversammlung, welche die Räte doch legitimieren. Den meisten Räten dagegen schwebt vor, wenn auch höchst vage, dass sie ihre Tätigkeit in irgendeiner Form auch nach der Wahl fortsetzen.

Ein sehr prägender Konflikt entwickelt sich zwischen der Regierung der Volksbeauftragten und dem sogenannten Vollzugsrat der Gross-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte. Dieses Gremium ist im Zirkus Busch als Kontrollinstrument der Regierung geschaffen worden und paritätisch mit 14 Soldaten und je sieben Vertretern der beiden sozialdemokratischen Parteien besetzt. Unter dem Vorsitz von Richard Müller bildet der Vollzugsrat theoretisch das oberste Entscheidungsorgan der sozialistischen Republik; praktisch gerät er vom ersten Tag an ins Hintertreffen. Ebert empfindet die Kontrollversuche als Zumutung, aber auch die Unabhängigen wollen sich die Last des Regierens nicht durch endlose Debatten mit dem Vollzugsrat zusätzlich erschweren; selbst der konziliante Hugo Haase schränkt die Rechte des Gremiums ein, das selbst aus Sicht Wohlmeinender dazu neigt, kleine Fragen sehr ausführlich und theoretisch und grosse denkbar knapp zu behandeln – und sich ansonsten hingebungsvoll ideologischen Erörterungen zu widmen. Zwischen den beiden Instanzen kommt es immer wieder zu massiven Konflikten. Auch Ledebour sitzt im Vollzugsrat und attackiert bei jeder Gelegenheit die Regierung, «die sich schon wieder Rechte nimmt, die ihr gar nicht zustehen», dessen «Herren sich grosse Beschränkungen auferlegen müssen», weil der Vollzugsrat sie jederzeit absetzen könne.⁴¹ Einmal steht Scheidemann einfach auf und geht.

In der Öffentlichkeit und bei den Soldaten steht der Vollzugsrat bald im Verdacht, ein trojanisches Pferd der Spartakisten und linken Unabhängigen zu sein; das ist stark übertrieben, aber er bietet den Linken tatsächlich eines ihrer wenigen Foren von über regionaler Bedeutung

und bleibt bis zum Reichsrätekongress im Dezember für das gesamte Land zuständig. Arnold Brecht schreibt darüber eindeutig: «Dass Ebert selbst und weite Kreise der Bevölkerung den Vollzugsrat ... am liebsten losgeworden wären, war ebenso klar wie der Wunsch der radikalen Linken, Ebert und Scheidemann loszuwerden.»⁴² Dieser Diszens wird noch böse Folgen haben.

«Die Magna Charta der Revolution»: Erfolge

Stauend betritt der junge Journalist Walter Oehme das Reichskanzlerpalais, es ist sein erster Tag als persönlicher Sekretär des Unterstaatssekretärs Kurt Baake, der ein Freund Eberts und dessen Kabinettschef ist. Oehme erleidet eine Art Kulturschock – er hat den Soldatenrat im ukrainischen Grodno gegründet, wo noch deutsche Truppen stehen und die Stimmung zwischen Besatzern sowie polnischen und ukrainischen Nationalisten gespannt und gereizt ist. Jetzt schreitet er über die langen Flure der Reichskanzlei, wo die Geheimen Hofräte in gedämpftem Ton sprechen und Gehrock oder Cutaway tragen. Selbst der Chefportier ist noch auf seinem Posten im langen dunkelblauen Rock mit Goldknöpfen und rotem Kragen: «Die Reichskanzlei war ein Haus des Feudalismus, eine Stätte vornehmer Ruhe, in der jede Betriebsamkeit als Störung empfunden wurde. ... Wenn der Kanzler einmal einen Abgeordneten empfing, so hatten die Portiers bereits das Gefühl, dass sie ihrer Würde etwas vergaben, wenn sie ihm den Mantel abnahmen und ihn – den Mantel – in die weite Marmor-Eingangshalle an den mit sechs Haken versehenen Kleiderständer hängten.»⁴³

Diese Ruhe zumindest ist nun hin, Besucher, Delegationen, Soldaten mit umgehängtem Karabiner und roten Binden gehen ein und aus, verschlossene Offiziere ohne Abzeichen und Achselstücke überbringen Nachrichten, Arbeiter mit speckigen Mützen werfen ihre Zigarettenkippen auf die weissen Marmorfliesen. Zuständig für die Anliegen all dieser Menschen ist Kurt Baake, der kaum Zeit findet, die Blaumeisen zu betrachten, die im grossen Garten vor seinem Fenster herum-schwirren. Die Portiers weisen ihm fast jeden Besucher zu, der keinen Termin hat und den sie nicht einordnen können. «Jeder konnte kom-

men und die Glocke ziehen», erinnert sich Arnold Brecht, einer der wenigen demokratischen Topbeamten des Hauses. Max von Baden hat den 34-jährigen Lübecker, einen glänzenden Juristen, im Oktober 1918 als ständigen Schriftführer in die Reichskanzlei geholt. Dort wirkt er nun, hochgewachsen, gut gekleidet, glattrasiert wie die Verkörperung eines Typus republikanischer Spitzenbeamter, welcher dieser Regierung so sehr fehlt. Sein Weg zur Demokratie begann, wie er im Rückblick schreiben wird, als Unterprimaner, der fassungslos die «Hunnenrede» Wilhelms II. an die deutschen Truppen las, die in China den Boxeraufstand niederschlagen sollten: «Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht.» Es war, so Arnold, «(mein) erster politischer Schock». In der Weimarer Republik wird er zu den entschiedensten Gegnern der Rechten und Hitlers gehören.

Nun aber sitzt er im Zentrum der Macht, wo sich jedoch gelegentlich kuriose Dinge ereignen. Einmal erscheint ein Herr, der sich selbst als «den Reichskanzler» bezeichnet, zu Arnold geführt wird und diesem sogleich Anordnungen erteilt, die offenbar etwas mit der Badeöfenordnung des Deutschen Reichs zu tun haben. Arnold Brecht, vornehmer Charakter, der er ist, wirft den Verwirrten nicht hinaus, sondern lässt einen Polizisten mit dem Auto vorfahren: «Ihr Wagen, Herr Reichskanzler». Der Mann wird zur nächsten Wache gebracht. Doch Brecht hat den Besucher unterschätzt. Um zwei Uhr nachts klingelt das Telefon in der Reichskanzlei: die Eisenbahndirektion Berlin erkundigt sich beim Nachtdienst, wann denn der Herr Reichskanzler eintreffen gedenke. Seit Mitternacht stehe der von ihm bestellte Sonderzug abfahrbereit auf dem Gleis. Die Polizei hat den falschen Kanzler für harmlos erklärt und laufen lassen, und dieser hat offenbar beschlossen, sein Wirken an anderer Stelle fortzusetzen und telefonisch den Zug angefordert. Arnold Brecht aber ist um eine Erfahrung mit dem obrigkeitsstaatlichen Verwaltungsapparat reicher: «So einfach ist es, einen Extrazug zu bekommen, wenn man nur frech und doof genug ist.»⁴⁴

Der Sozialdemokrat Baake ist «die erste vorgeschaltete Sicherung der Revolution gegenüber dem alten monarchistischen Apparat», wie Oehme schreibt, der ihn am ersten Tag nicht gleich entdeckt – so hoch türmen sich um ihn die Aktenstapel. «Nun sehen Sie sich das an», sagt

Baake, «ich arbeite von früh bis in die Nacht hinein an diesen verfluchten Akten, und es werden doch immer mehr statt weniger.»⁴⁵

Gemessen an ihrer denkbar unharmonischen Vorgeschichte, kommen die sechs Volksbeauftragten miteinander so schlecht nicht zu recht – und gewiss nicht so übel wie in den Zerrbildern, die Barth und Scheidemann später überliefern werden. Gewiss, man müsse «manches in Kauf nehmen, was uns contre cœur ist», schreibt Hugo Haase in dieser Zeit an seinen Sohn Ernst über die Zusammenarbeit mit Ebert.⁴⁶ Dieser leitet die Sitzungen, Haase ist ihr guter Geist, fast immer freundlich, werbend, um Kooperation bemüht. Der Ton bleibt höflich und sachlich. Ihr Mitarbeiter Oehme erlebt kaum je persönliche Attacken unter den sechs Männern, «wenn man von einigen erregten Äusserungen Barths absieht. Auf solche pflegte dann meist Landsberg mit bissigem und billigem Hohn zu antworten.»⁴⁷

Die gemeinsame Arbeit an der Rettung des Reichs ist das Band, das sie zunächst zusammenhält. «Die Schwierigkeiten», so der USPD-Vertreter Wilhelm Dittmann, «die sich vor uns auftürmten, waren enorm. Deutschland war am Ende des Krieges der siegreichen Entente militärisch, politisch und wirtschaftlich ausgeliefert.»⁴⁸ Unablässig klingeln die Telefone, die Termine jagen sich, der Vollzugsrat erscheint zu langen Debatten, und eines Tages steht sogar ein veritabler Kaisersohn in der Tür, Prinz Joachim von Preußen. Ungnädig bleibt er stehen, als ihn Oehme mit «Guten Tag, Herr Hohenzoller» anspricht. Der jüngste Sohn des schmachlich geflüchteten Wilhelm II. benötigt und erhält, auf Eberts Intervention, einen Reisepass, um die kaiserlichen Eltern in Holland aufzusuchen.

Arnold Brecht hingegen, Mitarbeiter Eberts in der Reichskanzlei, lernt schnell diese Sozialdemokraten von meist einfacher Herkunft zu respektieren: «Ich gewann bald grosse Achtung vor diesen Männern, deren Ernst, Sachlichkeit, Überzeugungstreue und Charakter mich oft geradezu beschämten.» Sie sprechen, denken und handeln anders, als er es aus Regierungsstellen gewohnt ist: «Ihre Gradheit entwaffnete mich. Ich sprach ebenso gerade mit ihnen wie sie zu mir und schämte mich meiner ironischen Spielereien. Ich wurde erst jetzt zum Mann, so schien es mir.»⁴⁹

Oehme stellt bald einen jungen Studenten namens Heinz Moser ein, dem in der Reichskanzlei der Spitzname «der gehobene Portier» verpasst wird – Moser, der gut mit den Leuten reden kann, soll freundlich, aber bestimmt unbekannte Besucher von Baake und den Volksbeauftragten fernhalten und ihre Anliegen an diese weitergeben. Der nette Herr Moser schreckt die revolutionären Arbeiter und Soldaten jedoch keineswegs ab, bei jeder Gelegenheit direkt nachzusehen, was ihre Regierung denn da in der Reichskanzlei so unternimmt; Philip Scheidemann klagt sogar, nicht ohne bezeichnende Übertreibung: «Unausgesetzt brachen wilde Haufen aufgeputschter Arbeiter und Soldaten in die Reichskanzlei ein und hinderten durch ihr Treiben die Volksbeauftragten an den dringlichsten Arbeiten.» Es sind, oft genug, seine eigenen Anhänger.

«Für den Sieg war manches vorbereitet, für die Niederlage nichts», schreibt Arnold Brecht. Es gibt keinen Plan B, kein Notfallprogramm. Die alte Regierung hat sich – gemäss ihrem Grundsatz, dass nicht sein kann, was nicht sein darf – gar nicht erst mit dem Szenario befasst, was zu tun wäre, wenn das Kaiserreich den Krieg verliert. Die Volksbeauftragten beginnen in dieser Hinsicht bei null.

Sie arbeiten mehr als zwölf Stunden am Tag, meist unter dem Vorsitz Eberts, dem Haase den Vortritt lässt. Wenn es in späteren Darstellungen klingen wird, als habe die Regierung der Volksbeauftragten, jedenfalls ihr mehrheitssozialdemokratischer Teil, wenig mehr getan als der Gegenrevolution die Sessel zurechtzurücken, in denen die Generäle, Stahlbarone und Junker dann wieder Platz nehmen würden, so ist das nicht gerecht. Ihren Job als Übergangsregierungen machen die Volksbeauftragten so schlecht nicht, jedenfalls gemessen an den Herausforderungen: Millionen Soldaten müssen zurückgezogen, demobilisiert und wieder in das Wirtschaftsleben eingegliedert werden, was an sich schon schwer und unter dem Dauerdruck der Alliierten eine Herkulesaufgabe ist, die aber insgesamt gelingt. Sehr schwierig ist die Situation im preußischen Osten, in den einst bei der Teilung Polens annektierten Gebieten. Erst ein Friedensvertrag soll die Zukunft der Region Posen, Oberschlesiens und Westpreußens klären. Aber bereits jetzt kommt es zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen deutschen und polnischen Verbänden; den Volksbeauftragten gelingt es in einer

wechsellvollen Politik, diesen Konflikt nicht zu einem neuen Krieg ausarten zu lassen; erst ab 1919 eskaliert die Krise rasch.

Immer wieder hebt auch ein weiteres Gespenst der Vergangenheit sein hässliches Haupt, nämlich der Separatismus. Der deutsche Einheitsstaat ist noch keine fünfzig Jahre alt, nun regen sich in der Stunde des Niedergangs alle möglichen Kräfte, die los von Preußen wollen. Ein Problem sind zum Beispiel die Rheinland-Separatisten, eine nicht so kleine und vor allem lautstarke Minderheit in einem Landstrich, der seit der Französischen Revolution zwischen den beiden Nationen eine Sonderrolle spielte. Nun aber trampeln Tag für Tag Einheiten des besiegten Heeres zurück über die Kölner Rheinbrücke, rumpelt schwere Artillerie ebenso wie Gulaschkanonen hinüber auf das rechte Flussufer, ein Marsch der Geschlagenen.

Und vielen Bewohnern der Grenzregion fällt nun ein, dass sie es ja nie so gern gehalten haben mit diesem deutschen Einheitsstaat und diesen Preußen, die dazu evangelisch sind, als hätten sie nicht bereits Übel genug gebracht. «Viele sagen, wir würden französisch», schreibt der Archivar des alten Fachwerkstädtchens Andernach am Rhein in sein Tagebuch. «Andere behaupten, das Rheinland müsse ein Pufferstaat werden zwischen Frankreich und Deutschland.» Die Separatisten versuchen nach Kriegsende mit wesentlicher Beteiligung des Kölner Oberbürgermeisters und Zentrumspolitikers Konrad Adenauer, das preußische Joch abzustreifen, das sie seit Napoleons Ende haben dulden müssen (und das die Erfindung des Karnevals mit seinen Schützenkönigen und Prinzen Gardien, ersonnen zur Verhohnepipelung der militärversessenen Preußen, nur wenig lindern konnte). Allerdings haben sich die Hohenzollern aus dem Staub gemacht und in Preußen regieren jetzt MSPD und USPD, auf die beim schlechtesten Willen nicht recht passen will, was Adenauer verkündet: Preußen sei «der böse Geist Europas» und werde «von einer kriegslüsternden, gewissenlosen militärischen Kaste und dem Junkertum beherrscht». Doch das rheinische Wesen kennt von je her einen jovialen Gleichmut gegenüber Zumutungen der Wirklichkeit. Adenauer und mehr noch den Heißspornen der Bewegung schwebt eine «Rheinische Republik» vor oder eine westdeutsche. Der spätere Bundeskanzler ist besonnen genug, diese

innerhalb des Reichsverbandes sehen zu wollen und sich später gegen rheinische Irrlichter zu stellen, die sogar eine bewaffnete Truppe aufstellen.

Aber die Rheinländer sind leider nicht allein in ihrem Bestreben, das Glück in kleinen regionalen Gemeinschaften zu suchen. Zwei Wochen nach der Machtübernahme befürchtet Ebert im Rat der Volksbeauftragten, «es drohe der Zerfalls des Reichs»⁵⁰. Das mag melodramatisch klingen, ist es aber nicht: Diese Regierung hat viel guten Willen und wenig Macht, und wo immer sich ein Landesteil abspalten würde, was könnte sie tun? Die Frage der bewaffneten Macht ist völlig ungeklärt, und noch dazu sind solche Entscheidungen abhängig von den unnachgiebigen Alliierten; soeben haben sie der Regierung in Berlin zu verstehen gegeben, dass ein Zusammenschluss wie zwischen dem deutschsprachigen Österreich als Überbleibsel des K.-u.-k.-Imperiums und Deutschland unter keinen Umständen infrage komme. Scheidemann klagt: «Wird es uns gelingen, das Reich zusammenzuhalten? Schlimme Meldungen laufen bei uns ein über den ‚Rheinbund‘, die ‚Pfälzische Republik‘, die ‚Nordische Republik‘, das selbständige Bayern, vereint mit Tirol, aber losgelöst vom Reich!»⁵¹

Besonders ernst muss die Regierung der Volksbeauftragten die Töne nehmen, die aus Bayern zu hören sind. Nicht nur vergangenheits-selige Monarchisten schlagen sie an, sondern auch die Regierung Eisner und die bayerischen Räte; die Genossen in München, radikaler gesonnen, lehnen energisch die Zusammenarbeit der Volksbeauftragten mit Kräften des alten Regimes ab, im Militär und dem Auswärtigen Amt, und verlangen den Rücktritt dieser «Vertreter einer Zeit, über die ein furchtbarer Richtspruch schon gefällt ist»⁵². Kurt Eisner droht den Abbruch der Beziehungen zum Auswärtigen Amt in Berlin an; Bayerns revolutionärer Ministerpräsident versucht, mit den Alliierten einen Sonderfrieden für sein Land zu schliessen, was diese aber desinteressiert zurückweisen. Mit Geschick und Geduld gelingt es der Reichsregierung, all die auseinanderdrängenden Kräfte zu bändigen; der Durchbruch gelingt auf der Reichskonferenz mit den Revolutionsregierungen der Länder am 25. November 1918, als die Volksbeauftragten deren Eigenständigkeit im Rahmen des Gesamtstaates bestätigen und sich im Gegenzug dafür die eigene Politik legitimieren lassen. Eisner und sogar Ebert haben eine Weile lang erwogen, das übermäch-

tige Land Preußen in mehrere Einzelstaaten zu teilen, doch überwiegt am Ende die Furcht, dies helfe vor allem Frankreich, das eine deutsche Kleinstaaterei nutzen könnte, um das zu Preußen zählende linksrheinische Gebiet zu annektieren.

Schon innerhalb der ersten Tage beschliesst die Gemeinschaft der sechs Sozialdemokraten politische Reformen, nach denen die SPD die ganze wilhelminische Ära hindurch vergeblich verlangt hat. Man darf das nicht im Nachhinein, im Wissen um den weiteren Verlauf der Geschichte einer gescheiterten Demokratie, zu gering schätzen. Die Zusammenarbeit von USPD und MSPD ist eine Vernunfttatsache, aber sie funktioniert. Für den Augenblick.

Zunächst heben die Volksbeauftragten am 12. November 1918 in ihrem ersten Dekret ohne jeden Dissens alle Beschränkungen der inneren Freiheit auf, die im alten Obrigkeitsstaat und unter dem Belagerungszustand während des Krieges gegolten haben: Es gilt Meinungs- und Versammlungsfreiheit, eine Zensur findet nicht statt, es gilt auch Religionsfreiheit, aber niemand «darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden». Ebert und Haase haben die bleierne Zeit des Sozialistengesetzes noch selbst erlebt, über alle Gräben hinweg ist es ein grosser Tag für die feindlichen Brüder.

Sozialpolitisch erfüllt das Dekret ebenfalls Forderungen, für welche Sozialdemokraten über so viele Jahre jeden Maifeiertag demonstriert haben: Die Regierung führt den Achtstundentag ein und die Unterstützung Erwerbsloser. Am selben Tag, dem 12. November, schafft die Übergangsregierung das verhasste «Vaterländische Hilfsdienstgesetz» ab sowie die halbfeudale Ordnung für Hausgesinde, sie setzt die seit 1914 aufgehobenen Bestimmungen für den Arbeitsschutz wieder in Kraft und befreit die Landarbeiter von den AusnahmeGesetzen des Krieges, die sie zu besseren Heloten herabgedrückt haben.

Nicht minder bedeutend ist die Reform des Wahlrechtes. In Preußen, dem mit Abstand grössten und wichtigsten Einzelstaat des Reichs, war es Abbild einer rückständigen Gesellschaftsordnung und als solches auch gewollt, um, nur wenig zugespitzt ausgedrückt, die Herrschaft des Adels und der Junker zu zementieren. Die Volksbeauftragten ändern dies sofort. Sie erreichen, was eines der Hauptziele der SPD vor 1914 gewesen ist, mit einem Federstrich. Das Wahlalter wird zudem von 25 auf 20 Jahre gesenkt.

Mehr noch, Preußen erhält eine demokratische Übergangsregierung nach dem Vorbild der Volksbeauftragten, paritätisch zusammengesetzt, hier aber, indem jeweils zwei Vertreter der beiden Arbeiterparteien ein Ressort führen: Fürs Innere sind zuständig Paul Hirsch (MSPD) und Rudolf Breitscheid (USPD), für Kultus und Unterricht Konrad Haenisch (MSPD) und Adolph Hoffmann (USPD), für Landwirtschaft, angesichts des agrarisch geprägten preußischen Osten bedeutsam, der erfahrene Otto Braun von den Mehrheitssozialdemokraten und Adolf Hofer für die Unabhängigen, um nur die wichtigsten zu nennen; eine Ausnahme ist ausgerechnet das Kriegsministerium, das weiterhin von Heinrich Schöch geleitet wird, mit dem MSPD-Mann Paul Göhre als Unterstaatssekretär. Preußen, Bollwerk der Gestrigkeit, ist also nun ebenfalls unter beinahe rein sozialistischer Führung.

Zu den grossen Reformen der Volksbeauftragten zählt die Einführung des Frauenwahlrechts, das die SPD stets gefordert hat. Frauen haben bislang überhaupt nicht wählen oder gewählt werden dürfen. Nun, am 12. November 1918, beschliessen die Volksbeauftragten ein wirklich demokratisches Wahlrecht für Männer und Frauen, ein Verhältniswahlrecht, gültig für das Reich und sämtliche Einzelstaaten. Erst jetzt sind die Wahlen in Deutschland allgemein, gleich und frei.

Gegen den Widerstand der Linken im Vollzugsrat erreichen die Volksbeauftragten einen beachtlichen Konsens in der Frage der Nationalversammlung, und das, obwohl die Unabhängigen anfangs schwanken. Aber in der Logik des neuen Wahlrechts, das die Volksbeauftragten verkündet haben, führt kein demokratischer Weg an einer Nationalversammlung vorbei, und es wird Wilhelm Dittmann von der USPD sein, der auf dem Reichsrätekongress Mitte Dezember das eindrucksvollste Plädoyer für die Konstituante hält – ein Beispiel, wie viel positives und gemeinsames Potenzial in diesem Regierungsbündnis stecken könnte. Schon am 15. November beauftragt die Regierung den linksliberalen Staatsrechtsprofessor Hugo Preuß, die Blaupause einer demokratischen Reichsverfassung zu entwerfen.

Zufrieden schreibt das MSPD-Blatt *Vorwärts*: «Das Programm ist ausgezeichnet, es wird der Welt zeigen, dass die neue Macht in Deutschland eine Ordnung der Freiheit will und nicht die Gewaltherr-

schaft, nicht die Anarchie und das Chaos.» Auch die liberale Presse lobt das enorme Arbeitspensum und das Erreichte als «grossartiges Stück Neuordnung mitten in dem Chaos»⁵³. Vielleicht ist dieser 12. November der beste Tag der Einheitsregierung, vielleicht kann er ein Anfang sein. Der Unabhängige Wilhelm Dittmann jedenfalls frohlockt über die raschen Reformen und den Konsens unter den sechs Volksbeauftragten: «Kein Zweifel, nur eine sozialistische Regierung konnte so einschneidende und durchgreifende politische, wirtschaftliche und soziale Umgestaltungen vornehmen – kraft des Rechts der siegreichen Revolution.»⁵⁴

«Verfluchte Kontinuität»: Versäumnisse

Und doch ist bald schon ein Problem sichtbar, das Arthur Rosenberg scharfsinnig auf den Punkt bringen wird: «Sozialpolitik und Wahlrecht waren und bleiben die eigentlichen Objekte sozialdemokratischer Politik, und was danebenlag, wurde entweder ignoriert oder nur zaghaft und unzulänglich angefasst.»⁵⁵ Eigentlich ist es noch schlimmer. Zu diesen Objekten gehört von je her die Forderung nach «Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien», also nach Sozialisierung, Enteignung der Schwerindustrie, vor allem der Kohlezechen. Wenn es neben dem Militär ein ausgeprägtes Feindbild für die Vorkriegs-SPD gegeben hat, dann waren es die Kohle- und Stahlbarone und ihre zutiefst reaktionären, kriegstreiberischen Zirkel. Man muss kein Marxist sein, um deren Wirken noch während des Krieges als unheilvoll zu betrachten. In Fritz Fischers wegweisender Studie *Griff nach der Weltmacht* wird der Hamburger Historiker auch die erhebliche Mitschuld der deutschen Industriellen beleuchten. Gleich die sechs grössten Wirtschaftsverbände haben 1914 die offizielle Legende vom deutschen Verteidigungskrieg beiseitegewischt, mit Hilfe Erzbergers und des Alldeutschen Verbands. Die grössten Namen der Industrie – Krupp, Stinnes, Thyssen – drängten schon im Herbst 1914 massiv auf einen Eroberungskrieg, der die Annexion Ostfrankreichs samt seiner Kohle und Erzregionen ebenso vorsah wie die «Zersplitterung des russischen Koloss»⁵⁶. Eigentlich mit Recht fürchtet Jakob Reichert, Hauptgeschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustri-

eller, jetzt habe die Stunde der Abrechnung geschlagen: «Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung bewahren?»⁵⁷

Diese Sozialisierung wird in der Arbeiterschaft so dringend gefordert wie die Entmachtung des alten Militärapparats bei den Soldaten. Als in den ersten Revolutionstagen Zehntausende von Siemens-Arbeitern mit einer Grossdemonstration vor der Reichskanzlei drohen, sollte die Firma ihre Forderungen nach mehr Lohn und mehr Rechten nicht erfüllen, organisiert die Regierung ein Krisengespräch in der Reichskanzlei zwischen einer Delegation der Arbeiter sowie der Unternehmensführung unter Carl Friedrich von Siemens; auch Ernst von Borsig, Vorsitzender der Berliner Metallindustriellen, ist zugegen. Offenbar fürchten die Herren Schlimmes, so Dittmann: «Herr von Siemens erklärte, wenn ihn die Regierung zwingen wolle, die gestellten Forderungen zu bewilligen, so möge sie den Betrieb enteignen und selber fortführen; sie werde dann erfahren, dass die Forderungen nicht zu erfüllen seien.» Erst Emil Barth gelingt es am Abend, die wütenden Arbeiter zu beruhigen und zu einem Kompromiss zu bringen; er prägt dabei den Satz: «Eine Revolution ist keine Lohnbewegung!» Dittmann aber erinnert Carl Friedrich von Siemens an eine Zeile von Friedrich Schiller: «Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht, vor dem freien Menschen erzittere nicht!»

Sollte Siemens gezittert haben, kann er sich bald beruhigen. Die Grossindustrie, diese Säule des wilhelminischen Systems, schwankt ein wenig, aber sie fällt ganz und gar nicht. Allerdings sind die Industriellen von den Ereignissen des 9. November 1918 doch so nachhaltig beeindruckt, dass sie in verdächtiger Eile ein Abkommen mit den Gewerkschaften schliessen, das schon sechs Tage später von Hugo Stinnes und Carl Legien unterzeichnet wird. Wie schon während des Krieges, bei der Gründung einer gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft, sind die Arbeitnehmervertreter mit einem Mal akzeptierte Gesprächspartner. Der römische Dichter Vergil hat den Satz geprägt: Ich fürchte die Danäer, auch wenn sie Geschenke bringen. Die Danäer vom November 1918 sind die Industriellen. Sie gestehen Tarifverhandlungen, Höchstarbeitszeiten, Betriebsräte in Unternehmen ab fünfzig Beschäf-

tigte und eine Zentralarbeitsgemeinschaft für die Verbände beider Seiten zu. Die Gewerkschaften, so reich beschenkt, fühlen sich am Ziel jahrzehntealter Wünsche, die Arbeitgeber werden freilich noch viel Fantasie aufbringen, diese Ziele kräftig zu unterlaufen. Ohnehin sind sie die grossen Gewinner dieses Tages: Ausgerechnet mit Hilfe der so eng mit der MSPD verbundenen Gewerkschaften haben sie der Verstaatlichung schon Tage nach der Revolution den Boden entzogen: «Die freien Gewerkschaften waren während des Krieges so sehr in die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung hineingewachsen, dass ... ihnen die Frage erst gar nicht in den Sinn kam, ob der Sturz der Monarchie nicht Auswirkungen auf ihr Verhältnis zu den Arbeitgebern haben musste» (Heinrich August Winkler).⁵⁸ Die innere Schwäche der Revolutionsregierung ist hier mit den Händen zu greifen. Weder versucht sie, die eigenen Leute, die Gewerkschafter, von voreiligen Schritten abzuhalten, noch macht sie sich daran, einen ihrer gefährlichsten Widersacher mit seinem enormen antidemokratischen Potenzial zu entmachten.

Die Macht der Kohlebarone ist nun schon wieder zementiert – und mit ihr sind es die Eigentumsverhältnisse im Deutschen Reich. Die Revolution erleidet in der ersten Woche bereits eine epochale Niederlage, ohne überhaupt recht gemerkt zu haben, dass es einen Kampf gegeben hat. Und während an Rhein und Ruhr die Arbeiterräte noch lebhaft über Formen der Sozialisierung diskutieren und Resolutionen schreiben, ist die Geschichte schon über sie hinweggeschritten.

Die Mehrheitssozialdemokraten und sogar Dittmann und Haase scheuen die Verstaatlichung, und zwar vor allem mit dem von Dittmann überlieferten Argument, das einmal mehr das Ausmass des später oft übersehenen Drucks von aussen ahnen lässt: «Alles Staatseigentum war dem Zugriff der Entente ausgesetzt. Das war ein grosses Hemmnis für die Überführung des grossen Staatseigentums in Privateigentum.»⁵⁹ Allerdings machen die Unabhängigen an der Basis in dieser Frage, die nichts anderes bedeutet als eines der Wesenselemente des Sozialismus, erheblichen Druck. Ihr neues Parteiorgan *Die Freiheit* fordert am 16. November, «die lebenswichtigen Betriebe unverzüglich zum Nationaleigentum zu erklären» und bis dahin «nötigenfalls einen Doppelposten vor dem Direktorenzimmer «aufzustellen».⁶⁰

Die Volksbeauftragten setzen am 18. November erst einmal – der Devise folgend: Wenn du nicht mehr weiterweisst, gründe einen Arbeitskreis – eine Kommission ein, die prüfen soll, welche Industriezweige reif sind zur Verstaatlichung. Die MSPD erhofft sich eine Beruhigung aller Beteiligten – der *Vorwärts* spricht davon, «dass keine unvernünftigen Experimente zu befürchten sind»⁶¹ –, die USPD die Beruhigung ihrer drängenden Genossen. Eberts wohlwollender Biograf Walter Mühlhausen wird die Motive seines Protagonisten so zusammenfassen: «Ebert glaubte sich in einer Situation, in der es nur eine Alternative gab: Notstandspakt (*mit der Industrie; d.V.*) oder Strukturreform. Beides war seiner Einschätzung nach in diesen Tagen nicht zu haben. Brot (und Kohle) brauchte man jetzt, Strukturreformen konnten aufgeschoben werden (mussten damit aber nicht für immer vertagt sein).»⁶² Solche und andere Fragen, so Eberts stets wiederholtes Credo, würde die Nationalversammlung entscheiden. Unter dem Vorsitz Kautskys streitet sich die Kommission dann wochenlang herum, und es wird am Ende nichts aus dem Beschluss des Vollzugsrates, die «rasche und konsequente Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel» durchzusetzen.

Von fast ebenso grossem Übel wird eine zweite Unterlassungssünde sein: das Ausbleiben einer Agrarreform. Schon am 11. November versichern die Volksbeauftragten den Agrarlobbyisten des Kriegsausschusses der deutschen Landwirtschaft, es werde keine «Eingriffe Unbefugter» in die Eigentumsverhältnisse geben. Die Rittergutsherren und Grossgrundbesitzer in den Weiten des östlichen Preußen sind fast ebenso gegenrevolutionär und demokratiefeindlich gesonnen wie die Ruhrbarone. Zwar beseitigen die Volksbeauftragten die grössten Ungerechtigkeiten, unter denen Landarbeiter und Gesinde zu leiden haben. Die Landarbeiter dürfen sich gewerkschaftlich organisieren, ein Tariflohnsystem entsteht, das immerhin. Selbst ein so durchsetzungsfreudiger MSPD-Politiker wie Otto Braun unterlässt als preußischer Landwirtschaftsminister den Versuch, die ostelbischen Junker zu entmachten. Von der Enteignung, die seinem linken Mitminister Hofer von der USPD vorschwebt – er will per Bodenreform das Land verwandeln «in einen blühenden Villenpark, in dem die Rosen duften und die Nachtigallen schlagen» –, ist ohnehin keine Rede.⁶³

Wie trist die Lage der Landarbeiter, welche die SPD immer ein wenig vernachlässigt hat, sein kann, weiss niemand in der Regierung besser als Hellmut von Gerlach; er sass als jugendlicher Gutsherr ja selbst auf dem hohen Ross und hat dann begonnen, die Missstände zu bekämpfen. Über die Gutsbesitzer schreibt er: «Bescheiden waren sie nur im Steuerzahlen.... Sie waren Legitimisten, Antidemokraten, Militaristen, antisozial.» Vor dem Krieg zwingt er das Rittergut Cunern bei Wohlau gerichtlich, die Löhne der Beschäftigten offenzulegen. Männliche Landarbeiter bekommen, wie sich herausstellt, im Winter 60 Pfennige am Tag, Frauen 35. Dazu, so Gerlach, «ausser ein paar Furchen Kartoffelfeld nichts an Rentenbezügen. Alles Essen, Trinken, Wohnen, Licht, Heizung, Kleidung, Kinderaufzucht musste vom Tagesverdienst der Eltern bestritten werden» – ein Hungerlohn im Wortsinne.⁶⁴ Der Landrat, der mächtige Kopf der Verwaltungsinstanz, reagiert mit einer Strafanzeige – gegen Gerlach. Die Ärmsten schlafen mit ihren Kindern und dem Vieh in einer einzigen Stube, ein Schlafgemach für die Familie gilt schon als Luxus. Wenn der Gutsherr sonntags in der protestantischen Kirche fromme Lieder singt, schickt er die Landarbeiter und sogar hochschwängere Frauen wegen angeblich dringender Erntearbeit aufs Feld; so unterläuft er das Verbot der Sonntagsarbeit. Die Landarbeiter leben fast noch wie Leibeigene der feudalen Epoche, sie sind, so Gerlach, «die Stiefkinder der Gesellschaft und der Gesetzgebung. ... Kein Arbeiterschutzgesetz galt für sie. Als achtjährige Kinder wurden sie schon zum Rübenziehen oder Kartoffelfellen kommandiert.»

Der Verzicht auf rasche Reformen freilich liegt an der katastrophalen Versorgungslage mit Lebensmitteln; die Seeblockade schnürt den Handel weiterhin ab, und auf den Fahnen der Demonstranten hat am 9. November nicht nur «Freiheit» gestanden oder «Frieden», sondern oft auch: «Brot!» Die Zeit scheint nicht reif zu sein. Wenn sich Soldaten- und Arbeiterräte des deutschen Osten mit Junkern und Landräten anlegen, und das versuchen sie anfangs oft, ist von Revolution und Rückendeckung durch die Regierung wenig zu spüren. In Ebenrode warnt der rechtskonservative Landrat Theodor Kranner seine Gutsherrenfreunde offenkundig vor Kontrollen; daraufhin beschliesst der Arbeiterrat dort seine Absetzung. Doch Paul Hirsch, sozialdemokrati-

scher Innenminister, zögert die Sache endlos hinaus; man fürchtet die Räte kaum weniger als Instabilität.

1919, als Gustav Noske zu den Volksbeauftragten stösst, ist es ohnehin vorbei mit Beschwerden der Räte. Er lädt deren «treibende Männer» vor. Den Chef des Soldatenrates von Allenstein schüchtert er dermassen ein, dass der Mann, der Noskes Ruf kennt, sagt: Er hätte sich eigentlich denken können, dass er hier eine Kugel in den Kopf bekomme. Gehässig setzt Noske hinzu: «Wegen der Kugel beruhigte ich ihn und versicherte ihm, es würde genügen, ihn in Berlin in Gewahrsam zu behalten. Diese Ankündigung genügte, ihn gefügig zu machen. ... Er verliess das Zimmer mit unsicherem Blick. Neue Klagen nennenswerter Art kamen aus seinem Bezirk nicht mehr.»⁶⁵

Also kommt der agrarisch-nationalistische Machtkomplex mit ein paar Kratzern auf den Reitstiefeln davon – Kratzer, für die er, fern jeder Dankbarkeit für milde Behandlung, noch Rache zu nehmen gedenkt. Aber der jungen Demokratie bleibt hier, in der Weite des deutschen Ostens, ein mächtiger Feind erhalten, der schon bald alles tun wird, um sie zu Fall zu bringen. Es ist eine bittere Ironie des Schicksals, dass die Kreise, die Braun 1918 zähneknirschend schont, später hemmungslos gegen die Republik agitieren werden und bei ihrer Zerstörung ganz vorn dabei sein werden; die flüsternden Junker am Ohr des greisen Reichspräsidenten Hindenburg sind 1932 mitverantwortlich für den «Preußenschlag» und die Zerstörung des Lebenswerks von Braun, dem es als Ministerpräsident und «rotem Zaren von Preußen» immerhin gelungen sein wird, ausgerechnet dieses Land zur stärksten Bastion der deutschen Demokratie auszubauen; nicht stark genug, freilich.

So bleibt die Bilanz der ersten anderthalb Monate in jeder Hinsicht zwiespältig. Die Sozialdemokratie, oft genug unter Einschluss der Unabhängigen, gleicht in diesen Novembertagen einem grossen Dampfer, der plötzlich Fahrt aufnehmen durfte und unbeirrt einen Kurs hält, der vor langer Zeit geplant und festgelegt wurde; auf der Brücke aber ignorieren der Kapitän und die ersten Offiziere beinahe alles, was der Plan nicht vorgesehen hat, Hindernisse, andere Schiffe, unbekanntes Untiefen. Auf Dauer kann das nicht gut gehen, und es geht auch nicht gut.

In der Reichskanzlei sieht Walter Oehme als Erstes die Aktenberge

durch, die seinen Chef Baake unter sich zu begraben drohen. Oehme ist jung, aber einigermaßen vertraut mit den Abläufen in einer Verwaltung; und der Verdacht, den er vom ersten Moment an gehegt hat, bestätigt sich. Die Beamten – oder jedenfalls einige von ihnen – haben Kurt Baakes völlige Unerfahrenheit für einen kleinen Racheakt an der Revolution genutzt und ihn ganz offenbar nicht aufgeklärt, welchen Umlauf Akten im Amt nehmen. Und daher weiss der Unterstaatssekretär nicht, dass er erledigte Vorgänge einfach mit dem Stempel «z. d. A.» kennzeichnen muss: «zu den Akten», das Herzstück jeder deutschen Verwaltung. Also landen die Vorgänge sämtlich wieder bei Baake, da sie ja nicht abgelegt wurden, und fassungslos starrt er auf die immer neuen Aktenböcke, welche ihm die Sekretärinnen in sein Dienstzimmer schieben. Formal kann man den Urhebern dieser kleinen Sabotageaktion nicht einmal einen Vorwurf machen. Kurz entschlossen schickt Oehme seinen ermatteten Chef frühstücken: «Nun bat ich den leitenden Hofrat Pinkus um einen Stempel ‚z.d.A.‘. Ich sah, wie er erleichte, und begriff sofort, was hier vor sich ging»: Die Männer in den Gehrocken blockieren das Getriebe der Revolutionsregierung mit ihrer wirksamsten Waffe, die mehr Schaden anrichten kann als ein Maschinengewehr, wenn man sie zu handhaben versteht: dem Aktenwagen. Oehme stempelt in einer Stunde Hunderte von Dokumenten ab, welche die Täter nun in der Ablage einordnen dürfen.

Wie er weiter überliefert wird, schüttelt Baake, als er davon hört, zwar «bedenklich den grauen Kopf», unternimmt aber nichts gegen die betreffenden Beamten. Sein Sekretär dagegen, voll Kampfgeist und sozialistischer Ideale, verlangt personelle Konsequenzen, und zwar sofort: «Ich denke, der Fall genügt, um sofort die Entlassung aller in der Kanzlei tätigen Hof- und sonstigen Räte zu veranlassen!»

Baake habe jedoch geantwortet: «Sind Sie nicht gescheit? Was soll Ebert dazu sagen? Wissen Sie nicht, dass wir die wohlerworbenen Rechte der Beamten nicht antasten?»

«Auch dann nicht, wenn sie Sabotage treiben?»

«Was wollen Sie denn ohne die geschulten Kräfte machen?» «Neue anlernen!»

Genau das will Oehme noch am selben Tage Ebert vorgeschlagen

haben. Der aber lehnt ab, weil «sonst alles drunter und drüber geht, unsere erste Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Ordnung in jeder Beziehung aufrechterhalten bleibt, sonst können wir die geordnete Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln nicht betreiben». Der Volksbeauftragte ermuntert ihn lediglich: «Passen Sie gut auf, dass die Kerle keine weitere Sabotage treiben.»

Oehmes erst vier Jahrzehnte später in der DDR veröffentlichter Bericht aus der Reichskanzlei, wird mit der entsprechenden Vorsicht zu betrachten sein und ist notabene beschnitten von Zensur und durchtränkt von der offiziellen SED-Linie, Ebert, Scheidemann und Co. als heimtückische Verräter der Arbeiterklasse und die Unabhängigen als hilflose Dilettanten hinzustellen. Aber diese Passage klingt glaubwürdig. Sie entspricht exakt der Politik, welche die Volksbeauftragten gegenüber dem alten Verwaltungs- und Regierungsapparat betreiben. Es ist die Politik des Nichthandeins.

Die Revolution ist erst drei Tage alt, da schreibt der linke und pazifistische Schriftsteller Gustav Landauer in München bereits an einen Berliner Freund: «Ich bin noch sehr unzufrieden mit Berlin. Mit Eurer verfluchten Kontinuität.»⁶⁶ Wo ist der Schwung, der Wandel? Wo sind die die neuen Leute in den Schaltstellen der Macht? Gewiss, es gibt ein rein sozialistisches Kabinett, von den Dächern wilhelminischer Regierungsgebäude und dem Heck der Kriegsschiffe flattern rote Fahnen im Wind, von Kiel bis in weltverlorene preußische Kleinstädte bilden sich Räte. Auf den ersten Blick scheint es, als habe der Novembersturm das alte Regime einfach fortgeblasen. Aber Landauer ist ein kluger Geist, er spürt, dass dies nicht genügen wird, dass die Illusion eines alles umfassenden Sieges einem Rausch gleicht, aus dem es noch ein böses Erwachen geben kann. Was ist das für eine Revolution, fragt sich der Schriftsteller, in welcher die obersten Kommandobehörden, die meisten Staatssekretäre, die führenden Köpfe des Beamtenapparates und der Justiz, diese Bollwerke des Obrigkeitsstaates, einfach im Amt bleiben? In der Hindenburg, diese walrossbärtige Verkörperung des deutschen Unglücks, und der preußische Kriegsminister weiterhin auf ihren Kommandosesseln sitzen, als gehe nur ein kurzer und seltsamer Spuk durch das Herrenhaus der alten Ordnung? Dieser Umsturz, wie es der Historiker Erich Matthias 1970 so schön wie treffend formulieren wird,

spielt sich ab in einem weiten Handlungsfeld «zwischen Räten und Geheimräten».

Am 12. November fordert die neue preußische Landesregierung aus MSPD und USPD sämtliche «Behörden und Beamte auf, ihre amtliche Tätigkeit fortzusetzen, um auch ihrerseits im Interesse des Vaterlandes zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit beizutragen»⁶⁷. Ebert hat dasselbe schon am Tag des Umsturzes getan: «Ich weiss, dass es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, aber ich appelliere an die Liebe zu unserem Volke»; es möge «ein jeder auf seinem Posten» bleiben und «furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit» leisten.⁶⁸ So bleibt der alte Apparat beinahe unangetastet und fügt sich in die neue Zeit, fürs Erste. Was soll er auch tun – die kaiserliche Ordnung ist diskreditiert und unwiderruflich vorüber. Dankbar ordnen die Volksbeauftragten am 11. November gleich in ihrer ersten Verlautbarung an, dass die Staatssekretäre und die Leiter der Reichsämter mit der «vorläufigen Weiterführung der Geschäfte» beauftragt sind und, ein klarer Hinweis an die Arbeiter- und Soldatenräte, das Eindringen unbefugter Personen in die Geschäftsräume der Reichsbehörden und die Übernahme amtlicher Geschäfte durch solche Personen» untersagt sind.⁶⁹ Es ist wirklich eine sehr deutsche Revolution. Und sie begeht hier einen ihrer schwersten Fehler.

Die Volksbeauftragten selbst haben ihre Regierungszentrale ja wie selbstverständlich in der alten Reichskanzlei eingerichtet und deren Personal einfach übernommen. Nur wenige Spitzenleute der alten Ordnung räumen aus Protest gegen die neuen Machthaber ihren Posten wie der rechtskonservative Geheimrat von Schlieben; zum Gehen hat ihn niemand aufgefordert. Aber auch nur wenige identifizieren sich oder sympathisieren mit der entstehenden Republik. Es ist ein Herrschaftsapparat, der über viele Jahre keine Demokratisierung zugelassen hat, aber nun geführt wird von Demokraten. Mit Recht wird Erich Matthias über diese Haltung schreiben, dass man sie nicht mit politischer Neutralität verwechseln dürfe: «Vielmehr verband sich mit ihr durchweg ein spezifischer Gesinnungsvorbehalt gegenüber den neuen Machthabern, und zwar auch gegenüber denen aus der Mehrheitssozialdemokratie, die man als temporäre Bundesgenossen betrachtete, weil man in ihrer Ordnungspolitik das einzig probate Mittel sah, die

Verhältnisse zu stabilisieren und die revolutionäre Welle zu brechen.»⁷⁰

Sozialdemokratische Redner haben Mal um Mal den Ordnungsgeist des kaiserlichen Regierungsapparats angeprangert, und doch ist er lange schon in ihr eigenes Denken eingezogen. Eine ordentliche Verwaltung brauche den Fachmann, dem die Regierung dann vorgebe, was er zu tun habe. Und die wichtigsten Fachleute sind in Reich und Einzelstaaten naturgemäss die Staatssekretäre, die Fachminister und ihr Apparat. Was später in der Bonner und Berliner Republik und – noch viel umfassender – in den angelsächsischen Demokratien ganz selbstverständlich ist, die Besetzung von Führungspositionen auch unterhalb der Ministerebene durch Mitglieder und Experten der Regierungsparteien, ist im Deutschen Reich von 1918 eine Vorstellung, die gegen alle herkömmliche Denkmuster verstösst.

Schon 1917 hat der linksliberale Reichstagsabgeordnete Otto Fischbek die Gefahr kommen sehen, sich auf diese Weise einem feindseligen und widerborstigen Apparat auszuliefern, der sich einfach selbst für unersetzlich erklärt: «Wenn das parlamentarische System angestrebt wird, dann kann man nicht immer sagen, dass man zu Fachministern keine Parlamentarier machen könnte. Man braucht nicht immer ein ‚Fachmann‘ zu sein.»⁷¹ Besonders Ebert pflegt, aus Überzeugung und unter dem Druck der Waffenstillstandsbedingungen, diesen Kult des Fachmanns. Ob und wie weit diese Ehrfurcht vor dem vermeintlich kompetenten Entscheider und Experten auch Eberts einfacher Herkunft geschuldet ist, muss Spekulation bleiben. Tatsache ist, dass er im Rat der Volksbeauftragten immer wieder Nichtsozialisten in Führungspositionen durchsetzt, da Unerfahrene «mit dem komplizierten Betrieb nicht auf das Genaueste vertraut» seien.⁷²

Wie weit dieses Denken, das Fischbek so problematisch erscheint, aber bei führenden MSPD-Politikern reicht, zeigt sich bereits am 9. November, in den Geburtsminuten der Revolution, als Max von Baden im Reichskanzlerpalais «das Schicksal des Deutschen Reiches» in Eberts Hände legt. Es geht um das Militär. Im an sich richtigen Gespür, dass Schlüsselstellen der bewaffneten Macht nicht im Besitz des *ancien regime* bleiben können, sagt Scheidemann: «Der Posten des

Kriegsministers und des Oberbefehlshabers in den Marken müssen von unseren Parteigenossen besetzt werden.» Das ist das Mindeste, was eine Revolution, auch eine friedliche, erreichen muss, will sie nicht abhängig bleiben von einem Machtapparat, der sie bis eben noch erbittert bekämpft hat. Kaum 48 Stunden zuvor hat der Oberbefehlshaber in den Marken jede Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in Berlin verboten und mit Waffengewalt gedroht. Aber was geschieht in dieser in der Tat so wunderlichen Revolution? Der preußische Kriegsminister, seine Exzellenz Heinrich Schöch, lässt die Forderung nach seiner Demission ungerührt an sich abperlen und erwidert: «Nein, ich bleibe auf meinem Posten. Das Feldheer steht am Feinde, seine Versorgung muss geregelt werden.» Vielleicht werde er gehen, wenn seine Aufgabe erledigt sei; oder, wie er ausdrückt: wenn «ich frei in meinen Entschliessungen bin».

In Paris 1790, in Moskau 1917 hätte ihn ein solcher Auftritt wohl den Kopf gekostet. In Berlin 1918 erklären die Sendboten der neuen Ordnung, zuerst Ebert: «Da können wir nur dankbar sein.» Scheidemann nimmt den Minister zur Seite und raunt ihm zu: «Sehr erfreulich, dass Sie bleiben», aber man müsse ihm einen «von unseren Parteigenossen als Unterstaatssekretär begeben, zur Abwendung von Verdacht». Und was den Oberkommandeur in den Marken betrifft, führt Schöch aus, so habe man mit dem General Alfred von Loewenfeld, einem Mitglied des Preußischen Herrenhauses, selbst schon einen Nachfolger gefunden; schade zwar, dass «dessen Name Ihnen wohl nicht ganz angenehm sein wird, der aber ein sehr tüchtiger Mann ... ist.»⁷³

Und so geht es weiter, immer weiter. Nur 48 Stunden später ernennen die Volksbeauftragten keinen der ihren, sondern einen Obersten zur Leiter der Demobilisierungsbehörde, Josef Koeth, der dort wie ein kleiner König regiert, um «1. Die Versorgung des Volkes mit den notwendigen Lebensbedürfnissen» und «2. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit» zu organisieren. An der Dringlichkeit dieser Aufgaben gibt es keine Zweifel – aber muss ein Offizier des alten Militärs, wie es nun geschieht, *Carte blanche* der Revolutionsregierung bekommen? Nichts anderes ist es, wenn Ebert in der Kabinettsitzung vom 12. November davon spricht, Koeth erhalte «die notwendige Bewegungsfreiheit zum schnellen Handeln». Anders, so Ebert, gehe es leider nicht:

«Das ist nun die Stunde der Machtübernahme, die sich so viele dereinst als Bestund Jubelstunde geträumt hatten: Der Existenzdruck von 70 Millionen meist hungernder und verzweifelter Menschen senkt sich auf einige wenige Menschen herab.»⁷⁴ Dass Koeth aber eine politische Agenda verfolgt, nämlich die Bewahrung der Wirtschaftsstruktur vor Sozialisierung und staatlicher Kontrolle, scheint Friedrich Ebert unklar oder, wahrscheinlicher, gleichgültig zu sein.

Dabei hatten selbst die Verlierer des 9. November – aus ihrer Sicht – Schlimmes befürchtet. Noch Tage nach dem Umsturz in Berlin vermag der Theologe und Publizist Eugen Fischer-Baling kaum zu glauben, was *nicht* geschehen ist: «Gegen den Besitz, dachte man, ... werde sich der Hauptstoss richten, und er werde den Adel, die Beamtenschaft, die Richter, die Offiziere, die Politiker der Rechten mit treffen. Es hätte niemanden überrascht, wenn am 10. ein Sturm auf die Villen am Tiergarten eingesetzt, wenn ein Revolutionstribunal zu arbeiten angefangen, wenn die Volksleidenschaft an den lautesten Siegverkündern und den obersten militärischen Führern sich vergriffen hätte.»⁷⁵

Die Nachteile würden, so glauben die neuen Machthaber, die Vorteile weit überwiegen. Am 14. November bestätigen die Volksbeauftragten fast alle Staatssekretäre der Oktoberregierung in ihren Ämtern. Nur drei dieser Ressortchefs stammen aus den sozialistischen Parteien, darunter Gustav Bauer (Reichsarbeitsamt) aus der MSPD, Emanuel Wurm (Reichsernährungsamt) von den Unabhängigen; die Übrigen, mit Ausnahme des Militärs, sind überwiegend Männer des Zentrums und der Liberalen – jenen gemässigten bürgerlichen Parteien also, mit denen die MSPD schon 1917 zusammengearbeitet hat. Die spätere Vorstellung, die Volksbeauftragten hätten quasi die Ministerriege der Kriegsjahre übernommen, trifft daher nicht zu. Aber sie verzichten eben darauf, die Leitungsbereiche der grossen Ministerien des Reichs und der Länder von vornherein mit eigenen Leuten zu besetzen und dadurch systematisch unter Kontrolle zu bringen. In der Folge bleibt zum Beispiel das Personal der Justiz praktisch identisch mit jenem aus der alten Klassengesellschaft; an diesem Hort des Gestrigen, wie es Tucholsky formuliert, wird jeder Reformversuch scheitern und «schillernd wie Öl auf dem Wasser» schwimmen – «aber Wasser und Öl vermischen sich nicht».⁷⁶

Der bekannte Theologe und Kulturphilosoph Ernst Troeltsch be- greift sehr bald, welchen Fehler die führenden Sozialdemokraten hier begehen: Sie verkennen, was Herrschaft bedeutet, auch und gerade eine demokratische; eine Republik muss gefestigt sein, geschützt und sich durchzusetzen wissen: «Dass Demokratie auch ihrerseits Herr- schaft, und zwar starke Herrschaft, sein muss, nur eben auf Volksver- trauen und nicht auf Militär und Standesprivilegien gestützt, das will oben und unten den Leuten nicht in den Sinn, ja, das erscheint ihnen in seltsamer Verblendung über das Wesen aller Herrschaft ... geradezu als undemokratisch. In Wahrheit kann aber nur Herrschaftsgrund und Herrschaftsmittel verändert sein, nicht Notwendigkeit und Wesen der Herrschaft selbst.»⁷⁷

Und unter den neuen Ministern lauert die Verwaltung, der die Volksbeauftragten so sehr vertrauen. Doch ist sie durchtränkt von ob- rigkeitsstaatlichem, demokratiefeindlichem Geist; sie selbst hat ja da- für gesorgt, dass bis 1918 fast nirgends Sozialdemokraten in den Be- hörden angestellt worden sind. Ebert und Genossen denken formalis- tisch: Ihre Fachminister, die Staatssekretäre, samt Apparat seien bloss «technische Gehilfen», gleich einer neu programmierten Maschine setzen sie jetzt die Politik um, welche die neue Regierung vor- schreibe. Diese atemberaubende Naivität und politische Blindheit wird sich bitter, sehr bitter rächen – nicht einmal in den ersten Wochen des Umsturzes, aber sehr bald in der Weimarer Republik.

Anfangs ist davon nicht viel zu bemerken. Unter dem Schock des Umsturzes wagen hohe Beamte zunächst fast nirgends, sich zu wider- setzen. Die meisten fügen sich und machen sich klein, schon aus Angst um die eigene Zukunft, und nicht wenige auch aus Pflichtbewusstsein, sie wollen in schwierigen Zeiten auf ihrem Posten bleiben, wie ein preußischer Unterstaatssekretär, der seine Mitarbeiter anweist: «In diesem Chaos hat jeder seine Pflicht zu tun, sonst macht er sich am noch grösseren Chaos schuldig. Ich jedenfalls werde auf meinem Pos- ten bleiben, solange man mich arbeiten lässt.»⁷⁸

Emil Barth bleibt allein mit seiner Forderung, «dass das Staatssek- retariat des Innern mit einem Sozialisten besetzt würde. Jedoch wieder vergebens.»⁷⁹ Als Fachminister berufen die Volksbeauftragten mit

Hugo Preuß in diesem einen Fall allerdings sogar einen überzeugten Demokraten. Die Revolution hätte mehr Männer wie den jüdischen Staatsrechtslehrer und Architekten der Weimarer Reichsverfassung gebraucht, ein Mann mit imponierend kantigem Schädel, hochintelligent und tatkräftig. Seine Berufung gehört zu den wenigen wirklich sinnvollen Personalien durch die Volksbeauftragten; sie spiegelt allerdings auch die Überzeugung der MSPD wider, dass mit den Partnern des Interfraktionellen Ausschusses von 1917, den Liberalen und dem Zentrum, auf lange Sicht im wahrsten Sinne des Wortes mehr Staat zu machen sei als mit den linken Brüdern der USPD. Und die MSPD mochte die Bürde der Verantwortung für den Waffenstillstand und die Zukunft des Landes nicht allein tragen, sondern auf eine möglichst breite Basis stellen. Dies sei, schreibt Chefredakteur Friedrich Stampfer im *Vorwärts*, eine Frage des «demokratischen Gewissens».

Das wäre eine kluge Politik, hätte sie System. Aber dieses System fehlt der neuen Regierung ganz und gar. Worauf es ihr ankommt, erklärt als ihr starker Mann Friedrich Ebert am 25. November bei der Reichskonferenz mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten: «Die Reichsmaschine ist ein etwas komplizierterer Apparat als der unserer Bundesstaaten, sei es auch der grösste. Wir mussten, nachdem wir die politische Macht in die Hände genommen hatten, dafür Sorge tragen, dass die Reichsmaschine nicht zusammenbricht.» Dafür habe es nur eine Lösung gegeben: «Das konnten wir sechs Mann allein nicht machen; dazu brauchten wir die erfahrene Mithilfe der Fachleute. Hätten wir die erfahrenen bisherigen Leiter der Reichsämtler entfernt, hätten wir diese Stellen besetzen müssen mit Leuten, denen die erforderliche Kenntnis und Erfahrung fehlt. Dann wären wir in einigen Tagen am Ende unseres Lateins gewesen.»⁸⁰

Ein nicht geringer Teil der Historiker wird Ebert und Genossen in dieser Auffassung folgen. Aber ist das 1918 wirklich so? Der Glaube der MSPD, ohne Kontinuität werde das Reich in Chaos und Desorganisation zerfallen, gehört zu den seltsamen Paradoxien dieser Revolution. Immerhin ist es sechs Volksbeauftragten, noch dazu aus tief verfeindeten Parteien, binnen weniger Tage gelungen, einen halbwegs funktionierenden Regierungsapparat auf die Beine zu stellen. Und das-

selbe soll in nachgeordneten Behörden, in Ministerien und Verwaltung, Militär und Justiz nicht möglich sein?

Die Unabhängigen sehen solche Fragen der Macht und der Gefahr für die Revolution klarer, aber auch nicht deutlich genug. Und sie sind, ein weiteres Paradox, zwar mit an der Macht, aber zu machtlos, um eine Säuberung der Verwaltung, der Justiz, des Militärs zu erzwingen. Nur einen Tag nach Eberts Rede schreibt Hugo Haase an seinen Sohn Ernst: «Die harten Waffenstillstandsbedingungen, die Notwendigkeit der überstürzten Demobilisierung, die Ernährungspolitik erheischen mehr als sonst die Aufrechterhaltung des eingearbeiteten Verwaltungsapparates.» Haase nimmt an, dass «die alten Beamten, die sich mit der Revolution abgefunden haben, ... als blosse Techniker nicht zu entbehren sind. Die Scheidemänner haben aber Bürgerliche auch in wichtigen politischen Stellungen gelassen.»⁸¹

Das ist der springende Punkt. Die Regierung muss angesichts der ungeheuren Aufgabenlast und der alliierten Ultimaten über einen funktionierenden Apparat verfügen, daran besteht kein Zweifel. Warum aber versucht sie gar nicht erst, zumindest die mittleren und unteren Führungsstellen auszutauschen? Warum besetzt sie Schlüsselpositionen nicht mit eigenen Leuten? Warum verschafft sie sich nicht nachhaltig Autorität?

Dass dies möglich und notwendig ist, beweist Otto Braun als neuer Landwirtschaftsminister in Preußen. Sein neues Wirkungsfeld hat schon vor dem Krieg als Bollwerk halbfeudaler Herrschaft gegolten, die Landräte, kleine Könige des ostelbischen Agrarlandes, sind eng mit Adel und Junkern verbunden, oft stammen sie aus deren Familien, das Ministerium gilt als verlängerter Arm der ostelbischen Grossgrundbesitzer und der Agrarverbände. Braun und sein Kominister von der USPD, Adolf Hofer, betreten also am Vormittag des 12. November das stattliche Gebäude am Leipziger Platz und nehmen ihre Untergebenen in Augenschein, der Empfang ist eisig, geprägt von «Hass, Ablehnung und misstrauischer Neugier ... bei keinem eine Spur freudiger Genugtuung, die etwas Sympathie für das neue Regime und seine Exponenten, als die wir vor ihnen standen, verraten hätte».⁸²

Anders als die meisten neuen Minister kennt Otto Braun seinen Gegner: Viele Jahre hat er in Ostpreußen gegen die reaktionäre Ober-

schicht angekämpft, ist verleumdet, angefeindet und todkrank in eine Haftzelle gesperrt worden. Als er in diese Gesichter sieht, weiss er, dass guter Wille allein hier nichts ausrichten wird.

Diese Bürokratie kennt viele kleine Folterwerkzeuge, mit denen sie die neuen Minister peinigen kann, ohne sie offen herauszufordern; das hat der unglückliche Baake ja bereits im Reichskanzlerpalais erfahren. Dasselbe erlebt nun Braun. Seine renitenten Beamten decken ihn mit unwichtigen Akten und Vorgängen zu. Wichtige Informationen werden nicht oder nur spät weitergegeben, im Schriftverkehr setzen die Beamten das Wort Minister in Anführungszeichen als stillschweigendes Signal, dass sie nicht bereit sind, diese hergelaufenen Proletarier als satisfaktionsfähig zu betrachten; in kleinen Runden erzählt man sich höhnische Anekdoten. Nicht mit mir, denkt sich Braun: «Das störrischste Pferd wird meist folgsam und treu, sobald es merkt, dass der Reiter die Zügel fest in der Hand hat. Diese Erkenntnis entspringt nicht gerade demokratischer Ideologie, ist nach meiner Erfahrung aber durch die Natur bedingte Wirklichkeit.»⁸³

Braun greift in einigen Fällen durch und lässt besonders widerpenstige Staatsdiener entfernen. Bei wichtigen Fragen lässt er die Beamten in seinem Büro vortragen, was sie zu tun gedenken; die Praxis, Vorgänge als «eilige Sache» an ihm vorbeizuschleusen, wenn er nicht im Haus ist, unterbindet er rigoros. Vor allem aber erkennt er, dass er ohne eigenen Apparat verloren ist und umgibt sich rasch mit einer loyalen und gleichgesinnten Mannschaft. In seinen Memoiren wird es manchmal klingen, als habe er manchen Mitarbeiter eigens nach dessen Fähigkeiten ausgesucht, die Furcht des Herrn in die Herzen der Beamtenschaft zu tragen. Braun selbst mit seinem kahlen Kantschädel und seiner Grösse ist schon eine Respekt gebietende Erscheinung, seinen Unterstaatssekretär Eberhardt Ramm wählt er auch deshalb aus, weil «er mir bei seiner Vorstellung nicht nur wegen seiner Grösse – er überragte mich noch um einige Zentimeter –, sondern auch, weil er so düster dreinschaute, aufgefallen war. Das ist ein Kerl, dachte ich, mit dem nicht gut Kirschen essen war.» Und er hat recht. Braun und Ramms tauschen viele Mitarbeiter, deren einzige Qualifikation devote

Ergebenheit den Agrar verbänden gegenüber ist, gegen Mitarbeiter aus, die sich von den Lobbyisten nicht alles erzählen lassen.

Braun und Hofer zeigen wenigstens, wie man sich Respekt verschafft in der Bürokratie. Sie sind damit leider eine der wenigen Ausnahmen. Das Land Preußen wirkt 1918/19 wie in jenem auf Mecklenburg gemünzten Ausspruch Bismarcks, er werde es im Falle einer Revolution aufsuchen, da hier alles mit fünfzig Jahren Verspätung geschehe. Die berüchtigten königlichen Landräte bleiben einfach im Amt, als sei nichts geschehen.

Im preußischen Innenministerium beobachtet der neue Unterstaatssekretär Gerlach verzweifelt, wie sich Paul Hirsch, Regierungschef und Innenminister der MSPD, «ins Bockshorn jagen» lässt, weil ihm die Rücksichtslosigkeit Brauns fehlt: «Die Geheimräte tanzten ihm auf der Nase herum.»⁸⁴ Erlasse bleiben wochenlang unerledigt liegen, angeblich wegen eines Fehlers in der Registratur. Gibt es republikanische Bewerber für einen Landratsposten, beharrt der Apparat erfolgreich auf Anciennität, die Beamten nehmen sich das Recht heraus, neues Personal de facto abzulehnen: «Sie sabotierten die Republik – und die Republik liess sich sabotieren!»⁸⁵

Da selbst die Naivität dieser Revolutionsregierung Grenzen hat, unternimmt sie durchaus Versuche der Kontrolle. In jedes Reichsamt entsenden die Volksbeauftragten zwei Beigeordnete, je einen von MSPD und USPD; fast alle von ihnen sind Abgeordnete des Reichstages gewesen. Dem Buchstaben nach sind die Genossen den Staatssekretären gleichrangig und zeichnen ihre Entscheidungen gegen. Das Wirken dieser Kontrolleure jedoch ist, gemessen an der Bedeutung der Aufgabe, mit unbeholfen noch mild beschrieben, was nicht am Mangel an gutem Willen liegt. Einzelne Aufpasser sind in den grossen, eingespielten Apparaten auf einsamem Posten. «Alle Pyramiden hatten neue Spitzen bekommen, aber die Pyramiden darunter waren die alten geblieben», moniert Hellmut von Gerlach.⁸⁶ Und im Inneren der Pyramiden verlaufen sich die Beigeordneten schon sehr bald. Das Amt ist unbeliebt, der personelle Wechsel häufig, in etlichen Fällen wird der Posten erst nach Wochen besetzt, wie ausgerechnet im Ministerium des Innern, oder auch gar nicht. Karl Kautsky, Beigeordneter für die USPD im Aussenministerium, flüchtet vor dieser Aufgabe schliesslich

ins Archiv der Behörde und studiert lieber Akten zur Frage der Kriegsschuld von 1914.⁸⁷

Nach einigen Wochen wagen sich die Bürokraten langsam aus der Deckung und stellen fest: Ihre Welt ist nicht untergegangen, keine grimmigen Revolutionäre mit roten Armbinden haben die Dienstzimmer okkupiert und die Stiefel auf den Aktenbock gelegt. Was dann geschieht, beklagt Max Sievers, Mitglied des Neuköllner Arbeiterrates: In den ersten Woche habe der Magistrat «auch nicht den Versuch eines Widerstandes unternommen»; dieser Widerstand «trat dann erst ein, als die Regierung immer williger behördlichen Beschwerden und Klageliedern ihr Ohr lieh und schliesslich selbst erst die versteckte, dann offene Opposition dieser Behörden heranzüchtete».⁸⁸ So bleibt die dringend gebotene Demokratisierung der Verwaltung aus, ein erstaunlicher Mangel an Selbstbewusstsein und politischem Gestaltungswillen.

Haase, Dittmann und Barth versuchen wochenlang, wenigstens den Staatssekretär für das Auswärtige von seinem Stuhl zu stossen. Hier geht es immerhin um die Führung des deutschen Aussenministeriums, wer dieses leitet, kann schwerlich bloss technischer Gehilfe sein. Wilhelm Solf ist kein Erzreaktionär und hat im Amt vergeblich für innere Reformen und gegen den unbeschränkten U-Boot-Krieg gestritten, er wird sich 1919 der linksliberalen DDP anschliessen. Ausgestattet mit einem Ego wie der Sonnenkönig, zeigt sich Solf weniger in seiner Gesinnung als in der Haltung als Mann des Apparats, der aus seiner Verachtung besonders für die USPD keinen Hehl macht. Als Kontrolleur der Revolutionsregierung wird ihm, dem Praktiker, mit Karl Kautsky ein grosser Theoretiker zugeordnet, der Vordenker des Sozialismus und Verfasser des Erfurter SPD-Programms von 1891.

Vom ersten Tag an behandelt Solf den Mann, der ihm formal gleichberechtigt ist, wie den Deppen, für den er ihn hält. Kautsky ist nun schon 68 Jahre alt, mit Nickelbrille, klugen Augen und weissem Vollbart wirkt er neben dem Machtmenschen Solf wie ein allzu gütiger und nachsichtiger Grossvater, und genauso geht man auch mit ihm um. Kautsky darf nur auf Einladung an den wichtigsten Ressortsitungen teilnehmen, er darf nur lesen, was Solf ihn lesen lässt. Ebenso kühl ignoriert Solf den Volksbeauftragten Haase, als Zuständiger für Auswärtiges sein direkter Vorgesetzter.

Am 26. November schreibt Haase verdrossen an seinen Sohn: «So haben wir bis jetzt noch nicht die Entfernung Solfs durchgesetzt, der ohne meine Kenntnis ganz im alten Stile Erlasse veröffentlicht hat.» Solf geht so eigenmächtig vor, dass er die Alliierten um die Bestätigung bittet, im Falle eines bolschewistischen Umsturzes Deutschland militärisch zu besetzen. Er macht Politik, gegen die Revolution und vor allem gegen Hugo Haase. Ihn verachtet er aus schierem Dünkel so sehr, dass er sich bei einem Treffen weigert, ihm die Hand zu geben. Erst nach diesem Eklat lassen auch die Mehrheitssozialisten Solf fallen und ersetzen ihn durch Ulrich von Brockdorff-Rantzau, den der Finanzsekretär Eugen Schiffer nach einem ersten nächtlichen Treffen im Ministerium so beschreibt: «Gross, schlank, vornehm, sorgfältig gekleidet, das Monokel im Auge, Aristokrat von Kopf bis Fuss.» Brockdorff-Rantzau ist im Krieg einer der Architekten der «Revolutionierung» Russlands gewesen, aber auch ein Widersacher des Kaisers, den er mit ungeschönten Lagebildern bis zur Weissglut reizte und der mit Sozialdemokraten unbefangenen Umgang pflegt. Nun also befragt er Schiffer, sozusagen von Bürgerlichem zu Bürgerlichem, ob man mit einem rein sozialistischen Kabinett denn arbeiten könne, und erhält die Antwort, «dass er das Amt annehmen dürfe, wenn er sich Garantien verschaffe, dass ihm in dessen Führung die Parteien nicht hineinreden dürften». So wird Ulrich von Brockdorff-Rantzau erster Aussenminister der Weimarer Republik, bis er 1919 aus Protest gegen die Versailler Friedensbedingungen wieder gehen wird, wie ein Wanderer zwischen zwei Welten – geprägt in einer monarchischen Welt, jedoch bereit, beim Übergang in die Demokratie zu helfen. Einem Bonmot aus dem Aussenamt zufolge fand die Regierung der Volksbeauftragten zunächst Solf vor «und musste ihn schlucken wie einen sauren Mosel, Graf Rantzau dagegen hat sie ausgewählt, wie man einen guten Bordeaux aus dem Keller holt»⁸⁹.

Ob der Wein nun schmeckt oder nicht: Männer wie Preuß oder Brockdorff-Rantzau sind der neuen Regierung gewiss eine Hilfe in schwerer Zeit; die Berufung einzelner Fachleute ihres Schlages ist das Problem nicht. Aber der weitgehende Verzicht auf einen gründlichen Umbau von Staat und Verwaltung hat seinen Preis, und für die Revolution ist dieser Preis zu hoch. Auf diese Weise bleiben im Gefüge des Staates grosse Inseln des Gestrigen zurück, so unberührt, als habe nie-

mals ein Sozialist oder Demokrat den Fuss auf sie gesetzt. Das Militär – das in einem eigenen Kapitel behandelt ist – wird daraus als der berechtigste «Staat im Staate» hervorgehen, mit einem Kosmos eigener Wertvorstellungen und politischer Ziele, beide unvereinbar mit Freiheit und Demokratie. Dasselbe gilt freilich für weite, jedenfalls auf Dauer zu grosse Teile der Verwaltungsbeamten, der Justiz, der Lehrer, der Professoren, des Sicherheitsapparates, der Ordnung auf dem ostelbischen Land.

Die Regierung der Volksbeauftragten züchtet die Todfeinde der jungen Republik, welche sie gerade errichtet, selbst heran; das ist gewiss nicht ihre Absicht und doch das Ergebnis ihrer Politik. Zu formal ist das Denken vor allem der Mehrheitssozialdemokraten, zu ängstlich ihre Haltung den Spartakisten gegenüber, zu gering ihr Selbstbewusstsein. Eine Revolution, auch, ja, gerade eine demokratische, bedarf einer starken Botschaft, überzeugender Symbole und Handlungen, mit denen sich die Masse ihrer Anhänger identifizieren kann. Deshalb haben die Soldaten den Offizieren die Rangabzeichen abgerissen. Die überwältigende Mehrheit selbst der Arbeiter- und Soldatenräte hält es nicht mit Karl Liebknecht, sie akzeptieren in diesen Novembertagen die Regierung aus MSPD und USPD. Es ist ihre Regierung, sie haben sie gewollt, als sie auf den Strassen, auf Versammlungen und im Zirkus Busch «Einigkeit! Einigkeit» riefen, sie vertrauen ihr und erwarten etwas von ihr, und zwar mehr als Aufrufe, die Ruhe zu bewahren.

Die viel beschworenen «Massen» warten auf solche Zeichen, aber die Zeichen kommen nicht. Ein politisches Aufräumen durch Austausch in den Führungsetagen der Reichs- und Landesbehörden wäre ein solches Zeichen, dass die Sozialdemokraten in der Frage der Macht nun ernst machten. Diese wäre für die Masse der verbleibenden Staatsdiener zweifellos einschüchternd genug, und sie hätten klare Vorgaben, nach denen sie sich richten, statt Abteilungsleiter, die Häme über die Proleten im Ministersessel verbreiten. Es wäre nicht nötig und natürlich auch nicht möglich gewesen, den gesamten Staatsapparat aufzulösen und etwa durch die Räte zu ersetzen – wohl aber, ihn mit starker Hand zu lenken und Amtsträger zu entlassen, die ganz offenkundig den monarchistischen, obrigkeitsstaatlichen Geist verkörpern.

Diese Revolution ist friedlich. Aber es fehlt ihr das Wir-Gefühl – nein, nicht der Revolution, sondern der Regierung, die sie hervorgebracht hat. Philipp Scheidemann hat dieses Gefühl am 9. November bedient, in dem historischen Moment, als er die Republik ausrief. Aber der Moment vergeht wieder. Der württembergische Ministerpräsident Wilhelm Blos notiert schon in den ersten Tagen: «Mich liess der Gedanke nicht los, dass dieser Revolution etwas fehlte, nämlich eine allgemeine, alles überbrausende, mitreissende und erhebende Begeisterung. Ich sagte mir freilich, dass durch die furchtbare Niederlage und das Elend Deutschlands die sonst wohl nicht ausbleibende Begeisterung notwendigerweise etwas gedämpft werde.»⁹⁰ Aber das ist es nicht. Die Regierung – namentlich die drei Mehrheitssozialdemokraten – kann und will ihre Anhänger nicht begeistern, weil sie sich im Herzen vor diesen Anhängern fürchtet und den Geistern, die sie rufen würde mit der Botschaft: Das ist Euer neuer Staat!

Ist das eine Tragödie? Unbedingt, aber eine selbst verschuldete. In der klassischen Tragödie führen die Menschen das Unheil herbei, das sie doch gerade vermeiden wollten, aber das Schicksal ist stärker als der menschliche Wille. In dieser Tragödie freilich fehlt von vornherein der Wille, das gewaltige demokratische Potenzial der Revolution zum Aufbau der Demokratie zu nutzen. Ebert selbst wird später gelegentlich Zweifel äussern, ob seine Regierung im November und Dezember 1918 nicht gründlicher im alten Machtapparat hätte aufräumen sollen. Sein eigenes Ende wird auf tragische Weise von den Folgen dieses Versäumnisses überschattet werden. 1924 und 1925, am Ende seiner Amtszeit als Reichspräsident der Weimarer Republik, treten die Rechten und Völkischen eine Hasskampagne beispiellosen Ausmasses gegen den «Novemberräter» los, voll widerwärtiger persönlicher Schmähungen, Lügen und Verschwörungstheorien. Die vom alten Geist noch immer durchdrungene Justiz tut zu wenig, um das Oberhaupt der Republik zu schützen. Sie gehört zu den Bastionen der Gestrigkeit, die 1918 nicht gestürmt wurden, wie Kurt Tucholsky schreiben wird: «Tatsächlich ist bei den Richtern die Auslese, die der Stand erbarmungslos vornimmt, gefährlicher und schlimmer als bei der ihnen gesinnungsverwandten Reichswehr.»⁹¹

Etliche der Beamten und Professoren, die dank Ebert auf ihren Ses-

seln geblieben sind, beteiligen sich an dem Kesseltreiben, als hätten sie niemals von der Treuepflicht und dem Eid auf die Verfassung gehört. 1925 wird ihn ein böswilliges Gericht wegen der Beteiligung an der Streikleitung der Januarausstände 1918 für schuldig sprechen, der berüchtigte Magdeburger Prozess ihn mit in seinen zu frühen Tod im selben Jahr treiben.

Rosa Luxemburg, 1918 seine schärfste Kritikerin auf der Linken, ist im November sehr unzufrieden mit dem Rat der Volksbeauftragten und seiner Politik der Kontinuität: «Das Fazit der ersten Woche der Revolution heisst: Im Staat der Hohenzollern hat sich im Wesentlichen nichts verändert, die Arbeiter- und Soldatenregierung fungiert als Stellvertreterin der imperialistischen Regierung, die bankrott geworden ist. *.. Aber die Revolutionen stehen nicht still. Ihr Lebensgesetz ist rasches Vorwärtsschreiten.»⁹²

Und bist du nicht willig: Die Gewalt des Militärs

«Schwarzes Herz auf rotem Grund»: Der erste Putschversuch, 6. Dezember 1918

Es ist der 5. Dezember und Walter Oehmes zweiter Tag in der Reichskanzlei. Er sortiert im Zimmer seines Chefs die berüchtigten Aktenstapel, als der junge Moser eintritt. Der «gehobene Portier» der Reichskanzlei wirkt ungewohnt besorgt: Draussen, sagt er, stehen einige Matrosen und «berichten die seltsamsten Dinge über einen bevorstehenden Putschversuch». Gerüchte dieser Art hat es immer wieder gegeben. Oehme geht mit hinüber in Mosers Zimmer, wo die Soldatenräte der Matrosen-Landflieger-Abteilung schon warten: «Sie machten mir einen sehr zuverlässigen Eindruck, zumal sie nur wissen wollten, wie sie sich verhalten sollten und was die Regierung von der ganzen Angelegenheit halte.» Die Männer haben, wie Oehme berichtet, von einem Umsturzplan gehört, Deckname: «schwarzes Herz auf rotem Grund». Das klingt, denkt Oehme, wie der Titel eines Edgar-Wallace-Kriminalromans, aber die Sache scheint doch ernst zu sein. Eine Gruppe revolutionsfeindlicher Soldaten plane die Verhaftung des Vollzugsrates und habe heimlich viele Berliner Truppenteile aufgefordert, am nächsten Tag vor der Reichskanzlei zu demonstrieren und Ebert zum Reichskanzler auszurufen. Auch Brecht ist zugegen und spricht mit den Marineleuten. Wie er später zugeben wird, nimmt er ihre Warnungen «nicht ganz ernst», er hält sie für einen erneuten falschen Alarm, lässt aber eine Nachricht an Ebert schicken: «Da er aber gerade in einer Kabinettsitzung war, las er sie nicht; vielleicht blieb sie im Vorzimmer liegen.»¹

Einer dieser Marineangehörigen ist Hermann Gräber. Er hat, wie er berichtet, am Morgen Besuch eines früheren Angehörigen der Marine-Landflieger bekommen, der dessen Soldatenrat für einen Putsch gewinnen will. Er brauche 200 Mann mit Karabinern und je dreissig

Schuss Munition, man werde den Vollzugsrat verhaften und Ebert zum Reichspräsidenten erheben: «Ich legte sofort energischen Protest ein und fragte, in wessen Auftrag er handele, worauf er sich in Ausflüchten erging.»

Dass es also Vorwarnungen gab, ist unstrittig. Ob Ebert aber im Bilde ist, dass er per Militärakklamation zum Präsidenten ausgerufen werden soll, oder gar Teil der Verschwörung war, das wird für immer ungeklärt bleiben. Die Putschisten werden das anschliessend behaupten. Ebert selbst weist dies anderntags in einer hitzigen Aussprache mit dem Vollzugsrat zurück: «Von den Verhandlungen der Matrosen mit Brecht und Moser war mir nichts bekannt.»² Seiner Version nach haben die beiden ein Protokoll über die Warnung angefertigt, das er aber noch nicht gelesen hat. Wegen der vielen Putschgerüchte sei dem Schreiben auch keine besondere Bedeutung beigemessen worden. Er selber habe die Matrosen wegen der laufenden Kabinettsitzung nicht empfangen können.

Gräbers Bericht deckt sich weitgehend mit Oehmes Darstellung, allerdings ist Ersterer davon ausgegangen, dass Ebert die Information auch erhalten hat. Tatsächlich sind die Marineflieger von einem Soldaten namens Echtmann aufgefordert worden, sich am 6. Dezember «an einer bewaffneten Aktion zur Verhaftung des Vollzugsrats, Beseitigung der Regierung Haase und Ausrufs Eberts zum Reichspräsidenten zu beteiligen». Stattdessen eilen die Matrosen in die Reichskanzlei, um die Regierung zu warnen: «Wir gaben da den ganzen Plan den Privatsekretären Moser und Brecht zu Protokoll, worauf Moser erwiderte, zu dem Volksbeauftragten Ebert zu gehen. Wir hatten da noch ungefähr eine Stunde zu warten, als der Bescheid kam, anscheinend von Ebert, dass eine friedliche Demonstration geplant sei, geschlossen für die Regierung Ebert-Haase einzutreten, und man legte uns nahe, dass es auch erwünscht sei, dass wir Landflieger uns daran beteiligen.»³

Daraus lässt sich nicht schliessen, dass Ebert von dem Putschplan bereits weiss, als die Matrosen ihn warnen. Am selben Tag erscheinen Hunderte Männer der «Vereinigung aktiver Unteroffiziere» vor der Reichskanzlei, freilich in freundlicher Absicht: Sie geloben, die Regierung zu unterstützen und «verfassungsmässige Verhältnisse» durch Einberufung der Nationalversammlung herzustellen. Ebert steht am

Tor zur Wilhelmstrasse, vor sich eine Menge Uniformierter mit flachen Militärkappen und einzelne interessierte Damen mit grossen Hüten, und verspricht unter Beifall, er werde für «verfassungsmässige Verhältnisse und die Einberufung einer Nationalversammlung» sorgen.⁴

Anderntags aber zieht tatsächlich ein grösserer bewaffneter Trupp vor dem Regierungssitz auf, wie Pfarrer Felden berichtet: «Dann marschierten plötzlich hundertfünfzig Mann vor der Reichskanzlei auf. Was war nun wieder das! Ein Vizefeldwebel Fischer trat vor und meldete: ‚Befehl ausgeführt. Vollzugsrat verhaftet. Bitte mir Verhaftungsbefehl zu bestätigen» Die Männer sind «Franzer», Angehörige des Infanterieregiments «Kaiser Franz», eine Abteilung von ihnen hat tatsächlich den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte festgesetzt.

Im preußischen Abgeordnetenhaus, dem Sitz des Vollzugsrats, kommt es zu Tumulten und Schreiereien, als die bewaffneten Soldaten hineinstürmen. Emil Barth, der auch Mitglied des Vollzugsrates ist und gerade das Haus verlassen will, eilt zurück, als er den Aufruhr hört: «Die Vollzugsratsmitglieder sassen alle ruhig und still um einen Tisch, und der Raum war gefüllt mit Soldaten, die einen ziemlichen Lärm vollführten.» Barth will nun, wie er in seinem Rückblick schreiben wird, im Alleingang die ganze Truppe eingeschüchtert und zum Rückzug gezwungen haben: «Ruhe da, rief ich nun, Ruhe! Und stillgestanden, wenn zu Ihnen im Dienste ein Mitglied der Regierung tritt!... Mein Name ist Barth, Volksbeauftragter. Jeder hat sich meinem Befehle zu fügen!»⁵ Barths vulkanisches Temperament und sein persönlicher Mut tun jedenfalls ihre Wirkung. Es ist jedoch ausser ihm auch Max Cohen-Reuss, Vollzugsratsmitglied und Mehrheitssozialdemokrat, im Raum und wirkt beruhigend auf die Besetzer ein: Er trägt selbst die Uniform der Fränzer. Hermann Müller, MSPD, der die versuchte Verhaftung des Vollzugsrats ebenfalls miterlebt, wird dazu schreiben, dass Fischers Soldaten selber «die Sache anscheinend überhaupt nicht geheuer» war. Cohen-Reuss «hatte sich mit seinen neuen Kameraden bald angefreundet. Die Soldaten begriffen schliesslich, dass man alte erfahrene Politiker auch während einer Revolution nicht ohne Haftbefehl verhaften und abführen kann.» Barth und Cohen-

Reuss überzeugen die Bewaffneten am Ende davon, dass die Regierung niemals angeordnet hat, den Vollzugsrat festzusetzen.⁶

Beinahe zur selben Zeit steht Friedrich Ebert vor der Reichskanzlei einer weiteren recht wirren Versammlung waffentragender Demonstranten gegenüber, grossteils Franzer, aber auch Soldaten der Volksmarinedivision, die zum Schutz der Regierung von der Küste nach Berlin gekommen ist, unter ihrem Anführer Oberleutnant Graf Wolff-Metternich; dazu, bedenklicher, junge Leute einer «Studentenwehr». Der Anführer der Franzer, ein Feldwebel namens Spiero, steigt auf ein Auto, dort hält er eine Rede gegen die «Misswirtschaft» des Vollzugsrates und fordert, noch im Dezember die Nationalversammlung zu wählen und ruft: «Damit wir endlich zu geregelten Zuständen kommen, rufe ich in dieser heiligen Stunde die junge deutsche Republik aus und zu ihrem ersten Präsidenten den Kameraden Ebert!»⁷ Minutenlang schreien die Demonstranten Hurra. Die Menge starrt Ebert erwartungsvoll an, aber der Sozialdemokrat weicht aus: «Den Ruf, der an mich ergangen ist, kann und will ich nicht annehmen, ohne vorher mit meinen Freunden in der Regierung gesprochen zu haben. Das ist eine hochwichtige Angelegenheit, deren Entscheidung allein in den Händen des Rates der Volksbeauftragten liegt!»⁸

Die Leute sind ratlos, ein Mann in Zivilkleidung klettert auf den Wagen, der als Rednertribüne dient, und ruft wütend: «Wollen Sie die Ihnen durch uns angebotene erste Präsidentschaft annehmen oder nicht? Ich fordere Sie auf, mit einem glatten Ja oder Nein zu antworten!» Ein Zeitungsreporter notiert: «Die Spannung war auf das Höchste gestiegen, in der gewaltigen Menge – inzwischen hatten sich noch zahllose Zivilisten angesammelt – herrschte lautlose Stille.» Aber Friedrich Ebert legt sich nicht fest; dann geht er, und die ungebetenen Gäste ziehen ab, unverrichteter Dinge.

Wie ungebeten sie wirklich gewesen sind, bleibt freilich eine offene Frage, welche die Revolution noch erheblich belasten wird. Offenkundig herrscht bei vielen Soldaten des Heimatheers, ob in Soldatenräten organisiert oder nicht, wachsende Sorge vor einem linken Umsturz; sie wird nicht geringer, wenn bewaffnete Spartakisten durch die Strassen fahren und Parolen rufen. Gustav Böhm, Hauptmann und Adjutant im preußischen Kriegsministerium, wird durch den Lärm des soldatischen

Aufzugs auf die Strasse gelockt; nahe des Brandenburger Tors fragt er eine Gruppe fröstelnder Matrosen, was sie denn hier machen. Die Männer halten ein grosses Plakat mit der Aufschrift «Wir sind für die Regierung Ebert-Haase!», einer antwortet, während er von einem Bein auf das andere tritt: «Wir wollen den Liebknecht fangen.» Das hört der Hauptmann gern und ermutigt sie mit warmen Worten. Aber der Matrose sagt: «Ja, Sie, det is nich so eenfach.»⁹

Der unruhige Tag in Berlin ist noch nicht vorbei. Unter Führung der Spartakisten gibt es am selben Nachmittag drei Versammlungen von «Räten der Urlauber und Deserteure», radikaleren Exsoldaten, die sich während des Umbruchs aus ihren Einheiten entfernt haben. Sie wollen anschliessend im Regierungsviertel demonstrieren, und als sie die ersten Gerüchte vom versuchten Putsch gegen den Vollzugsrat hören, wird ihre Stimmung nicht milder. Ihre Absichten aber sickern schnell durch an den Stadtkommandanten Otto Wels, der Schlimmes befürchtet, aber noch Schlimmeres auslöst. Wels lässt die Chausseestrasse zum Schutz der Regierung von Gardefüsiliern der benachbarten Mätkäferkaserne abriegeln, gibt aber die Anweisung, ausschliesslich in Notwehr von der Waffe Gebrauch zu machen.

Der Demonstrationszug der Linken stösst direkt auf die Strassen-sperre und weigert sich, zurückzuweichen; erlaubt hat den Marsch der linke Polizeipräsident Emil Eichhorn von der USPD, allerdings unter der Bedingung, dass die Teilnehmer unbewaffnet kommen. Offenbar hat der Stadtkommandant das aber nicht erfahren, wie Hermann Müller beklagt: «In diesem Fall wäre die Abriegelung durch die Kommandantur unterblieben.»

Das Weitere bleibt, wie so manches an diesem Tag, unklar. Offenbar sind entgegen der Absprache doch etliche Demonstranten bewaffnet, die *Vossische Zeitung* berichtet anderntags, aus «einer grossen Gruppe von Spartakusleuten heraus» seien «unter Hochrufen auf Liebknecht» Revolvergeschüsse auf die Gardisten abgefeuert worden. Eine Kugel habe den Kopf eines MG-Postens um Haaresbreite verfehlt, zwei Soldaten seien schwer verwundet worden. Der *Vorwärts* zitiert drei Tage später einen Soldaten namens Rothe: «Wir baten wiederholt die Menge, ruhig zu sein. Plötzlich fielen aus der Menge Schüsse. Mein rechter Kamerad stürzte verwundet zusammen, kurz darauf mein

linker. Ich trug beide zur Seite. Ich selbst hatte einen Schuss ins Bein erhalten. Erst nach dem Vorfall wurde von unserer Seite geschossen.»¹⁰

Doch wer zuerst auf wen schießt, ist später nicht mehr mit Gewissheit festzustellen; es wird der blutigste Tag, den die Revolution bis dahin gesehen hat. Die Soldaten erwidern – oder eröffnen – das Feuer und schießen offenbar kopflos in die dicht gedrängte Menschenmenge, das Maschinengewehr feuert dreissig Sekunden lang. Menschen brechen schreiend zusammen oder fliehen in Panik, suchen Schutz in Hauseingängen, Schaufenster zersplittern unter den Einschlägen, mehrere Kugeln treffen eine vorbeiratternde Strassenbahn, eine davon tötet ein junges Mädchen, die erst 17 Jahre alte Gertrud Komrowski. Der Kutscher eines Fuhrwerks wird verwundet. Mindestens 16 Menschen sterben im Kugelhagel, die meisten Spartakusanhänger, viele mehr werden verletzt. Die *Vossische Zeitung* schreibt: «Nach einigen Sekunden schon war die Strasse wie leergefegt, auf dem Pflaster des Bürgersteiges und dem Asphalt lagen die tödlich Getroffenen und die Schwerverwundeten.»¹¹ Erstmals ist ein Maschinengewehr, die tödliche Waffe der Schützengräben, im innenpolitischen Kampf eingesetzt worden.

Selbst wenn es zutrifft, dass Demonstranten das Feuer eröffnet haben, hätte die Gegenwehr jedes Mass überschritten; bis auf wenige verwundete Soldaten sind alle Opfer Demonstranten und zufällig getroffene Zivilisten. Es ist der erste Einsatz kriegsmässig gerüsteten Militärs gegen die radikale Linke; nur wenige Wochen noch, dann wird das die Regel werden, aber in diesen ersten Dezembertagen ist der Schock gross. Schon jetzt zeigt sich, dass der Einsatz von Soldaten, die für solche Aufgaben nicht ausgebildet sind, gegen Demonstranten nicht der für die Polizei vorgeschriebenen Verhältnismässigkeit der Mittel gehorcht. Die Truppe ist ein Instrument des Krieges, und nun herrscht erstmals Krieg auf der Strasse. Wer ihn begonnen hat, lässt sich nicht klären: Der *Vorwärts* schreibt am 8. November, seine anfängliche Behauptung, es seien die Spartakisten gewesen, sei vor schnell erfolgt, der linke unabhängige Polizeipräsident Emil Eichhorn will sich umgekehrt nicht festlegen, es seien die Soldaten gewesen.

Die Rote Fahne, Organ der Spartakisten, ist zu solchen Differenzierungen nicht geneigt, sie schreit anderntags nach Rache: «Das blutige

Verbrechen muss geahndet, die Verschwörung der Wels, Ebert, Scheidemann muss mit eiserner Faust niedergemacht, die Revolution gerettet werden!» Drohungen gehen um, man werde Ebert und Wels an der nächsten Laterne aufknüpfen. Doch ein unverdächtiger Zeuge wie Wilhelm Dittmann von der USPD ist sicher: Wels sei weit davon entfernt gewesen, ein kaltblütiger Mörder im Dienst der Gegenrevolution zu sein, wie Liebknecht behauptet. Dittmann erlebt den Stadtkommandanten als Nervenbündel, als er am späten Abend dieses schrecklichen Tages den Volksbeauftragten in der Reichskanzlei Bericht erstattet: «Er war völlig erschöpft und erschüttert und zitterte am ganzen Körper, sein Gesicht war von fortgesetztem Nervenzucken verzerrt, die Augen flackerten unstat umher. Die 16 Toten lasteten schwer auf seinem Gemüt, er stöhnte, jetzt werde man ihn den ‚Bluthund‘ schimpfen, und er habe doch gar keinen Befehl zum Schiessen gegeben.» Als er gegangen ist, sagt Ebert nachdenklich, Otto Wels sei «völlig fertig» und brauche eigentlich Zeit, um seine Nerven wieder zu beruhigen.¹²

Dazu wird er keine Gelegenheit bekommen. Die Spartakusgruppe lässt durchblicken, auch sie verfüge über Maschinengewehre, was die Angst und die Paranoia in der Stadt weiter steigert; Waffen sind leicht verfügbar in den Revolutionstagen. Sie kündigt für die nächsten Tage Massendemonstrationen für den Sturz der Regierung an und hält ihr Versprechen. Die MSPD-Führung zahlt es der *Roten Fahne* mit gleicher Münze heim und benennt die Spartakisten als Schuldige an der Eskalation in der Chausseestrasse; der Journalist Theodor Wolff nennt das Verhalten der Linksradikalen schlicht «Terrorismus», als sie in den folgenden Tagen versuchen, den Stadtkommandanten Wels zu ergreifen und Liebknecht mit vielen Anhängern drohend vor der von bewaffneten Matrosen geschützten Reichskanzlei auftaucht. Dort lässt sich indes nur ein einziger Volksbeauftragter sehen – Emil Barth. Er sieht vom Fenster hinunter in die Menge, ausgerechnet er, der Linksaussen der sozialistischen Regierung, wird aus der Menge aufs Wüsteste beschimpft, er muss als Sündenbock herhalten: «Schweinhund!» – «Strolch!» – «Lump!» – «Holt den Kerl herunter!» – «Haut ihn!» Niemals zuvor und niemals danach berichtet der *Vorwärts* so wohlwollend über den Genossen Barth, «der kaltblütig aus dem Fenster sah und eine Zigarette rauchte»¹³.

Ohne das Blutbad vor der Maikäferkaserne wäre der erste Putschversuch gegen die Revolution eher als operettenhafte Inszenierung in Erinnerung geblieben. Im *Vorwärts* titelt Chefredakteur Stampfer: «Eine Köpenickiade im Abgeordnetenhaus.» Trauer und Tragik hätten an diesem 6. Dezember 1918 nahe beieinandergelegen, wird Hermann Müller später schreiben. Aber mehr ist geschehen. Die Revolution hat ihre Unschuld verloren.

Wie hat es so weit kommen können? Warum setzt eine Regierung, die ihre Macht doch den aufständischen Matrosen und Soldaten verdankt, eine Gardeeinheit des Militärs ein? Warum verfügt sie nicht über eine eigene, loyale Truppe?

Soldaten haben diese Revolution begonnen, Soldaten der Marine und des Heimatheeres zuerst. Soldaten wollten nicht mehr das Kanonenfutter eines verlorenen Krieges sein, Soldaten haben die Offiziere entwaffnet und ihnen die Rangabzeichen abgerissen, Soldaten haben Räte gebildet und die Regierung der Volksbeauftragten durchgesetzt. Und diese Soldaten verfügen im November 1918 über ein gewaltiges Waffenarsenal; schwer bestückte Schlachtschiffe sind unter ihrer Kontrolle, die Waffenkammern ihrer Kasernen. Die Frage, ob die Revolutionsregierung über eine bewaffnete Macht verfüge, scheint sich anfangs von selbst zu beantworten. Diese Macht ist Millionen Männer stark – theoretisch.

Am 9. November ist die alte Ordnung weggekippt wie ein Kartenhaus. Fast nirgends haben ihre Anhänger oder Teile noch kaisertreuen Militärs bewaffneten Widerstand gewagt, die Zahl der Toten auf beiden Seiten ist sehr gering. Diese Revolution ist nicht wie 1848 mit bewaffneter Gewalt begonnen worden, weil Gewalt kaum nötig war. Für kurze Zeit scheint es, als sei die Frage zweitrangig, ob sich die Revolution auf genug Gewehre stützen könne: Es ist ja offenbar niemand da, kein Feind, keine konterrevolutionäre Macht, auf die man diese Gewehre richten müsste.

Praktisch ist die Machtverteilung nicht ganz so einfach, jedenfalls nicht auf Dauer. Stärkste Kraft ist noch immer das Frontheer, und dieses untersteht weiterhin der Obersten Heeresleitung unter Hindenburg und Groener. Seit der Absprache mit Groener vom 10. November gilt dort wieder die Befehlsgewalt der Offiziere; so organisiert die alte Führung der Streitkräfte, unter gewaltigem Druck der Alliierten, den eiligen Abzug aus Elsass-Lothringen und den im Krieg besetzten Ge-

bieten Frankreichs und Belgiens sowie vom linken Rheinufer. Mit jedem Soldaten, der über die Kölner Rheinbrücke herüberkommt, müsste sich diese Aufgabe ein Stück weit mehr erledigt haben – und damit auch die Existenz der OHL selbst. Aber das Gegenteil geschieht.

Hindenburg spricht in einem Brief vom März 1919 an seinen noch reaktionäreren Schwiegersohn, der ihn für die Zusammenarbeit mit der Republik kritisiert hat: «Deine Art Gutgesinnter muss schon verzeihen, dass ich weiter so töricht oder schlecht bin, das Schiff ‚Vaterland‘ erst zu verlassen, wenn ich der Überzeugung bin, dass es nicht mehr zum Wrack zerschlagen werden ... kann.»¹⁴ Das Problem dabei ist weniger, dass die Heeresleitung glaubt, die grosse Retterin des Vaterlandes zu sein. Das Problem liegt darin, dass ihr der Rat der Volksbeauftragten erlaubt, diese Rolle zu spielen, statt die OHL so früh wie möglich abzusetzen, sobald deren Arbeit getan ist. Mit jedem Tag, den sie im Amt bleibt, gerät die Absprache zwischen Ebert und Groener vom 10. November wirklich zu jenem «Bündnis», als das sie der General später bezeichnen wird.

Am 14. November schlägt die Oberste Heeresleitung ihr neues Hauptquartier in Schloss Wilhelmshöhe in Kassel auf, wo der sozialdemokratische Oberbürgermeister ihr einen überaus devoten Empfang bereitet. Besonders Paul von Hindenburg könne versichert sein, dass ihm in der Stadt «nur Gefühle der Verehrung und Hochachtung» entgegengebracht würden und er «vor jeder Belästigung sicher» sei. Zu diesem Zwecke legen die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats der Stadt auch die roten Armbinden ab, um dem empfindsamen Auge des Feldherrn den Anblick eines solchen Umsturzsymbols zu ersparen. Es gibt, sinnbildlich, Blumen für den Tyrannen von gestern.

Gemessen an allem, was die alte SPD auf ihre Fahnen geschrieben hat, sind solche Szenen bizarr. Für Sozialdemokraten, so wird Wilhelm Dittmann später schreiben, sei es doch eine Selbstverständlichkeit, dass «das im Kriege zusammengebrochene Heer und dessen Kopf, das alte Offizierskorps, restlos aufgelöst und an seiner Stelle ein demokratisches Heer geschaffen werden» müsse, eine Volkswehr nach Schweizer Vorbild, wie es das Erfurter Programm der SPD von 1891 gefordert hat. Denn, so Dittmann: «Das auf blinden Kadaverge-

horsam aufgebaute Heer war vor dem Kriege die stärkste Stütze der Junker- und Kapitalistenherrschaft im kaiserlichen Deutschland gewesen.»¹⁵ Im Kabinett der Volksbeauftragten fordert einzig Emil Barth, wer sonst, einen Prozess gegen Paul von Hindenburg, und Gründe gäbe es wahrlich genug; die beiden sozialistischen Parteien haben ihn und Ludendorff im Reichstag Jahr um Jahr angeprangert – wegen der Sabotierung der Friedensbemühungen von 1917, der immer weiteren Eskalation des Krieges, der faktischen Militärdiktatur, der Unterdrückung nach innen, der Täuschung der Öffentlichkeit über die militärische Lage. Aber die anderen fünf Männer sehen Barth an, als habe der Irrsinn den wilden Genossen nun endgültig übermannt. Haase und Dittmann unternehmen jedenfalls wenig, offenkundig unterschätzen auch sie die politische Bedeutung, welche die Erhaltung des alten Offizierskorps und seiner Führung haben muss. Sie sind jedenfalls alle drei informiert über die regelmässigen Telefongespräche, welche Ebert mit Groener führt: «Abends um 11 pflegte er sich mit dem Grossen Hauptquartier telefonisch zu verständigen über die Dinge, die sich am Tage vorher ereignet hatten und am nächsten Tag vielleicht brennend wurden.»¹⁶

Noch keine Woche nach der Absprache mit Ebert erlässt die Oberste Heeresleitung voller Selbstbewusstsein Richtlinien, aus denen sich der Anspruch deutlich herauslesen lässt, mindestens gleichberechtigter Partner der Regierung zu sein: «Die OHL hat sich rückhaltlos der gegenwärtigen Regierung unter Eberts Führung zur Verfügung gestellt. Die Macht dieser Regierung ist noch nicht unbedingt konsolidiert... Die neue Regierung braucht einen Machtfaktor, auf den sie sich stützen kann, der ihr gegen alle Treibereien das nötige Prestige verleiht. Nur ein geschlossen zurückmarschierendes Feldheer kann der gegenwärtigen Regierung die Macht und das Ansehen geben, um vor Putschen und Terroristen sicher zu sein.»¹⁷

Der Versuchung, die in dieser Haltung steckt, erliegt Ebert sehr bald. Hindenburg und Groener kommen ja nicht, wie es eine Woche zuvor noch Wilhelm II. vorgeschwebt hat, an der Spitze einer rächenden Heerschar zurück ins Reich, um die Revolution mit dem Bajonett zu erledigen. Diesen Herrscher und die Monarchie selbst haben sie abgeschrieben, mehr als ein paar nostalgische Trinksprüche werden die

Generäle nicht mehr für die Hohenzollern aufbringen. Sie planen nicht den Bürgerkrieg gegen die neue Regierung, weil sie wissen, dass die Soldaten sich dem im Zweifel verweigern würden, etwas anderes anzunehmen sei, so Hindenburg, «eine gefährliche Selbsttäuschung»; selbst im Feldheer bestehen nun Soldatenräte, die dagegen Widerstand leisten würden. Sondern die OHL reicht der Regierung, wie sie es darstellt, gar die Hand. Das heisst, lediglich dem aus ihrer Sicht kleinsten Übel dieser Revolution, Groeners Partner Ebert.

Und Friedrich Ebert schlägt in diese Hand ein und macht die OHL somit zum Partner der Revolutionsregierung. Schon bald schickt Hindenburg per Brief politische Forderungen an Ebert, «weil mir berichtet wird, dass auch Sie als treuer deutscher Mann Ihr Vaterland über alles lieben», will sagen, dass er, Hindenburg, offenbar noch nicht endgültig zu glauben vermag, dass ein Sozialdemokrat sein Land zu lieben vermag: «In diesem Sinne habe ich mich mit Ihnen verbündet zur Rettung unseres Volkes vor dem drohenden Zusammenbruch.»¹⁸

Keine andere Entscheidung, oder besser Fehlentscheidung, wird für die Revolution und die erste deutsche Republik verheerendere Folgen haben als die dauerhafte Zusammenarbeit. «Hätte sich das politische Gewicht, das der OHL bald wieder zuwachsen sollte, nicht verhindern oder doch vermindern lassen, wenn sie von vornherein zum blossen Abwicklungsinstrument gemacht worden wäre – kontrolliert durch das preußische Kriegsministerium, das seinerseits der politischen Kontrolle der Revolutionsregierung unterstand» (Heinrich August Winkler)?¹⁹ Diese Frage zu stellen heisst, sie im Grunde mit Ja zu beantworten. Dieser Regierung fehlt der klare Wille, ihren alten Feind, das Militär, in dem Moment zu entmachten, in dem sie ihn nicht mehr braucht.

Es fehlt, weder Ende 1918 noch bis heute, nicht an Stimmen, die darin nichts anderes erkennen als Verrat, Niedertracht oder gar ein frühfaschistoides Bündnis. Und es fehlt, ebenfalls bis heute, nicht an der Gegenmeinung, Ebert habe gar keine andere Wahl gehabt, um seiner labilen Regierung die nötige Rückenstärkung zu verschaffen. Sein Biograf Walter Mühlhausen wird dies so sehen und die Auffassung vertreten: «Ebert war kein Mann, der allen Forderungen der Militärs willfährig nachgekommen wäre.»²⁰ Im – seltenen – Einzelfall lässt der

Rat der Volksbeauftragten auf Wunsch der Soldatenräte sogar besonders renitente Kommandeure ablösen, die sich offen gegen die neue Ordnung stellen, so muss der preußische Infanteriegeneral Magnus von Eberhardt gehen, weil er beim Einzug in die Rheinprovinz die Soldatenräte seiner Befehlsgewalt unterstellen und die roten Armbinden verbieten wollte. Aber das ist nicht der entscheidende Punkt. Eberts Fehler liegt nicht darin, eine Marionette des Militärs zu sein, das ist er nicht. Aber er schätzt dieses Militär vollkommen falsch ein, selbst nach dem Verlust zweier Söhne an der Front. Jetzt rächt sich, dass er sich eher als Abwicklungsorgan denn als Führer der Revolution versteht, dass er grundsätzliche Fragen wie die Wehrordnung der Nationalversammlung überlassen will, der viel beschworenen «Konstituante», als ob diese die Lösung aller Probleme sei. Letztlich traut Ebert, dem ein persönliches Vertrauensverhältnis und eine gute Arbeitsebene viel bedeuten, dem kooperativen und respektvollen Groener mehr als dem alten Kontrahenten Haase, mit dem er jetzt die Regierung leitet. Umgekehrt fürchtet Ebert die eigene, wenn auch schwer berechenbare Hausmacht, die Soldatenräte, im Herzen mehr als die alten Militärs und verzichtet deshalb darauf, die Macht, welche diese Räte für einige Wochen verkörpern, nach sozialdemokratischen Vorstellungen zu formen und für die entstehende Demokratie zu nutzen. Er verzichtet deshalb auch darauf, diese für die gemeinsame Sache zu mobilisieren, indem er das Feindbild des kaiserlichen Militarismus in Gestalt der Heeresleitung offiziell absetzt und diese zur Rechenschaft zieht, nicht weniger haben viele revolutionäre Soldaten erhofft und erwartet.

Den Balken im Auge sieht er nicht. Die Männer des Militärs, die seine Feinde waren, sind jetzt nicht seine Freunde. Groener selbst bringt ihr Interesse, mit Ebert zusammenzuarbeiten, am 17. November in einem Brief an seine Ehefrau auf den Punkt: «Der Feldmarschall und ich wollen Ebert, den ich als geraden, ehrlichen und anständigen Charakter persönlich schätze, stützen, solange es irgend geht, damit der Karren nicht noch weiter nach links rutscht.»²¹ Die OHL verfolgt alarmiert den wachsenden Widerstand, der sich in den Soldatenräten gegen sie abzeichnet. Und was mit «dem Karren» dereinst geschehen soll, das wollen die Offiziere erst einmal abwarten.

Die chaotischen und blutigen Ereignisse des 6. Dezember 1918 markieren aber den Beginn eines unwiderruflichen Vertrauensverlustes vieler Arbeiter und Soldaten in Ebert und seine Regierung: nicht nur wegen der Toten auf der Chausseestrasse, sondern auch wegen seiner uneindeutigen Haltung gegenüber den Möchtegernputschisten in Uniform. Hier setzt eine verhängnisvolle Spirale der Radikalisierung ein: Je grösser die Kluft nach links und je massiver der Protest von Spartakisten und linken Unabhängigen wird, desto mehr neigen die regierenden Mehrheitssozialisten zu der Ansicht, der Bolschewismus drohe und das Militär werde im Notfall doch noch gebraucht. Aber es ist gerade diese Nähe zu des Kaisers Generälen, welche die Kluft so tief werden lässt.

Die Spannung zwischen MSPD und den Spartakisten hat sich am 6. Dezember erstmals gewaltsam entladen, die Gegnerschaft aus den Kriegsjahren steigert sich zu bitterem Hass, mehr und mehr stehen die Unabhängigen zwischen den Fronten eines eskalierenden Konflikts. Im *Vorwärts* sind Liebknecht und seine Mitstreiter der Gottseibeien, vergeblich mahnen Haase und Dittmann im Kabinett vor einer obsessiven «Spartakushetze»: «Diese Hetze und die durch sie erzeugte blöde Bolschewistenfurcht haben den Verlauf der Revolution auf das verhängnisvollste beeinflusst.» Umgekehrt schlägt *Die Rote Fahne* in ihren Verlautbarungen nun Töne an, die von Mordaufrufen kaum noch unterscheidbar sind. Bei einer gegen die Spartakisten gerichteten Massendemonstration von MSPD-Anhängern im Berliner Lustgarten redet Scheidemann darüber, dass ihn vor wenigen Jahren noch die Rechtsnationalisten «auf den Sandhaufen», sprich an die Wand stellen wollten, heute aber möchten ihn die Linksradikalen am liebsten «am Laternenpfahl baumeln sehen».²² Hört man die Parolen auf den Strassen des Regierungsviertels, welche die Spartakusanhänger zur selben Zeit rufen, trifft das durchaus zu.

Es macht die Sache nicht besser, dass bald Details über die Hintergründe des Putschversuchs ans Licht kommen, der «Handwurstiade», wie Scheidemann sie vor den MSPD-Anhängern im Lustgarten nennt und für die er die Spartakisten verantwortlich macht.²³ Hinter der dilettantischen Aktion stehen, wie sich schnell herausstellt, einige Beamte aus der mittleren Ebene des Aussenministeriums: ein Graf

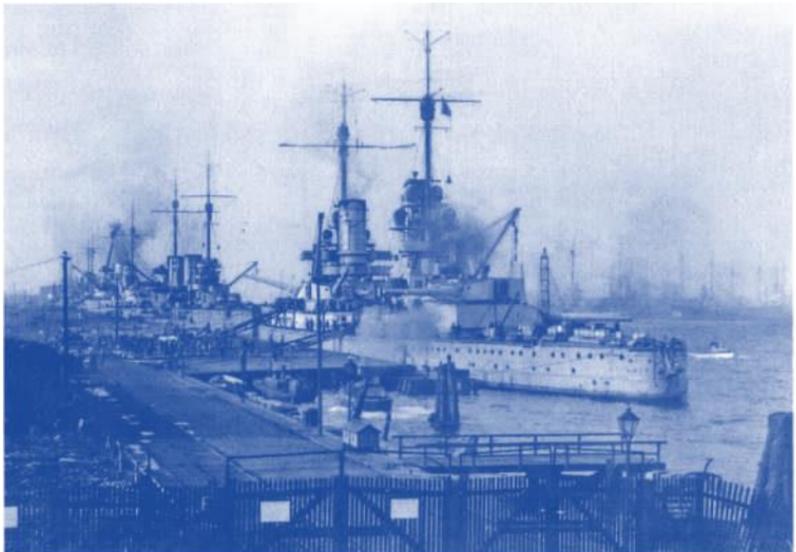


Zurück aus dem Grauen: Heimkehrende Frontsoldaten auf einem Weihnachtsmarkt 1918.



Ordnung muss sein, auch in einer deutschen Revolution: Plakat aus Kiel, Anfang November 1918.

«Lieb Vaterland, magst ruhig sein, die Flotte schläft im Hafen ein»: Schlachtschiffe der kaiserlichen Marine in Wilhelmshaven, 1918.



Der Gegenspieler:
Wilhelm Groener, Erster
Generalquartiermeister
der Obersten Heereslei-
tung, bietet dem Volksbe-
auftragten Friedrich Ebert
ein «Bündnis» gegen die
Revolution an (Aufnahme
von 1917, mit Groeners
Frau Helene).



Der Aufstand: Kieler Matrosen bringen Kriegsschiffe
in ihre Gewalt, Anfang November 1918.

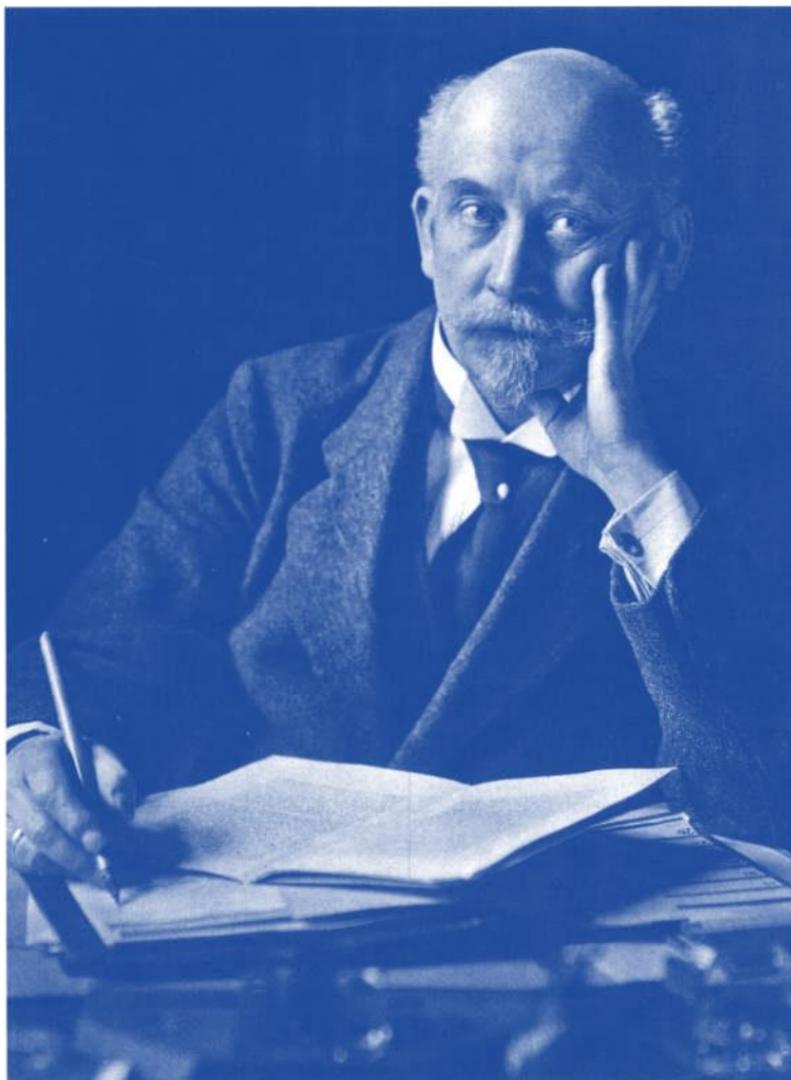




Nieder mit dem Krieg! Demonstrierende Arbeiter und Soldaten in Berlin, 9. November 1918.



Der mächtigste Mann der deutschen Sozialdemokratie: Friedrich Ebert (links) vor 1916 mit Angehörigen.



Rief am 9. November 1918 gegen Eberts Willen die deutsche Republik aus:
Philipp Scheidemann, MSPD.

«Einer der ehrlichsten Menschen,
die ich je kennengelernt habe»:
Hugo Haase, Vorsitzender der
USPD.



Revolution! Demonstrierende Massen am Brandenburger Tor, 9. November 1918.





«Kameraden! Nicht schießen!»: Revolutionäre Soldaten in Berlin.

«Fort mit Ebert/Scheidemann»: Spartakus-Aufzug im Berliner Regierungsviertel.



«Kein Bruderkampf!»: Der Rat der Volksbeauftragten (v.u.l.: Wilhelm Dittmann (USPD), Otto Landsberg (MSPD), die zwei Vorsitzenden Hugo Haase (USPD) und Friedrich Ebert (MSPD), Emil Barth (USPD) und Philipp Scheidemann (MSPD).



Die falschen Freunde: Friedrich Ebert (links) mit Generälen beim Einzug der Fronttruppen in Berlin, 10. Dezember 1918.

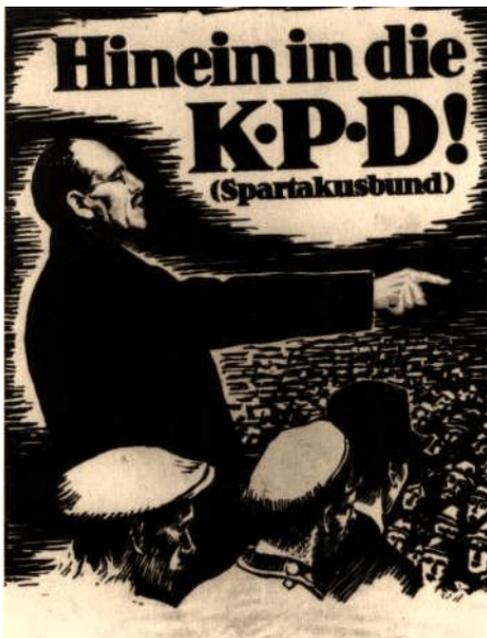




«Die zuverlässigste Truppe der Revolution»: Matrosen der Volksmarinedivision auf Patrouille in Berlin.

Das Gefühl, verraten zu sein: Die Volksmarinedivision hält das Berliner Stadtschloss gegen Regierungstruppen, Weihnachten 1918.





«Aber Karl, Sie haben doch gar keinen Revolver»:
Karl Liebknecht (auf einem
KPD-Plakat, Ende Dezember
1918).

Die Belagerer: Regierungssoldaten vor dem Stadtschloss, Weihnachten 1918.



«Nicht jegliche Demokratie abschaffen»: Rosa Luxemburg mahnt die KPD vergeblich zur Mäßigung.



Lizenz zum Töten: Freikorpsoldaten während der Märzunruhen in Berlin, 1919.





«Einer muss der Bluthund sein»: Gustav Noske (l.v.r.), links von ihm Friedrich Ebert.

«Im Rausch der Illusion»: Bewaffnete Linksradikele in Berlin.





Vermittlungsversuche: Parlamentärin in Berlin während der Märzkämpfe 1919.

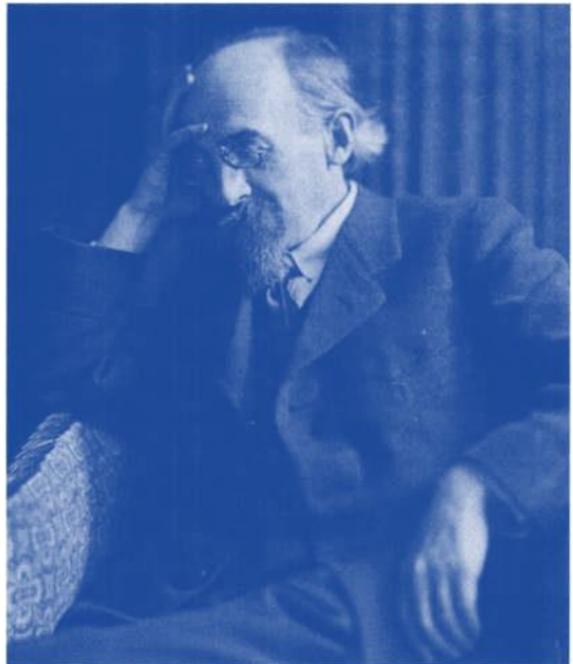
«... ist sofort zu erschiessen»: Opfer des «weissen Terrors» durch Regierungssoldaten.





«Jeder Tag kann das
Paradies brin-
gen, jede Nacht die
Sintflut»:
Ernst Toller, Münch-
ner Dichter und
Räterevolutionär.

Der gute Geist der
Münchener Revolu-
tion: Kurt Eisner.



«Kasernen wurden besetzt, Häftlinge befreit»: die Frankfurter Revolutionärin Toni Sender.



Für Freiheit und Frauenrechte: Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg.





«Mich graust bei dem, was ich gesehen habe»: Freikorps *Werdenfels* in München, Mai 1919.

In Trauer um das Verlorene: Wandzettel in München nach der Ermordung Kurt Eisners.



Matuschka, ein Freiherr von Rheinbaben und ein paar Mitverschworene, unterstützt noch von einer bewaffneten, politisch höchst dubiosen Studentengruppe; wenig bedeutende Figuren einer wie der andere. Aber das lässt sich gewiss nicht von einem anderen Mitspieler sagen, der eine ungleich wichtigere Rolle in den Vorgängen spielt: der Obersten Heeresleitung.

Nach der Vereinbarung zwischen Groener und Ebert vom 10. November hat die OHL einen Verbindungsoffizier in die Reichskanzlei entsandt, was an sich eine vernünftige Idee ist. Dieser Mann, Oberst Hans von Haefthen, erscheint Emil Barth rasch als eine Art hochverdächtigter schwarzer Eminenz, und wie so manches Mal hilft ihm sein radikaler Geist, die Gegenrevolution dort zu erspüren, wo sie wirklich ist. Bisweilen ist es auch umgekehrt, aber nicht in diesem Fall. Haefthen hat schon Mitte November über den Ministerialdirektor Walter Simons aus der Reichskanzlei den Vorschlag an Ebert herantragen lassen, 15 «gut disziplinierte Divisionen» nach Berlin marschieren, die Arbeiter- und Soldatenräte auflösen und Ebert zum Reichspräsidenten «mit diktatorischer Gewalt» ausrufen zu lassen. Unabhängig von der Frage, ob die OHL diese 15 gefügigen Divisionen überhaupt noch aufzubieten vermag, würde dieses Umsturzvorhaben nichts anderes bedeuten als einen deutschen Bürgerkrieg.

Haefthen entwirft einen Plan: Nach der Entwaffnung der Revolutionäre, der Auflösung der Soldatenräte und der Proklamation Eberts zum Reichspräsidenten soll der inzwischen ja aufgelöste Reichstag wieder zusammentreten und eine vorläufige Reichsverfassung schaffen, welche von einer Nationalversammlung später in endgültige Form zu gießen sei. Eine Rückkehr des Monarchen ist in dem Plan nicht vorgesehen. Ziel ist es eindeutig, den Umsturz der alten Ordnung auf das unvermeidliche Minimum zu begrenzen, statt einer sozialistischen Einheitsregierung den alten Reichstag wieder bestimmen zu lassen, in dem MSPD und USPD in der Minderheit sind.

Ebert reagiert in einer Weise, welche den Verschwörern durchaus als «nicht ablehnend» erscheint, so Simons, als er und Haefthen den Sozialdemokraten am 18. November in der Reichskanzlei einweihen. Er stimmt allerdings auch nicht zu. Wie Haefthen später behaupten wird, hielt «Ebert sich die Ohren zu und sagte weder ja noch nein. ... Anscheinend ein Zei-

chen, dass er zwar, wenn die Sache gelänge, mitzumachen, aber nicht bereit sei, die Initiative zu ergreifen.»²⁴ Und so setzt sich die konspirative Planung fort, Haefthen beauftragt einen Verbindungsmann, Oberst Wilhelm Heye, mit der laufenden Absprache zwischen ihm und der OHL. Zu ihrem Verdruss erklärt sich Ebert weiterhin nicht.

Spätestens hier, allerspätestens, wäre die Zeit für eine klare Demonstration von Regierungsmacht gegenüber der OHL gekommen. Was Haefthen dem MSPD-Vorsitzenden hier anträgt, würde diesen zum nützlichen Narren machen, den Launen und der Gnade der Militärführung unterworfen. Und es handelt sich ohne Zweifel um einen Putschversuch der Gegenrevolution, die es, wie die MSPD-Führer laufend versichern, doch nur in der verkommenen Fantasie der Spartakisten gebe. Aber das stimmt nicht. Die Gegenrevolution hat erstmals ihr Haupt erhoben – und kommt ohne jede Sanktion davon. Ebert könnte von Haefthen mühelos und mit sehr gutem Grund festnehmen und anklagen lassen, die Zustimmung der Massen, der Arbeiter, der Soldaten, wäre ihm sicher. Aber er unterlässt es. Die guten Beziehungen zur Obersten Heeresleitung sind ihm wichtiger, und das Unheil nimmt seinen Lauf.

Am 6. Dezember ist Haefthens Hand wieder mit im Spiel. Doch ist dieses in jenem Moment aus, als Ebert die Reichspräsidentschaft ebenso ablehnt wie die Festsetzung des Vollzugsrates. Beides ist dann nicht das Werk der OHL, der wirre Putschversuch Berliner soldatischer Verbände kommt ihr zuvor. Diese Militärverbände und -Organisationen in der Hauptstadt sind inzwischen so unübersichtlich, dass verschiedenste Gruppen ihre eigenen Ziele verfolgen. Sehr vereinfacht gesagt, steht das Gros der Gross-Berliner Soldatenräte scharf gegen die radikale Linke und den Vollzugsrat, den sie als deren politische Zentrale ansehen; sie unterstützen aber noch die Einheitsregierung der Volksbeauftragten, einschliesslich der USPD. Die OHL, die Verschwörergruppe im Auswärtigen Amt und einzelne Truppenteile wie jene, die am 6. Dezember Ebert zum Reichspräsidenten ausrufen wollen, gehen wesentlich weiter, sie wollen alle Kräfte links von ihm entmachten und damit der Revolution faktisch ein Ende machen. Wie realitätsfern die Feindbilder mancher Offiziere sind, belegt die Behauptung eines hohen Nachrichtenoffiziers der OHL am 6. Dezember, dass die Liebknecht-Gruppe 100'000 Mann stark und gut bewaffnet sei.²⁵

Es wirkt sich nun aus, dass die MSPD bei jeder Gelegenheit den Vollzugsrat als inkompetenten und linken Störer der Regierungsgeschäfte angeprangert hat, statt Formen des Ausgleichs mit ihm zu suchen; so entsteht bis in die Soldatenräte hinein der Eindruck, das in Wahrheit zwar laute, aber eher machtlose Gremium sei ein Hort bolschewistischer Umtriebe.

Aber die Gefahr in diesen Tagen droht nicht von links, sondern von rechts. Wie der Historiker Ulrich Kluge zutreffend schreiben wird, «deutet alles daraufhin, dass es keine Verschwörerzentrale gegeben hatte, sondern nur eine lose Gruppierung Gleichgesinnter, in der jede Gruppe für sich auf *ein* Ziel hinarbeitete: die Ausschaltung des Vollzugsrats. Es stellte ein Minimalprogramm der Akteure dar, eine nur schmale Basis der Interessengleichheit.»²⁶ Sie alle sind jedoch bereit, den Krieg in die Strassen der Stadt zu tragen.

«Die stehen mit den anderen»: Eine Regierung fürchtet ihre Verteidiger

Im Berlin der ersten Revolutionszeit gibt es zwar viele Bewaffnete, doch räumt die Regierung der Volksbeauftragten der Notwendigkeit, sich aus ihnen eine zuverlässige Truppe zu schaffen, anfangs nur geringe Priorität ein. Der erste Vorstoss, eine eigene «rote Garde» zu schaffen, kommt aus den Reihen der Revolutionären Obleute. Ernst Däumig, den kurz vor dem geplanten Aufstand der Obleute Anfang November noch die Kriminalpolizei festgesetzt hat, fordert im Vollzugsrat schon am 11. November eine Truppe sozialistisch bewaffneter Arbeiter aufzustellen. Schon anderntags erlässt der Vollzugsrat einen Aufruf an die «Arbeiter und Parteigenossen in Gross-Berlin»: «Die Revolution bedarf der Sicherung! Euer Mut hat die alte Zwingburg zerstört. ... 2'000 sozialistisch geschulte und politisch organisierte Genossen und Arbeiter haben den Schutz der Revolution zu übernehmen. Stellt Euch zur Verfügung!» Freiwillige sollten anderntags im Gewerkschaftshaus vorstellig werden.²⁷

Doch daraus wird nichts. Die Soldatenräte Berlins lehnen die rote Garde ab. Die *Vossische Zeitung berichtet*: «Im Hof der Alexander-

Kaserne, die sich wie eine Trutzburg gegenüber dem Schlosse erhebt, versammelten sich gestern viele Hunderte von Soldaten, die gewählten Vertreter sämtlicher Truppenteile und Lazarette von Gross-Berlin, hinter denen der einmütige Wille von Zehntausenden, man kann wohl sagen der gesamten bewaffneten Macht der Reichshauptstadt steht.» Der Vollzugsrat, und erst recht seine linken Vertreter wie Däumig, ist den Soldatenräten suspekt. Sie wollen weder eine bewaffnete Konkurrenz dulden noch, wie viele befürchten, eine linksradikale Privatarmee nach bolschewistischem Vorbild: «Gegen die Bildung einer Zivilgarde regte sich sogar leidenschaftlicher Protest, weil das Misstrauen nicht zu beseitigen war, es handle sich um Ansätze zur Bildung einer bewaffneten Polizeiherrschaft und die Gefährdung der demokratischen Freiheit.»

Auf dem Hof der Alexanderkaserne kommt es zu wilden Debatten. Ein Redner spricht davon, man müsse Plünderern schnell das Handwerk legen; andere rufen dazwischen: «Liebknecht vor allem!» Oskar Rusch vom Vollzugsrat, ein Mann vom linken Flügel der USPD, versucht zu erklären, die rote Garde sei nötig für den Schutz des Vollzugsrats. Er kommt kaum noch zu Wort, Rufe aus der Menge: «Sie sollen Soldaten rufen, wenn Sie Schutz brauchen!» «Schluss! Erledigt!» – «Sofort zurücknehmen!»

Das ist eine frühe und klare Kampfansage an den Vollzugsrat. Dass auch dessen MSPD-Mitglieder für die Garde gestimmt haben und selbst Däumig sie aus beiden sozialdemokratischen Lagern bestücken will, interessiert die Soldaten nicht. Doch bei den Obleuten, jedenfalls den radikaleren unter ihnen, gärt es. Sie haben ihre Stunde der Erhebung verpasst, die sie so lange und mühsam vorbereitet hatten; sie wollen die «Einigkeit» nicht, welche die Soldaten verlangen. Das Milieu, in dem sie sich bewegen und wo sie ihre Anhängerschaft wissen, ist die Industriearbeiterschaft der Grossstädte, nicht das Militär. Sie wollen die Revolution vorantreiben; sie verlangen ein Räte-system, keine parlamentarische Demokratie. Ihr Verhalten im Vollzugsrat zeugt von mehr radikalem Elan als von politischem Verstand. Der linke Flügel der USPD und die Obleute lassen keine Gelegenheit aus, die Soldatenräte als potenzielle Feinde der Revolution zu schmähen – was bei den Männern, welche diese Revolution doch hauptsächlich getragen

haben, erwartungsgemäss gar nicht gut ankommt. Wenn Däumig in feurigen Redebeiträgen behauptet, sie seien «politisch doch gar nicht auf der Höhe», redet er sich und sein Lager mit jedem Wort mehr ins politische Abseits. Wenn er behauptet, «Wir müssen uns nur auf die Arbeiterklasse stützen», stösst er die Soldaten vor den Kopf, und er macht sie sich zu Feinden, wenn er anfügt: «Die Masse der Soldaten ist nur zu uns übergetreten, weil sie durch den langen Krieg einen gewissen Groll hat ... Die Soldaten in ihrer grossen Masse sind politisch noch nicht so klug, um zu entscheiden, ob die Seite, die sie bearbeitet, die richtige ist.»²⁸ Sie sind aber klug genug, einem Mann, der so über sie denkt, nicht eine schwer bewaffnete rote Garde an die Hand zu geben.

Was sich hier zeigt, ist eine verblüffende Parallele zu den rechten Mehrheitssozialisten, nur spiegelverkehrt – eine oft übersehene oder von Parteigängern beider Seiten ausgeblendete Fremdheit gegenüber den eigentlichen Trägern der Revolution, den revolutionären Soldaten. Friedrich Ebert fürchtet sie insgeheim, weil er sie für zu links oder von links beeinflussbar hält; Däumig erhebt sich über die Soldatenräte, weil sie ihm zu rechts sind. Der eine wie der andere hat die Sorge, die Soldaten könnten zum Werkzeug der Gegenseite werden – und Chaos, Umsturz, Bolschewismus bringen, denkt Ebert; Kapitalismus, Nationalversammlung, Antisozialismus durchsetzen, denkt Däumig. Für Ebert ist die Revolution eine ferne, nicht näher definierte Idee, die Verheissung einer besseren Gesellschaftsordnung; er hat sich nicht Zehntausende bewaffneter Soldaten unter der roten Fahne vorgestellt, welche an den Feinheiten sozialdemokratischer Reformpolitik begrenztes Interesse haben. Für Däumig ist die Revolution ein konkretes Vorhaben, durchgesetzt von einer klassenbewussten Führung der Arbeiterschaft – und dem eben diese Soldaten im Wege stehen, auch wenn sie rote Fahnen tragen. Ebert fürchtet, der Aufstand der Soldaten könne umschlagen in «bolschewistische Verhältnisse»; Däumig fürchtet, dass diese Art der Revolution bolschewistische Verhältnisse verhindern wird – oder jedenfalls Verhältnisse, welche das bolschewistische Modell ohne seine grössten Fehler verkörpern. Gemeinsam ist ihnen, dass sie eine andere Revolution wollen und jene argwöhnisch betrachten, die sie haben. Im Falle Däumigs und der Obleute wird dieser Irrtum hässliche Folgen haben, im Falle Eberts und der MSPD katastro-

phale. Denn die Revolutionäre, die ihnen so unheimlich erscheinen, sind überwiegend ihre eigenen Leute.

Leider sind die Soldatenräte des Heimatheeres, welche die rote Garde verhindert haben, selbst kein richtiger Ersatz dafür. Die Zahl der Einheiten, zu denen sie gehören, schwankt. Viele gehen bald zurück zu ihren Familien, und die Verbleibenden verstehen sich eher als Repräsentanten der Soldaten denn als bewaffnete Macht der Revolution. Der Rat der Volksbeauftragten müsste, wie es in Österreich geschieht, diese vielen Militärangehörigen tatsächlich möglichst schnell und energisch zu einer Volkswehr formieren, als Nukleus einer späteren Armee.

Doch bedauerlicherweise besitzen die Volksbeauftragten beider Parteien keine konkrete Vorstellung davon, wie ein solches Volksheer aussehen könnte. Das ist erstaunlich genug. Hunderttausende ihrer Anhänger sind militärisch ausgebildet und haben an der Front gekämpft. Es wären ihre Leute, ihre Soldaten. Die Sozialdemokraten haben den Militarismus des Kaiserreichs bis 1914 mit Erbitterung bekämpft und seine Beseitigung als eines der ersten Ziele betrachtet. Das Erfurter Parteiprogramm von 1891 will das stehende Heer durch eine «demokratische Volkswehr» ersetzen. Der Gedanke, dass diese Stunde bald wirklich schlagen könnte, wäre beiden sozialistischen Parteien aber noch ein halbes Jahr vor der Revolution als Fantasterei erschienen. Fachleute für Militärfragen sind selten in ihren Reihen, Däumig als ehemaliger Fremdenlegionär ist einer der wenigen, lehnt es aber sogar ab, preußischer Kriegsminister zu werden.

Erst nach fast einem Monat, als die Spannungen in Berlin steigen und Putschgerüchte geflüstert werden, entsinnt sich der Rat der Volksbeauftragten eines Besseren. Es ist Friedrich Ebert selbst, dem angesichts des zurückflutenden Frontheeres offenbar Bedenken kommen, ob seine Regierung nicht doch zu abhängig von deren Kommandeuren, der Obersten Heeresleitung, werden könnte. Nicht weniger als «eine neue militärische Ordnung auf demokratischer Grundlage» will er daher schaffen. Die Volkswehr «muss bei freiwilliger Meldung auf demokratisch organisierter Wahl der Truppenführer beruhen» und «ganz zur Verfügung der Reichsleitung» stehen, für die Aufrechterhaltung

von Sicherheit und Ordnung zuständig und «Sicherheitswache gegen jede Konterrevolution» sein. So trägt Eberts «Plan einer Regierungstruppe», wie Ulrich Kluge 1975 in seinem wegweisenden Buch *Soldatenräte und Revolution* schreiben wird, «primär eine deutliche Spitze gegen den Herrschaftsanspruch der Heeresleitung». ²⁹ Einen Anspruch, den sich die Regierung ohnehin niemals gefallen lassen dürfte, und für den Moment sieht es aus, als würde sie das auch nicht tun.

Kern der Truppe sollen zunächst immerhin 11'000 Freiwillige sein, auszusuchen aus den Reihen der republiktreuen und loyalen Soldaten. Das Potenzial der revolutionären Soldaten erscheint den Volksbeauftragten also noch immer gross genug, um sich eine eigene Truppe für den Notfall zu schaffen. Das «Gesetz zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr» wird bereits am 6. Dezember beschlossen – am selben Tag, an dem sich der kuriose Putschversuch vor der Reichskanzlei und das Blutbad in der Chausseestrasse ereignen. Fast scheint es, als wolle das Schicksal der Regierung zeigen, wie dringlich sie sich um die Sicherheit der werdenden Demokratie kümmern müsse.

Und es geht zunächst eilig voran. Am 14. Dezember weist der Rat der Volksbeauftragten das preußische Kriegsministerium an, beim Westheer elf Abteilungen aufzustellen, welche das Fundament der demokratischen Volkswehr bilden sollen. Und dann – versendet das hoffnungsvolle Projekt, verliert sich im Irrgarten der Militärbürokratie, die ihrerseits nicht die geringste Neigung zeigt, sich Konkurrenz im eigenen Haus zu züchten. Durch die politische Radikalisierung im Dezember erlischt Eberts Interesse an seinem Projekt rasch. Nach den Weihnachtskämpfen in Berlin beschliesst auch die OHL auf einer geheimen Besprechung: «Volkswehr dilatorisch behandeln mit Einverständnis mit der Berliner Regierung.» ³⁰ Die Naivität und Weltfremdheit, mit der die mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten hier den Bock zum Gärtner machen, ist atemberaubend. Die Unabhängigen allerdings haben das Unheil heraufziehen sehen, so Haase, der von Anfang an warnt: «Das Kriegsministerium wird uns nicht helfen können, da es sich in neue Gedankengänge nicht hineinfinden kann.» ³¹

Hier ist mehr zugrunde gegangen als die Idee einer Sondereinheit von gerade mal 11'000 Soldaten. Die demokratische Volkswehr hätte

mehr sein können, viel mehr: der Nukleus einer demokratischen Armee, einer loyalen bewaffneten Macht, die der Weimarer Republik dann so dramatisch fehlen wird. Erst im Februar 1919, als schon Tausende rechter Freikorpsoldaten die eigentliche Regierungsarmee bilden, steht die erste Einheit von gerade einmal 600 Mann. Sie wird nichts mehr bewirken und auch die letzte bleiben; und die demokratische Verfasstheit, welche Wesenszug der Volkswehr hätte sein sollen, hat der Militärapparat bis dahin ohnehin mit grobem Hobel abgeschliffen.

Obwohl die Volkswehr nicht zustande kommt, verfügt die Revolution in Berlin durchaus über einige bewaffnete Verbände. Der wichtigste von ihnen ist – oder wäre – die Republikanische Soldatenwehr, die auf Emil Barth zurückgeht. Er ist radikal genug, um zu verstehen, dass eine Revolution auch Gewehre benötigt, und hat taktisch genug hinzugelernt, um nach dem Debakel der «Roten Garde» zu wissen, dass es ohne die Soldatenvertreter keine Einheit geben wird, die diese Gewehre tragen und notfalls einsetzen wird. Die Soldatenwehr und ähnliche lokale Sicherungswehren werden später beinahe in Vergessenheit geraten, da die westdeutsche Geschichtswissenschaft sie kaum zur Kenntnis nimmt, die ostdeutsche, marxistische sie aber entweder als Konterrevolutionäre verteufelt oder für die eigene Interpretation der Revolution in Beschlag nehmen will; beides wird der Wirklichkeit von 1918 nicht gerecht.³²

Berlin wimmelt vor Soldaten aller möglichen Einheiten oder deren Überresten. Wie sich bei deren Widerstand gegen die «Rote Garde» gezeigt hat, verstehen sich die meisten von ihnen als Beschützer der Revolution und der sozialistischen Einheitsregierung. Anders als bei der Volkswehr, die ja im Kern der Versuch eines Aufbaus ganz neuer Streitkräfte ist, soll die Republikanische Soldatenwehr dieses Potenzial rasch nutzen und unter einen einheitlichen Befehl stellen. Sehr schnell wird aber auch hier das Problem erkennbar: Die grosse Mehrzahl der Soldaten aus der alten Wehrpflichtarmee ist längst heimgangen. Am 17. November ruft Otto Wels daher die Soldaten der Berliner Garnisonen auf, in die neue Formation einzutreten: «Soldaten! Zuchtlosigkeit und Uneinigkeit sind die grösste Gefahr für unsere junge Republik! Kameraden! Mit Eurer Hilfe wurde an Stelle des alten

Regimes die neue Ordnung des Volksstaates ins Leben gerufen. Lasst diese Errungenschaft nicht niedertreten! ... Bildet aus Euren Reihen eine Republikanische Soldatenwehr, die Ordnung, Freiheit und Ruhe aufrechterhält. Allen voran Ihr Berliner Kameraden: Lasst Eure Vaterstadt nicht der Plünderung und dem Bürgerkrieg anheimfallen, ihr müsst an erster Stelle in diese Wehr eintreten. Der Kommandant von Berlin. Otto Wels.»³³

Leider klingt das Amt des Berliner Stadtkommandanten grösser, als es ist; formal unterstehen ihm die militärischen Verbände in der Reichshauptstadt. Und tatsächlich melden sich – so die Forschungen Ulrich Kluges – die Freiwilligen «in grosser Zahl». Freilich sind es nicht allein begeisterte Republikaner, sondern auch versprengte Soldaten oder solche, welche die Bezahlung lockt. Aber da beginnt das Problem. Das Schatzamt hat keine Mittel zur Bezahlung einer grossen Truppe und will auch keine besorgen; die Regierung der Volksbeauftragten setzt zwar Zahlungen für das vorhandene Personal durch, für Weiteres ist aber zu wenig Geld da, und treibt das Projekt daher nur schleppend voran, ein unverständlicher, folgenreicher Fehler, offenbar aber nicht aus politischen Motiven, denn auch die USPD drängt in dieser Frage nicht: «Man kann davon ausgehen, dass die Volksbeauftragten der Überzeugung waren, dass für die Truppe tatsächlich keine Mittel vorhanden waren.»³⁴ Wels' Stellvertreter Anton Fischer sieht das 1918 freilich anders: «Die Volksbeauftragten hätten wohl die Reichsbank anweisen können, wenigstens einen Vorschuss zu geben ..., aber dazu fehlte die Courage. Wir Deutsche sind eben noch als Revolutionäre ein Volk, dem der Zopf hinten hängt.»³⁵

In der Not muss Wels sogar auf private Spender zurückgreifen, offenbar aus dem liberalen Bürgertum, das die Regierung gegen links unterstützen will. Auch der Geheimrat Simons aus dem Reichskanzleramt ist daran beteiligt. Sicher ist, dass Wels und Fischer anfangs das Projekt mit Energie und Eifer vorantreiben. Sie besuchen Kasernen, um vertrauenswürdige Leute zu finden, die «besseren Elemente», so Fischer: «Nach einigen Tagen waren wenigstens so viele Soldaten beisammen, als für die allernotwendigsten Bedürfnisse notwendig waren.»³⁶

Wels selbst hat einen starken Willen, aber keine militärische Erfahrung, und provoziert die eigene Truppe noch mit seinem Unwillen,

ausgerechnet bei der Republikanischen Soldatenwehr Soldatenräte zuzulassen. Damit schürt er Misstrauen in den eigenen Reihen. Geplant ist ein Aufwuchs auf mindestens 10'000 Mann, organisiert in «Depots». Die genaue Zahl wirklich einsatzfähiger Soldaten ist nicht bekannt und wird deutlich unter dieser Grenze gelegen haben; das spätere Auseinanderbrechen der Regierung führt auch hier zu Loyalitätsproblemen, ebenso die Annäherung Eberts an das wieder erstarkende alte Militär. Die Soldatenwehr kann nur so gut sein wie die Einheitsregierung, von der sie geschaffen wurde.

Nach dem Putschversuch vom 6. Dezember 1918 setzen sie in der Vollversammlung die Schaffung von Soldatenräten und die freie Wahl ihrer Führer durch, lehnen Uniformattribute wie die alte kaiserliche Pickelhaube ab und erklären sich für die Regierung Ebert – Haase. Sie hat entschlossene Republikaner in ihren Reihen wie den tatkräftigen Unteroffizier Suppe (der Vorname ist nicht überliefert), der schon am 5. Dezember mehrere Tausend Unteroffiziere vor die Reichskanzlei geführt hat – aber nicht, um zu putschen wie die Männer, die einen Tag später hier aufmarschieren werden. Sie erklären ausdrücklich ihre Treue zur Revolutionsregierung und bieten ihr ihre Dienste an. Suppe und sein Kamerad Machholtz führen ein eigenes «Depot» innerhalb der Republikanischen Soldatenwehr, das nur aus Männern des mittleren Führungskorps (wie Unteroffizieren und Feldwebeln) besteht, überwiegend aus dem alten Zweiten Garde-Regiment, und eine ihrer zuverlässigsten Einheiten der Revolutionsregierung bildet – eine von vielen, die hätten sein können. Zur Jahreswende 1918/19 übernimmt Suppes Bataillon sogar den Schutz der Reichskanzlei. Als zuverlässig im republikanischen Sinn gilt auch das «Freischützenkorps» des Majors Meyn, das 800 Mann stark und trotz seines Namens nicht zu verwechseln ist mit den späteren rechten Freikorps; aufgestellt wird es im Dezember 1918.³⁷

Alfred Döblin wird dem Unteroffizier Suppe zumindest literarisch ein kleines Denkmal setzen, in seinem grossen Revolutionsroman *November 1918*. Dort heisst es zunächst: «Sentimentalität ist bei Unteroffizieren nicht häufig. Sofern ein zarter Sinn in ihrem Busen blüht, verstehen sie ihn zu verbergen. Aber sie hatten Frau und Kind und keine feste Anstellung und damit liess sich nicht spassen. ... Der Offi-

ziersstellvertreter Suppe rief aus: ‚Unsere Zukunft steht auf dem Spiel. Wir wollen jede Umwälzung bekämpfen, woher sie auch kommt.‘»

Also beschliessen sie, der Regierung Treue und Schutz zu geloben, und ziehen am 5. Dezember, wie tatsächlich geschehen, zum Reichskanzleramt: «Darauf marschierten die Zwölffhundert in straffer Ordnung, wie es sich für Unteroffiziere und so weiter gehört, unter Vorantritt einer Musikkapelle zur Wilhelmstrasse, um ein Hoch auf Ebert auszubringen. Am Reichskanzlerpalais hielten sechzig Matrosen die Wache. Und als sie das dröhnende Bummern der Kapelle vernahmen und die vielen Unteroffiziere, Sergeanten, Vizefeldwebel und Zahlmeister sahen, dachten sie, die Gegenrevolution marschiert, und brachten ihre Maschinengewehre in Stellung. Dann aber erfuhren sie, dass es sich um friedliche und besorgte Männer handelte, um ernste Familienväter, die etwas auf dem Herzen hatten. Da öffneten sie ihnen das eiserne Tor und liessen Suppe zu Ebert.

Gleich danach kam Ebert selbst heraus, der es nun wusste, dankte fürs Vertrauen und mit dem Spruch ‚Deutsches Volk und deutsches Land, sie leben hoch‘ zog er ihnen den Korken aus dem Hals, und sie konnten ‚Hoch‘ und ‚Hurra‘ schreien, dass es die Wilhelmstrasse herunter bis zur Leipziger Strasse zu hören war und die Damen, die da in Konditoreien den Kuchen assen, den Löffel hinlegten und ängstlich sagten: ‚Man schlägt sich schon wieder.‘ Aber man schlug sich nicht, man vertrug sich.»³⁸

Eher durch Zufall wachsen auch die Soldaten des Berliner Garde-Füsilier-Regiments zu einer regierungstreuen Truppe heran, einer Einheit, die ungewöhnlich intakt geblieben ist und nach ihrer Kaserne (der Maikäferkaserne) in Berlin schlicht als «die Maikäfer» bekannt sind. Sie sind es allerdings, die am chaotischen 6. Dezember 16 linksradikale Demonstranten erschossen haben. Selbst wenn ihre Version zutrifft, sie hätten das Feuer nur erwidert, zeigt das Blutbad doch, wie ungeeignet reguläre militärische Verbände für polizeiliche Aufgaben sind und welches Eskalationspotenzial der Einsatz von Soldaten in der innenpolitischen Auseinandersetzung birgt.

Zusammengenommen steht der Regierung aber doch ein grösserer Rekrutierungspool für loyale Einheiten zur Verfügung, als Ebert und

Scheidemann später behaupten werden. Der Fehler ist es, solche Einheiten nicht mit höchster Dringlichkeit aufzubauen – eine Revolution, selbst eine so friedfertige, braucht eine bewaffnete Macht. In der Illusion des leichten Sieges vom 9. November und vor allem wegen des Bündnisses mit den alten Generälen begehen die MSPD-Volksbeauftragten den Kardinalfehler, sich keine solche Macht zu schaffen – oder nur als Stückwerk und in Ansätzen. Und dass die Heeresleitung als «Bündnispartner» der Regierung keinerlei Interesse am Aufbau derartiger Verbände hat, liegt auf der Hand. Aus Sicht des alten Militärs, hier des einflussreichen Majors von Harbou, neigt die Republikanische Soldatenwehr schlicht «zu Spartakus», was mit der Realität wenig, mit dem Wunsch, keine bewaffnete Konkurrenz entstehen zu lassen, dafür umso mehr zu tun hat.³⁹ Groener behauptet sogar, es müssten «die Sicherheits- und Soldatenwehren aller Art geradezu als ein Herd des Spartakismus angesehen werden». Sie seien «in vielen Fällen nichts weiter als organisierte Räuberbanden. Sie müssen bald und restlos verschwinden.»⁴⁰

Wie gross auch beim Feldheer das Potenzial republiktreuer Männer ist, zeigt sich auf dem Vertretertag seiner Soldatenräte am 1./2. Dezember 1918 in Bad Ems. Zugegen ist auch der Volksbeauftragte Emil Barth, der sich nicht ohne Bauchschmerzen dorthin begibt. Er fürchtet, die Frontsoldaten könnten einem bekannten Linken wie ihm sogleich an die Gurgel gehen, wie er seinem Begleiter erklärt: «Wir gehen jetzt in die Höhle des Löwen, d.h. in die Zentrale der Gegenrevolution. Werde ich verhaftet oder niedergeknallt, so gib sofort Bericht nach Berlin.»⁴¹ Aber nichts dergleichen geschieht. Die Soldatenräte des Feldheeres sind eher unpolitisch, Spartakisten finden sich in ihren Reihen wenige. Aber sie stellen sich, wie die Berliner Soldaten des Heimatheers das auch getan haben, hinter die sozialistische Einheitsregierung und die Revolution. In einer Resolution «zur politischen Lage» fordern sie die «Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung» und erklären: «Wir sind gewillt, die Errungenschaften der Revolution gegen alle Gefahren und Angriffe zu verteidigen, von welcher Seite auch immer sie kommen mögen, sowohl gegen gegenrevolutionäre Bestrebungen von rechts, die auf eine Wiederaufrichtung des alten Regimes hinarbeiten, als gegen Versuche von links, die Gewalt

von oben durch die Gewalt einer Minderheit zu ersetzen.» Sie verlangen ausserdem die «schrittweise Sozialisierung der dafür reifen Betriebe». ⁴²

Auch die heimkehrenden Soldaten des Feldheeres wären also Kandidaten für die Soldatenwehr – doch fehlt es dem Projekt eben an Geld, an Schwung, an einem grossen Wir-Gefühl. Die Geschichte der Republikanischen Soldatenwehr jedenfalls zählt zu den grössten veräumten Gelegenheiten der deutschen Revolution, allzu oft wird sie in späterer Literatur als Randerscheinung beiseitegeschoben. Auf immer kleben bleibt an ihr der Rufmord durch Gustav Noske: «Wenn sie gebraucht wurde, kam sie nicht ... Für etwas Wacht- und Patrouillendienst reichten sie notdürftig aus.» ⁴³

Auch sind die Quellen eher rar und widersprüchlich. Das Vertrauen der MSPD-Volksbeauftragten in die Republikanische Soldatenwehr ist nicht sehr hoch, laut Scheidemann haben sich einmal, bei der Vorworts-Besetzung am 25. Dezember, 90 Mann mit Maschinengewehren von den Spartakisten einfach entwaffnen lassen. ⁴⁴

Und Ende Dezember, als Berlin bereits am Rande des Bürgerkriegs zwischen Regierung und Spartakisten steht, traut Scheidemann der eigenen Schutztruppe schon gar nicht mehr: «Die steht immer mit den anderen.» ⁴⁵

Zu «den anderen» zählt in Scheidemanns Augen ohne Zweifel eine zweite bewaffnete Formation, die Sicherheitswehr des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn. Er zählt zum linken Flügel der Unabhängigen und besetzt eine wirkliche Machtposition, die ihm zufiel, als er beim Sturm der Demonstranten auf das Polizeipräsidium am 9. November Umsicht und Mut zeigte; nun gebietet er über den Apparat der Leute, die ihn vor Wochen noch verfolgt und eingesperrt haben. Geboren 1863 bei Chemnitz als Sohn eines Strumpfwirkers, lernt er Elektromonteur und findet wie so viele seinesgleichen in der Sozialdemokratie die Aufgabe seines Lebens. 1903 bis 1912 sitzt er für sie im Reichstag, damals schon auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung. Er opponiert erst in der SPD gegen den Burgfrieden und dann in der USPD gegen den gemässigten Kurs Haases und Dittmanns. Es gilt als sicher, dass er regelmässig Geld von der sowjetischen Regierung erhält.

Eichhorn ist eine stattliche Erscheinung, mit seinem zeittypischen

Schnauzbart und der nach hinten gekämmten Haartolle wirkt er jünger, als er ist. Er kann Leute mitreißen, er hat ein Kämpferherz, aber wenig politische Raffinesse; Vertretern des alten Regimes und den meisten Mehrheits-SPDlern begegnet er mit Verachtung und Ablehnung.

Nie hat er verziehen, dass sein innig geliebter Sohn Fritz Eichhorn im Mai 1917 gefallen ist; in der Todesanzeige steht nichts von stolzer Trauer und ehrenvollem Sterben für das Vaterland oder andere patriotische Floskeln, mit denen trauernde Angehörige von Soldaten deren Tod noch einen höheren Sinn zu geben versuchen. Nein, Emil Eichhorn schreibt: Als das Leben von Fritz schon im Alter von 25 Jahren enden muss wegen eines Krieges, den Vater zutiefst verabscheut und bekämpft, da seien «Freude und Hoffnung zerstört» für alle Zeit. Emil Eichhorn ist nicht der Mann für Kompromisse.⁴⁶

Eichhorn übernimmt eine Behörde, die einerseits viel kriminalistisches Renommee besitzt, andererseits aber während des Krieges am Gängelband des Militärs politisiert worden und wegen ihrer Gewalttaten gegen Demonstranten und Streikende verhasst ist. Die Kriminalbeamten lässt er wieder Waffen tragen, den eben noch gefürchteten Schutzpolizisten freilich hat er ihre schweren Brownings und die Säbel abgenommen; die Schupos lassen sich fortan auf den unruhigen Straßen lieber nicht so oft sehen. Als Ordnungstruppe organisiert Emil Eichhorn also eine Sicherheitswehr, schon am 10. November genehmigen ihm die Volksbeauftragten zur Verstärkung der Polizei 3'600 Soldaten, die er sich aus Freiwilligen zusammensucht. Vom ersten Tag an freilich bereitet ihm das Personal der Sicherheitswehr Kopfschmerzen: «Der jährige Krieg hatte die Soldaten völlig demoralisiert, die durch die Revolution gelernte Freiheit brachte die lang Geknechteten völlig ausser Rand und Band. Auch Freiheit will gelernt sein.»⁴⁷ Die Rekrutierung erweist sich als noch weit problematischer als bei der Republikanischen Soldatenwehr. Eichhorn fehlen Erfahrung und zuverlässiges Personal, das die Auswahl professionell handhaben würde; da ist Wels in der Kommandantur besser dran.

Der erste Leiter der Sicherheitswehr, von deren Mitgliedern nach dem Räteideal selbst gewählt, ist ein Kölner namens Prinz. Er hat eine abenteuerliche Vergangenheit in der Fremdenlegion und kann gut mit

seinen Leuten; aber dann verschwinden Lohngelder, und als Prinz einmal in Streit mit einem Kameraden gerät, hält er diesem den Revolver an den Kopf. Eichhorn lässt den Mann verhaften, aber der Nachfolger ist nicht viel besser. Beide Leiter suchen sich ihr Personal selbst aus, mit dem Ergebnis, so jedenfalls Eichhorn über die eigene Truppe, dass «eine Menge unsauberer Leute in die Wehr gelangten, Leute, die die Kriegsgewohnheiten in ihrer autoritativen Stellung als Sicherheitsmänner beibehielten: es wurde von Sicherheitsmännern gestohlen, eingebrochen, Erpressung verübt, manche Polizeirevierwache zu Landsknechtlagern gemacht usw.»⁴⁸

In der Kommandantur betrachtet Wels die Sicherheitswehr eher als Sicherheitsrisiko. Als Eichhorn versucht, der Truppe durch Aufnahme zuverlässiger Arbeiter eine Korsettstange einzuziehen, wittert die MSPD jedoch den Versuch einer Neuaufgabe der «Roten Garde». Für Scheidemann ist die Sache klar: Man müsse sich herumplagen «mit der Eichhornschen Schutzwehr, die immer auf der anderen Seite steht»⁴⁹. Der rasch eskalierende Konflikt zwischen Wels und Eichhorn, Kommandantur und Polizeipräsidium, spiegelt wider, wie tief der Graben zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien in Wirklichkeit noch ist.

Auf den Strassen Berlins sind ihre Vertreter von jeder Gemeinsamkeit weit entfernt. Sie akzeptieren im Grunde nicht einmal die Existenz des jeweils anderen Verbandes, wie Arnold Brecht eines Tages im preußischen Innenministerium erlebt. Er trifft Wels und Eichhorn in heftigem Streit und löst die Situation mit typischem Humor. Man habe ihm erklärt, sagt er zu den beiden, welche ihren lautstarken Hader nur unwillig unterbrechen, einer von ihnen sei «der weiße Terror» und der andere «der rote Terror» – eine Anspielung auf die russischen Bürgerkriegsparteien, die einander an Grausamkeit nicht nachstehen: «Ob Sie mir freundlichst sagen wollen, wer von Ihnen der weiße und wer der rote Terror ist?»⁵⁰

Beide müssen doch lachen; der Scherz entspannt die Atmosphäre, aber nicht den Konflikt. Wels, mitten im Aufbau der Soldatenwehr, verlangt die Auflösung der Sicherheitswehr, Eichhorn lehnt das ab, «er könne keine Truppe zur Müllabfuhr werben». Später einigen sie sich fürs Erste auf gemeinsame Richtlinien: Der Kommandantur unterstehe der militärische Schutz der Stadt, der Bahnhöfe und des Heeres Eigentums, «die Sicherheit und Ordnung auf allen anderen Gebieten zu wahren».

ren, ist Sache der Polizei». Die Einheiten würden angewiesen, «sich gegenseitig zu respektieren».

Aber viel hilft das nicht. Jede Seite wirft der anderen Übergriffe und Verstöße vor, es passiert, dass schwer bewaffnete Soldaten den Polizisten der Sicherheitswehr die roten Armbinden abreißen. Wels verdächtigt die Polizeitruppe der Sympathie für die Spartakisten, Eichhorn unterstellt der Soldatenwehr mehr oder weniger offen, «eine Schutzgarde der Regierung zu bilden», gegen die Revolution und die Linke.

Zwei Tage nach dem Zusammenstoß in der Chausseestrasse, am Abend nach der Beerdigung der Opfer, versuchen bewaffnete Spartakisten die Kommandantur zu stürmen, um «Wels herauszuholen». Sein Adjutant Fischer sieht aus dem Fenster, er schätzt die Menge, die da plötzlich aufzieht, auf gut 5'000 Köpfe. Wels und seine zufällig anwesende Frau bringen sich durch den Garten in Sicherheit zum benachbarten Prinzessinnenpalais, in den Stab der Republikanischen Soldatenwehr. Die Wache der Kommandantur dagegen wird von der spontanen Attacke derart überrumpelt, wie Fischer es darstellt, «so dass bei dem Hinauseilen von Wels und Frau einige resolute Spartakisten eindringen konnten». Diese treffen auf Fischer, es gibt erregte Debatten, dann zieht der Trupp wieder ab unter Schwüren, in der Nacht wiederzukommen. Fischer lässt Kommandantur und Reichskanzlei von der Republikanischen Soldatenwehr abriegeln, als dann Spartakisten auftauchen, müssen sie unverrichteter Dinge abziehen. Wels' Widersacher Eichhorn rühmt sich, persönlich während dieser Protestdemonstrationen die Republikanische Soldatenwehr zum Abzug veranlasst zu haben, welche Maschinengewehre vor den Regierungsgebäuden aufgestellt habe; doch erscheint Fischers Version wesentlich plausibler.⁵¹

Der offene Gegensatz zwischen den beiden Männern und ihren bewaffneten Verbänden entwickelt sich zu einem Sicherheitsproblem, das die ohnehin prekäre militärische Macht der Volksbeauftragten noch zusätzlich schwächt. Ein Versuch vom 4. Dezember, durch Eingliederung von 1'000 Mann der Sicherheitswehr in die Wels-Truppe einen Ausgleich der Gegensätze zu schaffen, hilft wenig weiter; er schwächt aber den inneren Zusammenhalt der ohnehin noch sehr provisorischen Republikanischen Soldatenwehr. Jeder Versuch von Wels, sich und der Regierung Autorität gegenüber den Spartakisten

zu verschaffen, zieht neue Attacken in der *Roten Fahne* nach sich. Mit sicherem Gespür hat Karl Liebknecht in Wels einen gefährlichen Gegenspieler ausgemacht; je effizienter die Republikanische Soldatenwehr wäre, desto schwieriger würde ein Umsturzversuch. So wird Wels, neben Ebert und Scheidemann, das Hauptziel brutaler Verbalattacken, zur angeblichen Personifizierung «der Gegenrevolution, wie sie leibt und lebt»⁵². Die MSPD-Presse schießt mit gleichem Kaliber zurück.

Ohne Zweifel ist der Radikalismus von links aussen eine wachsende Belastung für die Revolutionsregierung. Verunsicherung und ein Gefühl der Bedrohung greifen um sich; dies aber ist eine Folge des eigenen Versäumnisses, von vornherein mit hoher Priorität eine zuverlässige republikanische Militärmacht aufzubauen, die Extremisten von beiden Seiten in die Schranken weisen würde. Das wäre keineswegs so unmöglich, wie viele der Beteiligten im Nachhinein behaupten werden. In Österreich hat die sozialdemokratisch geprägte Übergangsregierung unter dem schillernden und zupackenden Julius Deutsch im Staatsamt für Heereswesen sofort eine «Volkswehr» ins Leben gerufen, die vor allem in Wien eine beachtliche Schlagkraft entwickelte und schon am 12. November, beim Gründungsakt der «Republik Deutschösterreich», einen kommunistischen Putschversuch abwehrt. Konzeptionen für eine bewaffnete Schutztruppe hatten die Sozialdemokraten in Wien schon während des Krieges entwickelt, als das K.-u.-k.-Reich erkennbar zu wanken begann, und dann mit Deutschs energischer Organisation sofort umgesetzt. Die Volkswehr steht erfahrenen Soldaten offen, die mehrheitlich zum sozialdemokratischen Lager zu rechnen sind, nimmt aber auch loyale Offiziere der alten kaiserlichen Armee. 1919 ist die Volkswehr schon fast 50'000 Soldaten stark und kämpft mit Erfolg gegen weitere Umsturzversuche der Kommunisten und gegen Verbände der neuen Nachbarstaaten.

Die Volkswehr ist als Keim der österreichischen Armee gedacht; dass die republikanische Truppe später an Bedeutung verliert, wird äussere Gründe haben wie die Kurzsichtigkeit der Siegerstaaten, die kein starkes Heer in Österreich dulden wollen, und den Rechtsruck im Land. Aber noch 1934 kämpfen Formationen des Republikanischen Schutzbundes, die aus der Volkswehr hervorgegangen sind, gegen die

Dollfuss-Diktatur, leider vergeblich. Das Beispiel zeigt aber, was selbst unter schlechteren Bedingungen als in Berlin möglich gewesen wäre.⁵³

«15 gut disziplinierte Divisionen»: Zweiter Putschversuch, 10. Dezember

Die Panne vom 6. Dezember stört die Pläne der Obersten Heeresleitung nur sehr kurz. Ihr Ziel, die Gegenrevolution mit Gewalt durchzusetzen und mit Hilfe des alten Reichstages und Eberts zu legitimieren, bleibt unverändert, und der günstigste Anlass dafür liegt denkbar nahe: Der nahende feierliche Einzug der heimkehrenden Feldtruppen in die Hauptstadt, vorgesehen für den 10. Dezember. Was die Offiziere der Heeresleitung hier aushecken, muss massives Blutvergiessen bedeuten. Aber offenbar haben sie genau das im Sinn: mit militärischer Gewalt jeden Widerstand zu zerschlagen. In dem erwähnten Brief an Ebert wirbt Paul von Hindenburg unverhüllt um die Beteiligung des wichtigsten Mehrheitssozialdemokraten; ohne ihn, das weiss er, würde das demokratische Mäntelchen des Putsches lächerlich aussehen, die gemässigte Arbeiterschaft und die Soldatenräte ins Gegenlager treiben und nicht zuletzt würden die Alliierten auf den Plan gerufen, die eine gewaltsame Rückkehr des preußischen Militarismus nicht dulden dürften. Hindenburg schreibt: Die Regierung brauche ein Organ, das ihren Anordnungen «rücksichtslos Geltung zu schaffen vermag»; dies könne «nur die Armee sein, und zwar eine Armee, in der schärfste Disziplin herrscht».

Wie diese zu schaffen sei, erläutert der Feldmarschall in drei Punkten. Erstens: «Die militärische Kommandogewalt liegt allein bei den Kommandobehörden.» Zweitens: Das Vorgesetztenverhältnis sei «restlos wiederherzustellen». Drittens: Die Soldatenräte «müssen aus der Truppe verschwinden», zu dulden seien höchstens Vertrauensräte ohne jegliche Befehlsgewalt.⁵⁴

Sei dies gelungen, habe noch im Dezember die Nationalversammlung zusammenzutreten, bis dahin bestimme die Regierung: «In Ihre Hände», so schliesst Hindenburg mit schwerem Pathos, «ist nun das Schicksal des deutschen Volkes gelegt.» Seine Leute bereiten derweil die Details vor. Das Generalkommando Lequis, eine völlig neue, der

OHL unterstellte Kommandobehörde unter dem Befehl des stramm gestrigen Infanteriegenerals Arnold Lequis und seines Stabschefs Major Bodo von Harbou, stellt bis ins Detail jeder Einheit ein «Aktionsprogramm» auf: Die dafür vorgesehenen Gardedivisionen sollen ab dem 10. Dezember in Berlin und Potsdam einmarschieren, sich von der Regierung, also Ebert, feierlich begrüssen lassen und anschliessend binnen weniger Tage alle Ersatztruppenteile auflösen, also das Heimatheer mit seinen Soldatenräten. Deren Waffen und Kriegsgerät seien spätestens am 11. Dezember abzugeben, wer danach «noch Waffen in der Hand hat, wird erschossen; wer Kriegsmaterial einschliesslich Kraftwagen behält, wird standrechtlich abgeurteilt.» Wer sich «unberechtigt eine Beamteneigenschaft zulegt, wird ebenfalls erschossen». Noch am selben Tag, so sieht es der Plan vor, sollen die Divisionen systematisch «unsichere Stadtteile durchkämmen».

Da ist sie wieder, die Sprache der Kriegsherren von 1914 bis 1918: rücksichtsloses Durchgreifen, bis zum Äussersten, Standrecht, erschliessen. Dieser Geist hat den Krieg weiter und immer weiter getrieben, bis eine Welt von Feinden gegen das Reich stand, einschliesslich der Amerikaner, und jeder Friedensversuch erwürgt war. Es ist ein Denken ohne Kompromisse, das Waffengewalt als Wert an sich begreift und ausschliesslich in Freund und Feind denkt. Und nun, da man auf den Schlachtfeldern gegen den äusseren Feind den Kürzeren gezogen hat, wendet sich die Heeresführung ihrem Lieblingsfeindbild aus der Zeit vor 1914 zu, dem inneren, nun «Bolschewismus» oder «Spartakisten» genannt. Beide Begriffe benutzen Generäle und Offiziere in jenen Wochen wie einen Schwamm, mit dem sich alles aufsaugen lässt, was sie verabscheuen. Ebert und Teile der Mehrheits-SPD, nun, notgedrungen, man braucht sie, sie sind fürs Erste noch keine Bolschewisten; aber alles links von ihnen ist qualifiziert als innerer Feind. Die Spartakisten mit ihren wenigen Tausend Aktivisten dienen dem Militär hier als Symbol einer Art kosmischen Bedrohung, vor dem Hintergrund aller Schrecken der russischen Revolution. Aber dies ist nicht Russland. Dies ist das «deutsche Vaterland», das die Offiziere unentwegt beschwören und dessen Strassen sie nun mit Blut bedecken wollen. Nun kehrt dieser Geist zurück in die Strassen der Reichshauptstadt.

Oberst von Haeften wird nachher schreiben, er habe den «schon in mir bestehenden Plan ausreifen (lassen), die bestdisziplinierten Divisionen vom Rhein direkt nach Berlin zu befördern und bei deren feierlichem Einzug eine Art Gegenputsch durchzuführen. Es kam mir darauf an, Ebert für den Plan zu gewinnen.»⁵⁵ Haeften kontaktiert Ebert, wie beschrieben, über dessen Ministerialdirektor Simons, «dem der ganze Plan sehr einleuchtete». Zufrieden notiert Groeners Stabschef, Oberst Albrecht von Thaer, am Morgen des 10. Dezember: «Nun stehen in grossem Umkreis von Berlin ausgeladen und kampfbereit neun gute Divisionen, allerdings nur 150'000 Mann, die gewillt sind, scharf zu schiessen, um die Ordnung im Lande wiederherzustellen.» Er bedauert allerdings, dass seine Vorgesetzten, wie Groener «Ebert, in der Sache mit ins Vertrauen gezogen haben. Natürlich will Ebert sich auf die Hilfe der Armee stützen. Dazu ist sie ihm gut. Er will so von der Herrschaft der Spartakisten sich frei machen, aber ihm ist dabei offenbar Angst vor dem eigenen Mut und seiner Entscheidung.»⁵⁶

Die OHL versteht sich bereits nicht mehr wirklich als Partner der «Regierung Ebert», wie sie anfangs beteuert, sondern als einzige innenpolitische Ordnungsmacht, von welcher diese Regierung abhängig sei. Die Generäle wollen zeigen, wer Herr im Hause ist. Aber so einfach wird es dann doch nicht gehen: Friedrich Ebert spielt nicht mit. Oder weniger wohlwollend gesagt: Er setzt seinen Kurs des Lavierens zwischen der Revolution und dem alten Militär fort. Leider bleiben später keine Dokumente erhalten, aus denen sich im Rückblick erkennen liesse, was er selber in diesen Tagen fühlt, denkt und vorhat. Die spätere Behauptung Groeners, Ebert sei «durchaus damit einverstanden», dass die nach Berlin einmarschierenden Divisionen den Räten «die Gewalt entreissen», wird durch das Verhalten des Regierungschefs nicht bestätigt. Aber vieles spricht dafür, dass Friedrich Ebert hofft, sich gar nicht festlegen zu müssen für altes oder revolutionäres Militär, für die Bajonette der Heeresleitung oder für die Soldatenräte und das Bündnis mit der USPD; dass er das Problem aussitzen, die Beteiligten hinhalten kann bis zum rettenden Tag der Nationalversammlung. Anders ist sein hinhaltendes Gebaren in jenen Tagen der Krise schwer zu erklären. Es ist ein gefährliches Spiel.

Da Ebert auch nach dem 6. Dezember keine Neigung erkennen

lässt, sich zum Präsidenten ausrufen zu lassen, beginnt sein Stern aus Sicht der Heeresleitung bereits zu sinken. Groener bemüht sich um Alternativen. Dem früheren Reichstagspräsidenten Konstantin Fehrenbach vom Zentrum schlägt er in der Nacht zum 8. Dezember vor, mit Hilfe der Gardedivisionen den alten Reichstag wieder zusammenzuführen – und das unbedingt vor dem für den 16. Dezember angesetzten Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte. Dort, so fürchtet er, würden sonst Entscheidungen fallen, die noch schwerer revidierbar wären als die jetzigen Zustände. Aber Fehrenbach lehnt ab, im sicheren Gespür dafür, dass das Parlament des Kaiserreichs unwiderruflich Vergangenheit ist, «ein verbrauchtes Instrument» ohne Legitimität in den Augen der Massen.⁵⁷

Inzwischen aber sind der Vollzugsrat und die Soldatenräte alarmiert über die Nachrichten aus den Randbezirken Berlins, wo die Gardedivisionen erste Quartiere aufschlagen. Bereits einige Tage zuvor sind Eichhorns Sicherheitswehr und eine Vorausabteilung der einrückenden Truppen mitten in der Stadt vor dem Marstall aneinandergeraten, und der Vollzugsrat beantragt bei den Volksbeauftragten, die Fronttruppen bereits ausserhalb Berlins zu entwaffnen.⁵⁸

Nur wenige Tage später kommt es im Vollzugsrat zu Tumulten. Der Vorsitzende des Potsdamer Soldatenrates, Heyne, ist eigens nach Berlin gekommen, um dem Rätegremium etwas «sehr Ernstes» zu berichten, das «grosse Erregung unter den Soldatenräten» ausgelöst hat: «Es ist in Berlin ein Generalkommando Lequis eingerichtet worden, das ausserhalb der anderen Generalkommandos steht und die Soldatenräte nicht anerkennt.» Massen von Truppen stehen zwischen Potsdam und Nikolassee, «die fest in der Hand ihrer Führer sind und sich weigern, Soldatenräte zu wählen». Heyne hat versucht, mit den Kameraden der Gardeschützendivision zu diskutieren, «die Leute haben mir aber gesagt: ‚Soldatenräte, Unsinn! Wir werden die Berliner schon auf die Schnauze schlagen!‘» Das Offizierskorps dieser Verbände sei reaktionär und wolle mit den Soldatenräten nichts zu tun haben. Im Saal des preußischen Abgeordnetenhauses, wo der Vollzugsrat tagt, wird es laut, Teilnehmer rufen in die Runde: «Verhaften lassen!» – «An die Wand stellen!» Und einer der Vorsitzenden bringt auf den Punkt, was die meisten fühlen: «Die Stunde der Gefahr ist da!»⁵⁹

Und es ist nicht nur eine Stunde der Gefahr, sondern auch, selten genug, eine Stunde des Vollzugsrates. Er sucht die Verständigung mit den Volksbeauftragten, ausnahmsweise verhandeln die beiden formal obersten Instanzen des Revolutionsregimes auf halbwegs konstruktive Weise miteinander. Zwar kann der Vollzugsrat sich nicht mit der Forderung durchsetzen, den Truppeneinmarsch von vornherein zu verbieten. Aber er setzt genügend Einschränkungen durch, um Putschplänen viel Wind aus den Segeln zu nehmen. Statt mit voller Kriegsmontur dürfen die Soldaten nur mit «Taschenmunition» einziehen, sie sollen begleitet werden von Komitees der Arbeiter- und Soldatenräte und vor allem, mit Ausnahme eines «Bundesbataillons», dürfen nur Berliner Einheiten teilnehmen. Oberst von Thaer hat zu früh frohlockt; es wird nach diesem Beschluss keine 150'000 Mann geben, die angeblich nur darauf warten, die Gewehre sprechen zu lassen.

In dem klobigen Schloss auf der Wilhelmshöhe erkennt die Heeresleitung sofort, dass ihr die Felle davonzuschwimmen drohen. Bei einer Besprechung der OHL sitzt Groener, wie es dem Obersten Thaer erscheint, «zusammengesunken in seinem Klubsessel» und lamentiert, es sei eben wieder kein Mann da, der den Kopf hinhalten und den Befehl zum Einmarsch in Berlin geben wolle. Als Thaer erwidert: «Exzellenz, warum wird dann der Befehl nicht von hier gegeben?», da antwortet Groener, der Befehl würde gar nicht nach Berlin hineinkommen. Aber schon am 9. Dezember fordert Groener Ebert und die Volksbeauftragten offen heraus. Genau einen Monat nach dem Sturz des Kaisers wagt dessen Militärapparat bereits den Machtkampf mit der Revolutionsregierung. Der sonst so verbindliche General droht Ebert: «Aus den Forderungen des Vollzugsrates ersieht der Generalfeldmarschall (*Hindenburg; d. V.*), dass in Berlin tatsächlich nicht die Regierung und der Kriegsminister die Regierung führen, sondern durch den Vollzugsrat die terroristischen Kreise.»

Die Maske beginnt zu fallen, dahinter zeigt sich, selbst bei diesem temperierten Mann, der alte Obrigkeitsstaat, die alte antidemokratische Herrschsucht. Hindenburg, so Groener weiter, sehe im Kompromiss zwischen Regierung und Vollzugsrat über den Einzug der Feldtruppen «die absolute Tyrannei der Spartakus- und Liebknechtleute», die daran freilich nur sehr am Rande beteiligt sind. Der Generalfeldmarschall,

führt Groener weiter aus, «hält es für seine Pflicht, «die allerschlimmsten Feinde des deutschen Volkes», mit «allen Mitteln zu bekämpfen»; er fordere «Friedrich Ebert und die mit ihm harmonisierenden Mitglieder der Regierung auf, sich zu den Truppen zu begeben, um diesen Kampf gemeinsam zu führen». Das ist eine Drohung, ein Ultimatum; und Verrat und Insubordination folgen sogleich, als Groener, der angeblich so verlässliche Partner, am Morgen desselben Tages dem General Lequis befiehlt, «im Sinne des Generalfeldmarschalls selbständig zu handeln, notfalls alle entgegenstehenden Anweisungen von Regierungsorganen oder militärischen Stellen, auch des Kriegsministers abzulehnen».⁶⁰

Die Regierung mag diesen Aufruf zum Ungehorsam nicht kennen, aber die Sache steht klar genug. Sie steht vor einer Entscheidung, und sie entscheidet falsch. Keine Regierung, auch und erst recht keine demokratische, kann es dulden, dass ihr das eigene Militär in einer solchen Weise droht. Aber die Volksbeauftragten stehen ratlos und überfordert wie das Kaninchen vor der Schlange. Es zählt zu den traurigen Pointen dieser im Ergebnis am Ende so traurigen Revolution, dass der energischste Widersacher der machtlüsteren OHL nicht in der Reichskanzlei zu finden ist, sondern im preußischen Kriegsministerium. Staatssekretär Scheuch, durch die Konkurrenz der Heeresleitung direkt herausgefordert, unterbindet nach Kräften die Ausführung des gegenrevolutionären «Aktionsprogramms» durch wirksame Verbote; dass die Ersatzformationen des Heimatheeres und mit ihnen die meisten Soldatenräte nicht wie geplant aufgelöst werden, ist vor allem sein Verdienst. Hier entdeckt ein gewiss im Gestern noch befangener Mann seine Verantwortung. Die Volksbeauftragten handeln der OHL noch den Kompromiss ab, dass die einziehenden Truppen keine Panzerfahrzeuge und Maschinengewehre mitführen dürfen und auf die «Deutsche Republik» vereidigt werden.⁶¹

Die Signalwirkung im eigenen Lager ist verheerend, aus Eberts Sicht aber ein Preis, der gezahlt werden muss. Es gelingt ihm, als die ersten Einheiten der Gardedivisionen am 10. Dezember durch das Brandenburger Tor marschieren, in gewisser Weise sogar, die OHL auszumanövrieren. Es ist ein seltsames Bild, als der untersetzte, kräftige Ebert auf der kleinen Rednertribüne steht, überragt von Pickelhau-

ben, für Linke wie Rechte ein Sinnbild des Verrats. Eberts Ansprache wird in Erinnerung bleiben für die unglücklichen Worte, die er in der kalten Winterluft an die Soldaten richtet: «Kein Feind hat euch überwunden.» Aus dem Zusammenhang gerissen wird ihn dieser Satz den Rest seines Lebens lang verfolgen, als angeblicher Beweis gegen ihn von Rechts- wie Linksradikalen wieder und wieder zitiert; was aber weder die einen noch die anderen stört. Für die bald heranwachsende republikfeindliche und antisemitische Rechte gilt er als die Bestätigung, dass das Heer nicht «im Felde», sondern durch die Tücke von Sozialisten, Demokraten, Juden besiegt worden sei. Die Spartakisten und Kommunisten ihrerseits sehen in Eberts Worten den Beleg für einen Geheimpakt zwischen Sozialdemokratie und Militär, einen historischen Kompromiss zugunsten des Imperialismus.

Das eine ist so böswillig wie das andere, nichts davon hat Ebert im Sinn. Was er meinte: Nicht die einfachen Soldaten sind schuld an der Niederlage.

Nur fehlt ihm wie so oft das Gefühl dafür, auch die eigenen Leute mitzunehmen. Er verkörpert diese Revolution exakt so, wie er sie empfindet: als Zumutung, die angesichts der Demokratisierung durch die Oktoberreformen gar nicht mehr nötig gewesen wäre und die er jetzt eben hinnimmt, um noch Schlimmeres zu verhüten. Haase, der klügere Mann, aber nicht der durchsetzungsfähigere, wird nur zwei Tage später beim Einzug einer Jägerdivision eindeutiger Worte finden: «Die alten Machthaber, die Euch in den Krieg hineingetrieben und Elend auf Elend gehäuft haben, sind gestürzt.»⁶²

Soldatenräte aber, die nur Wochen zuvor noch ihr Leben riskiert haben durch den Aufstand gegen die starsinnige Fortsetzung eines Krieges, in dem der Feind die deutschen Heere sehr wohl besiegt hat, muss dieser von Generälen umrahmte Redner Ebert seltsam anmuten; auch wenn er in der weiteren Rede von den unsäglichen Opfern der Kriegsteilnehmer spricht, die «am meisten unter den Ungerechtigkeiten des alten Regimes» gelitten haben. Und nur die Offiziere verstehen wirklich, was Ebert tut, als er vor dicht gedrängten Zuschauerrängen an die gewaltige Menge der einziehenden Soldaten appelliert, sie mögen die Waffen aus der Hand legen – Waffen, «die, getragen von Söh-

nen des Volkes, dem Volk nie eine Gefahr, sondern stets nur Schutz sein sollten». Er macht ihre Pläne, um der «Ordnung» willen viel Blut zu vergiessen, noch einmal zunichte. Diese, seine Regierung wird nicht den Befehl geben, den die Heeresleitung so gern hören würde. Aber sie wird diese Heeresleitung auch nicht in die Schranken weisen, obwohl sie mehr Gründe dafür hätte als je zuvor.

Das Verhalten der Offiziere, die mit Vertretern der Regierung und erst recht des Vollzugsrats verhandeln, ist arrogant und abfällig. Bei einer Besprechung verlangt Hellmut von Gerlach von einem zuständigen Major namens Willisen Aufklärung über Übergriffe gegen Soldatenräte beim Grenzschutz nach Polen. Der Major antwortet, man dürfe eben nicht alles glauben, was diese Räte vorbrächten, er habe auch nicht geglaubt, was ihm über Gerlachs «Sektgelage in Posen bis tief in die Nacht hinein» hinterbracht worden sei. Unter den Uniformierten: «Allgemeine Heiterkeit».⁶³ Die Lüge als Kampfmittel: In Wahrheit hat Gerlach, von der preußischen Regierung als Unterhändler nach Posen entsandt, nachts auf dem eisigen Bahnhof eine Kolik erlitten. Die rechte Presse und reaktionäre Militärangehörige verbreiten daraufhin, «ich hätte mit den Polen ein Gelage gefeiert und mich derart am Tokayer berauscht, dass ich im Zustand der Sinnlosigkeit eine Posen preisgebende Urkunde unterzeichnet hätte».⁶⁴

Fast jeden Abend sitzen die Offiziere freilich selber «beim Glas Biere», wie Hauptmann Gustav Böhm, Adjutant im Preußischen Kriegsministerium, berichtet, und konspirieren voller Eifer. In diesen Tagen ist bereits mit Händen zu greifen, dass sich eine Revolution nicht durch ihre Todfeinde beschützen lässt, selbst wenn sie sich nach aussen hin halbwegs kooperativ geben; denn es bleibt ihnen zunächst nichts anderes übrig.

Die merkwürdige Stimmung geht deutlich aus Böhms Tagebuch hervor. Der Hauptmann ist nach den Massstäben des Offizierskorps ein gemässigter und realistisch handelnder Mann; sein Andenken wird Ehre verdienen, da er sich viele Jahre später gegen Hitler stellen und noch in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs von der Nazijustiz vor ein Erschiessungskommando gestellt und ermordet wird. Aber aus seinen Aufzeichnungen von 1918 geht die an Feindseligkeit grenzende Fremdheit hervor, die selbst ein solcher Offizier gegenüber der Revolution empfindet.

Tagelang versuchen die Generäle, Ebert umzustimmen. Noch am 12. Dezember beschwört ihn Lequis bei einer Sitzung mit dem Kriegsminister und hohen Offizieren, die Zeit laufe ab, in der man die Truppe noch fest in der Hand halte. Ebert ist nicht umzustimmen, und sein enger Mitarbeiter Kurt Baake erlaubt sich die Bemerkung: «Das preussische Offizierskorps gehört nach Golgatha, dann wird alles besser werden.»⁶⁵

Wichtiger noch für den Kollaps der Putschpläne ist vielleicht noch ein zweiter Grund, einer, mit dem kaum jemand gerechnet hat, weder der schiesslüsterne Oberst von Thaer noch die zornigen Antimilitaristen im Vollzugsrat und am wenigsten die Oberste Heeresleitung selbst. Sebastian Haffner wird das fünfzig Jahre später in meisterhafter Art auf den Punkt bringen: «Die Truppe hatte sofort nach Eberts Begrüßungsansprache begonnen, sich aufzulösen – spontan, disziplinwidrig, unauffällig.... Der Krieg war zu Ende, alle waren froh, dass sie ihn lebend überstanden hatten, alle wollten nach Hause – und Weihnachten stand vor der Tür. Sie waren nicht mehr zu halten.»⁶⁶

Die Masse der Frontsoldaten begreift die glückliche Heimkehr nicht als Auftrag zum Bürgerkrieg im eigenen Land. Die meisten gehen in den Tagen des Einzugs anschliessend einfach heim. Hauptmann Böhm sieht die Gardeschützen unter den Klängen des Yorkschen Marsches durch das Brandenburger Tor ziehen, abends schreibt er über den «schmerzlichen Tag» in sein Tagebuch: «Noch ein tadelloser Vorbeimarsch mit Augen rechts, und Kompanie um Kompanie verschwindet im Menschengewühl Unter den Linden. Noch eine Weile sieht man die Offiziere auf ihren Pferden aus der Menge herausragen, dann verschluckt auch sie die Menschenflut. Wie anders hatte man sich den Einzug durchs Brandenburger Tor erhofft. Manches Auge wird feucht.»⁶⁷

Wenn Groeners Auge auch feucht werden sollte, dann aus weniger sentimental Gefühlen heraus, sondern eher vor Zorn. Fassungslos verfolgt er die Vaporisierung der heimkehrenden Armee. Ganze Einheiten verbrüdern sich mit den Berliner Soldatenräten «und erzwingen ausser der Reihe die Abfahrt». Dass die Soldaten genug Gewalt und Leid gesehen und ohnedies wenig Grund zur Loyalität einer Führung gegenüber haben, die noch 1918 Hunderttausende bedenkenlos ihrer

Illusion eines Sieg- und Eroberungsfriedens geopfert hat – auf solche Gedanken kommt der General keinen Moment lang. Stattdessen gibt er die Schuld an der Auflösung des Frontheeres den üblichen Verdächtigen: «Alle Autorität der Offiziere und Unteroffiziere wird durch die Propaganda der Unabhängigen und der Spartakisten untergraben. Die Oberste Heeresleitung ist machtlos, da von der Regierung nichts dagegen unternommen wird.»⁶⁸ Die Gegenrevolution hat, um im Bilde zu bleiben, eine Schlacht verloren. Aber eben nur eine Schlacht.

«Dutzende wilde Männer»: Der Reichsrätekongress

Dem Korrespondenten der *Vossischen Zeitung* ist erkennbar nicht wohl unter diesen Leuten. Er beschreibt «Dutzende wilde Männer, Soldaten mit kriegszerrütteten Nerven, Schaum vor dem Mund, lallend vor Aufregung». Das ist nun doch eine ziemliche Übertreibung des Umstandes, dass es am 16. Dezember hier in der vornehmen Kammer des preußischen Abgeordnetenhauses wesentlich rauer zugeht als früher; die meisten tragen rote Abzeichen, die Soldaten ihre grauen Uniformen, die Arbeiter oftmals abgetragene Anzüge. «Inmitten dieser Gärung, diesem Sturm und Aufruhr, wehrlos unter den Gewalttätigen: ein kleiner, unscheinbarer, schweigsamer Mann, mit den Händen eines Arbeiters, der Stirn eines Gelehrten, den Augen eines Gläubigen: Carl Severing, Arbeiterführer aus Bielefeld, aber der Vertreter von vier Jahrzehnten gewerkschaftlicher Disziplin, Verantwortungsfreudigkeit, Nüchternheit und Gemeingeist.» So die *Vossische Zeitung* weiter, womit der Reporter anscheinend noch einmal betonen möchte, was für eine wüste Schar hier in den würdigen Hallen eingefallen ist, in der das Drei-Klassen-Parlament von Preußen tagte.

In der Tat geht es oftmals laut bis tumulthaft zu auf dieser ersten reichsweiten Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte, die hier nun die Weichen für die Zukunft des Reiches stellen soll. Es geht vor allem um die Frage Nationalversammlung (und den Termin der Wahl) oder Räterepublik. Das Abgeordnetenhaus ist bis auf den letzten Platz gefüllt, auf den Galerien drängen sich Zuhörer und Parteigänger; viele junge Männer sind unter den Delegierten, sogar einige Offiziere und

zwei Frauen. Rednertribüne und Ehrenplätze hat man mit dunkelrotem Stoff verkleidet, Kränze mit roten Schleifen schmücken die Säulen. Bald füllen Stimmengewirr und Zigarettenqualm den grossen Sitzungssaal, es darf anfangs noch geraucht werden – «russische Gepflogenheiten», notiert ein Berliner Reporter. Wo Preußens Regierung sass, nehmen nun zur Rechten die sechs Volksbeauftragten Platz, zur Linken die Herren des Gross-Berliner Vollzugsrates.

Bis zu diesem Zeitpunkt sind die Kräfteverhältnisse im linken Lager eher gefühlt als wirklich ausgemessen und von den Vorgängen auf Berlins unruhigen Strassen überschattet. Nun aber treten Vertreter der Revolution aus dem ganzen Reich zusammen, gewählt nach einem relativ repräsentativen Schlüssel: je ein Delegierter auf 200'000 Einwohner, je einer auf 100'000 Soldaten. Für den Spartakusbund, der sich auf dem Wege der Autosuggestion selber davon überzeugt hat, die Speerspitze des Proletariats zu sein, sind diese Wahlen ein Debakel epischen Ausmasses: Von 514 Kongressteilnehmern stehen etwa 300 zur MSPD und gut 100 zu den Unabhängigen, selbst im verbliebenen Rest – darunter Parteilose und einige linke Bürgerliche – sind Liebknichts Anhänger eine winzige Schar, die sich in einer Saalecke versammelt hat. Nicht einmal Karl Liebknicht selbst und Rosa Luxemburg haben ein Mandat erhalten, was auch an ihrem eigenen wirren Wahlverfahren liegt; aber dennoch: Deutlicher liesse sich die Schwäche der äussersten Linken kaum noch demonstrieren, jener gefürchteten und verteufelten Spartakisten, die für die Volksbeauftragten der MSPD und erst für das Militär als grösste denkbare Gefahr gelten. Aber sie sind laut, ihre Anhänger schreien Parolen von den Galerien herunter, blasen auf Trillerpfeifen als Philipp Scheidemann spricht, sie rufen: «Weg mit Scheidemann!» Als er sarkastisch erwidert, sie sollen unbesorgt sein, er gehe, und zwar in einer halben Stunde zum Essen, schwillt das Protestgeschrei an, und er kommt kaum noch dazu, seine Rede zu beenden. Ihm selbst erscheint das Plenum als Hexenkessel, obwohl die grosse Mehrheit der Delegierten auf seiner Seite ist und ihrerseits die Spartakusleute niederbrüllt.

Karl Liebknicht, von Rückschlägen nie gelähmt, mobilisiert zwar eine Grossdemonstration vor dem Abgeordnetenhaus; eine Delegation junger Spartakisten verschafft sich während Richard Müllers Eingangrede Zugang in den Saal und darf dort Forderungen vorlesen,

wird aber ausgebuht, als die Zuschauer erkennen, um wen es sich handelt. «So siehste aus!», rufen Delegierte, als der Redner die Beseitigung der Regierung verlangt; schliesslich werden die Linksradi-kalen hinauskomplimentiert. Liebknecht klettert sodann auf das Portal des Abgeordnetenhauses, in allen Fenstern sind Köpfe von Delegierten zu sehen, die ihm zuhören; so kann er ihnen zurufen, ihre Aufgabe sei es, die «Reste der Gegenrevolution» auszuheben, und «dazu gehört auch – ich sage das, auch wenn sich irreführte und missleitete Proletarier darüber empören – die Regierung Ebert – Scheidemann!» Aus der Menge tönen Sprechchöre: «Nieder mit den Scheidemannern!»

Der Spartakusbund macht mit diesem Aufmarsch eines deutlich: Wir sind noch da! Und wir bleiben da, auch wenn ihr uns nicht herein-lassst. Das nämlich ist geschehen, als sich gleich zu Kongressbeginn die grosse Mehrheit dagegen ausspricht, Liebknecht und Rosa Luxemburg als Gästen das Rederecht zu geben.⁶⁹

Das bedeutet nicht, dass es im Abgeordnetenhaus nicht zu den stürmischsten Debatten über Weg und Wehe der Revolution käme. Richard Müller als Vorsitzender des Vollzugsrates eröffnet die Debatte mit einer langen Ansprache, indem er sich den Zorn über die Volksbeauftragten von der Seele redet und für die Versammlung einen «Kampf der Geister» ankündigt, der «hart und scharf» sein werde. Der Streit um die Kompetenzverteilung zwischen Regierung und Vollzugsrat ist in der Tat eine schwere Last für die Revolution und bleibt auf dem Kongress ein wiederkehrendes Streitthema. Selbst Dittmann verdreht die Augen ob der Litanei; aber einen wahren Kern hat sie schon, welchen die meisten nicht kennen, die mit den Berliner Verhältnissen nicht vertraut sind: Der Rat der Volksbeauftragten, vor allem die Ebert-Fraktion, hat den Vollzugsrat immer mehr behandelt wie eine Last, eine Bande von Querulanten und Störenfriede, als politische Traumtänzer, welche mit ihrem Gejammer die Regierungsarbeit stören. Sie erkennen ihn faktisch nicht als legitime Institution an, und Müller befürchtet, dass es den hier versammelten Räten genauso ergehen könnte; nicht ohne Grund, wie sich bald zeigen wird.

Aber richtig gut nimmt die Mehrheit die Brandrede nicht auf. Schon am ersten Tag ist spürbar, dass der Geist des Anfangs, der Wunsch nach Einigkeit die Mehrheit der Delegierten erfüllt; sie wollen nicht

das Trennende betonen, sondern das Gemeinsame. Als sich Ledebour und nach ihm Landsberg am zweiten Tag erneut verhaken, brüllt ein Delegierter «mit Löwenstimme» dazwischen: «Uns interessieren die Berliner Streitigkeiten nicht! Wir sind hier, um zu bestimmen, was werden soll, nicht was war: Nationalversammlung oder Diktatur, das ist hier die Frage!»⁷⁰

Es ist Wilhelm Dittmann, der dies unter grossem Beifall auf den Punkt bringt: Der Rat der Volksbeauftragten «ist im ganzen Reiche von dem Vertrauen getragen, das die beiden sozialistischen Parteien in den Arbeiter- und Soldatenräten geniessen», die gemeinsame Regierung könne «daher mit Fug und Recht erklären, Beauftragte und Vollstreckerin des Volkswillens in Deutschland zu sein». Er schildert die Zwänge des Waffenstillstandes, der doch der erste Akt dieser Regierung gewesen sei: «Wir waren auf Schritt und Tritt gefesselt durch die Folgen der verbrecherischen Politik, die vor der Revolution getrieben worden ist!» Er spricht sich seitens der USPD-Volksbeauftragten für die Nationalversammlung aus, wie es inzwischen auch die Mehrheit der Partei getan hat, und ruft unter lautem Beifall: «Kein Atom von Kraft sollte im Bruderkampf vergeudet werden!» Dittmann beendet seine Rede mit dem «herrlichen Wort» des Dichters Ferdinand Freiligraths:

*Wir hämmern jung das alte morsche Ding, den Staat,
Die wir von Gottes Zorne sind bis jetzt das Proletariat!*⁷¹

Der Kongress tagt mehrere Tage lang, bis zum 21. Dezember. Vergeblich versucht die USPD-Linke eine Mehrheit zu finden, die sich gegen eine Nationalversammlung und für eine Räterepublik ausspricht; eine Republik also, in der gewählte Räte Regierung und Verwaltung anweisen und kontrollieren. Am 19. Dezember versucht es Ernst Däumig vom Vollzugsrat mit einem flammenden, rhetorisch eindrucksvollen Appell: «Man spricht in bezug auf das Rätesystem von der Diktatur, und jeder Spiesser malt sich darunter etwas Gruseliges vor; er denkt an Browningpistolen, an Maschinengewehre ...» Das Rätesystem werde, von der Arbeiterschaft getragen, jedoch die wahre Demokratie sein, ohne Terror und die Fehler der russischen Genossen. Am Ende jedoch ruft Däumig: «Glauben Sie doch nicht, dass die deutsche Re-

volution mit den paar Tagen des November 1918 abgeschlossen ist. Sie geht ihren Gang weiter, und es kommt vielleicht das, was in Russland gekommen ist ... Wundern Sie sich nicht, wenn in absehbarer Zeit die Revolution mit wehenden Haaren und ehernen Sandalen wieder vor Sie hintritt und sagen wird: ‚Warum habt Ihr das Pfund verschleudert, was ich Euch gegeben habe in jenen Novembertagen?’⁷²

Doch die Mehrheit überzeugt das nicht; sie fürchtet weniger die vorwurfsvolle Schicksalsgestalt der Revolution als vielmehr die drohende Diktatur einer Minderheit, das russische Beispiel ist abschreckend genug; Däumig gesteht das ein wenig verlegen selbst ein, wenn er erklärt, «was sich in Russland durch die historischen Gesetze aufzwang, braucht noch lange nicht in Deutschland der Fall zu sein» und sei «nicht mechanisch und sklavisch» nachzuahmen. Die Stärke seines Modells liegt in der erfrischenden Utopie, im ideellen Gegenentwurf zur «bürgerlichen» Demokratie des Parlaments: Nur die Räte garantieren in diesem Denken wahren Sozialismus. Doch die Utopie ist zugleich die grosse Schwäche solcher Forderungen; denn wer genau die Räte wählen soll und wie, ob sie die Institutionen der bestehenden Gesellschaft kontrollieren oder doch ersetzen sollen, wie die Gefahr zu bannen ist, dass Minderheiten wie die Bolschewisten die Räte lediglich als Werkzeug der Machteroberung missbrauchen – zu wenig davon verrät Däumig den Delegierten.

Die wichtigste Rede hält, kurz vor Däumig, der Mehrheitssozialdemokrat Max Cohen-Reuss; ein Mann vom Ebert-Flügel, ehemaliger Soldat, jüdischer Herkunft und Mitglied des Vollzugsrates, ein kluger Geist. Geschickt spricht er den grössten Widerspruch der Rätebefürworter an, ihr Verhältnis zum revolutionären Russland, dem einzigen Staat, in dem es ein solches System gibt. «Was hat der Bolschewismus, die Diktatur des Proletariats, in Russland erreicht? Nach meiner Überzeugung nichts, was zur Förderung des Sozialismus, sondern nur, was dazu dienen kann, den Sozialismus auf Jahrzehnte hinaus zu diskreditieren.» Man könne den Sozialismus nicht «durch Gewalt und Dekrete einführen», denn «es wird nicht mehr Sozialismus durchführbar sein, als die Mehrheit des Volkes will».⁷³

Noch am selben Tag fallen die Würfel, unwiderrufflich: Mit 400

Stimmen gegen 50 beschliesst der Rätekongress eine Nationalversammlung für den 19. Januar 1919. Die Niederlage der Linken ist endgültig, jedenfalls auf legalem und parlamentarischem Weg. Und die meisten von ihnen wissen das, allen voran Richard Müller, der sich nachher vor einer Berliner Arbeiterräteversammlung Luft macht: «Ich habe vorher meine Erwartungen nicht allzu hoch gestellt, aber dass dieser Kongress zu einem politischen Selbstmörderclub werden würde, das habe selbst ich nicht geglaubt.»

Es gehört zu den kuriosen bis tragischen Missverständnissen, dass weder die Linksradikalen noch die MSPD-Führung sich ein realistisches Bild der Rätebewegung vom November und Dezember 1918 machen. Müller und Däumig, erst recht Liebknecht und Rosa Luxemburg, verstehen unter Räten die Avantgarde des Proletariats, oberste Instanz einer völligen Umwälzung der Gesellschaft, das ist ihre Hoffnung und Erwartung; für die MSPD ist es die grösste Befürchtung. Beide betrachten die Räte als potenzielle Waffe sozialistischer Herrschaft; die Linken wollen dies erreichen, die Mehrheitssozialdemokraten verhindern. Beide verkennen dabei, was der Dezemberkongress so unzweideutig zutage bringt: Diese deutsche Rätebewegung hat mit der bolschewistischen in Russland nicht sehr viel mehr gemein als den Namen und den Wunsch, ein bankrottetes, ungerechtes Gesellschaftssystem zu überwinden. Die deutschen Räte aber wollen keine Diktatur des Proletariats errichten; sie betrachten sich mehrheitlich als Herrschaftsorgane auf Zeit, bis eine neue, demokratische Ordnung geschaffen und gefestigt ist, und deshalb haben sie für die Nationalversammlung gestimmt. Welche Rolle sie dann spielen werden, mag den meisten noch unklar sein. Aber die «deutschen Arbeiter- und Soldatenräte vom November 1918», so überzeugend Heinrich August Winkler, «verstanden sich in der Regel als institutionellen Notbehelf, nicht als Modelle einer künftigen ‚reineren‘ Demokratie.» Eben das macht diese Revolution zu einem Aufstand der Besonnenen.

Der Kongress ist also ein Triumph der MSPD. Sie hat eigentlich, was sie haben wollte: eine klare, eindeutige Legitimation für den Parlamentarismus und den Weg der Reformen, eine überzeugende Mehrheit in der eigenen Anhängerschaft und eine, nach all. den Querelen untereinander und mit dem Vollzugsrat, in dieser Breite nicht unbe-

dingt zu erwartende Bestätigung der Basis für die Regierung der sozialistischen Einigkeit. Sie könnte jetzt stärker sein und sich stärker fühlen als zuvor. Aber das Gegenteil wird geschehen, binnen weniger Tage schon, mit unabsehbaren Folgen für das Schicksal der Revolution und der deutschen Demokratie. Diese Regierung zerbricht – und zwar an der Gretchenfrage dieser Revolution: Wie hältst Du mit dem Militär?

«Warum hat man nicht alle Generäle entlassen?» die «Hamburger Punkte»

Der Kongress bringt Ebert nämlich auch in Verlegenheit, als die Mehrheit – seine Mehrheit – in zwei Punkten die Säumigkeit der Regierung beklagt und auf deren Durchsetzung beharrt. Es sind Fragen, welche auch die gemässigte Mehrheit fürs Wesensfragen der Revolution hält: die Sozialisierung der Schlüsselindustrien und die Aufstellung demokratischer Streitkräfte.

Bei der Sozialisierung hat die Regierung, wie beschrieben, wenig Konkretes vorzuweisen ausser einer umständlich agierenden Prüfkommision; es spricht Bände, dass es der radikale Barth und der gemässigte Severing sind, die im Namen beider sozialistischen Parteien den Beschluss durchsetzen, dass die Regierung «unverzüglich mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus» zu beginnen habe. Wie dringlich diese Frage den Räten erscheint, wird illustriert durch einen Streik der Bergarbeiter in Hamborn bei Duisburg.

Die Sozialisierung gehört von jeher zu den Pfeilern des SPD-Programms; und ebenso verhält es sich mit der demokratischen Volkswehr, welche das stehende Heer ersetzen soll. Und es ist das Thema, welches den Kongress wirklich aufrüttelt, zu präsent sind noch die Vorgänge des 6. Dezember und während des Truppeneinmarsches nach Berlin. Bevor diese Truppen auseinandergelaufen sind, haben die Soldatenräte des Heimatheers in und um Berlin deutlich zu spüren bekommen, welcher Wind dort weht, wo die alten Kommandogewalten noch herrschen. Hochfahrende Offiziere haben sich abgewendet, wenn die Räte mit ihnen zu sprechen wünschten, rote Fahnen wurden von

den Masten gerissen, Drohungen ausgesprochen. Die Gegenrevolution, bis dahin eine Schimäre, hat plötzlich konkrete Gestalt angenommen.

Schon am zweiten Abend dringen daher protestierende Soldaten unter dem Führer der Volksmarinedivision, Heinrich Dorrenbach, ins Plenum des Rätekongresses ein; diese Delegation der Gross-Berliner Soldatenräte alarmiert den Kongress. Die Matrosen der Volksmarinedivision fühlen sich bedroht durch die Fronttruppen in Berlin und unter Druck gesetzt von Kriegsministerium und Stadtkommandantur; beide haben seit dem 12. Dezember darauf gedrängt, die Volksmarinedivision solle das Stadtschloss räumen, in dem sie ihr Quartier aufgeschlagen hat; angeblich ist durch sie manch schönes Inventar des kaiserlichen Haushalts auf dem Schwarzmarkt gelandet. Welch weitreichende Folgen dieser zunächst lachhaft erscheinende Konflikt annehmen wird, ahnt noch keiner der Beteiligten. Aber die Matrosen sind beunruhigt genug, ihre Maschinengewehrabteilung in Bereitschaft zu versetzen.

Dorrenbach und andere Offiziere fordern dort in einer heftigen Debatte ein völliges Umdenken in der Militärpolitik. So bricht diese unangenehme Thematik ganz unversehens über die noch anwesenden MSPD-Volksbeauftragten Ebert und Landsberg herein; und nur durch den wie stets ausgleichenden Hugo Haase gelingt es, die Beratungen auf den kommenden Tag zu verschieben. Die Forderungen der Matrosen sind nämlich ganz grundsätzlich und noch dazu mit 19 weiteren Berliner Soldatenräten abgestimmt, die sich alle sowohl hinter die Regierung der Volksbeauftragten als auch hinter die Volksmarinedivision stellen. Letztere soll im Schloss bleiben. Darüber hinaus verlangen sie, was die Regierung bislang versäumt hat: die Kommandogewalt der Obersten Heeresleitung zu beenden und zu übertragen auf einen «obersten Soldatenrat», zu wählen aus allen deutschen Soldatenräten. Ausserdem seien die Offiziere zu entwaffnen und die Rangabzeichen zu entfernen. Damit ist die demokratische Volkswehr zum zweiten grossen Thema des Rätekongresses geworden.

Das liegt auch daran, dass die «Gegenrevolution» durch fast alle Debatten geistert. Und wie diese aussieht, beschreibt am 17. Dezember der radikale Unabhängige Otto Brass, Vorsitzender des Remscheider Arbeiter- und Soldatenrates, in einer aufwühlenden Rede. Überall im Westen, wo die zurückflutenden Fronttruppen auf die Räte stiessen, ist

es zu Zusammenstößen gekommen; am Vortag hat Dittmann sich und die Regierung sogar gerühmt, deswegen den General Magnus von Eberhardt entlassen zu haben. Aber Versuche der Divisionskommandeure und Generäle, die Soldatenräte zu behindern oder gleich ganz aufzulösen und die Embleme der Revolution zu beseitigen, seien kein Einzelfall, berichtet Brass: «Nehmen sie die Orte im Westen, wo sie wollen, sie werden wenige finden, wo nicht diese Zustände geherrscht haben!» Und an die Regierungsbank richtet er die Frage: «Was haben unsere Volksbeauftragten dagegen getan? Es sind ja keine Einzelfälle, ... es liegt auch System in der ganzen Sache.»

Brass berichtet von einem Befehl zur Auflösung der Soldatenräte, der in der 234. Infanteriedivision an die Mannschaften erging, in dem es hiess: «Es werden heute schon 25 scharfe Patronen verteilt und, falls es so weit ist, werdet Ihr weitere 25 Stück erhalten. Ihr habt stets Eure Pflicht getan! Tut es auch in diesem Falle!» Geschrei und Pfuirufe im Saal, minutenlang schildert Otto Brass, wie das alte Militär wieder Fuss fasst, die Räte beiseiteschiebt: «Genosse Dittmann hat erklärt, man hätte einen General entlassen. Ich frage, warum hat man nicht alle Generäle entlassen, die in dieser Art und Weise gegen die Revolution für die Konterrevolution gearbeitet haben?» Brass letzte Sätze gehen im stürmischen Beifall fast unter, er fordert «die unverzügliche Festsetzung der Generale, die Auflösung des stehenden Heeres, die Entwaffnung der Offiziere, die Errichtung einer roten Garde zum Schutz der Revolution!»

Noch nie in der kurzen Geschichte der Revolution ist den MSPD-Volksbeauftragten ein solcher Gegenwind der eigenen Basis entgegengeschlagen, kein anderes Thema erregt derartigen Zorn wie die Rückkehr des alten Militärs in Machtstellungen. Am Morgen des 18. Dezember kommt es also zur entscheidenden Debatte; intern haben die USPD-nahen Räte schon die Unterstützung der Forderungen beschlossen, welche die Volksmarinedivision am Vorabend präsentiert hat; auch im Lager der MSPD ist eine starke Fraktion dafür. Um die Beschlussfassung zu erleichtern, haben die Räte eine Kommission unter Haases Vorsitz gewählt, die eine Vorlage erstellt, über die dann das Plenum abstimmen soll. Das Ergebnis sind die «Hamburger Punkte»; so benannt, weil sie der Hamburger Soldatenvertreter Walter Lamp¹

formuliert hat. Sie sollen hier im Einzelnen leicht gekürzt genannt werden, weil das deutsche Militär bis dahin noch niemals so nah an einem demokratischen Neubeginn gestanden hat wie an diesem 18. Dezember 1918:

1. Die Kommandogewalt über Heer und Marine üben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrates aus.
2. Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams wird die Entfernung aller Rangabzeichen und des ausserdienstlichen Waffentragens angeordnet.
3. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ist der Überzeugung, dass die unterstellten Truppen den selbstgewählten Soldatenräten und Vorgesetzten im Dienste den zur Durchführung der Ziele der sozialistischen Revolution unbedingt erforderlichen Gehorsam erweisen. Vorgesetzte ausser Dienst gibt es nicht mehr.
4. Entfernung der bisherigen Achselstücke usw. ist ausschliesslich Angelegenheit der Soldatenräte und nicht einzelner Personen. Ausschreitungen schädigen das Ansehen der Revolution und sind zur Zeit der Heimkehr unserer Truppen unangebracht.
5. Die Soldaten wählen ihre Führer selbst. Frühere Offiziere, die das Vertrauen ihrer Truppenteile geniessen, dürfen wiedergewählt werden.
6. Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden und Beamte im Offiziersrange sind im Interesse der Demobilisierung in ihren Stellungen zu belassen, wenn sie erklären, nichts gegen die Revolution zu unternehmen.
7. Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.⁷⁴

In der Debatte entschuldigt sich Otto Tost vom Zentralrat der Marine für das Vorpreschen der Matrosen am Vorabend, dies sei nur der Dringlichkeit ihres Anliegens geschuldet. In der Sache selbst aber

«wird wohl hier kein Kamerad sein, der diese Forderungen nicht unterschreiben könnte»⁷⁵. Das sieht er richtig. Diese sieben «Hamburger Punkte» sind eine machtvolle Botschaft, die der Kongress schnell und beinahe einstimmig annimmt; die Revolution hat ihren Ausgang als Aufstand gegen den Militarismus genommen, und die Einheitsregierung muss jetzt endlich liefern. Um dies zu verdeutlichen, wird ein achter Punkt, der auf den Wunsch Friedrich Eberts zurückgeht, abgelehnt: Demnach wären die sieben ersten nur «Richtlinien», die «endgültigen Ausführungsbestimmungen» soll der Rat der Volksbeauftragten beschliessen. Aber die Delegierten des Rätekongresses lehnen diese Einschränkung ab. Sie haben genug Einschränkungen gesehen.

Von dieser Einzelfrage abgesehen, erhebt sich während der Debatte im Plenum kaum inhaltlicher Widerspruch. Für die Regierung sprechen Dittmann, Landsberg und Scheidemann, jedoch zu anderen Fragen, niemand von ihnen erhebt Einwände; auch Ebert nicht.

Die Oberste Heeresleitung sieht den Fehdehandschuh sofort, und sie reagiert umgehend und scharf. In die Schusslinie gerät nun Ebert, er wird massiv unter Druck gesetzt. Zuerst wird Groeners Mann in Berlin, Hauptmann Schneider als Beobachter für die OHL, vorstellig und malt dem Regierungschef in düstersten Farben aus, welche Folgen der Beschluss zeitigen werde: Chaos, Niedergang, Bolschewismus, Wehrlosigkeit. Die «Hamburger Punkte» seien doch bitte durch die Volksbeauftragten «einzuschränken». Ebert wimmelt ihn zunächst ab: Die Beschlusslage lasse ihm nun einmal «wenig Spielraum». Die OHL fährt nun schwereres Geschütz auf: Am 19. Oktober weigert sich Paul von Hindenburg, die Punkte anzuerkennen, und weist die Generalkommandos an, ebenso zu verfahren. Das ist offener Ungehorsam: «Ich bin der Auffassung, dass eine solch tief ins Leben der Nation einschneidende Veränderung nicht von einer einseitigen Ständevertretung, sondern nur von der durch das ganze Volk berufenen Nationalversammlung getroffen werden kann» – Worte eines Kriegsherrn, der jahrelang jeden Schritt zur Demokratie bekämpft und verfolgt hat und nun jählings den Volkswillen anruft: «Ich bin in diesem Sinne bei der Regierung vorstellig geworden. Es bleibt daher bei den bisher gegebenen Befehlen.»⁷⁶

Wenn es von der späteren Reichswehr der Weimarer Republik heissen wird, sie sei ein «Staat im Staate» gewesen, so ist die Absicht, sich der demokratischen Willensbildung nicht zu beugen, hier bereits klar erkennbar. Einen besseren Grund, ihn sofort zu entlassen, könnte Hindenburg der Regierung eigentlich gar nicht liefern. Aber nichts geschieht. Die Offiziere des Grossen Hauptquartiers protestieren nun ganz offiziell bei der Regierung: «Durch diesen Beschluss wird die Autorität aller Führer in einem Augenblick begraben, wo sie ihrer am notwendigsten bedürfen. Bei Durchführung dieses Beschlusses ist die ordnungsgemässe Durchführung des Heeres ausgeschlossen, ein wirtschaftlicher Zusammenbruch unvermeidlich; die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen in Frage gestellt; die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im Inneren nicht mehr durchführbar. Bildung einer Roten Garde, Sprengung der Nationalversammlung, Sturz der Regierung Ebert und völlige Anarchie wären die Folge.»⁷⁷

Die Mehrheit der späteren Geschichtsforschung, auch die liberale, wird mehr oder weniger zu der Auffassung kommen, dass die sieben Punkte zumindest in Teilen «wirklichkeitsfremd» seien, vor allem die freie Wahl der Führer. Aber warum eigentlich? Zum ersten Mal erhält das Volkswehr-Konzept der SPD von 1891 konkrete Grundzüge; mit den Soldatenräten steht überall im Reich das Personal für den Aufbau dieses Heeres neuen Typs bereit.⁷⁸ Die Hamburger Delegation verweist auf dem Kongress darauf, dass sie in ihrer Stadt selbst bereits so verfähre, wie es die Punkte vorsehen. Das Konzept ähnelt dem Schweizer System einer Bürgermiliz oder der österreichischen Volkswehr, die sich in Wien zur selben Zeit als verlässliches Instrument der neuen Republik erweist. Ob das Ende erkennbarer Rangabzeichen praktikabel wäre, käme auf den Versuch an, aber das ist doch eher ein Detail. Dagegen steht die grosse und einmalige Gelegenheit, die Soldatenräte für das Projekt eines republikanischen Heeres zu begeistern, dies wäre als Symbol für die Überwindung des preußischen Militarismus vielleicht eine der grossen mobilisierenden, die eigenen Anhänger zusammen – schweisssenden Reformen geworden. Aber es wird anders kommen.

Es wäre ein Gebot der Vernunft, die Heeresleitung nun vor die Tür zu setzen, wenn sie sich den «Hamburger Punkten» verweigert. Es nicht zu tun, sondern im Gegenteil einzuknicken, muss doch geradezu

die eigene Basis entfremden. Mit Hilfe der Soldatenräte ist die paritätische Einheitsregierung überhaupt erst gegen die Begehrlichkeiten der Linksradikalen durchgesetzt worden. Auf die Soldatenräte haben sie sich beim Reichskongress stützen dürfen. Diese Räte betrachten die sechs Volksbeauftragten als ihre Regierung; aber dieser haben sie nun einen sehr deutlichen Warnschuss vor den Bug gegeben. Es soll Schluss sein mit dem alten Militär, mit des Kaisers Generälen, mit Kadavergehorsam und Obrigkeitsgeist, mit der Gefahr der Gegenrevolution, die – wie seit dem 6. Dezember doch erkennbar – mehr ist als ein Hirngespinnst.

Doch Ebert beachtet diese Warnzeichen nicht.

«Verhängnisvolle Abstinenz»: Die USPD entleibt sich selbst

In der Reichskanzlei hat Arnold Brecht, zeitlebens Anhänger «einer Politik, die das Militär vollständig der republikanisch – demokratischen Staatsgewalt unterordnet», mit Unbehagen verfolgt, wie selbstbewusst die Offiziere nach kurzer Zeit bereits wieder auftreten, er spottet über ihre Galauniformen, die ihn komisch anmuten. Brecht unterstützt sämtliche Bemühungen, republikanische Wehrverbände aufzubauen, muss aber feststellen: «Ich befand mich in meinem Bestreben, eine von monarchisch-militaristischen Traditionen losgelöste, neu aufgebaute Regierungstruppe zu schaffen, oft mehr im Einvernehmen mit gemässigten Unabhängigen wie Haase, Hilferding, Breitscheid, als mit Ebert und Noske.»

Für einen Moment lang glaubt Dittmann als einer dieser gemässigten USPD-Politiker, die sieben Punkte markierten einen historischen Augenblick; sie seien ein enormer Erfolg für die eigene Partei, vielleicht gar der bisher grösste Lohn für die umstrittene Regierungsbeteiligung seit dem 9. November: «Die ‚Sieben Hamburger Punkte‘ unterstrichen wirksam unser Verlangen, den alten Militarismus mit seinem blinden Kadavergehorsam zu beseitigen sowie den Einfluss der adeligen Offizierskaste zu brechen.»⁷⁹ Und ausgerechnet in diesem Moment entleibt sich die unabhängige Sozialdemokratie politisch selbst.

Der USPD, erst im Vorjahr als linke Abspaltung der SPD gegrün-

det, droht Mitte Dezember 1918 dasselbe Schicksal wie damals der Mutterpartei. Der linke Flügel begehrt auf, attackiert die Führung, fordert Politik nach Prinzipien statt Pragmatismus; und er tut das nach den Schüssen vom 6. Dezember auf zunehmend aggressive Weise, er macht seine Genossen in der Regierung mehr oder weniger offen mitverantwortlich für das Grauen in der Chausseestrasse.

Männer wie der intellektuell faszinierende Ernst Däumig und der sture, verlässlich humorlose Georg Ledebour fühlen sich Liebknecht und Rosa Luxemburg bald näher als den Genossen Haase und Dittmann. Diese werden in der Partei immer wüster beschimpft, sogar als «Verräter der Revolution» gezeißelt; die Angriffe auf die Regierung schliessen die drei eigenen Vertreter darin am Ende wie selbstverständlich mit ein.⁸⁰ Bei einer Parteiversammlung am turbulenten 6. Dezember geht Ledebour sogar körperlich auf Haase los. Eigentlich teilen Linke und Gemässigte dieselbe Sorge: Kommt die Nationalversammlung und mit ihr eine Demokratie westlich-parlamentarischen und kapitalistischen Musters, würden viele sozialistische Vorhaben Utopie bleiben, die Sozialisierung, das Rätewesen, die Herrschaft des Proletariats wahrscheinlich verschoben auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Es ist ausserdem zu befürchten, dass Grossgrundbesitzer, Generäle, Beamte, Industrielle, sprich die sogenannten Eliten des Kaiserreichs, Machtpositionen bewahren und sogar ausbauen. Genau so wird es mit der Weimarer Republik auch kommen. Die Wege freilich, auf denen die beiden Flügel der USPD diese Szenarien verhindern wollen, unterscheiden sich grundsätzlich. Die Gemässigten setzen darauf, durch ihren Anteil an der Regierungsmacht so viel Sozialismus wie möglich zu verwirklichen. Den Radikalen erscheint das Mögliche als kümmerlicher Trost im Vergleich zum Wünschbaren, sie wollen die Revolution neu entfachen.

Es ist der klassische Konflikt zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Karl Kautsky wird ein paar Jahre später schreiben: «Unsere Partei bot damals einen grotesken Anblick. Ihr rechter Flügel stand in der Regierung und ihr linker arbeitete am Sturz derselben Regierung.»⁸¹ Als die USPD sich 1917 von der SPD gelöst hat, war das anders: Die Abspaltung war nötig, weil die Duldung des Krieges durch die grosse Partei nichts einbrachte als Verlust an Glaubwürdigkeit in der Arbeiterschaft. Ähnliche Ratio können die Linksradikalen im De-

zember 1918 nicht von sich behaupten: Ein Rückzug aus der Regierung würde das Ende einer Arbeit bedeuten, mit der die drei Vertreter der USPD nicht wenig erreicht haben und mit der sie vor allem ein Gegengewicht zur MSPD bilden. Würden sie gehen, überliessen sie der MSPD allein das Feld. So denken Dittmann und Haase, aber nicht die Mehrheit des Parteivorstandes. Nicht einmal Emil Barth kann die linken Genossen davon überzeugen, dass weniger Macht nicht mehr Revolution bedeuten würde: «Eine neue Psychose war da. Es war, als ob ein Teil der Männer des Proletariats beweisen wollte, dass auch sie die Unvernünftigkeit, bis zur höchsten Potenz gesteigert, in sich verkörpern könnten.»⁸²

Den ganzen Kongress hindurch poltert und polemisiert Ledebour gegen den Rat der Volksbeauftragten, einschliesslich der drei Herren von der eigenen Partei. Der Druck auf sie wächst, das Bündnis zu brechen, wenn dort keine wirklich revolutionäre Politik durchzusetzen ist. Und der Berliner Reichsrätekongress bietet den Grund dazu, es geht um die Kontrolle der Regierung.

Bisher oblag diese Kontrolle dem Berliner Vollzugsrat, der dazu faktisch ausserstande gewesen ist – durch seine inneren Unstimmigkeiten einerseits und die kalte Schulter, welche die Volksbeauftragten ihm zeigten, andererseits. Dass ein rein Berliner Rätegremium überhaupt Kontrollorgan des Gesetzgebers ist, war durch die Besonderheiten der ersten Revolutionstage zu erklären und musste ein Provisorium bleiben. Der Vollzugsrat soll nun, so will der Rätekongress, sich wieder auf hauptstädtische Angelegenheiten beschränken und ersetzt werden durch eine effektivere Einrichtung, den Zentralrat. Dass sich die USPD-Linke nun keine Neuauflage des Berliner Papiertigers wünscht, ist nachvollziehbar; freilich verliert sie bald das Machbare aus den Augen und setzt allein auf das Wünschenswerte. Wenn also der neue, noch zu wählende Zentralrat die Volksbeauftragten «überwachen» soll, dann, so begehren die Linken zu wissen, wolle man doch genauer erfahren, was das heissen solle: «parlamentarische Überwachung».

Die Folge ist eine Kraftprobe, welche der kleinere Partner nicht gewinnen kann. Die Linken verlangen, dass der Zentralrat allen Gesetzen und Verordnungen der Regierung erst zustimmen muss, bevor sie in Kraft treten. Vergeblich wirbt Hugo Haase für einen Kompromiss.

Im Grunde können die drei Unabhängigen ja jedem Gesetz die Zustimmung verweigern. Aber ihren Gegnern unter Federführung von Curt Geyer aus Leipzig genügt das nicht; und sie stellen den Antrag: «Der Zentralrat hat das volle Recht der Zustimmung oder Ablehnung von Gesetzen vor ihrer Verkündung.» Doch der Kongress folgt mit grosser Mehrheit Haases Interpretation – nicht aber die eigene Fraktion.

Als Konsequenz dieser, bei Lichte besehen nicht sonderlich gravierenden Niederlage lässt sie in Haases Abwesenheit abstimmen, ob die Partei sich überhaupt noch an der Wahl des Zentralrates beteiligen soll. Da die Mehrheit unter dem Eindruck der überreizten Debatte das ablehnt, schmeisst sie alles hin, und der Genosse Brass erklärt der staunenden Mehrheit des Kongresses im Namen der USPD-Fraktion, sie werde der Wahl fernbleiben. Dabei hatten die Delegierten, im Sinne der erwünschten Einigkeit, zuvor festgelegt, dass von 27 Mitgliedern des Zentralrates je neun von MSPD, USPD und den Soldaten kommen sollten. Das Ergebnis ist absehbar: Einschliesslich der Soldaten wird der Zentralrat nun ausschliesslich mit gewählten Vertretern der Mehrheitssozialdemokratie besetzt. Wilhelm Dittmann ist verzweifelt über eine solch «verhängnisvolle Abstinentz»; er weiss nur zu gut, dass es hier nicht um eine kindische Trotzreaktion ging: «Die Nichtbeteiligung an der Wahl war eine vorher beschlossene Sache und konnte keinen anderen Zweck haben, als unsere drei unabhängigen Volksbeauftragten – Haase, Barth und mich – aus der Reichsregierung hinauszumanövrieren, indem man uns im Zentralrat die Rückendeckung durch unsere Parteivertreter entzog.»⁸³

Das USPD-Organ *Die Freiheit* reagiert ebenso entsetzt: Was, so fragt ihr Leitartikel, verspreche sich der radikale Flügel davon? Er «begab sich eines wichtigen Mittels, auf die künftige Politik einzuwirken und brachte überdies die der Unabhängigen Partei zugehörigen Volksbeauftragten in eine schwierige Lage». Würden sie aber die Regierung verlassen, «könnte dies nur dazu beitragen, die revolutionäre Energie weiter zu schwächen und bürgerlichem Einfluss Tür und Tor zu öffnen».⁸⁴ Barth ist wie stets weniger vornehm im Ausdruck: «Der Blödsinn feierte also Orgien, indem diejenigen, welche dauernd mit ihrer ganzen Lungenkraft schrien: ‚Alle Macht den Räten!‘, den Zentralrat boykottierten.»⁸⁵

Triumph der Generäle: Die MSPD knickt ein

Wie wahr diese Worte sind, zeigt sich bereits unmittelbar nach dem Kongress, gleich am ersten Abend danach, und erneut wegen des Militärs. Heeresleitung und Kriegsministerium werfen gegen die «Hamburger Punkte» alles in die Waagschale; Hindenburg droht mit Rücktritt. Die ganze Armeespitze rebellierte gegen den Beschluss, der ja auf ihre vollständige Entmachtung hinausläuft. In einer Denkschrift poltert Generalmajor Otto Haas, Kommandeur der 44. Reservedivision am 19. Dezember 1918, der Regierung «fehlt der Mut und die Kraft, sich klipp und klar gegen das Bolschewikentum und dessen zügelloses Gebaren als gesetzwidrig und strafbar zu erklären.» Aber: «Die vorläufige Regierung – selbst gesetzlos – fühlt sich hierfür nicht stark genug. Es fehlen ihr die Machtmittel.»⁸⁶ Major von Harbou, Chef des Stabes des Generalkommando Lequis, berichtet der Obersten Heeresleitung telefonisch, die «Hamburger Punkte» seien Ergebnis «einer aussergewöhnlich geschickten Beeinflussung der Unabhängigen (Liebknechtleute und Spartakusse)», doch bedauerlicherweise sei bewaffnetes Eingreifen «ausgeschlossen, weil es sich einfach um die Stellung des Offiziers zu den Mannschaften handeln würde. In einem solchen Kampfe würden sich die Mannschaften völlig versagen.»⁸⁷

Am Abend des 20. Dezember reist Wilhelm Groener eigens aus Kassel an, in Begleitung des Majors Kurt von Schleicher, der 1932 Reichskanzler werden wird. Sie erscheinen demonstrativ in voller Uniform mit allen Rangzeichen und Orden, zuerst im Kriegsministerium, wo sie die Matrosenwache erst nicht hereinlassen will, wie Walter Oehme berichtet: «Der Posten startete die beiden Paradefiguren misstrauisch an und vermutete zu Recht nichts Gutes.»⁸⁸ In Begleitung des Admirals von Mann und Schleichers begibt sich Groener sodann zur Reichskanzlei, dem Sitz der Revolutionsregierung; anschliessend notiert er zufrieden: «Es rührte uns niemand an.» Groener malt dem neuen Zentralrat und der Regierung düsterste Szenarien aus, sollte die Militärreform kommen; die Wirtschaft, die Grenzsicherung nach Polen, die Demobilisierung, das «Band zwischen Mann und Offizier»,

die innere wie äussere Sicherheit – alles werde dahingehen. Er behauptet sogar, die Werkstätten seien ausserstande, kurzfristig neue Militärabzeichen zu produzieren; gebe man den Offizieren aber Armbinden, mache man «sich vor der ganzen Welt lächerlich».

Vor allem in Dittmann und Barth findet er entschiedene Widersacher, die Unabhängigen geben klar zu erkennen, dass die Drohung, die Heeresleitung könne die Mützen nehmen, aus ihrer Sicht eher eine Wunschvorstellung ist: «Wenn ein Teil der Offiziere die weitere Mitarbeit verweigert, würden wir das in Kauf nehmen müssen.» Sie stehen nun für ihre Haltung gegen den Militarismus, die Arnold Brecht so bewundert. Aber leider sind sie damit allein.

Welch ein Paradox. Die Militärreform, welche auf Antrag der MSPD-Soldatenräte beschlossen wurde, hat nun in den Unabhängigen ihre einzigen wirklichen Verteidiger. Friedrich Ebert dagegen, der auf dem Kongress der Räte kein Wort gegen die «Hamburger Punkte» geäussert hat, stellt sich hinter den General: «Darüber kann kein Zweifel sein, wenn die OHL zurücktritt, so ist eine geordnete Rückführung der Soldaten nicht mehr möglich. ... Viel schlimmer ist aber noch die Frage des Waffenstillstandes.»⁸⁹ Was die MSPD-Führung von den Beschlüssen des Rätekongresses und damit ihrer eigenen Basis hält, bringt Philipp Scheidemann auf den Punkt: «Das *Verhängnisvolle* daran ist, dass die Soldaten einmütig hinter dieser Forderung stehen.»

Dittmann kann es nicht fassen. Das *Verhängnisvolle*? Er beschwört die Regierungskollegen, es sei politischer «Selbstmord», Groeners Verlangen nachzugeben und die Punkte zu boykottieren: «Wir bekämen die tollste Anarchie im Lande, die Arbeiter- und Soldatenräte liesen es sich einfach nicht gefallen, dass Regierung und Zentralrat den wichtigsten Beschluss des ganzen Kongresses für null und nichtig erklären.» Jemand ruft dazwischen: «Das wollen wir auch gar nicht!» – «Das ist aber die praktische Wirkung.»

Es ist eine beschämende Stunde für die Sozialdemokratie. Unsicher und kleinlaut sitzen die obersten Vertreter der Revolution einem General gegenüber, der finster aus seiner ordensbehängten Uniform herausblickt wie ein strenger Schulrektor, entschlossen, diese irregeleiteten Geister wieder zu Zucht und Ordnung anzuhalten. Fasziniert mustert der junge Walter Oehme das Outfit Groeners und seines kahlköpfi-

gen Begleiters Schleicher: «Bewusst provozierend, kamen beide im grossen Ornat: Groener mit Gold am Kragen und roten Mantelaufschlägen», mit «all dem Flitter vergangener kaiserlicher Herrlichkeit.»

Dabei ist Groener keineswegs so sicher gewesen, wie er sich nun gibt: Auf Schloss Wilhelmshöhe ist der Kleinmut eingezogen, wie Oberst von Thaer zornig notiert: «Wir versuchen von hier aus zu protestieren. Es wird wohl ein Schlag ins Wasser sein.»⁹⁰ Barth will den MSPD-Genossen vom Zentralrat gesagt haben, «dass mir Ihr Verhalten geradezu unglaublich erscheint», schon bei der ersten Sitzung «missbrauchen Sie schnöde das in Sie gesetzte Vertrauen und fallen vor einem stirnrunzelnden General um.» Groener droht er: Beuge der sich nicht, «dann begehen Sie Hochverrat gegen die sozialistische Republik, die Ihnen dann wohl zeigen wird, dass sie sich Ihrer zu entledigen und sich selbst zu sichern weiss.»

Aber das ist Pfeifen im Walde. Der General hat keinen Anlass, sich vor Barth zu fürchten, und er tut es auch nicht. Unterstützt von der Mehrheit der Parteigenossen des Zentralrates, schiebt Ebert die Umsetzung der Militärreform auf die lange Bank: «Niemand ist im Zweifel, dass die Beschlüsse nicht einfach hinausgehen können; Ausführungsbestimmungen sind unbedingt notwendig.» Das ist schwach, und höchstwahrscheinlich weiss er es. Seine halbe Regierungsmannschaft befindet sich sehr wohl im Zweifel, und eine Verzögerung durch noch zu entwerfende «Ausführungsbeschlüsse» hat der Reichskongress eindeutig, nach intensiver Debatte und mit klarer Mehrheit abgelehnt. Ebert setzt sich hier einfach selbstherrlich hinweg über den Koalitionspartner und einen Beschluss, der als bindend gilt, ein für ihn nicht untypisches Verhalten: «Es geht nicht an, dass wir eine derartige Sache hinausgehen lassen, ohne mit der zuständigen Behörde (*dem preussischen Kriegsministerium; d.V.*) überhaupt darüber gesprochen haben. ... Ob wir die Ausführungsbestimmungen überhaupt noch vor Weihnachten machen können, weiss ich nicht.»⁹¹

Im kleinen Kreis von Entscheidern wie hier entfaltet Friedrich Ebert Charisma, Überzeugungsgewalt und enormes taktisches Geschick; dies alles an diesem Abend allerdings für die ganz falsche Sache. Er folgt, wie so oft, seinem inneren moralischen Kompass; aber noch nie hat er die demokratischen Prinzipien, die gerade er doch durchsetzen

will, so rücksichtslos verletzt wie in diesem Moment; und leider auch nie mit so verheerender Wirkung.

Wahrscheinlich ist ihm das an diesem Abend des 20. Dezember 1918 nicht einmal bewusst, als er müde von den Tagen des wilden Kongresses, vom Gebrüll der Spartakisten auf den Zuschauerplätzen, der Überfülle von Akten, der nötigen Entscheidungen, der hektischen Beratungen, des Bedrängtwerdens durch die Generäle an diesem Abend in der Reichskanzlei sitzt, seufzend und gebückt unter «der Bürde der Macht», wie die grosse Historikerin Susanne Miller das Los der Sozialdemokratie nach dem 9. November 1918 nennen wird. Auch hier ist kein Selbstzeugnis erhalten, das Aufschluss geben könnte über seine inneren Kämpfe.

Aber das Ergebnis ist leider eindeutig. Die Volksbeauftragten der MSPD haben sich längst viel zu weit dem lähmenden Einfluss der Heeresleitung ausgeliefert, deren Einflüsterungen wirken wie ein Gift, das seine Wirkung erst allmählich, aber dann umso nachhaltiger entfaltet. Und dieses Gift wäre weit weniger letal, gäbe es nicht dieses gewachsene Vertrauensverhältnis zwischen Ebert und Groener – zwei Männern, die überzeugt sind, im jeweils anderen Lager eine verwandte Seele und damit einen Partner auf Augenhöhe gefunden zu haben, mit dem sich das Land aus höchster Not retten lässt. Aber Groener, ausgerechnet der moderatere General, ist der strategischere Kopf dieses Duos. Er hat zunächst aus einer Position der Schwäche verhandelt, als die Regierung ihn ohne Federlesens in die Wüste schicken oder gar vor ein Revolutionstribunal hätte stellen können, nach dessen Legitimität nicht viele gefragt hätten. Nun aber, wenige Wochen später, vertritt er ein Militär, das sich zur innenpolitischen Ordnungsmacht aufwirft.

Mit Klassenverrat, Sozialfaschismus, einem imperialistischen Bündnis und was die radikale Linke Ebert und der MSPD fortan bis zum heutigen Tag vorwerfen wird, hat dieses Verhalten Eberts, Scheidemanns und ihrer Genossen wenig zu tun. Der tiefere Grund für ihre Blindheit gegenüber dem Machtanspruch des kaiserlichen Militärs liegt im Gefühl der Fremdheit, das die MSPD-Führung der Revolution von Anfang an entgegengebracht hat. Nicht einmal im Augenblick der grössten Zustimmung, der Akklamation durch den Reichskongress der Räte, vermögen diese Männer diese Revolution wirklich als die ihre

zu empfinden; sie verstehen sich weiterhin als Abwickler, bestenfalls als Treuhänder, wie sie selber sagen. Sie fürchten die Geister, die sie niemals gerufen haben.

Und weil ihnen diese Geister ebenso fremd sind und bleiben, verstehen Ebert und Scheidemann und ihr Führungszirkel nicht, was sie anrichten, als sie die «Hamburger Punkte» und damit die dringend nötige Militärreform sogleich zerreden und auf die lange Bank schieben. Sie begreifen nicht, wie selbstschädigend ein solcher Akt der Illoyalität gegenüber der eigenen Massenbasis sein muss, weil sie schon das Wesen der Räte nicht begreifen, befangen in ihren Feindbildern und Ängsten. Aber die Folge dieser Befangenheit kann nur eine rasch wachsende Kluft zur eigenen Basis sein und vor allem zu den Soldatenräten, ohne die sich die MSPD in den ersten Revolutionstagen wahrscheinlich nicht gegen die Linksradikalen behauptet hätte.

Die MSPD gewinnt die Kraftprobe mit der USPD. Um den Preis, dass sie die Kraftprobe mit dem Offizierskorps scheut. Sie nimmt selbst Hindenburgs eigenmächtiges Telegramm gegen die «Hamburger Punkte» hin. Es ist ein katastrophaler Fehler, der eigentliche Sündenfall der MSPD-Führer.

Natürlich wird sich das ein Jahrhundert später im Wissen um alles Folgende leicht sagen lassen, ohne die Sorgen nervlich ausserordentlich strapazierter Männer um die innere Sicherheit, die Auflagen der Siegermächte im Westen und die bedrohliche Entwicklung an der Grenze nach Polen im Osten, die Ängste vor einem bolschewistischen Umsturz. Aber hier und nicht in der Entscheidung für die parlamentarische Demokratie gegen ein Räte-system liegt das grosse Übel der Revolution von 1918/19. Sie verpasst aus Mangel an Weitsicht und Selbstbewusstsein die einmalige und auch letzte Gelegenheit vor 1945, dem deutschen Militarismus den Garaus zu machen, jedenfalls seine Träger zu entwaffnen und abzusetzen und rasch republikanische Streitkräfte aufzustellen. Die Verzögerung der «Hamburger Punkte», genauer ihrer Ausführungsbestimmungen, ist die entscheidende Weichenstellung zugunsten des alten Militärs.

Ausser dem Rücktritt wäre der Heeresleitung bei einer sofortigen und energischen Durchsetzung des neuen Militärprogramms wohl wenig übriggeblieben. So aber begibt sich die MSPD-Führung auf eine

immer abschüssigere Bahn. Sie verliert durch ihr Lavieren den Respekt der Generäle, die immer mehr erkennen, wie wenig diese Politiker den eigenen Leuten trauen und wie sehr sie sich abhängig vom Schutz durch das Militär fühlen. Und eben deshalb verliert sie in den kommenden Wochen Anhänger in hellen Scharen, genau wie Dittmann es vorhergesagt hat.

Um seine eigene Situation ist er nicht zu beneiden. Die USPD ist immer der schwächere Partner in dieser Zweckehe gewesen; aber nun, wo die eigene Partei die drei Unabhängigen verlassen hat, sinkt ihr politisches Gewicht ins Bodenlose. Dittmann wird später beklagen, dass der Boykott des Zentralrates durch seine Partei auch das Schicksal der «Hamburger Punkte» mitbesiegelt habe: «Hätte der neugewählte Zentralrat zu einem Drittel – wie ursprünglich vorgesehen – aus Unabhängigen bestanden, so wäre es in dieser ersten Sitzung des Zentralrates mit den Volksbeauftragten zu einer klaren Entscheidung gekommen. Die Soldatenvertreter» – die ja so dringend auf der Militärreform bestehen – «hätten sich den Unabhängigen anschliessen müssen. Ebert und seine Freunde wären in die Minderheit versetzt worden.» Das wird, naturgemäss, für immer Spekulation bleiben; aber der Logik dieses Szenarios kann man sich nicht verschliessen.

Bleibt der triste Epilog einer «Vorläufigen Regelung der Kommandogewalt und der Stellung der Soldatenräte im Friedensheer» durch die Volksbeauftragten, erlassen Mitte Januar 1919. Die OHL wird dagegen protestieren, weil sie überhaupt noch Räte vorsieht, die Räte, weil sie nichts mehr zu bestimmen haben. Ihr endgültiges Ende wird das Gesetz der Weimarer Koalition über die vorläufige Reichswehr vom 6. März 1919 bringen. Aber da hat sich das Militär längst wie ein dunkler Schatten über die junge Republik gelegt.

«Ich machte kehrt»: Kontrollversuche

Es ist der 19. Dezember, und Karl Giebel nähert sich verlegen einer verschlossenen Tür im Schloss Wilhelmshöhe: «Besprechung 6½ Uhr, fand ich bei meinem Eintritt bereits eine stark besetzte Konferenz vor: Groener sprach. Er unterbrach sich bei meinem Eintreten und er

klärte mir, dass die übliche Konferenz heute ausfiel, da die Vertreter des Feldheeres erschienen seien. Diese Eröffnung war die Einladung an mich, mich wieder zu entfernen. Ich machte kehrt.»⁹²

Ich machte kehrt: Giebel gebührte Mitgefühl, würde er nicht so gänzlich an seiner Aufgabe scheitern. Die Sitzung, in der er sich als ungebetener Gast empfindet und die er umgehend verlässt, ist jene, in der die Offiziere der Obersten Heeresleitung ihre Strategie gegen die «Hamburger Punkte» besprechen; wer, wenn nicht er, hätte ihnen dabei auf die Finger schauen sollen? Der frühere MSPD-Reichstagsabgeordnete Karl Giebel ist der Beigeordnete, den die Volksbeauftragten zur Kontrolle der OHL entsandt haben, formell der höchste Repräsentant der Regierungsgewalt am Sitz der Heeresleitung, in Wahrheit ein armes Würstchen.

Ein Wort von ihm, der Militärapparat würde stocken. Eine verweigerter Unterschrift und ein Befehl, selbst ein von Hindenburg erlassener, wäre ein Fall für die Ablage. Ein Anruf in der Reichskanzlei und ein allzu hochgemuter General würde zum grantelnden Privatier verzweigen. Nicht, dass Karl Giebel derlei jemals wagen würde, aber in der Theorie ... Die Heeresleitung weiss das, weshalb Groener der Regierung treuherzig versichert: «Wir hüten uns vor jeder selbständigen Handlung, die den Anschein einer politischen Handlung haben könnte. Wir besprechen grundsätzlich alle Erlasse mit Herrn Giebel.»⁹³

Giebels beklagenswertes Schicksal erinnert an jenes von Karl Kautsky, der sich lieber ins Archiv flüchtet, als länger den Ingrimms des schrecklichen Mannes an der Spitze des Aussenministeriums zu erdulden, den er eigentlich beaufsichtigen soll. Als Kontrolleur ist Giebel ein Totalausfall, wie einer seiner Kritiker, der Hamburger Soldatenrat Lampl, Initiator der «Hamburger Punkte», höflich bemäntelt ausdrückt: «Ich weiss von Giebel, dass ihm Verordnungen gebracht wurden, die er unterschreiben musste (!), ohne oftmals die Tragweite der Erlasse zu übersehen bei der Arbeitsbelastung.»⁹⁴ Nicht besser schlägt sich der ebenfalls amtsfremde Paul Göhre im preussischen Kriegsministerium. Selbst die MSPD-Genossen im Zentralrat, von den Unabhängigen ganz zu schweigen, verspotten diesen als «Unterschreibungs-maschine»; bald schon weigern sich die dem Ministerium unterstellten

Soldaten des Heimatheeres – welche zu Anfang sorgfältig darauf achten, dass der Beigeordnete auch wirklich unterzeichnet hat – im Konfliktfall rundheraus, seine Signatur anzuerkennen.

Die USPD freilich hat kaum eigene Leute, die genug über das Militär wissen oder wissen wollen. Sie verzichten, neben dem Zentralrat, unbegreiflicherweise auf einen weiteren Schlüsselposten, der ihnen erhebliche Kontrolle über das Militär erlaubt hätte: das Amt des Kriegsministers, das nach Schöchls Rücktritt am 15. Dezember bald frei sein wird. Ihr Favorit dafür war Ernst Däumig, als ehemaliger Offizier und Fremdenlegionär vom militärischen Fach, selbstbewusst und weit genug auf dem linken Flügel, um über den Verdacht zu grosser Nähe zu den Offizieren erhaben zu sein. Aber Däumig befasst sich lieber mit dem Rätemodell für das Reich, zu Dittmann sagt er: Ich will mich doch nicht im Kriegsministerium begraben lassen. Vergebens, so Wilhelm Dittmann, «stellten Haase und ich ihm vor, dass er im Kriegsministerium die Hand am entscheidenden Hebel habe, um die Konterrevolution niederzuhalten, weit besser, als ihm das im Vollzugsrat möglich sei.» Däumig, der in der Partei bereits als «deutscher Trotzki» gehandelt wird – nach dem berühmten bolschewistischen Volkskommissar und Mitbegründer der Roten Armee –, fürchtet womöglich, so Dittmann verdriesslich, «sich bei seinen radikalen Freunden durch eine solch verantwortliche Tätigkeit zu kompromittieren».⁹⁵ So ist eine weitere Gelegenheit gekommen und vergangen, das alte Militär in die Schranken zu weisen.

Die nächste folgt sofort, in bezeichnender Weise für die gefährliche Nähe und Abhängigkeit Friedrich Eberts von der Obersten Heeresleitung. Hugo Haase setzt sich nach Däumigs Absage für einen Mann aus dem Militär ein, der freilich einen bestechenden demokratischen Leumund hat: Hauptmann Boelcke aus Dessau, Bruder eines im Krieg gefallenen, sehr bekannten Jagdfliegers. Boelcke würde also militärische Sachkunde und politische Zuverlässigkeit mitbringen, aber Ebert bringt Bedenken vor, die eindeutig Groeners Einfluss spüren lassen: Man könne der Generalität, wo käme man dahin, doch keinen jungen Hauptmann vorsetzen, das würden die höheren Offiziere doch ablehnen. Haase kontert geschickt: Boelcke würde dann eben als Zivilist an die Spitze des Kriegsministeriums rücken: «Aber Ebert blieb bei sei-

nen Bedenken; offenbar war Boelcke dem General Groener nicht genehm, weil er zu demokratisch gesinnt war.»⁹⁶

Effizienter geht der USPD-nahe «53er-Rat» zur Sache, den der Zentralrat der Marine in Kiel eingesetzt hat. Zumindest lässt sich das aus den Beschwerden des Marineamtes beim Rat der Volksbeauftragten schliessen. Dort empfindet man, in Scheidemanns Worten, das Revolutionsgremium als Konkurrenz: «Was hat der 53er-Rat im Reichsmarineamt zu suchen? Was zu kontrollieren ist, kontrollieren wir.»⁹⁷ Gustav Noske, als Gouverneur von Kiel und zugleich Beigeordneter in der Marine, bekämpft den 53er-Ausschuss mit einer Verve, als habe hier der Leninismus sein geheimes Hauptquartier. Bei den Genossen dort selbst soll er, wie diese beklagen, allerdings nur ein einziges Mal erschienen sein, und dies auch bloss für eine halbe Stunde, wo er derart herumgepoltert habe, «dass ihm sofort von allen Seiten das grösste Misstrauen entgegengebracht wurde». Ganz offenkundig hat sich Noske bereits auf die Seite der Kontrollierten gestellt, des Marineamtes, das ihn mit Beschwerden eindeckt.

Dabei ist das 53er-Gremium ein Beispiel dafür, wie effizient Soldatenräte arbeiten können: Es ging hervor aus einem demokratischen Wahlverfahren aller Marinestationen und überwacht, wie es laut Geschäftsordnung von Marine und Regierung seine Aufgabe ist, recht gründlich das Reichsmarineamt, wo über tausend Menschen arbeiten. In einer «Denkschrift» gegen Noske erklärt der 53er-Ausschuss mit zwingender Logik, warum er selbst so gross ist: «Es wirkt naiv, wenn von der einen oder anderen Seite erklärt wird, dass diese von einer solchen Zahl bis dahin bewältigte Arbeit von etwa 2 oder 3 Personen gewissenhaft kontrolliert werden könne; das ist schon deshalb unmöglich, weil ein einzelner unserer Vertrauensmänner, sei es im Werftdepartement oder in irgendeinem anderen der 14 Departements ohne Unterstützung die Ein- und Ausgänge, Anordnungen und Verfügungen seiner Abteilung nicht überprüfen, d.h. gewissenhaft durchlesen, durchdenken kann.»

Scheidemann und Haase haben den Ausschuss seitens der Regierung bereits besucht und für seine gründliche Arbeit gelobt. Vor allem Haase erkennt klar, dass der 53er-Ausschuss zu den Instanzen gehört, die eine halbwegs effektive Kontrolle des alten Militärs leisten. Am 28. November spricht er vor dessen Mitgliedern Worte, die beinahe

prophetisch anmuten, nur dass die Prophezeiung eine denkbar düstere ist: «Vergessen Sie nicht, dass es immer ein grosser Fehler ist, wenn man seinen Gegnern ins Garn läuft. ... Man muss von seinen Gegnern lernen. Sind sie plötzlich so selbstlos geworden, dass sie nicht mehr das wollen, was ihnen frommt?» Natürlich nicht, ruft Haase, seine eigene Frage beantwortend: «Sie glauben, die Wirkung der Revolution abwenden zu können. Sie hoffen in diesem Moment ... wenn auch nicht alles in die alten Geleise zurückzubringen, so doch vieles Alte wieder zu befestigen.»⁹⁸

So spricht einer der beiden revolutionären Regierungschefs zu den Revolutionären. Aber was ist das wert? Der Wind dreht sich, und die Kieler Revolutionäre spüren das sehr klar: «Solange man unserer bedurfte zur Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen usw, so lange hiess man die Tätigkeit des 53er-Ausschusses gut. Als dann aber die Regierung sich mit unserer Hilfe durchgesetzt hatte, schienen wir ganz plötzlich entbehrlich, zumal wir durch unsere positive Arbeit innerhalb der Ressorts des R. M. A. (*Reichsmarineamtes, d.V*) zu zeigen anfangen, dass wir uns nicht etwa als Strohpuppen betrachteten.»⁹⁹

Hier geht es um viel mehr als Kompetenzstreitigkeiten zwischen Organen der Revolution, in diesem Fall dem Regierungsgesandten Noske und Soldatenräten der Marine. Der Konflikt demonstriert beispielhaft, welche verheerende Wirkung die Militärpolitik der Volksbeauftragten seit Anfang Dezember 1918 in den eigenen Reihen entfaltet. Die 53 Marineangehörigen sind keine Spartakisten oder wirre Unruhestifter, sondern loyale Soldaten der aus beiden Arbeiterparteien bestehenden Revolutionsregierung, wenn auch, wie aus ihren Verlautbarungen hervorgeht, mit gewisser Nähe zur USPD; aber die viel beschworene Einigkeit ist Voraussetzung ihrer Tätigkeit. Diese verrichten sie gewissenhaft, sie verstehen daher nicht, warum diese Regierung, in Gestalt Noskes, so plötzlich auf Distanz zu ihnen geht, sie sogar feindselig behandelt. Statt mit ihnen zu sprechen, erklärt ihnen Noske, es sei besser, den Ausschuss ganz aufzulösen. Und vor dem Reichsrätekongress schreitet er zur Tat, verlangt eine massive Verkleinerung des Ausschusses, dessen Tätigkeit lediglich «zu einer geradezu unerträglichen Verschleppung der wichtigsten Angelegenheiten» führe.

Der Kieler Zentralrat der Marine schickt daher eigens einen Spre-

cher, Albers, auf den Reichsrätekongress, wo er etwas ratlos erläutert, worum es eigentlich geht. Noske unterstellt er, sich dafür zu rächen, dass kürzlich auch Karl Liebknecht vor den Matrosen in Kiel besprochen habe. Wie aus Noskes Reaktionen hervorgeht, ist der ganze Ausschuss der Regierung längst zu politisch, zu revolutionär, zu sehr auf Haases Seite. Im Februar 1919 wird der 53er-Rat schliesslich aufgelöst.

Aber es sind nicht die Matrosen, die sich oder ihre Politik verändert haben. Es ist die Regierung und vor allem die MSPD. Hier ist mit Händen zu greifen, wie sie durch ihr Bündnis, denn nichts anderes ist es inzwischen, mit des Kaisers Militärführung ihre eigene Basis verprellt und geradezu in die Radikalisierung treibt. Noch deutlicher, und mit viel schrecklicheren Konsequenzen, wird dies im Berlin der Weihnachtstage 1918; und wieder geht es um Soldaten der Marine, die ihre Regierung nicht mehr verstehen.

Das Schloss der roten Matrosen: Blutige Weihnachten

«Ein sehr vernünftiger, besonnener Mann»: Die Volksmarinedivision – Porträt einer revolutionären Truppe

24. Dezember 1918. Am Weihnachtsmorgen gönnt sich selbst Emil Barth einen Augenblick der Ruhe; selten genug in diesen Tagen. Er sitzt mit seiner Frau am Küchentisch und trinkt Kaffee, als sie plötzlich sagt: «Es schiesst!» Durch die Innenstadt hallt das Echo von Artilleriefeuer. Barth ruft: «Das ist am Schloss!» Er telefoniert seinen Chauffeur herbei – als Regierungsmitglied steht ihm ein eigener Wagen zu –, und gegen halb neun rasen sie zum Stadtschloss der Hohenzollern, nun Sitz der Volksmarinedivision. Schon vorher hat Militär die Strassen gesperrt, vor der Stadtkommandantur muss Barth aus dem Wagen steigen und geht zu Fuss weiter zur Universität; dort, so hat ihm ein Posten gesagt, befinde sich der Stab der Regierungstruppen. Aber dort ist – vom späteren Mörder Liebknechts, Hauptmann Pabst – bloss in Erfahrung zu bringen, Major von Harbou habe im Auftrag der Regierung den Befehl erteilt, das Schloss mit Waffengewalt von den Matrosen zu räumen. Deshalb eilt Barth in die Reichskanzlei und ruft das Kriegsministerium an; es ist immer noch früh am Morgen. Tatsächlich bekommt er von Harbou an den Hörer und erhält auf die Frage, ob er tatsächlich mit Geschützen auf das Schloss feuern lasse, die Antwort: «Jawohl! Ich habe den Auftrag von der Regierung und kann die Anordnung nur auf einen Kabinettsbeschluss hin rückgängig machen lassen.» Barths Hinweis, er sei die Regierung oder jedenfalls deren Mitglied und als Einziger im Hause, fruchtet nichts. Von Harbou besteht auf einem Kabinettsbeschluss. Die Kanonen feuern weiter, das Echo der Feuerschläge rollt durch die Strassen.¹

So beginnt die Berliner Blutweihnacht, ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Revolution.

Die Volksmarinedivision ist die schlagkräftigste Einheit, welche die Revolution hervorgebracht hat, aber auch die schillerndste und unberechenbarste. Nach den Weihnachtskämpfen wird ihr, grossteils bis zum heutigen Tag, der Ruf wilder, unverantwortlicher Revoluzzer anhängen, der Inkarnation bolschewistischer Gefahr, wie sie Friedrich Ebert und die MSPD so sehr fürchten. Aber an diesem Bild stimmt wenig, es ist ein Zerrbild, geschaffen durch Hass und Vorurteil nach dem Gewaltausbruch der Weihnachtstage 1918. Die Volksmarinedivision versteht sich selbst als Schutztruppe der Revolution und der Einheitsregierung; und wie im Fall des Kieler 53er-Ausschusses ist es diese Regierung selbst, die ihren Beschützern misstraut und sich gegen sie stellt.

Die Formation ist ein eigenes Geschöpf der Revolution, anders als die Soldatenräte, die sich bei den bestehenden Einheiten bilden. Am Tag des Umsturzes kommen zahlreiche Marineangehörige aus den Berliner Militärgefängnissen frei, die dort aus unterschiedlichsten Gründen gelandet waren; einige wegen Desertion, die meisten, weil sie aus Kiel in die Hauptstadt gekommen waren, um dort vom Ausstand der Matrosen zu berichten und Verbündete zu finden. Ausserdem hatten die Militärbehörden viel Marinepersonal, das in der Stadt tätig war, vorsichtshalber kurzerhand kaserniert und in der Alexanderkaserne unter Bewachung gestellt. All diese Männer kamen am 9. November frei und über das Reichsmarineamt mit Graf Hermann Wolff-Metternich in Berührung, eine der wenigen wirklich verwegenen Gestalten dieser Revolution.

Als Neffe eines adeligen Gutsherrn 1887 nahe Köln geboren, ist er begüterter Besitzer eines Schlosses in Holland. Er diente an verschiedenen Kriegsschauplätzen, zuletzt aber als Reserveleutnant eines Kürassierregiments in der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes. Am 9. November treibt ihn die Neugier auf die Strasse, vorsichtshalber in abgetragenen Zivilkleidern, man weiss ja nie, welche Wendung die Dinge nehmen. In der ersten Dunkelheit sieht er am Brandenburger Tor einen blutjungen Soldaten, offenbar der Anführer einiger revolutionärer Soldaten, die ein Maschinengewehr aufgestellt haben für den Fall eines gegenrevolutionären Angriffs. Mehrfach eröffnen die Schützen auf seinen Befehl das Feuer, als irgendwo Lichter in der Ferne auftau-

chen, glücklicherweise ohne ernste Folgen. Das ist der erste Eindruck, den Graf Metternich von der bewaffneten Macht der Revolution bekommt.

Anderntags sucht er in der Reichskanzlei die Informationsstelle auf, die dort geöffnet hat; in dem riesenhaften Gebäude wimmelt es vor Besuchern, Bewaffneten und Leuten, von denen niemand weiss, wer sie sind und was sie wollen. Der Graf kommt mit dem neuen Leiter ins Gespräch, Kurt Baake, der ihm etwas gequält mitteilt: «Man sitzt hier auf einem Pulverfass, da jeden Augenblick irgendwelche Trupps anmarschieren können, um die Regierung auszuheben.» Graf Metternich stellt sich in diesem Moment der Revolution zur Verfügung, als erfahrenen Offizier können sie ihn gut gebrauchen; er soll in der Stadtkommandantur beim Aufbau einer Sicherheitstruppe helfen.

Das ist keine leichte Aufgabe, wie Metternich sehr schnell feststellen muss. Die wenigsten Soldaten der Ersatztruppenteile verspüren drei Tage nach der Revolution Lust, sich wieder unter ein Kommando zu begeben, gleichgültig welches. Aber er begegnet einem Matrosen, dem Obermaat Otto Wiczorek, der dabei ist, die verstreuten und bis eben noch eingesperrten Berliner Marineangehörigen zu sammeln. Über Handzettel und Plakate fordern sie die Matrosen auf, sich am Nachmittag des 11. November im Marstall zu versammeln, wo es warmes Essen aus Feldküchen, Informationen und Nachtquartiere gibt. Am Abend nach einem wirren, ereignisreichen Tag sind bereits 300 Matrosen dort versammelt, und Metternich ist der Attacke eines entschlossenen Revolutionärs entkommen, der ihn am Kragen packte und brüllte: «Du bist wohl Offizier und Verräter! Man müsste dich erschliessen! Wie kommst du dazu, dich in Dinge zu mischen, die dich nichts angehen?»

Mit Wiczorek versteht er sich besser. Den Oberschlesier polnischer Herkunft umgibt eine natürliche Autorität, verstärkt durch seine Rolle als Veteran der Bewegung; er war schon 1916 bei den ersten Unruhen in der Marine dabei und hat etliche Militärstrafen erhalten. An diesem Tag trifft Graf Metternich einen weiteren Mann, der noch eine wichtige Rolle in der Revolution spielen wird, Heinrich Dorrenbach. Hans Rotheit, einer der wenigen Chronisten, die etwas ausführlicher auf diese besondere Truppe eingehen werden, schreibt über Dorrenbach: «Dieser blasse, hagere Mann, in dessen Antlitz mit dem kur-

zen braunen Schnauzbart die Magerkeit Längsfalten eingezeichnet hatte, wurde im Dezember der leitende Geist der Marinedivision.»²

Dorrenbach, 1888 in Neuss zur Welt gekommen, ist eines von sieben Kindern einer rheinischen Katholikenfamilie; dass er nicht nach deren Art ausschlagen würde (die Eltern wollten ihn zum Priester machen), bewies er in einer Religionsstunde, als er den Lehrer konfrontierte: Wäre nicht alles Tun und Lassen der Menschen ganz zwecklos, wenn Gott wirklich alles lenke und wisse? Es wird nichts mit der Karriere als Geistlicher. Er wird Rechtsanwaltsgehilfe, kommt wegen Unterschlagung in Haft und arbeitet als Anstreicher in der Fabrik, als der Krieg ausbricht, der alles verändern wird.

An der Westfront erhält er das Eiserne Kreuz wegen besonderer Tapferkeit, die Beförderung zum Offizier – und einen Kopfschuss. Nach langsamer Genesung wird er als Gerichtsoffizier beim Landsturmbataillon Köln-Deutz eingesetzt; aber er ist nicht mehr derselbe, etwas in ihm lehnt sich auf gegen Krieg und Kriegstreiber. «In dieser Position machte er sich», wie es in einem kurz nach Weihnachten 1918 verfassten Porträt der Volksmarinedivision heisst, «bei seinen Vorgesetzten sehr missliebige und man verargte ihm besonders, dass er Nervenkranken oft auf die Weise zur Straffreiheit verhalf, dass er sie zur Beobachtung ihres Geisteszustandes in eine Nervenheilanstalt schickte».³ Er besucht heimlich SPD-Versammlungen und beschimpft den örtlichen Gouverneur auf offener Strasse. Im Januar 1918 ist er in Berlin am grossen Streik der Rüstungsarbeiter beteiligt. Und dann kommt der Novembersturm und Heinrich Dorrenbach wird zum Revolutionär.

Die Einheit, nun Volksmarinedivision genannt, wächst schnell und ist der Anlaufpunkt für viele Männer mit solchen Karrieren. Aus Cuxhaven kommt am 13. November Verstärkung, mehrere Hundert Mann, offenbar von Ebert und Haase angefordert.⁴ Diese Truppe wird angeführt von Otto Tost, einem USPD-Mann und früherem Metallarbeiter, der zur Marine eingezogen worden war, er nahm auch am Januarstreik 1918 in Berlin teil; Tost, hager und schon mit 37 Jahren recht kahl, mag nicht wirken wie ein Revolutionsführer, aber genau das ist er; die Matrosen sehen zu ihm auf; er scheint nie die Fassung zu verlieren und kann komplexe politische Fragen mit ein paar Sätzen erläutern; wenn

er spricht, hören alle zu. Dittmann hält ihn für einen «ruhigen und besonnenen Menschen»⁵.

Nur wenige aus der Führungsmannschaft waren, als sie während des Krieges zur Marine kamen, bereits politisch engagiert. Ihre Biografien ähneln sich, immer mit der bemerkenswerten Ausnahme des Grafen Metternich; es sind typische Lebensläufe, vorgeprägt durch die kaiserzeitliche Klassengesellschaft. Die meisten stammen aus armen, kinderreichen Familien. p

Emil Milewski, geboren 1881 in Bromberg als eines von neun Geschwistern: «Schon als Kind hatte ich unter der häuslichen Not in meinem Elternhause schwer zu leiden, da der Arbeitsverdienst meines Vaters niemals recht ausreichen wollte.» Nach dem Tod des Vaters wächst er in einem kirchlichen Waisenhaus auf und kommt 1916 zum Einsatz in der Hochseeflotte, wo er Schikanen und Quälereien erlebt: «So ist es vorgekommen, dass wir überanstrengte Kameraden, die in den Mastkorb hinaufgeschickt waren, wegen ihres Erschöpfungszustandes an Tauen festgebunden von ihren Beobachtungsposten herunter in Sicherheit bringen mussten.» Ende Oktober 1918 schliesst er sich dem Aufstand gegen die Seekriegsleitung an; bekommt dann Urlaub, weil seine Frau und die beiden kleinen Kinder in Berlin schwer an der Grippe erkranken, die in dieser Zeit um sich greift. Am 8. November wird er, wie er bezeugt, «am Lehrter Bahnhof wegen meiner Matrosenuniform ohne Weiteres verhaftet, obwohl ich im Besitz eines ordnungsmässigen Urlaubsscheins war», und mit vielen anderen Marineangehörigen in der Kaserne des 4. Garderegiments festgesetzt. Einen Tag später bricht die Revolution aus, er ist wieder frei und stösst zur Volksmarinedivision. Am 10. November nimmt er vor dem Reichstag an einem wirren Gefecht teil und notiert bedauernd den Tod eines jungen Offiziers, der von einem Soldaten erschossen wird: «Dieser Soldat hatte missverständlich geglaubt, einen Revolutionsgegner mit seiner Kugel unschädlich machen zu müssen.» Wie viele seinesgleichen hat sich Emil Milewski erst durch das brutale Verhalten der Seeoffiziere und deren Versuch politisiert, die Friedensbemühungen der Regierung Max von Badens in letzter Stunde zu unterlaufen.

Der Berliner Robert Grundke, Jahrgang 1884, lernte nach eigener Schilderung als eines von 15 Kindern eines Maurerpoliers «schon

frühzeitig die bittere Not in dem Kampf ums Dasein kennen». Als er fünf Jahre alt ist, sucht der Vater das Weite und überlässt Frau und Kinderschar ihrem Schicksal; als er 13 Jahre alt ist, setzt sich auch die Mutter ab, und Robert Grundke verbringt den Rest seiner Jugend bei einem Pflegevater auf dem Land, wo er hart arbeitet: «Dieser Landaufenthalt hat sich günstig auf meine Gesundheit ausgewirkt, dass bald kein Krähenest zu hoch für mich war, und wenn wir des Abends mit Äpfeln und requirierten Eiern nach Hause kamen, so gab es wohl zunächst eine gehörige Tracht Prügel, aber schliesslich durfte ich doch die gebratenen Eier mir gut schmecken lassen.» Er wird Arbeiter in der Berliner Industrie, engagiert sich ab dem 16. Lebensjahr in der Arbeiterbewegung und wird 1913 zur Marine eingezogen. Grundke hat notgedrungen sehr früh lernen müssen, auf eigenen Füßen zu stehen, und die Zustände dort wecken in ihm schon bald eine «unüberwindliche Abneigung gegen jeden Militärzwang». Er überliefert ein anschauliches Bild der Offizierswillkür gegen die Matrosen; er wird für einige Wochen als Kellner in das Offizierskasino nach Wilhelmshaven beordert und bestraft, «weil ich anlässlich des Abschiedsmahles für den Grafen Baudissin mir erlaubt hatte, von den Speiseresten zu kosten, da ich, nach einer angestrengten Serviertätigkeit von mittags bis abends 10 Uhr, schliesslich selbst Hunger hatte».

Bei Einsätzen gegen die Royal Navy in der eisigen Nordsee geht er über Bord, wird aber gerade noch gerettet. Grundke empört sich über die Justizmorde an rebellischen Matrosen von 1917 und gehört schon, wie geschildert, am 24. Oktober zu den ersten Mannschaften, die drohen, das Feuer in den Kesseln zu löschen, sollte die Seekriegsleitung das Auslaufen zum letzten Gefecht gegen die Alliierten durchsetzen wollen. Grundke, der Mann, der das Schlachtschiff SMS *Oldenburg* stürmte, zählt zu den Cuxhavener Verstärkungen für die Volksmarinedivision, in die er am 1. Dezember als stellvertretender Führer der 1. Kompanie eintritt.

Adolf Hillenbrand, 1884 in Braunschweig geboren, stösst ebenfalls durch den Kieler Aufstand zur Revolution und wird zu einem der stellvertretenden Kommandanten der Volksmarinedivision; er gehört später zu jenen, welche Anfang Januar 1919 die Teilnahme der Einheit am «Spartakusaufstand» verweigern. Walter Junge, geboren 1889 bei Lebus, baut die Volksmarinedivision vom ersten Tag an mit auf, er führt

eine Weile lang die Matrosenwache vor der Reichskanzlei und gerät in Konflikte mit Dorrenbach, der ihm politisch zu radikal ist; Junge wird im Januar Kommandeur der Truppe.⁶

Einer ihrer wichtigsten Offiziere ist Fritz Radtke, geboren 1884 im ostpreussischen Bartenstein. Radtke ist gelernter Schlosser und als Wandergeselle durchs Land gezogen. Am ersten Kriegstag zur Kriegsmarine eingezogen, wird er erst Matrose auf einem Torpedoboot und kommt dann an die Front nach Flandern. Ab 1916 ist er Flugzeugobermaat auf dem Flugplatz Johannistal am Berliner Stadtrand. Am 11. November wird er Mitbegründer der Division, die Matrosen wählen ihn in den «15er-Ausschuss» der Division, der ihn zum Kommandanten des Marstalls ernennt. Schon in den ersten Tagen hat er Mühe, die Formation von Leuten freizuhalten, die nur Ausweise erhalten wollen, um «unbehindert im trüben fischen zu können»⁷. Radtke, 34 Jahre alt, ist gross und schlank, er trägt keinen Bart; Max Cohen-Reuss vom Zentralrat nennt ihn «einen sehr vernünftigen, besonnenen Mann», ein militärischer Anführer, wie ihn die Republik sehr gut brauchen kann.

Insgesamt stammt die Formation zu gut 90 Prozent aus der Arbeiterschaft, ihre Kommandeure sind zur Hälfte gelernte Handwerker mit höherem Bildungsgrad, nur einer ist ungelerner Arbeiter. Es ist eine exotische Note, dass diese Truppe fast einen Monat lang von einem Schlossbesitzer und Offizier geführt wird, der vieles aus eigener Tasche bezahlt und angeblich nicht «mit Freibier und Geschenken» geizt.⁸ In den ersten Wochen nach der Revolution sind die bewaffneten Matrosen mit ihren auffallenden Marinemützen ein gewohnter Anblick in Berlin; sie bewachen Regierungsgebäude, öffentliche Einrichtungen wie Bahnhöfe und die Reichsbank, ihre Soldaten laufen Patrouille in den Strassen der Innenstadt, die Gewehre lässig und betont gegen die früheren Vorschriften mit dem Lauf nach unten über die Schulter gehängt.

Im Auftrag des Volksbeauftragten Scheidemann räumt Graf Metternich mit den Matrosen Mitte November das Stadtschloss von einer wilden Formation, die sich dort ausgebreitet hat; nachts sehen Anwohner, wie Lastwagen kistenweise das kaiserliche Inventar fortschaffen. Zwar tritt ihm ein schwer bewaffneter Mann entgegen, «von einer mit Handgranaten versehenen Schar umgeben», die sich teilweise aus der Gar-

derobe der Hohenzollern eingekleidet hat; aber die Matrosentruppe entwaffnet die Besetzer rasch und nimmt sie fest. Sie zieht nun selbst in Schloss und Marstall ein. Noch nach Tagen finden sie in Seitenkammern des zyklischen Gebäudes Versprengte, die sich dort häuslich eingerichtet oder versteckt haben. Radtke durchsucht das Gebäude: «Gehaust ist da ja schon furchtbar, in verschiedenen Räumen sieht es geradezu schrecklich aus.»

Am 14. November trifft das Schicksal den ersten ihrer Anführer. Ein Abenteurer, ein Kapitänleutnant Friedrich Brettschneider, der sich in die Volksmarinedivision hat aufnehmen lassen, versucht die Befehlsgewalt an sich zu reißen und gerät in einen lauten Streit mit dem Anführer der Cuxhavener, Otto Tost. Wieczorek, nun Schlosskommandant, tritt hinzu und sieht, dass Brettschneider eine Schusswaffe gezogen hat. Er ruft: «Legen Sie sofort den Revolver aus der Hand! Was sie da treiben, ist eine Unverschämtheit!» Aber der Mann schießt auf ihn, es kommt zu einem kurzen, wenige Sekunden langen Kampf, am Ende sind Wieczorek, ein Matrose und Brettschneider tot, dem ein Matrose mit dem Gewehrkolben den Schädel eingeschlagen hat, zu spät, um den Kommandanten zu retten. Nach anderen Berichten wird der Mörder erst zwei Tage später Opfer eines Racheaktes.

Graf Metternich jedenfalls tritt Wieczoreks Nachfolge an, nachdem er seine Männer zu überzeugen vermochte, dass er mit der Tat nichts zu tun habe; die Matrosen sind aufgewühlt, sie vermuten einen reaktionären Putschversuch. Rotheit schreibt: «Am Nachmittag befand sich Metternich in der Kommandantur, als er von einem älteren Matrosen aufgesucht wurde: ‚Metternich, Sie müssen zurückkommen, warum kommen Sie nicht?‘ Darauf Metternich, an seinem kurzen Schnurrbart zupfend, ruhig und kühl: ‚Ich wollte ja heute kommen, aber wenn ihr mir nicht mehr traut.‘ ... Und Metternich ging und wurde freudig aufgenommen.» Zuvor ist Tost Kommandant gewesen, er wechselt dann aber in den neuen Zentralrat der Marine, bleibt aber mit diesem in Berlin. Radtke bedauert Tosts Abgang sehr: «Es ist schade um ihn, er hat sehr aufklärend gesprochen, er hatte viel Sympathie.»⁹

Mitte November ist die Einheit schon 3'000 Mann stark, wird dann aber auf 1'800 reduziert. Die Volksmarinedivision ist es, welche von

Beginn an die Wache vor der Reichskanzlei stellt. Politisch lässt sie sich, entgegen ihrem späteren Ruf, anfangs schwer zuordnen; manche, wie Dorrenbach, ein Bekannter Liebknichts, neigen zur radikalen Linken und zu Eichhorn, die Mehrheit hält es mehr mit Haase, andere auch mit der MSPD. Das ist normal, die Matrosen verstehen sich als Schutztruppe für die angeblich wiedergefundene Einigkeit der Arbeiterbewegung. Graf Metternich hat durch die Gründung der Division zahlreiche Matrosen dem direkten Einflussbereich Eichhorns sogar entzogen; zuvor waren diese Marineangehörigen in die Mannschaft des Polizeipräsidenten eingetreten. Ein politischer Gegensatz zu den Volksbeauftragten ist in den ersten Revolutionswochen nicht festzustellen, im Gegenteil, die Matrosen betrachten sich als Garde der Revolution, mehrfach bezeichnen sie den Schutz der Regierung und der Revolution als ihre Hauptaufgabe.

Sogar die Drahtzieher des tölpelhaften Putschversuches vom 6. Dezember 1918 versuchen, Teile der Volksmarinedivision für ihre Zwecke zu vereinnahmen. Beim vergeblichen Versuch der Soldatenmenge, an diesem Tag Ebert zum Reichskanzler auszurufen, sind auch etliche Matrosen dabei, ebenso bei der gewaltsamen Durchsuchung der Redaktionsräume der *Roten Fahne* am selben Tag. Nach dem Überfall auf den Vollzugsrat, ebenfalls wie geschildert am 6. Dezember, gerät Graf Metternich, der das Gremium mehrfach offen kritisiert hat, dort unter Verdacht, obwohl sein Genosse Tost Mitglied ist. Metternich gilt dort schon länger als irgendwie «verdächtig», schon weil «Geld bei ihm keine Rolle zu spielen scheine». Der Metternich, heisst es dort, «der ist auch nicht der richtige Mann.» Ob er wirklich in den Umsturzversuch verwickelt ist, wird sich so wenig klären lassen wie dessen Hintergründe selbst; aber immerhin ist einer der darin verwickelten Diplomaten sein Vetter, nämlich der Leiter der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes, Ferdinand von Stumm; in eben dieser Abteilung hat Graf Metternich bis zum November 1918 gearbeitet: «Er war kompromittiert in dem Augenblick, als sich der Verdacht auf Stumm zu richten begann.»¹⁰

So spricht manches dafür, dass die Volksmarinedivision unter ihm anfangs zumindest in grossen Teilen zu jenen Soldatenverbänden gehört, die zwar hinter dem Umbruch in Deutschland und der Regierung

der Volksbeauftragten, zumindest hinter der MSPD stehen, den Vollzugsrat aber ablehnen, weil er ihnen viel zu weit links steht. Bei der «Verhaftung» des Vollzugsrates freilich sind Metternich und die Matrosen nicht beteiligt.

Metternich rechtfertigt sich nach Rotheits Bericht noch am selben Abend, dem 6. Dezember, «vor dem gesamten Vollzugsrat, dessen Mitglieder, teilweise in Hemdärmeln, ohne Kragen, sich in den Klubsesseln herumreckelten und sich sehr erfreut über den guten Fang zeigten, da sie glaubten, Metternich werde ihnen als Gefangener vorgeführt». Am Ende darf er wieder gehen, seinen Rücktritt lehnt er ab, vom Vollzugsrat will er sich nichts vorschreiben lassen. Draussen vor dem Tor brüllen linke Demonstranten «Nieder mit dem Verräter, nieder mit dem Schuft», Matrosen halten sie mit der Waffe in der Hand zurück. Mitte November richten sie das Schloss zur Verteidigung ein, als das Gerücht umgeht, die Spartakisten planten einen Angriff auf das Gebäude. Eine linksradikale Truppe ist die Volksmarinedivision ganz offenkundig nicht. Der Oberst von Haefen bezeichnet sie einmal «als die bestdisziplinierte revolutionäre Truppe in Berlin»¹¹.

Im Gefolge des 6. Dezember tritt Metternich aber tatsächlich anderntags zurück, weil sein Rückhalt in der Truppe unter dem Eindruck der Ereignisse schwindet, und mit Dorrenbach folgt ihm ein weiter links stehender Anführer. Radtke sieht Metternich ungerne gehen, der Graf habe jedoch wirklich, notiert er, «eine Dummheit gemacht»¹². Radtke wird zum neuen Kommandeur gewählt, mit Dorrenbach als zweitem Mann. Zunächst verändert sich nichts.

«Warum sind wir betrogen?» Die Volksmarinedivision – Schicksal einer revolutionären Truppe

Jeden Morgen, wenn die Volksbeauftragten in die Reichskanzlei gehen, kommen sie an der Matrosenwache vorüber. Auf einem Foto haben sich deren Männer zu einem Gruppenporträt aufgestellt; zwei Mann posieren an den Maschinengewehren, die anderen stehen im Kreis, mit ihren langen grauen Mänteln und auf dem Kopf Marinemützen; viele glatt rasiert oder mit kurzen Schnauzbärten nach Art der einfachen Mannschaften. Sie machen einen zuverlässigen, disziplinierten

Eindruck; freilich ist das immer weniger die Einschätzung der Regierenden, zu deren Schutz sie hier sind. In den wirren Tagen ab Anfang Dezember beginnen die Mehrheitssozialdemokraten an der Zuverlässigkeit der Truppe zu zweifeln, wofür die Matrosen wenig können, die verfeindeten Kommandanten Eichhorn und Wels aber einiges. Die Volksmarinedivision sitzt in Schloss und Marstall nicht nur räumlich zwischen der Stadtkommandantur von Otto Wels und dem von Emil Eichhorn geführten Polizeipräsidium, sondern auch politisch. Der eskalierende Konflikt zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und den Unabhängigen, zwischen Republikanischer Soldatenwehr und linker Sicherheitswehr, lässt beide Seiten nach der Haltung der Matrosenwache forschen oder deren Haltung verdächtigen. Es macht diese nicht besser, dass deren Führer Graf Metternich offenbar in die Ereignisse vom 6. Dezember verstrickt ist, auch wenn er dann zurücktritt.

Eichhorn weiss auch nicht recht, was er von den Matrosen halten soll: «Sie galten als Avantgarde der Revolution», es seien aber Leute darunter «wie unter allen Truppenteilen, ... die der Krieg demoralisiert hatte, Elemente, für welche die Grossstadt ein doppelt gefährlicher Boden war, aber es waren auch sehr tüchtige, politisch geschulte und der Revolution treuegebene Männer unter ihnen».¹³ Otto Wels jedenfalls verfolgt die Absicht, «dass die zuverlässigsten, rechtschaffenen Leute, die auch jetzt den Wachdienst versehen, der Republikanischen Soldatenwehr angegliedert werden»¹⁴. Das wäre noch verständlich und eine erhebliche Verstärkung der Soldatenwehr, aber verbunden mit der Auflösung der Division. Gleichzeitig entwirft Wels aber Pläne, die Matroseneinheit massiv auf nur noch 600 Mann zu verkleinern, offenbar hält er die restlichen zwei Drittel für nicht ganz so zuverlässig und rechtschaffen.

Die Verschärfung der Gegensätze zwischen MSPD und USPD wirkt sich immer deutlicher auf die bewaffneten Verbände der Revolution aus und erst recht auf die noch unabhängige Volksmarinedivision. Man muss hier das Gesamtbild betrachten: Organisatorisch sind die Matrosen naturgemäss eng mit dem Zentralrat der Marine verbunden, der unter dem Eindruck der Ereignisse in Berlin und der Anfeindungen durch ihren Beigeordneten Gustav Noske politisch inzwischen

auch zur USPD neigt – sich andererseits aber für eine Nationalversammlung ausgesprochen hat.

Wegen der wachsenden militärpolitischen Spannungen interessieren die Beteuerungen der Matrosenführer Radtke und Dorrenbach, doch «auf dem Boden der Regierung Ebert-Haase, sonst nichts» zu stehen, niemanden mehr so recht; auch wenn diese die gemeinsame Haltung der Berliner Soldatenräte ist. Die Matrosenführer treffen sich einigermassen verwirrt zu einer Geheimsitzung im Schloss, wo Radtke erklärt, offenbar sei «ein gegenrevolutionärer Putsch im Gange, alles vorbereitet». Auch die Bolschewisten seien aktiv, aber: «(Wir) sind republikanische Bürgerwehr, alles andere werfen wir von uns.» Aber was sollen sie tun, falls die sozialistische Einheitsregierung zerbricht? Es kommt zur Abstimmung und die Mehrheit entscheidet: «Falls Haase sich von Ebert trennt, stehen wir alle geschlossen für eine Regierung Haase mit den Waffen in der Hand ein.»¹⁵ Aus der Beratung geht eindeutig hervor, dass die Volksmarinedivision die Regierung weder provozieren noch stürzen will; sie bereitet sich nur auf den Fall vor, dass der Rat der Volksbeauftragten auseinanderfällt, ein Szenario, das die Matrosen nicht wünschen.¹⁶

Gemeinsam mit Soldatenräten des Berliner Heimatheeres tritt die Volksmarinedivision bereits am 8. Dezember die Flucht nach vorn an und beantragt, natürlich vergeblich, die Regierung solle ihre Stärke auf 5'000 Mann erhöhen – immer noch mit dem Ziel, eine stärkere Schutztruppe der Revolution aufzubauen.¹⁷ Die Spartakisten spielen in diesen Auseinandersetzungen keine Rolle.

Noch problematischer aber wird die Konkurrenz des alten Militärs, das im Verlauf des frühen Dezembers seine Machtpositionen, wie geschildert, langsam ausbaut. Laut Ulrich Kluge zielt der Versuch der Obersten Heeresleitung, am 10. Dezember die heimkehrenden Fronttruppen für einen Putsch zu verwenden, inzwischen auch gegen die Volksmarinedivision; diese wiederum ist nun alarmiert über den Aufmarsch der Fronttruppen rund um Berlin. Im reaktionären Generalkommando Lequis ist von den 1'800 Matrosen als «Liebknechtgarde» die Rede, wovon nun wirklich keine Rede sein kann. Aber spätestens in dem Moment, als Dorrenbach und Berliner Soldatenvertreter in die Beratungen des Reichsrätekongresses hineingestürzt sind, um vor gegen-

revolutionären Truppen zu warnen und die «Hamburger Punkte» angestossen haben, steht die Volksmarinedivision bei Heeresleitung und Generalkommando Lequis im Ruf des finstersten Bolschewismus. Dafür gibt es zwar keine Belege, aber in der Logik des alten Militärs ist jeder ein Bolschewist, der seinem Machtanspruch im Wege steht.

Der Hebel, der sich gegen die Matrosen einsetzen lässt, ist deren Verhalten im Schloss. In der bürgerlichen Presse werden Vorwürfe laut, sie führten sich im Schloss auf wie Plünderer, auch Rotheit behauptet das: «Uhren, Börsen, Ketten, Kannen, Silberwaren, Schreibzeuge, Vasen, alles, was da noch lag und stand, wurde leichte Beute. ... Eines Tages ergriff eine Patrouille auf einer der Spreebrücken einen mit schweren Packen beladenen Matrosen, der so dick war, dass er kaum zu gehen vermochte. Bei der Untersuchung fand man unter seinem Mantel 6 bis 7 Anzüge, darunter Karnevalskostüme und Livreen, eine weitere Pumphose enthielt ein Dutzend Perücken, die Taschen waren mit silbernen Löffeln gefüllt.»¹⁸ Inwiefern solche Erzählungen der Wahrheit entsprechen, und vor allem wie repräsentativ sie für das Verhalten der Marinemannschaft sind – wer weiss das schon?

Es wird sich nicht mehr feststellen lassen. Dass es anfangs solche Vorkommnisse gab, bestätigt zwar einer ihrer Kommandeure, Fritz Radtke, der selbst jedoch auf Disziplin hält; sogar der Schlosskastellan als Zeuge versichert, «dass seit seiner (Radtkes) Anwesenheit im Schloss nichts entwendet worden ist. Die Volksmarinedivision benutzte für ihr Geschäftszimmer und zur Unterbringung der Mannschaften nur die einfachsten Räume im Erdgeschoss des Schlosses.» Radtke, der sich gegen die aufkeimenden Gerüchte über die Verwüstung des Schlosses zur Wehr setzt, nennt die Behauptungen Unsinn, «nach welchen die Matrosen in den Betten des früheren Herrschers geschlafen haben sollen». Aber es fällt auf, dass sich der Ton gegenüber den Matrosen ab Anfang Dezember plötzlich verschärft, als solche Gerüchte und Berichte hochkochen.¹⁹ Am 12. Dezember beklagt das Reichsfinanzministerium die Zustände im Stadtschloss und den Verlust wertvollen Inventars. Angeblich führten Matrosen Wertgegenstände der Kaiserin und ihrer Hofdamen nachts per Ruderboot über die Spreekanäle fort. In der Nacht zum 6. Dezember stellt die von Radtke eigens eingerichtete Kriminalabteilung der Volksmarinedivi-

sion Einbrecher, die unter anderem «30 Paar Lackschuhe» zu entwenden trachten; aus dem Protokoll geht nicht hervor, ob es sich bei den Dieben um Angehörige der Einheit handelt. Man könnte der Ansicht sein, dass eine Revolutionsregierung dringlichere Sorgen habe als das Schicksal des Hohenzollernschen Silberbestecks und lackierter Damenschuhe.²⁰

Aber die Stadtkommandantur drängt jetzt darauf, dass die Matrosen das Schloss schleunigst räumen. So wird es folgenden Tags mit ihren Vertretern und dem Zentralrat der Marine vereinbart. Ausserdem erhalten sie einen Vorschuss auf ihre ausstehende Löhnung. Aber am 15. Dezember sind die Matrosen immer noch da und lassen Wels wissen, der Abzug benötige aus technischen Gründen noch einige Wochen. Der Stadtkommandant kontert die Herausforderung und setzt ihnen eine Frist bis zum 16. Dezember am Mittag, woraufhin Einheiten der Division im Schloss in Alarmbereitschaft versetzt werden. Schon hier eskaliert die Kraftprobe an den Rand einer gewaltsamen Auseinandersetzung; nur der heftige politische Streit auf dem Reichsrätekongress um die «Hamburger Punkte» verschafft noch einmal eine Atempause. In den Reihen der Volksmarinedivision sind die Soldaten aber inzwischen überzeugt, dass die Gegenrevolution im Anmarsch ist.

Der Rätekongress löst sich am 20. Dezember auf, die Delegierten reisen in dem beruhigenden, aber leider nicht berechtigten Gefühl heim, militärpolitisch durch die «Hamburger Punkte» endlich die Weichen für eine neue, demokratische Armee gestellt zu haben. Der innere Aufbau der Volksmarinedivision kommt diesem Konzept schon sehr nahe, als einziger Militäreinheit weit und breit. Doch unter dem Druck Groeners beginnen, wie geschildert, die MSPD-Volksbeauftragten, das Projekt absichtlich zu verschleppen. Und rund um das Schloss eskaliert die Auseinandersetzung auf dramatischste Weise.

Am 21. Dezember weisen die Volksbeauftragten Wels an, der Volksmarinedivision die ausstehende Löhnung von 80'000 Reichsmark auszuzahlen; diese Summe hat die Stadtkommandantur bis dahin als Druckmittel zurückgehalten, was so kurz vor Weihnachten und bei allgemeiner Knappheit an Geld und Nahrungsmitteln bei den Matrosen zusätzliche Erbitterung erregt. Schon am 10. Dezember hat Radtker ratlos notiert: «Die Kommandantur macht uns viel zu schaffen, sie will

uns die Löhnung für die Mannschaft nicht zahlen, und das Anerkennungsschreiben, das Wels dem Wiczorek gegeben hat, leugnet ersterer und letzterer ist tot.»²¹ Otto Wels, der Mann, der im Februar 1933 unter Lebensgefahr Hitler entgegentreten und für die SPD gegen das Ermächtigungsgesetz die letzte freie Rede im Reichstag halten wird, spielt 15 Jahre zuvor im Konflikt um das Stadtschloss eine weit unglücklichere Rolle. Er besteht darauf, den Lohn nur dann auszuzahlen, wenn ihm die Matrosen sämtliche Schlüssel des Stadtschlusses aushändigen; ein Ausweichquartier hat er ihnen aber nicht zugewiesen. Die Volksmarinedivision zerfällt nun in zwei Lager, das kleinere, geführt von Radtke und Hillenbrand, will das Schloss räumen, das andere nicht. Radtke, der einen Kompromiss auszuhandeln versucht, schreibt resigniert: «Wels ist der unfähigste Mensch, den ich je gesehen.» Über seine Männer notiert er: «Herrgott, sind diese Menschen aufgeregt.» Er ahnt Böses, und er behält recht.²²

Am Tag vor Heiligabend, gegen 16 Uhr, erscheint eine gut zwanzig Köpfe starke Abordnung der Matrosen unter Dorrenbach im Reichskanzleramt, bei sich eine grosse, mit Schlüsseln gefüllte Kiste, die Emil Barth an die biblische Bundeslade erinnert. Hier seien sämtliche Schlüssel des kaiserlichen Schlosses, im Gegenzug möchten sie ihren Sold endlich bekommen. Offenbar sind sie zu Barth gegangen, um den ungeliebten Stadtkommandanten nicht persönlich aufsuchen zu müssen. Sie platzen gerade in eine Unterredung des Volksbeauftragten mit Wichard von Möllendorf hinein; der Unterstaatssekretär im Wirtschaftsministerium ist gekommen, wie Arnold Brecht nachsichtig schreibt, «dem in wirtschaftlichen Fragen ziemlich ahnungslos Barth» näherzubringen, dass «Produktion und Konsum in einem gewissen Verhältnis zueinanderstehen». Folgt man (mit aller gebotenen Vorsicht) Barths späterem Bericht, muss es im Folgenden zu einem denkwürdigen Telefongespräch zwischen ihm und Otto Wels gekommen sein:

«Ich sagte ihm, dass die Matrosen mit den Schlüsseln vom Schloss bei mir seien, also dasselbe geräumt hätten und er ihnen nunmehr ihr Geld auszahlen solle.

Wels: ‚Nein! Das geht nicht! Die müssen mir die Schlüssel selbst bringen, sonst gibt es keinen Pfennig. Jetzt habe ich sie in der Hand.‘

Ich: ‚Menschenskind, mach doch keinen Unsinn und rede kein Blech. Die Schlüssel sind hier, und du kannst sie ja abholen.... Die Matrosen sagen: wenn sie nach der Kommandantur gegangen wären, hätte es leicht zu unliebsamen Zusammenstössen kommen können, du weisst doch, welcher Beliebtheit du dich bei ihnen erfreust^»

Ob Wels so töricht ist, einem Rivalen wie Barth zu erklären: «Jetzt habe ich sie in der Hand», darf man eher bezweifeln. Aber im Ergebnis zumindest trifft der Bericht zu: Wels beharrt auf persönlicher Ablieferung sämtlicher Schlüssel durch die Matrosen. Ihm scheint es, wie er später erklärt, tatsächlich um eine Machtprobe zu gehen. Wels, ein grosser, ja, «bulliger Mann» (Brecht), ist seit dem 6. Dezember nicht im besten Nervenzustand; die Flut von Arbeit, der ständige Streit und die persönlichen Angriffe linker Zeitungen wie speziell der *Roten Fahne* setzen ihm zu. Im Umgang mit den Matrosen zeigt er sich bemerkenswert unsensibel, so hat er deren Unterkommandanten Radtke angeblich während der Verhandlungen angeherrscht: «Euch aus dem Schloss herauszukriegen, ist eine Kleinigkeit. Die Truppen von der Front sind zurückgekehrt. Ich lasse einfach vier Divisionen von allen Seiten anmarschieren und dann werdet ihr schon herauskommen.»²³ Kein Wunder, dass er bei der Volksmarinedivision zum Drahtzieher der Gegenrevolution stilisiert wird. Beamte des Finanzministeriums drängen seit Tagen auf eine militärische Lösung. Wahrscheinlich handelt es sich eher um den spontanen Wutausbruch eines überreizten, psychisch angeschlagenen Mannes. Ein Besucher aus dem Ministerium erschrickt bei Wels' Anblick: «Der Stadtkommandant sah fürchterlich aus», aufgrund von «Nervenüberspannung und Überlastung ... das Gesicht dunkelrot, die Augen unstet, die Pupillen irrten mitunter sekundenlang auseinander. Der schwere Körper wurde nur durch einen kräftigen Willen zusammengehalten und dieser wieder durch Zigaretten und Tee aufgepeitscht.»²⁴

Barths Besucher in der Reichskanzlei, zu Wels weitergebeten, ziehen fluchend und schimpfend ab und machen sich auf den Weg zur Kommandantur, und das Verhängnis nimmt seinen Lauf. Während Dorrenbach und einige Begleiter in der Kommandantur verhandeln, kommt es auf der Strasse zu einem Schusswechsel. Die draussen war-

tenden, wütenden Matrosen stoppen ein gepanzertes Automobil der Republikanischen Soldatenwehr, das wohl zu Wels' Unterstützung anrückt, und ein wilder Feuerkampf bricht aus. Zufällig ist ein Mitarbeiter der *Vossischen Zeitung* in der Nähe, er berichtet: «Als ich an dem Niederländischen Palais angelangt war, hörte ich laute Rufe: Halt! Halt! Dann fiel ein Schuss, ein wüstes Schreien erhob sich, und eine Salve nach der andern aus Gewehren wurde abgefeuert. Etwa nach der zweiten Salve ertönte das charakteristische Knacken eines Maschinengewehrs, dem bald ein zweites sich beigesellte.» Dann wird es sehr still. Was geschehen ist, hat der Zeitungsmann nur gehört, nicht gesehen; er drückt sich vernünftigerweise in eine Ecke des Torwegs zum Palais, während in den Putz über ihm die Kugeln einschlagen. Als das Gefecht vorüber ist, trifft er «einen traurigen Zug»: «Vier Matrosen trugen auf ihren Armen einen Kameraden, den sie im Vestibül des Opernhauses ablegten.» Der Mann ist tot, blutüberströmt liegt er auf dem Steinboden, Sanitäter bemühen sich daneben um einen Schwerverletzten, vergeblich. Draussen riegeeln weitere Matrosen die Strasse mit schussbereit gespannten Revolvern ab. Die Männer der Volksmarinedivision berichten dem Reporter: Sie hätten den Befehl gehabt, jedes Auto anzuhalten, aber der Panzerwagen sei einfach weitergefahren. Offenbar haben sie dann das Feuer eröffnet, und die Insassen haben, durch die Panzerplatten geschützt, aus den Maschinengewehren zurückgeschossen. Zwei Matrosen sind nun tot; während im Inneren der Oper die Vorstellung weitergeht, allerdings ist ein Grossteil des Publikums schleunigst geflüchtet, als der Schusswechsel begann.²⁵ Gegeben wird: die «Götterdämmerung».²⁶

Es sieht so aus, als habe Dorrenbach in der nächsten Stunde die Kontrolle über seine zornigen Männer verloren; vielleicht gibt er auch selbst die Befehle zum Gegenschlag – so oder so ist es verhängnisvoll. Binnen weniger Minuten wird aus einer Schiesserei eine ausgewachsene Staats- und Regierungskrise. Es beginnt in der Reichskanzlei, deren Matrosenwache, ebenfalls Angehörige der Volksmarinedivision, kurzerhand die Regierung festsetzt und die Telefonleitungen zur Außenwelt kapt. Somit scheinen sich die schlimmsten Befürchtungen der Mehrheitssozialdemokraten zu bestätigen: Die Regierung ist jedem Trupp bewaffneter Revolutionäre hilflos ausgeliefert. Noch am selben

Morgen hat Ebert laut Barth in der Kabinettsitzung geklagt: «Wenn hier 12 Mann bewaffnet hereinkommen und die Wache wehrt sich nicht und wir wehren uns nicht, dann heben sie uns einfach aus, und das Regieren hat ein Ende. Das geht hier mit den ewigen Deputationen und den ewigen Bedrohungen keine Stunde mehr.» Nun ist es tatsächlich so weit. «Seit wann sind finanzielle Streitigkeiten ein Grund zur Verhaftung der Regierungsorgane?», herrscht Landsberg die Soldaten an, die eben noch seine Wache waren.²⁷ Emil Barth will von all dem erst etwas bemerkt haben, als er an Eberts Arbeitszimmer anklopft und drinnen ausser diesem noch Scheidemann, Landsberg und Baake vorfindet. Landsberg, den er über die Massen hasst, soll ihn spöttisch als «Schicksalsgenossen» begrüsst haben: «Wir sind von den Matrosen verhaftet. Von unserer eigenen Wache. Kein Mensch darf das Haus verlassen und die Telefonzentrale ist gesperrt.»²⁸

Arnold Brecht erlebt das gesamte Geschehen mit, am selben Abend hält er die Ereignisse fest: In der grossen Vorhalle der Reichskanzlei stehen bewaffnete Matrosen und diskutieren mit Emil Barth, der ihnen heftige Vorwürfe macht. Als Nächster eilt Ebert herbei, den Kopf hochrot vor Zorn, herrscht er die Soldaten an: Warum sie, die doch die Regierung schützen sollen, sie hier belagerten? Das stimmt die Männer nicht milder, und sie fordern die ausstehende Löhnung von 80'000 Mark zu erhalten. Immerhin beteuern sie, der Regierung durchaus treu zu sein, aber ihre Geduld sei erschöpft. Was sie nicht wissen: Ebert und sein Mitarbeiter Arnold Brecht benachrichtigen die Oberste Heeresleitung über den direkten Telefondraht und bitten sie, einen Hilferuf an die Stadtkommandantur weiterzugeben; Wels versucht seine Soldatenwehr zu sammeln, und als sich das hinzieht, «ersuchte Wels das Generalkommando Lequis, die nötigen Mannschaften zum Reichskanzlerpalais zu schicken». Der General schickt vierzig Bewaffnete und befiehlt Verstärkung aus Potsdam heran.²⁹

Am selben frühen Abend erscheinen Hunderte aufgewühlter Angehöriger der Volksmarinedivision erneut vor der Stadtkommandantur, und zwar so bald, dass die von Wels alarmierte Verstärkung der Soldatenwehr zu spät kommt. Die Matrosen stürmen das Gebäude, bringen ein Maschinengewehr in Stellung und überrennen die hoffnungs-

los unterlegene Wache: «Ein Widerstand von dieser Seite hätte dem Kommandanten Wels das Leben gekostet.»³⁰ Wels, sein Adjutant Fischer und ein Mitarbeiter namens Dr. Bongard werden von der Menge gepackt und zum Schloss geschleppt.

Warum die Matrosen zu einem solchen Mittel greifen, das ihnen selbst am meisten schaden muss: Es lässt sich nicht mehr feststellen. Einer feindseligen Interpretation zufolge sind sie eben doch bloss eine «Söldnertruppe» (Hagen Schulze), die keine Skrupel kennt, wenn es ums Geld geht. Aber es ist ja ihr Geld, ihr ohnehin eher bescheidener Lohn, den die Stadtkommandantur als Druckmittel einbehalten hat. Anstiftungen durch Spartakisten hat es auch nicht gegeben, wie später behauptet wird. Alles spricht dafür, dass ein Teil der Matrosen, irritiert und überreizt durch den Konflikt mit «ihrer» Regierung, nach den tödlichen Schüssen auf zwei der Ihren die Nerven verloren hat. Walter Junge berichtet später, er habe erst von der Festsetzung der Regierungsmitglieder im Reichskanzlerpalais erfahren, als er sich dorthin auf den Weg machen wollte, um seinen Wachdienst anzutreten. Im Hof des Marstalls begegneten ihm dann Dorrenbach und weitere Matrosen, die von der dramatischen Wendung der Dinge berichten. Junge fragt, immer dem Bericht zufolge: «Was, Du hast die Regierung festsetzen lassen?»³¹ Dorrenbach habe etwas von einem «Missverständnis» vorgebracht.

Gemeinsam brechen sie auf zur Reichskanzlei, wo sich langwierige Verhandlungen entwickeln. Das Kommando Lequis hat eine Verstärkungstruppe aufgeboten, die 12. Grenadiere, die im überaus brutalen, von beiden Seiten grausam geführten Bürgerkrieg in Finnland auf Seiten der «Weissen» gekämpft und kommunistische Aufständische besiegt haben. Sie kommen direkt aus diesem Krieg und sind von der Revolution noch wenig berührt. Die Marinewache lässt sie nicht in die Reichskanzlei hinein, so werden die Belagerer der Regierung nun ihrerseits belagert; eine weitere bewaffnete Konfrontation droht. Es kommt zu der bizarren Szene, dass sich Offiziere des Kommando Lequis und der Volksmarinedivision in der grossen Halle gegenüberstehen und Ebert zwischen ihnen, ein Sinnbild jener Wahl, die er längst hätte treffen müssen.

Einer der Matrosen fragt ihn: «Warum sind wir betrogen?»

Warum sind wir betrogen. Es steckt das ganze Drama der Weimarer Republik, gewiss aber der Revolution von 1918/1919 in diesen wenigen Worten.

Warum sind wir betrogen? Es ist die Tragik einer unvollendeten Revolution. Keine sechs Wochen ist das alte System des Kaiserreichs erst gestürzt, und schon halten sich Linke untereinander für Todfeinde. Die SPD fürchtet russische Verhältnisse mit Bürgerkrieg, Massenmorden und der gewaltsamen Machtübernahme durch eine Minderheit. Deshalb setzt sie rechte Truppenverbände gegen die Volksmarinedivision ein, der wiederum dieser unerhörte Vorgang als Verrat erscheint. «Eine andere Regierung können wir nicht verantworten», sagt ein Matrose namens Güsten selbst jetzt zu den Volksbeauftragten. Warum sind wir betrogen.

Ebert antwortet: «Wer hat Euch betrogen? Ich verbitte mir das. Wir haben den Matrosen 80'000 Mark geboten, damit sie aus dem Schloss herausgehen.» Die Matrosen erwidern: «Wir machen keinen Handel. Das ist die *Löhnung!* Wels hat gelogen.» Ebert: «Nein, er hat nicht gelogen.»

Landsberg fragt: «Wer gibt Ihnen denn das Recht, Beamte der Regierung zu verhaften?» Der Matrose Schulz: «Unsere Macht.» Landsberg faucht zurück: «Also dann übernehmen Sie die Regierung.»³² Am Ende einigt man sich; die Matrosen und die Grenadiere ziehen ab, nachdem erstere versichert haben, Wels und seine beiden Begleiter noch am selben Abend freizulassen. Die Verhandlungen sollen dann am Heiligabend fortgesetzt werden. Junge selbst sagt den Volksbeauftragten entschuldigend: «Wenn ich dagewesen wäre, wäre das nicht passiert.»³³

Aber Wels kommt nicht frei. Es war bereits dunkel, als die Matrosen ihre Gefangenen im Marstall eingesperrt haben, Wels unter Schlägen und Todesdrohungen in einem kleinen Raum neben der Wachstube: «Jetzt ist Schluss! Jetzt wirst du erledigt!» Die Offiziere Junge und Fillbrandt versuchen ihre tobenden Männer zu beruhigen, die keinerlei Neigung zeigen, den Stadtkommandanten freizulassen, nur Bongard und Fischer dürfen gehen, von Radtke und Fillbrandt persönlich durch die wütende Menge eskortiert. Radtkes Schulter schmerzt, er hat einen Kolbenhieb abgefangen, der Fischer galt.

Hunderte Matrosen, die wohl mehrheitlich gar nichts mit den Vorgängen zu tun gehabt haben, haben sich da längst entfernt; sie gehen über Weihnachten heim zu ihren Familien oder in ihre Unterkünfte. Über die Stimmung bei den Zurückbleibenden schreibt Rotheit: «Radtke und Fillbrandt wollen Wels zu seiner eigenen Sicherheit ins Schloss hinübernehmen, müssen aber angesichts der Erregung davon absehen. Radtke schlägt vor, ihn in einem geschlossenen Auto fortzuführen, doch das Tor und der ganze Hof sind voll Matrosen. Man erwägt, Wels durch ein Fenster nach der Breiten Strasse entweichen zu lassen. Fillbrandt meint, auch das gehe nicht an, weil die Matrosen, wenn sie die Flucht merken, ihn selbst als den verantwortlichen Kompanieführer erschlagen würden.» Sie bekommen Wels nicht heraus, und so bleibt die Vereinbarung mit Ebert unerfüllt. Radtke selbst notiert über die ständigen Verhandlungen, er sei «des Nachts noch in der Kanzlei gewesen und habe mit Ebert und Scheidemann gesprochen»³⁴.

Es ist nun lange nach Mitternacht. Scheidemann schreibt in seinen Memoiren: «Vom Führer der Matrosen, Radtke, der immer wieder versicherte, dass er die Matrosen zu beruhigen suche, (kam) die telefonische Mitteilung, dass er für das Leben von Otto Wels nicht mehr einstehen könne.» Radtke wird dies später entschieden bestreiten, in seinen Aufzeichnungen findet sich nichts davon; wie auch immer, die drei Volksbeauftragten der MSPD haben Stunde um Stunde vergeblich darauf gewartet, dass ihr Genosse und Freund Wels wie vereinbart freigelassen wird. Die drei Unabhängigen sind nicht mehr anwesend, es unterbleibt aber jeder Versuch, sie zu kontaktieren. Schliesslich greift Ebert zum Hörer: Er bittet im preußischen Kriegsministerium um Hilfe, dann bei Groener, der sich auf die Nachrichten aus Berlin hin selbst bei ihm gemeldet hat: «Auf mein dringendes Verlangen gab Ebert seine Zustimmung zu dem Vorgehen gegen die Volksmarine-Division am nächsten Tage.»³⁵ Schliesslich befiehlt Ebert dem Kriegsministerium, das Kommando Lequis gegen die Matrosen vorgehen zu lassen, ohne jeden Versuch der Absprache mit den drei unabhängigen Regierungskollegen; Landsberg und Scheidemann stimmen zu. Was genau Ebert anordnet, allein die Befreiung von Wels oder die Niedererschlagung der gesamten Matrosentruppe, wird umstritten bleiben. In

der Nacht rumpeln Geschütze von Pferden gezogen über das Berliner Kopfsteinpflaster.

Jedenfalls hat Ebert damit gleich zwei Tabubrüche begangen: Er ignoriert den Koalitionspartner; und er versucht erst gar nicht mehr, regierungstreue Verbände wie die Republikanische Soldatenwehr mit der Befreiung ihres eigenen Kommandanten zu betrauen. Unmöglich wäre das noch immer nicht: Der Potsdamer Soldatenrat des Heima-theers, von Beginn an ein verlässlicher Bündnispartner, bietet der Regierung an, zu ihrer Unterstützung 3'000 Mann nach Berlin zu schicken; auch die Republikanische Soldatenwehr ist noch da, trotz der Schlappe, die sie an diesem Tag erlitten hat. Aber der Regierungschef setzt erstmals voll auf das alte Militär, das lange auf diesen Moment gewartet hat – den Moment, in dem es wieder gebraucht wird, in dem es gegen die verhasste Revolution zuschlagen darf, in dem sich Friedrich Ebert und seine Partei endlich in seine Hände begeben und sich von ihm abhängig machen.³⁶

Am nächsten Morgen donnert die mittlere und schwere Artillerie, die Barth morgens beim Kaffeetrinken hört. Wenn es Ebert darum gegangen ist, seinen Freund Wels zu befreien, geht es dem Kommando Lequis erkennbar um etwas anderes. Der Beschuss des Schlosses und des Marstalls mit 10,5-cm-Granaten ist schwerlich der Weg, dem dort-hin Verschleppten die Freiheit zurückzubringen.

Das Generalkommando Lequis ist zwar weit davon entfernt, die Zehntausenden Soldaten unter sich zu wissen, auf die es noch beim Einzug der Frontruppen vierzehn Tage vorher gesetzt hat – die meisten sind ja sofort heimgekehrt. Aber gut tausend Mann bringt es noch zusammen, die aus unterschiedlichsten Gründen bei ihren Einheiten bleiben. Prägnant wird Sebastian Haffner schreiben: Fast alle «wollten Weihnachten zu Hause sein. Was zurückblieb, waren die Offiziere – und unter den Mannschaften diejenigen, die gern Soldaten waren; die Revolution aber hatten diejenigen gemacht, die es ungern waren»³⁷. Und es ist verstärkt durch die Finnland-Heimkehrer, die den Bürgerkrieg, aus dem sie kommen, nun sogleich im eigenen Land fortführen sollen.

Eine Aufforderung zur Kapitulation durch Parlamentäre, die ein weisses Tuch schwenken, haben die Matrosen kurz vor acht Uhr per

Abstimmung rundheraus abgelehnt. Ihre Lage ist nicht gut, die Mehrzahl der Kameraden befindet sich im Weihnachtsurlaub oder auf den Aussenwachen; nach Schätzungen sind im Schloss etwa sechzig Mann zurückgeblieben und im Marstall noch 150. Im Lustgarten, am Werderschen Markt, beim Zeughaus, überall, wo die Geschütze der Belagerer aufgefahren wurden, ergeht der Feuerbefehl.

Erstmals setzen Soldaten in einer deutschen Grossstadt schwere Artillerie gegen die eigenen Landsleute ein. Der Kampf in insurgierten Städten, den die Armee vor 1914 so sorgfältig hat ausarbeiten lassen, ist nun Wirklichkeit. Die Geschütze sollen das Schloss sturmreif schiessen und die Verteidiger niederhalten, während die Gardisten angreifen. An den Statuen des Lustgartens fauchen die Granaten vorbei und reissen grosse Löcher in die beiden Schlossportale, die grossen Flügelfenster splintern, Metallsplitter schlitzten des Kaisers Tapeten und Ölbilder auf. Auf dieser Seite dringen zwei Stosstrupps der Belagerer ins Erdgeschoss ein, sprengen Türen mit Handgranaten. Sie nehmen einige Matrosen gefangen und erreichen die Schlosshöfe, dann kommen sie nicht mehr weiter und geraten unter Feuer aus den oberen Stockwerken, im Gebäude entbrennt ein wüster Schusswechsel. Dorenbach selbst schießt mit einem Maschinengewehr auf dem Hof gegen die Soldaten.

Zur Strasse und zum Schlossplatz hin halten die Matrosen im Marstall durch ihre Maschinengewehre die Angreifer in Schach, die weite offene Fläche liegt unter so schwerem Feuer, dass die Attacken unter erheblichen Verlusten scheitern. Der Matrose Willi Leow schreibt: «Nach drei Fronten mussten wir uns mit Kugelspritzen gegen Minenwerfer und Flachbahngeschütze verteidigen.»³⁸ Das Kommando Lequis versucht diese MG-Schützen durch gezielten Beschuss auszuschalten. Eine Maschinengewehrstellung im Eckzimmer erhält einen direkten Treffer, der Schütze ist sofort tot. Die Matrosen wehren sich weiter, mit dem Mut der Verzweiflung. Sessel und Schränke der Innenräume, an die Fenster geschoben, dienen als Deckung.

Darüber hinaus sind die wenigen Berichte widersprüchlich; sicher ist nur: Der Angriff bleibt stecken. Das Getöse der Schlacht ist in ganz Berlin zu hören, Schaulustige erscheinen, aber auch immer mehr bewaffnete Arbeiter und Soldaten, vor allem von der Sicherheitswehr

des Polizeipräsidenten, die sich aufseiten der Matrosen stellen. Nach einer Feuerpause nähern sich auch zahlreiche Demonstranten, viele Frauen und Kinder, und der Strom all dieser Menschen ergiesst sich unaufhaltsam über die Stellungen der Belagerer. Die gefangenen Matrosen aus dem Schloss werden, wie Rittmeister von Soldern vom Garde-Ulanen-Regiments berichtet, «von der immer drohender werdenden Menge befreit», wobei ihm selbst ganz unklar ist, ob diese Leute «für oder gegen die Regierung Ebert – Haase» stehen. Der Rittmeister zeigt nun eine Haltung, die in den kommenden Wochen und Monaten leider immer seltener zu beobachten sein wird: Er will nicht auf Zivilisten schiessen lassen und gibt seinen Leuten den Befehl, die Waffen niederzulegen. Einzelne Soldaten und Aussenposten werden von der Sicherheitswehr, zu der auch einige aus Wels eigener Truppe, der Republikanischen Soldatenwehr, gestossen sind, gewaltsam entwaffnet; andere laufen sogar zur Menge über. Die meisten nehmen die Bajonette ab und legen die Gewehre auf den Boden. Einer ruft: «So eine Gemeinheit, uns gegen Kameraden im Bruderkampf aufeinanderzuhetzen!»³⁹ Der Lustgarten ist nun schwarz von Menschen, die beiden Geschütze dort feuern längst nicht mehr. Ein Oberst vom Generalkommando, der den Matrosen eine Verlängerung des Ultimatums um 20 Minuten mitteilen möchte, wird von der Menge mit Hohnrufen und Beschimpfungen am Sprechen gehindert, ein Mitglied der Volksmarinedivision führt ihn vorsichtshalber in eine benachbarte Autohalle weg. Eine Reihe von Offizieren wird ins Polizeipräsidium gebracht und dort in einem, wie Eichhorn später betont, «grossen mit Sofa und Sesseln ausgestatteten Raum» eingesperrt; am Abend lässt er sie frei.⁴⁰

Es ist nun später Vormittag, in der nahen Universität beginnen neue Verhandlungen. Mit dabei sind neben Offizieren des Generalkommandos für die Regierung der moderate und vernünftige Max Cohen-Reuss, für den Vollzugsrat Richard Müller, für den Zentralrat der Marine Otto Tost, für die Volksmarinedivision Radtke, Dorrenbach und zwei weitere Matrosen, dazu auf deren Bitte die USPD-Linken Ledebour und Däumig. Selten genug in diesen Tagen findet die Runde eine rasche Lösung, auch wenn es eigentlich nur Verlierer gibt.

Die Volksmarinedivision verpflichtet sich, das Schloss zu räumen

und sich mit verringerter Mannschaftszahl der Republikanischen Soldatenwehr zu unterstellen; ausserdem künftig jede Aktion gegen die Regierung zu unterlassen und Wels freizugeben. Sie wird jenem Mann untergeordnet, an dessen starrer Haltung sich der Konflikt entzündet hat. Das ist ein tragisches Ergebnis aus Sicht der Besonnenen wie Radtke und Junge, aber unausweichlich nach den Übergriffen des Vortags; immerhin werden sie rechtlich nicht belangt und die Division bleibt als Formation bestehen, was wütende Vorwürfe selbst in liberalen Blättern wie der *Vossischen Zeitung* nach sich zieht. In der Volksmarinedivision entsteht eine Kluft zwischen Radtke und Dorrenbach, der sich nun immer stärker an Liebknecht orientiert: «Dorrenbach tanzt aus der Reihe», so Radtke. «Liebknecht kommt jetzt öfter, er ist böse, scheint auf mich. Ich habe ihm verweigert, vom Balkon zu sprechen.» Er selbst glaubt, in der Republikanischen Soldatenwehr «mit Fischer gut auszukommen, wenn Dorrenbach nicht wäre».⁴¹

Das Kommando Lequis muss seine Einheiten sofort abziehen und aus Berlin entfernen. Es hat versagt, Ebert, das Kriegsministerium und die Heeresleitung enttäuscht; diese erleidet ihrerseits eine weitere Schlappe bei ihren Bemühungen, in Berlin «Ordnung zu schaffen».

Die Regierung der Volksbeauftragten ist gedemütigt und dies gleich mehrfach: erst durch die Volksmarinedivision, von der sie als Geisel genommen wird; dann durch den Ausgang der Kämpfe, in der die Lequis-Truppe eine schmerzliche und klare Niederlage erleidet; und schliesslich ist die einst so beschworene «Einigkeit» mit der USPD nun endgültig und unwiderruflich Fiktion.

Der grösste Verlierer aber ist die Revolution selbst. Seit 1848/49, beim Scheitern der ersten deutschen Revolution, oder dem preußisch-österreichischen Krieg von 1866 ist in den Strassen einer deutschen Stadt nicht mehr so viel Blut geflossen. Elf Matrosen und 57 Soldaten des Kommandos Lequis sind bei den Kämpfen umgekommen. Die Kluft zwischen der Ebert-SPD und den Linken wird zum Abgrund, eine Spirale der Radikalisierung hat begonnen, die sich nicht mehr stoppen lässt, weil auf beiden Seiten der Wille dazu rasch schwindet. Alle Versuche, eine zuverlässige bewaffnete Macht zu schaffen und aus dieser dann ein loyales demokratisches Heer, sind mit dem Tag der

Weihnachtskämpfe gescheitert. Soldatenwehr, Volkswehr, «Hamburger Punkte», die Reste der Volksmarinedivision: Sie alle versinken innerhalb weniger Wochen in der Bedeutungslosigkeit.

Wenigstens taucht Otto Wels am selben Vormittag in der Reichskanzlei auf; lebend und wieder frei, aber schwer zerrupft und fahl im Gesicht. Seine Kleider sind schmutzig und zerrissen, die Weste hängt in Fetzen herunter, wie Scheidemann schreibt: «Seine Hände zitterten. Er konnte sich offenbar kaum auf den Beinen halten.» Scheidemann reicht ihm einen Cognac: «Der Schluck wirkte Wunder.» Wie sich herausstellt, ist in der Nacht Georg Ledebour im Marstall aufgetaucht und hat mit aller Intransigenz und Härte, zu der er fähig ist, die Matrosen beredet, ihren Intimfeind gehen zu lassen und zumindest nicht mehr zu behelligen. Wels war nun ausser unmittelbarer Lebensgefahr. Ob er danach wirklich, wie Eichhorn und andere behaupten, auf eigenen Wunsch noch bis zur Helligkeit bei seinen Peinigern im Marstall geblieben sei, weil die nächtlichen Strassen zu gefährlich waren, klingt wenig überzeugend. Aber er lebt, und es ist vorbei.⁴²

«Wir können hier nicht bleiben»: Die Einheitsregierung zerbricht

Vor dem Hintergrund des ramponierten Schlosses stehen die Särge feierlich aufgebahrt; auf der Terrasse am Lustgarten wacht an diesem Sonntag, dem 29. Dezember, eine Ehrenkompanie aus Franzern und Arbeitern über die gefallenen Matrosen. Otto Tost hält eine Trauerrede auf die Kameraden. Sie treten nun ihre letzte Reise an, als sich der Beerdigungszug zu den Klängen des Chopinschen Trauermarsches Richtung Friedhof der Märzgefallenen in Bewegung setzt. Am Himmel kreisen als eine Art letztes Geleit drei mit roten Wimpeln geschmückte Doppeldecker. Es ist nun schon, nach der Bestattung der Opfer des 9. November und des 6. Dezember, der dritte grosse Aufmarsch dieser Art, und wie schon zuvor bleibt es nicht bei feierlichem Gedenken.

Beim Weg durch die Innenstadt wird der Marsch zur politischen Grosskundgebung der radikalen Linken; vor dem Reichskanzlerpalais in der Wilhelmstrasse rufen viele Teilnehmer «Liebknecht lebe hoch!»

«Nieder mit der Regierung!». Zu den Trauerrednern gehören Liebknecht und Ledebour; und nach einer Ehrensalue für die Toten spricht Polizeipräsident Eichhorn: «Wir wollen geloben, nicht zu rasten und nicht zu ruhen, bis wir das erreicht haben, wofür diese Opfer hier gefallen sind!»⁴³

Woran diese Marineangehörigen geglaubt haben und wofür sie gefallen sind, wird niemand mehr wissen können. Aber an diesem Sonntag erlebt Berlin Aufmärsche, wie es sie seit dem 9. November nicht mehr gab, und die Initiatoren würden darauf jeweils eine andere Antwort geben. Liebknecht will die grosse Revolution nach sowjetischem Muster und nutzt dafür die Beerdigung revolutionärer Soldaten, mit denen er wenig zu tun gehabt hat. Die MSPD mobilisiert gleichzeitig Hunderttausende Mitglieder, Arbeiter, Anhänger zu einem Aufzug demonstrativer Stärke; auch wenn noch niemand «Wir sind das Volk» ruft, ist genau das die Botschaft an die Linksradikalen. Vom «überwältigenden Gesamteindruck» ergriffen, schreibt ein Reporter: «Jede Regierung, die Freiheit und Ordnung will, hat nicht nur die Mehrheit des deutschen Volkes, sondern auch die Massen der Berliner hinter sich. Allem Krawall und aller Gewalt zum Trotz!» Das bleibt abzuwarten. Erstaunlicherweise bleibt es friedlich. Radtke steht an den Särgen, in denen seine Kameraden liegen, «die grösstenteils Familienväter sind. Das Herz bricht einem, wenn man die jungen Frauen am Sarg jammern sieht, ich gehe fort.»⁴⁴

Eine weitere Demonstration von mindestens 80'000 Menschen sammelt sich rings um die Siegestsäule, ein Zeichen, dass sich der Wind zu ändern beginnt: Es sind erstmals wieder Bürgerliche, nämlich die Linksliberalen, die eben ihre neue Partei aus der Taufe gehoben haben, die DDP. Ihr Hauptredner Friedrich Naumann bietet der MSPD Hilfe beim Aufbau der deutschen Demokratie an: «Diese Demokratie wird alle Hände rühren müssen, um zu vermeiden, dass das deutsche Volk nur von einer Klasse beherrscht werde.» Neue Allianzen kündigen sich an. Die Menge ruft im leichten Nieselregen dieses Wintertages: «Nieder mit Liebknecht! Fort mit dem Terror! Es lebe die Demokratie!»

Die Wahrscheinlichkeit allerdings, dass eine Klasse, die Arbeiterschaft, alleinige Trägerin der Macht würde, ist nun kurz vor dem Jahreswechsel geringer denn je zuvor seit dem Umsturz des 9. November.

Die drei Unabhängigen sind anderthalb Tage zuvor aus dem Rat der Volksbeauftragten ausgetreten. Die Regierung der sozialistischen Einheit besteht nicht mehr. Sie ist zerbrochen am Streit um die Weihnachtskämpfe, genauer: um die Rolle Eberts und des Militärs.

Das Wiedersehen im Rat der Volksbeauftragten nach den Weihnachtskämpfen ist frostig. Man geht sich anfangs aus dem Weg, dann bestehen die drei Unabhängigen auf Aufklärung, eine vielstündige Sitzung des Kabinetts und des Zentralrates am 28. Dezember gerät zum Showdown. Wieso hat Ebert ohne Rücksprache mit ihnen Militär angefordert? Was genau ist dessen Auftrag gewesen?

Die MSPD-Kollegen sehen bei der Antwort nicht gut aus. Ihr Verhalten grenzt an Leugnung, und als das nicht mehr möglich ist, begründet Friedrich Ebert den Befehl damit, man habe Wels retten müssen. Das ist den Unabhängigen neu, Barth ruft: Er sei am 23. Dezember bis kurz vor Mitternacht im Büro gewesen und wenn die drei MSPD-Kollegen ihm ein Wort von Wels' Gefangenschaft gesagt hätten, «wäre ich zum Marstall gegangen und hätte Wels herausgeholt». Haase: «Ich habe jetzt erst erfahren, dass der Kriegsminister um ein Uhr nachts hier mit einer Blankovollmacht versehen worden ist.» Wie genau habe Ebert sich die Rettung des Kommandanten vorgestellt? Zwischen Befehl und der Aufforderung zur Aufgabe an die Matrosen am Weihnachtsmorgen sind Stunden vergangen; und wie hätte der Beschuss des Stadtschlusses mit Granaten eigentlich das Leben von Wels retten können, fragt Haase: «Sie mussten wissen, dass sie Kanonen auffahren lassen würden und vorrücken würden in derselben Weise, wie sie in den vier Jahren Leute abgeschlachtet haben.»⁴⁵ Verbittert registriert Dittmann: «Wir waren drei Tage lang belogen worden, belogen von Männern, mit denen wir gemeinsam die Regierungsgeschäfte führen sollten, was trotz aller gegensätzlichen Auffassungen möglich gewesen war ... Jetzt war dieses Vertrauen mit einem Schlag vernichtet.»⁴⁶

Haase hält Ebert vor, sich mit dem Militär verbündet zu haben: «Wir können uns auf die alten militärischen Gewalten nicht stützen.» Scheidemann erwidert: «Gewiss gibt es ein Dutzend Offiziere, die zu verrückten Streichen fähig sind. Die spielen aber gar keine Rolle. Auf der anderen Seite, da stehen diejenigen, die alles in Grund und Boden

zertrümmern, die die Revolution gefährden. Denen gegenüber müssen wir uns schützen.»⁴⁷

Es ist der letzte grosse Auftritt von Hugo Haase als Mitglied der Regierung; einmal noch zieht er alle Register seines Könnens und Intellekts. Und das Thema ist die verfehlte Militärpolitik, mit dem Versuch, den Zentralrat zumindest in dieser Frage hinter sich zu bringen, will er Eberts zu enge Verbindung zur Obersten Heeresleitung und ihren Einheiten kappen. Es ist ein tapferer Versuch; aber der Zentralrat ist eben auch jenes Gremium, dem seine irregeleiteten USPD-Genossen nicht angehören mochten, das infolgedessen nur mit Mehrheitssozialdemokraten besetzt ist und am 20. Dezember die Verzögerung der «Hamburger Punkte» mit abgenickt hat. Durch einen detaillierten Fragekatalog zwingt Haase seine Mitglieder, Farbe zu bekennen, und tatsächlich zieht er sie in den meisten Punkten auf seine Seite. Billigt es der Zentralrat, dass die Truppen am Morgen des 24. den Matrosen ein Ultimatum von nur zehn Minuten gestellt haben: «Nein.» Will der Zentralrat weiterhin die «strikte Durchführung» der «Hamburger Punkte» betreiben? Antwort: Ja. Billigt der Zentralrat geheime Mitteilungen der Obersten Heeresleitung, sie erkenne die Arbeiter- und Soldatenräte nicht mehr an? Die Frage «wird mit Nein beantwortet». Nur in der ersten Frage stellt sich der Zentralrat etwas gewunden hinter Ebert. Im Wortlaut:

«Billigt es der Zentralrat, dass die Kabinettsmitglieder Ebert, Scheidemann und Landsberg in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember dem Kriegsminister den in keiner Weise begrenzten Auftrag erteilten, mit militärischer Gewalt gegen die Volksmarinedivision vorzugehen?»

Die Antwort: «1. Die Volksbeauftragten haben lediglich den Auftrag erteilt, das Nötige zur Befreiung des Genossen Wels zu veranlassen. Das ist aber auch erst geschehen, nachdem den drei Volksbeauftragten vom Führer der Volksmarine-Division telephonisch mitgeteilt worden war, dass er für das Leben des Genossen Wels nicht mehr garantieren könne. Das billigt der Zentralrat.»

Im Grunde haben Haase, Dittmann und Barth damit mehr gewonnen, als sie erwarten können. Haase aber führt hier einen Kampf, den die völlig isolierten Regierungsmitglieder der Unabhängigen nicht gewinnen können: Würde sich der seit dem Rückzug der Unabhängigen

von der MSPD dominierte Zentralrat voll und ganz hinter die USPD stellen, müsste er als Aufsichtsorgan Ebert, Landsberg und Scheidemann im Grunde abberufen. Es ist absehbar, dass er das nicht tun wird, aus Parteiräson wie aus Verantwortung für die Regierung.

Der Zentralrat kritisiert jedoch Eberts Krisenmanagement und das Verhalten der Lequis-Truppen, er steht weiter zur Militärreform und gegen Eigenmächtigkeiten der Heeresleitung. Er kann Eberts Argument, Wels sei in Lebensgefahr, aber nachvollziehen und spricht ihn damit vom gewiss wichtigsten Vorwurf frei, reaktionäre Truppenteile ohne Vorgaben und Einschränkungen auf die Matrosen losgejagt zu haben. Das wäre immer noch der Boden für einen Kompromiss; wichtiger als die Details der Vergangenheit, wer wann was befohlen hat, wäre doch die Zukunft, vor allem die Umsetzung der Heeresreform, «alsbald».

Aber es genügt den Unabhängigen nicht. Müde und verdrossen ziehen sie sich in Haases Arbeitszimmer zurück. Sie entschliessen sich, sofort aus der Regierung auszutreten. Kurz nach Mitternacht ist ihre Erklärung dazu formuliert, der zentrale Satz: «Wir können es nicht verantworten, dass einem Vertreter des alten Gewaltsystems (*dem preußischen Kriegsminister; d.V.*) die Verfügung über das Leben der Mitmenschen nach seinem Belieben übertragen wird. Der Weg der Verhandlungen, der schliesslich zum Ziel geführt hat, hätte in keinem Stadium der Angelegenheit verlassen werden dürfen.»⁴⁸ Beides ist richtig, aber die Flucht aus der Regierung und damit aus der Verantwortung ist es nicht – jedenfalls nicht aus historischer Perspektive. Gewiss mag der Entschluss psychologisch verständlich erscheinen und die Lage der drei Unabhängigen scheusslich. Der stärkere und grössere Koalitionspartner hat sie hinters Licht geführt, ihre Basis zerrt an ihnen und würde das Verbleiben im Amt verübeln. Aber sie räumen die einzigen Machtpositionen, die es ihnen erlauben würden, so viel Revolution wie möglich zu retten – zum Beispiel für die Militärreform zu kämpfen, die der Zentralrat ja weiterhin unterstützt. In fast allen Ministerien sind noch USPD-Leute aktiv, ob als Beigeordnete oder in anderen Funktionen; die halbe preußische Regierung wird von den Unabhängigen gestellt. Sie alle folgen nun dem Beispiel der Genossen aus der Reichskanzlei und treten zurück.

Es gibt dafür wohl ein praktisches und ein ideelles Motiv. Das praktische betrifft die Partei. Zwischen ihren beiden Flügeln – hier pragmatischer Regierungsbeteiligung, dort romantischer bis doktrinärer Revolutionsideen – droht sie zu zerbrechen; Haase hofft, in der Opposition diesen klassischen, wie man später sagen würde, Konflikt zwischen Realos und Fundis lösen zu können ohne die Zwänge des Regierens und damit den Spartakisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Vielleicht würde diese Strategie sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung auszahlen.

In der Opposition liegt die Kraft zur Erneuerung, zu konsequent radikaler Politik, die vielleicht, hoffentlich, irgendwann den Moment sozialistischer Morgenröte erreichen wird – dieses Motiv wird sich jahrzehntelang in immer neuen Varianten wiederholen, ohne dass die Morgenröte sich jemals nähern würde. Wie auch immer, die USPD überlässt in den ersten Stunden des 29. Dezember 1918 den Mehrheitssozialdemokraten das Feld.

Haase fährt mit dem Zug heim nach Ostpreußen, nach Königsberg. Dittmann räumt sein Büro aus und trifft auf der Treppe den soeben zurückgetretenen Kriegsminister Schöch; der Antimilitarist in ihm kann es sich nicht verkneifen, ihn wegen der grobmotorischen Militäraktion des 24. Dezember aufzuziehen; das sei wohl kein geglückter Abgang gewesen: «Na, wenn man den Auftrag hat, einen Menschen zu befreien, lässt man doch nicht mit Kanonen auf das Haus schießen, in dem er sitzt.» Schöch habe, so heisst es bei Dittmann, jedoch geantwortet: «Dagegen muss ich energisch protestieren! ... Mein Auftrag lautete gar nicht so. Ich hatte Befehl, mit allen verfügbaren Mannschaften und militärischen Machtmitteln die Matrosen aus Schloss und Marstall zu vertreiben.»

Dittmann fährt nun heim im Gefühl, das Richtige getan zu haben. Zu Hause in Solingen will er für die Nationalversammlung kandidieren, muss aber feststellen, dass die radikale Linke die aussichtsreichen Listenplätze schon unter sich ausgemacht hat. Und so verschwindet Wilhelm Dittmann zwar nicht aus der deutschen Geschichte, aber aus jenem kurzen Teil von ihr, die mehr Menschen seinesgleichen gebraucht hätte. Von einem der beiden, die nachrücken in die Regierung, wird man das Gegenteil sagen müssen.

«Verliert nicht den Mut, Kinder!» Frauen in der Revolution

Vom Herd zum Maschinengewehr: Frauenrollen, Rollenbilder

Es ist der 9. November 1918, und in der Berliner Pension Cora machen sich die Hausmädchen nach ihrer Schicht fein. Argwöhnisch fragt die Wirtin, was die jungen Damen denn zu dieser Stunde noch vorhätten. Und die Mädchen? «Auf die Revolution gehen», erwidern sie fröhlich und entfernen sich Richtung Stadt, wo an diesem Tag eine Welt zusammenbricht und eine neue heraufzieht. Sie wollen dabei sein, wenn das geschieht.

Von der neuen Welt erwarten etliche Frauen viel, die alte hingegen hat ihnen wenig geboten ausser Vorschriften und Zwängen, vor allem verweigerte sie ihnen juristische Gleichheit. Vor dem Recht und damit in der Gesellschaft sind Frauen im Kaiserreich Staatsbürger zweiter Klasse. Erst seit 1908 ist es Frauen überhaupt erlaubt, Parteien beizutreten und sich politisch zu betätigen. Aber weiterhin dürfen sie nicht wählen, nicht gewählt werden und sind in vielerlei Hinsicht noch dem Willen des Vaters oder Ehemannes unterworfen. Bürgerlichen Frauen stand nach 1871 meist nur der Beruf der Lehrerin oder Gesellschafterin offen, das änderte sich erst langsam. Kaum dem Kindesalter entwachsen, schreibt grimmig die bekannte Frauenrechtlerin Lida Gustava Heymann, droht einem Mädchen das Schicksal als höhere Tochter, ein «Drohnen-Dasein ohne Aussicht auf sinnvolle Beschäftigung und Arbeit», verbannt von der «landläufigen Norm in die Enge des Hauses, um allen Familienmitgliedern zu dienen, allen Ausbeutungsobjekt für nichtige Dinge zu sein; in Literatur, Künsten und Sprachen zu dilettieren; zu warten, bis der Freier erschien, der es – wie es so schön hiess – ihrem natürlichen Berufe zuführte, d.h. ins Ehejoch spannte».

Diese pointierte Kritik gilt vor 1914 freilich nur einem Teil der

Frauen, jenen nämlich, die nach dem bürgerlichen Familienideal leben oder auch leben müssen. Das heisst nicht, dass es Proletarierinnen und Frauen unterer Schichten leichter hätten. Mehr als 1,3 Millionen meist sehr junge Frauen arbeiten in der späteren Kaiserzeit als Dienstmädchen in bürgerlichen und adeligen Privathaushalten; in sehr vielen Fällen war der Lohn dort minimal, die Ausbeutung aber maximal, schon weil die Arbeitszeit keiner gesetzlichen Regelung unterlag. Die Dienstmädchen traten ihre Tätigkeit meist unmittelbar nach der Volksschule an, die meisten wechselten später in die Fabrikarbeit. Dort wurden sie wesentlich schlechter entlohnt als die Männer, dennoch waren vor allem die Familienhaushalte ungelerner Arbeiter vom Einkommen der Mutter mit abhängig, so gering es sein mochte. Familiengründung wurde so zu einem erheblichen finanziellen Risiko, wie der Dreher Moritz Bromme 1895 berichtet: Nach der Geburt von Emma, dem zweiten «Töchterchen», musste seine Frau zu Hause bleiben, da die Kinderbetreuung – sie hatten ausserdem einen Sohn – nicht mehr bezahlbar war. Sie nähte nun zu Hause, doch warf die Heimarbeit weniger ab: «Jetzt waren wir zu fünfen. Die Hedwig schlief beim Schwiegervater im Bett, von den beiden andern Kindern je eins bei Vater und Mutter. So brauchten wir wenigstens noch kein neues Bett anzuschaffen. Doch geschehen musste auch das einmal, und so wurden die Aussichten für die Zukunft immer schwärzer, die Frau immer missgestimmter.»¹

Kurz vor dem Krieg liegt die Erwerbsquote weiblicher Beschäftigter schon bei fast 30 Prozent. Für Millionen von Frauen wie für ihre Arbeitgeber «war die Alternative Familie oder Erwerbstätigkeit unrealistisch geworden. Vor allem für die Jüngeren war eine mehrjährige Berufstätigkeit, zumeist vor bzw. in den ersten Jahren der Ehe, die Regel.»²

Um diese Zeit erstarkt die politische Frauenbewegung, oder besser: erstarken die Bewegungen. Es gibt eine bürgerliche, eine eher gemässigt sozialdemokratische und eine radikale Strömung, letztere angeführt von der Leitfigur Clara Zetkin. Die Klassengesellschaft des Kaiserreichs prägt auch bei der Emanzipation sogar den gesellschaftlichen Widerstand. 1901 erscheint ein Standardwerk der Sozialdemokratin Lily Braun: *Die Frauenfrage, ihre geschichtliche Entwicklung und wirtschaftliche Seite*, in der sie eine weitgehende Gleichberechtigung

der Frau in der Gesellschaft fordert. Lily Braun ist unerschrocken genug, um mit Hass und Hämie, die Aktivistinnen wie ihr entgegenschlagen, umgehen zu können. Ihr Vater, ein ehemaliger General, hatte bei ihrer ersten Heirat, mit dem atheistischen Nationalökonom Georg von Gizycki, erklärt, «sich lieber mit seiner Reiterpistole niederzuschliessen, als sie einem Ungläubigen zu überlassen» – was er dann glücklicherweise doch unterliess.³

Von Clara Zetkin (1857-1933), einer Vertrauten Lenins, spricht Lily Braun gern als «der blutigen Clara», weil sie ihr zu radikalsozialistisch ist; so spiegelt sich die wachsende Entzweiung schon der Vorkriegssozialdemokratie auch in ihrer Frauenbewegung wider. Strebten Frauenrechtlerinnen wie Lily Braun, Minna Cauer und Helene Lange die Gleichberechtigung mit den Männern durch Reformen an, war Clara Zetkin zufolge diese «soziale Frage» revisionistische Augenwischerei: «Die Emanzipation der Frau wie die des gesamten Menschengeschlechtes wird ausschliesslich die Emanzipation der Arbeit vom Kapital sein» – durch die sozialistische Gesellschaft nach der Revolution.⁴ Solche Ansichten lehnt der 1894 gegründete, bürgerlich orientierte Bund Deutscher Frauenvereine (BDF), der 1914 schon mehr als eine halbe Million Mitglieder zählt, strikt ab. Unter der eher konservativen Vorsitzenden Gertrud Bäumer grenzt der BDF sozialistische und sozialdemokratische Frauen und Frauengruppen strikt aus.

1891 fordert allein die SPD das Wahlrecht der Frauen; 1908, nach dem Ende des Verbots politischer Betätigung, traten daher zahlreiche Frauen in die Partei ein – und erlebten deren Auseinanderdriften zu den unterschiedlichen Flügeln mit. Bedrückt wird Lily Braun schreiben: «Die wachsende Leidenschaft tötete jede Objektivität. Keiner gestand dem anderen die Ehrlichkeit der Gesinnung zu. Hinter jeder Äusserung eines Revisionisten entdeckte der orthodoxe Marxist Verrat, in jeder Verteidigung des radikalen Standpunkts sah der Revisionist dogmatische Verbohrtheit und bewusstes Demagogentum.» Die «Verteidigung der grundlegenden Dogmen» um jeden Preis werde nichts erzeugen als Hass gegenüber Andersdenkenden.⁵ Wahre Worte.

Der Krieg führt auf eine andere Weise zur Mobilisierung von Frauen: einerseits als Industriearbeiterinnen, da die Männer an der Front

sind – andererseits im Protest gegen das grosse Morden. Allerdings bekennt sich der BDF unter Gertrud Bäumer zum Krieg und mobilisiert seine Mitglieder zum Einsatz in der Kriegsindustrie. Ende März 1915 jedoch reisen mehrere SPD-Aktivistinnen, unter ihnen Clara Zetkin, zur internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in der Schweizer Hauptstadt Bern. Zugleich demonstrieren Frauen vor dem Reichstag, während die Polizei nicht recht weiss, wie sie mit diesem Phänomen umgehen soll. Drohen Verhaftung oder Prügel mit dem Polizeiknüppel, nehmen Demonstrantinnen oft ein Kleinkind auf den Arm. Die wiederholten Proteste der Genossinnen schliessen an die Postulate der Friedensbewegung vor 1914 an, und sie tun, was der Belagerungszustand untersagt, sie protestieren offen gegen den Krieg: «Von Frauen an Frauen! Wir wollen nicht länger zusehen, wie man unsere Männer und Söhne hinschlachtet. Wir wollen Frieden für alle!» Später im Krieg gehen Polizei und Militär auch gewaltsam gegen demonstrierende Frauen vor. Und die haben wahrlich Grund zum Protest: Zwei Millionen Frauen verlieren ihre Männer oder Geliebten durch den Krieg, noch weit mehr erleben, dass er seelisch oder körperlich verkrüppelt heimkehrt und sie nun für die Familie aufkommen müssen.

Für viele Frauen, die sich trotz aller Hemmnisse politisch engagieren, scheint die Revolution von 1918 dann wie eine Erlösung zu sein: «Nun begann ein neues Leben! Zurückdenkend erscheinen die folgenden Monate wie ein schöner Traum, so unwahrscheinlich herrlich waren sie!», schreiben Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann in ihren Erinnerungen. «Man brauchte keinen Schlaf; nur eine lebendige Flamme brannte: Sich helfend beim Aufbau einer neuen Gemeinschaft zu betätigen.»⁶ Als das Kaiserreich in den ersten Novembertagen 1918 in sich zusammenfällt, sind Damen ein häufiger Anblick bei Protestversammlungen; in Hamburg, in Sagebiel's Fährhaus, organisiert Anita Augspurg eine solche, bei der nur Frauen das Rederecht haben, so etwas hat es noch nicht gegeben: «Durch Kriegszustandsgesetz waren sie zum Schweigen verdammt, lange hatte man ihre Stimme in der Öffentlichkeit nicht mehr gehört. Nun waren sie wieder frei, konnten sie reden. ... jene beherrschten die Stimmung, die sich hoffnungsfroh einsetzten für eine neue, freie Volksgemeinschaft.»⁷ Zeit der Hoffnung. Den Frauenbewegungen der Kaiserzeit ist es nicht allein um das

fehlende Wahlrecht, sondern um den Kampf gegen die Zurücksetzung der Frauen überhaupt gegangen. Die USPD-Delegierte Elvira Rosenberg aus Mariendorf bei Berlin bringt es 1919 auf den Punkt: «Ja, wie sollen wir denn politisch selbständig werden, wenn wir im Hause fast nichts zu sagen haben?» Der Sozialismus, befindet sie, «muss zuerst im Hause anfangen», und wenn das bedeute, dass die Frau verdiene und der Mann daheim «das Gemüse fertigmacht» – nun, so sei es.⁸ Aber das ist 1919 Zukunftsmusik.

In den meisten Darstellungen der Revolution tauchen Frauen nur ganz am Rande auf, immer abgesehen natürlich von der dominierenden Gestalt Rosa Luxemburgs. Aber, wie die Historikerin Helga Grebing in einem Aufsatz, einer der wenigen Abhandlungen zum Thema, schreiben wird: «Diese Revolution fand viele Frauen auf der Höhe der Zeit, und es waren beileibe nicht nur proletarische ... Es stimmt schon: Die Frauen waren fast überall dabei, und nicht nur in Berlin, wenngleich nicht in dem Ausmass und mit der Durchsetzungskraft: wie es ihre jüngeren gestrengen Schwestern heute gern gehabt hätten.»⁹

Auch bei der MSPD finden sich etliche meist jüngere Frauen, welche sich durch die Revolution politisieren und die fortan für die junge Republik eintreten; eine von ihnen ist Elisabeth Selbert, später eine der Mütter des Grundgesetzes von 1949. Zusammen mit vielen Frauen- und Friedensverbänden konstituieren sich die MSPD-Genossinnen am 17. November symbolträchtig in der Frankfurter Paulskirche, dem Ort der demokratischen Nationalversammlung von 1848. Dort fordern sie einen «Staat der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit» – für alle.

Gertrud Bäumer, die bürgerliche Feministin, die seit 1910 den BDF geleitet und die Kriegsanstrengung unterstützt hat, stösst 1919 zur linksliberalen DDP. Sogar das katholische Zentrum entsendet zwei Frauen in die Nationalversammlung, und die Rechtsparteien DVP und DNVP kommen nicht umhin, Frauen in ihren Reihen mitarbeiten zu lassen, Frauen aufzustellen und wählen zu lassen wie Margarete Behm, die Vorsitzende des Christlichen Vereins der Heimarbeiterinnen. Solche Politikerinnen wollten einerseits das Los vieler Frauen verbessern, andererseits aber das traditionelle Frauenbild bewahren.

In der USPD und dann der KPD dagegen ist eine Reihe von Frauen

aktiv, die schon vor 1914 in der Arbeiterbewegung zu finden waren: Rosi Wolfstein aus Duisburg etwa, die Hugo Haase als eine Wortführerin des radikalen Flügels schon am Gründungstag der USPD in Gotha 1917 das Leben schwer machte. Einige wenige Frauen kämpfen sogar mit der Waffe in der Hand, was bei den gegenrevolutionären Freiwilligenverbänden ab 1919 Schreckbilder von «Flintenweibern» erzeugt. Hilde Steinbrink aus Neukölln schießt mit dem letzten Maschinengewehr der Vorwärts-Besetzer auf die Belagerer, während rings um sie die Granaten der Artillerie einschlagen, Mauern und Dächer einstürzen und Menschen unter sich begraben.

Freilich bemerken die Revolutionärinnen bald, dass auch unter Genossen Gleichberechtigung kein sehr verbreitetes Anliegen ist, um es mild zu sagen. Selbst für linke Revolutionäre wie Richard Müller ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Frau zu Hause für Heim und Herd sorgt und ihm den Rücken frei hält für die grosse Aufgabe, und so ist es in fast allen Familien der Arbeiterführer von 1918. Überheblichkeit Frauen gegenüber ist keineswegs auf Bürgerliche und Konservative beschränkt. Ein Münchner Mitglied des roten Hochschulrates bemerkt: «So viel habe ich gelernt, dass ich bei einer Revolution mit Weibern nichts mehr zu tun haben will.»¹⁰ Solche Männer vergassen alle Gleichheitsprinzipien aus einem einfachen Grund, wie Gustava Heymann schreibt, «sie fühlten sich in ihrem Autoritätsgefühl bedroht, ihre Herrennatur begehrte auf»¹¹. Vielen Arbeitern, notiert der Münchner Räteführer Ernst Toller in einem Brief an Mathilde Wurm kritisch, sei es «unbequem, wenn ihre Frauen Ernst machen mit der Verwirklichung sozialistischer Forderungen».¹²

Eine dieser Forderungen ist die nach gleicher Entlohnung. Nicht einmal in der Münchner Räterepublik wird ein entsprechendes Gesetz beschlossen, ja, sogar in ihren eigenen Institutionen wie dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Bauernräte werden angestellte Genossinnen wie selbstverständlich schlechter bezahlt als die Männer,: Letztere bekommen 15 Mark am Tag, Frauen 12,50. Diesem Gremium gehört keine einzige Frau an, und so ist es meist in dieser noch von Männern dominierten Gesellschaft: Weder im Rat der Volksbeauftragten noch in den Reihen seines Kontrolleurs und Gegenspielers, dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte, oder dessen Nachfolgers, dem Zen-

tralrat, ist ein einziges weibliches Mitglied vertreten, ebenso wenig in der preußischen Landesregierung. Auf der Reichsrätekonzferenz Mitte Dezember 1918 sind nur zwei Frauen unter den fast 500 Delegierten aus ganz Deutschland, die entsprechend angestaunt werden.

Dennoch sind es die Volksbeauftragten, die mit ihren grossen Reformbeschlüssen vom 12. November 1918 zumindest einen wichtigen Schritt zur Gleichberechtigung durchsetzen: Sie führen das Frauenwahlrecht ein; Frauen dürfen nun wählen und gewählt werden: «Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlrechts für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.» Damit ist bereits am dritten Tag der Revolution eine der grossen Forderungen der Frauenbewegung erfüllt. 1918 setzt sich die fortschrittliche sozialistische Programmatik sogar über die Bedenken des Liberalen Hugo Preuß hinweg, dem Schöpfer der Weimarer Reichsverfassung, der den Volksbeauftragten am 26. November das Reichswahlgesetz vorlegt und bedauernd anmerkt, das Wahlrecht der Frauen sei ja durch die Regierung festgelegt: «Auch da habe ich meine Bedenken, denn zwischen einem zwanzigjährigen Arbeiter und einem zwanzigjährigen Mädchen ist ein Unterschied.»¹³

Zur erheblichen Enttäuschung der Sozialdemokraten, aber auch der linken Frauenbünde, erhalten MSPD und USPD dann nicht den Lohn in Form überwältigenden Zuspruchs bei den Wählerinnen, im Gegenteil. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 stimmen die Frauen insgesamt konservativer ab als die Männer. Schicht, Milieu, Herkunft sind für die Wahlentscheidung vieler Frauen bedeutsamer als die, wie man heute sagen würde, Genderfrage, wie Heinrich August Winkler konstatieren wird: «In überwiegend katholischen Gegenden profitieren 1919 in erster Linie Zentrum und DVP, in überwiegend evangelischen Gebieten DDP und DNVP vom Frauenstimmrecht.»¹⁴

Wütend schreibt die Feministin Heymann, die vergeblich für die USPD kandidiert hat, 1919 über die «altersschwachen Greise», die schon im «selig dahingeshiedenen Reichstage» sassen und, «so unglaublich das auch scheint», von «deutschen Männern und leider auch Frauen wiedergewählt worden sind». Auch die Wählerinnen hätten

«noch immer nicht begriffen».¹⁵ Sie sind allerdings nicht, wie mitunter behauptet wird, verantwortlich für die verpasste absolute Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien. Dass aber «alle politisch denkenden Frauen leicht zum Radikalismus neigen», wie der mächtige rheinische Industrielle Carl Duisberg behauptet, ist nichts als ein verbreitetes Vorurteil. In der Nationalversammlung sind dann 39 von 423 Abgeordneten weiblich, die grössere Zahl von ihnen gehört der MSPD-Fraktion an. Es ist der Anfang eines langen, sehr langen und an Rückschlägen reichen Weges politischer Emanzipation.

Als erste Frau in einem deutschen Parlament spricht am 15. Januar 1919 Marianne Weber von der linksliberalen DDP im Badischen Landtag. Sie ist die Gattin des prominenten Soziologen Max Weber, der sich einst geweigert hat, sie als Hörerin bei seiner eigenen Vorlesung zuzulassen. Das hat sie nicht gehindert, in die Politik zu gehen. Den eher skeptisch blickenden Herren hält sie vor: «Wir Frauen können nur unserer hohen Freude darüber Ausdruck geben, dass wir zu dieser hohen Aufgabe mitberufen sind, und ich glaube sagen zu dürfen, dass wir für sie besser vorbereitet sind, als vielleicht die meisten von ihnen glauben.»¹⁶

Einen erheblichen Rückschritt dagegen bedeutet die Verdrängung von Hunderttausenden Frauen aus ihren Arbeitsplätzen, die bald nach dem Waffenstillstand 1918 beginnt. Millionen Männer legen die Uniform ab und kehren zurück in ihre Fabriken und Büros, welche der gesetzlichen «Wiedereinstellungspflicht» unterliegen; die weiblichen Kräfte, von denen sie ersetzt wurden, müssen weichen. Ohne sie wäre die Wirtschaft während des Krieges kollabiert – doch nun haben sie ihre Schuldigkeit getan. Sie waren ohnehin nur als Platzhalter gedacht, «sie erhielten», so Hans-Ulrich Wehler, «in der Industrie keine fachliche Ausbildung ... (und) wurden nur ad hoc unterwiesen; Facharbeiter weigerten sich, Frauen als künftige Konkurrentinnen anzulernen».¹⁷ Noch einmal Duisberg, zitiert von Helga Grebing: «Wir haben sie der Not gehorchend beschäftigt, sie gehören aber nicht in die Fabrik oder auf die Strasse, sondern ins Haus, und deshalb muss persönlich auf sie eingewirkt werden, ihre Abreise wollen wir durch Geldzuweisungen reichlich unterstützen.»

Von der Regierung der Volksbeauftragten haben die weiblichen

Beschäftigten keine Unterstützung zu erwarten: Sie betrachtet 1918 die Wiedereingliederung der Soldaten in das Wirtschaftsleben als eine ihrer vordringlichsten Aufgaben. «Es müsse», sagt Staatssekretär Koeth auf einer Kabinettsitzung am 25. November 1918, alles getan werden, «um die hereinströmenden Massen rasch in eine Wirtschaft einzustellen, die teilweise zusammengebrochen sei».¹⁸ Das ist einerseits nicht unverständlich, denn die Regierung befürchtet den ökonomischen Kollaps des geschlagenen Reiches ebenso wie soziale Unruhen und Radikalisierung durch Massen von Arbeitslosen. Aber den Preis zahlen die berufstätigen Frauen, die mehr oder weniger fortgescheucht werden, gleichgültig, ob sie ohnehin lieber zu ihren Familien zurückkehren wollen oder nicht. Und es unterbleibt fast jeder Versuch, die Berufstätigkeit von Frauen zu verbessern oder zu fördern. Für Frauenrechtlerinnen wie Lida Gustava Heymann bleibt es «fast unbegreiflich, mit welcher Lammesgeduld viele der Frauen, die z. B. bei der Tram, Post oder Eisenbahn sowie in Handel und den Fabriken innegehabten Posten ohne Widerstand den Männern räumten und dann selbst ohne jeden Verdienst dastanden». Proteste gibt es meist nur, wenn arbeitslose Männer in klassische Frauenjobs drängen wie jenem der Schankkellnerinnen, die sich mit ihrem berufsbedingt entwickelten Durchsetzungsvermögen dagegen verwahren.

Die Weimarer Republik beginnt also mit einem erheblichen Rückschlag für die weibliche Erwerbsarbeit. Zwar steigt ihre Erwerbsquote bis 1925 dennoch auf die Rekordquote von 35,3 Prozent, das sind 11,5 Millionen Beschäftigte. Aber das Muster von 1918/19 – Frauen haben ihren Platz zu räumen, wenn die Männer Jobs brauchen – wiederholt sich von da an: Die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit steigt durch die Weltwirtschaftskrise ab 1919 um ein Vielfaches. Vor allem die politische Rechte fährt nun eine Kampagne gegen das «Doppelverdiener-tum». Vergeblich fordert die liberale *Frankfurter Zeitung* 1931, an der «von den Frauen erkämpften, durch die Verfassung gewährleisteten Bildungs- und Berufsfreiheit der Frauen unbedingt festzuhalten».¹⁹ Mit dem Nationalsozialismus geht aller Fortschritt bald verloren, und erst in der sozialliberalen Reformära beginnt in der Bundesrepublik ein neuer, wenn auch mühseliger Weg zur Gleichstellung der Geschlechter.

Ende 1918 findet auch die junge Sozialistin Hilde Kramer in München keine Arbeit und führt notgedrungen, wie sie voll Selbstironie meint, ein «Boheme-Leben», das sich meist im beliebten Café Stephanie abspielt: «Wir lebten von Kaffee, Politik und einem gelegentlichen Ei im Glas.»²⁰ Sie erhält auch weniger Arbeitslosenunterstützung als die Männer, «und ich fand es daher gänzlich in Ordnung, dass die Männer oft zusammenlegten und mir mein Mittagessen bezahlten. Niemand leitete daraus besondere Rechte ab.» Hilde Kramer ist freilich selbst in der Münchner Räterepublik als Frau eine Ausnahme; erheitert schreibt sie am 18. November 1918 an ihre Freundin Wise: «Ich bin ein Soldatenmädel geworden, du würdest baff sein, ich gehe nie ohne Begleitung, liebe 10 auf einmal, werde von 20 geliebt und habe doch noch nie einen Kuss bekommen.»

Hilde Kramer wird nach der Zerschlagung der Münchner Räterepublik 1919 von Freikorpsoldaten verhaftet und befürchtet das Schlimmste, doch sie hat Glück: «Das waren die Leute, die in München Blutbäder angerichtet haben. Ich jedoch wurde von ihnen mit grosser Höflichkeit behandelt, ‚gnädiges Fräulein‘ genannt und mit Omeletts traktiert, bekam sogar Wein.»²¹ Sie nimmt ihn nicht an. Nach kurzer Haft geht sie in die Sowjetunion, verlässt das vermeintliche Paradies der Werktätigen aber schon zu Beginn von Stalins Herrschaft 1924. So entgeht sie, anders als viele ihrer beklagenswerten deutschen Freunde, wohl Folter und Ermordung während der «grossen Säuberungen» in den dreissiger Jahren.

Wohl nirgendwo während der Revolution sind Frauen so aktiv wie an Hilde Kramers Wirkungsstätte, der Münchner Räterepublik. Sie selbst wird dort Mitarbeiterin des Kommandeurs der «Roten Armee», des brutalen Rudolf Egelhofer. Obwohl sie im Auftrag der bayerischen KPD nach Berlin reist, hält Revolutionsführer Levine nichts von solchen «Schulmädchen» in seiner Partei. Sie findet das «sehr ungerrecht», denn: «Ich war jung und unwissend, aber es war ganz klar, dass ich bereit war, wenn nötig für unsere Sache mein Leben zu geben.»

Zu ihren engsten Mitstreitern gehört die Familie Kaetzler, bei der sie nach dem Tod der Eltern seit dem elften Lebensjahr aufgewachsen ist. In der Mutter Gabriele, «Mutt», findet Hilde Kramer ein Rollenmodell, an dem sie sich als junge Frau stark orientiert:

«Ihre Begeisterungsfähigkeit war ansteckend ... Ihr scharfer, kritischer Verstand regte uns ständig zum Denken an und hinderte uns, konventionelle Weisheiten kritiklos anzunehmen.» Einmal hört sie zu, wie «Mutt» über das zeitgenössische Heldenlied *Ich hatt' einen Kameraden* spricht: Was sei das bloss für ein Lied, fragt Gabriele Kaetzler, in dem es heisse: »Kann Dir die Hand nicht geben, derweil ich eben lad?« Warum summen die Leute ein solches Zeug, wie sie es sieht, gedankenlos nach, statt sich zu fragen, was das bedeuten soll: «Er kann seinem sterbenden Kameraden nicht helfen, weil er sein Mordgewehr laden muss. Nein, das ist ein grausames Lied.»

1915, fünfzehn Jahre alt, muss sie gegen ihren Willen in ein Thüringer Pensionat wechseln, um dort den Lyzeumsabschluss zu machen. Beim Abschied verlässt sie Riederau mit dem Motordampfschiff, der Landesteg bleibt im dicken Nebel hinter ihr, und sie kann ihre Ersatzfamilie schon nicht mehr sehen, als sie sie zum Abschied singen hört:

*Wohlan, wer Recht und Freiheit achtet,
zu unserer Fahne steh zu Hauf.
Wenn auch die Lüg uns noch umnachtet,
Bald steigt der Morgen hell herauf*

Intellektuelle Bürger wie die Kaetzlers prägen die frühe Phase der Münchner Räterepublik, als diese noch von Eisner geführt wird, und dort sehen sich die Familie und Hilde Kramer wieder. Gabriele Kaetzler als Leiterin eines Kinderhauses; ihre Töchter Fite und Wite sowie der Sohn Athanasius und drei weitere Kinder engagieren sich 1918 sofort für die Räterepublik; nach deren Ende wird Gabriele Kaetzler im Gefängnis Stadelheim eingesperrt; und der Kaetzler-Clan gilt der politischen Polizei fortan als Konspirationszentrum, in dem «die roten Frauen von Riederau» umgehen. Zu ihrer Geschichte gehört auch die verbreitete Denunziation durch rachsüchtige Nachbarinnen.

In den wenigen Wochen, in denen Eisners kurzlebige sozialistische Republik Bayern noch von Optimismus und Hoffnung erfüllt ist, finden vergleichsweise viele Frauen hier eine politische Heimat, oder gar das «neue Leben», von dem Lida Gustava Heymann träumt. Mit ihrer

engen Weggefährtin Anita Augspurg gehört sie zu den prominentesten Frauen der deutschen Revolution; die beiden Frauenrechtlerinnen haben in der Münchner Kauibachstrasse trotz des Belagerungszustands schon gegen den Krieg gestritten und gründen im Dezember 1918 den ersten «Bund sozialistischer Frauen».

Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann bleiben einander ein Leben lang tief verbunden. Vater Augspurg, ein schon betagter ehemaliger Freiheitskämpfer von 1848, erschien Tochter Anita (1857-1943) zwar wie ein arg altmodischer «Kavalier alter Schule», mit dem es viele Konflikte gibt; aber sie verlässt das Elternhaus mit dem unbändigen Willen und der Kraft, sich niemals den Zwängen zu beugen. Und sie tut es auch nicht: Zusammen mit Lida Gustava Heymann (1868-1943), deren engste Weggefährtin und Lebenspartnerin sie wird, gründet sie 1902 den Verband für das Frauenstimmrecht. Beide sind stark geprägt von Bebels Theorieschrift *Die Frau und der Sozialismus*, worin der Parteiführer der weiblichen Hälfte der Bevölkerung die gesellschaftliche Befreiung durch Überwindung bürgerlicher Klassenherrschaft verheisst. Und diese Stunde scheint ihnen nach dem Umsturz in München am 7. November 1918 nahe zu sein. Zusammen mit der Pazifistin Helene Stöcker schliessen sie sich Kurt Eisner an.

Im «Bund sozialistischer Frauen» finden sich ausserdem Genossinnen wie Thekla Egl, Mathilde Baumeister, Nanette Katzenstein und Elma Klingelhöfer (nach den Polizeiakten von 1919 «aufreizende» Rednerinnen, «gemeingefährliche Wesen» von teils «dämonischem Einfluss») und arbeiten Richtlinien zur umfassenden politischen Gleichberechtigung aus: «,Kinder, Kirche, Küche, Kranke’, die bekannten 4 Ks, die sollten nach Wilhelms II. Ausspruch das Wirkungsbereich der Frau umfassen», jetzt aber gelte es, gesellschaftlich zu arbeiten, «müssen wir in die politische Organisation eintreten, wenn das parteipolitische Getriebe und seine Kampfmethoden uns auch noch so sehr abstossen mögen».²² Weil das so sein soll, setzt der Bund mit Eisners aktiver Hilfe – der Ministerpräsident fördert die «roten Frauen» als gesellschaftliche Verbündete sehr – ein eigenes, seinerzeit spektakulär neues «Referat für Frauenrechte».

Der Bund setzt ausserdem durch, dass Frauen in den Führungs-Or-

ganen der Räterevolution mitarbeiten. Hedwig Kämpfer ist als Richterin im Revolutionstribunal tätig, andere Frauen sind Beisitzerinnen, und Heymann erkennt ihnen vor allem das Verdienst zu, dass die zweite, kommunistisch gelenkte Münchner Räterepublik trotz aller verbalen Militanz keinen einzigen Menschen zum Tode verurteilt: Dies «war ausschliesslich auf die Frauen zurückzuführen, die sofort ... die Forderung erhoben: Todesurteile werden nicht verhängt! Die Annahme dieses Grundsatzes trug den Frauen – wie sich sehr bald zeigen sollte – den unverbrüchlichen Hass eines Levien und Eugen Levine ein (*den KPD-Aktivisten und führenden Männern der zweiten Räterepublik; d. V.*)». Ende April 1919, als hochgerüstete Freikorps der Reichsregierung auf das rote München vorrücken, beschwören die bekanntesten Münchner Genossinnen die KPD-Führung, Verhandlungen zu führen statt in einen letzten Kampf zu ziehen, den sie nicht gewinnen kann. Lida Gustava Heymann: «Wir boten uns an, mit der weissen Armee zu verhandeln.» Aber Levien, den sie als «schweren Hysteriker und Psychopathen, nicht ohne Begabung» empfindet, weist die Frauen «hohnlachend» ab: «Dieser Gewaltmensch war keiner Logik und Vernunft zugänglich ... er pries die russischen Revolutionärinnen, die mit der Waffe in der Hand den Kampf aufgenommen hätten, und schüttete allen Spott auf die deutschen Frauenrechtlerinnen und Pazifistinnen aus, die in ihrer Torheit vermeinten, ein Revolutionstribunal könne ohne Todesstrafe ganze Arbeit machen.»²³ Als die gegenrevolutionären Truppen die Münchner Räterepublik dann in einem nicht da gewesenen Blutbad vernichten, flieht Levien mit dem Flugzeug.

Die Freikorpsoldaten reagieren auf Frauen oftmals mit pathologischem Hass. Lida Heymann erlebt dies 1919 in München mit, wo die Soldaten ein bis dahin beispielloses Massaker anrichten. «Mein Widerwillen gegen diese staatlich geschulten Menschenschlächter verstärkte sich», schreibt Heymann, sie «mordeten, plünderten, vergewaltigten Frauen ... alles in ihnen brodelte in sinnloser Hast, in widerlicher Lust.»²⁴

«Die Weiber sind die schlimmsten», wird der Freischärler Ernst von Salomon, später Beteiligter am Rathenau-Mord und schliesslich Schriftsteller, über Hamburger Frauen schreiben, die 1920 während des Kapp-Putsches gegen die Gewalt seines Freikorps demonstrieren:

«Die Weiber, breit, in blauem Zeuge, mit nassen Schürzen und zerschlampten Röcken, fauchrot die faltigen Gesichter unter wirrzerzausstem Haar, mit Stöcken, Steinen, Schläuchen und Geschirren, sie hämmern auf uns los.... Weiber spucken auch und keifen, und man kann so ohne Weiteres nicht die Faust in ihre Fratzen pflanzen.»²⁵

Sanitäterinnen gibt es auch bei den Regierungstruppen. Sind sie aber auf der roten Seite aktiv, gelten sie denen als «widerlichste aller Figuren», werden sie oft Opfer sadistischer, auch sexueller Gewalt durch die Freikorpsoldaten. Diese machen ihre Opfer dann nachträglich zu Täterinnen: Die 1919/20 bei vielen rechten Soldaten herrschende Furcht vor bewaffneten Revolutionärinnen ist in der Klinischen Psychologie wohl am ehesten als Angstlust zu bezeichnen. Über solche Frauen gehen völlig unbelegte Geschichten um; angeblich kastrieren und verstümmeln die roten Kämpferinnen, deren Zahl in Wahrheit übrigens äusserst gering ist, gefangene Soldaten. Ihor Goote, Freikorpskämpfer unter Noske und später SA-Schläger und Nazischriftsteller, schreibt, «dass es nicht einmal das Schlimmste ist, hier mit Kopfschuss zu fallen wie der Junge eben, dass es viel schlimmer ist... von geniesserisch lächelnden Flintenweibern den längsten Tod zu empfangen, den bittersten und zerquältesten, den einer sterben kann»²⁶.

Einer von Noskes Lieblingsgeneralen, Maercker, der grosse Stücke auf Ehre und Haltung und soldatisches Ethos hält, sagt zu seinen Männern, wie einer von ihnen berichtet: «,Es ist ja eine altbekannte Tatsache, dass bei solchen Aufläufen immer die Weiber vorneweg sind. Und wenn ein Führer schiessen lässt und es gehen ein paar olle Weiber dabei drauf, dann schreit gleich die ganze Welt über die blutgierige Soldateska, die unschuldige Frauen und Kinder erschießt. Frauen sind überhaupt immer unschuldige Wir lachen.»²⁷

Die Rebellin: Toni Sender

Es ist drei Uhr früh am 9. November 1918, und Toni Sender sitzt in einem Zimmer im «Schlesinger Eck», sie hat schon lange kein Auge mehr zugemacht. Der bejahrte, aber grosse Gasthof in der Frankfurter

Gallusstrasse ist eher eine Kaschemme, «ziemlich heruntergewirtschaftet von einem Pächter, der sein eigener bester Kunde zu sein schien», wie Toni Sender etwas ungnädig befindet, zumindest gemessen an dem Umstand, dass der trinkfreudige Herr des Hauses die USPD-Kader hier heimlich tagen und einen Arbeiterrat gründen lässt. Eine Hintertreppe führt hinauf zu ihnen in einen schmutzigen Saal, durch den Mäuse huschen. Aber später wird sie schreiben: «Für das alte Schlesinger Eck empfinde ich immer noch ein warmes Gefühl der Dankbarkeit.»

Die 30-jährige Parteiaktivistin der Frankfurter USPD ist eine Frau, deren Äusseres ihre Durchsetzungskraft und Mut nicht gleich verrät, sie ist klein und schmal, eine eigentümliche Schönheit mit dunklen, weit auseinanderstehenden Augen in einem runden, klaren Gesicht. Sie hat am Vorabend der Revolution in verrauchten Zimmern zu Soldaten gesprochen und zu Betriebsräten, einen Generalstreik mitgeplant und versucht, einen Überblick über die chaotische Lage in der Grossstadt am Main zu behalten. Sie hat wütende Massen in der Stadt gesehen und am Hauptbahnhof einen jungen Leutnant überredet, die Razzien in den Zügen nach revolutionären Matrosen aus dem Norden lieber einzustellen; in der Innenstadt reissen die Soldaten den Offizieren schon die Rangabzeichen herunter. Nun aber in der Nacht stehen Männer des Arbeiterrates vor ihr, die sie neugierig mustern und auf ihre Entscheidung warten. Vier von ihnen wählt sie für eine revolutionäre Mission aus: Sie sollen den Polizeipräsidenten Riess von Scheurnschloss aufspüren und verhaften. Solange er in der Stadt die auch in Frankfurt gefürchtete preußische Polizei kommandiert, kann die Revolution noch in Gefahr geraten.

«Was sollen wir denn mit ihm machen, wenn' wir ihn festgenommen haben?», fragt einer des Greiftrupps. Sie antwortet: «Bringt ihn in den Frankfurter Hof und übergibt ihn der Obhut des Soldatenrates.» Sie erklärt ihnen die neuen Verhältnisse: Der Soldatenrat ist für die Sicherheit und öffentliche Ordnung verantwortlich, der ebenso junge Arbeiterrat für die Zivilangelegenheiten. Das leuchtet den Männern ein, und sie begeben sich hinaus in die Nacht. Früh am Morgen sind sie in bester Stimmung zurück. Sie haben zuerst in der Hauptwache nachgesehen, wo es drunter und drüber geht und die Autorität der Uniformierten dahin ist – aber von Riess von Schernschloss keine Spur.

Dann bekamen sie einen Tipp. Der Polizeipräsident ist daheim und schläft den Schlaf des Gerechten, der Umsturz im Land und seiner Stadt kümmert ihn nicht.

Toni Sender ist verblüfft, wie sie eingesteht: «Menschenmengen drängten durch die Strassen, Kasernen wurden besetzt, Häftlinge befreit, rote Fahnen auf dem Hauptbahnhof gehisst; Soldaten und Arbeiter berieten und fällten folgenschwere Beschlüsse – und während dieser ganzen Zeit hatte der preußische Polizeichef tief und vielleicht sogar unbehelligt von Träumen geschlafen.» Kann es ein passenderes Bild für die Ohnmacht und Tatenlosigkeit des alten Systems geben?

Als es an seine Tür hämmert, ist die Ruhe freilich vorbei. Der Polizeichef erklärt den Emissären des Arbeiterrates: Ob er die neue Ordnung anerkenne, nun, da wolle er sich noch nicht festlegen. So verhaften sie ihn kurzerhand und bringen ihn zum Soldatenrat in den Frankfurter Hof, wo er in Schutzhaft genommen wird. Zufrieden schreibt Toni Sender noch in ihren Memoiren: «Er wurde nie wieder in sein Amt eingesetzt. Wir in unserem Teil des Landes leisteten gründliche Arbeit» – ein Hinweis auf die Versäumnisse anderswo, vor allem in den Reichsbehörden, wo der Rat der Volksbeauftragten jene «verfluchte Kontinuität» walten lässt, die der Weimarer Demokratie dann so schlecht bekommen wird.²⁸ Aber als am 9. November ein grauer Tag anbricht, durchsetzt mit Schleiern von Nieselregen, da ist Toni Sender beinahe überzeugt, zu den Siegern der Geschichte zu gehören.

Toni Sender, eigentlich Sidonie Zippora Sender, 1888 als Tochter einer strenggläubigen jüdischen Familie in Biebrich am Rhein geboren, ist eine der bemerkenswertesten Frauen der Revolution 1918 und der Weimarer Republik. Sie wird nicht die Berühmtheit Rosa Luxemburgs oder Clara Zetkins erlangen, steht ihren radikaleren Schwestern aber an Bedeutung nur wenig nach; heute ist sie eine vergessene Revolutionärin, zumindest dieses Schicksal teilt sie mit den Männern von damals: Sie haben gemeinsam für eine Demokratie gestritten, die sich ihrer hundert Jahre später kaum erinnern wird.

Sie liebte als Kind ihre Eltern, der Vater war «ein sehr fröhlicher, humorvoller Mensch, ein echter Rheinländer, der das Leben liebte».

Fürs Leben hat ihr das wohl viel mitgegeben, doch «wir mussten seine Autorität hinnehmen, ohne Fragen zu stellen. Widerspruch war nicht erlaubt». Mit 13 Jahren schon erträgt sie die Enge und den Zwang nicht mehr, obgleich beides im Vergleich zu den Erziehungspraktiken vieler Familien damals eher milde Fälle gewesen sein dürften. Sie besucht eine Handelsschule, von der Familie verzweifelt betrachtet und zugleich doch gefördert. In Frankfurt findet sie Kontakt und Aufnahme in der Arbeiterbewegung, die ihr, wie so vielen jungen Menschen, eine neue Heimat wird. Als junge Gewerkschaftsaktivistin marschiert sie 1910 mit bei einem Protestzug gegen das preußische Drei-Klassen-Wahlrecht durch die Innenstadt, nicht ahnend, dass der Aufmarsch in die berühmte «Frankfurter Blutnacht» münden wird. Auf der Zeil versperren ihnen Ketten bewaffneter Polizei den Weg. Und Toni Sender geht nach vorn und fragt herausfordernd: «Was haben wir getan? Ist die Strasse für steuerzahlende Bürger verboten?» Die Folgen beschreibt sie in ihren Memoiren: «Die Antwort war ein Hagel von Schlägen. Mein Rücken schmerzte furchtbar. Nie im Leben war ich so wütend gewesen.» Sie flüchtet in ein Stiegenhaus, wo eine mitleidige Arbeiterfamilie sie versteckt. Die Nacht endet mit Dutzenden schwer verletzten Demonstranten. Dieses System, so lernt sie auf dem harten Weg, will kein Jota von seiner Macht abgeben.

Vom Freiheitsdrang getrieben, geht Toni Sender nach Paris und stösst auch dort bald wieder zu den Sozialisten. Sie lernt dort einen deutschen Genossen kennen, den zehn Jahre älteren Robert Dissmann vom Niederrhein, ein hagerer Mann, an dem die Kleider hängen, der Schnauzbart aber selbst für die Verhältnisse seiner Zeit kühn im rechten Winkel weit vom Gesicht in die Luft absteht. Er war, wie Toni Sender schreibt, mit «einem frohen, heiteren Temperament und einem grossartigen Sinn für Humor begabt» und «ein Mensch, den ich als Führer achtete und als Mann sehr mochte». Möglicherweise wird er in dieser Zeit ihr Lebensgefährte, sie wird später der Politik wegen weder heiraten noch Kinder bekommen, aber alles Private geheim halten wie einen Schatz. Aber das Band zu Dissmann ist sehr eng, sein früher Tod – er starb 1926 auf einer Schiffspassage von den USA nach Deutschland an einem Herzinfarkt – für sie «ein schmerzlicher, unvergesslicher Verlust».

1914 zählen sie beide zum Kreis der Kriegsgegner in der SPD. Sie gründen den «Bund Proletarischer Freidenker», und 1915 sind es Frauen aus mehreren Staaten, welche in Bern eine Konferenz gegen den Krieg einberufen. Sie steht in Kontakt zu Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, die sie 1915 unter konspirativen Umständen besucht, weil Zetkins Haus observiert wird: «Sie war eine der aktivsten Kämpferinnen gegen den Krieg und sehr bitter gegen jeden, der nicht mit ihren Einsichten übereinstimmte.» Hier deuten sich spätere Bruchlinien an – für das Unbedingte, das Kaderdenken ist Toni Sender zu freiheitlich gesinnt.

Robert Dissmann verweigert den Dienst im verhassten Krieg, indem er körperliche und seelische Probleme aller Art simuliert. «Verliert nicht den Mut, Kinder», sagt er den Genossinnen, obwohl er am Ende in einer Irrenanstalt landet. Zuvor ist er in einem einsamen Krankenhaus mitten im Gebirge untergebracht, und die Freundin wandert vor Tagesanbruch stundenlang durch den Bergwald, um ihn heimlich zu besuchen, wie sie es versprach: «(W)enn ich schliesslich eintraf, sah ich zu Roberts Fenster hinauf um ein Zeichen, dass die Luft rein war – ein weisses Handtuch, das er als Fahne herabhängte.» Schliesslich entlassen ihn die Militärärzte als «unheilbar».

Beide gehören 1917 zu den Mitbegründern der USPD. Toni ist seit Jahren schon eine berufstätige Frau, sie arbeitet als kaufmännische Angestellte, ein guter Job mit gutem Geld. Aber durch die Parteiarbeit lernt sie die soziale Wirklichkeit der Arbeiterfrauen kennen und beschreibt sie später eindringlich: «Viele meiner Freundinnen arbeiteten in den Munitionsfabriken, während ihre Männer in den Schützengräben standen. Ihr Lohn war nötig, um den Haushalt in Gang zu halten. Am Sonntag fahren sie mit ihren Rucksäcken aufs Land, in der Hoffnung, von den Bauern Lebensmittel zu ergattern. Auf dem Nachhauseweg mussten sie aufpassen, nicht der Polizei in die Hände zu fallen. Schwarzhandel mit Lebensmitteln war natürlich verboten.» Toni Sender verteilt ihre Lebensmittelkarten so oft es geht an kinderreiche Familien. Aber die Brotkarten reichen nicht für die vielen hungrigen Kinder, es gibt Karten für Fleisch, das aber nicht erhältlich ist, ebenso wenig wie Butter und frisches Obst. Die Gesichter der Kinder und Frauen, notiert sie, werden blasser. 1918 beginnt die Spanische Grippe

in Europa zu grassieren, sie breitet sich epidemisch aus, auch in Deutschland. Sie fordert auch bei den Armen Frankfurts viele Todesopfer: «Woher hätten die geschwächten Körper auch Widerstandskraft nehmen können?»

Und dann kommt endlich der Umsturz: «Es war die Stunde der Hoffnung – und des Handelns.» Toni Sender wird in den Vorstand des Arbeiterrats gewählt, sie ist längst als Friedensaktivistin stadtbekannt und geachtet. Bald schon stellt sie fest, dass diese Revolution stecken bleibt. Zuvor aber steht sie tags wie nachts im Dienst der Revolution, nur sieht dieser Dienst anders aus, als sie erwartet hat. Statt der Durchsetzung des «starken Wunsch des deutschen Volkes nach Frieden und Gerechtigkeit» erlebt sie die Mühen, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, die Soldaten zu demobilisieren, beides gelingt – und die Ignoranz der Alliierten, die in ihren Augen eine Todsünde begehen: «Sie verrieten einen Geist der Unbarmherzigkeit gegenüber dem deutschen Volk, das die Verantwortlichen für die Politik der Vergangenheit doch fortgejagt hatte ... und verspielten dadurch eine wundervolle Gelegenheit, eine bessere Welt zu errichten.» Alliierte Generäle – das linke Rheinufer ist nun besetzt – weigern sich sogar, mit dem Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat zu verhandeln.

Bei einer Strassenschlacht am Mainufer verliert sie beinahe das Leben, als sie Plünderer zur Räson rufen will: Ein starker Mann packt die Protestierende und zieht sie gerade noch weg. Und sie erhält zahlreiche Morddrohungen von Rechtsradikalen, ein französischer General bittet sie schliesslich zu sich und warnt sie: «Unser Geheimdienst hat Informationen, die uns veranlassen, die Drohungen ernster zu nehmen. Können Sie schiessen?» Toni Sender ist beinahe sprachlos: «Ich habe noch nie eine Waffe in der Hand gehabt.» – «Hier ist ein kleiner Revolver. Nehmen Sie ihn, und ich werde Ihnen zeigen, wie man damit umgeht.» So erhält sie Schiessstunden beim Feind von gestern und führt von nun an die Waffe mit.

Wie viele in der USPD lehnen auch Toni Sender und Dissmann die frühen Wahlen zur Nationalversammlung ab: Schon wegen der jahrelangen Zensur konnte «die Masse der Bevölkerung sich in so kurzer Zeit nicht neu orientieren». Das schlechte Wahlergebnis ihrer USPD am 19. Januar 1919 ist ein schwerer Schlag für sie.

Sie geht nun als einzige Frau in der Fraktion in den Frankfurter Stadtrat und beteiligt sich am Aufbau einer modernen demokratischen Verwaltung und zeitgemässer Schulen. Und die Frauenfrage beschäftigt sie weiter. Die Revolution ist bereits vorüber, als Toni Sender sich ihrer im November 1919 noch einmal annimmt. Die meisten Frauen zumindest ihrer Schicht führen ja ein völlig anderes Leben als sie, die Ungebundene, Berufstätige, Kinderlose. Sie hofft nun, wie sie schreibt, «auf einen zweiten Wellenschlag der Revolution», um die Fehler des ersten fortzuspülen. Einer dieser Fehler, denkt sie rückblickend, war die fast völlige Abwesenheit von Frauen in den Räten, naturgemäss den Arbeiterräten, da die Soldatenräte sich aus den Streitkräften rekrutierten, wo es fast nur Männer gab. Weil aber die Frauen fehlten, rührte sich fast keine Hand gegen die Massenentlassungen weiblicher Arbeitskräfte aus der Industrie ab November 1918. Ihr Lösungsvorschlag: Erstens müssten Frauen in den Betriebsräten «zum mindesten prozentual aufgrund der Anzahl der Beschäftigten» vertreten sein – also eine Quote. Und zweitens: «Etwas schwieriger ist allerdings: Wie erfasst man die proletarischen Hausfrauen im Rätssystem?» Frauen, die durch viele Kinder und die Versorgung der Familie sowie das Verhalten der Arbeitgeber am Arbeiten gehindert sind, als unproduktiv zu betrachten, «weil sie keinen Mehrwert erzeugen», das sei ein zutiefst kapitalistisches, ausbeuterisches Kriterium. Dagegen «erkennen wir als Sozialistinnen selbstverständlich ihre Tätigkeit auch im Haushalt als produktiv an».

Ein Rätssystem aber müsse «alle Proletarier zusammenführen, die Hausfrauen eingeschlossen». Auf lange Sicht aber solle der «Einzelhaushalt» verschwinden. Klarsichtig endet sie: «Ich weiss, dass wir hier mit starken Vorurteilen unserer Genossen zu rechnen haben, die glauben, sie würden von ihrer Bequemlichkeit etwas preisgeben.» Weniger klarsichtig mutet ihre Idee von der Sozialisierung der Familien und der Haushalte an – die Geschichte des Sozialismus wird zeigen, dass nur eine kleine Minderheit von Frauen diesen Schritt gehen will, etwa in den Gründerjahren der israelischen Kibbuzim nach dem Zweiten Weltkrieg.

Vielleicht kannte Toni Sender ganz ähnliche Überlegungen schon, die Clara Zetkin bereits Anfang 1919 niederschrieb; damals konnte die Grande Dame der sozialistischen Frauenrechtsbewegung womöglich

noch glauben, ein Räte­system werde vielleicht doch einmal Wirklichkeit. Sie wollte die Hausfrauen den Betrieben ihrer Gatten zuweisen und so eigene Frauenräte wählen lassen, bei Lichte besehen eine eher halb­bemanzipatorische Idee.²⁹ So oder so, in der Weimarer Republik bleibt all das nicht mehr als ein Tagtraum.

1920 streitet Toni Sender gegen den rechtsradikalen Kapp-Putsch, wieder ganz in der alten Rolle. Als 1922 die USPD zerbricht, geht sie zurück in die SPD, die Kommunisten sind ihr zu dogmatisch, zu kalt. Sie hat mit ihren Mitteln viel erreicht für die bessere Welt, von der sie als junges Mädchen träumte; aber sie ahnt, dass alle Anstrengungen am Ende nicht genug sein werden.

Oft noch wird sich Toni Sender im Rückblick fragen: «Ist die Novemberrevolution zu human gewesen?» In ihren Memoiren beantwortet sie die eigene Frage nicht, diese bleibt offen. Aber vielleicht ist das auch eine Antwort.

Die Farben der Gewalt: Weisser Terror

Der «Bluthund»: Noske

Unter all den Fehlentscheidungen und Irrtümern der Revolution 1918 – und von ihnen gibt es reichlich – wird sich die Berufung Gustav Noskes durch die verbliebenen Volksbeauftragten als die verhängnisvollste erweisen. Kaum je in der Geschichte der deutschen Demokratiebewegungen hat ein ungeeigneterer Mann eine solche Schlüsselposition innegehabt. Für die Linksradikalen wird er zum Inbegriff des Bösen und einer verräterischen Sozialdemokratie, «Ebert-Noske» zum Synonym für die Helfer der Gegenrevolution. Eine derartige Dämonisierung wird dem tatsächlichen Mann jedoch nicht gerecht. Dieser Mann ist dem Amt und der Verantwortung in keiner Weise gewachsen und auch noch stolz auf seine Defizite, seien sie politisch, psychisch oder schlicht menschlich. Was er falsch machen kann, wird er meist falsch machen; wo er eine Gelegenheit zur Besinnung verpassen kann, wird er das tun. Noske ist durch das Erlebnis des Weltkriegs verstört, verhärtet, traumatisiert; das unterscheidet einen wie ihn nicht von Millionen anderer. Aber diese Millionen haben keine Befehlsgewalt über eine zu allem bereite Armee wie jene, die Gustav Noske aus den Feinden der Republik aufbauen wird. Und in dieser Rolle gibt sich, wie Emil Barth schreiben wird, Gustav Noske, «ob seiner Roheit stolz, zum Portier jedes Uniformierten her»¹.

Was immer die – überschaubare – Zahl seiner Verteidiger später vorbringen wird: Noskes Amtszeit als Volksbeauftragter und anschliessend als Reichswehrminister ist eine Abfolge von entsetzlichen Fehlern. Selbst um Fairness bemühte Anhänger der Sozialdemokratie wie der wohlmeinende Arnold Brecht bescheinigen ihm zwar lautere Motive in einer Lage, in der es angeblich keine andere Wahl gegeben habe als Gewalt, aber auch den Verlust moralischer Massstäbe. Scheidemann, der Noske freilich selber mitberufen und gestützt hat, wird ihn

zehn Jahre später distanziert als tragische Erscheinung beschreiben. Kurt Tucholsky charakterisiert Noske 1920 als einen, der sich darin gefällt, «brutale Übergriffe grössenwahnsinniger Offiziere» zu fördern – «er, der Arbeiter und sozialdemokratische Redakteur, rüpelte in grossmäuliger Art seine Standesgenossen an und provozierte die kaum zu bändigenden Massen täglich aufs neue. Galt als der starke Mann, während ihn jeder kleine adlige Leutnant um die Finger wickeln konnte»².

Wo Noske Konflikte entschärfen müsste, wählt er die Schärfe der Waffe; wo so wenig Gewalt wie nötig das Gebot der Stunde wäre, setzt er so viel Gewalt wie möglich ein. Er wird Hunderttausende Anhänger der eigenen Partei der radikalen Linken in die weit geöffneten Arme treiben und diesen Bären dienst an der Demokratie zeitlebens für deren Rettung halten. Er betrachtet Feinde als Freunde und Freunde als Feinde; wer nicht für ihn ist, muss in seinem Denken gegen ihn sein. Noske wird die Todfeinde der Demokratie zu Tausenden bewaffnen, ohne dass diese die Sozialdemokraten deswegen als etwas anderes betrachten als nützliche Idioten, denen man noch an die Gurgel gehen wird, wenn die Stunde gekommen ist. Aber die Anerkennung durch diese Männer wird ihm wichtiger sein als jede Kritik aus den eigenen Reihen. Gustav Noske verwechselt notwendige Härte mit Brutalität, Verantwortung mit Demonstrationen nackter Macht, Kompromissfähigkeit mit Schwäche. Sein Wirken markiert, so zu Recht Volker Ullrich, «eines der dunkelsten Kapitel in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie»³.

Ein kleiner Mann hat seine Mission gefunden. Die erste kritische Biografie über ihn, verfasst von dem Militärhistoriker Wolfram Wette, wird noch 1987 bei ihrem Erscheinen heftige Abwehrreflexe des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr hervorrufen. Aber Wettes ebenso einfühlsames wie schonungsloses Porträt beschreibt korrekt den falschen Mann zur falschen Zeit am falschen Ort, besessen vom Feindbild des Bolschewismus, ein Feindbild, das jede wirkliche Gefahr durch die Linksradikale ins Dämonische vergrösserte und vervielfachte: «Aber Noskes Feindbild stellte eine Realität dar, und es entfaltete fatale politische Wirkungen. Denn mit dem Feindbild war ein für Sozialdemokraten untypisches Verhältnis zur Gewalt verbunden.»⁴

Im Moment seiner Berufung freilich gilt Gustav Noske als gestählter Krisenmanager, der in Kiel die revoltierenden Soldaten beruhigt und hinter der Sozialdemokratie geschart hat. Noch in der ersten Novemberwoche haben führende Sozialdemokraten wegen der Marinerevolte das Schlimmste befürchtet, einen Bürgerkrieg, russische Verhältnisse. Nun gilt er als der Mann, der diese Verhältnisse abgewendet hat. Noske ist dort mit seiner einfachen und selbstbewussten Art anfangs bei den meuternden Soldaten gut angekommen und hat ihre revolutionäre Wut geschickt kanalisiert. Als sie erkannten, was gespielt wurde, war es zu spät.

Noske hat in Kiel, wo wenige Wochen vorher noch Zehntausende bereit gewesen sind, für die Revolution zu kämpfen, die Soldatenräte systematisch weggedrängt, sich erfolgreich bemüht, die Revolutionäre möglichst rasch aus der Stadt zu schaffen und dem Aufruhr so die Basis zu entziehen. Noske selbst behauptet später, wohl nicht einmal zu Unrecht: «Von Kiel aus wäre, wenn ich die rote Sturmflagge ergriffen hätte, eine Flut über Deutschland hinweggebraust, deren Ausmass man sich heute kaum ausdenken kann.»⁵ Stattdessen war er der Wellenbrecher, stärkte das alte, eben noch machtlose Militär und baute schon früh ein konterrevolutionäres Freikorps unter dem Korvettenkapitän Wilfried von Loewenfeld auf. Sein Gegenspieler Lothar Popp, der kurzzeitig mit Noske gemeinsam den Kieler Soldatenrat geleitet hat, wird später resigniert sagen: «In Abstimmungen konnte ich den Noske – der gekommen war, um alles abzuwürgen – noch schlagen. Aber in der praktischen Arbeit war meine Gruppe dem Noske unterlegen. Die Revolutionäre wollten nicht die Revolution, sie wollten die Nationalversammlung in Berlin.» Immerhin sei es gelungen, die Revolution trotz Noskes Wirken in Gang zu setzen: «Er hat doch die Revolution nicht verhindern können... Mehr konnte ich doch nicht.»⁶

Noske gilt jetzt als derjenige Sozialdemokrat, der sich mit dem Militär am besten auskennt. Seine autoritären, kompromisslosen Züge werden immer deutlicher nach dem 9. November, als er beginnt, das alte Militär und seine Einrichtungen wie das Reichsmarineamt gegenüber den unliebsamen Räten zu stärken. Er ist es, der den 53er-Ausschuss wegen verdächtiger USPD-Nähe entmachtet, ohne zu erkennen, dass all dieses konfrontative Gebaren seine Gegner erst wirklich radikalisiert.

Noske hat als Militärexperte einer dem Soldatischen so abgeneigten Partei wie der SPD schon lange vor 1914 Aufsehen erregt. Nach seinem so umstrittenen Bekenntnis zur Landesverteidigung im Reichstag 1907 ulken die *Lustigen Blätter* über diesen Sozialdemokraten neuen Typs:

*«Hervé will Soldatenstreik,
Liebknecht spricht so ähnlich,
Ledebour zeigt sich dem Heer
Auch nicht sehr versöhnlich;
Doch der Hoffnung letzten Rest
Soll man nicht verlieren,
Eins steht heute bombenfest:
Noske wird parieren!
Geht es mal in ferner Frist
Ans Kanonenfuttern,
Denkt so mancher Reservist:
,Nee – ick bleib bei Muttern!’
Doch das soll uns Kampf und Schlacht
Nimmermehr vergällen.
Denn es ist heut ausgemacht:
Noske wird sich stellen!
Kommandiert der Herr Major:
,Feuer vorn und hinten!’
Ruft ein arbeitsscheues Corps:
,Schmeiss merfort die Flinten!’
Aber dennoch, Mut! nur Mut!
Lassts euch nicht verdriessen
Denn wir wissen absolut:
Noske, der wird schiessen!
Noske schnallt den Säbel um,
Noske geht aufs Ganze,
Noske feuert bum, bum, bum,
Noske stürmt die Schanze,
Noske schreit hurra! hurra!
Noske hält die Wachen,
Noske schießt Viktoria,
Noske wirds schon machen! »⁷*

Tucholskys lakonischer Kommentar 1924: «Er hats gemacht.»

Das bedeutet nicht, dass ein Mann allein die Schuld an der Eskalation seit Jahresbeginn 1919 trägt, so falsch seine Entscheidungen sein werden. Nach den Weihnachtskämpfen um das Berliner Stadtschloss hat die MSPD-Führung für ihr Bündnis mit dem Militär sogar den Bruch der Koalition mit den Unabhängigen in Kauf genommen. Und als das Schloss brannte, war dies auch ein politisches Flammenzeichen, ein Fanal gegen die Revolution. Die Kräfte links von der MSPD radikalisierten sich jetzt rasch, da das disziplinierende Band der gemeinsamen Regierung entfallen ist. Der rasche Austritt der USPD aus dieser Regierung lässt dieses Feuer nur umso schneller um sich greifen. Beide Parteien holt nun auf verhängnisvolle Weise ihr Versäumnis ein, sich eine zuverlässige und loyale Streitmacht der Revolution zu schaffen. Die USPD erkennt die Zeichen der Zeit, als es schon zu spät ist, die MSPD erkennt sie gar nicht.

Die drei Unabhängigen sitzen noch in der Regierung, als Friedrich Ebert am zweiten Weihnachtsfeiertag 1918 seinen Freund und Vertrauten Noske in Kiel anläutet und sagt: «Komm sofort her, ich muss mit Dir reden!»⁸

Schon bei seinem ersten Auftritt in der Reichskanzlei mit Eberts Staatssekretär Kurt Baake, hohen Offizieren und dem scheidenden preußischen Kriegsminister Schöch sind ganz neue Töne zu hören. Man wird ein Jahrhundert später nicht den häufigen Fehler begehen dürfen, handelnde Personen vor allem im Wissen um die Folgen zu beurteilen. Aber das Ausscheiden der drei Unabhängigen muss dazu führen, dass die Militärpolitik, wegen der sie gehen, endgültig und ohne Zwang zu Kompromissen jenen Kurs einschlägt, den sie mit Recht beklagen. Die Radikalität, mit der Noske hier sogleich vorträgt, können sie natürlich nicht ahnen.

Mit im Raum ist wieder Hauptmann Böhm, der Adjutant des Kriegsministers, und lauscht höchst interessiert: «Noske tritt sehr energisch dafür ein zu schießen, wenn sich dies zur Wiederherstellung der Ordnung als notwendig erweisen sollte, und zwar auf jeden, der der Truppe vor die Flinte läuft: ‚Ohne Blut sei die Sache eben nicht zu machen‘, sagte er.» Schöch wirft Böhm einen amüsierten Blick zu, beim Hinausgehen flüstert er ihm ins Ohr: «So ändern sich die Zeiten.»

Nicht jedem gefällt der neue Mann so wie Böhm, auf den Noske «einen guten, ruhigen Eindruck» macht. Der Staatsrat – eine Art Ministerpräsident – von Dessau, Wolfgang Heine, hört den Mann aus Kiel sich selbst rühmen und wie sehr ihn die Soldaten liebten; zu Weihnachten haben sie ihm sogar eine Torte geschenkt, berichtet er stolz. «Heine blieb ihm die Antwort darauf nicht schuldig: ‚Auch mein Land liebt mich‘, sagte er mit leisem Spott: ‚Ich habe zu Weihnachten einen Hasen bekommen‘.»⁹

Sollten weitere Torten in Kiel auf ihn warten, Noske wird sie nicht mehr geniessen dürfen. Er bleibt in Berlin, nach dem Bruch der Koalition beruft der Zentralrat eine neue Regierung, der wiederum Ebert, Landsberg und Scheidemann angehören, dazu der sozialdemokratische Wirtschaftsexperte Rudolf Wissell; und eben Noske. Er hat sich um diese Aufgabe nicht bemüht. Anders, als spätere Distanzierungen seiner Genossen wie Scheidemann glauben machen wollen, ist er nicht der Erfinder des Bündnisses mit den reaktionären Militärs – das haben die Volksbeauftragten schon selbst besorgt. Als Noske eintraf, hat Scheidemann gewitzelt: Wer immer sich gegen die Spartakisten stelle, habe schnell den Ruf als Bluthund weg. Er ahnt nicht, wie wahr dieses Wort werden soll.

«Ihr macht euch euren Radikalismus ein bisschen sehr bequem»: Die Gründung der KPD

Eberts Gegner auf der Linken zerfallen derweil in weitere Fragmente. Nach dem Ende der Einheitsregierung gibt es nun links von der MSPD bereits drei Hauptströmungen: die alten gemässigten Unabhängigen wie Haase und Dittmann, die anfangs noch hoffen, die USPD im Innern zu versöhnen und zur grossen Kraft des demokratischen Sozialismus in Deutschland wachsen zu lassen. Dafür jedoch, wie sich binnen weniger Tage zeigt, ist die Kluft zum linken Flügel, speziell zu Leдебour und Richard Müllers Obleuten, bereits zu gross. Gerüchte gehen um, sie planten eine eigene Partei. Aber es sind die Spartakisten, welche sich von diesem linken Flügel der Unabhängigen lösen und zwei Tage vor der Jahreswende im Festsaal des preußischen Abgeordnetenhauses zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands Zusammentreffen, der KPD.

Der Name allein ist Programm, demonstriert er doch Solidarität mit der Bruderpartei in Russland, den nun von Lenin geführten Kommunisten. Das ist ein radikaler Schritt, weil deren Gewaltstrategie im sozialistischen Lager Europas umstritten ist und meist ablehnend diskutiert wird, und dies auch in den Reihen der KPD-Gründer. Rosa Luxemburg würde die Partei lieber «sozialistisch» nennen, sie breiter, attraktiver, offener machen.

Die eigentümliche Weltfremdheit, das Denken in Wünschen und Illusionen, das den Spartakisten beinahe zur zweiten Natur wurde, führt direkt in diese Parteigründung. Warum ausgerechnet jetzt, nach dem Ausscheiden der Unabhängigen aus der Regierung, das es erlauben würde, eine neue revolutionäre Basis zu diskutieren? Wie soll die KPD «in engster Verbindung mit den Massen»¹⁰ das Proletariat verkörpern, wenn sie in den Betrieben und den Arbeiterräten so wenig Basis hat, in scharfem Gegensatz zu den Revolutionären Obleuten, die sich sofort weigern, einer Kaderpartei beizutreten? Weite Teile des Reichs sind hier gar nicht vertreten, das Gros der Delegierten stammt aus Berlin und dem Ruhrgebiet. Intellektuelle, Theoretiker, junge revolutionäre Feuerköpfe aus der Facharbeiterschaft und die Angehörigen einer norddeutschen Gruppe namens Internationale Kommunisten bilden die Basis dieser neuen Partei. Zu wenige Revolutionäre mit politischer Erfahrung sind unter ihnen, um zu verhindern, dass die Mehrheit eher kopflos zur Aktion drängt. Und so, wie es Hugo Haase kopfschüttelnd beschreibt, «jagten sie gekünstelten Theoremen nach und lähmten die immer mehr zersplitternde Partei», die USPD.¹¹ Aber Kompromisse mit anderen Linken sind nicht mehr gefragt. Wilma Heckert, die Gattin des KPD-Mitbegründers Fritz Heckert, über Liebknechts Motive: «Durch die kleine Zahl Anhänger zu Anfang liess er sich nicht schrecken. Seiner Meinung nach war es viel wichtiger, die Partei von Opportunisten aller Schattierungen zu reinigen, als einen grossen Mitgliederbestand zu haben.»¹² Zur Massenpartei wird diese KPD erst unter völlig anderen Voraussetzungen, erst 1920, als die USPD endgültig zerbricht und ihr grösserer Flügel unter Paul Levi übergeht zu den Kommunisten.

Gleich in der wichtigsten Frage dieses Gründungsparteitages erleiden Liebknecht und Rosa Luxemburg, die beiden wichtigsten Persönlichkeiten der neuen Partei, eine schmerzhaftes Niederlage:

Eine Zweidrittelmehrheit lehnt die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ab, weil dies die Revolution von der Strasse und den Betrieben in ein bürgerliches Parlament verlagern würde. Die KPD-Basis will gleich Lenins Bolschewik! lieber «die Nationalversammlung mit Maschinengewehren auseinanderjagen». Die Stimmung grenzt an Hysterie, vergeblich wirft Rosa Luxemburg das Gewicht ihrer Persönlichkeit in die Waagschale: «Genossen, ihr macht euch euren Radikalismus ein bisschen sehr bequem!» Sie plädiert für den «langen Weg» des politischen Kampfes, der ihrem eigenen theoretischen Konzept nach in Abschnitten zu gehen ist, über die Nationalversammlung, die «Aushöhlung» der bürgerlichen Macht durch die Räte, durch Belehrung und Bewaffnung der Arbeiter – aber die Delegierten wählen den kurzen Weg, sie wollen alles jetzt und hier.¹³

Am Ende rufen die Kommunisten die Proletarier auf, auf die Strasse gegen «Ebert-Scheidemann» und gegen die Nationalversammlung zu gehen: «Zieht an der Spitze der Arbeitermassen und öffnet euch die grossen Säle, damit dort die Wahrheit in hell erleuchteten Sälen erklinge!» Überall in Berlins Arbeitervierteln wird das Flugblatt verbreitet, in dem die KPD fordert: «Versammelt die Arbeiter und alle armen Leute der Stadt und zeigt ihnen ... die kapitalistischen Zeitungsplantagen, besetzt sie und druckt auf dem Papier, das von Arbeiterhänden geschaffen wurde, anstelle der bürgerlichen Lügen Worte der Arbeiterwahrheit über das neue Leben, das wir schaffen wollen!»¹⁴ Hier bebraucht sich die KPD an ihrer eigenen Radikalität, was sich sehr bald bitter rächen wird.

Für Rosa Luxemburg ist das eine schwierige Situation. Sie kam zu spät aus dem Gefängnis frei, um den Verlauf der Revolution noch beeinflussen zu können; sie hat die «Verbürgerlichung» der Revolution durch die MSPD beharrlich bekämpft und lehnt den kopflosen Radikalismus ihrer neuen Genossen doch ab; sie können ihr intellektuell oftmals nicht das Wasser reichen, wollen aber auch nicht auf sie hören. Sie ist jedem «Putschismus» entgegengetreten und doch auch fasziniert und mitgezogen vom Sog des Radikalismus. Am Ende beruhigt sie sich selbst und ihre Freundin Clara Zetkin wegen des Boykotts der Nationalversammlung: «Unsere Niederlage war der Triumph eines etwas kindischen, unausgegorenen, gradlinigen Radikalismus. Vergiss

nicht, dass die ‚Spartakisten‘ zu einem grossen Teil eine frische Generation sind, frei von den verblödenden Traditionen ... und das heisst, mit Licht- und Schattenseiten genommen werden muss.»¹⁵ Es sind die letzten Tage ihres Lebens.

«Die deutsche Revolution ist tot, der weisse Schnee färbt sich blutrot»: Spartakus

Das neue Jahr beginnt, und der *Vorwärts* widmet dem vorhergegangenen eine von ungeschlachter Hand verfasste Eloge namens «Abschied von 1918» in der Neujahrsausgabe:

*Die Throne stürzten. Und das Volk, befreit und ohne Ketten,
hob rasch die Liebe und den Frieden auf den Thron...
Du endest die Schlacht, die Not, die Knechtschaft und das Leid...
Wir werden stets von Dir als von dem Jahr der Freiheit sagen,
Von Deinen Schrecken sprechen wir nicht mehr.*

Doch die neuen Schrecken sind nur wenige Tage entfernt.

Wie schnell die Stunde kommen würde, in der sich die Massen erheben, hat selbst auf dem Gründungsparteitag der KPD niemand vorausgesehen. Nach Neujahr räumen auch die unabhängigen Regierungsmitglieder des Landes Preußen ihre Stühle, nun ist, nach Reichsregierung und Zentralrat, auch diese Position politischer Macht alleine in den Händen der MSPD. Doch eine letzte und einsame Festung, durchaus im Wortsinn, hält die USPD noch: den zyklischen Bau des Berliner Polizeipräsidiums. Und der Mann, der dort das Sagen hat, denkt nicht daran, sie aufzugeben: Emil Eichhorn.

Am 4. Januar enthebt ihn die preußische Regierung des Amtes. Das ist formal betrachtet noch keine Usurpation; die Unabhängigen, denen er angehört, sind ja dort auf eigenen Wunsch ausgeschieden, und ihren Nachfolgern ist es an sich nicht anzulasten, wenn sie Schlüsselpositionen mit den eigenen Leuten besetzen. Allerdings hat die MSPD, wenn es um die alte Verwaltung, Beamtenschaft, Militär ging, von diesem Mittel nur sehr zögernd Gebrauch gemacht, im Falle des linken

Eichhorn aber umso schneller. Und es stimmt ja: Die Mehrheitssozialdemokraten wollen den Polizeipräsidenten unbedingt loswerden, vor allem verübeln sie ihm die Parteinahme für die Volksmarinedivision beim Gefecht um das Stadtschloss und seine Äusserungen für ein Rätssystem und gegen die Nationalversammlung.

Für die Linke aber ist der Symbolgehalt dieser Entlassung ungeheuer – mit Eichhorn soll die Revolution endgültig niedergedrungen werden! Dieselben, die dies beklagen, haben zwar wochenlang den Rückzug der USPD aus Regierung und Ämtern gefordert, aber nach Logik fragen in der aufgeheizten Atmosphäre nur noch die wenigsten. Einer von ihnen ist der aus der Regierung ausgeschiedene Wilhelm Dittmann: «In dieser gefühlsmässig verständlichen Stellungnahme lag eine grosse politische Inkonsequenz. Die sich jetzt über Eichhorns Absetzung so leidenschaftlich empörten, hatten durchgesetzt, dass kein Unabhängiger in den Zentralrat gewählt wurde und immerzu den Rücktritt der unabhängigen Volksbeauftragten und der unabhängigen preußischen Minister gefordert. Damit hatten sie selber Eichhorns Stellung politisch untergraben.»¹⁶ Er befürchtet das Schlimmste.

Am 3. Januar wird Eichhorn ins preußische Innenministerium zitiert, wo es zu einer scharfen Auseinandersetzung kommt; am folgenden Tag erhält er schriftlich die knappe Nachricht, er sei entlassen, Preußens Innenminister werde den Posten fürs Erste zusätzlich übernehmen. Aber Eichhorn begehrt auf: «So angenehm es mir persönlich gewesen wäre, ein Amt loszuwerden, das mir eine ungeheure Arbeitslast aufbürdete und sonstige Aufregung brachte, ich durfte mich im Interesse der Revolution dem Gewaltstreich nicht fügen.»¹⁷ Der Streich werde gegen ihn geführt, gemeint sei aber das gesamte Proletariat, berichtet er noch am selben Abend auf einer Sitzung der Revolutionären Obleute und der Berliner USPD. Und nun entlädt sich die aufgestaute Spannung der vergangenen Tage zu einer gewaltigen Verpuffung, die eigentlich in keinem Verhältnis zum Anlass steht; aber der Zorn in der linken Arbeiterschaft muss heraus, und genau das geschieht an diesem Abend des 4. Januar 1919.

Auch Liebknecht und Wilhelm Pieck nehmen teil; nur wenige, wie der ebenfalls zur KPD gewechselte Däumig, warnen: Die Arbeiter seien «nicht genügend bewaffnet und militärisch organisiert», eine

überhastete Aktion werde eine «Massenschlächterei unter der Arbeiterschaft» durch die Bourgeoisie provozieren. Ihm zur Seite springt Richard Müller, der Veteran der Obleute. Sein Kampf um Freiheit und Sozialismus hat längst den Zenit überschritten, mehr und mehr findet er sich zwischen den Fronten wieder: abgelehnt, ja, verteufelt von den Mehrheitssozialdemokraten und deren machtloser Gegenspieler im Vollzugsrat; nun isoliert unter den Seinen, die ihm entgleiten, die ihn anschreien und zum Schweigen bringen wollen, als er seine Bedenken vorträgt: Eine Revolution müsse wachsen, sich entwickeln, ihre Basis verbreitern, und all dies sei möglich – eine isolierte Revolte in Berlin aber werde all das gefährden und sei aussichtslos.

Pieck dagegen redet sich in Rage und poltert, «dass entweder schnelles Handeln oder völlige Kapitulation die einzige Lösung sei». Die Kommunisten jedoch sind nicht die entscheidende Kraft, sondern die Obleute. Und so wird für den nächsten Tag, einen Sonntag, eine Grossdemonstration gegen Eichhorns Absetzung beschlossen, und es fügt sich, dass ohnehin ein Protestzug aus anderem Anlass in Planung ist; der Aufruf zur neuen fordert nicht direkt den gewaltsamen Sturz der Regierung, aber er lässt sich so verstehen: «Marschieret in Massen auf! Es gilt Eure Freiheit, es gilt Eure Zukunft, es gilt das Schicksal der Revolution! ... Nieder mit der Gewaltherrschaft der Ebert-Scheidemann, Hirsch und Ernst!»

Eher zum Erstaunen der Unterzeichner marschieren die Massen am Sonntag dann wirklich, wohl mehr als je zuvor bei einem Appell der radikalen Linken. Das Band, das die meisten Anhänger der Arbeiterbewegung mühsam zusammenhielt, die sozialistische Einheitsregierung, ist gerissen, und die gemeinsame Aktion der USPD, der Obleute und der KPD für die vielen, die enttäuscht und unzufrieden sind mit der stagnierenden Revolution, ein Fanal neuer «Einigkeit» – nur eben jetzt aller Strömungen links von der MSPD. Weit mehr als 100'000 Demonstranten sammeln sich in der Innenstadt.

Vor dem burgartigen Polizeipräsidium staut sich am Nachmittag eine gewaltige Menschenmenge; die Strassenbahnen sind stehen geblieben, es gibt kein Durchkommen. Mitten im Gewühl, als interessierter Zaungast, steht Harry Graf Kessler. Der Künstler, Schriftsteller

und einmalige Nationalist hat noch im Oktober, als ihn in der Schweiz die Hiobsbotschaften von der Westfront erreichen, voll Zpnr bekannt: «Als ich von Romberg kommend nachts um eins über die Brücke ging, hatte ich Lust, in die Aare zu fallen. Ich war vielleicht innerlich nur zu tot, um es zu tun.» Bald aber wird er, der als «roter Graf» und Pazifist in die Geschichte eingeht, von der deutschen Revolution wie magnetisch angezogen. Gebannt verfolgt er, wie Liebknecht auf einen Balkon tritt und die vielen Tausende plötzlich verstummen, wie Liebknechts Worte weit über den Alexanderplatz tragen und trotzdem nur teilweise zu verstehen sind, so wie auch der Redner im tiefen Schatten steht und kaum zu sehen ist; wie allein das Pathos seiner Stimme, «langsam und gefühlvoll die Worte singend», die Menschen bewegt. Kessler will es erscheinen, als wohne er einem seltsamen vorzeitlichen Ritual bei: «Er war wie ein unsichtbarer Priester der Revolution, ein geheimnisvolles, tönendes Symbol, zu dem diese Leute aufblickten.» Als Liebknechts Worte verhallen und die Menge plötzlich ihre Hüte in die Luft wirft und «Hoch!» ruft, löst sich der beklemmende Bann nicht, den Kessler empfindet, ihn schaudert: «Fanatismus und Waffen im Dienste einer unklaren neuen Hoffnung, der weithin nur Trümmer alter Weltanschauung entgegenstehen.»¹⁸

Allerdings ist diese neue Hoffnung offenkundig noch weit unklarer, als der Graf annimmt. Ihr selbst und besonders ihrer Führung entgleiten die Ereignisse fast zur selben Zeit. Bewaffnete Arbeiter besetzen an diesem 5. Januar Bahnhöfe und stürmen das Zeitungsviertel. Es gibt hitzige Diskussionen, als die roten Aktivisten in die Pressehäuser von Ullstein, Scherl und Büxenstein eindringen, aber von einigen Rangelen abgesehen, nirgends Widerstand und auch keine brutalen Übergriffe durch die Besetzer. Arbeiter der Berliner Industriebetriebe brechen mit Werkzeugen auch die schweren Tore der SPD-Zeitung *Vorwärts* auf, und bewaffnete Revolutionäre strömen ins Redaktionsgebäude. Anderntags erscheint eine Ausgabe mit nur zwei Seiten, die verkündet: «Das Schand- und Lügenblatt der Gegenrevolution, das Blatt der Ebert-Scheidemann, Wels-Stampfer, das Organ aller Verräter und Todfeinde der Arbeiterklasse, wird in proletarischen Fäusten gezwungen werden, wieder ehrlich zu werden!»¹⁹

Nicht wenige der Besetzer, die in der Fantasie ihrer Feinde erscheinen, als habe Lenin eine bolschewistische Version der apokalyptischen Reiter geschickt, sind vom Krieg radikalisierte junge Männer und zugleich weltfremde Träumer. Einer von ihnen ist der 30-jährige Arbeiterdichter Werner Möller aus Barmen. Als sein Hauptwerk gilt der naiv-hoffnungsfrohe Gedichtband *Sturmgesang* von 1913. Drei Jahre später erwischt ihn die politische Polizei beim Verteilen von Flugblättern gegen den Krieg, und er geht für ein Dreivierteljahr in Haft. Er wird 1918 zu einem der bekannteren Aktivisten der «Internationalen Kommunisten Deutschlands» und Delegierter beim KPD-Gründungsparteitag. Jetzt steht er mit einem Gewehr am Fenster, und man wird nicht mehr wissen, was er in diesem Moment empfindet. Im Mosse Verlag, dem Druckhaus des jüdischen Verlegers Rudolf Mosse, verammeln die Invasoren die Fenster und Eingänge und stellen Maschinengewehre auf, mit denen sich die Zugänge unter Feuer nehmen lassen.

Manche wie Eduard Bernstein werden später bezweifeln, dass diese jähe Attacke wirklich spontan und ohne zentrale Planung möglich ist; die Angreifer besetzen gezielt die Zeitungshäuser der liberalen Presse und den *Vorwärts* der MSPD sowie das «Wolffsche Telegraphenbüro», um die rechten kümmern sie sich wenig. Das wichtigste Massenmedium der Regierungsseite ist mit dem *Vorwärts* lahmgelegt, die gedruckte Zeitung. Aber exakt zum Sturm auf diese Häuser hatte das Flugblatt vom Vorabend ja aufgerufen, und es spricht das meiste dafür, dass der politischen Führung der Protest schon am ersten Tag über den Kopf wächst. Nach dem Bericht von Liebknechts Begleiter Otto Franke erfährt der KPD-Führer erst im späteren Verlauf des Tages von der Besetzungsaktion, als er sich in den Redaktionsräumen der *Roten Fahne* mit dem Leitungskreis der Partei berät. Die Besetzung «geschah ohne sein Wissen».²⁰

Aber jetzt müssen sich die Führer der Radikalen entscheiden: Versuchen, sie zu deeskalieren oder die Gunst der Stunde zu nutzen, um die verhasste Regierung zu stürzen? Ein Revolutionsausschuss aus linken Unabhängigen, Obleuten und Kommunisten wird eilends gebildet und beginnt zu diskutieren; Richard Müller graust bei dem, was er hört. Wenn sich, denkt er, ein paar Hundert Bewaffnete an den Zeitungsbesetzungen beteiligen und der Rest brav heimgeht, dann ist das

wohl schwerlich ein Zeichen für den Willen der Massen zur Übernahme der politischen Macht. Und es droht ein Massaker.

Nach Müllers Bericht sind gut siebzig Obleute dabei, die meisten stehen zum linken Flügel der Unabhängigen, ein Fünftel zu den Kommunisten. Deren Führung ist ausserdem ebenso vertreten wie jene der Gross-Berliner USPD, ausserdem sitzen Ledebour, Däumig, Piek, Eichhorn und Liebknecht dabei. Auch Dorrenbach taucht wieder auf, der Matrosenführer, der keine zwei Wochen zuvor die Volksbeauftragten festgesetzt hatte. Was diesen schwierigen, von Militärjustiz, Krieg, seinen schweren Verwundungen und dem Weihnachtsdrama traumatisierten Mann an diesem Abend antreibt, wird sich nicht mehr klären lassen – aber er genießt Vertrauen bei den Versammelten, und was er berichtet, beflügelt ihre schönsten Hoffnungen: Die Volksmarinedivision und alle Berliner Regimenter des Heimatheeres stünden hinter dem Aufstand, sie seien bereit, mit Geschützen und 200 Maschinengewehren überzulaufen. Vielleicht denken die Beteiligten an den 9. November, als tatsächlich eine Einheit nach der anderen die Seiten wechselte und den Herrschenden jählings die Bajonette fehlten, mit denen sie die Revolution niederzuwerfen gedachten. Aber dies ist nicht der 9. November. Dies ist ein Tag, in dem die Vernunft der Illusion weichen muss.²¹

Däumig und Müller bleiben mit ihren Warnungen erneut in der Minderheit. Fast alle anderen stimmen für die Aktion und die Beseitigung der Regierung. Sebastian Haffner wird über das urteilen, was dann geschieht: «Das Schauspiel, das dieses handlungsunfähige Ungetüm von einem Ausschuss vom ersten bis zum letzten Augenblick bietet, ist erbarmungswürdig. Vorwärts konnte er nicht, zurück wollte er nicht.»²²

Politisch und im Bewusstsein der Folgen könnte man es kaum passender sagen. Aber emotional ist es für die Linken an diesem 5. Januar schwer, sich der Versuchung des Augenblicks zu entziehen, nüchtern die – winzigen – Chancen und die – lawinenartigen – Risiken abzuwägen: Scheint nicht der Moment da zu sein, an dem die viel beschworenen Massen – jedenfalls Teile davon – endlich aufstehen? Bisher hatte man viele Worte gemacht, zählen jetzt nicht Taten? Otto Franke sieht

auf den Strassen «wieder Massen und Massen, Tausende von Arbeitern, die für ihre Sache handeln und kämpfen wollen». Vergibt man nicht eine womöglich einzigartige Gelegenheit, das zu tun, was man wieder und wieder in Flugblättern und atemlos wütenden Artikeln, in so vielen Reden verlangt hat: Revolution?

In der Reichskanzlei sieht man das genauso. Entsetzen greift um sich, als die Telefone nicht aufhören zu läuten und immer neue Hiobsbotschaften einlaufen. Eben noch hat die MSPD-Führung angenommen, mit der Absetzung Eichhorns die Verhältnisse konsolidiert und ihre Regierungsmacht gefestigt zu haben; es sind nur noch zwei Wochen bis zur Wahl der Nationalversammlung, auf der all ihre Hoffnung ruht. Und nun das. Für Liebknechts Lager scheinen die grössten Hoffnungen plötzlich wahr zu werden, für Eberts Regierung ihre schlimmsten Befürchtungen: der bolschewistische Umsturz wie im Vorjahr ist da. Die MSPD hat die Revolution gefürchtet und gebremst aus einer Angst vor dem Bolschewismus, die panisch und unrealistisch war; sie hat die Linksradiكالen über- und ihre eigene Gefolgschaft unterschätzt und sogar die Einheitsregierung mit USPD daran zerbrechen lassen. All dies führt in immer grösseren Teilen der Arbeiterschaft und selbst der Soldaten zu wachsender Erbitterung, die sich Anfang Januar plötzlich entlädt; für Ebert und Genossen aber ist diese sich selbst erfüllende Prophezeiung nur die Bestätigung dessen, was sie schon immer gewusst haben wollen. Am Abend des 5. Januar schleichen die Volksbeauftragten einzeln durch den Garten der Reichskanzlei hinaus: Bei einem Überfall soll die Regierung nicht geschlossen in die Hände der Aufständischen fallen.

Der Angriff aber bleibt aus. In einem berühmten Artikel beschreibt *Die Rote Fahne* Chaos und Verwirrung auf den Strassen an diesem Tag: «Sie standen von früh um neun Uhr in Kälte und Nebel und berieten. Der Nebel stieg, und die Massen standen weiter. Aber die Führer berieten. ... Die Massen fieberten vor Erregung: Sie wollten eine Tat, auch nur ein Wort, das ihre Erregung besänftigte. Fast keiner wusste, welches. Denn die Führer berieten. Der Nebel fiel wieder und mit ihm die Dämmerung. Traurig gingen die Massen nach Hause. Sie hatten Grosses gewollt und nichts getan.»²³

Was sie allerdings Grosses hätten tun können, wird für immer eine offene Frage bleiben. Vielleicht wäre es ihnen noch gelungen, das Re-

gierungsviertel einzunehmen – vielleicht, wie noch zu zeigen sein wird, aber auch nicht. Jedoch ist die Macht über ein Regierungsgebäude noch nicht die Regierungsmacht; selbst im höchst ungewissen Erfolgsfall wäre Berlins Mitte eine rote Insel geblieben, inmitten eines Landes, in dem die Linksradikalen insgesamt viel zu wenig Anhang haben, um einen Flächenbrand zu entfachen. Exakt das ist es, was Rosa Luxemburg den Delegierten auf dem KPD-Parteitag so vergeblich nahezubringen versuchte. Was die gemässigten Unabhängigen wie Wilhelm Dittmann für den Fall eines linken Aufstandes immer gefürchtet haben, nämlich eine Machtübernahme des Militärs, wäre dann wohl das wahrscheinlichste Szenario.

So aber demonstrieren die Anhänger der Obleute, der Spartakisten, der Ledebour-Fraktion in den Strassen – und treffen dort auf die Genossen von einst, eine Grossdemonstration, welche die MSPD zum Schutz der Regierung noch in der Nacht rasch und effizient durch ihren Parteiapparat mobilisiert hat, gegen «Mord, blutigen Bürgerkrieg und Spartakusdiktatur!» Vor dem Reichskanzleramt in der Wilhelmstrasse 77 drängen sich nun die Massen der Gegenseite, und Hermann Müller beschreibt das Aufeinandertreffen der feindlichen Genossen in der Innenstadt: Nahe des Regierungsviertels «konnte der staunende Passant, so zum Beispiel in der Leipziger Strasse, sehen, dass zwei Züge aneinander vorbeimarschierten und sich nichts taten, trotzdem die einen ununterbrochen im Chor riefen: ‚Nieder mit Scheidemann! Nieder mit Ebert! Hoch die Weltrevolution!‘ und die anderen ‚Nieder mit Liebknecht! Nieder mit Spartakus! Hoch die Demokratie! Hoch der Sozialismus!‘»²⁴

Hoch der Sozialismus. Gegen Ende des Aufstandes soll Rosa Luxemburg Liebknecht ratlos gefragt haben: «Karl, wo bleibt unser Programm?» Aber es gibt kein Programm mehr und der «Rausch der Illusion» (Müller) beginnt bereits an diesem 6. Januar zu verfliegen. Auf der Lindenstrasse beim VbrwÄr^s-Gebäude rauchen zwar brennende Papierstapel, Broschüren und Plakate aus dem Wahlbüro gegenüber; die Aufständischen haben die Scheiben eingeworfen, die Innenräume verwüstet und alles Papier auf die Strasse geworfen und angezündet (die Zeitung erscheint dennoch in Notausgaben, hergestellt in anderen Berliner Druckereien).

An diesem 6. Januar jedoch fällt der Ausschuss der Aufständischen keine Entscheidung, wie es weitergehen soll. Er ist, mit einem Wort, ratlos. Die Regierung aber will genau dies nicht sein. Schon am Morgen hat Ebert vor Zorn bebend bemerkt, es könne und werde so nicht weitergehen. Schöch's Nachfolger, Oberst Reinhardt, schlägt ihm den mit Berlin vertrauten General Hoffmann als Oberbefehlshaber vor. Aber das lehnen die Volksbeauftragten dann doch ab, da «die Übertragung des Oberbefehls auf einen General in weiten Kreisen der Arbeiterschaft starke Bedenken auslösen würde». Und so fällt, unausweichlich, die Wahl auf Noske, der sie mit den legendären Worten annimmt: «Meinetwegen. Einer muss der Bluthund sein.»

Schon im Dezember, nach dem für die Oberste Heeresleitung so peinlichen Scheitern ihrer Putschpläne, haben die Generäle erkannt, dass sie künftig lieber auf Freiwillige setzen sollten statt auf reguläre Soldaten des Feldheeres, die entweder so schnell wie möglich nach Hause streben oder mit der Revolution sympathisieren. Groener formuliert dazu eine Denkschrift: «Die Ereignisse und Kämpfe der letzten Zeit haben gezeigt, dass wirklicher Verlass nur auf die von Offizieren geführte und in alter Disziplin erzogenen Freiwilligen-Truppen und auf Berufs- und Einwohnerwehren ist.»²⁵

Sofort nach dem Ausscheiden der USPD billigt die Regierung unter Federführung des preußischen Kriegsministeriums die Aufstellung solcher Verbände zum Grenzschutz in Oberschlesien, wo sie allerdings auch massiv gegen rebellierende Arbeiter eingesetzt werden.²⁶ Aber es ist erst Noske, der wirklich Ernst macht mit dem Aufbau der Freikorps, und in einem leerstehenden Mädchenpensionat in Berlin-Dahlem der Regierung eine Streitmacht ganz neuen Typs aufbaut. Gegen viele der Männer, die Noske hier von seinem Dahierner Mädchenpensionat aus sammeln lässt, wirken selbst die hartleibigen Matrosen der Volksmarinodivision wie ideale Schwiegersöhne. Als Max Cohen-Reuss, inzwischen Mitglied des Zentralrates, Noske in dessen Dahierner Hauptquartier aufsucht und einige der neu angeworbenen Offiziere in Augenschein nimmt, läuft es ihm «kalt über den Rücken», und er berichtet im Zentralrat: «Ich muss sagen, es graut mich vor dem, was kommen mag. An denen ist die ganze Zeit spurlos vorbegegangen.»²⁷

Die Aufständischen haben da längst Angst vor der eigenen Coura-

ge bekommen. Das Zeitungsviertel ist besetzt, einige Bahnhöfe, die Reichsdruckerei und andere Amtsgebäude, natürlich das Polizeipräsidium – doch nun? Rückschläge folgen. Die Einnahme des Kriegsministeriums scheitert daran, dass der Anführer des 300-köpfigen Besetzungskommandos, ein Matrose namens Lemminger, an der Pforte abgewiesen wird. Freundlich erklärt ihm dort ein Leutnant Hamburger, dass man leider nichts für ihn tun könne, weil auf dem Schriftstück der «Revolutionsregierung», das ihm der Matrose vorlegt, die persönlichen Unterschriften des Absenders fehlen, des Revolutionsausschusses. Im späteren Prozess gegen Ledebour sagt der Zeuge Lemminger treuherzig: «Ich sah ein, dass es unter diesen Umständen nicht möglich war, das Kriegsministerium zu besetzen. Wir liessen uns von Herrn Hamburger ein Schreiben geben, worin gesagt wurde, dass einer Übergabe des Kriegsministeriums nichts im Wege stünde, sobald die Unterschriften des Revolutionsausschusses vorhanden wären. Daraufhin ging ich mit meinen Begleitern zum Marstall zurück.»

Dort erlebt Lemminger freilich, wie die Volksmarinedivision den Ausschuss gerade robust vor die Tür setzt, weil sie mit seinem Treiben nichts zu tun haben will: «Ich wusste jetzt, wie ich dran war.» Der verhinderte Okkupant unternimmt das Beste, was er tun kann. Er meldet sich krank und begibt sich nach Hause. Eine deutsche Revolution ist nicht frei von komischen Zügen.²⁸

Die vermeintliche Leitung der linksradikalen Revolutionäre zieht notgedrungen vom Marstall ins Polizeipräsidium um. Sie wird immer unsicherer und entscheidet weiterhin nichts. Die vielen Truppen, Geschütze und Maschinengewehre, die Dorrenbach versprochen hat, sie kommen nicht. Mit Hilfe der USPD-Führung um Haase und Dittmann, welche den Kontakt zur Regierung vermitteln, versucht der Ausschuss nun zu sondieren, wie sich der Konflikt friedlich lösen liesse. Dittmann, Kautsky und Rudolf Breitscheid kontaktieren den besonnenen Cohen-Reuss im Zentralrat, der alles Nötige in die Wege leitet; da draussen auf der Wilhelmstrasse eine riesige Menschenmenge steht – die Anhänger der Regierung – und sogar Schüsse zu hören sind –, nehmen die Vermittler den Weg durch den Garten. Das Ergebnis ist immerhin eine Waffenruhe, der dann im Gespräch mit den Unabhängigen auch die Aufständischen zustimmen.

Ebert und die anderen Volksbeauftragten sowie der Zentralrat freilich wollen erst dann verhandeln, wenn «die Pressefreiheit wiederhergestellt würde»²⁹. Das ist ein legitimer Standpunkt: Nur wenn der Rechtsbruch beendet ist und die MSPD so wenige Tage vor den Wahlen wieder über ihr wichtigstes Medium verfügen kann, ergeben solche Gespräche einen Sinn, will die Regierung nicht als hilflos und erpressbar erscheinen: «Ohne den Vorwärts war die Sozialdemokratie gewissermassen mundtot, und genau das wollten die Aufständischen.»³⁰ Die Besatzer der Redaktion aber geben bekannt: Lieber wollten sie tot unter den Trümmern des Gebäudes begraben sein als abziehen.

Der kluge alte Kautsky, dessen Theorien über die Revolution sich von deren Wirklichkeit bedauerlicherweise so sehr unterschieden, versucht einen Kompromiss zu formulieren, bei dem beide Seiten das Gesicht wahren: «Der Zentralrat und der Rat der Volksbeauftragten erklären von vornherein, dass die Verhandlungen als gescheitert zu betrachten sind, wenn sie nicht zur völligen Wiederherstellung der Pressefreiheit führen.» Das wäre für Eberts Regierung die Brücke, bei überschaubar gutem Willen: die Räumung des *Vorwärts* nicht zur Vorbedingung der Gespräche zu machen, sondern als deren Ergebnis festzuschreiben, ohne welches alle weiteren Vereinbarungen nichtig wären. Die eigene Basis in den Betrieben, die MSPD-Vertrauensmänner und die loyalen Arbeiterräte beschwören die Regierung, diesen Weg zu gehen. Sie bilden sogar, wie in den Tagen des Novembersturms, Verbrüderungsausschüsse mit Arbeitern von USPD und Spartakus. Dies ist ein ernst zu nehmender Versuch, die durch das Auseinanderbrechen der Einheitsregierung erzeugte Spaltung der Arbeiterbewegung wenigstens zu überbrücken. Hugo Haase appelliert in der Vermittlungsrunde: «Über alle Bedenken hinweg sollte die Frage stehen: Wie kommen wir dahin, dass eine Zerspaltung des Berliner Proletariats im blutigen Kampfe zu verhüten ist.»³¹

Es müsste der Regierung an sich zu denken geben, wie viele Leute die an sich nebensächliche Eichhorn-Affäre gegen sie mobilisiert hat; doch Selbstkritik bleibt aus. Sie fühlt sich nur bestätigt in ihren Ängsten vor einem bolschewistischen Umsturz. Friedrich Ebert erwägt mehrfach, die Regierung in die Provinz ausweichen zu lassen. Dennoch, noch einmal versucht die Basis alles, um den Konflikt oben zu

entschärfen. Zehntausende Arbeiter der Grossbetriebe wie AEG und die Schwarzkopff-Werke versammeln sich am 9. Januar im Berliner Humboldthain; sie demonstrieren für Gewaltlosigkeit und wählen eine paritätisch von allen Gruppen besetzte Kommission, welche Volksbeauftragte und Zentralrat zum Ende der Gewalt auffordert. Aus Tausenden Betrieben des Reichs kommen Unterstützungspetitionen, weitere Berliner Arbeiterscharen solidarisieren sich mit der Kommission. Viele von ihnen, etwa die Arbeiter der Berliner Elektrizitätswerke, fordern freilich, «dass die Führer aller politischen Richtungen, die sich als unfähig erwiesen haben, diesen entsetzlichen Brudermord zu verhindern, nicht auf den Platz gehören, wo sie sind». Auf jeden Fall jedoch ist die wichtigste Botschaft dieses letzten überparteilichen Organs der Revolution, was deren erste war: kein Bruderkampf.

Die Führung beider Konfliktparteien kümmert der Appell der Basis an Vernunft und Ausgleich nur begrenzt; die Radikalisierung ist hier wie dort längst viel zu fortgeschritten. Im MSPD-dominierten Zentralrat herrscht die Auffassung: «Können wir unseren Willen nicht durchsetzen, so ist die Blamage desto grösser. Wenn wir jetzt die Sache durch Verhandlung erledigen, so geht sie wahrscheinlich in zwei bis drei Tagen wieder los.»³² Gegen drei Stimmen lehnen Regierung und Zentralrat Kautskys Kompromissvorschlag ab. Der linke Unabhängige Kurt Rosenfeld, Mitbegründer der USPD und dennoch ein Mann, der die Kontakte zur MSPD nicht abreißen lassen will, ist entsetzt: «Eine Regierung, die menschlich fühlt, die den Wunsch hat, Blutvergiessen in Berlin zu vermeiden, darf nicht so handeln, wie es die Regierung im Januar getan hat. Sie muss alles daransetzen, um im Wege friedlicher Verständigung das Ziel zu erreichen.»³³

Aber diese Wege sind verschüttet. Die KPD wiederum polemisiert gegen das sonst so vergötterte Proletariat, dieses veranstalte im Auftrag der USPD einen täuschenden «Einigungsrummel», die Unabhängigen spielten die Rille «eines rettenden Engels der Gegenrevolution». Also: keine Kompromisse! Ausgerechnet Rosa Luxemburg, die sich nun mitreissen lässt vom Fanatismus ihrer Mitstreiter, predigt nun «die Abrechnung mit den Scheidemännern» und «die Liquidierung der USPD». Wörtlich schreibt sie in der *Roten Fahne* über die Friedensbemühungen der Arbeiterbasis:

«Indem diese Leute in demagogischer Weise mit den beliebten Schlagworten ‚Einigkeit‘, ‚kein Blutvergiessen‘ arbeiten, suchen sie die Kampffnergie der Massen zu lähmen, Verwirrung zu säen und die entscheidende Revolutionskrise in einen faulen Kompromiss mit der Gegenrevolution aufzulösen.» Am 9. Januar 1919 wüten die Revolutionären Obleute, der Zentralvorstand der Berliner USPD und die KPD in einem gemeinsamen Aufruf gegen «die Judasse in der Regierung. Sie gehören ins Zuchthaus, aufs Schafott. Gebraucht die Waffen gegen eure Todfeinde.» Das ist ein Aufruf zum Mord, an dem keine spätere Verklärung etwas ändern wird.

Die Revolutionsleitung erklärt sich selber zur Regierung und verkündet am 9. Januar: «An jeden Proletarier ergeht der Donnerruf des unerbittlichen Geschicks: Auf zum letzten, zum entscheidenden Kampf... zum vernichtenden Schlage, der zerschmettern muss die blutbesudelten Ebert-Scheidemann!»³⁴ Die so Bezeichneten halten die Zeit für gekommen, den Linksradikalen zu demonstrieren, wer Herr im Hause ist. Kautskys Einigungsformel wird abgelehnt, bald dröhnt ein Aufruf: «Die Zeit der Abrechnung ist gekommen!» Passender lässt sich die Motivation dieser Regierung wohl kaum zusammenfassen. Landsberg erklärt: «Unsere eigene Würde fordert, dass wir bei dem bleiben, was wir vertreten haben.»³⁵

Man würde sich wünschen, dass die MSPD solche Konsequenz und breite Schultern auch gegenüber der Obersten Heeresleitung und dem Militär gezeigt hätte. Sehr wahrscheinlich wäre es dann gar nicht erst zum Januar-Aufstand gekommen, den sie jetzt mit Hilfe dieses neu formierten Militärs zusammenschliessen lassen will. Es ist nun abends, am 8. Januar 1919. Resigniert schreibt Kautsky: «Rein militärisch durfte die Regierung es sich gestatten, die Verhandlungen praktisch abzulehnen. Sie war gewiss die stärkere und sicher, des Aufstandes Herr zu werden. Aber ganz abgesehen von Rücksichten der Menschlichkeit hat sie damit den sicheren Boden unter den Füßen verloren. Wohl geht sie siegreich aus dem Kampf hervor,... aber nur dadurch, dass die bürgerlichen und militärischen Faktoren, mit deren Hilfe sie triumphiert, noch mehr an Macht gewinnen. Die Gefahr besteht nun, dass die Regierung durch die Logik der Tatsachen immer weiter nach rechts gedrängt wird.»³⁶ Es ist bereits ein Epitaph auf die Revolution – und auf das kurze Leben der noch jungen Demokratie.

So sicher, «des Aufstandes Herr zu werden», fühlt sich die Regierung der Volksbeauftragten aber in keiner Weise.

Suppes Kampf: Das letzte Gefecht der Republikaner

Hermann Müller, der spätere SPD-Reichskanzler, wird im Abstand von zehn Jahren über die Lage in der Reichskanzlei behaupten: «Die Reichsregierung hatte keine Truppen, auf die sie sich verlassen konnte.»³⁷ Sie habe daher keine Wahl gehabt als Noskes Freiwilligeneinheiten; und diese Sichtweise wird viele Jahrzehnte historischer Betrachtung beherrschen, teils bis zum heutigen Tag. Aber vieles spricht dafür, dass dies so nicht richtig ist. Noske selbst wird in seinen Memoiren einfach behaupten, während des Januaraufstandes habe ihm die Stadtkommandantur erklärt, «dass auch sie nicht in der Lage sei, mit der Republikanischen Soldatenwehr zu helfen. Diese Leute machten nicht mit.»³⁸ Aber ganz offenbar ist daran nicht viel wahr.

Als Oehme in der Nacht zum 6. Januar sorgenvoll aus seinem Fenster im ersten Stock der Reichskanzlei blickt, sind zwar die Strassen des Regierungsviertels leer und keine Spartakisten in Anmarsch, einsam liegt die Wilhelmstrasse in der Finsternis; keine Schwebewaffneten huschen heimlich von Schatten zu Schatten. Im Garten hinter ihm aber wimmelt es, immer seinem Bericht zufolge, von Soldaten und Bewaffneten; manchmal zerreisst ein heller Feuerschein die Dunkelheit, ein Flammenwerfer, testweise in die Luft gerichtet, eine grauenvolle Waffe aus dem Grabenkrieg: «Offenbar wollten sie sich selbst Mut machen in der drückenden Stimmung, die über dem Haus lag.»³⁹ Wer aber sind diese Bewaffneten? Jedenfalls nicht Noskes schwarze Garden, die sich selbst weiss nennen; sie haben die Berliner Kampfzone noch gar nicht erreicht und schiessen ihre Gewehre ein auf dem Gelände eines Dahlemer Mädchenpensionats. Offenbar handelt es sich vor der Reichskanzlei um die Truppe des Unteroffiziers Suppe, der loyal zur Revolutionsregierung steht und Ebert schon am 5. Dezember Unterstützung angeboten hat.

Sicherlich, die Regierung muss nach den Ereignissen des Heiligabends im Zweifel sein, ob ihre bewaffnete Macht hinreichen kann

gegen einen Handstreich, der sich für sie ausnimmt wie der Beginn einer Revolution nach Lenins Vorbild. Die Volksmarinedivision, wenig erstaunlich, wird nicht geneigt sein, auf bewaffnete Unterstützer der Obleute zu schießen; es ist schon mehr als Ebert hoffen durfte, dass sich die Matrosentruppe eindeutig weigert, für den Aufstand der Linksradiكالen zu marschieren, was Dorrenbach diesen doch versprochen hat. Die Volksmarinedivision folgt ihm nicht, sie bleibt neutral – und damit auch ein dramatisches Exempel dafür, dass sich revolutionäre Soldaten, die für den Schutz der Einheitsregierung standen, nach deren Zerbrechen verwirrt Zurückbleiben, wie sollte dies anders sein. In der Tat befinden sich die republikanischen Wehren, so Wolfram Wette, Anfang Januar 1919 «in einem Zustand der Orientierungslosigkeit», denn sie «beruhten auf der Idee eines Zusammengehens der beiden sozialdemokratischen Parteien, wie es im ersten Rat der Volksbeauftragten praktiziert wurde».⁴⁰ Auch in der Republikanischen Sicherheitswehr ist die Stimmung genau deswegen unsicher bis schlecht, ihr neuer Kommandant Anton Fischer bestätigt dies indirekt, als er spartakistische Agitation dafür verantwortlich macht, dass sie in Teilen «unzuverlässig, wankelmütig und verräterisch» gesinnt sei.⁴¹

Dennoch: 1940 wird das Oberkommando des Heeres, jeder Sympathie für republikanische Freiwilligenverbände gänzlich unverdächtig, die von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt erarbeitete Dokumentation «Die Wirren in der Reichshauptstadt» herausgeben. Erstaunlicherweise sind hier die Einsätze der Republikanischen Soldatenwehr und mit ihr verbündeter, spontan gebildeter Milizen hervorgehoben, wenn auch mit dem ideologischen Zusatz, sie seien allesamt «wenig brauchbar» gewesen.⁴² Spätere Forschungen von Kluge und Schultzeendorff belegen aber, dass Anfang Januar 1919 immer noch republiktreue Verbände bestehen, die noch vor dem Einmarsch der rechten Freikorps in Berlin die Regierung zu verteidigen bereit sind.

Suppes Unteroffiziere, verschanzt im Regierungssitz selbst und im Prinzenpalais gegenüber, schlagen den ersten Ansturm zurück: Unzufrieden mit dem Misserfolg der Massendemonstration vom Vortag greifen bewaffnete Trupps von Linksextremen am 6. Januar die Reichskanzlei an, «in mehreren Wellen, durch Maschinengewehre aus dem nahe gelegenen Untergrundbahnhof Kaiserhof unterstützt»

(Schultendorff). Doch die beiden Kompanien unter Suppe halten stand, in einem wüsten, weithin vernehmbaren Feuergefecht weisen sie die Angreifer ab, die angeblich schwere Verluste erleiden: 25 Tote und mehr als 50 Verletzte.⁴³ Allerdings gelingt es den Spartakisten, das Proviantamt und die Kaserne des Garde-Pionier-Bataillons zu besetzen; sie halten jetzt ausser den Zeitungshäusern auch Bahnhöfe und weitere öffentliche Gebäude der Hauptstadt. Sie einzunehmen war für kleine Trupps Schwerbewaffneter oft nicht besonders schwer, wenn die Objekte nur leicht oder gar nicht geschützt waren. Die Lage bleibt bedrohlich, doch ist Eberts Regierung, wie Schultendorff schreibt, «nicht ganz so verlassen, wie sie selber geglaubt hatte»⁴⁴.

Für sie schlagen sich die «Maikäfer», die Gardefüsiliere, die am 6. Dezember traurige Berühmtheit erlangten; aber jetzt geht es nicht gegen Demonstranten, sondern gegen Schwerbewaffnete im Häuserkampf. Teile der Republikanischen Soldatenwehr, die immer noch besteht, erobern am 7. Januar den Potsdamer Bahnhof und die Linienkommandantur zurück, eine regionale Militärbehörde. Im historischen Bericht «Die Wirren in der Reichshauptstadt» heisst es, die Gebäude wurden «durch Gegenstoss der Eisenbahner und des Depots 3 der Rep. Soldatenwehr wieder befreit». 300 Bewaffnete, von den «Maikäfern», der Soldatenwehr und Freiwilligen aus den Stadtvierteln, nehmen auch die Reichsdruckerei zurück; die Soldatenwehr verteidigt den zentralen Viehhof. Wels' Nachfolger Fischer hat den Oberbefehl, da Noske noch in Dahlem weilt, Fischer schreibt: «Die Zeitungsgebäude des Berliner Tagblattes, der Morgenpost und des Lokal-Anzeigers wurden fast ausschliesslich von den wachfreien Mannschaften der Republikanischen Soldatenwehr befreit, wobei es besonders harte Kämpfe um das Mosse-Gebäude gab.»⁴⁵

Sogar Hermann Müller, ein Ebert-Loyalist, schreibt in seinem Revolutionsbuch wie beiläufig: «Übrigens hatten auch die am Brandenburger Tor kämpfenden Regimente Reichstag und Liebe und die Maikäfer grössere Verluste als die Putschisten.»⁴⁶ Einen Angriff auf das Mosse-Haus müssen die republikanischen Soldaten unter Verlusten abbrechen, die Gegenwehr der gut gedeckten Besetzer ist zu stark. Dennoch, für eine angeblich so wehrlose Regierung haben sich ihre Verteidiger am 6. und 7. Januar nicht schlecht geschlagen. Zumindest

zeigt der Einsatz so kleiner loyaler Verbände, was möglich gewesen wäre, hätte die Revolutionsregierung von Beginn an entschlossen eine eigene Schutzmacht aufgebaut. Aber nun ist es zu spät.

Die SPD-nahen Freiwilligen dieser Tage werden mobilisiert und organisiert vom einem eigens neu gegründeten sozialdemokratischen Helferdienst und einem Vorwärts-Redakteur namens Kuttner. Sie reichen sogar aus, um hastig zwei eigene Regimenter aufzustellen, die «Reichstag» und, nach seinem Kommandeur, einem Unteroffizier der Reserve, «Liebe» genannt werden; zusammen sollen sie immerhin 2750 Soldaten stark sein. «Waffen», so der spätere Militärbericht, «gab die Kommandantur aus den gesammelten Beständen her». Es gibt ausserdem die Truppen des Majors Meyn und eine Marinebrigade aus Kiel.

Hinzu kommen bereits ganz neue Verbände, die politisch aber eher rechts stehen, das Freiwilligenregiment Reinhard unter dem Oberst und späteren NSDAP-Reichstagsabgeordneten Wilhelm Reinhard, welche unter anderem das Proviantamt zurückerobert, das «Regiment Potsdam» und «Freiwilligenkorps Berlin». All diese Verbände werden nach den Januarkämpfen aufgesogen von den Freikorps, was bei ihrer historischen Zuordnung in die Januarkämpfe oftmals Verwirrung bereitet. Auch wechseln Personal, Einsatzorte und Führung in den wirren Tagen des Januaraufstandes mehrfach. Politisch ist das Regiment Potsdam in diesen Anfangstagen der äussersten Rechten aber noch «nicht ganz so eindeutig zuzuordnen» (Winkler) wie bald danach.⁴⁷ Diese Truppe wählt sich einen Major zum Führer, Franz von Stephani – der freilich nicht als Held der Republik in Erinnerung bleiben wird.

Es folgt wie ein trister Epilog ein Sieg der Regierung – und der Kompromisslosigkeit, der Gewalt. Am 11. Januar stürmt das «Regiment Potsdam» unter dem Befehl des Majors von Stephani das Vorwärts-Gebäude in einem harten Häuserkampf. Die Redaktion, zu deren Besetzern Liebknechts Sohn Willi gehört – liegt in einem der typischen Berliner Blöcke mit Durchgangshöfen, eine natürliche Festung, eine Falle, in der die vordringenden Soldaten aus allen Richtungen unter Feuer geraten. Die Angreifer versuchen es mit der Stosstrupptaktik, die sie im Weltkrieg gelernt haben, und Artilleriebeschuss. Granaten verwüsten die Fassade des Pressehauses und zer-

trümmern die Balkone, von denen aus die Maschinengewehre feuern. Innen bricht Feuer aus, schwarzer Rauch dringt aus den Fenstern und steigt hoch in den Winterhimmel wie ein Fanal. Die Zeitung *Post* schreibt: «Das Bellen der Maschinengewehre war verstummt. – Man hörte laute Hilferufe und Schreie. – Vier Minenwerfer eröffneten ein verheerendes Feuer auf die belagerte Druckerfestung.»⁴⁸ Erst nach Stunden geben die Verteidiger auf und schicken fünf Parlamentäre hinaus; die Soldaten ergreifen sie sowie zwei weitere Männer, bringen sie in die Dragonerkaserne und erschiessen sie allesamt, ein glattes Verbrechen.

Zu den Opfern zählen der Schriftsteller Wolfgang Fernbach, der Artikel für den *Roten Vorwärts* verfasst hat, das Blatt der Aufständischen, und Werner Möller, der schwärmerische Dichter aus Barmen.

Eines seiner letzten Gedichte lautete:

*Doch ist zerronnen mancher Traum.
Trotz alledem, der Freiheitsbaum
. Wird dennoch Früchte tragen!*

Sein Traum ist nun vorüber, seiner Witwe Klara Möller bleiben nur! Trauer und Grauen, als man sie schliesslich die Leiche ihres Mannes ansehen lässt: «Der Tod durch Erschiessen wäre ein milder gewesen, doch die Verletzungen meines Gatten sind derartig, dass von Erschiessen keine Rede sein kann. Um Sie zu überzeugen, muss ich genaueres folgen lassen. Mein Mann hat nur einen Schuss in der oberen linken Seite, dann in der Brust eine breite Schnittwunde, dann in der linken Halsseite eine grosse Wunde und zuletzt ist die linke untere Gesichtshälfte eingeschlagen, so dass auch fast das Ohr ab ist. ... Nur nebenbei will ich noch bemerken, dass man den Toten noch obendrein vollständig ausgeplündert hat.»⁴⁹

Mit dem später oft beschriebenen und dokumentierten, zutiefst symbolhaften «Vorwärtssturm» und dem anschliessenden Massaker im Hof der Dragonerkaserne beginnt das grosse Morden, das die kommenden Tage und Monate und Jahre prägen wird, die entgrenzte Gewalt zur Vernichtung des Gegners.⁵⁰ Auch viele der übrigen Gefangenen werden misshandelt, das unzutreffende Gerücht, Rosa Luxemburg habe persönlich mit einem Maschinengewehr auf die angreifenden Regierungstrupps gefeuert, löst unter diesen regelrechte Hysterie aus.

Eine Frau aus den Reihen der *Vorwärts*-Besetzer berichtet später: «Sie ohrfeigten mich, traten mich mit Füßen, schlugen mich mit dem Kolben.» Als die Gefangenen abgeführt werden, beschimpft und bedroht sie eine wütende Menge. Schliesslich, so der oben zitierte Zeitungsbericht weiter, «wurden die Sperrketten durchbrochen und man schlug erbittert auf die Spartakusse ein». Viele von diesen erleiden durch die Misshandlungen schwere Verletzungen. Sogar ein regierungstreuer Offizier, den die Aufständischen gefangen hielten, wird nach der Befreiung verprügelt – er hatte einem der linken Besetzer die Hand gereicht als Dank für anständige Behandlung. Anwesend ist auch Vbrwrfs-Chefredakteur Friedrich Stampfer, der gerade noch auf den Major einwirkt, die Exekution der Gefangenen Steinbring zu verhindern. Ob Stampfer, wie er später stets beteuern wird, angesichts dieser Szenen nichts von dem Mord an den Parlamentären wusste, ist eher zweifelhaft.⁵¹ Nicht verbürgt ist auch die Szene, dass von Stephani auf die Rückfrage bei Noske, was er mit den mehr als 300 Gefangenen tun solle, die Antwort erhalten habe: «Alle erschliessen.» Von Stephanie will das verweigert haben, wahrscheinlich handelt es sich aber um eine Schutzbehauptung zur Schönung seiner eigenen Rolle.⁵²

Die Besatzer weiterer Pressehäuser geben auf. Die letzte Festung der Aufständischen, das Polizeipräsidium am Alexanderplatz, fällt am frühen 12. Januar. Die «Maikäfer» beschiessen das Gebäude mit Hautbitzen und stürmen es anschliessend. Auch hier werden Gefangene ermordet, anscheinend aber nicht von den regulären Soldaten, sondern einer örtlichen Sicherheitswehr.

Erst morgens am 11. Januar marschiert Noske demonstrativ an der Spitze seiner neu gebildeten Freiwilligenverbände durch das Regierungsviertel, wie ein Cäsar mit seinen Legionen durch das imperiale Rom. Vor der Reichskanzlei spricht Ebert zu den 3'000 Männern und wird heftig beklatscht, als er die «äusserste Entschlossenheit» seines Kabinetts bekräftigt, den Spartakisten das Handwerk zu legen; dann ergreift der Oberbefehlshaber Noske selbst das Wort und verkündet, man habe nun Berlin, Deutschland und der Welt bewiesen, dass die Regierung keineswegs zu schwach sei, um nicht Ruhe und Ordnung herzustellen.⁵³ Die Männer ziehen dann wieder ab, erst am 13. Januar

beginnt Noske mit der systematischen Besetzung der Hauptstadt durch die Freikorps. Zu tun ist nicht mehr viel, wie Fischer, von sich in der dritten Person sprechend, nachher notieren wird: «Als Noske am 13. Januar mit seinen Truppen in Berlin einzog, konnte ihm Fischer melden, dass nichts mehr zu tun sei, als die Ordnung nun aufrechtzuerhalten und die Waffenabgabe zu erzwingen.»⁵⁴

Am 10. Januar schon hat die KPD Liebknecht und Pieck befohlen, aus dem Revolutionsausschuss auszuschneiden; die Obleute und die Berliner USPD-Organisation fordern drei Tage später die Arbeiter auf, zurück in die Fabriken und zur Arbeit zu gehen. Während die Geschlagenen längst aufgegeben haben, inszeniert Noske die Befreiung Berlins. Er feiert das später als Heldentat, als Sieg über bolschewistische Terroristen. Dabei ist der Aufstand zu diesem Zeitpunkt bereits kollabiert und vorüber, diese Kraftdemonstration, militärisch betrachtet, vollkommen überflüssig. Sie kostet aber noch einige versprengte Revolutionäre, die Widerstand leisten, und mehrere Passanten das Leben. Als die Besucher des Deutschen Theaters am Abend nach der Vorstellung ins Freie treten, geraten sie in eine wirre Schiesserei und flüchten in alle Himmelsrichtungen. Wahrscheinlich schiessen Noskes Wehren auf Schatten.

Der «Bluthund» aber ist am Ziel. Mit dieser Selbstbezeichnung hat Gustav Noske eigentlich auf Scheidemanns Scherz vom Dezember angespielt, wer in diese Regierung eintrete, solle darauf gefasst sein, als Bluthund beschimpft zu werden. Aber für Noske ist das keine Beschimpfung. Er hat die Rolle seines Lebens gefunden. Mit dem Januaraufstand aber beginnt, wie Mark Jones richtig schreibt, «eine gefährliche neue politische Konstellation: Die Militärs und die Sozialdemokraten fanden sich in einem neuen Raum der Gemeinsamkeit zusammen, in dem von da an alles, was regierungstreue Soldaten taten, um jeden Preis gerechtfertigt und verteidigt wurde, ganz gleich, welche Gräueltaten sie dabei zuschulden kommen liessen.»⁵⁵

An den Laternenpfählen und Hauswänden hängen nun keine Aufrufe mehr zur Weltrevolution. Dort sind jetzt Plakate zu sehen, auf denen es heisst: «Schlagt Rosa Luxemburg tot!»

«Schlagt alle tot!»: Die Freikorps

Gegen das Ausmass von linksradikaler Gewalt, das sich Anfang Januar Bahn bricht, muss sich die Regierung verteidigen; das konzedieren später auch ihre Kritiker wie Karl Kautsky und Eduard Bernstein: «Das war keine Revolution, sondern der Versuch eines Gewaltakts, den, soweit nötig, mit Gewaltmitteln niederzuschlagen, nicht nur Recht, sondern auch die Pflicht der Regierung war.»⁵⁶ Eine andere, in diesem Fall aber entscheidende Frage ist, wie sie das unternimmt – und sie wählt die schlechteste, weil brutalste Option.

Nicht nur die Gewalt der Linken hat sich massiv gesteigert. Auch die MSPD-Regierung setzt jetzt Mittel ein, die wenige Wochen zuvor noch undenkbar gewesen wären. Bezeichnend sind Landsbergs Worte: «Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. ... Einzelerfolge der Feinde der Revolution, die von ihnen in lächerlicher Weise aufgebauscht werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht.» Sie ist schon ganz nahe. Sie wird schrecklich sein und der Revolution nehmen, was ihr an Unschuld geblieben ist; denn die Regierung verzichtet mehr und mehr auf die Verhältnismässigkeit der Mittel – die Einsatzstrategie jeder rechtsstaatlichen Polizei, nur so viel Gewalt einzusetzen wie unbedingt erforderlich. Unter Noske geschieht das Gegenteil: so viel Gewalt wie irgend möglich.

Man muss nur in seinen Memoiren lesen, um das sehr bald zu begreifen. Auch wenn seine späteren Verteidiger wie Hermann Müller behaupten werden, Noske selbst habe am meisten unter den Übergriffen seiner Truppen gelitten: Wahrscheinlich glauben sie das selber nicht. Wenn seine schwarzen Scharen marschieren, rufen Zuschauer oft Rufe und Verwünschungen wie «Arbeitermörder» und «Verräter». Noske erbot derlei Protest weit mehr als die Todesschüsse seiner Truppen auf Gefangene. Gegen Unmutsäusserungen solcher Art habe sich das Vorgehen empfohlen, dass Störer «im Augenblick aus der Menge herausgegriffen und nach einigen kräftigen Mauschellen gezwungen wurden, zwischen zwei Sektionen mitzumarschieren. Das war die eindrucksvollste und wirksamste Methode.» Der Bürgerkrieg

verroht die Gemüter; was Noske hier genüsslich ausbreitet, die öffentliche Demütigung der Bürger, als deren Beschützer er doch auftritt, trägt kräftige Züge eines Sadismus, den 15 Jahre später die SA auf denselben Strassen und auf dieselbe Weise praktizieren wird. Man sollte mit solchen Parallelen, gezogen mit dem Wissen der Nachgeborenen, sehr vorsichtig sein; aber hier liegen diese Parallelen auf der Hand. Sie tun das schon deshalb, weil mit den Freiwilligenverbänden, den «Freikorps», wie sie bald genannt werden, ein Geist aufkommt, der es erlaubt, sie als Vorhut des Faschismus zu interpretieren.

Es ist das Treibgut des Krieges. Und gerufen wird es im sozialdemokratischen *Vorwärts* so:

Pioniere nach vorn!

Das schwarze Korps ruft!

Die 1. Feldkomp. ... stellt ehemalige Unteroffiziere und Mannschaften der Pioniere u. Minenwerfer in ihre Reihen ein, ei jenso tüchtige M.G.-Schützen. Nur solche deutschen Männ 1er, die das Herz auf dem rechten Fleck haben, wollen sich n leiden.⁵⁷

Einer der Offiziere, die Noske besonders schätzt, ist der erwähnte Wilhelm Reinhard, nicht zu verwechseln mit dem neuen preußischen Kriegsminister Walther Reinhardt. Wilhelm Reinhard wird seine Karriere, die unter Noske erst richtig beginnt, 1941 bis zum Rang eines SS-Obergruppenführers tragen. Wes Geistes Kind er ist, verrät er schon 1919 in einem Bericht über die ersten Gefechte seiner Freiwilligen in Berlin am 6. Januar 1919. Sein eigenes Ziel sei «die Wiedererrichtung der Wehrkraft Deutschlands» gewesen sowie unter anderem «die Vernichtung der republikanischen Banden». Worte eines Offiziers, der in den Bürgerkrieg entsandt wird, um die Republik zu verteidigen. Aber für ihn und seinesgleichen ist das alles eins: Republikaner, Spartakisten, Demokraten, Kommunisten – der innere Feind. Die Reichsregierung, der er dient, nennt er «den sozialdemokratischen Hexenkessel», der stets «weiteres Unheil anrichtet».

Noch bleiben etliche militärische Einheiten als Hüllen erhalten, in denen alte Offiziere und Kader dienen, welche die Armee nicht verlassen wollen. Durch Freiwillige wachsen diese Einheiten, oft in völlig

veränderter Organisationsform, unter Noske zu den Freikorps heran; hinzu kommen Verbände, die an der umstrittenen Ostgrenze gegen polnische Einheiten, im Baltikum oder im finnischen Bürgerkrieg gekämpft haben, Männer also, für die der Krieg am 9. November 1918 noch lange nicht vorüber war. Die deutschen Freiwilligen, die mit Billigung der Sieger im Baltikum geblieben sind, um dort der Roten Armee einen Riegel vorzuschieben, leben dort, fernab jeder Autorität, wie in einem rechtsfreien Raum, in dem nur ihr Wille zählt. Der rechtsradikale Schriftsteller Ernst von Salomon, der nach 1945 grosse Bekanntheit erreicht durch ein selbstmitleidiges Buch gegen die Entnazifizierung (*Der Fragebogen*), ist Mitglied in einem dieser Freikorps. Er schreibt in seinem Buch *Die Geächteten*, in dem er sich angeblich von jener Zeit distanziert, ohne erkennbares Bedauern: «Wir erschlugen, was uns in die Hände fiel, wir verbrannten, was brennbar war.»⁵⁸ Der Hass der Freikorpsoldaten, so der Historiker Robert Gerwarth, richtet sich speziell gegen angebliche «kommunistische ‚Flintenweiber‘, die generell viel Raum in den Memoiren deutscher Soldaten einnehmen», es ist meist nur eine Rechtfertigung sexueller Gewalt. In der Freikorpslyrik sind die Opfer oft Revolutionärinnen wie ‚die rote Marie‘, edel gewachsen und von der natürlichen Grazie eines freigeborenen Tieres, und wo sie sich blicken liess, erwachten die Sinne der Männer»⁵⁹.

Viele von ihnen kennen nichts anderes als Kampf und Krieg und gehen verroht daraus hervor, gepolt auf einfache Wahrheiten und das Denken in Freund und Feind. Aber das ist es nicht allein. Andere sind zu jung für die Front gewesen und holen nur das verpasste «Weltkriegserlebnis» nach, darunter etliche Studenten. In ihren Kreisen wuchert eine spezielle Mentalität des Männerkults heran, gewaltverliebt, menschenverachtend, von pathologischer, komplexbeladener Frauenfeindlichkeit; ausgerechnet die deutsche Republik zieht hier einen Soldatentypus heran, der sich an ihre Regeln und Werte nicht gebunden fühlt und auf die er sich nur flüchtig und formal verpflichten muss.

Einer dieser Männer ist Rudolf Höss, der spätere Kommandant des Vernichtungslagers Auschwitz. Er reisst mit 15 Jahren von zu Hause aus und kommt an die Front nach Mesopotamien; rastlos, ohne Orientierung fühlt er sich zu Hause nach dem Krieg verloren

und stösst dann, wie er 1946 vor seiner Hinrichtung niederschreibt, zu den Freikorps: «Ich fand wieder eine Heimat, ein Geborgensein in der Kameradschaft der Kameraden – seltsam, ich, der Einzelgänger, der all das innere Erleben, all das Aufrührende mit sich selbst abmachen musste ...»⁶⁰

Die Anführer sind meist frühere Offiziere der alten Armee, verbittert über den verlorenen Krieg und bald von der Dolchstosslegende überzeugt, «dass hinter ihrem Rücken die verbrecherische Fackel der Revolution das deutsche Haus in Brand gesteckt hatte». Diese Männer werden oft als monarchisch gesinnt beschrieben, doch hat die elende Flucht der deutschen Königshäuser 1918 auch hier ein Vakuum hinterlassen; die Rückkehr Wilhelms II. gehört nicht zu ihren Zielen. Einig sind sich die meisten in ihrer Ablehnung von Sozialismus, Demokratie, Republik, für sie alles kein grosser Unterschied zum «Bolschewismus», der als Sammelbegriff für Revolutionäre aller Art gebraucht wird, nicht selten inklusive des Rates der Volksbeauftragten. Dass diese junge Demokratie ihre Todfeinde bewaffnet, um sich von ihnen beschützen zu lassen, macht aus diesen Feinden weder Freunde noch Demokraten. Friedrich Wilhelm von Oertzen, einflussreicher Offizier in der besonders rechten Garde-Kavallerie-Schützen-Division, erklärt einmal: «Es wäre eine freundliche Übertreibung, wollte man behaupten, die Männer der damaligen Regierung wären den Offizieren des Eden-Hotels sympathisch gewesen.»⁶¹ Das Freikorps Rossbach grölt abends, wenn der Alkohol fliesst, gern das Rossbach-Lied:

*Schlagt alle Juden tot,
Haut alle Juden tot
Schlagt alle tot
Ebert und Scheidemann
Kommen auch noch dran
Schlagt alle Juden tot
Schlagt alle tot.*

Dieses Korps, zu dem auch Ernst von Salomon gehört, kämpft zunächst im Baltikum gegen die «Rote Armee» und widersetzt sich dort 1919 offen der Regierung. Noske behandelt rechte Aufsässigkeit frei-

lich milder als linke und unternimmt bei der Rückkehr der Formation ins Reich ausser ein paar gesichtswahrenden Bestimmungen nichts, aus Furcht, die anderen Verbände des Militärs würden sich einem Einsatz gegen die Rossbacher verweigern. Georg Rossbach, ihr Anführer, wird bald, 1923, einer der frühen Weggefährten Adolf Hitlers.

Als besonders republikfeindlich erweist sich die Garde-Kavallerie-Schützen-Division, zu der die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts gehören. Aus dem ehemaligen preußischen Heeresverband entsteht Anfang 1919 ein gefürchtetes und starkes Freikorps; viele seiner Offiziere machen nach 1933 Karriere in der SS. Einer der Mörder Luxemburgs und Liebknechts, Waldemar Pabst, prahlt noch 1962, hochbetagt, im *Spiegel*: «Die Sache war so: Wir waren die Macht im Staate und nicht die Volksbeauftragten.»⁶²

Wenige gewissenhaftere Offiziere verurteilen die Gewalttaten dieser Verbände, wie der Erste Generalstabsoffizier im freiwilligen Landeskörpers, Hauptmann Jacobsen, der mit Noske in Berlin einmarschiert und über die Truppe festhält: «Der lange Krieg hat in ihr das Landsknechtstum hochgezüchtet und der Umstand, dass jetzt im Gegensatz zu früheren Zeiten der allgemeinen Wehrpflicht freiwillige Söldner unsere Truppe bilden, begünstigt leider die Neigung zu grösserer Disziplinlosigkeit. ... so mancher unserer Leute (sieht) in dem Zivilisten mehr den ‚Panje‘ als den eigenen Landsmann. Auch etliche Vorgesetzte sehen ... über Gewalttätigkeiten ihrer Leute mit beifälligem Lächeln hinweg, anstatt unbedingt und strenge den Standpunkt der Gesetzlichkeit zu wahren.»⁶³

In machtlosem Zorn und leider glasklarer Analyse notiert der frühere Volksbeauftragte Emil Barth, von dem inzwischen keine Seite mehr etwas wissen will: «Die Januarbewegung ist die Geburtsstunde der Freiwilligenkorps, der Einwohnerwehren, der Antibolschewistenliga, der wilden Hetze zu Judenpogromen, der Restauration des Heeres und des Herr-im-Hause-Standpunktes der Schlotbarone, der lähmenden und gewalttätigen Auseinandersetzung innerhalb des Proletariats.»⁶⁴

Freikorpsführer Wilhelm Reinhard bezeichnet die Regierung gern als «das Lumpengesindel». Und diese Regierung lässt die Freikorps 1919 auf eine Grösse von 400'000 Mann der «Vorläufigen Reichswehr» anschwellen, nachdem sie sich zuvor vor ein paar Hundert lin-

ken Matrosen gefürchtet hat. Erst der Versailler Vertrag wird Noske zwingen, die neuen deutschen Streitkräfte auf 100'000 Soldaten zu reduzieren, woraufhin etliche seiner Freunde in Uniform, ganz vorne der General von Lüttwitz, 1920 sogleich gegen ihn und die Reichsregierung putschen werden.

Im Rückblick schreibt Arthur Rosenberg über Noskes Politik: «Das politische Resultat des Bürgerkrieges, der in der ersten Hälfte des Jahres 1919 im Namen Noskes geführt wurde, war die vollständige Vernichtung jeder politischen Macht der Räte. Wo noch Arbeiterräte fortbestanden, waren sie völlig einflusslos. So war der Versuch, im Anschluss an die Revolution eine volkstümliche aktive Demokratie zu begründen, gescheitert. Im Zusammenhang damit erfolgte an allen Orten eine systematische Entwaffnung der Arbeiterschaft, die von den Offizieren mit grösster Energie durchgeführt wurde. (...) Hand in Hand damit ging eine systematische Bewaffnung des besitzenden Bürgertums, der Gutsbesitzer, Studenten und so weiter, die sich in Zeitfreiwilligenregimentern und Einwohnerwehren zusammenschlossen. Dieser ganze mächtige Ausbau, wenn nicht der monarchistischen, so doch zumindest der bürgerlich-kapitalistischen Gegenrevolution geschah unter der Parole: Für Ruhe und Ordnung und gegen Spartakus.»⁶⁵

«Sie sind tot, gemeuchelt, gemeuchelt»: Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

An einem grauen Wintermorgen geht Walter Oehme hinunter aus seinem Zimmer in die Büros der Reichskanzlei. Er fühlt sich müde, überarbeitet, ist erst mitten in der Nacht ins Bett gekommen. Draussen im Garten schimmert trüber Schnee. Oehme betritt Baakes Dienstzimmer, es ist noch dunkel und still, nur vor den Flügelfenstern zwitschern die Meisen, wie immer. Er schaltet das Licht ein – und zuckt erschrocken zusammen: «Da sass, zusammengesunken in seinem Arbeitssessel, der Unterstaatssekretär Baake, den grossen Kopf in die Hände gestützt. Er sah auf, das leichenblasse Gesicht sah mich mit verschleierte Augen verständnislos an.» Beide bringen kein Wort heraus, bis Baake sagt: «Die beiden L sind tot.»

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, sagt Baake: «Ermordet, jammervoll erschlagen!» Das Kabinett, so Baake, «muss sofort zurücktreten». Angeblich ruft er noch, nachdem er in hilflosem Zorn einen schweren Briefbeschwerer auf seinen Schreibtisch gedonnert hat: «Das hat uns alles dieses Schwein, der Harbou, eingebrockt – und Noske schwört auf ihn!»⁶⁶

Nach dem Niederschlagen des Aufstands mussten die Führer der Spartakisten um ihr Leben fürchten und untertauchen. Nun sucht auch die reguläre Regierung sie als vermeintliche Putschisten, um sie wegen des Umsturzversuchs kurz vor den freien Wahlen zu belangen. Im *Vorwärts* erscheint am 13. Januar 1919 ein Gedicht von Artur Zickler, einem aus guten Gründen wenig bekannten, aber schillernden, zwischen den Extremen merkwürdig schwankenden Genossen. Die unbeholfenen Verse unter der Überschrift *Das Leichenschauhaus* lassen sich durchaus als Mordaufruf verstehen, und selbst wenn sie der Autor – wie er ein Leben lang beteuern wird – nicht als solchen gemeint haben will, sind sie doch als Spiegel der Radikalisierung und Brutalisierung zu sehen, der nicht nur die Spartakisten erfasst hat, sondern mehr noch deren Gegner:

*Vielhundert Tote in einer Reih –
Proletarier!
Es fragen nicht Pulver, Eisen und Blei,
ob einer rechts, links oder Spartakus sei,
Proletarier!
Wer hat die Gewalt in die Strassen gesandt, Proletarier?
Wer nahm die Waffe zuerst in die Hand
und hat auf ihre Entscheidung gebrannt?
Spartakus!
Vielhundert Tote in einer Reih –
Proletarier!
Karl, Rosa, Radek und Kumpanei –
es ist keiner dabei, es ist keiner dabei,
Proletarier!*⁶⁷

Zwei Tage später sind sie dabei, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Das Militär und Noske, der sich zunehmend auch als Innenminister versteht, spannt ein geheimes Netz, um die beiden bekanntesten Revolutionäre Deutschlands darin zu fangen. Telefonapparate werden abgehört, Spitzel in die Strassen geschickt, Steckbriefe angeschlagen. In der Schlussphase der Kämpfe wechseln die beiden von Versteck zu Versteck, Liebknecht fährt noch am 10. Januar mit der Berliner Untergrundbahn zu Versammlungen. Bei Freunden am Halleschen Tor schlafen sie kurz, bis der Friseur seines Gastgebers hereinstürzt: Die Portiersfrau habe Liebknecht erkannt und «bemühte sich nun, das so schnell wie möglich weiterzuerzählen». Sie brechen hastig auf, am 13. Januar haben sie bei einem Freund einen neuen Unterschlupf gefunden, im ersten Stock eines Wilmersdorfer Wohnhauses.

Am Abend, berichtet Liebknechts Mitarbeiter Otto Franke, habe noch einmal eine Runde von Genossen beieinandergesessen und sich über alles Mögliche unterhalten. Als Liebknecht bemerkt, sollten die Häscher seine «geschichtlichen Papiere» zerstören, «schiess ich mir eine Kugel durch den Kopf», sagt Rosa Luxemburg lächelnd: «Aber Karl, Sie haben doch gar keinen Revolver.» Am 14. Januar schreiben beide ihre letzten Artikel für *Die Rote Fahne*. Liebknechts Text endet mit den Worten: «Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!» Und Rosa Luxemburg beschwört noch einmal die Kraft der Revolution, welche den «stumpfen Schergen» verkünden werde: «Ich war, ich bin, ich werde sein!»

Am Abend des 15. Januar trampeln schwere Stiefel die Treppe hinauf zum ersten Stock, die Wilmersdorfer Bürgerwehr hat sie aufgespürt. Man bringt sie ins ehemals vornehme Eden-Hotel, wo eine Noske-Truppe, die Garde-Kavallerie-Schützen-Division, ihr Stabsquartier eingerichtet hat. Was dann geschieht, wird lange Zeit nicht ganz klar sein, bis zum Buch des Historikers Klaus Gietinger, der 1993 Zusammenhänge und Details recherchiert.⁶⁸

Gegen halb zehn bringt man Liebknecht ins Zimmer des Hauptmannes Waldemar Pabst – jenes Mannes, der schon am Morgen der Weihnachtskämpfe die Vermittlungsversuche von Emil Barth boykottiert hat. Es nutzt Liebknecht nichts, dass er sich einen anderen Namen gibt

und beteuert, die Soldaten hätten den falschen Mann. Auch Rosa Luxemburg wird dorthin gebracht. Schwer bewacht, liest sie im Hotel in Goethes *Faust* und wartet, was kommen wird. Pabst führt zu diesem Zeitpunkt eine Art gegenrevolutionäre Geheimtruppe ehemaliger Marinemänner an, die sich unter anderem vorgenommen hat, Liebknecht und Luxemburg zu ermorden – so schnell sind die bösen Geister aus der Flasche gewichen, die Ebert und Noske geöffnet haben. Laut Gietinger telefoniert Pabst nun mit Noske, der grosse Stücke auf den Hauptmann hält, und der Volksbeauftragte habe ihm gesagt, er müsse «selbst verantworten, was zu tun sei». Einen direkten Mordbefehl vermeidet Noske wohl, aber das Ergebnis ist dasselbe.

Noske unterlässt jedenfalls, was unbedingt seine Aufgabe als Regierungsmitglied und Oberbefehlshaber gewesen wäre: seine Mannen dazu zu veranlassen, die Gefangenen unverletzt in Untersuchungshaft zu bringen. Die demokratisch orientierte *Berliner Volkszeitung* wird ein Jahrzehnt später schreiben: «Herr Noske verschrieb sich den Männern der Gardekavallerie-Schützendivision, reaktionären Offizieren mit sehr zweifelhaftem Anhang. Nicht die republikanische Abwehr, sondern der weisse Terror wurde die Parole. Sicher war das den meisten Volksbeauftragten nicht recht, aber Noske hatte die Macht, und man wollte ihm nicht dreinreden ... Es war jenes System Noske, das die Freiheit der jungen Republik mit den Landsknechten der alten Armee verteidigen wollte. Ein entsetzlicher Irrtum!»⁶⁹

Pabst jedenfalls handelt nun auf eigene Faust. Er und seine Mitverschwörer wie die Brüder Pflugk-Hartung schleifen ihre Gefangenen nun aus dem Stabsquartier. Schon im eleganten Hotelfoyer kommt es zu schrecklichen Misshandlungen, der Soldat Otto Runge haut Liebknecht und später Rosa Luxemburg den Gewehrkolben über den Kopf. Ein anderer schlägt mit der Faust in Liebknechts Gesicht und reckt die blutverschmierte Hand dann triumphierend in die Höhe.

Pabsts Männer packen Liebknecht in ein Auto und fahren in den nächtlichen Tiergarten, er wird aus dem Wagen gezerrt und mit drei Schüssen getötet. Die Leiche bringen die Täter zur Rettungswache am Zoo und melden, sie hätten einen unbekanntes Toten gefunden. Eine Dreiviertelstunde später, es ist Mitternacht, prügeln und treten Pabsts

Männer die kleine und zierliche Rosa Luxemburg im Eingang des Hotels halb tot; ein Offizier namens Hermann Souchon schießt ihr dann eine Kugel in den Kopf. Sie transportieren die Sterbende mit dem Auto ab und werfen sie vom Tatort weit entfernt in den Landwehrkanal. Im Hotel feiern die Männer des weissen Terrors ihre Tat: «Die alte Sau schwimmt schon.»⁷⁰

Am 16. Januar versucht Liebknechts Frau Sophie, «von Angst und Unruhe um meinen Mann und Rosa getrieben», bei Bekannten irgendetwas in Erfahrung zu bringen, als ihr ein Zeitungsjunge grinsend die *B. Z. am Mittag* gibt. Die Schlagzeilen schreien ihr entgegen: «Liebknecht auf der Flucht erschossen – Rosa Luxemburg von der Menge getötet».

Nicht nur durch die linke Arbeiterschaft gehen Schockwellen, auch durch die Reichskanzlei. Als Vorwärts-Chefredakteur Stampfer dort auftaucht, findet er das Kabinett im Zustand «tiefster Bestürzung»; Landsberg und Baake drängen auf den Rücktritt. Doch Ebert redet es ihnen aus. Als aber Noske kurz vor Mittag hinzukommt, rüfelt der die Genossen an: «Ihr habt Nerven wie hysterische alte Weiber. Krieg ist Krieg!»⁷¹

Auf der Kasseler Wilhelmshöhe schreibt Clara Zetkin an ihre Freundin Mathilde: «Alles aus! ... Lebe ich überhaupt noch und kann ich nach diesem Furchtbarsten noch leben? Ich möchte Blut weinen, einen Schrei ausstossen, der die ganze Welt erschüttern, umstürzen müsste, mir den Schädel an der Wand zerschmettern, um nicht zu denken, an das Eine, Entsetzliche zu denken: Sie sind tot, gemeuchelt, gemeuchelt unter den grausigsten Umständen.»⁷² Nicht einmal die härtesten Gegner der «Sozialverräter» haben eine derartige Brutalität erwartet. Die KPD ruft zur Fortsetzung des Kampfes auf: «Jetzt heisst es, den blutenden Leichen zu schwören, dass wir ihr Werk zu Ende führen werden ... Es steht uns noch ein langer Kampf bevor.»⁷³ Der grausige Schlussakt markiert das Ende nicht nur des Januaraufstandes, sondern auch der eigentlichen Revolution und der Regierung der Volksbeauftragten.

Ein zeitgenössisches Gedicht spiegelt die verlorenen Hoffnungen und den Wandel der Stimmung seit dem 9. November 1918 wider, aus der Sicht der Verlierer:

*Am Kurfürstendamm da hocken zusamm
Die Leute von heute mit grossem Tamtam.
Brillanten mit Tanten, ein Frack mit was drin,
Ein Nerzpelz, ein Steinherz, ein Doppelkinn.
Perlen perlen, es perlt der Champagner.
Kokotten spotten: Wer will, der kann ja
Fünf Braune für mich auf das Tischtuch zählen ...
Na, Schieber, mein Lieber? – Nee, uns kanns nich fehlen.
Und wenn Millionen vor Hunger krepieren:
Wir wolln uns mal wieder amüsieren.*

*Am Wedding ists totenstill und dunkel.
Keines Baumes Gefunkel, keines Traumes Gefunkel.
Keine Kohle, kein Licht... im Zimmereck
Liegt der Mann besoffen im Dreck.
Kein Geld – keine Welt, kein Held zum lieben ...
Von sieben Kindern sind zwei geblieben,
Ohne Hemd auf der Streu, rachitisch und böse.
Sie hungern – undfrässen ihr eignes Gekröse.
Zwei magre Nutten im Haustor frieren:
Wir wolln uns mal wieder amüsieren.*

*Es schneit, es stürmt. Eine Stimme schreit: Halt.
Über die Dächer türmt eine dunkle Gestalt...
Die Blicke brennen, mit letzter Kraft
Umspannt die Hand einen Fahnenstange.
Die Fahne vom neunten November, bedeckt,
Er ist der letzte, der sie noch reckt...
Zivilisten ... Soldaten ... tach tach tach ...
Salvenfeuer... ein Fall vom Dach ...
Die deutsche Revolution ist tot.
Der weisse Schnee färbt sich blutrot...
Die Gaslaternen flackern und stieren ...
Wir wolln uns mal wieder amüsieren ...»*

Das Finale ist bezeichnend für diese widersprüchliche, halbherzige Revolution und die Enttäuschung so vieler, die sich so viel mehr von ihr erhofft haben; und es gehört zu den Folgen und Fehlern dieser Re-

volution, dass die Mördertruppe im Mai 1919 durch das skandalöse Urteil eines Militärgerichts freigesprochen oder zu lachhaft geringen Gefängnisstrafen verurteilt wird – und dass Gustav Noske, inzwischen Reichswehrminister der deutschen Republik, diese Urteile ungerührt bestätigt, trotz oder bei seiner Mentalität, gerade wegen des entsetzten Aufschreis der Öffentlichkeit. Mit diesen Streitkräften ist kein demokratischer Staat zu machen, und auf lange Sicht wird sich das Bündnis mit ihnen für die MSPD rächen, so Susanne Miller: «Der Einsatz von Militär und Freikorps gegen demonstrierende und kämpfende Arbeiter, das völlige Verkennen der aufkommenden Gefahren von rechts und die bestialischen Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mobilisierten nicht nur die Radikalen in der Arbeiterschaft gegen die Reichsregierung, sondern diese ‚Noskepolitik‘ belastete sie auch bei einem Grossteil ihrer eigenen Anhänger.»⁷⁴ Als wenige Tage nach den Morden Rosa Luxemburgs Leiche noch immer nicht gefunden ist, wählen die Deutschen in den ersten freien gleichen und allgemeinen Wahlen die Nationalversammlung.

«Einheit, Freiheit, Vaterland»: Die Nationalversammlung

Scheinriese der Demokratie: Die Weimarer Koalition

Der 19. Januar 1919 ist ein friedlicher Tag in der deutschen Hauptstadt. Eine Woche zuvor haben noch die Maschinengewehre gerattert, dröhnte das Zeitungsviertel unter den Einschlägen der Minenwerfer, lagen im Hof der Dragonerkaserne die ermordeten Parlamentäre aus dem Vorwärts-Pressehaus. Aber nun stehen die Wähler in langen Schlangen vor den Wahllokalen, viele im Sonntagsstaat zur Feier des Tages, und die konkurrierenden Parteien ziehen alle Register eines modernen Wahlkampfes. Das katholische Zentrum hat sogar einen eigenen Autofahrdienst eingerichtet, der kranke und sieche Anhänger der katholischen Partei zur Wahl transportiert; es ist vielleicht gut, dass Fürst Bismarck in seinem Aumühler Grab diesen doppelten Triumph der ihm so verhassten Papisten und Demokraten nicht mehr erleben muss. Durch die Strassen kreuzen Fahrzeuge mit Lautsprechern, aus denen Parolen der Parteien dringen, als könne man die Unentschiedenen noch in letzter Minute durch eine griffige Losung auf seine Seite ziehen, und vielleicht stimmt das ja auch. Vor den Wahllokalen drängeln sich die «Schlepper», um den Hineintretenden die Wahlzettel ihrer Parteien aufzunütigen.

In Berlin kommt es kaum zu Störungen, und auch fast nirgends sonst im Land. Als junge Spartakisten in Solingen Wahllokale zu stürmen versuchen, werden sie verprügelt und verjagt; in Elberfeld besetzen Linksradikale kurzzeitig die Räume des dortigen *General-Anzeigers*. Aber das sind schon die spektakulärsten Nachrichten über den ersten Wahlgang seit dem friedlichen Jahr 1912. Für einen Moment scheint es, als habe das Land nun endlich zu sich gefunden; als würde die hier zu wählende Nationalversammlung wirklich, wie Ebert dies hofft, alle Probleme angehen und meistern.

Der kämpferische Leitartikel der *Vossischen Zeitung* kündigt davon,

dass dies wohl ein Trugschluss ist. Der Rat der Volksbeauftragten hat beschlossen, den Sitz der Konstituante nach Weimar zu verlegen, aber weniger wegen der Dichter und Denker, deren Name mit der Stadt verbunden ist, sondern aus Furcht vor neuen Aufständen. Es sei doch zu bedenken, grollt die grosse liberale Zeitung, in deren Redaktion noch zehn Tage zuvor bewaffnete Revolutionäre Munition zu den MG-Schützen brachten, «welchen Eindruck es vor dem gesamten Ausland machen muss, wenn die Regierung es nicht wagt, die wichtigste politische Körperschaft in der bisherigen Reichshauptstadt zusammentreten zu lassen ... Als eine Flucht vor Spartakus wird man die Verlegung unzweifelhaft überall deuten.»¹ Die deutschen Wähler freilich fliehen nicht vor «Spartakus» respektive der KPD, die ja zum Boykott des Urnengangs aufgerufen hat. 83 Prozent der Wahlberechtigten nehmen teil, ein sehr hoher Wert, nur knapp unter dem Rekord von 1912.

Die Kräfte, welche die Revolution trugen, sind Gewinner und Verlierer zugleich, vor allem die MSPD. Trotz der Parteispaltung von 1917 wird sie die mit Abstand stärkste Kraft und erreicht 37,9 Prozent der Stimmen, das beste Ergebnis ihrer Geschichte. Offenbar haben die Vorgänge in der Hauptstadt das Vertrauen der Bürger in die Sozialdemokratie landesweit nicht fundamental erschüttert. Oder doch? Die Sozialdemokraten haben lange auf absolute Mehrheiten in einer Konstituante gehofft. Die USPD kommt auf 7,6 Prozent, das ist enttäuschend und nur teilweise mit Ungenauigkeiten des neuen Wahlkreissystems zu erklären, andererseits bleibt sie die erste Wahl, sollten sich die Mehrheitssozialisten in Zukunft weiter nach rechts bewegen; und genau das wird ein Jahr später bereits geschehen. Jedenfalls verpassen die beiden sozialdemokratischen Parteien selbst zusammen deutlich die absolute Mehrheit. Selbst wenn sie sich, woran nach den letzten Wochen enorm zu zweifeln ist, wieder zusammenraufen würden – es reicht nicht für die «sozialistische deutsche Republik». Die Hoffnung, durch eine absolute Mehrheit legitimiert den Staat umgestalten zu können, erfüllt sich nicht. Und viele Beobachter glauben, dass diese gefühlte Niederlage eine Folge des sozialdemokratischen Schismas und der Berliner Wirren ist, Eduard Bernstein schreibt: «Ausser Zweifel ist, dass das Wahlergebnis ein für sie wesentlich günstigeres gewesen wäre, wenn die Wahlen zu einer Zeit erfolgt wären, wo die Begeisterte-

rung der grossen Volksmasse über die vollzogene Umwandlung noch nicht durch die Zwistigkeiten unter den Sozialisten und die Aufstände ... eine Abschwächung erfahren hätten.»²

Und schon bald wird es schlimm kommen für die SPD. Bei den Wahlen in Gemeinden und Ländern 1919 erleidet sie drastische Einbussen, mancherorts wird sie nur noch zweite Kraft hinter der USPD. Der Historiker Eberhard Kolb wird sogar «vermuten, dass seit Frühjahr 1919 der wohl grössere Teil eigentlichen Industriearbeiterschaft im Lager der Unabhängigen stand»³.

Die Rechte, welche die Zeit der Republik dann so sehr dominieren wird, leidet so kurz nach der Umwälzung noch unter Schreckstarre. Ihre stärkste Kraft, die Nationalisten der DNVP, erreicht gerade einmal 10,3 Prozent, die rechtsliberale DVP Gustav Stresemanns sogar nur 4,4. Und doch haben die Wähler und – erstmals – die Wählerinnen der MSPD damit ein vergiftetes Geschenk überreicht: Das Fiasko der Rechten bei der Januarwahl trägt noch weiter zur Unterschätzung der Gefahr von Rechtsausen und zur Fixierung auf die Auseinandersetzung mit «Spartakus» bei.

Die USPD lehnt am 5. Februar das Angebot der grossen Schwesterpartei rundheraus ab, in eine gemeinsame Regierung einzutreten; mehr als ein «Feigenblatt» zu spielen, so Wilhelm Dittmann, könnte sie darin nicht leisten. Die Spaltung ist nun endgültig; als Bedingung für eine Koalition nennt die MSPD, dass die Unabhängigen ihre «Solidarität mit den Kommunisten» einstelle, die USPD umgekehrt fordert ein Bekenntnis der Mehrheit, «die demokratischen und sozialistischen Errungenschaften der Revolution gegen die Bourgeoisie und die Militärautokratie sicherzustellen». Eine der beiden Parteien müsste sich de facto der anderen unterordnen, keine ist dazu bereit, schon aus Sorge um die erwartbaren Reaktionen der Basis. Und überdies: Einer sozialistischen Minderheitsregierung wären in dieser kritischen Zeit die Hände gebunden.

Friedrich Ebert zieht bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung am 6. Februar die Fäden in eine ganz andere Richtung: Anknüpfend an die «Friedensmehrheit» von 1917 bereitet er ein Bündnis mit den Linksliberalen und dem katholischen Zentrum vor, das mit der bayerischen Schwester BVP auf 19,7 Prozent kommt. Die Katholiken schwanken kurz, entschliessen sich aber rasch, sich «auf dem Boden der neuen Ordnung» an einer Koalition zu beteiligen, um diese mitzu-

prägen und «einer sozialistischen Ordnung» den Riegel vorzuschieben. Ihre Stimmengewinne verdanken sie ihrer festen Klientel, aber auch einer ungeschickten, wenngleich nicht völlig unberechtigten Kampagne des – inzwischen mit den anderen Unabhängigen zurückgetretenen – preußischen USPD-Kultusministers Adolph Hoffmann gegen die kirchliche Schulaufsicht; die Furcht vor einem neuen antikatholischen «Kulturkampf» wie unter Bismarck hat die Zentrums-wähler mobilisiert.

Spektakulär ist mit 18,5 Prozent der Wahlerfolg der linksliberalen DDP, auch als Stimmungsspiegel des Spätjahres 1918. Sie wird von Bürgern gewählt, die genug haben von Krieg, Monarchie und alter Ordnung, der MSPD aber doch nicht recht trauen oder bestenfalls «deren im Herzen recht laue Parteigänger» sind. Zu ihren Mitbegründern gehören einige der eindrucksvollsten demokratischen Köpfe ihrer Zeit: Theodor Wolff, der Publizist, Hugo Preuß, Schöpfer der Weimarer Reichsverfassung, und der Staatsrechtler Max Weber, Walther Rathenau, der spätere Aussenminister, Fritz Naumann, erster Parteivorsitzender, oder die Staatsrechtlerin Lisbeth Lüders. Der DDP ist es gelungen, die Rechtsliberalen um Gustav Stresemann auszumanövrieren und ein eindeutiges Bekenntnis zur parlamentarischen Republik abzulegen. Neben der SPD und sogar mehr noch als diese verkörpert die DDP trotz einiger «Vernunftrepublikaner» in ihren Reihen den demokratischen Geist Weimars. Und er triumphiert, dieses eine Mal.

Am 6. Februar notiert der *Vorwärts*: «Glockengeläut von den Türen. Fahnen auf allen Dächern.» Nicht den Dächern Berlins, allerdings. Die Nationalversammlung tritt, wie es Ebert gewünscht hat, in Weimar zusammen. Im Saal des Deutschen Nationaltheaters bereitet Friedrich Ebert sich auf seine Rede vor, er hat es geschafft, die viel beschworene «Konstituante» ist endlich Wirklichkeit, die Geburtsstunde der deutschen Republik gekommen. Er erhebt sich ruhig von seinem Sitz, nimmt eine Lesebrille mit Goldrand und Zettel mit seinem Redemanuskript und begibt sich ans Pult, um zur Versammlung zu sprechen. Es ist eine Rede ohne Visionen und kühne Gedankenflüge, sie enthält Kritik, aber keine Abrechnung mit dem Kaiserreich und der Heeresleitung, welche das Land doch erst in die jetzige Misere gebracht haben. Die Revolution stellt er in die Tradition der deutschen

Freiheitsbewegungen und der Sozialdemokratie, aber dass er diese Revolution für mehr oder weniger abgeschlossen hält, geht deutlich aus seinen Worten hervor. Im Grunde laufen sie auf die Aufforderung hinaus: Macht euch an die Arbeit! Unter Bezug auf Goethe beschwört Friedrich Ebert den «Geist von Weimar» und ruft: «Nicht ins Unendliche schweifen und sich nicht im Theoretischen verlieren. Nicht zaudern und schwanken, sondern mit klarem Blick und fester Hand ins praktische Leben hineingreifen.»

Friedrich Ebert spricht ohne Triumphgeste, wie ein Mann, auf dem immer noch eine übermenschliche Bürde liegt: der verlorene Krieg, die Krise der Wirtschaft, Streiks und Strassenkämpfe in vielen Städten, die Ungewissheit, was die Friedensverhandlungen mit den Alliierten dem Land noch an Lasten bringen werden. Das ist eine ehrenwerte Zurückhaltung, aber auch Zeichen eines für diesen sozialdemokratischen Parteiführer so typischen Mangels: Wieder versäumt er es, die Zuhörer zu begeistern, zu gewinnen für das gemeinsame Projekt der deutschen Demokratie und erst recht die Errungenschaften der Revolution. Deren Trägern, den Soldaten und Arbeitern des 9. November, das Gefühl zu geben, dies sei nun ihr Staat, ihre Freiheit, die sie gestalten dürfen – er schafft es nicht, weil er es selber nicht fühlt. Stattdessen hat er bei den Koalitionsgesprächen in Weimar wieder und wieder grummelig vor Chaos, Umsturz, Anarchie und den Linksradikalen gewarnt.

Theodor Wolff, dem liberalen Journalisten, kommt die Eröffnung der Nationalversammlung vor, als künde die mangelnde Feierlichkeit auch von einem Mangel an Überzeugung. Ebert habe gesprochen «wie ein braver Handwerksmeister», schreibt er: «An den äusseren Glanz des zusammengebrochenen Regimes erinnert an diesem historischen Tage so gut wie nichts. Wenn es erlaubt ist, nach all den Anrufungen des klassischen Genius auch noch vom Theater zu sprechen, so könnte man sagen, dass diese Eröffnung der deutschen Nationalversammlung sich von früheren Staatsfeierlichkeiten in etwa so unterscheidet wie ein redliches bürgerliches Stück von einem panzerrasselnden Jambenspiel. Dieses bürgerliche Stück aber hatte in seiner Schlichtheit und seinem engen Rahmen doch seinen Reiz, ... es erweckte ... den Eindruck volkstümlicher Rechtschaffenheit.»⁴

Bereits am 8. Februar steht das Bündnis; am 10. Verabschiedet die

Nationalversammlung den Entwurf der vorläufigen Reichsverfassung, die Hugo Preuß von der DDP, nunmehr Reichsinnenminister, ausgearbeitet hat. Und am n. Februar bestimmen die Abgeordneten in Weimar Friedrich Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten. Welch ein Wandel. Keine zehn Jahre zuvor hat ihn noch die politische Polizei als gefährlichen sozialistischen Rädelsführer eingestuft. Er ist, als ehemaliger Sattlergeselle und Kneipenwirt mit einfachem Volksschulabschluss, von weit unten an die Spitze der Macht aufgestiegen. Nicht lange, und die Rechten werden voll Hass und Verachtung auf ihn herabsehen, den Proletarier im Präsidentenpalais als Provokation empfinden – und die Linken rufen bei ihren Demonstrationen «Arbeiterverräter». Schon jetzt verübeln ihm die Konservativen die Berufung eines Politikers der Arbeiterbewegung auf Goethe und Schiller, als seien diese Privateigentum deutschtümelnder Nationalisten; auch die Linksradikalen beschimpfen ihre liebste Hassfigur noch wilder als sonst: Schiller, Goethe? Wo bleiben Marx, Engels, Lassalle?

Theodor Wolff hat es schon drei Tage zuvor kommen sehen, dass die Wahl des Reichspräsidenten auf Ebert zulaufen würde und nicht, wie es viele erwartet haben, auf den wesentlich gewandteren und populäreren Scheidemann. Wolff beobachtet im Weimarer «Fürstenkeller» fasziniert, wie sich Ebert weigert, sich an den Tisch zu Scheidemann zu setzen, und nur halbherzig abwehrt, als ihm Genossen als künftigen Präsidenten der deutschen Republik zugprostet. Wolff schreibt: «Er wehrt sich nicht mehr so.» Vergeblich gewehrt hat sich Scheidemann, den Ebert ausmanövriert. Noch in seinen Memoiren wird Scheidemann das «von mir stets rückhaltlos anerkannte politische Geschick» des Kontrahenten anerkennen; freilich habe Ebert in der Verfassung dem auf sich zugeschnittenen Amt des Präsidenten eine übergrosse Machtfülle verliehen, vor der er, Scheidemann, als Gefahr für die Demokratie gewarnt habe. Aber die Würfel sind gefallen.⁵

Auch wenn es keine absolute Mehrheit der Sozialdemokratie gibt: Die entstehende Weimarer Koalition der republiktragenden Parteien hat drei Viertel der Wähler hinter sich. Für einen Augenblick scheint die junge Demokratie gefestigt zu sein. Allerdings: In der Koalition wird die MSPD erst recht weder willens noch in der Lage sein, ihre murrende Basis durch eine sozialistischere Politik zu befrieden und

versäumte Reformen wie die Sozialisierung, die ostelbische Landreform oder den konsequenten Personalaustausch in Verwaltung und Justiz – vom Militär ganz zu schweigen, durchzusetzen.

Im Frühling blüht der Hass: In den deutschen Bürgerkrieg

«Offenkundig ist nur das eine: Einheit und Ordnung des Reiches beruht auf der Maschinerie der sozialdemokratischen Partei. Sie und ihre Leitung gehen ausserordentlich gestärkt aus diesen Wahlen hervor. Die dem Spartakismus und fanatischem Bolschewismus überall mehr oder minder nahestehenden ‚Unabhängigen‘ erscheinen als geringe Minderheit.» Diese nüchterne Bilanz der Wahl zur Nationalversammlung zieht der liberale Kulturphilosoph Ernst Troeltsch. Aber gegen diese «geringe Minderheit» hat sich die siegreiche Sozialdemokratie ein Monster herangezüchtet, ja ihren eigenen Todfeind: das Militär.

Bereits in Weimar ist zu ahnen, dass die Abgeordneten wie auf einer streng abgeschirmten Insel sitzen; während ausserhalb der Sturm aufzieht. Viele werden später von der zweiten Welle der Revolution sprechen, welche da auf die neue Reichsregierung zurollt, laut, bedrohlich, gefährlich. Aber die Revolution ist vorüber. Was jetzt ausbricht, ist der deutsche Bürgerkrieg. Er wird unzählige Opfer kosten, das Land tief spalten und noch über vier Jahre immer wieder an neuen Orten ausbrechen, an ihm wird die Weimarer Koalition scheitern. Dieser Bürgerkrieg entzündet sich an den Fehlern und Versäumnissen der Revolution – und nun rächt sich der Grundfehler, sich nicht eine eigene Schutzmacht geschaffen zu haben, als noch Zeit dafür war. Nach den Kämpfen im Januar schliesst sich das Fenster der Gelegenheit endgültig.

Binnen weniger Monate lässt Noske sämtliche Überreste der republikanischen Soldatenwehr faktisch auflösen oder in den Osten versetzen. Die geplante «Volkswehr» wandert in die Ablage. Im Schatten der Wahl zur Nationalversammlung setzt er am 19. Januar die «Vorläufige Regelung der Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte im Friedensheer» durch, die im Wesentlichen die vorrevolutionären

Verhältnisse wieder einführt und die Soldatenräte als schmückendes demokratisches Beiwerk beibehält, zunächst. Wie Wolfram Wette anmerkt, würde der Kompromiss sogar ausreichen: Selbst auf Basis der Januarverordnungen wäre «in Verbindung mit einer konsequenten Personalpolitik ... der Aufbau einer republiktreuen Reichswehr durchaus möglich gewesen». De facto wird es der Anfang vom Ende der Soldatenräte und eines demokratiefeindlichen Heeres. Zu spät erkennt der Zentralrat, dass selbst diese Bestimmungen nicht für die Freikorps gelten.

Was sich mit den Morden der Freischaren während des Berliner Januaraufstandes bereits überdeutlich abgezeichnet hat, wird nun zur Methode: zügellose, auf Vernichtung zielende Gewalt gegen linke und linksradikale Aufstände. Schon in der ersten Jahreshälfte 1919 erschüttern Strassenkämpfe und Massenstreiks das Land. Und die Weimarer Koalition unter ihrem Ministerpräsidenten Philipp Scheidemann lässt Noske erstaunlich freie Hand; erstaunlich nicht politisch, für Katholiken und Liberalen ist die Notwendigkeit eines Kampfes gegen den «Bolschewismus» noch selbstverständlicher als für Ebert. Vom Standpunkt des Rechtsstaates aus jedoch ist die Gewaltorgie, die nun losbricht, eine Bankrotterklärung. Während die Abgeordneten in Weimar gelehrte Disputationen über «Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen» führen, schert sich das Gros der bewaffneten Regierungsverbände weder um die Rechte anderer noch die eigenen Pflichten. Der erste Testfall ist Bremen, eine linke Hochburg der Revolution. Hier haben Kommunisten und Unabhängige am 10. Januar eine eigene Räterepublik ausgerufen, um sowohl den Senat der Stadt als auch den neu gewählten, von den Mehrheitssozialisten dominierten Arbeiterrat auszuschalten, also Verwaltung und politische Führung der Hafenstadt.

Die Bremer Räterevolutionäre sind rhetorisch weit gefährlicher als in Wirklichkeit, eines ihrer Kampflieder lautet:

Strasse frei.

Wer nicht für uns ist, ist uns zuwider.

Wer uns den Weg verstellt, schlagen wir nieder.

Tritt ab und stirb, verkrachte Bourgeoisie.

Proletenheer, marschier vorbei.

Strasse frei.

Die von KPD und linker USPD beherrschte Räterepublik Bremen ist ohne Zweifel eine Kampfansage an die junge Demokratie. Sie führt das Standrecht und die Pressezensur ein, solidarisiert sich mit Lenin und versucht zunächst die Wahlen zur Nationalversammlung zu boykottieren, hebt das Beteiligungsverbot aber auf Druck der Unabhängigen wieder auf (bei der Wahl stimmen 75 Prozent der Bremer für MSPD und DDP). Nach wirren Tagen voller innerer Kämpfe, wechselseitiger Putschversuche und Chaos gibt die Räteregierung nach einer guten Woche auf; inzwischen ist auch der Aufstand in Berlin zusammengebrochen. Die Gegner einigen sich darauf, nun auch für Bremen eine verfassunggebende Versammlung zu wählen. Die Geschichte des Bremer Dramas wäre fast vorüber, träte nun nicht Noske auf den Plan, der seinen Freund, den General von Lüttwitz, und die Freikorps aufmarschieren lässt.

Am 21. Januar erklärt er im Kabinett, bald schon werde er über 50'000 Soldaten gebieten: «Das wird uns in den Stand versetzen, eine gewisse Ordnung zu schaffen.» Und mit erkennbarem Unterton des Triumphs fügt er hinzu: «Der Verkehr mit den Soldatenräten hat sich infolgedessen im Ton etwas verschoben. Früher waren die Soldatenräte der Machtfaktor, dieser Machtfaktor sind nun wir.»⁶ Die Soldatenräte, zwei Monate zuvor noch die Machtbasis der SPD in der Revolution, sind für diesen Mann nun der innere Feind, und die Regierung lässt ihn dankbar gewähren. Dabei haben die Soldatenräte selbst in Bremen auf bewaffnete Arbeiter der KPD geschossen, als ihnen der Machtanspruch der Kommunisten zu gefährlich zu werden drohte.

Aber Noske statuiert sofort ein blutiges Exempel. Vermittlungsversuche eigener Parteifreunde wie Walther Lamp⁷, des Erfinders der «Hamburger Punkte», unterläuft er und lässt die Freikorps auf Bremen los. Bei den Kämpfen sterben Dutzende bewaffnete Arbeiter und Freikorpsoldaten, zum Opfer fallen der Gewalt auch 29 Zivilisten, darunter sechs Kinder.

Einer der Verteidiger, ein bewaffneter Kommunist namens Latzel, berichtet später, wie es ihm erging, als er sich der berüchtigten Division Gerstenberg ergeben hat. Die Sieger bringen die Gefangenen ins Etelseener Schloss, wo unter den dort untergebrachten Offizieren die Nachricht die Runde macht, vier Spartakisten seien im Haus. Diese werden beschimpft, getreten und geschlagen. Das Feldgericht verur-

teilt Latzel und einen Cuxhavener Matrosen zu sofortiger standrechtlicher Erschiessung, da man sie bewaffnet angetroffen hat. Die Bewacher führen beide auf einen einsamen Weg und machen sich lustig über ihre Opfer, immer nach Latzels Bericht: «Nun haben wir bald zwei Lebensmittelkarten mehr.» Dann fallen Schüsse, beide werden schwer verletzt. Der Mann aus Cuxhaven fleht: «Lasst mich doch leben, ich habe meine Mutter zu ernähren, mein Vater ist im Krieg gefallen.» Die Soldaten erwidern, er möge sich beruhigen, und schiessen ihm in den Kopf. Latzel überlebt mit einem Lungenschuss, weil ihn seine Peiniger für tot halten. Ein Arzt rettet ihn.⁷

«Noske hatte sich die militärstrategischen Denkkategorien ‚seiner‘ Generäle inzwischen soweit angeeignet, dass für ihn die Innenpolitik die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln geworden war» (Winkler).⁸ Und die neue Regierung geht diesen Weg der Gewalt weiter und weiter, noch immer im Bann ihrer Furcht vor dem linken Umsturz. Anhaltende materielle Not, das Ausbleiben der versprochenen Sozialisierung der Schwerindustrie und wachsender Zorn in der Arbeiterschaft über die Ergebnisse der Revolution entfachen bereits im Januar eine gewaltige Streikwelle an der Ruhr. Der Umsturz des 9. November ist hier durchschlagend, aber politisch gemässigt verlaufen; die Politisierung der anfangs überwiegend zur MSPD geneigten Arbeiterschaft entwickelt sich erst parallel zum Auseinanderdriften der sozialistischen Einheitsregierung in Berlin. Die Spartakisten sind im industriellen Westen eher schwach, abgesehen von vereinzelt Hochburgen wie Düsseldorf und Solingen, es gibt aber zahlreiche linke und linksradikale Gruppen.

Am 14. Januar 1919 fordert die Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte des Ruhrkohlegebietes die sofortige Sozialisierung des Bergbaus. Beruhen soll «das Werk der Sozialisierung auf dem Rätssystem», heisst es in dem als Flugblatt verteilten Beschluss, «Ihr braucht über dieses Wort nicht zu erschrecken und dabei an Bolschewismus oder andere greuliche Sachen denken. Das Beschlossene bedeutet nichts anderes als die Erfüllung dessen, was die Bergarbeiter seit Jahrzehnten gefordert haben.»⁹

Und es bedeutet nichts anderes als: Das höchste Revolutionsorgan nimmt die Sozialisierung nun selbst in die Hand; sie ist neben höheren

Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen das wichtigste Thema des Ausstands, der von einer gut organisierten Räterschaft getragen wird. In ihrer Spitze, der «Neuner-Kommission», sind MSPD, USPD und KPD mit je drei Mann vertreten; ein sorgsam ausgearbeitetes Rätessystem mit einem Zentralzechenrat an der Spitze soll das demokratisch gewählte Rückgrat der künftigen Bergbauordnung sein. Doch die Reichsregierung unter Ebert hört nicht hin, als die Neuner-Kommission sie überzeugen, auf ihre Seite ziehen will; die Sozialisierer verstehen sich nicht von Beginn an als Gegenspieler der Politik. Doch die Nationalversammlung ist nur noch Tage entfernt, und die Volksbeauftragten, noch unter dem Schock des Januaraufstandes, misstrauen jeder neuen Räterschaft; sie haben kein Auge dafür, was sich hier an der Ruhr zusammenbraut: der Zorn der Arbeiterschaft über die uneingelösten Versprechen der Revolution, der Zorn über die sozialdemokratische Regierungspolitik. Sie tun, was sie seit dem 9. November getan haben: Sie betrachten die Räte als Hindernis für die Regierungsarbeit, ja als Gefahr, auch wenn diese Räte ganz überwiegend noch auf dem Boden der Parteiprogrammatik stehen. Es sind aber nicht vor allem bolschewistische Feinde der Demokratie, welche hier auf Sozialisierung bestehen – es ist grossteils die eigene Basis. Und wie schon in der Frage einer Militärreform sieht sich die Regierung in ihren Ängsten bestätigt, wenn Teile dieser Basis zu den Linksradiakalen übergehen. Noske schickt die Freikorps unter General Oskar von Watter, dem Kommandeur des VII. Armeekorps. Mehr und mehr entgleitet der Ebert-SPD die Kontrolle, und nun führt sie einmal mehr selbst mit herbei, was sie am meisten fürchtet: die Radikalisierung der Arbeiterschaft, ihr Abgleiten nach links.

Dies ist ein Herzland der Sozialdemokratie. Und hier waren die Hoffnungen besonders gross, mit der Revolution werde das Leben besser und gerechter. Doch weiterhin hausen, wie es in einem zeitgenössischen Bericht heisst, «die Kumpels und Metallproleten in den Städten immer noch in den verelendeten, verkommenen Etagenhäusern mit den blinden Scheiben, von denen vom Fabrikrauch grau verschmutzte Gardinenfragmente hängen. In diesen Kolonien, die von den Schachtgerüsten der Zechen drohend überschattet werden, sieht ein Haus wie das andere aus. Höchstens, dass der Schweinestall im

Hof, das kümmerliche Gärtchen und die kleine Holzbude mit der Tür, aus der ein Herz herausgeschnitten ist, ein wenig Ablenkung in das Ganze bringt.» Es ist eine Welt, in der die Stahlöfen beim Anstich fauchen wie ein Drache, der Lärm der Eisenhämmer durch die Nacht klingt und die Kohlekumpels oft schon mit 40 Jahren alte Männer sind, die Lunge vom Staub zerfressen.

Kaum eine Einrichtung der Kaiserzeit ist hier so verhasst wie das Militär. Es hat schon immer einen Bogen um das Ruhrgebiet gemacht, relativ wenige Kasernen sind dort verstreut, weil des Kaisers Generäle fürchteten, der Ungeist des Sozialismus könne die jungen Wehrpflichtigen erfassen.¹⁰ Der Einsatz der Freikorps gegen die Streikenden, der schon im Februar mit der Verhaftung des übergeordneten Generalsoldatenrates in Münster beginnt, muss Öl ins Feuer giessen, und genauso kommt es auch. Neue Schimpfwörter entstehen im Ruhrgebiet: «Noskes», «Noskiden» und das doppeldeutige «Nosketiere», allesamt «Ausdrücke der Angst und des Hasses».¹¹ Das Freikorps Lichtschlag zieht in die Ruhrstädte ein wie in ein feindliches Kampfgebiet; die Kolonnen singen:

*Drum nimmer verzaget, der tapfere Tod
Ist besser als feiges Verderben!
Tragt stolz eure Farben Schwarz-Weiss-Rot,
Erhaltet die Treue bis in den Tod,
Dann gibt es ein freudiges Sterben!
Und schmetternd dringt s an der Feinde Ohr:
So kämpft Lichtschlags treues Westfalenkörps!*

Die Feinde einer Strafexpedition nach Dorsten sind offenbar die Bewohner der Stadt, das Militär geht äusserst brutal vor. Sogar Kirchtürme geraten unter schweres Feuer, weil sich darin angeblich spartakistische Späher verbergen. Fünf Soldaten und 38 Arbeiter sterben: «Auf dem Marktplatz und im Gefängnis erschossen oder erschlugen Freikorpsleute etliche der gefangenen Arbeiterführer und Spartakisten.»¹²

Dieses neuerliche Massaker hat weitreichende Folgen, denn es veranlasst linksradikale Gruppen, am 16. Februar 1919 auf der Stelle den Generalstreik auszurufen. Damit unterlaufen sie die Generalkonferenz

der Arbeiter- und Soldatenräte im Ruhrgebiet, welche der Regierung ein Ultimatum bis zum 18. Februar gestellt hat. Sollten die Freikorps bis dahin nicht abgezogen und die Rechte der Soldatenräte wiederhergestellt sein, werde der Generalstreik beschlossen. Doch nun zerbricht der Neuner-Ausschuss, die MSPD und die Gewerkschaften ziehen sich zurück – und verlieren erneut Anhänger, die es in hellen Scharen zu den Linken zieht.¹³ Nur in Hochburgen wie Dortmund bleibt die jMSPD stärkste Kraft.

Im April legen drei Viertel der Zechenkumpel die Arbeit nieder, mehr als 300'000 Menschen. In dieser Zeit sind Stahl und vor allem die Steinkohle noch der Herzschlag der deutschen Industrie, und die Regierung von Philipp Scheidemann versucht die Lage mit einer Mischung aus Zugeständnissen und Härte in den Griff zu bekommen, vertreten durch den angesehenen Mehrheitssozialdemokraten Carl Severing als Reichskommissar. Er hält Watters Heerscharen einigermaßen im Zaum, lockert den Belagerungszustand und belohnt Wohlverhalten; andererseits benutzt er machiavellistische Techniken zur Einschüchterung des Gegners. So ermuntert Severing die Ruhrgemeinden, männliche Einwohner zu «Notstandsarbeiten» heranzuziehen, was auf die Streikführer zielt; in seinen Erinnerungen wird Severing schreiben: «Die Drahtzieher kamen dadurch in eine nicht gerade angenehme Situation. Entweder sie leisteten der Aufforderung Folge, dann waren sie der Bewegung entzogen und erregten das Misstrauen ihrer Kameraden, oder aber sie verweigerten die Notstandsarbeiten, dann konnten sie von der Behörde auf andere Weise unschädlich gemacht werden.» Die Streikleitung wird verhaftet. Schliesslich erreicht Severing eine Einigung, die den Arbeitern immerhin in der Frage der Arbeitszeiten entgegenkommt.

Es ist ein kurzlebiger Sieg, errungen einmal zu einem sehr hohen Preis für die MSPD, wie der Historiker Erhard Lucas schreibt: Der Konflikt «hinterliess eine ungeheure Erbitterung bei den Bergarbeitern zurück. Und der Produktionsausfall... war natürlich weit höher, als er bei rechtzeitigen Zugeständnissen gewesen wäre.»¹⁴ Die MSPD-nahen Gewerkschaften erleiden einen massiven Mitgliederschwund, bis Mitte 1919 ist jeder vierte in einen der viel linkeren Konkurrenzverbände eingetreten wie den Syndikalisten oder der «Allgemeinen Bergarbeiterunion».

Es entwickelt sich eine bedrückende Parallele zur Militärpolitik: Das, was die Partei über Jahrzehnte versprochen hat, in diesem Fall die Sozialisierung und die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse unter Tage, unterlässt sie im Interesse der Stabilität und aus Furcht vor linker Rätewacht oder schiebt es auf die lange Bank. Dem eigenen Anhang, der diesem raschen Wandel nicht zu folgen vermag und dem es die Parteiführung auch nicht ehrlich erklärt, dass sie die Revolution im Grunde für abgeschlossen hält, entfremdet sie sich dadurch mit bestürzender Schnelligkeit. Die Kumpel sind anfangs noch überzeugt, da sei jetzt «ihre Regierung» am Ruder in Berlin. Hatte nicht zum Beispiel in Industriestädten wie Duisburg die eigene Parteiführung am 9. November feierlich erklärt, die Stunde der Wahrheit, «der völligen Beseitigung des alten Systems und des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus» habe geschlagen?¹⁵ Stattdessen, so sehen es die enttäuschten Arbeiter, sind die Mehrheitssozialdemokraten plötzlich im Bunde mit den ultrareaktionären Zechenbesitzern, und als der Konflikt eskaliert, schickt die Regierung ein rücksichtsloses, hasserfülltes Militär. Plötzlich sind die Streikenden wieder, was sie in der Kaiserzeit waren: der innere Feind. Nur ist es jetzt ihre eigene Regierung, von der sie sich dazu gemacht fühlen. Noch immer verstehen die Führer der Partei nicht, wozu das führen muss. In seinen Memoiren wird Scheidemann, der den Ruhrstreik als Ministerpräsident erlebt, dem Ereignis kaum mehr widmen als die Zeile: «Inzwischen putschten die Kommunisten bald hier, bald da.»¹⁶

Die Militäroffensive gegen unbotmässige Räte erreicht bald grosse Teile des Landes – jene Rätebewegung, die sich vielerorts erst durch die Gewaltpolitik der Regierung radikalisiert. Noskes General Maercker, der bei den Frühlingsunruhen in Mitteldeutschland viele Städte besetzt, beschreibt ganz offen, dass das Ziel der Offensive die Ausschaltung widerspenstiger Arbeiterräte ist: «Im Kampf der Reichsregierung gegen die Linksradikalen handelt es sich ausschliesslich um die Erhaltung der politischen Macht. Zu diesem rein politischen Zweck wurde die Truppe eingesetzt: als Machtmittel zur Festigung der inneren Politik. Die Schwäche der Regierung gestattete es aber nicht, dies offen zu sagen. Sie fürchtete sich, Farbe zu bekennen und zu erklären, dass die Freiwilligentruppe dazu diente, die Räteherrschaft zu beseitigen,

wo sie noch bestand.... Sie umging es, indem sie militärische Angelegenheiten zum Anlass des Eingreifens machte.»¹⁷

Besonders radikale Räteherrschaft spielt Noske dabei in die Hände: Sie bieten ihm zuverlässig den Vorwand, seine schwarzen Korps zu schicken. In Magdeburg, einer Bastion der Spartakisten, stürmt eine «rote Garde» willkürlich Betriebe sowie Zeitungen, deren Berichte ihr nicht passen. Am 16. April besetzt Maercker die Stadt. Der Arbeiterrat von Hanau, in der Revolution die oberste örtliche Regierung, besteht überwiegend aus Linksradikalen und Spartakusanhängern, die alle anderen hinausgejagt haben; es kommt zu Plünderungen, Waffendiebstählen, Überfällen auf MSPD-Versammlungen und «wilden Sozialisierungen». Ende Februar rücken die Nosketruppen ein und lösen den gesamten Arbeiterrat auf: Da Noske im Wortsinn die stärkeren Bataillone auf seiner Seite hat, setzen diese sich stets gegen isolierte Räteherrschaften durch: «Die meisten radikalen Arbeiterräte erkannten nicht, dass sie durch offenkundige Unbotmässigkeiten gegenüber der Reichsregierung Noske das Leben erleichterten»¹⁸.

Andererseits begreift die MSPD, erst recht in der Weimarer Koalition, die Räte inzwischen dermassen als linke Konkurrenz, dass sie sie tatsächlich zu Statisten herabsetzen will, und auch hier um den Preis enttäuschter Anhänger und Wähler, die geglaubt hatten, MSPD-Volksbeauftragte und die örtlichen Räte arbeiteten Hand in Hand. Der Verratsvorwurf gegen die Sozialdemokraten erhält so stets neues Futter, mit dem ihn die radikale Linke dann weiter nährt. Gegen die Räte spricht natürlich, dass sich durch die freien Wahlen auch auf lokaler Ebene deren Existenzgrundlage, Vertreter des Volkes zu sein, im Grund auflöst. Andererseits haben sie sich stets als Instrument zur Demokratisierung auf örtlicher Ebene verstanden – nun sollen sie verschwinden, bevor diese Demokratisierung an mehr gekratzt hat als an den äusseren Farbschichten. Im Verlaufe des Jahres 1919 verschwinden die Räte fast überall so rasch, wie sie gekommen sind, Teil der Weimarer Verfassung werden sie nicht. Bei allem, was sich gegen sie sagen liess: Mit ihnen geht auch ein erhebliches Demokratisierungspotenzial dahin.

Wie sehr die eigene Anhängerschaft mit der unvollendeten Revolution hadert, muss Scheidemann freilich sehr bald nach der Wahl weder hier noch da, sondern erneut vor der eigenen Haustür erleben. Teils

durch Enthaltung, teils durch offene Zustimmung schliessen sich MSPD-Mitglieder auf der Vollversammlung der Gross-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte einem Aufruf zum Generalstreik an. Dieser legt Teile der Stadt lahm, nach Schätzungen beteiligen sich mindestens 700'000, vielleicht auch eine Million Menschen in Berlin und Umgebung daran, die meisten übrigens, ohne Geld aus Streikkassen zu erhalten.¹⁹

Und wie im Ruhrgebiet soll dieser Generalstreik auch eminent politische Zugeständnisse erzwingen, einmal mehr die längst ad acta gelegte Militärreform durch die «Hamburger Punkte» sowie die sofortige Auflösung der Freikorps. Hier sind die verhängnisvollen Auswirkungen der vollkommen verfehlten Militärpolitik erneut überdeutlich. Ausserdem sollen die Räte gestärkt und anerkannt und Beziehungen zu Sowjetrussland aufgenommen werden. Durch Versprechungen, die sie nicht einhalten wird – die Sozialisierung des Bergbaus und die Anerkennung der Arbeiterräte in der Verfassung –, gelingt es der Regierung, die gemässigten Kräfte aus der Streikfront herauszulösen; aber da ist es schon zu spät. Wie im Januar, tobt wieder der deutsche Bürgerkrieg auf den Strassen Berlins. Mit einem wesentlichen Unterschied: Es gibt kaum noch republiktreue Einheiten, da Noske sie inzwischen mehr oder weniger entmachtet hat; und ihre Reste schlagen sich nach wirren Feuergefechten, in denen sie sich wohl zu Recht von den Freikorps beschossen fühlen, auf die Seite der Aufständischen; nachher lässt Noske sie endgültig auflösen.

Die Märzkämpfe sind noch brutaler und verlustreicher als jene des Januar. Am Ende, Mitte März, sind 1'200 Opfer zu beklagen, die allermeisten Rebellen oder Zivilisten. Mark Jones schreibt in seiner neuen Studie über die Gewalt als Gründungsmerkmal der Weimarer Republik: «Es war ein Crescendo an Gewalt, das alles übertraf, was seit Anbruch der Moderne in irgendeiner deutschen Stadt oder Grossstadt an Blutvergiessen stattgefunden hatte.»²⁰ Artillerie feuert in Häuserblocks und Bahnhöfe, über den Häusern der Stadt kreisen Doppeldecker und stossen hinab auf echte oder vermeintliche Stellungen und Dachsützen der Linksradikalen; sie werfen Bomben und feuern mit Maschinengewehren. Die ersten Luftangriffe auf Berlin wird nicht die Royal Air Force 1940 fliegen, sondern 21 Jahre zuvor das Militär einer demokratischen Reichsregierung.

Die linke Propaganda ist laut wie stets: «Das Menschenschlächterkleeblatt Ebert-Scheidemann-Noske schickt sich an, sein Bacchanal zu feiern. Mitten in dieser blutigen Henkerarbeit sammelt sich die Mörderbande, deren Schandtaten zum Himmel schreien, mit der Bourgeoisie zum Siegesmahl!»²¹ Doch leider ist das Bacchanal der Gewalt Realität. Immer brutaler werden auch die Regierungssoldaten selbst, vor allem jene der Freikorps. Folter und Mord an Gefangenen und Festgenommenen sind nicht mehr die Ausnahme, wie manche im Januar noch gedacht haben, als sie die Gewaltexzesse, etwa an den Vorwärts-Parlamentären, noch als bedauerliche, der Hitze des Gefechts geschuldete Entgleisung bezeichnet haben. Die Mordtaten erreichen jetzt eine Systematik, welche der Oberbefehlshaber, Reichswehrminister Gustav Noske, meist nicht nur ungeahndet lässt, sondern auch noch fördert durch seine Drohungen an den Gegner: ausserordentliche Kriegsgerichte würden diese «im beschleunigten Verfahren aburteilen», was seine Leute als Freibrief für illegale Hinrichtungen verstehen; der Gedanke, das Ganze gewaltfrei zu lösen, scheint der Regierung diesmal gar nicht erst der Prüfung wert. Am Mittag des 9. März verbreiten das Wolffsche Telegrafienbüro und die *B. Z.*, die Spartakisten hätten laut Mitteilung einer «militärischen Stelle» im östlichen Stadtbezirk Lichtenberg Polizeistationen überrannt und sechzig gefangene Kriminalbeamte ermordet. Der *Vorwärts* übernimmt die Schreckensnachricht noch am folgenden Tag ungeprüft: «Die Feder sträubt sich, wenn sie die grausenerregenden Handlungen nochmals beschreiben soll... Man muss fast glauben, dass die Nähe des Zentralschlachthofs auf die Fantasie der Mörder erregend eingewirkt hat. ... vier fünf Mann (halten) unter rohesten Misshandlungen das schreiende und sich verzweifelt wehrende Opfer fest, während ein sechster ihm gelassen den Revolver zwischen die Augen setzt.»

Das Ganze ist freilich eine alternative Wahrheit von 1919, eine Erfindung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, die schon Liebknecht und Luxemburg auf dem Gewissen hat; deren Mörder, Hauptmann i. G. Pabst, will damit erreichen, dass Noske den Freikorps noch grössere Handlungsfreiheit gibt. Und tatsächlich erlässt dieser den berühmtesten Befehl: «Die zunehmende Grausamkeit und Bestialität der gegen uns kämpfenden Spartakisten zwingen mich zu befehlen: Jede

Person, die mit Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschiessen.» Pabst macht sich sofort ans blutige Werk, nicht ohne den Befehl eigenmächtig noch etwas zu erweitern. Hugo Haase, der davon erfährt, wird Pabsts Befehl in der Weimarer Nationalversammlung vorlesen, als Anklage gegen seine Regierungskollegen von früher: «Wer sich mit Waffen widersetzt oder plündert, gehört sofort an die Mauer. Dass dies geschieht, dafür ist jeder Führer mitverantwortlich»; auch solche Hausbewohner, in deren Wohnungen angeblich Waffen gefunden werden, «sind zu erschiesen». Hier zeichnet sich schon klar faschistisches Denken ab; und mit jedem so errungenen Sieg im deutschen Bürgerkrieg geht der Republik ein weiteres Stück Substanz und Überzeugungskraft verloren.

Die Berliner «März-Unruhen» enden damit, dass der Oberleutnant Otto Marloh 29 Soldaten der Volksmarinedivision festnehmen und sofort erschiessen lässt, als diese, wie sie annehmen, zur Ausmusterung erscheinen; in Wirklichkeit laufen sie in eine Falle des Freikorps. Dieses neueste Massaker rügt sogar Noske, jedenfalls in seinen Memoiren, als Resultat «schwerster nervöser Überreizung in blutigen Tagen»²²; das Truppengericht, von rechtsradikalen Gesinnungsgenossen des Mörders Marloh durchsetzt, spricht ihn selbstredend frei. Im Reichstag erhält Noske am 13. März für seinen Schiessbefehl stürmischen Beifall bei den Koalitionsparteien und von der Rechten. Sie gehen zur Tagesordnung über. Ins kollektive Gedächtnis gräbt sich erst der nächste Akt des Dramas ein: die Vernichtung der Münchner Räterepublik.

«Dann war es ein Traum»: München 1919 – Epitaph einer Revolution

Im Juni 1919 besucht «Stasi» Kaetzler seine Mutter im Frauengefängnis Aichach bei Augsburg. Ihr geht es den Umständen entsprechend gut, aber ihre Seele ist wund. Gabriele Kaetzler, inhaftiert als Aktivistin der kurzlebigen zweiten Münchner Räterepublik, berichtet dem Sohn über das Schicksal der Weggefährten: «Weinberger, Egelhofer und Landauer sind totgeschlagen bzw. erschossen und totgeprügelt worden.» In der Münchner Haftanstalt Stadelheim, in ihrer Zelle, hat

sie mitbekommen, erzählt sie, wie der Kommunistenführer Eugen Leviné erschossen wurde: «Mutt hat die Schüsse gehört. Er wurde an die Gefängnismauer in Stadelheim gestellt, rief ‚Es lebe die Weltrevolution‘ und wurde von 10 Weissgardisten niedergeknallt», schreibt der junge Mann an seine Schwestern Wite und Fite, wenige Woche nach der in Blut ertränkten bayerischen Räterevolution.²³

Dabei hat es zunächst, nach dem 9. November, sogar ausgesehen, als entwickle sich ausgerechnet das konservative, katholischländlich geprägte Bayern zu einem so kühnen wie gelungenen Beispiel demokratischer Umwälzung. Die sozialistische Republik Bayern führt fürs Erste ein von den Berliner Kämpfen und Ereignissen recht unabhängiges Eigenleben. Die vielen linken Strömungen, MSPD und USPD, die kleine KPD und allerlei Splittergruppen und sogar das gemässigte Bürgertum finden ihren gemeinsamen Nenner in der Integrationsfigur Kurt Eisner, der zugleich ein überzeugter Unabhängiger, ein kluger Politiker und ein Ersatzmonarch ist. Auf der Revolutionsfeier am 17. November 1918 tritt er im Münchner Nationaltheater auf wie ein proletarischer Regent: Zu den Klängen der Leonoren-Ouvertüre öffnet sich der Samtvorhang, es erscheint Eisner in schwarzem Gehrock und, zum Gaudium des Publikums, mit ordentlich geschnittenem Haar. Sein Markenzeichen sind sonst die grau wallende Löwenmähne und der Rauschebart. Das Publikum freilich sieht ganz anders aus als gewohnt: «Keine festliche Auffahrt, keine rauschenden Toiletten, keine blinkenden Ordenssterne und Diademe. Anstelle der Orden und Diademe sah man diesmal als einzige Auszeichnung rote Armbinden oder rote Schleifen.»²⁴ Geladen sind Bürger und Bauern, Handwerker und Arbeiter, Menschen aus allen Schichten.

Zu Eisners engstem Kreis zählt sein Freund Gustav Landauer, einer der prominentesten Münchner Revolutionäre, auch er jüdischer Herkunft, ein Dichter, anarchistischer Freigeist, der dem politischen Marxismus 1911 in seinem Hauptwerk *Aufruf zum Sozialismus* entgegentritt. Sein Credo: Die Welt wird nicht eine bessere durch die Diktatur des Proletariats, sondern durch den humanen Umgang der Menschen miteinander. Der Pazifist Landauer ist im Gegensatz zu Eisner politisch nicht sehr begabt. *Die Weltbühne* karikiert Gustav Landauer durchaus liebevoll: «Wie eine Mischung von Christus und Don Quixo-

te sah er aus. Leidend und in sich gekehrt. Aber doch verträumt glücklich. Sanft und abgeklärt. Struppiger kleiner Spitzbart. Volles Haupthaar. Fast in Locken fiel es ihm auf den Kragen. Lässige Kleidung. Bohemien, ohne gewollte, affichierte Genialität.» In der ersten Räte-republik versucht er ein Konzept der Volksbildung einzuführen.

So bleibt Bayern, nach dem Bruch im Rat des Volksbeauftragten von der Reichsregierung zunehmend mit Misstrauen beügt, eine Ausnahme, weil, so Eisner, «es keinen Krieg der Sozialisten gegeneinander gibt». Er versucht eine eigene Aussenpolitik, er will die Alliierten zu einer Politik der Milde überzeugen, indem er ihnen versichert, das Volk Bayerns habe zuerst in Deutschland «Alle und Alles beseitigt, was schuldig und mitschuldig an dem Weltkrieg war». Auf der Reichsministerpräsidentenkonferenz am 25. November wird er deswegen behandelt wie ein Landesverräter, weil er mit dem Bekenntnis zur grossen Mitschuld am Krieg eine Wahrheit ausgesprochen hat, die noch in der Revolution als anstössig gilt; das Burgfriedensdenken hat das Kaiserreich überlebt. Eisner aber will der um sich greifenden Dolchstosslegende entgegenwirken und dem Opfer- und Verratsmythos, dem sich die Rechte bereits begeistert hingibt. Damit ist Eisner eine Ausnahme, da der Rat der Volksbeauftragten eine öffentliche Erörterung der Kriegsschuldfrage wie der Ursachen für die Niederlage eher vermeiden hat, um die Kooperation mit dem alten Militär nicht zu gefährden. Doch die Siegermächte verhandeln nicht separat mit deutschen Einzelstaaten.

Und die schillernde Grossstadt München kann eine recht einsame Insel sein in diesem traditionsbewussten, konservativen Land. Für die linksrevolutionären Kräfte sind die Landtagswahlen vom 12. Januar 1919 dann ein Schock: Die USPD als treibende Kraft der bayerischen Revolution, Eisners eigene Partei, erhält nur 2,5 Prozent; die KPD ist gar nicht angetreten. Die MSPD erzielt 33 Prozent der Stimmen, die linksliberale DDP 14. Stärkste Kraft aber wird die neue Bayerische Volkspartei mit 35 Prozent, eine konservative Regionalabspaltung des Zentrums. Eisner, nun ein König ohne Land, regiert nach diesem Debakel noch einige Wochen weiter, während sich die politische Stimmung rasch verdüstert. Rechtsradikale und Antisemiten verschärfen ihre Attacken auf den jüdischen Ministerpräsidenten. Besonderen

Hass zieht er bei den immer lauter werden Gestrigen durch seine Haltung in der Kriegsschuldfrage auf sich. An der Universität, wo sich unter aus dem Krieg heimgekehrten Studenten bereits ein Sammelbecken Unzufriedener und Entwurzelter, von völkischen und antisemitischen Verschwörungstheorien Umtriebener bildet, wird ein Flugblatt verteilt, auf dem eine Zeile aus Schillers Drama *Wilhelm Tell* steht: «Mach hurtig, Landvogt, Deine Uhr ist abgelaufen.»

Am 21. Februar 1919 geht Eisner mit zwei Leibwächtern und seinem Sekretär Felix Fechenbach über die Promenadestrasse aus dem Palais Montgelas, seinem Regierungssitz, zum Landtag, um seine Demission und die seines Kabinetts bekannt zu geben. Fechenbach soll ihn vorher gewarnt haben, besser einen Hinterausgang zu benutzen, täglich erhält der Ministerpräsident nun Morddrohungen; er habe aber gelassen geantwortet: «Man kann einem Mordanschlag auf die Dauer nicht ausweichen, und man kann mich ja nur einmal totschiessen.» Da hat sein Mörder bereits notiert: «Eisner ist Bolschewist, er ist Jude, er ist kein Deutscher, er fühlt nicht deutsch,... ist ein Landesverräter.» Dieser Mann gehört zur antisemitischen Thule-Gesellschaft, einem bösartigen Zirkel von Verschwörungstheoretikern. Anton Graf Arco, geboren 1897, als Student der Rechtswissenschaften eingeschrieben und Infanterieleutnant. Auf der Promenadenstrasse tritt er plötzlich von hinten an Eisner heran und schießt ihn mit der Pistole zwei Mal in den Kopf, es geht so schnell, dass die Leibwächter nicht mehr rechtzeitig eingreifen können. Sie schießen Arco nieder, aber den grossen alten Mann eines anderen Bayern retten sie nicht mehr.

Fast unmittelbar danach beginnt der bayerische Bürgerkrieg. Im Plenarsaal des bayerischen Landtags in der Prannerstrasse fallen Schüsse. Ein linksradikaler Schankkellner stürzt hinein und feuert auf den MSPD-Vorsitzenden Erhard Auer, der seit seiner Schlappe auf der Theresienwiese am 7. November einer der grössten Kritiker Eisners war, er empfand dessen Kurs als weltfremd, ja utopistisch. Auer spricht gerade und verurteilt den Mord am Ministerpräsidenten aufs Schärfste, als er getroffen wird. Ein Abgeordneter der BVP und ein Offizier werden getötet, Auer überlebt mit schwersten Verletzungen.

Zu einer Grossdemonstration des demokratischen Deutschland gerät Eisners feierliche Beisetzung am 26. Februar. Im ganzen Land läu-

ten die Kirchenglocken eine halbe Stunde lang. In den Strassen stehen dicht gedrängt die Menschen, als Soldaten den mit Kränzen geschmückten Sarg vorbeitrugen. In seiner Trauerrede sagt Gustav Landauer: «Kurt Eisner, der Jude, war ein Prophet, der unbarmherzig mit den kleinemütigen erbärmlichen Menschen gerungen hat, weil er die Menschheit liebte und an sie glaubte.» Hunderttausende geben der guten Seele der bayerischen Revolution das letzte Geleit, viele von ihnen von düsteren Vorahnungen geplagt, dass mit Eisner auch die Revolution zu Grabe getragen wird. Kurt Tucholsky fasst die Stimmung an diesem Tag in einem einprägsamen Gedicht zusammen; es liest sich wie eine Grabrede auf die deutsche Revolution:

Wühl unsere Seelen um, pflüg um die Herzen: Eisner.

*Da war ein Mann, der noch an Ideale glaubte
und tatkräftig war.*

*In Deutschland ist das tödlich. Denn wir haben
entweder rohe Kraft, die wir missbrauchen,
die Gattung nennt man Patrioten – oder aber
wir haben feine Sinne und ein zart Gewissen
und richten gar nichts aus. Der aber, tatenfroh beflügelt,
hieb fest dazwischen – und daneben, freilich!
Jedoch er hieb, dass faule Späne flogen.
Welch eine Wohltat war das, zu erleben,
dass einer überhaupt den Degen zog,
ein Tapferer war und doch kein General.*

*Ein Lümmel, irgendeiner von den
Schwarz-Weiss-Roten*

*(der letzte Zulukaffer steht uns andern näher),
schoss ihn von hinten übern Haufen.*

Kurt Eisner starb – und lebt in unser aller Herzen!

*Was aber Trauer bitter macht und schmerzlicher den Schmerz,
was über einer Gruft die Fäuste ballen lässt,
ist dies:*

Die Bürger nicken.

*Es starb Jaurès, Karl Liebknecht, Luxemburg,
Kurt Eisner –.*

*Wir wissen wohl, wie jener gross war, dieser kleiner –
wer feilscht hier um Formate! Eine Reinheit
ging von den vieren aus,
die leuchtete auf ihren Stirnen und den Händen.
Und ihre Stimme sprach: Ihr sollt nicht leiden!
Vier Schüsse und vier Särge und vier Gräber.
Wir strecken unsre Arme in die Runde
und klagen: ‚Welt! schlägst du noch immer an die Kreuze
die, die dich lieben?‘
Und die Bürger nicken.
Behaglich nicken sie, zufrieden, dass sie leben,
und froh, die Störenfriede los zu sein,
die Störenfriede ihrer Kontokasse.
Wo braust Empörung auf? Wo lodern Flammen,
die Unrat zehren, und sie heilsam brennen?
Die Bürger nicken. Schlecht verhohlene Freude.
Sie wollen Ordnung – das heisst: Unterordnung.
Sie wollen Ruhe – das heisst: Kirchhofsstille....*

*Und dennoch, dennoch:
Wir glauben weiter unter grauem Himmel!
Wir warten deiner unter grauem Himmel!
Wir wissen, dass du kommst –
Du sollst nicht rächen.
Doch du sollst flammen, schüüren, leuchten, brennen.
Luft! Gib uns Luft, darin wir atmen können!
Wühl unsre Seelen auf, pflüg um die Herzen
und löse uns von unserm deutschen Elend
und nimm von uns das niederste der Leiden.
Die beiden mach gesund vor allen Dingen:
gelähmtes Land und die gelähmten Schwingen!*

Die folgenden Wochen gehen als Herrschaft der bayerischen Räte-republiken in die Geschichte ein. Ihre eigene Geschichte ist eine von viel Mut und himmelhoch fliegender Hoffnung, von eindrucksvollen Frauen und Männern, die eine bessere Welt erreichen wollen, aber auch von Utopismus, Weltfremdheit und Politikunfähigkeit der radikalen Linken – und von ihren Feinden, überforderten Republikanern

auf der einen und den Vorboten des Kommenden, des Faschismus, auf der anderen; Letztere werden die eigentlichen Sieger sein.

Am Tag nach der Ermordung Eisners treffen sich in München Räte aus ganz Bayern zur Abwehr «einer drohenden Konterrevolution». Sie bilden einen Zentralrat der bayerischen Republik, dem Vertreter von MSPD, USPD, KPD und der Bauernräte angehören. Es gelingt diesem aber nicht, eine gemeinsame Linie zu finden, vor allem nicht in der grundsätzlichen, fast überall sonst in Deutschland längst entschiedenen Frage: Räterepublik oder parlamentarische Demokratie. Bis Mitte März setzt sich langsam die MSPD mit dem Kurs durch, eine legitime Regierung könne nur aus dem demokratisch gewählten Landtag hervorgehen; dieser wählt dann Eisners früheren Kultusminister und Vertrauten Johannes Hoffmann zum Ministerpräsidenten, einen Mehrheitssozialdemokraten und grundsoliden Demokraten. Hoffmann, Sohn einer armen Bauernfamilie, ist antiklerikal eingestellt und legendär als «Feind alles Geschniegelten und Gebügelten», selbst Einstecktücher zerknüllt er gründlich, bevor er sie trägt. Hoffmann versucht, Eisners Erbe anzutreten, indem er sogar zwei Unabhängige in seine Regierung aufnimmt, er will die Einheit der Arbeiterparteien zunächst bewahren. Doch er gerät sofort von allen Seiten unter Druck, nicht zuletzt, weil die Pläne für die Weimarer Reichsverfassung Bayerns Eigenständigkeit arg zurechtstutzen.

Die Rechte verlangt von ihm den Austritt aus dem Reich, die Liberalen fordern Wirtschaftsreformen und die Linke will ihre Wahlniederlage nicht akzeptieren. Überall im Reich gärt es, im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland streiken Hunderttausende Genossen, in Berlin wüten die Freikorps. In Russland aber kämpft die «Rote Armee», und weit näher, in Ungarn, ruft der kommunistische Revolutionsführer Béla Kun eine so kurzlebige wie repressive Räterepublik aus. Bayerns äusserste Linke indessen fühlt sich eins mit einer neuen Welle der Weltrevolution, sie glaubt an ihren historischen Auftrag und sieht nicht, dass sie nur ein letztes Rückzugsgefecht führt.

Unter dem irrlichternden Ernst Niekisch, der später als «Nationalbolschewist» von sich reden machen wird, proklamiert der Zentralrat am 6. April die sozialistische Räterepublik; die Wiedereröffnung des

Landtags, in dem die Anhänger einer solchen Lösung an zwei Händen abzuzählen sind, wird untersagt. Hoffmanns Regierung flieht nach Bamberg; die KPD unter Max Levien und Eugen Leviné verweigert eine Mitwirkung an der Räterepublik mit der Begründung, man habe die Massen nicht hinter sich.

Zu den faszinierendsten Figuren der Münchner Räterepublik gehört der erst 25-jährige Dichter Ernst Toller, der die Bayern per Flugblatt sogleich über deren Ziele aufklärt: «Was ist der Unterschied zwischen den Räten und dem Landtag? Die Volksvertreter, welche ehemals von euch in den Landtag gewählt wurden, wurden von Parteien und Parteivertretern aufgestellt. Die Partei, welche das meiste Geld hatte, konnte die meiste Reklame machen und gewann den Kampf. Jetzt aber will das Volk nicht mehr von den Männern, welche die Geldherrschaft aufrechterhalten wollen, regiert werden.» Es folgt eine Art Traumland der Räteherrschaft: «Alle Kreise des schaffenden Volkes, Bauern, Arbeiter, Handwerker, Kleinbeamte wählen aus ihren Kreisen heraus die tüchtigsten Männer in das Landtagsgebäude» – die Frauen vergisst Toller hier –, «deswegen seid einig in der Räterepublik Baiern.»²⁵

Weil Niekisch zu seiner Verblüffung erkennt, «dass Bayern angesichts seiner Tradition und seiner gesellschaftlichen Eigenart nicht das Land ist, das Räteprinzip zu verwirklichen», tritt er bereits nach zwei Tagen zurück. Nun übernimmt Toller die Führung der Räterepublik, sofern von Führung die Rede sein kann. 1893 als Sohn einer jüdischen Bürgerfamilie in Posen geboren, zieht Toller 1914 als begeisterter Freiwilliger an die Front und erlebt in Verdun das Ende seiner Illusionen. Anders als der unreifere Schriftsteller Ernst Jünger geht er aus den «Stahlgewittern» als entschiedener Pazifist hervor, das Jahr 1918 verbringt er überwiegend im Militärgefängnis. Bald schliesst er sich Eisner und den Ideen des Sozialismus an. Krieg und Haft haben ihn zu einem entschiedenen Gegner des Militarismus gemacht. Solange dieser herrsche, «werden Menschen zu Handgranaten greifen, statt sich durch die Kraft der Ideen zu bekämpfen.»

Hineingeworfen in die Strudel der Revolution, fehlt dem Idealisten jede Chance, eine Regierung zu führen. Toller setzt Revolutionstribunale ein, versucht das Bürgertum zu entwaffnen und die Kapitalflucht zu verbieten; für die Armen requiriert er angesichts der Wohnungsnot

leerstehende Wohnungen und Häuser; alles wohlmeinende Massnahmen, welche seine Beliebtheit aber nicht wirklich steigern. In der Räterepublik weiss eine Hand nicht, was die andere tut, und links versuchen die Kommunisten, sich ihrer zu entledigen. Am 10. April unterbricht die Reichsbank alle Geldflüsse nach München.

Angesichts der Münchner Verwirrungen sieht Hoffmann, der gewählte Regierungschef, seine Chance. Anders als die Regierung in Berlin hat er in seinem Bamberger Exil die Republikanische Soldatenwehr zusammengehalten und befiehlt ihr den Handstreich gegen die Räterepublik. Die Truppe hat zunächst Erfolg, am 12. April stürmt sie überraschend das Wittelsbacher Palais, den Sitz des Zentralrates, und nimmt etliche seiner Mitglieder fest. Toller flüchtet mit knapper Not zu einem Freund und versteckt sich hinter dessen Bücherregal. Die Räterepublik scheint erledigt zu sein.

Doch Hoffmann hat sich verkalkuliert. So chaotisch und innerlich zerrissen die Räteherrschaft in München sein mag, der Schlag von aussen schweisst die Revolutionäre noch einmal zusammen; Arbeiter packen ihre Waffen, auch kommunistische Milizen strömen ins Münchner Zentrum. Damit hat die nur einige Hundert Mann starke Soldatenwehr nicht gerechnet, sie plante eher ein Kommandounternehmen als die Besetzung der Stadt und muss sich zurückziehen, doch wird ihr der Rückweg abgeschnitten; den Kurier, der dringend Verstärkung anfordern soll, fangen die Revolutionäre ab. Die Regierungstruppe verschanzt sich mit ihren Gefangenen im Münchner Hauptbahnhof. Ihre roten Gegner setzen, wie Noske in Berlin, sogar Artillerie ein. Es gibt viele Tote, am Ende triumphiert die Räterepublik.

In den Tagen danach werden die Häuser nach gegenrevolutionären Kämpfern durchsucht. Toller selbst, ein Mann von Feinsinn und Humor, wird später Szenen der Komik überliefern, als die hochgestimmten und kampfbereiten Intellektuellen mit alteingesessenen Münchnern aneinandergeraten. Plötzlich ertönen weithin schallend die schweren Glocken der Frauenkirche. Ein Signal für die Mächte der Konterrevolution? Die Verteidiger der Räterepublik suchen den Täter und finden den Küster: «,Wer hat Ihnen den Befehl zum Sturmbläuten gegeben?’ – ‚Des wenn i wüsst!’ Ein Arbeiter packt den Küster: ‚Du Hund! Du hast mit die Weissen!’»

Der Küster scheint die politische Entwicklung seit dem 7. November nicht mit der gebotenen Sorgfalt verfolgt zu haben: «Was, mit die Weissen? Woher soll i jeden damischen Spartakisten kennen?» Der Unglückliche wird schliesslich von der eigenen Frau vor der Rache der Weltrevolution bewahrt: «Erbarmens eana und erschiessn ihm ned, er hat eh den Ischias.»²⁶

Bald wird es nichts mehr zu lachen geben. Vorläufiger Sieger der Schlacht am Hauptbahnhof sind die Kommunisten, die zuvor beiseitegestanden haben. Jetzt, nach ihrem Eingreifen gegen die Republikanische Soldatenwehr, übernehmen sie die Führung und proklamieren die zweite bayerische Räterepublik; auf einer tumultartigen Sitzung im Hofbräuhaus wählen die Arbeiter- und Soldatenräte Levine zu ihrem Anführer. Ausgerechnet er, den die Zentrale der KPD aus Berlin geschickt hat, um ordnend auf die Münchner Genossen einzuwirken, der zuvor das Räteabenteuer als aussichtslos bezeichnet hat, klingt nun, als habe er Glückspillen genommen: «Heute endlich hat Bayern die Diktatur des Proletariats errichtet! Die Sonne der Weltrevolution ist aufgegangen!» Die Münchner Räterevolution gleicht einer der beliebten Matrjoschka-Puppen aus Levines Herkunftsland, Russland (er wurde 1883 in Sankt Petersburg geboren): Nimmt man die äussere Hülle weg, erscheint eine kleine zweite, die darin gesteckt hat, und so weiter, bis eine Puppe übrig bleibt, die zu klein ist, um noch eine weitere zu verbergen. Und diese kleinste Puppe ist nun die KPD. Mit jeder weggenommenen Regierung seit Eisner ist der Anhang der Rätebewegung geschrumpft, nur der harte Kern der Kaderpartei ist geblieben. Leviné und der bayerische KP-Vorsitzende Max Levien sind nicht die verblendeten Narren, als die sie später oft hingestellt werden; sie wissen um die Risiken, sind aber bereits so ideologisiert, dass sie glauben, in München der Welt ein revolutionäres Beispiel geben zu müssen, vielleicht um den Preis des eigenen Lebens und das vieler anderer: «Deshalb müssen wir aus der Schein-Räterepublik eine richtige Räterepublik gestalten und den Massen Anschauungsunterricht geben; ihnen zeigen, wie eine Räterepublik aufgebaut wird und was sie von ihr zu erwarten haben. Den blutigen Preis müssen wir doch zahlen, denn es kann keine friedliche Lösung geben.»

Die Räterepublik der letzten Tage verfügt auf dem Papier über eine

relativ beachtliche Streitmacht von gut 10'000 Mann; unter ihrem Kommandanten Rudolf Egelhofer stellt sie sofort eine «Rote Armee» auf, die manchen Zulauf erhält, über Geschütze und sogar einige Kampfflugzeuge der früheren bayerischen Armee verfügt. Freilich ist die Disziplin gering, linke Soldaten, die sich mit den Kommunisten über den Kurs streiten, gehen heim oder ins Wirtshaus, andere bringen viel Eifer, aber keinerlei Erfahrung mit. Viele aber haben im Krieg gekämpft und können mit Waffen umgehen. Wie gut, das erfahren 800 Mann der Hoffmannschen Regierungstruppen, diesmal um Freiwillige verstärkt, am 15. April im legendären Gefecht von Dachau, der Kleinstadt im Nordwesten Münchens. Die «Rote Armee» wirft den Gegner, der viel zu weit und sorglos vorgerückt ist, zurück und erbeutet Munition, Maschinengewehre und einige Feldgeschütze. Der sogenannte Generalstabschef Erich Wollenberg feiert seinen Erfolg: «Die Arbeiter haben einen glänzenden Sieg erfochten. Kleine Partisanengruppen, die gewissermassen nur in Tuchfühlung mit den Nachbargruppen handeln, beseelt von der Idee, das proletarische München vor den weissen Banden zu schützen, haben in kühnem Ansturm den Gegner zurückgeworfen und mit beispiellosem Heroismus gekämpft.» Toller, der als Abschnittskommandant der «Roten Armee» an dem Gefecht teilnimmt, weigert sich, die gefangenen Offiziere zu erschiessen, wie es ihm Egelhofer befohlen hat: «Ich zerresse den Befehl. Grossmut gegenüber dem besiegten Gegner ist die Tugend der Revolution, denke ich.» Deshalb und wegen angeblicher strategischer Fehler werden die Kommunisten Ernst Toller nachher zum Sündenbock für das Scheitern ihrer Räterepublik machen, was sein literarisches Echo bis in die Gegenwart finden wird. In den kommenden Tagen besetzt die «Rote Armee» weite Teile des Münchner Umlands.

Während sich die Reichszentrale der KPD in Berlin vor Pein ob dieser Wandlung windet, gratuliert der russische Revolutionsführer Lenin am 27. April telegrafisch aus Moskau; auf der Maiparade in Moskau rühmt er den Kampf der Genossen «in Sowjetbayern» – aus Sicht der Münchner, Kommunisten eine Heiligsprechung ihres Unternehmens.

Aber Lenin ist weit fort und der weisse Terror nah. Noch am selben Tag entfesselt Reichswehrminister Noske seine Truppen zum Sturm

auf das verhasste rote Bollwerk. Der Bluthund ist nicht untätig geblieben und hat mit Genugtuung die vergeblichen Bemühungen des Genossen Hoffmann verfolgt, von Bamberg aus den eigenen Regierungssitz zurückzuerobern. Er hält Hoffmann für zu weich und dessen Militärbeauftragten Ernst Schneppenhorst erst recht, denn die Bayern lehnten Freikorps als «Stärkung der reaktionären Kräfte» ab. Also lässt Noske hinter dem Rücken der bayerischen Regierung ein eigenes «Bayerisches Schützenkorps» aufstellen, hinter dem sich nichts anderes als das Freikorps des berüchtigten Franz Ritter von Epp verbirgt. Erst am 15. April, nach wochenlangem Widerstand gegen Noske und nach dem Scheitern ihrer eigenen Versuche, in München militärisch einzugreifen, bittet Hoffmann die Reichsregierung widerstrebend um Hilfe gegen die nunmehr kommunistische Räterepublik, zunächst ohne den wackeren Schneppenhorst zu informieren. Von nun an darf Noske seine Landsknechte auch in Bayern rekrutieren. Das Drama der Sozialdemokratie in der Militärpolitik setzt sich fort.

Alle weiteren Versuche des Kabinetts Hoffmann, eine friedliche Lösung zu vermitteln, ignoriert Noske rundweg. Er ist in seinem Element und übernimmt den Oberbefehl persönlich. Hoffmann wird von den Linksradikalen fortan als «bayerischer Noske» beschimpft.

Noch während sich das Grossaufgebot der Reichstruppen, insgesamt kriegsmässig gerüstete 35'000 Mann, München nähert, setzen die Kommunisten nicht linientreue Kampfgefährten wie Ernst Toller ab. Deutscher Linksradikalismus, im Bewusstsein der wahren Lehre, betont noch im Angesicht des Untergangs das Trennende statt das Gemeinsame. Egelhofer tönt lieber, die «Rote Armee» werde sich von niemandem «zu einem Verrat an der sozialen Revolution zwingen lassen».

Als jedoch das Militär die Aussenbezirke der Stadt einnimmt, ist die Räterepublik und mit ihr die auseinanderlaufende «Rote Armee» fast schon zerfallen; ähnlich wie in Bremen und Berlin wäre die martialische Eroberung der Stadt im Grunde gar nicht mehr nötig gewesen. Egelhofer verfügt über noch einige Hundert Mann, die unkoordiniert einen aussichtslosen Widerstand leisten. Auch die Roten werden zunehmend brutaler, Ernst Toller berichtet von Vergewaltigungen und

Raub, sie ermorden im Luitpold-Gymnasium zehn Geiseln, die meisten Mitglieder der antisemitischen «Thule-Gesellschaft», der Eisners Mörder angehört. Die Untat gilt fortan als Symbol für den «roten Terror», obwohl die meisten Münchner Revolutionäre sie sofort verurteilen. Egelhofer allerdings will die bürgerliche Bevölkerung Münchens auf der Theresienwiese zusammentreiben und auf sie schießen lassen, wenn die Regierungstruppen den Vormarsch nicht stoppen; eine knappe Mehrheit seiner Mitstreiter stimmt dagegen.

Dafür richten die Freikorps nun Gräuel an, welche die früheren im Umfang noch weit übertreffen und die der roten Kämpfer um ein Vielfaches. Die Regierungsseite, auch Hoffmann, haben die Eroberer zuvor einer wilden Propaganda über Morde, Folterungen und Geiselnahmen durch die Roten ausgesetzt; Gerüchte und Schauermärchen werden als Fakten präsentiert. Was die Freikorps nun anrichten, ist dagegen blutige Wirklichkeit. Wenige Jahre später wird der republikanische Anwalt Ernst Julius Gumbel eine vorläufige Bilanz der Mordtaten ziehen, ein grauenvoller Fall reiht sich an den anderen. Die wenigsten Täter werden überhaupt zur Verantwortung gezogen, und wenn doch einmal, sorgt die Militärjustiz für Freisprüche oder milde Urteile:

Der Arbeiter Johannes Bauer und sein 17-jähriger Sohn Johann werden von Nachbarn denunziert; Freikorpsoldaten zerren die beiden aus ihrer Unterföhringer Wohnung und erschießen sie ohne weiteres Verhör; der parteilose Bauer hinterlässt eine Frau und drei weitere Kinder. Der 27-jährige Karl Huber ist zwar Mitglied der KPD, war aber an den Kämpfen offenkundig unbeteiligt; auch er wird auf die Strasse geholt und ermordet. Als die Schwester den Toten identifiziert, fehlen seine Wertsachen, die mit Geld gefüllte Brieftasche und sogar die Gamaschen; sie hört nach Gumbels Bericht zwei Soldaten reden: «Mit dieser schweren Brieftasche und den Gamaschen haben wir mal Glück gehabt.»

Der Hilfsarbeiter Josef Sedlmeier gehörte nie zur Roten Armee; kurzzeitig Mitglied einer Arbeiterwehr, hat er aber schon am 27. April sein Gewehr abgegeben und ist heimgegangen. Dort fassen ihn Tage später Noskes Soldaten, die auch noch die Gebrüder Altmann aus demselben Haus mitnehmen; irgendjemand, angeblich ein später nicht mehr aufzufindender Polizist, hat sie als «gefährliche Spartakisten» bezeichnet. Ein Standgericht verurteilt alle drei zum sofortigen Tod; die Män-

ner werden auf den Hof einer Lederfabrik geschleppt, wo schon Leichen exekutierter Opfer liegen. Vor Angst und Entsetzen rennen die Verurteilten davon, die Soldaten schiessen ihnen in den Rücken. Bei späteren Untersuchungen lässt sich gegen keines der Opfer etwas Belastendes finden. Der Offizier, der Sedlmeiers Festnahme veranlasst hat, ein Leutnant Müller von Noskes neuem Bayerischen Schützenregiment 21, gibt als Grund an: «Er hat mir gegenüber nicht beweisen können, dass er sein Gewehr wirklich schon am 27. April abgeliefert hatte.»

Am 2. Mai erscheinen fünf Soldaten des Freikorps Epp vor der Tür des Brothändlers Jakob Probst. Er öffnet ihnen, wird aufgefordert ihnen kurz zu folgen, er dürfe gleich wieder zurückgehen. Auf der Strasse erschliessen sie Probst, der an den Kämpfen überhaupt nicht teilnahm. Sie haben ihn weder verhört noch seine Wohnung durchsucht. Dasselbe Freikorps ermordet einen Rotarmisten noch vor dem Stadelheimer Gefängnis durch einen Schuss in den Hinterkopf. Die Leiche, beraubt um Uhr, Schuhe und Kleingeld, lassen die Täter liegen. So finden die Witwe und das neunjährige Kind des Opfers den Toten. Eine Klage der Familie gegen das Freikorps weisen Landgericht und Oberlandesgericht München später mit der Begründung ab, dieser habe sein Schicksal selbst verschuldet, weil er «die Bevölkerung aufgehetzt und dadurch mittelbar die Ausschreitungen der Soldaten selbst erzeugt hat».

Besonders sadistisch und sexuell aufgeladen ist der Mord an der jungen Marie Kling, die freiwillig als Sanitäterin verletzten Soldaten der «Roten Armee» geholfen hat. Obwohl selbst ein Standgericht der Regierungstruppen das Mädchen freispricht, wird sie in der Nacht von Soldaten zum Stadelheimer Gefängnis verschleppt und dort bestialisch misshandelt. Nach Gumbels Dokumentation verwenden die Männer Marie Kling als lebende Zielscheibe, schiessen ihr erst in den Fuss, dann die Wade, dann den Oberschenkel; am Ende des Martyriums jagt ihr einer der Mörder eine Pistolenkugel in den Hinterkopf. Als die Familie einen Strafprozess anstrengt, erklärt die Militärjustiz, bedauerlicherweise seien die Akten verloren gegangen.

Unter dem Kommando eines gewissen Priebe umstellen seine Soldaten das Treffen eines katholischen Gesellenvereins; die jungen Män-

ner sprechen über ein Theaterstück, als Noskes Uniformierte auftauchen. Die Opfer schreien und flehen um Gnade, aber das hilft ihnen nichts. Die Soldaten treten mit Stiefeln zu, schlagen mit dem Gewehrkolben auf die Gesellen ein und eröffnen das Feuer. Wer sich noch regt, dem schießen sie in den Kopf. Einige der i Gesellen werden in den Keller geworfen, wo die Soldaten auf ihnen herumtrampeln und mit dem Bajonett auf sie einstechen. Am Boden finden sich nachher Lachen von Blut und ausgetretenem Hirn. Im Fall der ermordeten 21 jungen Katholiken kommt es einmal zu einem Verfahren; am ersten Verhandlungstag sagt ein Zeuge, der die Leichen gesehen hat: «Die Erschossenen sahen fürchterlich aus. Einem war die Nase ins Gesicht hineingetreten, andern fehlte der halbe Hinterkopf.» Nur vier der Täter werden verurteilt, zu Haftstrafen zwischen 14 und einem Jahr. Gegen keinen der befehlshabenden Offiziere wird ein Verfahren eingeleitet.²⁷

Kein halbes Jahr liegt zwischen diesem Blutbad und dem Beginn einer Revolution, die eine der friedlichsten der Weltgeschichte war und die hier in München am 7. November den ersten deutschen Bundesstaat von der Monarchie befreite. Sie erlebt nun einen grausigen Schlussakt, ein Fanal, geschrieben in Blut, ausgelöst von einer sozialdemokratisch dominierten Reichsregierung. Wahrscheinlich tausend Menschen sterben bei der Einnahme Münchens, Hunderte in den folgenden Wochen nach Todesurteilen der Standgerichte. Harry Graf Kessler schreibt in sein Tagebuch über das Schicksal eines Münchner Freundes: «Früh rief mich Wieland Herzfelde an und teilte mir mit, dass er frei sei. Seine Schilderungen aus den Gefängnissen sind so furchtbar, dass mir schlecht wurde vor Ekel und Empörung. Dostojewskis ‚Totenhaus‘ ist übertroffen. Die Misshandlungen der Gefangenen vom Ins-Gesicht-Spucken bis zum An-die-Wand-Stellen und Totschlägen sind so allgemein, die Quälerei in Gegenwart der Offiziere so selbstverständlich, dass Wielands Glaube an ein einstudiertes Lynchen als Instruktionsstunde, wo es gelehrt wird, fast vernünftig scheint.» Das Bild, das man aus München erhalte, «ist das einer vollkommen entmenschten Soldatesca».²⁸

Durch die Stadt trampeln nun die neuen Herren, den Verlierern bleibt ohnmächtiger Hass. «Stasi» Kaetzler, der sich um seine inhaf-

tierte Mutter sorgt, erträgt den Anblick kaum; ebenso wenig die Häme, die ihm plötzlich von jenen entgegenschlägt, die sich eben noch angstvoll vor Rotgardisten duckten: «Offiziere mit Reitpeitsche und Monokel, ‚fesch‘ vaterländische Kundgebungen mit der ‚Wacht am Rhein‘ sind alltägliche Erscheinungen. Die Bürokratie, Skrupellosigkeit, Hochmut, Frechheit, Eingebildetheit und Dummheit der Soldaten, Offiziere wie Gemeine, ist grenzenlos und mehr als provozierend.»²⁹

Es hagelt Denunziationen, Angriffe gegen Angehörige der Opfer gehören zum Alltag. Der Hass blüht bereits, aus dem der Faschismus erwachsen wird. Else Eisner, die Witwe des ermordeten Ministerpräsidenten, erhält von der neuen Staatsregierung keine Hinterbliebenenhilfe und flieht vor Gängeleien und Anfeindungen mit den Kindern nach Baden. Egelhofer als Führer der «Roten Armee» wird nach seiner Festnahme im Innenhof der ehrwürdigen Münchner Residenz gefoltert und erschossen; Levine durch das Exekutionspeloton hingerichtet, dessen Schüsse die Genossin Kaetzler hat mitanhören müssen. Der zweite KPD-Führer Max Levien entkommt als einer von wenigen, er flieht in die Sowjetunion. Toller erhält fünf Jahre Festungshaft. Eisners Mörder dagegen, erst zum Tode verurteilt, wird bereits 1924 auf freien Fuss gesetzt. Mit der bayerischen Freiheit ist es vorbei; Bayern versteht sich fortan als «Ordnungszelle» des Reichs unter scharf rechten Regierungen. München, einst die Hauptstadt der frohen Farben, der Boheme, der schönen Künste, sinkt ab 1919 herunter zur «Hauptstadt der Bewegung», wie Hitler sie nennen wird, dessen Karriere hier in München in einem Milieu beginnt, das aus politischen Wahnvorstellungen, Bierchwemmen, Antisemitismus und Gewaltfantasien besteht; nur 14 Jahre später wird er «der Führer» des Deutschen Reiches sein.

Zu den Opfern des Tages, an dem all dieser deutsche Niedergang seinen Anfang nimmt, zählt auch Gustav Landauer, der sanfte Revolutionär. Auch er hat weder mit der «Roten Armee» noch den Kommunisten viel zu tun, sein Wirken endete mit der ersten Räterepublik. Nach dem Fall der zweiten spüren ihn die Freikorpsoldaten in der Wohnung von Eisners Witwe auf und bringen ihn nach Stadelheim, wo ein Wachsoldat Landauers letzte Minuten miterlebt. Die Soldaten brüllen «der Landauer, der Landauer», als sie ihn hineinschleppen. Noch

vor dem Zimmer, in dem die Gefangenen aufgenommen werden sollen, schlägt ihm ein Offizier ins Gesicht. Die Meute ruft: «Der Hetzer, erschlagts ihn!», und treibt Landauer mit Kolbenschlägen in den Hof. Er ruft noch: «Ich bin kein Hetzer! Ihr wisst selbst nicht, wie verhetzt ihr seid.» Er wird geschlagen, getreten, ein Vizewachtmeister schießt dreimal mit der Pistole auf ihn. Der Zeuge: «Da Landauer immer noch zuckte, trat ihn der Vizewachtmeister mit den Füßen zu Tode. Dann wurde ihm alles heruntergerissen und seine Leiche zwei Tage lang ins Waschhaus geworfen.»³⁰

Am 7. April, wenige Wochen vor seinem fürchterlichen Tod, hat Landauer einem Freund geschrieben, wie stets voll gutartigem Idealismus. Er hoffe, heisst es in seinem Brief, als Volksbeauftragter für Unterricht und Kunst einiges zu leisten: «Aber leicht möglich, dass es nur ein paar Tage sind, und dann war es ein Traum.»³¹

«Es hat nicht sollen sein»: Schluss

Ein Traum.

Ein Traum nur.

Wer hätte das für möglich gehalten, wenige Monate zuvor, als die Kieler Revolte das alte Kaiserreich im Mark erschütterte und es binnen Tagen vom Sockel stürzte? Der Kieler Revolutionsführer Lothar Popp sagt 60 Jahre später über jene Tage: «Ich habe nicht im Traume gedacht, dass die Welt so verrückt ist und die Offiziere noch einmal kommandieren lässt.»¹ Aber genauso ist es gekommen.

Die Männer und Frauen aber, welche das wilhelminische System von diesem Sockel geholt hatten, glaubten nun, die Sieger zu sein; gnädige Sieger, welche die Köpfe der Gestürzten nicht vom Schafott rollen werden lassen; aber Sieger ohne jeden Zweifel. Die Ordnung, gegen welche die Arbeiterbewegung und schwache Liberale jahrzehntelang gekämpft hatten und die so unerschütterlich erschien wie die Standbilder früherer Heerführer auf den Plätzen des Kaiserreichs – sie stürzte, beinahe von heute auf morgen. Richard Müller, Führer der revolutionären Obleute, erscheint es wie ein jähes Erwachen: «Nie hat eine herrschende Klasse so schmäzlich kapituliert. Wenige Stunden genügten, den monarchistischen Überbau der Gesellschaft umzustossen.»² Aber diese Revolution hat sich ganz anders abgespielt als in allen Hoffnungen und Träumen der Arbeiterbewegung, es sind keine klassenbewussten Proletarier, sondern meuternde Matrosen, die aufbegehren gegen das Unrecht; es sind Soldaten, welche die Flamme des Umsturzes von Kiel quer durch das Reich tragen. Es ist ein Aufstand ohne Führer jenseits der engeren Region, kein Lenin ist da und kein Trotzki. Und keine Ideologie wie jene der russischen Bolschewisten, welche den Massen vorschreiben würde, was sie zu tun und zu lassen haben; kein Terror greift um sich. Und jene, welche die Gewalt in Russland gutheissen und nachahmen, die Führerschaft einer kleinen,

die Massen zu ihrem Glück zwingenden Avantgarde, sind hoffnungslos in der Minderheit. Nicht einmal Karl Liebknecht, der Held der Kriegsgegner, und Rosa Luxemburg wünschen sich den roten Terror. Und ohnehin geben sie nicht den Ton an. Es ist in den frühen Novembertagen eine gutartige Revolution, sie kostet wenig Opfer. Die Industriearbeiterschaft schliesst sich rasch an, Herren des Augenblicks sind Mitte November Tausende Arbeiter- und Soldatenräte.

Und doch wird derselbe Richard Müller im Rückblick schreiben: «Die friedliche kapitalistische Entwicklung Deutschlands hatte wohl zahlenmässig grosse politische und gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen entstehen lassen, aber keine Männer mit revolutionärem Geiste und revolutionärer Tatkraft.» Und wo es sie doch gab, zeigten sie sich nach dem Krieg zu schwach, «das begonnene Werk weiterzuführen».³ Denn diese Revolution versiegt schliesslich und mit ihr die Chance, der Geschichte des 20. Jahrhunderts eine ganz andere Richtung zu geben: Hitlers Tyrannei, den Krieg, den Weg nach Auschwitz, Millionen Tote zu vermeiden. Das alles entzieht sich 1918 natürlich dem menschlichen Vorstellungsvermögen, auch dem der politisch Verantwortlichen. Sie fühlen sich Zwängen ausgesetzt, Nöten, Gefahren, sie sind nicht zu beneiden um die «Bürde der Macht», wie Susanne Miller ihre Lage nennen wird. Aber es gehört zu den Tragödien des 20. Jahrhunderts, dass der deutsche Aufstand für Frieden und Freiheit ausgerechnet an der SPD scheitert, die doch während der Kaiserzeit unter grossen Opfern für eben diese Werte eingetreten war. Die Revolution stürzt den Kaiser und bringt den Rat der Volksbeauftragten an die Macht, geführt von der noch MSPD genannten SPD, den Mehrheitssozialdemokraten. Die USPD, die kleinere unabhängige und linke Schwesterpartei, die gegen den Krieg war, bleibt im Rat zu schwach. Der Vorsitzende des Rats Friedrich Ebert (MSPD) aber paktiert nun mit den Befehlshabern des alten Militärs, der Obersten Heeresleitung. Das mag anfangs zur Erfüllung der drakonischen alliierten Waffenstillstandsbedingungen wohl noch kaum zu vermeiden sein: Ohne die Expertise des militärischen Führungsapparates ist es schwer möglich, Millionen von Soldaten in kürzester Zeit aus den besetzten Gebieten abzuziehen und zu demobilisieren. Doch gerät diese Zusam-

menarbeit mehr und mehr zu einem regelrechten Bündnis, je unwohler sich die Mehrheitssozialdemokraten in dieser Regierung fühlen.

Einer verbreiteten Lesart zufolge ist der eigentliche Sündenfall der demokratischen Revolution der grässliche Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht während des Spartakusaufstandes im Januar 1919, von da an habe es kein Zurück mehr geben können zur Einheit der Arbeiterbewegung. Was die öffentliche Schockwirkung betrifft, die der Doppelmord auslösen wird, ist das richtig. Doch der Sündenfall ist da schon geschehen, und die Nacht, in der die beiden bekanntesten Persönlichkeiten der radikalen Linken von rechtsradikalen Soldaten gequält und erschossen werden, ist nur die Konsequenz einer epochalen Fehlentscheidung. Die SPD, am 9. November 1918 beinahe widerwillig an die Macht gespült, versäumt es, der Freiheit Waffen zu geben, eine Macht zur Durchsetzung ihres Willens, zur Schaffung und Sicherung der Republik. Schuld daran ist eine obsessive Angst vor dem Bolschewismus. Rote Garden, rote Fahnen, Umsturz, all diese Szenen in den Strassen der Städte erinnern an die russischen Bolschewisten, an die Oktoberrevolution, als Matrosen ihre Offiziere ins siedende Wasser der Schiffskessel warfen, als die Zarenfamilie massakriert wurde und die Revolutionäre ebenso wie die Konterrevolutionäre keine grauenvolle Blutspur hinterliessen. Die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte aber wollen die Boulevards Berlins gar nicht zu Alleen der Gehenkten machen. Sie entscheiden sich im Dezember 1918 auf ihrem Reichskongress freiwillig für Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung, also für die parlamentarische Demokratie und gegen eine Diktatur der Räte, gegen die eigene Versuchung der Macht. Ihre grosse Mehrheit, vor allem bei den Soldaten, will Frieden und Freiheit, hat aber mit der lautstarken extremen Linken wenig zu tun oder misstraut ihr offen heraus. Die Freiheit, ein demokratisches System, das bekommen sie, dazu zahlreiche soziale Reformen. Was diese Räte aber ausserdem wollen, sind alte, bis dahin unstrittige Kernforderungen der Sozialdemokratie: die Sozialisierung der Schwerindustrie und, noch dringender, die Entmachtung des alten Militärs. Sie wollen eben nicht den «weichen Besen», über den Kurt Tucholsky spotten wird, sondern die Durchsetzung grundlegender Reformen in dieser ersten Phase der Revolution. Während die Räte also die Todfeinde der

Demokratie entwaffnen wollen, versäumen Ebert und die Seinen die Gelegenheit dazu. Sie wird niemals wiederkehren. Und ihr Bündnispartner im Rat der Volksbeauftragten, die linke USPD, erkennt die Bedeutung dieses Themas zu spät.

Ebert, Scheidemann, Wels verstehen nicht, dass eine Revolution, eine junge Demokratie in der Lage sein muss, zu kämpfen oder zumindest wehrhaft genug, um eine Gegenrevolution abzuschrecken – erst recht, wenn ihre Gegner noch Ämter, Einfluss und Waffen aufbieten können. Im Sommer 1940, auf dem bisherigen Tiefpunkt in der Geschichte der westlichen Demokratien, nach dem Verlust aller Verbündeten und der epochalen Niederlage in Frankreich, hat Grossbritanniens neuer Premierminister Winston Churchill der freien Welt ihre Würde, ihren Mut und ihre Stimme zurückgegeben, als er Hitler per Rundfunkansprache wissen liess: «We shall never surrender», wir werden uns niemals ergeben. Der Rat der Volksbeauftragten hatte keinen Churchill. Er verpasste die einzigartige Gelegenheit der deutschen Geschichte vor 1945, das düstere Deutschland, die alten Gewalten zu entmachten – auch wenn er das kommende Grauen, wie gesagt, nicht vorausahnen konnte. Diese Gelegenheit aber bot sich nur kurz, für wenige Wochen. Ein Umsturz, auch ein demokratischer, braucht Bataillone; er muss die Kräfte des ancien régime überwinden und die Blutdürstigen im eigenen Lager oder jenseits dessen Randes zügeln. Die MSPD besitzt im November 1918 diese Macht, für einige Wochen nur. Die Macht und die Gewehre haben anfangs die Massen der Soldaten, der Räte, der Aufbegehrenden, die erwartungsvoll auf die provisorische Reichsregierung sehen. Ein Wort und Hindenburg, Ludendorff und die Militärkamarilla würden im Gefängnis landen, Gründe gäbe es nach zwei Jahren Täuschung des Reichstages und Zuspitzung des Krieges genug, oder die ganze Bagage würde einfach abgesetzt. Ebert müsste es nur anordnen. Aber das Wort sagt er nicht.

Die Sozialdemokraten haben die Macht, aber fürchten sie zugleich so sehr, dass sie Hilfe bei den alten Gewalten suchen. Die aber lehnen die Republik von Herzen ab. Jetzt erst gewinnen die Kommunisten, die Spartakisten, die Freunde Lenins und der roten Diktatur an Zulauf. Weihnachten 1918 lässt Ebert rechte Truppen auf die zu Unrecht spartakistische Umtriebe verdächtigste Volksmarinedivision im Schloss

los. Die Koalition aus USPD und MSPD zerbricht daran für immer: ein Bruch von ungeheurer Tragweite.

Das ist eine Tragödie, die viele Ursachen hat. Die Alliierten setzen die neue Regierung unter massiven Druck, die Truppen abzuziehen und zu demobilisieren, und geben so dem deutschen Militarismus, den sie vier Jahre lang um den Preis von Millionen Menschenleben bekämpft hatten, ein Alibi zur Selbstbehauptung. Den Siegermächten ist die Umwälzung in Deutschland weitgehend gleichgültig, und dass die führenden MSPD-Politiker der neuen Regierung der Volksbeauftragten den Krieg von Beginn an mitgetragen haben, stimmt sie nicht grosszügiger. Vor allem ist die SPD aber schon zu stark Teil des politischen Systems, um nun mit dem harten Besen durchzukehren, was nicht Terror und Willkür bedeuten würde, sondern die Räumung aller Schlüsselpositionen von Gegnern der Demokratie. Sie jedoch glaubt im Herbst 1918 an die Evolution, nicht an die Revolution. Und hat ihr die Geschichte nicht recht gegeben? Führt sie nicht jetzt das Land? Setzt sie nicht freie Wahlen durch und eine demokratische Verfassung?

Das alles gelingt ihr, das ist ihr bleibendes Verdienst und ist doch nicht genug. Vom ersten Meutern in Wilhelmshaven und Kiel angefangen, erscheint den Führern der grossen Oppositionspartei des Kaiserreiches die Rätebewegung als Bedrohung. Und dieses Gefühl wird immer stärker, obwohl die eigene Basis diese Räte dominiert und die Umwandlung in ein parlamentarisches System sogar mitträgt.

Zur Symbolfigur des Scheiterns wird nun Anfang Januar 1919 der Sozialdemokrat und Militärbeauftragte Gustav Noske, der sich selbst als Bluthund bezeichnet hat. Aus kleinen Verhältnissen aufgestiegen, ist er mit der historischen Rolle, in die er da gerät, heillos überfordert. Er versteht nicht, welche Geister er ruft. Je heftiger er das verbliebene, fast nur noch aus Rechten und gestrandeten Abenteurern bestehende Militär dreinschlagen lässt gegen die völlig überschätzte radikale Linke, desto schneller verliert die SPD Anhänger.

Als Philipp Scheidemann am 9. November 1918 vom Reichstag aus die deutsche Republik ausruft, beweist er das richtige Gefühl für die Stunde und die Stimmung: «Die Loyalität der Massen konnte nur ein demonstrativer Bruch mit dem Alten sichern.»

Demselben Gedanken folgt dann das geschickt inszenierte Regierungsbündnis mit der USPD – wenn «die Massen» auf den Strassen rufen: «Einigkeit! Einigkeit!», so sollen sie diese bekommen, wenn auch zu den Konditionen der grossen MSPD. Überall im Reich sind die Arbeiter- und Soldatenräte spontan aus MSPD, USPD und Gewerkschaften hervorgegangen, und kaum jemand scherte sich um den Willen der Führungen in Berlin. Aber die Revolutionsregierung dort besitzt weder ein Wir-Gefühl, noch versucht sie es ihren Anhängern zu vermitteln, so verpufft die Begeisterung für die Umwälzung bald. Dafür gibt es weitere Gründe: Die Soldaten, die ihren Offizieren eben noch die Rangabzeichen abgerissen haben, gehen bald in ihrer grossen Mehrheit nach Hause, der Frieden, den die Aufstandsbewegung erreichen wollte, ist greifbar nah, die Waffen schweigen.

Statt die revolutionäre Basis für das neue, freie Deutschland zu mobilisieren, ist die MSPD-Spitze über deren Auflösung ausserordentlich erleichtert. Dabei waren gerade die Soldatenräte in den turbulenten Tagen nach dem 9. November ihre Überlebensgarantie und stellten sich gegen die Linksradikalen. Auf den Gedanken, in der Gunst der ersten Stunde ein neues Militärsystem nach dem Volkswehr-Konzept des SPD-Parteiprogramms zu schaffen, kommen die Sozialdemokraten gar nicht. Sinnbild dieses Versäumnisses sind die halbherzigen Ansätze, eine eigene republikanische Schutztruppe aufzubauen, und die ängstlichen Versuche, die wenigen vorhandenen Einheiten wie etwa die Volksmarinedivision loszuwerden statt auf diese anfangs schlagkräftigste Revolutionstruppe zu bauen. Es hat niemals zuvor und niemals nachher eine Revolution gegeben, die solche Furcht vor den eigenen Anhängern hatte.

Betrachtet man die Volksmarinedivision und ähnliche Verbände, durchaus auch die Republikanische Soldatenwehr, ist darin kaum spartakistischer oder bolschewistischer Geist zu finden. Diese Männer haben sich als Soldaten der Revolution betrachtet, einer Revolution, die von der Einigkeit der Arbeiterbewegung, von MSPD und USPD im Rat der Volksbeauftragten, getragen wird. Erst als diese Einigkeit zerfällt, ausgerechnet wegen der Militärfrage, bleiben diese Verbände ratlos und paralysiert zurück. Die Matrosen der Volksmarinedivision, ob-

wohl ihre eigene Regierung sie Weihnachten 1918 mit Artillerie beschliessen lässt, setzen noch während des Spartakusaufstandes zwei Wochen später ihren Kommandanten Dorrenbach vor die Tür: Sie lehnen, anders als er, jede Beteiligung an der Erhebung ab.

Viel grösser als zur eigenen Basis ist jedoch das Vertrauen Eberts und seiner führenden Genossen in die Heeresleitung und die alte Generalität, die erst ein Jahrzehnt zuvor den Strassenkrieg gegen die Sozialdemokraten als «inneren Feind» hat planen lassen. Dabei hat sich an der Gewaltpolitik und Willkür dieses Militärs die Revolution doch gerade entzündet. Doch sind die Matrosen von Kiel nicht gegen die Reformregierung Max von Badens, an der schon Sozialdemokraten wie Scheidemann beteiligt sind, aufgestanden, sondern um deren Friedenskurs gegen die Seekriegsleitung zu verteidigen. Sie kämpfen nicht gegen die Demokratie, sondern für sie. Anderthalb Monate später, auf dem Reichsrätekongress, stellt ein linker Delegierter den Volksbeauftragten die berechnete Frage: Warum eigentlich hat man nach dem 9. November nicht alle Generäle entlassen statt nur eines einzigen, der seine Rätefeindlichkeit allzu offen auslebte? Es wäre einfach gewesen, das nach der Rückkehr der Fronttruppen zu tun. Aber für Ebert ist das Militär eine Rückversicherung. Er mag zu Wilhelm Groener, dem vergleichsweise gemässigten Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung ein persönliches Vertrauensverhältnis besitzen – er und seine Parteiführung zeigen sich dabei blind dafür, dass nicht viele alte Offiziere dieses Vertrauens würdig sind. Auch deshalb versäumt es die Revolutionsregierung vollkommen, die Schuld der Obersten Heeresleitung unter Ludendorff und Hindenburg am verlorenen Krieg, deren verfehlte Siegpolitik und ihre De-facto-Diktatur öffentlich aufzuarbeiten. Fast jede Revolution der Geschichte hat den Kampf um die «hearts and minds», die Herzen und die Köpfe der Bevölkerung, ins Zentrum all ihrer Anstrengungen gestellt. Die Regierung der Volksbeauftragten aber, gewiss überlastet mit Aufgaben, überlässt die öffentliche Debatte stattdessen den Hasspredigern der Dolchstosslegende. Und diese werden nicht lange zögern und die Demokraten aller Schuld bezichtigen, welche in Wahrheit die Generäle auf sich geladen haben. Ein epochaler Fehler ist es zudem, die Vertreter der Obersten Heeresleitung nicht zu den Waffenstillstandsverhandlungen zu schicken und somit ihr eigenes

Scheitern verantworten und eingestehen zu lassen. So waschen sie schon bald die Hände in scheinbarer Unschuld.

Hinzu kommt ein starres, institutionenfixiertes Denken: Von der Nationalversammlung erhoffen sich die Sozialdemokraten insgeheim die Regierungsmacht, eine absolute Mehrheit, die es ihnen erlauben würde, den Staat nach ihren demokratischen Vorstellungen zu verändern. Die Revolution steht ohnehin nur noch als ferne Verheissung im Parteiprogramm. Der Gedanke jedoch, dass sich die tragenden Kräfte des alten Staates, welche sich seit 1871 jeder Demokratisierung in den Weg gestellt haben – wie die Generäle, die Verwaltung, Justiz und Polizei, die Ruhrbarone und ostelbischen Gutsbesitzer – nun einfach fügen werden, ist von atemberaubender Weltfremdheit. Gewiss schien deren Macht am 9. November wie durch einen Spuk zerstoben zu sein. Doch bald beweist jeder Tag der Regierungsgeschäfte, dass dem keineswegs so ist.

Der Unterschätzung der Rechten entspricht die Überschätzung der radikalen Linken. Die Spartakusgruppe um den Antikriegshelden Karl Liebknecht ist für die Volksbeauftragten gewiss ein Ärgernis, eine politische Herausforderung und in Berlin durchaus auch eine physische Bedrohung. Die Politik des Spartakus und dann der KPD erweist sich als fanatisch, illusionär und verantwortungslos, ihre Anhänger sind militant und bewaffnet. Der Rausch des Realitätsverlustes erfasst schliesslich sogar ihre eindrucksvollsten Köpfe wie Liebknecht und Rosa Luxemburg. Doch die Fixierung der MSPD-Spitze auf die linke Gefahr führt zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Der Konflikt mit den Linken und Linksradiكالen beherrscht ihre Gedanken und ihr Handeln in einem Ausmass, das sie blind macht für die Gefahr von rechts. Und das, obwohl die eigenen Leute in den Soldatenräten warnen, obwohl der Reichsrätekongress Mitte Dezember die «Hamburger Punkte» zur Militärreform genau wegen der Gefahr beschlossen hat, welche der Revolution durch den alten Militärapparat droht. Die Regierung aber unterläuft die Ausführung dieser Punkte, sie sabotiert das höchste Revolutionsgremium bewusst, Scheidemann sagt den aufbegehrenden Generälen sogar: «Das Verhängnisvolle ist, dass die Soldaten einmütig hinter dieser Forderung stehen.» Die Entmachtung der einst verhassten kaiserlichen Militärkaste – ein Verhängnis? Es wird ein Verhängnis werden, sie nicht zu entmachten.

Noch am 28. Dezember 1918 behauptet der MSPD-Volksbeauftragte Landsberg: «Es wird immer so viel von der drohenden Gegenrevolution gesprochen. Aber diese Revolution unterscheidet sich von allen früheren ganz wesentlich dadurch, dass jede Herrschaftsorganisation der gestürzten Klasse beseitigt ist.»⁴ Eine Säule dieser Organisation war das Militär, welches Noske dann in noch radikalerer Form wiederauferstehen lässt. Spätestens seit dem Angriff heimgekehrter Fronttruppen auf die Volksmarinedivision radikalisieren sich viele Arbeiter und linke Soldaten. Dieser Prozess beschleunigt sich lawinenartig nach dem Ausscheiden der Unabhängigen aus der Regierung der Volksbeauftragten Ende Dezember 1918, er stärkt die Linksradikalen und lässt parallel die Furcht der MSPD-Führung vor dem Bolschewismus ins Irrationale wachsen.

Aus einem historischen Irrtum wird ein Sündenfall, als die Regierung ihren Wehrverantwortlichen Noske ein Heer aus Freiwilligen aufstellen lässt, die sich zum grösseren Teil als Todfeinde der Republik erweisen. In einer bizarren Wiederholung der Konflikte vor 1914 gibt es nun wieder einen «inneren Feind»; nur dass der frühere, die SPD, jetzt die Rolle des kaiserlichen Militärs einnimmt. Von nun an gilt Gewalt als Mittel der Stunde: Die Verhältnismässigkeit der Mittel dagegen, ein ehernes Gebot des Rechtsstaats bei der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols, gilt als falsch und zu weich in diesem Krieg nach innen. Es ist eine Gewalt, die jedes legitime Mass übersteigt, von der Regierung erst der Volksbeauftragten und dann der Weimarer Koalition fast immer gerechtfertigt und gedeckt. Selbst als im März 1919 rechtsgesinnte Freiwilligentruppen ins Ruhrgebiet, der alten SPD-Hochburg, einrücken wie in ein Feindesland, versteht die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung nicht, was sie da anrichtet. Sie verantwortet eine Gewalt, die zudem auch völlig überflüssig ist. Noch beim Spartakusaufstand schlagen sich republikanische Soldaten tapfer und verteidigen mit Erfolg den Regierungssitz. Lob und Lohn bekommen aber allein die Freikorps. Noske lässt die Überreste aller Verbände, die aus Demokraten und loyalen Arbeitern bestehen, im Frühjahr 1919 als verdächtig auflösen. Dafür richten seine Verbände im Mai 1919 in München Massaker an, die den Zivilisationsbruch nach 1933 schon ahnen lassen. Viele der Beteiligten und Schul-

digen werden später grosse Nazis sein. Die Reichswehr jedoch, die aus den Freikorps entsteht, ist fortan ein Staat im Staate und Weimar eine wehrlose Demokratie.

«Warum sind wir betrogen?» So fragt am 23. Dezember 1918 der Matrose Güsten seinen Regierungschef Friedrich Ebert. Soeben hat Güstens Einheit, die Volksmarinedivision, in hilflosem Zorn Ebert und das Kabinett der Volksbeauftragten festgesetzt. Die sozialistische Regierung steht gegen die Männer, die bisher ihren Regierungssitz beschützt haben, die sie aber loswerden will. Warum, das verstehen die Matrosen nicht. Aber Ebert und seine Kollegen haben die Matrosen nicht betrogen und auch die Revolution nicht «verraten», wie Sebastian Haffner schrieb. Sie haben ihr Bestes gegeben, aber ihr Bestes war nicht gut genug für diese Revolution, bei Weitem nicht. Ein deutsches Trauerspiel: Sie haben den Matrosen Güsten nicht verstanden und auch die Revolution nicht. Sie begriffen nicht, was sie in Wirklichkeit war: ein Aufstand für die Freiheit.

Nach 1919: Revolutionäre Lebenswege

Karl Artelt, Kieler Matrosenführer (1890-1981): Durch Noskes Wirken in Kiel scheitern seine Pläne, dort eine zuverlässige Truppe der Revolution aufzubauen. Aus Enttäuschung über deren Verlauf tritt er schon 1919 in die KPD ein und beteiligt sich an den Kämpfen gegen Maerckers Freikorps und 1920 gegen den Kapp-Putsch. Mit viel Glück übersteht er die Zeit der Nazidiktatur, er wird mehrfach verhört und festgenommen. Artelt lebt nach dem Krieg in der DDR und wird dort als «der rote Admiral» geehrt, er hält zahlreiche Vorträge über den Kieler Aufstand. Er stirbt 1981 in Halle an der Saale.

Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann, Frauenrechtlerinnen (1857-1943 und 1868-1943): Nach dem Scheitern der bayerischen Räterepublik 1919 bleibt das Paar politisch engagiert und gibt die pazifistische und feministische Zeitschrift *Die Frau im Staat* heraus. Noch Anfang 1933 hält Lida Gustava Heymann in der NSDAP-Hochburg München eine Kundgebung gegen die Nazis. Von einem anschliessenden Schweiz-Urlaub kehren die beiden Frauen vorsichtshalber nicht

nach Deutschland zurück. Der NS-Staat konfisziert ihr gesamtes Vermögen. Unterstützt von Freunden schreiben sie von der Schweiz aus Artikel gegen den Faschismus und ihre gemeinsame Autobiografie. Sie sterben im selben Jahr, 1943, im Exil.

Emil Barth, Volksbeauftragter (1879 – 1941): Der Revolutionär, dem die Spartakisten schon während des Januarstreiks 1918 auf die Nerven gefallen sind, geht 1920 nicht mit der Mehrheit der USPD zur KPD über. 1921 tritt er in die SPD ein und wird Vorsitzender der Berliner Betriebsrätezentrale. Später wird es still um ihn, unter den Nazis wird er mehrfach verhaftet. Emil Barth stirbt 1941 in Berlin. 1919, in seinem Erinnerungsbuch *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, schrieb er an den Schluss: «Ich zog mich völlig vom politischen Leben zurück und werde in dieser Zurückgeschiedenheit bleiben, bis ich von meinem Worte entbunden bin und wieder geholt werde.»⁵ Aber das wird niemals geschehen.

Otto Braun, preußischer Ministerpräsident (1872-1955): Er übernimmt die Spitze des grössten Reichslandes 1920 und verfolgt dort, was sein Biograf Hagen Schulze «Weimars demokratische Sendung» nennt. Bis 1932 greift er mit allen rechtsstaatlichen Mitteln rigoros gegen die Nazis durch. Erst der illegale «Preußenschlag» durch Reichskanzler Franz von Papen bringt dann das «demokratische Bollwerk», wie es damals heisst, zu Fall. Braun und die SPD verzichten darauf, sich mit Gewalt gegen den Staatsstreich zur Wehr zu setzen, sie hätten wohl die preußische Polizei, das Reichsbanner «Schwarz-Rot-Gold» und die Gewerkschaften mobilisieren können. Dennoch erscheint Braun ein solcher Weg in den Bürgerkrieg angesichts der Kräfteverhältnisse aussichtslos, was ihm viele, auch in der SPD, später im Wisen um das Kommende – Nazistaat und Krieg – vorhalten werden. Braun und seine Frau befinden sich 1933 in akuter Lebensgefahr und gehen im März, noch direkt vor der letzten Reichstagswahl, nach Ascona in der Schweiz. Seine Partei verzeiht ihm das nicht. Im Exil ist Braun recht isoliert und zeitweise so verarmt, dass er Bekannte um Unterstützung anflehen muss. 1945 findet er keinen Anschluss mehr an die deutsche Politik.

Arnold Brecht, Mitarbeiter der Volksbeauftragten in der Reichskanzlei (1884-1977): Arnold Brecht gehört zu den wenigen Persönlichkeiten der Revolution, deren Leben trotz allem ein Happy End nimmt. Zwar muss er 1933 nach der Machtergreifung Deutschland eilends verlassen – er ist Spitzenbeamter in Preußen, als kämpferischer Republikaner bekannt und hat 1932 die amtsenthobene preußische Regierung vor dem Reichsgericht vertreten. Im Februar 1933 hat er im Reichsrat Hitler konfrontiert und ihn zur Achtung vor dem Recht aufgefordert. Aber Brecht und seine Frau, mit der ihn eine sehr glückliche Ehe verbindet, emigrieren rechtzeitig nach New York, dort beginnt er eine erfolgreiche Karriere als Politikwissenschaftler an der renommierten New York School for Social Research. Er berät nach 1945 die Schöpfer des Grundgesetzes und hilft beim Aufbau der Politischen Wissenschaften in Deutschland. Das Ehepaar Brecht bleibt aber in den USA wohnen.

Wilhelm Dittmann, Volksbeauftragter (1874-1954): Auf dem II. Weltkongress der Kommunistischen Internationale in Moskau liefert sich Dittmann einen offenen Schlagabtausch mit Lenin, dessen Gewaltpolitik er verabscheut. Als leidenschaftlicher Demokrat lehnt Wilhelm Dittmann dann auch konsequent den Übertritt der USPD zur KPD 1920 ab und wird Vorsitzender der verbleibenden Unabhängigen. 1922 geht er zur SPD zurück und wird zum geschäftsführenden Vorsitzenden der Reichstagsfraktion. 1933 emigriert er in die Schweiz, da er als «Novemberverbrecher» auf einer Todesliste der Nazis steht. Seine aufschlussreichen Erinnerungen, die er im Exil verfasst, erscheinen erst Jahrzehnte später. Er stirbt, bald nach seiner Rückkehr in die Heimat, 1954 in Bonn.

Ernst Däumig, USPD-Politiker (1866-1922): Im Dezember 1919 wird er Nachfolger Haases als USPD-Vorsitzender und führt die linke Mehrheit der Partei 1920 in die Vereinigung mit der KPD. Schon im folgenden Jahr verlässt er die Kommunisten jedoch wieder, deren Strategie des gewaltsamen Umsturzes ihm zu radikal und utopisch erscheint. Er kehrt zurück in die Rest-USPD und stirbt 1922.

Heinrich Dorrenbach, Anführer der Volksmarinedivision (1888-1919): Während des Januaraufstandes 1919 wird er von den eigenen Matrosen vor die Tür gesetzt, sie verübeln ihm die eigenmächtige Parteinahme für die Linksradikalen. Nach dem blutigen Ende des Auf-

standes wird er verhaftet, flieht aber aus der Haft. Im Bürgerkriegsjahr 1919 bekennt sich Dorrenbach zur KPD und tritt unter Tarnnamen auf Arbeiterversammlungen auf. Der eigens auf ihn angesetzte rechtsradikale Kriminalbeamte Martin Kirschbaum, ein späterer Gestapomann, spürt ihn in Gotha auf und bringt ihn nach Berlin. Dort wird Heinrich Dorrenbach am 19. Mai 1919, angeblich bei einem Fluchtversuch, Opfer eines Justizmordes und mit Schüssen in den Rücken getötet. In der DDR wird ein Berliner Regiment der Grenztruppen nach ihm benannt – ob das dem freiheitsliebenden Mann gefallen hätte?

Friedrich Ebert, Reichspräsident (1871-1925): Die Generäle der Reichswehr, die aus seinem Bündnis mit dem alten Militär hervorging, verweigern ihm beim rechtsradikalen Kapp-Putsch 1920 die Unterstützung. Der Reichstag verlängert Eberts Amtszeit zwar 1922 bis Juni 1925. Die Geister jedoch, die er aus Sorge vor einem Umsturz nach sowjetischem Muster in Deutschland rief, wird er niemals mehr los. Ebert hat diese Demokratie so ersehnt, ihre Feinde von rechts aber unterschätzt, und sie beherrschen weiterhin Militär, Verwaltung und Justiz. In seinen letzten Jahren wird er Ziel einer beispiellosen persönlichen Hetzkampagne der deutschen Rechten, ein mit diesen sympathisierendes Gericht spricht ihn 1924 des Landesverrates schuldig, weil er sich am Januarstreik 1918 beteiligt habe. Im folgenden Jahr stirbt er an den Folgen einer verschleppten Blinddarmentzündung, körperlich und seelisch zermürbt. Sein Ehrengrab auf dem Heidelberger Bergfriedhof trägt die Inschrift: «Des Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel».

Hugo Haase, Volksbeauftragter (1863-1919): Haase lehnt als USPD-Vorsitzender eine Vereinigung mit der KPD ab, deren Politik mit seinen demokratischen Idealen unvereinbar ist. Am 8. Oktober 1919 feuert der Arbeiter Johann Voss direkt vor dem Reichstag sechs Revolvergeschüsse auf Haase ab, drei davon treffen. Ob dies wirklich, wie es offiziell heisst, die Tat eines Geisteskranken war, wird niemals geklärt. Obwohl die Verletzungen nicht tödlich erscheinen, stirbt Hugo Haase am 7. November an ihren Folgen, einer Blutvergiftung. Sechs Tage später, auf den Dächern Berlins liegt erster Schnee, geben ihm 40'000 Menschen das letzte Geleit. In einer Grabrede hiess es:

*«Frei die Gedanken,
Wahrhaft das Wort,
Fest ohne Wanken –
So lebst Du uns fort!»*

Hilde Kramer, Revolutionärin (1900-1974): Nach dem Ende der Münchner Räterepublik geht sie voller Hoffnung in die Sowjetunion. Sie gibt ihrer eigenen Geschichte dann eine glückliche Wendung, als sie sich 1924 entschliesst, ihren Sohn in Deutschland zur Welt zur bringen. So entgeht sie wohl den stalinistischen Mordwellen der Dreissigerjahre, die viele ihrer Bekannten dort treffen. 1937 gelingt ihr, vom NS-Staat drangsaliert, dank ihres britischen Ehemannes die Ausreise nach London, wo sie ein zweites Leben beginnt. Hilde Kramer tritt in die Labour-Partei ein, arbeitet für die Regierung und später an führender Stelle in der Arbeiterwohlfahrt. Zu den «roten Frauen von Riedererau» rund um die Familie Kaetzler, die ebenfalls ins Exil geht, hält sie zeitlebens Kontakt.

Otto Landsberg, Volksbeauftragter (1869-1957): Emil Barths Intimfeind wird 1919 Reichsjustizminister, tritt aber bereits im selben Jahr aus Protest gegen die harten Bedingungen des Versailler Vertrages zurück. Er vertritt als Anwalt die SPD und auch Friedrich Ebert gegen die rechte Hetzkampagne während dessen letzten Jahren. 1924 bis 1933 für die SPD im Reichstag, emigriert er nach der «Machtergreifung» Adolf Hitlers in die Niederlande. Dort überlebt er die deutsche Besatzung im Versteck bei Freunden. Bis zu seinem Tod bleibt er in Holland.

Georg Ledebour, USPD-Politiker (1850-1947): Er wird 1919 in einem spektakulären Prozess wegen Beteiligung am Spartakusaufstand angeklagt und freigesprochen. Ledebour versucht in den folgenden Jahren ohne Erfolg, die USPD als Partei zu bewahren. Er lehnt den Terror der Bolschewisten in Russland scharf ab und tritt nicht mit über zur KPD. 1933 muss er vor den Nazis in die Schweiz flüchten. Unbeugsam wie stets, prangert er in Zeitungsartikeln trotz schwerer Krankheit die NS-Diktatur an. Er stirbt nach dem Krieg in der Schweiz. Toni Sender, die mit ihm befreundet war, schreibt im Rückblick: «Er war ein Prachtexemplar eines alten Arbeiterführers. ... Er war streitsüchtig und halsstarrig. Aber wir alle schätzten den alten Georg als Kämpfer und Genossen.»⁶

Hermann Müller (1876-1931) wird 1919 zusammen mit Otto Wels zum Vorsitzenden der SPD gewählt und gehört zu jenen Genossen, die keine Alternative zur Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages sehen, den er als Aussenminister unterzeichnet. Müller wird einer der grossen Namen der SPD in der Weimarer Republik und Reichskanzler 1920 und noch einmal 1928-1930. Sein Rücktritt im Streit über die Arbeitslosenversicherung mit der SPD-Fraktion ebnet den Weimarer Rechtsregierungen den Weg, die Müller nicht mehr erlebt. Er stirbt 1931.

Richard Müller, erster Mann der Revolutionären Obleute (1880-1943): Müller findet nie wieder zu seiner alten Rolle als Arbeiterführer zurück. 1920 gehört er mit Däumig zur USPD-Fraktion, die zur KPD übergeht. Für einen freiheitlichen, eigenwilligen Geist wie Müller ist die kommunistische Partei nicht der Ort, an dem er heimisch werden könnte. 1924 enthebt ihn die KPD, der er viel zu kritisch ist, aller Funktionen. Müller zieht sich aus der Politik zurück, Ende der Zwanzigerjahre wird er reich durch Immobiliengeschäfte, die das Herz früherer Genossen für ihn nicht erwärmen. Ob jedoch ein Bericht der kommunistischen *Roten Fahne* von 1931 wirklich zutrifft, er sei zum Spekulanten geworden, der wegen Betrugs an seinen Mietern verurteilt wurde, muss offen bleiben. Seine mehrbändige Geschichte der Novemberrevolution, die er nach der KPD-Zeit verfasste, beeinflusst die 68er-Bewegung in der Bundesrepublik stark und damit indirekt auch die historische, bis dahin negative Bewertung der Rätebewegung.

Gustav Noske, Reichswehrminister (1868-1946), hat Wind gesät und wird Sturm ernten. Das rechte Militär dankt es dem «Bluthund» schlecht, der sich das Heil der Republik von ihm versprach: 1919 muss Noske, gezwungen durch den Versailler Vertrag, der die deutschen Streitkräfte auf 100'000 Mann begrenzt, die bereits vier Mal stärkeren Freikorps auflösen und provoziert so den Kapp-Putsch rechtsradikaler Generäle im folgenden Jahr. Seine Gegner in der SPD, geschart um Otto Wels, erzwingen noch im selben Jahr seinen Rücktritt. Noske wird auf den Posten des Oberpräsidenten der Provinz Hannover abgeschoben, 1933 entlässt ihn der NS-Staat. Die Nazizeit erlebt Noske verbittert und isoliert; wegen seiner Kontakte zum Militärwiderstand, der

ihm einen nachrangigen Posten anbietet, wird er nach dem 20. Juli 1944 verhaftet und verbringt sieben schreckliche Monate im Konzentrationslager Ravensbrück. Nach der Befreiung 1945 lehnt es die SPD ab, ihn wieder eine führende Rolle spielen zu lassen. Im folgenden Jahr stirbt er.

Lothar Popp, Kieler Revolutionär (1887-1980): Er klagte schon bald, die Revolution sei stecken geblieben, und zeigt sich weiterhin als der Lebenskünstler, der er vor dem Krieg war. Er wird Schausteller auf dem Hamburger Dom und fahrender Spielzeugverkäufer, auch tritt er der SPD bei und kandidiert vergeblich für den Reichstag. Popp verabscheut Hitler und Stalin gleichermaßen, zu Beginn der NS-Diktatur gelingt ihm auf abenteuerlichen Wegen die Flucht in die USA. Schon bald führt er in New York ein einträgliches Spielwarengeschäft. Popp, zweimal verheiratet, wird amerikanischer Staatsbürger, seinen Lebensabend verbringt er in Hamburg, wo er sich im hohen Alter plötzlich als gefragter Zeitzeuge wiederfindet. In einem lebhaft geführten Streitgespräch mit dem idealistischen Interviewer Klaus Kuhl kurz vor seinem Tod poltert er: «Reden Sie nicht so einen totalen Unsinn. Die Kommunisten sind die törichtesten Menschen, die die Welt je gesehen hat.»⁷

Fritz Radtke, Kommandant der Volksmarinedivision (1883-1962): Er verlässt die sich auflösende einstige Elitetruppe der Revolution und arbeitet von 1919 an bei der Berliner Kriminalpolizei. Später wird er wegen einer Tuberkulose-Erkrankung Frührentner, wohnt in Berlin-Rudow und wird 1945 zum Kovorsitzenden des Antifaschistischen Komitees Rudow gewählt. Er stirbt am 2. Januar 1962 in Westberlin, ohne dass sich in der Bundesrepublik jemand für seine Lebensgeschichte interessiert hätte.

Philipp Scheidemann, deutscher Ministerpräsident 1919 (1865-1939): Scheidemann nimmt als Regierungschef der Weimarer Koalition schon am 20. Juni 1919 den Hut, weil er den Versailler Vertrag, «das wahnsinnige Diktat», nicht mittragen will.⁸ Zu spät attackiert er als SPD-Abgeordneter das republikfeindliche Gebaren jener Freikorps, deren Schöpfung er im Rat der Volksbeauftragten zustimmte. Scheidemann ruft im Reichstag: «Der Feind steht rechts» (Oktober 1919). 1922 wehrt Scheidemann durch Schüsse aus seinem Browning rechtsradikale Attentäter ab, die ihn mit Blausäure attackieren, als er mit der Tochter und dem achtjährigen Enkelkind einen Waldspazier-

gang macht. Sein Kampf gegen die Geister, die er zumindest mitgerufen hat, geht 1926 weiter, als er die illegale Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Republik enthüllt. 1933 emigriert er und stirbt im November 1939 in Kopenhagen, kurz vor der Besetzung Dänemarks durch die Wehrmacht.

Toni Sender, Revolutionärin (1888-1964): Sie blieb, was sie in der Revolution war: kämpferisch und zugleich pragmatisch. 1919 für die USPD in den Reichstag gewählt, nimmt sie ihr Mandat ab 1922, nach der Vereinigung der Sozialdemokraten mit den Resten der Unabhängigen, für die SPD wahr, bis zum Ende der Republik. 1932 plädiert sie vergeblich für einen Generalstreik zur Rettung der Demokratie. 1933 verbreiten die Nazis die Hetzschrift *Judenspiegel*, auf dem Titel ist Toni Sender zu sehen, zu deren Ermordung offen aufgerufen wird. Sie flieht über die Tschechoslowakei in die USA, wird amerikanische Staatsbürgerin und setzt ihren Kampf gegen die Nazis fort. Später arbeitet sie für die UN-Menschenrechtskommission und die internationale Gewerkschaftsbewegung. Nach Toni Sender ist unter anderem eine Parteischule der SPD benannt. Ihre Autobiografie endet mit einem Dank an Amerika, «dass Du mich aufgenommen hast» – und ihr die Chance gab, weiterhin für jene Ideale einzutreten, «für die die edelsten Menschen kämpften und starben».⁹

Ernst Toller, Kommandant der «Roten Armee» in München (1893-1939): Sein Leben bleibt von der gescheiterten Revolution überschattet. Bis 1924 verbüsst er seine Haftstrafe wegen seiner Rolle in der Räterepublik. Seine Theaterstücke, die er im Gefängnis schrieb, werden Erfolge. Toller bleibt zeitlebens ein leidenschaftlicher Antifaschist. 1933 geht er ins Exil, 1939 nimmt er sich in New York das Leben. In dem expressionistischen Drama *Hinkemann*, das die Versehrungen eines Kriegsheimkehrers schildert, heisst es: «Ich stehe hier, kolossal und lächerlich ... Immer werden Menschen stehen in ihrer Zeit wie ich. Warum aber trifft es mich, gerade mich? ... Wahlos trifft es. Den trifft es und den trifft es. Den trifft es nicht und den trifft es nicht ... Was wissen wir? ... Woher? ... Wohin? ... Jeder Tag kann das Paradies bringen, jede Nacht die Sintflut.»

Otto Wels, Stadtkommandant in Berlin 1918 (1873-1939): Der Mann, der als Stadtkommandant von Berlin während der Revolution

so dramatisch scheiterte, wird zu einer der grossen demokratischen Führungspersönlichkeiten der Weimarer Republik. 1919 zusammen mit Hermann Müller zum SPD-Vorsitzenden gewählt, erzwingt er 1920 nach dem Kapp-Putsch den Rücktritt Noskes als Reichswehrminister. Wels steht fortan für eine kämpferische, heute würden Verfassungsrechtler sagen: wehrhafte Demokratie. Er ist Mitbegründer des republikanischen Kampfbundes «Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold» 1924 und der antinazistischen «Eisernen Front» 1932. Im März 1933 hält er, schon unter Lebensgefahr, die letzte freie Rede im deutschen Reichstag, als er das Nein der SPD zu Hitlers Ermächtigungsgesetz begründet: «Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.» Wels verlässt Deutschland und baut in Prag die Exil-SPD mit auf. Er stirbt am 16. September 1939, kurz nach Kriegsausbruch, in Paris. Den Einmarsch der Wehrmacht 1940 dort muss er nicht mehr erleben. 2017 wird ein Abgeordnetenhaus des Deutschen Bundestages in Berlin nach Otto Wels benannt.

Dank

Als junger Student der Geschichtswissenschaft in Bonn sah ich, in nun längst verflissenen vordigitalen Zeiten, einmal einen unvergesslichen Aushang am Mitteilungsbrett des Historischen Seminars. Darin dankte ein Doktorand zahlreichen Menschen; seinem Professor, dem Tutor, dem Verlag, der netten Gegenleserin und manchen anderen, nicht aber seiner Familie: «Meine Frau und unsere beiden Kinder haben zum Gelingen dieser Dissertation nichts beigetragen, im Gegenteil. Das Buch wäre ohne meine Familie deutlich früher fertig geworden. Aber ich liebe sie.»

Mit der klaren Ausnahme des letzten Satzes kann ich nichts dergleichen sagen. Ich danke meiner Familie einmal mehr von Herzen für Geduld, Leidensbereitschaft, (fast) klaglose Hinnahme arbeitsbedingt ausfallender Kajaktouren sowie jächer Vorträge zum inneren Zustand der Volksmarinedivision unter besonderer Berücksichtigung der Vorweihnachtstage 1918. Mehr Toleranz kann man sich nicht wünschen.

Grossen Dank schulde ich meiner Lektorin beim Piper Verlag, Anne Stadler, für Umsicht, Ermutigung und wertvolle Anregungen; ich danke ausserdem Martin Zwilling, der das Manuskript äusserst kenntnisreich und kundig redigiert und verbessert hat, und Petra Hoffmann für ihre Übersicht und Kompetenz bei der Produktion.

Sabine Kneib, Ulrike Schoch und ihre Kolleginnen und Kollegen bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn ist sehr zu danken für ihre Hilfsbereitschaft, ihre inhaltlichen Hinweise und das Heraussuchen von Dokumenten aus den Tiefen des Archivs. Verbunden weiss ich mich auch meinen Freunden Cord Aschenbrenner und Franz Joseph Freisieder für die Durchsicht des Manuskripts und viele wertvolle Anregun-

gen. Mein Dank gilt ausserdem der Chefredaktion der *Süddeutschen Zeitung*, für freundliche Förderung des Projekts und hier besonders Kurt Kister, mit dem mir Zeitreisen in die Geschichte eine grosse Freude und Bereicherung sind.

Zu danken habe ich nachträglich auch meinem wunderbaren Geschichtspräsidenten Ernst Portner in Bonn, der mich während des Studiums vor einer halben Ewigkeit zu genau dem Thema dieses Buchs ermutigte und mich in seiner freundlich gelassenen Art dauerhaft für die Geschichte begeisterte.

Bibliografie (Auswahl)

Quellen, Erinnerungen u.Ä.:

- Arbeitskreis Verdienter Gewerkschaftsveteranen beim Bundesvorstand des FDGB (Hg.): *1918. Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegungen an die Novemberrevolution*. Berlin (DDR) 1958
- Baden, Prinz Max von: *Erinnerungen und Dokumente*. Stuttgart 1927
- Barth, Emil: *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*. Berlin 1919
- Bericht der Abgeordneten des Feldheeres auf der Tagung aller A.- und S.-Räte in Berlin am 16. Dezember 1918, überreicht vom Vollzugsausschuss des Soldatenrates des Feldheeres bei der Obersten Heeresleitung*. (1918) DES A 98-10749
- Die Berliner Spartakus-Unruhen im März 1919*. Berlin 1919 (o. A.)
- Bernstein, Eduard: *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*. Stuttgart 1904 (OA: 1899)
- ders.: *Die deutsche Revolution 1918/19. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der Republik (1921)*. Hg. von Heinrich August Winkler und annotiert von Teresa Löwe. Bonn 1998
- Bleeeck-Schlombach, Emil: *Die Volks-Marine in Berlin. Wer sind und wer waren die Führer der Volksmarinedivision? Ihr Anteil an der Sicherung der Revolution. Nach autobiographischen Angaben*. Berlin 1919
- Blos, Wilhelm: *Von der Monarchie zum Volksstaat. Zur Geschichte der Revolution in Deutschland, insbesondere in Württemberg*. Stuttgart 1923
- Böhm, Gustav: *Adjutant im Preußischen Kriegsministerium, Juni 1918 bis Oktober 1919. Aufzeichnungen des Hauptmanns Gustav Böhm*. Hg. von Heinz Hörten und Georg Mayer. Stuttgart 1977
- Braun, Adolf (Hg.): *Sturmvögel der Revolution! Aktenstücke zur Vorgeschichte der Revolution*. Berlin 1919
- Braun, Lily: *Kampfjahre*. Aus den Memoiren einer Sozialistin. Bremen 2012 (OA: München 1909/1911)
- Braun, Otto: *Von Weimar zu Hitler*. New York 1940 (2. Aufl.)
- Brecht, Arnold: *Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen eines beteiligten Beobachters 1884-1927*. Stuttgart 1966
- Buchner, Eberhard: *Im Zeichen der roten Fahne. Revolutions-Dokumente. Berlin 1921*. Bd. 1:31. *Oktober bis 30. November 1918* (weitere Bände der auf sechs Bände angelegten Reihe sind nicht erschienen)

- David, Eduard: *Das Kriegstagebuch des Abgeordneten Eduard David 1914-1918*. Bearb. von Susanne Miller, Düsseldorf 1966
- Die deutsche Arbeiter-Revolution. Gedenkschrift über den Verlauf des ersten Revolutionsjahres 1918/19*. Berlin ca. 1919 (o. A.)
- Deutsche Sozialgeschichte. Dokumente und Skizzen*. Bd. 2: 1870-1914. Hg. von Gerhard A. Ritter und Jürgen Kocka. München 1974. Bd. 3: 1914-1945. Hg. von Werner Abeishäuser u. a. München 1985
- Dittmann, Wilhelm: *Die Marine-Justizmorde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918*. Berlin 1926
- ders.: *Erinnerungen*. Bearb. und eingel. von Jürgen Rojahn. 3 Bde., Frankfurt a.M. 1995 (durchlaufend paginiert)
- Ebert, Friedrich: *Private Briefe 1909-1924 (Friedrich Ebert und seine Familie)*. Hg. von Walter Mühlhausen. Bonn 1992
- Eichhorn, Emil: *Eichhorn über die Januar-Ereignisse. Meine Tätigkeit im Berliner Polizeipräsidium und mein Anteil an den Berliner Januar-Ereignissen*. Berlin 1919
- Eisner, Kurt: *Die neue Zeit*. München 1919 (Nachdruck Nikosia 2015)
- Engel, Gerhard: *Aufzeichnungen des Kommandanten der Volksmarinedivision Fritz Radtke. November/Dezember 1918*. In: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 6 (2008), H. 3, S. 74 ff.
- Fischer, Anton: *Die Revolutions-Kommandantur Berlin*. Berlin o.J. (ca. 1921)
- Gerlach, Hellmut von: *Von Rechts nach Links*. Mit einer Einleitung und einem Epilog von Emil Ludwig. Frankfurt a.M. 1987 (OA: Zürich 1937)
- Gerstl, Max: *Die Münchner Räte-Republik*. München 1919
- Groener, Wilhelm: *Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg*. Hg. von Freiherr von Gaertringen. Göttingen 1957
- Gross-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19: *Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates*. Bd. 1: *Vom Ausbruch der Revolution bis zum Reichsrätekongress*. Hg. von Gerhard Engel, Bärbel Holtz und Ingo Materna. Berlin/Boston 1993. Bd. 2: *Vom 1. Reichsrätekongress bis zum Generalstreikbeschluss am 3. März 1919*. Hg. von Gerhard Engel. Berlin 1997
- Grünberg, Karl: *Die sozialistische Volkswehr*. Mit einem Vorwort von Ernst Däumig. Berlin 1919
- Gumbel, Emil Julius: *Vier Jahre politischer Mord*. Mit einem Geleitwort von Albert Einstein. Berlin 1927
- Haase, Ernst (Hg.): *Hugo Haase. Sein Leben und Wirken*. Mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen. Berlin 1929
- Hecht, Ben: *Revolution im Wasserglas. Geschichten aus Deutschland 1919*. Berlin 2006 (engl. OA: 1954)
- Hürten, Heinz (Bearb.): *Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918-1920*. Düsseldorf 1977

- Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.): *Karl Liebknecht. Eine Biographie in Dokumenten*. Berlin (DDR) 1987
- Kessler, Harry Graf: *Tagebücher 1918-1937* (Komplettausgabe), hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli. Frankfurt a.M. 1995
- Klemperer, Victor: *Leben sammeln, nicht fragen, wozu und warum. Tagebücher 1919-1932*. Berlin 1996
- ders.: *Man möchte immer lachen und weinen in einem. Revolutionstagebuch 1919*. Berlin 2015
- Kramer, Hilde: *Rebellin in München, Moskau und Berlin. 1900-1924*. Hg. von Egon Günther. Berlin 2011
- Kunowski, Karl von: *Die letzten Tage der Kaiserlichen Marine 1918. Beim III. Geschwader auf SMS Markgraf als wachhabender Offizier*. Ms. 1978, übertragen von Klaus Kuhl, www.kurkuhl.de/docs/daehnhardt_zeitzeugen_kunowski_manuskript-und-KN-artikel_web.pdf
- Ledebour, Georg/Herzfeld, Joseph (Einleitung): *Ledebour vor den Geschworenen. Eine Verteidigungsrede – eine Anklage gegen die Regierung Ebert-Scheidemann*. Berlin 1919
- Liebknecht, Karl: *Ausgewählte Reden und Aufsätze*. Berlin (DDR) 1952
- Lobadda, Gerd, u. a. (Hg.): *Das rote Nürnberg. Vom Fall des Sozialistengesetzes bis zur Novemberrevolution (Dokumente)*. Nürnberg 1984
- Ludendorff, Erich: *Meine Kriegserinnerungen*. Berlin 1919
- Luxemburg, Rosa: *Gesammelte Werke*. Bd. 4: *August 1914 bis Januar 1919*. Berlin 200 (6. überab. Aufl.)
- Maercker, Georg: *Vom Kaiserheer zur Reichswehr*. Leipzig 1921
- Mann, Golo/Burckhardt, Andreas: *Prinz Max von Baden. Erinnerungen und Dokumente*. Stuttgart 1968
- Matthias, Erich/Pikart, Eberhard (Hg.): *Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918*. Bd. 2. Düsseldorf 1966
- Miller, Susanne (Hg./Bearb.): *Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19*. 2 Bde. Düsseldorf 1969
- Mühsam, Erich: *1919. Dem Andenken Gustav Landauers*. Berlin 1919
- Müller, Hermann: *Die Novemberrevolution. Erinnerungen*. Berlin 1928
- Müller, Richard: *Eine Geschichte der Novemberrevolution. Gesamtausgabe der drei Originalbände (Berlin 1925/28)*. Berlin 2011
- Noske, Gustav: *Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution*. Berlin 1920
- ders.: *Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie*. Offenbach 1947
- Oehme, Walter: *Damals in der Reichskanzlei. Erinnerungen aus den Jahren 1918/1919*. Berlin (DDR) 1958
- Panther, Teo (Hg.): *Alle Macht den Räten! Texte zur Rätebewegung in Deutschland 1918/19*, 2 Bde., Münster 2007
- Popp, Lothar (mit Karl Artelt): *Ursprünge und Entwicklung der Novemberrevolution 1918. Wie die deutsche Republik entstand*. Kiel 1919

- Prager, Eugen: *Geschichte der USPD. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands*. Berlin 1921 [unveränd. Nachdruck: Norderstadt 2014]
- Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsjahr-Parteitag der USPD vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha*. Hg. von Emil Eichhorn. Berlin 1921
- Rausch, Bernhard: *Am Springquell der Revolution. Die Kieler Matrosenerhebung*. Kiel 1918
- Ringelnatz, Joachim: *Als Mariner im Krieg*. Frankfurt a.M. 1965 (OA: 1928)
- Ritter, Gerhard A./Miller, Susanne (Hg.): *Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente*. Frankfurt a.M. 1968
- Rosenberg, Arthur: *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik*. Karlsbad 1935
- Rothert, Rudolf: *Das Berliner Schloss im Zeichen der Novemberrevolution*. Freiburg 1922
- Rück, Fritz: *Schriften zur deutschen November-Revolution 1918*. Hg. von Ulrich Cassel u. a., Stuttgart 1978
- Schäfer, Heinrich: *Tagebuchblätter eines rheinischen Sozialisten*. Bonn 1919
- Scheidemann, Philipp: *Memoiren eines Sozialdemokraten*. 2 Bde., Hamburg 2010 [unveränderter Nachdruck der Volksausgabe von 1928]
- Sender, Toni: *Autobiographie einer deutschen Rebellin*. Hg. von Gisela Brinkler-Gabler. Frankfurt a.M. 1981 (engl. OA: New York 1939)
- Stamper, Friedrich: *Der 9. November. Gedenkbücher zu seiner Wiederkehr*. Berlin 1919
- Toller, Ernst: *Eine Jugend in Deutschland*. Leipzig 1990 (Original: Amsterdam 1933)
- Troeltsch, Ernst: *Spectator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918-1922*. Tübingen 1924
- USPD (Hg.): *Die Wahrheit über die Berliner Strassenkämpfe*. Berlin 1919. Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv, FES A 59280
- Volkswehr. Zeitung für die Soldaten der deutschen Republik*. Nr. 3,1. Jahrgang, 1. Februar 1919. Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv, FES XX 283
- Was hat uns die Revolution gebracht?* Flugschrift (SPD-nah), November 1918. Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv, FES C 01-02293
- Winkler, Heinrich-August/Cammann, Alexander (Hg.): *Weimar. Ein Lesebuch zur deutschen Geschichte*. München 1999
- Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918-1920*. Hg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres. Berlin 1940 Zentralbildungsausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: *Revolutionsfeier. Grundriss für eine Festansprache, nebst einigen Festprogrammen und Gedichten*. Berlin 1919. Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv, FES A 08-03528
- Zentralrat, Berlin: *Vom 1. Rätekongress zur Nationalversammlung. Die Tätigkeit des Zentralrates der sozialistischen Republik Deutschlands*. Berlin 1919. Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv, FES B 2063

Zetkin, Clara: *Ausgewählte Reden und Schriften*. Berlin (DDR) 1957
Der Zusammenbruch der Kriegspolitik und die Novemberrevolution. Beobachtungen und Betrachtungen eines ehemaligen Feldsoldaten. Berlin 1919.
Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv, FES A 27503

Literatur

- Adolph, Hans: *Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894-1939*. Berlin 1971
- Benz, Elisabeth: *Ein halbes Leben für die Revolution. Fritz Rück (1895-1959). Eine politische Biografie*. Essen 2014
- Benz, Wolfgang/Graml, Hermann (Hg.): *Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik*. München 1988
- Benz, Wolfgang/Büttner, Ursula: *Der Aufbruch in die Moderne – das 20. Jahrhundert. Weimar – die überforderte Republik 1918-1933*. Stuttgart 2010 (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, 18, ab 2001)
- Berg, Manfred: *Woodrow Wilson. Amerika und die Neuordnung der Welt. Eine Biographie*. München 2017
- Berthold, Lothar/Neef, Helmut: *Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution. Das Bündnis der rechten SPD-Führung mit der Obersten Heeresleitung November und Dezember 1918*. Berlin (DDR) 1958
- Boebel, Chaja/Wentzel, Lothar (Hg.): *Streiken gegen den Krieg. Die Bedeutung der Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918*. Hamburg 2015 (2. Aufl.)
- Borowsky, Peter: *Zwischen Volksheer und Reichswehr. Die Auseinandersetzung über die deutsche Wehrverfassung*. In: ders.: *Schlaglichter historischer Forschung* (Aus dem Nachlass hg. von Rainer Hering und Rainer Nicolaysen). Hamburg 2005, S. 217 ff.
- Bramke, Werner/Reisinger, Silvio (Hg.): *Leipzig in der Revolution von 1918/1919*. Leipzig 2009
- Büttner, Ursula: *Weimar. Die überforderte Republik. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur*. Stuttgart 2008
- Calkins, Kenneth R.: *Hugo Haase. Democrat and Revolutionary*. Durham (USA) 1979
- Carsten, Francis L.: *Reichswehr und Politik 1918-1933*. Köln, Berlin 1964
- Chlada, Marvin/Haible, Wolfgang: *Fritz Rück und die deutsche Revolution 1918. Berichte und Gedichte aus bewegten Zeiten*. Aschaffenburg 1999
- Clark, Christopher: *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*. München 2013
- Creuzberger, Stefan: *Stalin: Machtpolitiker und Ideologe*. Stuttgart: Kohlhammer, 2009

- Dähnhardt, Dirk: *Revolution in Kiel. Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik*. Neumünster 1978
- Deist, Wilhelm: *Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 14 (1966), S. 341 ff. ders.: *Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch-deutschen Militärgeschichte*. München 1991
- ders.: *Kiel und die Marine im Ersten Weltkrieg*. In: Jürgen Elvert u.a. (Hg.): *Kiel, die Deutschen und die See*. Stuttgart 1992, S. 143 ff.
- Deutsches Marinemuseum Wilhelmshaven (Hg.): *Die Flotte schläft im Hafen ein. Kriegsallday 1914-1918 in Matrosen-Tagebüchern*. Wilhelmshaven 2014
- Easton, Laird M.: *Der rote Graf. Harry Graf Kessler und seine Zeit*. Stuttgart 2005
- Elben, Wolfgang: *Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom November 1918 bis Februar 1919*. Düsseldorf 1965
- Epkenhans, Michael: *Das Bürgertum und die Revolution 1918/19*. Heidelberg 1994
- Erdmann, Karl Dietrich: *Die Weimarer Republik*. München 1981 (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte 19, bis 2001)
- ders.: *Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3 (1955), S. 7 ff.
- Fischer, Fritz: *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland. 1914/18*. Düsseldorf 1984 (Nachdruck der neu bearb. Sonderausgabe aufgrund der 3. Aufl. 1967. Original: 1961)
- Fischer, Kurt: *Die Berliner Abwehrkämpfe 1918/19*. Berlin (DDR) 1966
- Flechtheim, Ossip K.: *Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg*. <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1969/1969-01-a-005.pdf>
- Foerster, Roland (Hg.): *Die Wehrpflicht. Entstehung, Erscheinungsformen und politisch-militärische Wirkung*. München 1994
- Gallus, Alexander (Hg.): *Die vergessene Revolution von 1918/19*. Göttingen 2010
- Gerwarth, Robert/Horne, John (Hg.): *Krieg im Frieden. Paramilitärische Gewalt in Europa nach dem Ersten Weltkrieg*. Göttingen 2013
- Gerwarth, Robert: *Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs*. München 2017
- Gietinger, Klaus: *Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere*. Hamburg 2009
- ders.: *Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung Rosa Luxemburgs*. Hamburg 2009 (neue, durges. u. überarb. Ausg.)
- ders./Wolf, Winfried: *Der Seelentröster. Wie Christopher Clark die Deutschen von der Schuld am Ersten Weltkrieg befreit*. Stuttgart 2017
- Gordon, Harold J.: *Die Reichswehr und die Weimarer Republik*. Frankfurt a.M. 1959

- Grebing, Helga: *Friedrich Ebert: Kritische Gedanken zur historischen Einordnung eines deutschen Sozialisten*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5/1971, S.3ff.
- diess.: *Frauen in der deutschen Revolution 1918/19*. Heidelberg 1994
- Günther, Wolfgang: *Wilhelmshaven in der Revolution 1918/19*. O.O. (Selbstverlag) 1980
- Habeck, Robert/Paluch, Andrea/Trende, Frank (Hg.): *Revolution in Kiel*. Heide 2008
- Haffner, Sebastian: *Die deutsche Revolution 1918/19. Wie war es wirklich?* München 1979 (OA: 1969)
- Heiber, Helmut: *Die Republik von Weimar*. München 1990 (19. Aufl., OA: 1966)
- Herbert, Ulrich: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*. München 2014
- Herwig, Herbert: *Das Elitekorps des Kaisers. Die Marineoffiziere im Wilhelminischen Deutschland*. Hamburg 1977
- Herz, Rudolf/Halfbrodt, Dirk: *Revolution und Fotografie: München 1918/19*. München 1988
- Heymann, Gustava (mit Augspurg, Anita): *Erlebtes – Erschautes: Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden 1850-1940*. Zürich 1941 (Ms.) [unveränderter Nachdruck Meisenheim am Glan 1972]
- Hoegner, Wilhelm: *Die verratene Republik. Deutsche Geschichte 1919-1933*. München 1979 (OA: 1958)
- Höllner, Ralf: *Der Anfang, der ein Ende war. Die Revolution in Bayern 1918/19*. Berlin 1999
- Hoffrogge, Ralf: *Richard Müller – Der Mann hinter der Novemberrevolution*. Berlin 2008
- Hormann, Michael-Jörg/Kliem, Eberhard: *Die Kaiserliche Marine im Ersten Weltkrieg. Von Wilhelmshaven nach Scapa Flow*. O. O., 2014
- Huck, Stefan/Pieken, Gorch/Rogg, Matthias (Hg.): *Die Flotte schläft im Hafen ein. Kriegsalltag 1914-1918 in Matrosentagebüchern*. Katalog zur Ausstellung des Militärhistorischen Museums und des Deutschen Marinemuseums. Dresden/Wilhelmshaven 2014
- Hürter, Johannes: *Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik*. München 1993
- Jones, Mark: *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*. Berlin 2017
- Käppner, Joachim/Wetzel, Jakob (Hg.): *Menschen im Krieg. Europas Katastrophe 1914-1918*. München 2004
- Karl, Michaela: *Die Münchner Räterepublik. Porträts einer Revolution*. Düsseldorf 2008
- Kast, Peter: *Der Rote Admiral von Kiel. Leben und Kampf eines revolutionären Arbeiters*. Berlin 1958
- Kershaw, Ian: *Höllenssturz. Europa 1914 bis 1949*. München 2016

- Kluge, Ulrich: *Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik 1918/19*. Göttingen 1975
- ders.: *Die deutsche Revolution 1918/1919*. Frankfurt a.M. 1985
- Klute, Hilmar: *War einmal ein Bumerang. Das Leben des Joachim Ringelnatz*. Berlin 2015
- Kocka, Jürgen: *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914 bis 1918*. Göttingen 1978
- König, Rudolf/Soell, Hartmut/Weber, Hermann (Hg.): *Friedrich Ebert und seine Zeit. Bilanz und Perspektiven der Forschung*. München 1990
- Kolb, Eberhard: *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik. 1918-1919*. Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1978
- Umbrüche deutscher Geschichte. 1866/71, 1918/19, 1929/33. Ausgewählte Aufsätze*. München 1993
- Kuckuk, Peter (Hg.): *Die Revolution 1918/1919 in Bremen. Aufsätze und Dokumente*. Bremen, 2010
- Lange, Annemarie: *Berlin in der Weimarer Republik*. Berlin (DDR) 1987
- Langer, Bernd: *Revolution und bewaffnete Aufstände in Deutschland 1918-1923*. Göttingen 2009 (2. Auflage)
- Laschitzka, Anneliese: *Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg – eine Biographie*. Berlin 1996
- dies.: *Karl Liebknecht. Eine Biographie in Dokumenten*. Berlin 1968
- dies.: *Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie*. Berlin 2007
- Lucas, Erhard: *Märzrevolution im Ruhrgebiet. März/April 1920*. Berlin 1970
- Luban, Ottokar: *Spartakusgruppe, revolutionäre Obleute und die politischen Massenstreiks in Deutschland während des Ersten Weltkriegs*. In: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 40 (2008), S. 23 ff.
- Machtan, Lothar: *Prinz Max von Baden. Der letzte Kanzler des Kaisers*. Frankfurt a.M. 2013
- Maier, Hans: *Die Ideen von 1914 – Ideen von 1939? Zweierlei Kriegsanfänge*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 38 (1990), S. 525 ff.
- Malanowski, Wolfgang: *November-Revolution 1918. Die Rolle der SPD*. Berlin 1969
- Matthias, Erich: *Zwischen Räten und Geheimräten. Die deutsche Revolutionsregierung 1918/19*. Düsseldorf 1970
- Messerschmidt, Martin: *Militarismus, Vernichtungskrieg, Geschichtspolitik. Zur deutschen Militär- und Rechtsgeschichte*. Paderborn u. a. 2006
- Metzmacher, Helmut: *Der Novemberumsturz 1918 in der Rheinprovinz*. In: *Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein* 168/169 (1967), S. 135 ff.
- Miller, Susanne: *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg*. Düsseldorf 1974
- dies.: *Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920*. Düsseldorf 1978

- dies.: *Das Problem der Freiheit im Sozialismus*, Frankfurt a.M. 1984
- dies./Potthoff, Heinrich: *Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848-1990*. Bonn 1991 (7. Aufl.)
- Mommsen, Hans: *Aufstieg und Untergang der Weimarer Republik*. Berlin 2000
- Mühlhausen, Walter: *Friedrich Ebert. Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten*. (Begleitheft zur Ausstellung) Bonn 1995
- dies.: *Friedrich Ebert. Sein Leben, sein Werk, seine Zeit*. Heidelberg 1999
- dies.: *Friedrich Ebert 1871-1925. Reichspräsident der Weimarer Republik*. Bonn 2006
- Müller, Sven Oliver: *Die Nation als Waffe und Vorstellung. Nationalismus in Deutschland und Grossbritannien im Ersten Weltkrieg*. Göttingen 2002
- Münkler, Herfried: *Dergrosse Krieg. Die Welt 1914-1918*. Reinbek bei Hamburg 2013
- Neidinger, Bernhard: «Von Köln aus kann der Sozialismus nicht proklamiert werden». *Der Kölner Arbeiter- und Soldatenrat im November/Dezember 1918. Darstellung und Edition neu gefundener Quellen*. Köln 1985
- Neitzel, Sönke: *Weltkrieg und Revolution 1914-1918/19*. Berlin 2008
- Neugebauer, Wolfgang (Hg.): *Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und grosse Themen aus der Geschichte Preußens*. New York/Berlin 2001
- Niess, Wolfgang: *Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert*. Berlin/Boston 2013
- Oeckel, Heinz: *Die revolutionäre Volkswehr 1918/19*. Berlin (DDR)
- Oertzen, Peter von: *Betriebsräte in der Novemberrevolution*. Düsseldorf 1963
- Piper, Ernst: *Nacht über Europa. Kulturgeschichte des Ersten Weltkriegs*. Berlin 2013
- Pollnick, Carsten: *Revolution und Räterepublik. Aschaffenburg und die bayrische Räterepublik 1918/19*. Aschaffenburg 2010
- Pyta, Wolfram: *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*. Berlin 1907
- Rosentreter, Robert: *Blaujacken im Novembersturm. Rote Matrosen 1918/1919*. Berlin (DDR) 1988
- Rürup, Walter (Hg.): *Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918/1919*. Wuppertal 1975
- Salewski, Michael (Hg.): *Die Deutschen und die Revolution*. Göttingen/Zürich 1984
- Schneider, Dieter/Kuda, Rudolf: *Arbeiterräte in der Novemberrevolution. Ideen, Wirkungen, Dokumente*. Frankfurt a.M. 1973 (3. Aufl.)
- Schmidt, Ernst-Heinrich: *Heimatheer und Revolution zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution*. Stuttgart 1981
- Schottelius, Herbert/Deist, Wilhelm (Hg.): *Marine und Marinepolitik im kaiserlichen Deutschland 1871-1914*. Düsseldorf 1981 (2. Aufl.)

- Schulze, Hagen: *Freikorps und Republik. 1918-1920*. Boppard 1969
- ders.: *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung*. Frankfurt a.M. 1977
- Schultzendorff, Walther von: *Proletarier und Prätorianer. Bürgerkriegssituationen aus der Frühzeit der Weimarer Republik*. Köln 1966
- Schwarz, Georg: *Kohlepott. Ein Buch von der Ruhr*. Berlin 1931
- Seils, Ernst-Albert: *Hugo Haase. Ein jüdischer Sozialdemokrat im deutschen Kaiserreich. Sein Kampf für Frieden und Gerechtigkeit*. Frankfurt a.M. 2016
- Sonthheimer, Kurt: *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933*. München 1978 (OA: 1962)
- Spiegel Geschichte*, 5/2013: *Der Erste Weltkrieg. 1914-1918: Als Europa im Inferno versank*.
- Stern, Carola/Winkler, Heinrich August (Hg.): *Wendepunkte deutscher Geschichte*. Frankfurt a.M. 1980 (2. Aufl.)
- Stensdorf-Hauck: *Brotmarken und rote Fahnen. Frauen in der bayerischen Revolution und Räterepublik 1918/19*. Frankfurt/M. 1989
- Theweleit, Klaus: *Männerphantasien*. München 2000 (OA: 2 Bde. 1977,1978)
- Ullrich, Volker: *Die Revolution von 1918/19*. München 2009
- Viesel, Hansjörg: *Literaten an die Wand! Die Münchner Räterepublik und die Schriftsteller*. Frankfurt a.M. 1980
- Wehler, Hans-Ulrich: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Bd. 4: *1914-1949. Vom Beginn des Zweiten Weltkriegs bis zur Gründung beider deutscher Staaten*. München 2008 (3. Aufl.)
- Weipert, Axel: *Das Rote Berlin. Eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830-1934*. Berlin 2013
- ders.: *Die zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920*. Berlin 2015
- Wette, Wolfram: *Gustav Noske. Eine politische Biographie*. Hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Düsseldorf 1987
- ders.: *Ernstfall Frieden. Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1914*. Bremen 2017
- Winkler, Heinrich August: *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*. Berlin/ Bonn 1984
- ders.: *Weimar. 1918 bis 1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*. München 1993
- ders.: *Die Geschichte des Westens*. Bd. 1: *Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert*. München 2010. Bd. 2: *Die Zeit der Weltkriege 1914-1945*. München 2016
- Wirsching, Andreas: *Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft*. München 2008
- Witt, Peter-Christian: *Friedrich Ebert. Parteiführer, Reichskanzler, Volksbeauftragter, Reichspräsident*. Bonn 1982

- Wolz, Nicolas: *«Und wir verrosten hier im Hafen»*. Deutschland, Grossbritannien und der Krieg zur See 1914-1918. München 2013
- Wrobel, Kurt: *Die Volksmarinedivision. Gewehre in Arbeiterhand*. Berlin (DDR) 1957
- Ziemann, Benjamin: *Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918-1933*. Bonn 2014

Romane und Erzählungen

- Döblin, Alfred: *November 1918. Eine deutsche Revolution*. Erzählwerk in vier Bänden. München 1977 (OA: 19381F. im Exil)
- Graf, Oskar Maria: *Wir sind Gefangene*. München 1927
- Hessel, Franz: *Spazieren in Berlin*. Berlin 1929
- Kordon, Klaus: *Die roten Matrosen oder: Ein vergessener Winter*. Weinheim/ Basel 1984
- Plievier, Theodor: *Des Kaisers Kulis*. Berlin 1930 (2. Aufl.)
(Nachdruck München 1984)
- ders.: *Der Kaiser ging, die Generäle blieben*. Berlin 1979 (OA: 1932)
- Salomon, Ernst von: *Die Geächteten*. Berlin 1930

Anmerkungen

«Behüt dich Gott, es wär zu schön gewesen»: Einführung

- ¹ «Behüt dich Gott»: zit. n. Niess, *Revolution*, S. 130
- ² «Was auf Weimar folgte»: Winkler, *Weimar*, S. 11
- ³ «Was ist das für ein Volk»: Hoffrogge, *Richard Müller*, S. 7
(Vorwort Wolfgang Wippermann)
- ⁴ Bücher über die Rolle der Gewalt nach dem Ersten Weltkrieg im europäischen Kontext: Gerwarth, *Die Besiegten*; Kershaw, *Höllenstein*; im deutschen: Jones, *Anfang*.
- ⁵ «Kein anderes Ereignis deutscher Geschichte»: Vorwort von Fritz Fischer zu Malanowski, *November-Revolution*, S. 9
- ⁶ Erdmann, *Geschichte (Vierteljahrshefte)*, S. 7
- ⁷ «Beschwörung der abschreckenden bolschewistischen Kontrastfigur»: *Müller, Regierung der Volksbeauftragten* (1), S. XV
- ⁸ «dass der Novemberumsturz»: Kolb, *Umbrüche*, S. 244 und 245
- ⁹ «Ich würde es heute anders schreiben»: Haffner, *Revolution*, S. 220
- ¹⁰ «ihrer nahezu allseitigen posthumen Unbeliebtheit»: Axel Schildt: *Der lange November – zur Historisierung einer deutschen Revolution*. In: Gallus, *Vergessene Revolution*, S. 224
- ¹¹ Niess, *Revolution*, S. 420
- ¹² Vorurteile gegen die SPD: so etwa bei den sonst verdienstvollen Werken von Hoffrogge, *Richard Müller*; Gietinger, *Konterrevolutionär*. Auf der Gegenseite beispielsweise Mühlhausen, *Friedrich Ebert* (2006) mit hagiografischen Zügen.
- ¹³ «Wenn sie 1918 gewusst hätten»: zit. n. Sontheimer, *Antidemokratisches Denken*, S. 303

«Dann fahr mal alleine los!»: Oktober 1918 – eine deutsche Revolution

- ¹ «Wir verfeuern unsere letzten 2'000 Schuss» und Geschehnisse auf der SMS *Thüringen*: vgl. Malanowski, *Novemberrevolution*, S. 15 ff.
- ² «In den Krankenhäusern»: zit. n. Alexander Rost: *Als die Matrosen meuter-*

- ten. November 1918 – Wendemarke deutscher Geschichte. In: *Die Zeit*, 18. Oktober 1968
- ³ «starke Erbitterung herrschte»: zit. n. Jörg Beuthner: *Der Matrosenaufstand in Wilhelmshaven*. NDRinfo – Zeitzeichen, 29. Oktober 2013 (ndr.de). Die Ausstellung hiess «Die Flotte schläft im Hafen ein!»
- ⁴ «Wir geldlosen Offiziere»: Ringelnatz, *Mariner*, S. 310
- ⁵ SMS: Die dem Namen der Schiffe der kaiserlichen Marine vorangestellte Abkürzung bedeutet «Seiner Majestät Schiff».
- ⁶ «Geh weg, Schwein, stinkt»: zit. n. Stefan Huck: «*Ein getreues Bild meiner Erlebnisse und Beobachtungen*». Über die Erinnerungen der Matrosen Stumpf und Linke und ihre Autoren. In: Huck u. a., *Flotte*, S. 20
- ⁷ «der Besatzung zur Gewissheit»: Rausch, *Springquell*, S. 7
- ⁸ «Schmeisst die Arbeit nieder»: zit. n. www.kiel.de/kultur/stadtarchiv/erinnerungstage
- ⁹ «Greift uns der Engländer an»: zit. n. Malanowski, *November-Revolution*, S. 15
- ¹⁰ «ernste Unruhen»: zit. n. Günther, *Wilhelmshaven*, S. 8
- ¹¹ «Die Kerle wurden darauf aufmerksam gemacht»: Tagebuch Hipper, zit. n. Wolz, «*Und wir verrosteten*», S. 237
- ¹² «Von ‚B 97‘ und weitere Szenen: zit. n. *Leipziger Volkszeitung*, 16. November 1918 (Buchner, *Zeichen*, S. 211) mit dem ganzen Bericht des leider nicht namentlich genannten Verfassers
- ¹³ «wie bei Ösel oder im Kanal»: Ösel ist Teil der baltischen Inseln, welche die kaiserliche Marine 1917 beim Landungsunternehmen «Albion» eroberte. Mit dem Kanal meint der Briefschreiber den Ärmelkanal, wo die Torpedoboote in kleinere Gefechte mit der Royal Navy gerieten, welche die deutsche Nordseeküste blockierte.
- ¹⁴ «Ich apelliere an Sie»: Brief des Genossen Karl Bock an seine Schwester vom November 1918 aus dem SED-Parteiarchiv, zit. n. www.kurkehl.de
- ¹⁵ «schwimmenden Särgen»: Scheidemann, *Memoiren* (2), S. 271
- ¹⁶ «Der Krieg geht für die Reichen»: zit. n. Rausch, *Springquell*, S. 9
- ¹⁷ «Um das proletarische Bewusstsein vieler Schiffbauer»: zit. n. Rosentreter, *Blaujacken*, S. 31
- ¹⁸ Hassprediger der Dolchstosslegende: zum Beispiel Konteradmiral a.D. Brüninghaus, als Kommandant Teilnehmer der Schlacht am Skagerrak 1916, in seinem Buch *Die politische Zersetzung und die Tragödie der deutschen Flotte* (1926), in dem er den beiden sozialistischen Parteien systematische Unterwanderung der Mannschaften unterstellt.
- ¹⁹ «Vater Lampl muss selbst mit eingreifen»: Plievier: *Des Kaisers Kulis*, S. 20.
- ²⁰ «Soldaten, schiesst nicht»: Interview mit Volker Ullrich, Abschrift, Teil I, 1972. www.kurkuhl.de/docs/interviews_popp_ullrich_daehnhardt.pdf
- ²¹ «der Geist der Meuterei»: zit. n. Dähnhardt, *Revolution*, S. 57
- ²² «Wir tun niemandem etwas!» Rausch, *Springquell*, S. 13

- ²³ «Das konnte mehr sein»: Scheidemann, *Memoiren* (2), S. 267
- ²⁴ «Im fahlen Licht der Gaslaternen»: Dähnhardt, *Revolution*, S. 65
- ²⁵ «dass deutsche Marinesoldaten auf ihresgleichen schiessen»: Popp/Artelt, *Ursprünge*, S. 13 ff.
- ²⁶ «Der Leutnant Steinhäuser kriegte einen mit dem Kolben»: zit. n. www.kurkuhl.de/de/novrev/zeitzeugen.html
- ²⁷ «an den Leichen der Gefallenen»: Popp/Artelt, *Ursprünge*, S. 14
- ²⁸ «Soldat soll gehorchen»: zit. n. *Leipziger Volkszeitung*, 16. November 1918 (Buchner, *Zeichen*, S. 211)
- ²⁹ «Der Vater war selbst Beamter» und folgende Zeitzeugen-Zitate: zit. n. www.kurkuhl.de/de/novrev/zeitzeugen.html
- ³⁰ «Hören Sie doch mal zu!»: www.kurkuhl.de/docs/popp.pdf
- ³¹ «Der hatte ein Holzbein» und Biografie von Lothar Popp nach der Abschrift der Interviews von Ullrich und Dähnhardt: www.kurkuhl.de/docs/interviews_popp_ullrich_daehnhardt.pdf. Über Pops Biografie kurz auch Dähnhardt, *Revolution*, S. 34 ff.
- ³² «Sie nannten uns in Kiel die ‚Henke-Garde‘»: Wie vorherige Anmerkung, Interview Ullrich.
- ³³ «die Niederkämpfung des Utilitarismus»: Dähnhardt, *Revolution*, S. 56
- ³⁴ Schiesserei auf den *König*, Version des Kapitäns: nach Dähnhardt, *Revolution*, S. 97 und Anm. 425. Dähnhardt übernimmt die Version des Kapitäns anhand von dessen Aufzeichnungen im Bundesarchiv-Militärarchiv, fragt aber nicht, ob der Kapitän nicht naheliegende Motive für eine solche eher nach Notwehr klingende Darstellung des Geschehens gehabt haben könnte.
- ³⁵ «Wir richteten gezieltes Feuer»: zit. n. Rosentreter, *Blaujacken*, S. 54. Der Autor Robert Rosentreter war der führende Marinehistoriker der DDR, er zitiert hier die getippten Lebenserinnerungen Kurt Kluges, die sich in seinem Besitz befanden. Rosentreters Buch, erschienen 1988, ist materialreich und enthält einige Abweichungen von der offiziellen SED-Linie, etwa wenn er den Kieler Aufstand zu Recht als spontan und unideologisch motiviert schildert. Insgesamt bleibt es doch so parteilich, dass man es mit erheblichen Vorbehalten lesen muss.
- ³⁶ «mit stolzer Trauer meine letzte Verwandtenpflicht»: Walter Zenker: *Mein Leben 1864-1927*. www.zenker.se/Anor/lebensbeschreibung_walther_zenker.shtml
- ³⁷ «sie sich im Kampf ums Dasein»: Boris Barth: *Dolchstosslegende und Novemberrevolution*. In: Gallus, *Revolution*, S. 122
- ³⁸ «Der Dampfer fuhr vorerst nicht ab»: zit. n. Dähnhardt, *Revolution*, S. 98
- ³⁹ Erlebnisse von Karl John: Karl John: *Rote Bahnen über Kiel*. In: Institut für Marxismus-Leninismus, *Illustrierte Geschichte*, S. 256 f. Bei dem Schiff könnte es sich um den Kreuzer SMS *Fürst Bismarck* handeln, das frühere Flaggschiff der kaiserlichen Ostasienflotte. John, Jahrgang 1892, wird spä-

ter Mitglied der KPD und in der DDR Delegierter auf SED-Parteitag und Mitglied der Kreisleitung der Leuna-Werke. Der Bericht klingt in diesem Teil authentisch.

- ⁴⁰ Popp auf dem Kriegsschiff: www.kurkuhl.de/docs/popp.pdf
- ⁴¹ «Bahnhof unter Feuer nehmen»: Popp/Artelt, *Ursprünge*, S. 16f.
- ⁴² Flucht des Prinzen Heinrich: nach Dähnhardt, *Revolution*, S. 103 ff.
- ⁴³ «Für die Matrosen bestand der wesentliche Punkt»: Wette, *Noske*, S. 212
- ⁴⁴ Vorgänge in Kiel: vgl. Ritter/Miller, *Revolution*, S. 59 (Dok. 9)
- ⁴⁵ Bericht Wilhelm Waalkes, Aufnahme des Staatlichen Rundfunks der DDR, 1988. Audiodatei auf www.ndr.de/kultur/geschichte/chronologie/waalkesioo.html
- ⁴⁶ «Er forderte die Offiziere auf»: Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 29
- ⁴⁷ «Wäre es in einem anderen Land denkbar gewesen»: Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 31

Rückblick: Die SPD und das Kaiserreich bis 1918

- ¹ «Deutschland wurde unter Wilhelm II»: Rosenberg, *Entstehung*, S. 40
- ² «In vieler Hinsicht war Deutschland»: Münkler, *Dergrosse Krieg*, S. 21
- ³ «Vom Bürgertum verlangte Bismarck»: Rosenberg, *Entstehung*, S. 16
- ⁴ «Fluchtpunkt der Modernisierungskrise»: Herbert, *Geschichte*, S. 59
- ⁵ «Ist der verkommen»: aus der unter dem Pseudonym Daniel Frymann veröffentlichten Schrift von 1912 (Leipzig): *Wenn ich der Kaiser wär*
- ⁶ «Für eine konstitutionelle Diktatur»: Herbert, *Geschichte*, S. 79
- ⁷ Enquetekommission 1910, Antworten: zit. n. *Deutsche Sozialgeschichte* (1), S. 283 ff.
- ⁸ «Weder Kaiser noch Könige»: zit. n. Miller/Potthoff, *Kleine Geschichte*, S. 60
- ⁹ «Aus dem Hof der riesigen Mietskaserne»: Hessel, *Spazieren*, S. 54
- ¹⁰ «Herrscher!» und Trotzki-Zitat: zit. n. Ruth Jung: *Vor 100 Jahren gipfelte Schiessbefehl im «Petersburger Blutsonntag»*. Deutschlandfunk, 22. Januar 2005, www.deutschlandfunk.de/vor-100-jahren-gipfelte-schiessbefehl-im-petersburger.871.de.html
- ¹¹ «In Russland wird der Kampf»: *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906*, Berlin 1906, S. 232
- ¹² «Die entscheidende»: Miller, *Problem*, S. 118
- ¹³ «Die Kugel mitten in der Brust»: zit. n. Miller, *Problem*, S. 324ff. (Hervorhebungen im Original)
- ¹⁴ «was sie heute in Wirklichkeit ist»: Bernstein, *Voraussetzungen*, S. 165
- ¹⁵ «Für die Diktatur des Proletariats»: zit. n. Winkler, *Geschichte*, S. 16
- ¹⁶ Otto Wels gegen den Massenstreik 1913: vgl. Adolph, *Otto Wels*, S. 48 ff.

- ¹⁷ «allen Versuchen» (Zitat vom Kölner Gewerkschaftskongress 1905): zit. n. Mario Bungert: *Uneins – aber einig? Zur Geschichte des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften*, www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/newsletter
- ¹⁸ «Sie können sich fast ausrechnen» und folgendes Zitat: Gustav Noske, 10. Juni 1913. Reichstags-Protokolle, www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003386_00241.html
- ¹⁹ «Sie bevölkerten mit ihren bunten Uniformen»: Seils, *Haase*, S. 71
- ²⁰ «Nun ists gerade dieser Stand»: August Bebel, 27. November 1893. www.reichstagsprotokolle.de/Blatt3_k9_bsb00018686_oo114.html
- ²¹ «Auf diese Weise ragte ein Stück Absolutismus»: Winkler, *Geschichte*, S. 15
- ²² «Er sprach mit dem Freimut»: *Die Zeit*, 29. Januar 1965
- ²³ «das Los der Soldaten zu verbessern»: *Verhandlungen des Deutschen Reichstages*, Bd. 228, 24. April 1907, S. 1066 (Zitat Gustav Noske)
- ²⁴ «Ein unbewaffnetes Volk»: zit. n. Rosenberg, *Entstehung*, S. 250
- ²⁵ «Sie werden sich mit der Tatsache»: Gustav Noske, 10. Juni 1913. Reichstags-Protokolle, www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003386_00241.html
- ²⁶ «Kampf auf Leben und Tod»: zit. n. Neugebauer, *Kaiserreich*, S. 445
- ²⁷ Details der Generalstabsstudie von 1907: zit. n. Deist, *Militär*, S. 122
- ²⁸ «Der König von Preußen»: zit. n. Foerster, *Wehrpflicht*, S. 58
- ²⁹ «Ihr habt Euch Mir mit Leib und Seele ergeben»: *Schulthess Europäischer Geschichtskalender*, Neue Folge 7 (1981). München 1892, S. 141
- ³⁰ «Die Standesehre»: zit. n. Seils, *Haase*, S. 176
- ³¹ «Wir sind selbstverständlich der Meinung» und weitere Noske-Zitate nach Wette, *Noske*, S. 66 f.
- ³² «Den Frieden bekräftigen wir»: zit. n. Wette, *Noske*, S. 82, der den Vorgang ausführlich schildert.
- ³³ Scheidemann 1912 in der Salle Wagram: nach Scheidemann, *Memoiren* (1), S. i8iff.
- ³⁴ «Nicht schiessen wollen wir auf euch»: Scheidemann, *Memoiren* (1), S. 224
- ³⁵ «Gegen die, die versuchen»: Eduard David, 3. Dezember 1912, Reichstags-Protokolle, www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003353_00228.html
- ³⁶ «In der Tatsache, dass immer breitere Volkskreise»: Gustav Noske, 10. Juni 1913. Reichstags-Protokolle, www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003386_00241.html
- ³⁷ «Die erlittenen Qualen»: Schulze, *Otto Braun*, S. 118
- ³⁸ «Glauben unsere herrschenden»: zit. n. Richard Müller, *Geschichte*, S. 47

Burgfrieden, Friedhofsruhe: Im Ersten Weltkrieg

- ¹ «Das klassenbewusste Proletariat»: *Vorwärts*, 25. Juli 1914 (Sonderausgabe)
- ² «Kein Tropfen Blut»: zit. n. Seils, *Haase*, S. 447f.
- ³ «Heute abend lautet die Parole»: zit. n. <http://blog.sozialdemokratie1914.de/Archive/526>
- ⁴ «aber auch alte Semester im Germanenbart»: Scheidemann, *Memoiren* (1), S. 235 f.
- ⁵ «Das an mich aus Berlin gesandte Telegramm»: zit. n. <http://blog.sozialdemokratie1914.de/Archive/date/2014/07/pageZ2>
- ⁶ Treffen zwischen Jaurès und Ferry: nach Volker Ullrich: *Krieg dem Krieg*. In: *Die Zeit*, 3. September 2009
- ⁷ «Kein einziges der Anliegen»: Clark, *Schlafwandler*, S. 717. Clarks Buch stellt partiell die These von Fritz Fischer von 1961 infrage, wonach Deutschlands «Griff nach der Weltmacht» die Hauptschuld am Krieg trage, und hat damit eine lebhafte Debatte ausgelöst, die aber nicht Gegenstand dieses Buchs ist. Neuerdings zur Kritik an Clarks Thesen: Gietinger, *Seelentröster*
- ⁸ «treffender die Stimmung»: Mühlhausen, *Ebert (Reichspräsident)*, S. 72
- ⁹ Dialog Haase-Ebert: zit. n. Grebing, *Friedrich Ebert*, S. 10. Die Authentizität dieses Gesprächs ist nicht belegt, es könnte aber, «selbst wenn es nur erfunden wäre, genau so stattgefunden haben», so Helga Grebing, die grosse Historikerin der SPD (ebenda).
- ¹⁰ Friedrich Engels Theorie zum Volkskrieg und die SPD 1914: nach Rosenberg, *Entstehung*, S. 70 ff.
- ¹¹ «Die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter»: Gottfried Schramm: *1914 – Sozialdemokraten am Scheideweg*. In: Stern/Winkler, *Wendepunkte*, S. 70
- ¹² «Als die niedergehende Sonne»: Heinrich Ströbel: *Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten* (Broschüre). Zit. n. Richard Müller, *Geschichte*, S. 49
- ¹³ «Die Fraktion wurde Opfer»: zit. n. Seils, *Haase*, S. 470
- ¹⁴ «Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache»: zit. n. Richard Müller, *Geschichte*, S. 49
- ¹⁵ «Man darf behaupten, dass die Ideen von 1914»: zit. n. Maier, *Ideen*, S. 528
- ¹⁶ «die in einzelnen Fällen»: zit. n. Metzmaker, *Novemberumsturz*, S. 143
- ¹⁷ Erinnerungen Paul Peschke (1890-1983): nach Arbeitskreis, *1918*, S. 172
- ¹⁸ «Ihr ungezählten Millionen»: zit. n. Rainer Traub: *Die grosse Irreführung*. In: *Spiegel Geschichte*, 5/2013: *Der Erste Weltkrieg*, S. 111
- ¹⁹ «Noch lief das Karussell sommerlicher Freuden»: zit. aus dem Jahr 1927 nach Benz, Elisabeth, *Fritz Rück*, S. 49 f.
- ²⁰ «so hatte der opportunistisch»: zit. n. Arbeitskreis, *1918*, S. 123
- ²¹ «verfügte Deutschland»: Winkler, *Geschichte* (2), S. 31

- 22 «Wir sind eingeseift worden»: David, *Kriegstagebuch*, S. 32
- 23 «Karl Liebknecht»: Flechtheim, *Liebknecht*, Seite 7ff.
- 24 «Wie uns angeblich noch keiner» und folgendes Liebknecht-Zitat: zit. n. www.marxists.org/deutsch/archiv/liebknecht/1907/mil-antimil/a-02.htm#gru
- 25 «Jedes Zuchthaus wäre Erlösung» und folgendes Zitat: zit. n. Laschitz, *Liebknechts*, S. 265 u. 267
- 26 «Gerade der Starke darf zuerst»: zit. nach Seils, *Haase*, S. 503
- 27 «die vollständige Liquidation der Idee» und folgendes Zitat: zit. n. Rausch, *Geschichte*, S. 78 u. 79
- 28 «Wir führen nicht Krieg gegen einzelne»: Creuzberger, *Stalin*, S. 111
- 29 «Säbel und Soldatenstiefel»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 525
- 30 «Wir streiken nicht aus Kohlrübengründen»: zit. n. Hoffrogge, *Richard Müller*, S. 124 ff, Dok. 4
- 31 «alles bis aufs äusserste gespannt»: zit. n. IML, *Illustrierte Geschichte*, S. 27 f.
- 32 «das grösste Ereignis in der Geschichte»: zit. n. Haase, *Hugo Haase*, S. 157 f.
- 33 «Eine unsühnbare Schuld» (Hindenburg) und folgendes Groener-Zitat: zit. n. Richard Müller, *Geschichte*, S. 97
- 34 «Richard Müller»: Barth, *Werkstatt*, S. 11
- 35 «eine in der Geschichte der Arbeiterbewegung einmalige Kombination»: Einleitung zu Richard Müller, *Geschichte*, S. 13
- 36 «Auf den Konferenzen»: zit. n. Ralf Hoffrogge: *Opposition gegen den Burgfrieden im Ersten Weltkrieg 1914-1918*, archiv/labournet.de/diskussion/geschichte/hoffrogge.pdf, S. 31
- 37 «Die Obleute geben in einer Facharbeiterversammlung»: Oertzen, *Betriebsräte*, S. 75
- 38 «Es war ruhig, fast unheimlich still»: Richard Müller, *Geschichte*, S. 114
- 39 «nicht zu billiges, aber verständliches Unternehmen»: Scheidemann, *Memoiren* (1), S. 402 h
- 40 «sich schwerster Bestrafung»: zit. n. IML, *Illustrierte Geschichte*, S. 31 (Originaldokument)
- 41 «um ihrem Friedenswillen»: zit. n. Lobodda, *Das rote Nürnberg* 3, S. 240 (Dok. 63a)
- 42 «lautes Sprechen und Singen schallte hinüber»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 480
- 43 Verhaftung Wilhelm Dittmanns im Treptower Park, 31. Januar 1918: nach Dittmann, *Erinnerungen*, S. 527 ff.
- 44 «Über eine Stunde verging»: Richard Müller, *Geschichte*, S. 117
- 45 «die Verbrecher am Vaterlande»: zit. n. Müller, *Nation*, S. 232. Das als «Kreuz-Zeitung» bekannte Blatt «Neue Preußische Zeitung» trug diesen Namen eigentlich nur im Untertitel.

- ⁴⁶ «qualifizieren ihn seine dicken Brillengläser»: Hoffrogge, *Richard Müller*, S. 58
- ⁴⁷ «Arbeiter! Genossen!»: zit. n. IML, *Illustrierte Geschichte*, S. 31
- ⁴⁸ «Alle Anwesenden wussten»: Barth, *Werkstatt*, S. 23
- ⁴⁹ «im Labyrinth linker Positionen»: Benz/Graml, *Lexikon*, S. 57 (Beitrag Imanuel Geiss)
- ⁵⁰ «sich in die Psyche des deutschen Arbeiters» und folgende Barth-Zitate: Barth, *Werkstatt*, S. 30 u. 33
- ⁵¹ «Sie glaubten, dass das revolutionäre Empfinden»: Barth, *Werkstatt*, S. 24
- ⁵² «Den Einfluss, den Richard Müller»: zit. n. Hoffrogge, *Richard Müller*, S. 65

Novembersturm: Die Throne wanken

- ¹ «Von hier waren im Kraftwagen»: Ludendorff, *Kriegserinnerungen*, S. 477
- ² «Der heutige Siegesrausch»: zit. n. Pyta, *Hindenburg*, S. 328. Wolfram Pyta äussert sich hier sehr abwägend über die Erfolgsaussichten der Offensive, die er als «allerletzte Chance» für einen Sieg im Westen bezeichnet. Dieser war angesichts der amerikanischen Verstärkung m. E. selbst dann ausgeschlossen, wenn die Deutschen Paris erreicht hätten.
- ³ «schon lange nicht als auf der Höhe befindlich»: diese Beobachtung des Kronprinzen Wilhelm zit. n. Pyta, *Hindenburg*, S. 328
- ⁴ «Oft habe ich bei der Beobachtung der Leute»: zit. n. Sven-Felix Kellerhoff: *Der schwarze Tag*. In: *Die Welt*, 8. August 2008
- ⁵ «Ringsum, durch den feuchten Nebel»: zit. n. Alexander Fasse: *Im Zeichen des «Tankdrachen». Die Kriegführung an der Westfront 1916-1918*, Kap. 12: <https://edoc.hu-berlin.de/dissertationen/fasse-alexander-2007-06-2i/HTML/chapteri2.html>
- ⁶ «In den frühen Morgenstunden» (Tagebuch Maximilian Mohr): zit. n. Joachim Mohr: «Tod und Verderben». *Mein Opa Maximilian erlebte die Hölle von Verdun*. In: *Spiegel/Geschichte* 5/2013: *Der Erste Weltkrieg*, S. 35 f.
- ⁷ «die tollsten Orgien des Imperialismus» und folgende Zitate bei: Seils, *Haase*, S. 623
- ⁸ «geeignet, die Bevölkerung zu beunruhigen»: zit. n. Miller, *Bürde*, S. 26
- ⁹ «ein hilfloser Greis»: Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 9
- ¹⁰ «Wir seheri keine Möglichkeit» und folgendes Zitat von Susanne Miller: Miller, *Bürde*, S. 27
- ¹¹ «Wollen wir jetzt keine Verständigung»: zit. n. Matthias/Pikart, *Reichstagsfraktion*, S. 442; vgl. die ausführliche Beschreibung der Szene bei Winkler, *Weimar*, S. 22
- ¹² «Die Sozialdemokratie wollte den Sieg Deutschlands»: Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 133
- ¹³ «salonfähig geworden»: Haffner, *Revolution*, S. 20

- 14 «Forcierung und Gefährdung»: Wilhelm Pieck: *Die Gründung der KPD – Erinnerungen an die Novemberrevolution*. In: Arbeitskreis, 1918, S. 34; zum Kontaktabbruch vgl. Luban, *Spartakusgruppe*, S. 35 f.
- 15 «und er hat sich mit Worten»: Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 14
- 16 «als echter Rheinländer»: Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 11
- 17 «sass ich – sehr wider Willen –»: Scheidemann, *Memoiren* (2), S. 184
- 18 «ihre Zustimmung zum Eintritt in das Kabinett»: Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 12
- 19 «Der Feind konnte somit an einzelnen Stellen»: *Der deutsche Heeresbericht*, 27. September 1918
- 20 «Die Leute wären beim ersten Erscheinen»: zit. n. Erich von Tschischwitz: General v. d. Marwitz, Berlin 1940, S. 324 (Eintrag zum 29.9.1918)
- 21 «Hier gibt es nur noch krumme»: zit. n. Malanowski, *November-Revolution*, S. 13
- 22 «Umgang mit Damen von der Halbwelt»: zit. n. Christoph Jahr: *Wer fehlt? Etwa Du?* In: *Die Zeit*, Nr. 23/2014
- 23 Fritz Rück im D-Zug: zit. n. Benz, *Ein halbes Leben*, S. 102 ff.
- 24 «Nur kleine Abschürfungen habe ich»: Haase, *Hugo Haase*, S. 163 ff. (Brief vom 25. September)
- 25 «Ist das alles?»: zit. n. Chlada/Haible, *Fritz Rück*, S. 102
- 26 «Ich rechne noch mit grösseren Verfolgungen»: Haase, *Hugo Haase*, S. 163 (Brief vom 25. September)
- 27 «Bist du von Gott verlassen»: zit. n. Susanne Miller: *Friedrich Ebert und die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg*. In: König u. a., *Friedrich Ebert*, S. 66
- 28 «mit in die Konkursmasse des Kaiserreichs» und folgendes Zitat: Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 11
- 29 «Wenn es zu Friedensverhandlungen kommen sollte»: zit. n. Schulze, *Otto Braun*, S. 220
- 30 «historisch sinnlos»: Mann/Burckhardt, *Prinz Max*, S. 47
- 31 «Wäre in der Öffentlichkeit seit Monaten»: Rosenberg, *Entstehung*, S. 224
- 32 «In allen früheren Revolutionen»: *Rote Fahne*, 21. Dezember 1918, im Rückblick geschrieben
- 33 «Die Heeresleitung stellte sich bewusst» und folgendes Zitat: Groener, *Lebenserinnerungen*, S. 466
- 34 Erklärung Hindenburgs am 1. Oktober 1918 im Grossen Hauptquartier, Tagebuchnotizen des Obersten von Thaer: nach Ritter/Müller, *Revolution*, S. 22 ff.
- 35 «Die illegale Organisation wuchs»: Barth, *Werkstatt*, S. 31
- 36 «die äusserste Kraftanstrengung»: Barth, *Werkstatt*, S. 33
- 37 «Aber Barth»: Barth, *Werkstatt*, S. 44
- 38 «Sie dürfen niemanden von uns für einen solchen Esel halten»: Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 11

- 39 «die Geschicke des deutschen Volkes werden durch dunkle Mächte» (*Bergische Arbeiterstimme*, Solingen, 6. November 1918): zit. n. Buchner, *Im Zeichen*, S. 64 (Dok. 62)
- 40 «Die Reform von oben»: Ullrich, *Revolution*, S. 25
- 41 «dann wird der Katze»: Scheidemann, *Memoiren* (2), S. 262; der Kaiser in Spa: vgl. Pyta, *Hindenburg*, S. 344 ff.
- 42 «Was ist das?»: Scheidemann, *Memoiren* (2), S. 267
- 43 «Als der 5. November sich mit blutrotem Schein»: Rausch, *Springquell*, S. 20
- 44 «ganz natürliche Folge»: zit. n. Hürter, *Groener*, S. 16
- 45 «Die Aussicht, sich in einer jungen Republik»: *Vorwärts*, 5. November 1918
- 46 Begegnung zwischen Wilhelm Groener und den Führern von MSP und Gewerkschaften im Reichskanzlerpalais am 6. November 1918: vgl. u. zit. n. Max von Baden, *Erinnerungen*, S. 591 ff.
- 47 «Die Toten reiten schnell»: zit. nach Seils, Haase, S. 642
- 48 «Rings um uns häuften sich»: zit. n. Ritter/Miller, *Revolution*, S. 60 (Dok. 10)
- 49 Umsturz in Koblenz: Metzmacher, *Novemberumsturz*, S. 192 ff.
- 50 «Die Nacht verlief verhältnismässig ruhig»: *Hamburger Nachrichten*, 7. November 1918
- 51 «Die Feldgrauen drangen in die Kasernen ein»: zit. n. Ritter/Miller, *Revolution*, S. 57 (Dok. II., 8a)
- 52 «so, dachte ich mir, muss die Revolution aussehen»: Kramer, *Rebellin*, S. 49
- 53 «Der Bruderkrieg der Sozialisten»: zit. n. Ritter/Miller, *Revolution*, S. 59 (Dok. II., 8ba)
- 54 «Keiner zweifelte an Eisners völlig reinen Absichten»: Klemperer, *Man möchte*, S. 85 (Artikel vom 22. Februar 1919)
- 55 «nicht sehr grossen Mann mit wallendem Haupthaar»: Graf, *Gefangene*, S. 317
- 56 «Ist es nicht etwas Wunderbares»: zit. n. Karl, *Räterepublik*, S. 26; hier auch die Episode mit der Wäsche Ludwigs III.
- 57 «Dunst aus Bier und Rauch und Volk»: zit. n. Winkler/Cammann, *Weimar. Ein Lesebuch*, S. 45
- 58 «Er solle sich ruhig in den Blocks verschanzen»: Zit. nach Karl Heise, Adam Büttner: *1909-1984. 75 Jahre. Die bayerische SPD in Schweinheim bei Aschaffenburg*. Aschaffenburg 1984, S. 14L
- 59 «irgendeinen Beamten»: zit. n. Pollnick, *Revolution*, S. 44
- 60 «der Schutzmann müsse sich doch»: zit. n. Pollnick, *Revolution*, S. 44
- 61 «Wenn der Kaiser nicht abdankt»: Prinz Max von Baden, *Erinnerungen*, S. 599
- 62 «In zwölfter Stunde»: Richard Müller, *Geschichte*, S. 148

- ⁶³ «Achtung, Parteigenossen!»: zit. n. Schulze, *Otto Braun*, S. 222 (Hervorhebung im Original)
- ⁶⁴ «Staatsgerichtshof zur Feststellung und Aburteilung»: zit. n. Miller, *Bürde*, S. 66; zum Parteitag vgl. Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 14ff.
- ⁶⁵ «dass nicht nur die Arbeiter»: Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 14
- ⁶⁶ Besuch des Geheimrats Simons bei Hugo Haase, 31. Oktober 1918. Zit. n. Haase, *Hugo Haase*, S. 170, Brief vom 1. November
- ⁶⁷ «Heute früh 7 ^ Uhr»: zit. n. Kolb, *Umbrüche*, S. 246ff.
- ⁶⁸ «Derartige Einrichtungen»: Miller/Ritter, *Revolution*, S. 59 (Dok. 9)
- ⁶⁹ «ungeordnet und in fideler Stimmung»: zit. n. www.naumburg-geschichte.de/geschichte/revolution, ohne Autor und Jahr
- ⁷⁰ «Alles kommt darauf an»: zit. n. Malanowski, *November-Revolution*, S. 52
- ⁷¹ «Wann wird der Prinz nun endlich»: Scheidemann, *Memoiren* (2), S. 279
- ⁷² «und leichte Feldartillerie» und folgendes Zitat: Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 150 ff.
- ⁷³ Brücke hinüber ins bürgerlich-demokratische Lager: vgl. Büttner, *Weimar*, S. 37 ff.
- ⁷⁴ Kriegsbedingter Nationalismus in der SPD: So schrieb der Reichstagsabgeordnete Ernst Heilmann 1915: «Mars regiert die Stunde. Nicht Vernunft und Gerechtigkeit, sondern nur siegreiche Waffen und politische Klugheit werden den Frieden bringen ... In diesem Kampfe bestimmt nur Deutschlands Interesse die Mittel!» zit. n. Noske, *Erlebtes*, S. 46
- ⁷⁵ «Als ich in die Freiheit zurückkehrte»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 565
- ⁷⁶ «Wir Sozialdemokraten waren Kulturmenschen»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 571
- ⁷⁷ «Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren»: zit. n. Dittmann, *Erinnerungen*, S. 571. Er führt das Gedicht hier eigens an, um zu begründen, warum die Revolution 1918 gegenüber den Vertretern der alten Gewalten so friedfertig blieb. Max Kegel (1850-1902) war Sozialdemokrat und Arbeiterdichter. Der «Sozialistenmarsch», verfasst für den Erfurter Parteitag der SPD 1891, ist sein bekanntestes Werk und war damals sehr populär. Die erste Strophe lautete:

*Auf, Sozialisten, schliesst die Reihen!
Die Trommel ruft, die Banner weh'n.
Es gilt die Arbeit zu befreien,
es gilt der Freiheit Auf erstehn!*

*Der Erde Glück, der Sonne Pracht,
des Geistes Licht, des Wissens Macht,
dem ganzen Volke seis gegeben,
Das ist das Ziel, das wir erstreben.*

Das ist der Arbeit heiliger Krieg!
Das ist der Arbeit heiliger Krieg!
Mit uns das Volk! Mit uns der Sieg!
Mit uns das Volk! Mit uns der Sieg!»

⁷⁸ «Eins ist den russischen Sowjets not»: Liebknecht, *Ausgewählte Reden*, S. 368 (Dok. 447)

⁷⁹ «Freiheit ist immer nur»: Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 4, S. 359

«Es lebe die deutsche Republik»: Der 9. November 1918

¹ «nichts, was ihn von anderen Tagen abhob»: Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 241

² «Es ist unmöglich, auch nur einen Mann» und folgendes Zitat: zit. n. Miller, *Bürde*, S. 81

³ «Dann geht hin» zit. n. Adolph, *Otto Wels*, S. 77

⁴ «seine Leute nicht mehr in der Hand zu haben»: Schäfer, *Tagebuchblätter*, S. 46

⁵ «Jetzt ist es an Euch»: zit. n. Adolph, *Otto Wels*, S. 78

⁶ «die Schreckensnachricht»: Prinz Max von Baden, *Erinnerungen*, S. 360

⁷ «Völliges Versagen der Nordreserve»: zit. n. Malanowski, *November-Revolution*, S. 55

⁸ «Väter und Grossväter»: zit. *Deutsche Sozialgeschichte* (3), S. 247 f.

⁹ «Wir brauchten das Urteil der Führer» und folgende Zitate: Groener, *Lebenserinnerungen*, S. 456 ff.

¹⁰ «in Ruhe und Ordnung zurück in die Heimat»: Groener, *Lebenserinnerungen*, S. 460

¹¹ «dass wir es zur Vermeidung von Blutvergiessen» und folgende Zitate: Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (1), S. 4 ff. (Dok. 1a)

¹² «noch von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden soll» und folgende Zitate: Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (1), S. 10 ff. (Dok. ic)

¹³ «armiert wie eine Festung»: Eichhorn, *Januar-Ereignisse*, S. 8

¹⁴ «Unbehelligt liess man sie passieren»: Lange, *Berlin*, S. 13

¹⁵ «Maschinengewehrschützen und Funker» sowie folgendes Zitat: Rotheit, *Berliner Schloss*, S. 7

¹⁶ Das Stadtschloss am 9. November 1918: nach der Darstellung von Rotheit, *Berliner Schloss*, S. 8 ff.

¹⁷ «eine ungeheure Volksmenge»: *Berliner Lokal-Anzeiger*, 9. November 1918 (Spätausgabe), zit. n. Buchner, *Zeichen*, S. 131

¹⁸ Zur Debatte um Scheidemanns Memoiren und sein angebliches Motiv, Liebknecht zuvorkommen zu wollen: vgl. neuerdings Seils, *Haase*, S. 664

¹⁹ «ein sicheres Gespür dafür»: Winkler, *Weimar*, S. 33

- ²⁰ «schwenkten die Helme»: *Vossische Zeitung*, 10. November 1918
- ²¹ «Drei Matrosen mit Pfannkuchen-Mützen»: Hecht, *Revolution*, S. 47. Auch die zeitliche Abfolge ist unkorrekt, Hecht verlegt die Szene in die Abendstunden.
- ²² «Halbpart zu machen» und Koalitionsangebot der MSPD: nach Miller, *Bürde*, S. 91
- ²³ «kompetente Partei- und Fraktionskörperschaft»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 558
- ²⁴ «dass sie in der Reichskanzlei»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 558
- ²⁵ «Da sassen nun die Leuchten und Grössen»: Barth, *Werkstatt*, S. 57
- ²⁶ Begegnung Liebknechts mit Hellmut Gerlach: Gerlach, *Von Rechts*, S. 227f.; Hellmut Gerlach (1866-1935) wandte sich nach einer Jugend auf einem schlesischen Gut der demokratischen Bewegung zu. Während der Revolution wird er vorübergehend Unterstaatssekretär im preußischen Innenministerium. In der Weimarer Republik ist er zeitweise Vorsitzender der «Deutschen Liga für Menschenrechte» und Chefredakteur der *Weltbühne*. Er gilt als Lehrmeister Carl von Ossietzkys. 1933 geht Gerlach ins Exil und stirbt zwei Jahre später in Paris.
- ²⁷ «Als er aber der Partei das Bolschewistensystem»: Bernstein, *Revolution*, S. 65 (Fussnote, angefügt als «persönliche Bemerkung»)
- ²⁸ «die gemässigten Mitglieder der Partei»: Bernstein, *Revolution*, S. 66
- ²⁹ «wie Haase sich stellen würde»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 559
- ³⁰ «Ihre Familien kamen völlig aufgelöst»: zit. n. Laschitza, *Liebknechts*, S. 392
- ³¹ «Es sind ihm zu diesem Zwecke»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 560
- ³² «Bewaffnete Arbeiter und Soldaten»: Seils, *Haase*, S. 665
- ³³ «Man war gewohnt, den Sozialismus» (1919), zit. n. Miller, *Bürde*, S. 103
- ³⁴ «grössten aller Revolutionen» (10. November 1918): zit. n. Niess, *Revolution*, S. 17
- ³⁵ «Wir waren im eigentlichen Sinne» (Rede zur Eröffnung der Nationalversammlung am 6. Februar 1919 in Weimar), zit. n.: Mühlhausen, *Ebert (Reichspräsident)*, S. 106

«Das Gefühl, dass etwas fehlte»: Die Regierung der Volksbeauftragten

- ¹ «Du Hund»: Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 70
- ² «Sie hatten damit keinen Erfolg»: Richard Müller, *Geschichte*, S. 265
- ³ «Es darf kein Scheidemann mehr»: zit. n. Bernstein, *Revolution*, S. 75
- ⁴ Liebknecht-Rede im Zirkus Busch: zit. n. Laschitza, *Liebknechts*, S. 394 ff.
- ⁵ «ein persönliches Fiasko»: Ullrich, *Revolution*, S. 37
- ⁶ «Das ist der Kampf!»: Barth, *Werkstatt*, S. 62
- ⁷ «verhetzt»: so bei Laschitza, *Liebknechts*, S. 394, der diese Begründung

- offenbar genügt und die die Frage, warum Liebknecht so wenige Anhänger in der Versammlung hatte, mit dem Hinweis auf mangelnde Einlasskontrollen abtut.
- ⁸ «der Spartakusanhang»: Prager, *Geschichte*, S. 185, hier bezogen auf die Reichsrätekonferenz Mitte Dezember 1918.
- ⁹ «Eine starke Unbekümmertheit um die Folgen»: Bernstein, *Revolution*, S. 108
- ¹⁰ «Spartakus fehlte die Massenorganisation»: Wilhelm Pieck: *Die Gründung der KPD – Erinnerungen an die Novemberrevolution*. In: Arbeitskreis, 1918, S. 46
- ¹¹ «förderten bei ihm nicht gerade die Bewertung»: Mühlhausen, *Ebert (Reichspräsident)*, S. 124
- ¹² «Wir müssen uns entschieden gegen die Methode»: zit. n. Haase, *Hugo Haase*, S. 78
- ¹³ «Mit Haase und Dittmann»: Scheidemann, *Memoiren (2)*, S. 326
- ¹⁴ «Hierzu hat mich die Revolution autorisiert»: Barth, *Werkstatt*, S. 80
- ¹⁵ «So kam es, dass die drei Unabhängigen»: Scheidemann, *Memoiren (2)*, S. 326
- ¹⁶ Otto Landsberg: vgl. Matthias, *Zwischen Räten*, S. 35 ff; Benz/Graml, *Lexikon*, S. 199 ff.
- ¹⁷ «Am Abend rief ich die Reichskanzlei an»: Groener, *Lebenserinnerungen*, S. 467
- ¹⁸ «auf meinen Bündnisvorschlag ein»: Groener, *Lebenserinnerungen*, S. 468
- ¹⁹ «die OHL mit dem Reichskanzler Ebert» (Befehl an das deutsche Feldheer vom 10. November 1918): zit. n. Ritter/Miller, *Revolution*, S. 93
- ²⁰ «Hätte die Regierung der Volksbeauftragten»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 569
- ²¹ «grausamen Bedingungen»: Scheidemann, *Memoiren (2)*, S. 317
- ²² «Der siegreiche Entente-Militarismus»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 575
- ²³ «verhängnisvollen Paradoxien zwischen den Weltkriegen»: Miller, *Bürde*, S. 175
- ²⁴ Zur Diskussion um das Bündnis vgl. Kluge, *Revolution*, S. 405 ff.
- ²⁵ «nicht den Typ des monarchistischen Reaktionärs»: Kluge, *Revolution*, S. 142
- ²⁶ «von dem Wunsche beseelt (Erlass des Rates der Volksbeauftragten an das Feldheer vom 12. November 1918): zit. n. Ritter/Miller, *Revolution*, S. 94
- ²⁷ Barth und das «Bündnis» Ebert-Groener: Miller, *Regierung der Volksbeauftragten (1)*, S. 105
- ²⁸ «die Vorgesetzten im Einvernehmen mit den Soldatenräten»: Miller, *Regierung der Volksbeauftragten (1)*, S. 42 (Dok. 11)
- ²⁹ «Der Bruch, der Einsturz der Burgen»: 23. November 1918, zit. n. Malanowski, *November-Revolution*, S. 135

- 30 «Wir leben vollkommen ruhig»: Klemperer, *Leben*, S. 66
- 31 Ringelnetz und die Revolution in Cuxhaven: nach Ringelnetz, *Mariner*, S. 298 f.
- 32 «an vielen öffentlichen Gebäuden»: zit. n. *Deutsche Sozialgeschichte* (3), S. 248
- 33 «mit Vater noch ein wenig zur Revolution»: zit. n. Winkler/Cammann, *Weimar. Ein Lesebuch*, S. 47
- 34 Vorratskammern im Stadtschloss: *Berliner Tageblatt*, 20. November 1918
- 35 «Ich bitte einen Augenblick um Gehör» (18. November 1918): zit. n. Buchner, *Zeichen*, S. 279 (Dok. 337)
- 36 «Verschwinden die Fahnen des alten Regimes»: zit. n. Buchner, *Zeichen*, S. 333 (Dok. 406)
- 37 «vornehmlichste Sorge»: Metzmacher, *Novemberumsturz*, S. 246f.
- 38 «Soldaten mit roten Armbinden»: zit. n. Winkler, *Weimar*, S. 47
- 39 «In der Nacht zum Freitag»: zit. n. *Bonn im Ersten Weltkrieg*, <http://bonn1914-1918.de>
- 40 Überfall in Heinsberg: Metzmacher, *Novemberumsturz*, S. 253 ff.
- 41 «die sich schon wieder Rechte nimmt»: Gross-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte (1), S. 77 ff.
- 42 «Ich gewann bald grosse Achtung»: Brecht, *Aus nächster Nähe*, S. 214
- 43 «Dass Ebert selbst und weite Kreise»: Brecht, *Aus nächster Nähe*, S. 224
- 44 «Die Reichskanzlei war ein Haus des Feudalismus»: Oehme, *Reichskanzlei*, S. 30. Der Journalist und Schriftsteller Walter Oehme (1892-1969) erlitt in der DDR ein trauriges Schicksal: Als kommissarischer Oberbürgermeister von Görlitz wurde er 1945 aus politischen Gründen von der Sowjetischen Militäradministration verhaftet. Er sass bis 1956 im Zuchthaus Bautzen ein. 1963, im Zuge der Entstalinisierung, wurde er vom Obersten Gericht der UdSSR rehabilitiert. Dem Buch *Damals in der Reichskanzlei*, erschienen vierzig Jahre nach der Revolution, wurde noch ein besonders linientreues Nachwort beigegeben, das die «Ränke, den Verrat der SPD-Führung an den Volksinteressen und die opportunistischen Schwächen und Halbheiten der rechten USPD-Führer» anprangert. Dennoch hebt sich Oehmes Werk als Blick eines Insiders der Reichskanzlei von den Stereotypen historischer DDR-Bücher aus jener Zeit deutlich genug ab, um ein wichtiger Beitrag zur Regierung der Volksbeauftragten zu sein. Über Oehme vgl. aus eigenem Erleben wohlwollend Brecht, *Aus nächster Nähe*, S. 206 f.
- 45 Der falsche Reichskanzler: Brecht, *Aus nächster Nähe*, S. 209 f.
- 46 «Nun sehen Sie sich das an»: Oehme, *Reichskanzlei*, S. 25
- 47 «manches in Kauf nahmen»: Haase, *Hugo Haase*, S. 173
- 48 «wenn man von einigen erregten Äusserungen»: Oehme, *Reichskanzlei*, S. 46
- 49 «Die Schwierigkeiten»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 575

- ⁵⁰ «es drohe der Zerfall des Reichs»: Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (i), S. 137
- ⁵¹ «Wird es uns gelingen, das Reich zusammenzuhalten?»: Scheidemann, *Memoiren* (2), S. 327
- ⁵² «Vertreter einer Zeit»: *Münchener Neueste Nachrichten*, 29. November 1918
- ⁵³ «grossartiges Stück Neuordnung»: *Die Hilfe*, 28. November 1918, zit. n. Seils, *Haase*, S. 684
- ⁵⁴ «Kein Zweifel, nur eine sozialistische Regierung»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 573
- ⁵⁵ «Sozialpolitik und Wahlrecht»: Rosenberg, *Geschichte*, S. 29
- ⁵⁶ Kriegsziele der Industrie ab 1914: vgl. Fischer, *Griff*, S. 96 ff. mit Zitat
- ⁵⁷ «Wie kann man auch das Unternehmertum»: zit. n. Malanowski, *November-Revolution*, S. 67
- ⁵⁸ «Die freien Gewerkschaften waren während des Krieges»: Winkler, *Revolution*, S. 78
- ⁵⁹ «Alles Staatseigentum war dem Zugriff der Entente ausgesetzt»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 576
- ⁶⁰ «die lebenswichtigen Betriebe»: Ritter/Miller, *Revolution*, S. 237 (Dok. XI. 1)
- ⁶¹ «dass keine unvernünftigen Experimente»: *Vorwärts*, 5. Dezember 1918
- ⁶² «Notstandspakt oder Strukturreform»: Mühlhausen, *Ebert (Reichspräsident)*, S. 188
- ⁶³ «in einen blühenden Villenpark»: Nachwort von A. Hofer zu Karl Kautsky: *Die Sozialisierung der Landwirtschaft*. Berlin 1932, S. 132
- ⁶⁴ «ausser ein paar Furchen Kartoffelfland»: Gerlach, *Von Rechts*, S. 151
- ⁶⁵ Arbeiterräte gegen Landräte in Ebenrode und Allenstein: *Ostpreußenblatt*, 20. Februar 1999; Noske, *Von Kiel*, S. 99
- ⁶⁶ «Ich bin noch sehr unzufrieden mit Berlin» (12. November 1918): zit. n. Elben, *Problem*, S. 5
- ⁶⁷ «Behörden und Beamte»: Ritter/Miller, *Revolution*, S. 94, Aufruf vom 12. November 1918 (Dok. IV 4d)
- ⁶⁸ «Ich weiss, dass es vielen schwer werden wird»: Ritter/Miller, *Revolution*, S. 75 (Dok. II18)
- ⁶⁹ «vorläufigen Weiterführung»: zit. n. Matthias, *Zwischen Räten*, S. 54
- ⁷⁰ «nicht mit politischer Neutralität verwechseln»: Matthias, *Zwischen Räten*, S. 50
- ⁷¹ «Wenn das parlamentarische System»: zit. n. Elben, *Problem*, S. 31
- ⁷² «mit dem komplizierten Betrieb»: zit. n. Mühlhausen, *Ebert (Reichspräsident)*, S. 123
- ⁷³ «Der Posten des Kriegsministers» und folgende Diskussion: Miller, *Regierung der Volksbeauftragten*, S. 6 ff. (Dok. 1a). Bei den beiden Verfassern des Protokolls handelt es sich um Staatssekretär Haussmann und Geheimrat Simons.
- ⁷⁴ «Das ist nun die Stunde der Machtübernahme»: Ebert, *Private Schriften*,

S. 115. Zu Koeths Rolle vgl. Malanowski, *November-Revolution*, S. 68: «Er herrschte über Hütten und Häfen, Bahnen und Bergwerke. Er bestimmte, was, wieviel, von wem produziert wurde. Er verfügte über ein Heer von staatlichen Angestellten, die ebenso gut einen Friedenssozialismus hätten managen können. Aber die Ebert-SPD wollte ebenso wenig sozialisieren wie sie revoltieren wollte.» Dabei lässt Malanowski freilich den extremen Zeitdruck der Demobilisierung aufgrund der Bedingungen der Siegerstaaten gänzlich ausser Acht.

⁷⁵ «Gegen den Besitz, dachte man»: Dieses bemerkenswerte Zitat von 1932 nach Niess, *Revolution*, S. 19 u. Anm. 10

⁷⁶ «Schillernd wie Öl auf dem Wasser»: Kurt Tucholsky (als Ignaz Wrobel) in: *Die Weltbühne*, 12. und 19. April 1927

⁷⁷ «Dass Demokratie auch ihrerseits Herrschaft» (Oktober 1919): zit. n. Kolb, *Arbeiterräte*, S. 407

⁷⁸ «In diesem Chaos hat jeder»: zit. n. Miller, *Bürde*, S. 164, aus den ersten Novembertagen 1918

⁷⁹ «dass das Staatssekretariat»: Barth, *Werkstatt*, S. 66

⁸⁰ «Die Reichsmaschine ist ein etwas komplizierterer Apparat»: zit. n. Elben, *Problem*, S. 33

⁸¹ «Die harten Waffenstillstandsbedingungen» (Brief vom 26. November 1918): Haase, *Hugo Haase*, S. 173

⁸² «Hass, Ablehnung, misstrauische Neugier»: Braun, *Weimar*, S. 43

⁸³ «Das störrischste Pferd»: Braun, *Weimar*, S. 48

⁸⁴ «Die Geheimräte tanzten ihm auf der Nase herum»: Gerlach, *Von Rechts*, S. 33 ff.

⁸⁵ «Sie sabotierten die Republik»: Gerlach, *Von Rechts*, S. 229

⁸⁶ «Alle Pyramiden hatten neue Spitzen»: Gerlach, *Von Rechts*, S. 228

⁸⁷ Beigeordnete der Reichsbehörden: vgl. Matthias, *Zwischen Räten*, S. 61 ff.

⁸⁸ «auch nicht den Versuch eines Widerstandes»: zit. n. Miller, *Bürde*, S. 167

⁸⁹ «Gross, schlank, vornehm, sorgfältig gekleidet»: zit. n. Miller, *Bürde*, S. 115

⁹⁰ «Mich liess der Gedanke nicht los»: Blos, *Monarchie*, S. 22

⁹¹ «Tatsächlich ist bei den Richtern»: Kurt Tucholsky (als Ignaz Wrobel) in: *Die Weltbühne*, 12. und 19. April 1927

⁹² «Das Fazit der ersten Woche» (Rosa Luxemburg Mitte November 1918): zit. n. Eberhard Kolb: *Die steckengebliebene Revolution*. In: Stern/Winkler, *Wendepunkte*, S. 97

Und bist du nicht willig: Die Gewalt des Militärs

- 1 «nicht ganz ernst»: Brecht, *Aus nächster Nähe*, S. 222
- 2 «Von den Verhandlungen der Matrosen»: zit. n. Gross-Berliner Arbeiterund Soldatenräte (1), S. 621. Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 152
- 3 Bericht Hermann Gräber: zit. n. Bernstein, *Revolution*, S. 114 ff., vgl. Mühlhausen, *Ebert (Reichspräsident)*, S. 132 ff., der ebenfalls davon ausgeht, dass nicht entschieden werden könne, ob Ebert von dem Putschversuch wusste.
- 4 «verfassungsmässige Verhältnisse»: *Vorwärts*, 7. Dezember 1918
- 5 «Die Vollzugsratsmitglieder sassen alle ruhig»: Barth, *Werkstatt*, S. 82
- 6 «hatte sich mit seinen neuen Kameraden bald angefreundet»: Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 145
- 7 «Damit wir endlich zu geregelten Zuständen kommen»: *Vossische Zeitung*, 7. Dezember 1918
- 8 «Den Ruf, der an mich ergangen ist»: zit. n. Mühlhausen, *Ebert (Reichspräsident)*, S. 133
- 9 «Wir wollen den Liebknecht fangen»: zit. n. Böhm, *Adjutant*, S. 94
- 10 «Wir baten wiederholt die Menge»: *Vorwärts*, 9. Dezember 1918
- 11 Zusammenstoss zwischen Soldaten und Demonstranten am 6. Dezember 1918: vgl. ausführlich Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 144 ff.; Kluge, *Soldatenräte*, S. 220 ff. sowie Jones, *Anfang*, S. 95 ff.
- 12 «Er war völlig erschöpft und erschüttert»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 582
- 13 «der kaltblütig aus dem Fenster sah»: *Vorwärts*, 8. Dezember 1918
- 14 «Deine Art Gutgesinnter muss schon verzeihen»: zit. n. Pyta, *Hindenburg*, S. 384
- 15 «das im Kriege zusammengebrochene Heer»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 589
- 16 «Abends um 11 pflegte er sich mit dem Grossen Hauptquartier telefonisch zu verständigen»: Aussage Wilhelm Dittmanns im Ledebour-Prozess 1919, *Ledebour vor den Geschworenen*, S. 554
- 17 «Die OHL hat sich rückhaltlos»: zit. n. Carsten, *Reichswehr*, S. 20
- 18 «weil mir berichtet wird, dass auch Sie»: zit. n. Carsten, *Reichswehr*, S. 21
- 19 «Hätte sich das politische»: Winkler, *Revolution*, S. 68
- 20 «Ebert war kein Mann, der allen Forderungen»: Mühlhausen, *Ebert (Reichspräsident)*, S. 131
- 21 «Der Feldmarschall und ich»: zit. n. Mühlhausen, *Ebert (Reichspräsident)*, S. 131
- 22 «auf den Sandhaufen»: *Vorwärts*, 9. Dezember 1918
- 23 «Hanswurstiade»: *Vorwärts*, 8. Dezember 1918
- 24 «Ebert sich die Ohren zu»: Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (1), S. 317
- 25 100'000 Spartakisten: Hürten, *Revolution*, S. 23 (Dok. 8)

- ²⁶ «deutet alles daraufhin»: Kluge, *Soldatenräte*, S. 232 (Hervorhebung im Original), mit einer sehr ausführlichen und der noch immer gründlichsten Analyse des Geschehens vom 6. Dezember 1918, S. 222 ff.
- ²⁷ «Die Revolution bedarf der Sicherung» (12. November 1918): zit. n. Gross-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte (1), S. 44 (Dok. 26)
- ²⁸ «politisch doch gar nicht auf der Höhe» und weitere Zitate Ernst Däumigs (Sitzung des Vollzugsrats vom 16. Dezember 1918): Gross-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte (1), S. 71 ff. (Dok., 45)
- ²⁹ «Plan einer Regierungstruppe»: Kluge, *Soldatenräte*, S. 248
- ³⁰ «Volkswehr dilatorisch behandeln» (26. Dezember 1918): zit. n. Hürten, *Revolution*, S. 35 (Dok. 12)
- ³¹ «Das Kriegsministerium wird uns nicht helfen können»: zit. n. Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (1), S. 248 (Dok. 37)
- ³² Historiker in Ost und West über die Soldatenwehr und andere Wehren: vgl. ausführlich Kluge, *Soldatenräte*, S. 167 ff.
- ³³ «Soldaten! Zuchtlosigkeit und Uneinigkeit»: zit. n. Buchner, *Zeichen*, S. 274 (Dok. 330)
- ³⁴ «in grosser Zahl» und folgendes Zitat: Kluge, *Soldatenräte*, S. 176. Die Protokolle der Regierung der Volksbeauftragten geben hier keinen Aufschluss.
- ³⁵ «Die Volksbeauftragten hätten wohl die Reichsbank anweisen können»: Fischer, *Revolutions-Kommandantur*, S. 8
- ³⁶ «Nach einigen Tagen»: Fischer, *Revolutions-Kommandantur*, S. 10
- ³⁷ Zu Suppe und vergleichbaren Verbänden vgl. Schultze-Zendorff, *Proletarier*, S. 33ff.; der Polizist und frühere Soldat gehört neben Ulrich Kluge bis heute zu den wenigen Autoren, die sich ausführlicher mit der Geschichte republiktreuer Einheiten befassen; das Buch stammt von 1966. Allerdings ist die Quellenlage sehr unbefriedigend.
- ³⁸ Döblin-Zitat: Döblin, *November 1918* (2), S. 386h
- ³⁹ «zu Spartakus»: zit. n. Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (2), S. 27 (Dok. 69)
- ⁴⁰ «die Sicherheits- und Soldatenwehren aller Art»: Hürten, *Revolution*, S. 69 (Dok. 20)
- ⁴¹ «Wir gehen jetzt in die Höhle des Löwen»: Barth, *Werkstatt*, S. 80
- ⁴² «Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung»: zit. n. Hürten, *Revolution*, S. 22 (Dok. 7)
- ⁴³ «Wenn sie gebraucht wurde»: Noske, *Von Kiel*, S. 62
- ⁴⁴ 90 Mann mit Maschinengewehren: vgl. Miller, *Regierung der Volksbeauftragten*, S. 106 (Dok. 78)
- ⁴⁵ «Die steht immer mit den anderen»: Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (2), S. 99 (Dok. 78)
- ⁴⁶ «Freude und Hoffnung zerstört»: zit. n. *Biographische Datenbank der Bundesstiftung Aufarbeitung: Emil Eichhorn*, www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr

- 47 »Der 4jährige Krieg«: Eichhorn, *Eichhorn über die Januar-Ereignisse*, S. 22
- 48 »eine Menge unsauberer Leute«: Eichhorn, *Eichhorn über die Januar-Ereignisse*, S. 23
- 49 »mit der Eichhornschen Schutzwehr«: zit. n. Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (2), S. 106 (Dok. 78)
- 50 Der »weiße« und der »rote« Terror: Brecht, *Aus nächster Nähe*, S. 213
- 51 »so daß bei dem Hinauseilen von Wels und Frau«: Fischer, *Adjutant*, S. 21
- 52 »der Gegenrevolution, wie sie leibt und lebt«: *Die Rote Fahne*, 23. November 1918
- 53 Zur Republikanischen Volkswehr in Österreich: Karl Glaubauf: *Die Wiener Volkswehr 1918 – 1920 und die Gründung der Republik. Provisorische Republiksschutztruppe gegen Habsburger-Restauration und kommunistische Revolutionsversuche*, https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Geschichte/Die_Wiener_Volkswehr_1918_-1920
- 54 »Die militärische Kommandogewalt« (Brief Hindenburgs an Ebert vom 8. Dezember 1918): zit. n. Ritter/Miller, *Revolution*, S. 121 ff. (Dok. V. 6.); hier auch die folgenden Stellen aus dem Aktionsplan des Generalkommandos Lequis (Dok. V. 6b) und dem Tagebucheintrag des Obersten von Thaer (Dok. V. 7)
- 55 »schon in mir bestehenden Plan«: zit. n. Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (1), S. 316 (Dok. 51)
- 56 »Nun stehen im großen Umkreis von Berlin«: zit. n. Miller/Ritter, *Revolution*, S. 126 (Dok. V. 7)
- 57 »ein verbrauchtes Instrument«, zit. n. Kluge, *Soldatenräte*, S. 235
- 58 Entwaffnung der Frontruppen Bd. 1: Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, S. 573
- 59 Bericht des Potsdamer Soldatenrates Heyne vor dem Vollzugsrat: Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte Bd. 1, S. 632; vgl. auch Bericht des Vorwärts, 9. Dezember 1918
- 60 Groener an Ebert und an Lequis, 9. Dezember 1918: zit. n. Kluge, *Soldatenräte*, dessen detaillierter und bis heute maßgeblicher Forschungsarbeit der Verfasser bei der Darstellung des Putschversuchs vom 10. Dezember hier folgt.
- 61 Eid auf die deutsche Republik: Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (1), S. 304 f. (Dok. 46)
- 62 »Die alten Machthaber«: *Freiheit*, 11. Dezember 1918
- 63 »Sektgelage in Posen«: zit. n. Böhm, *Adjutant*, S. 106
- 64 »mit den Polen ein Gelage gefeiert«: Gerlach, *Von Rechts*, S. 233
- 65 »Das preußische Offizierskorps gehört nach Golgatha«: zit. n. Böhm, *Adjutant*, S. 105, Anm. 478
- 66 »Die Truppe hatte sofort nach Eberts Begrüßungsansprache«: Haffner, *Revolution*, S. 122
- 67 »Noch ein tadelloser Vorbeimarsch«: Böhm, *Adjutant*, S. 103

- 68 «erzwingen ausser der Reihe die Abfahrt» (14. Dezember 1918): zit. n. Ritter/Miller, *Revolution*, S. 129 (Dok. V. 10)
- 69 «Reste der Gegenrevolution»: Institut für Marxismus/Leninismus, *Liebknecht*, S. 402 (Dok. 493)
- 70 «mit Löwenstimme»: *Vossische Zeitung*, 17. Dezember 1918 (Abendausgabe)
- 71 «ist im ganzen Reiche von dem Vertrauen getragen» und folgende Redezitate: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 591 ff.
- 72 «Man spricht in Bezug auf das Rätesystem»: zit. n. Ritter/Miller, *Revolution*, S. 306 ff. (Dok. XIV. 6b)
- 73 «Was hat der Bolschewismus»: zit. n. Ritter/Miller, *Revolution*, S. 303 u. 304 (Dok. XIV. 6a)
- 74 Die Kommandogewalt über Heer und Marine» («Hamburger Punkte»), zit. n. Ritter/Miller, *Revolution*, S. 143 f. (Dok. VI. 5)
- 75 «wird wohl hier kein Kamerad sein»: zit. n. Dittmann, *Erinnerungen*, S. 601
- 76 «Ich bin der Auffassung» (Telegramm an die Armeekommandos vom 19. Dezember 1918): Ritter/Miller, *Revolution*, S. 144 (Dok. VI. 6)
- 77 «Durch diesen Beschluss wird die Autorität aller Führer»: zit. n. Berthold/Neef, *Militarismus*, S. 183
- 78 «wirklichkeitsfremd»: Winkler, *Revolution*, S. 106. Heinrich-August Winkler vertrat hier die Ansicht, die freie Führerwahl und das Ende der Rangabzeichen könnten «in keiner Armee der Welt» funktionieren. Vgl. in jüngerer Zeit ders., *Weimar*, wo Winkler diese beiden Punkte als «undurchdacht und undurchführbar» bezeichnete. Carsten, *Reichswehr*, S. 27ff. nannte die Punkte insgesamt «stark utopisch, mehr Ausdruck eines verschwommenen Gefühls». Seltsamerweise erwähnt Jones, *Anfang*, in seinem 2017 erschienenen Buch über die deutsche Revolution und das Problem der Gewalt weder die «Hamburger Punkte» noch den Boykott der Zentralratswahl durch die USPD.
- 79 «Die ‚Sieben Hamburger Punkte‘ unterstrichen wirksam»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 603
- 80 «Verräter der Revolution»: zit. n. Seils, *Haase*, S. 685
- 81 «Unsere Partei bot damals einen grotesken Anblick»: zit. n. Miller, *Bürde*, S. 207
- 82 «Eine neue Psychose war da»: Barth, *Werkstatt*, S. 89
- 83 «Die Nichtbeteiligung an der Wahl»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 598 ff.
- 84 «begab sich eines wichtigen Mittels»: zit. n. Bernstein, *Revolution*, S. 145
- 85 «Der Blödsinn feierte also Orgien»: Barth, *Werkstatt*, S. 91
- 86 «fehlt der Mut und die Kraft»: zit. n. Hürten, *Revolution*, S. 26 (Dok. 9)
- 87 «einer aussergewöhnlich geschickten Beeinflussung»: zit. n. Hürten, *Revolution*, S. 28 (Dok. 10)
- 88 «Der Posten startete die beiden Paradefiguren»: Oehme, *Reichskanzlei*, S. 171

- ⁸⁹ «Darüber kann kein Zweifel sein»: Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (2), S. 6 (Dok. 62); zu Groeners Auftritt: ders., *Lebenserinnerungen*, S. 475 ff.
- ⁹⁰ «Wir versuchen von hier aus zu protestieren»: zit. n. Kluge, *Soldatenräte*, S. 256
- ⁹¹ «Niemand ist im Zweifel, dass die Beschlüsse»: Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (2), S. 14h (Dok. 62)
- ⁹² «Besprechung 6 ^ Uhr»: zit. n. Miller, *Bürde*, S. 181
- ⁹³ «Wir hüten uns vor jeder selbständigen Handlung»: zit. n. Berthold/Neef, *Militarismus*, S. 197
- ⁹⁴ «Ich weiss von Giebel»: zit. n. Elben, *Problem*, S. 140
- ⁹⁵ «stellten Haase und ich ihm vor»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 606; zum Vorgang ausführlich Eiben, *Kontinuität*, S. 141 ff.
- ⁹⁶ «Aber Ebert blieb bei seinen Bedenken» und Vorgang Boelcke: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 606
- ⁹⁷ «Was hat der 53er-Rat»: Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (1), S. 375 (Dok. 55)
- ⁹⁸ «Vergessen Sie nicht, dass es immer ein grosser Fehler ist»: Haase, *Hugo Haase*, S. 65
- ⁹⁹ «Solange man unserer bedurfte»: Denkschrift des 53er-Ausschusses, FES-A B 2062

Das Schloss der roten Matrosen: Blutige Weihnachten

- ¹ «Es schiesst» und Aktionen Barths: Barth, *Werkstatt*, S. 105 ff.
- ² «Dieser blasse, hagere Mann»: Rotheit, *Berliner Schloss*, S. 24. Rudolf Rotheit war ein konservativer Journalist, er starb schon im Mai 1919; zuvor hatte er aus teils eigenem Erleben das wechselhafte Schicksal des Stadtschlusses während der Revolution aufgeschrieben. Sein Büchlein ist mitunter von einer gewissen Aversion gegen die Volksmarinedivision getragen, wobei er sich durchaus um Fairness bemühte, ist aber eine der aufschlussreichsten Quellen über die dramatische Geschichte der Einheit.
- ³ «In dieser Position machte er sich bei seinen Vorgesetzten sehr missliebig»: Bleek-Schlombach, *Volks-Marine*, S. 16
- ⁴ Matrosen-Verstärkung aus Cuxhaven, vgl. Kluge, *Soldatenräte*, S. 179
- ⁵ «ruhigen und besonnenen Menschen»: zit. n. Kluge, *Soldatenräte*, S. 417; Dittmann äussert sich auch in seinen Erinnerungen positiv über Tost, vor allem wegen dessen Unterstützung in der Frage der «Hamburger Punkte»; er erwähnt dabei deutlich, dass die Volksmarinedivision zum Schutz der Regierung aufgestellt wurde. Vgl. dort S. 601 ff.; auch die DDR hatte erhebliche Probleme, die Volksmarinedivision ideologisch einzuordnen, wie aus Fischer, *Berliner Abwehrkämpfe*, S. 13f. zu erkennen ist: «Sie stand, wenn auch

- schwankend und unsicher, zum Berliner Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte und damit zur revolutionären Arbeiterklasse.»
- 6 Lebensläufe Milewski, Grundtke, Hillebrand, Junge: nach Bleek-Schlombach, *Volks-Marine*, S. 18 ff.; die Broschüre mit Porträts und Selbstporträts von Führern der Matrosentruppe wurde gleich nach den Weihnachtskämpfen zusammengestellt, der Gedanke dazu kam dem Herausgeber «beim Anblick der 22 im Roten Kaisersaal aufgebahrten Opfer des ‚Roten Weihnachts-Heiligabend‘; als Verteidigungsschrift will sie «eine sachliche Aufklärung der öffentlichen Meinung» bewirken, die Einheit also – durchaus aus Sicht eines Befürworters der «sozialistischen Republik» – vorstellen und in Schutz vor dem Vorwurf des Linksradikalismus nehmen. Leider wird darin nur beiläufig auf die Weihnachtskämpfe selbst eingegangen.
- 7 «unbehindert im trüben fischen»: Engel, *Aufzeichnungen*, S. 78
- 8 «mit Freibier und Geschenken»: Rosentreter, *Blaujacken*, S. 169: zur sozialen Zusammensetzung der Einheit vgl. Wrobel, *Volksmarinedivision*, S. 38ff.; die neueste Darstellung (2017) der bewaffneten Konflikte in Deutschland 1918/1919 von Jones, *Anfang*, geht zwar auf die öffentliche Stimmung und die Stimmungsmache gegen die Volksmarinedivision ein, fast gar nicht aber auf die Truppe selbst, vgl. dort S. 117 ff.
- 9 «Es ist schade um ihn»: Engel, *Aufzeichnungen*, S. 80 (Eintrag 17.-20. November 1918)
- 10 «Er war kompromittiert in dem Augenblick»: Kluge, *Soldatenräte*, S. 231
- 11 Rolle des Grafen Metternich am 6. Dezember: Rotheit, *Berliner Schloss*, S. 55 ff. und Gross-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte (1), S. 624 u. 711 (Dok. 117 u. 124); «die bestdisziplinierte revolutionäre Truppe» zit. n. Winkler, *Revolution*, S. 98.
- 12 «eine Dummheit gemacht»: Engel, *Aufzeichnungen*, S. 81
- 13 «Sie galten als Avantgarde der Revolution»: Eichhorn, *Bericht*, S. 47
- 14 «dass die zuverlässigsten, rechtschaffenen Leute»: zit. n. Fischer, *Revolutions-Kommandantur*, S. 35 ff.; im Weiteren folge ich zur Vorgeschichte der Weihnachtskämpfe und dem Streit um die Zukunft der Volksmarinedivision vor allem der bisher gründlichsten Darstellung von Kluge, *Soldatenräte*, S. 241 ff., vgl. wesentlich knapper auch Winkler, *Revolution*, S. 100 ff.
- 15 «Falls Haase sich von Ebert trennt»: zit. n. Fischer, *Revolutions-Kommandantur*, S. 34, mit Dokumentation der geheimen Besprechung
- 16 «auf dem der Boden Regierung Ebert-Haase»: zit. n. Fischer, *Revolutions-Kommandantur*, S. 34 ff., Sitzung vom 12. Dezember 1918
- 17 Antrag zur Vergrößerung der Volksmarinedivision auf 5'000 Mann: Kluge, *Soldatenräte*, S. 242
- 18 «Uhren, Börsen, Ketten, Kannen, Silberwaren»: Rotheit, *Berliner Schloss*, S. 40 ff.

- ¹⁹ «dass seit seiner (Radtkes) Anwesenheit im Schloss»: Bleek-Schlombach, *Volks-Marine*, S. 12ff. (Porträt Fritz Radtke)
- ²⁰ «30 Paar Lackschuhe»: Fischer, *Revolutions-Kommandantur*, S. 31
- ²¹ «Die Kommandantur macht uns viel zu schaffen»: Engel, *Aufzeichnungen*, S. 83
- ²² «Wels ist der unfähigste Mensch»: Engel, *Aufzeichnungen*, S. 84
- ²³ «Euch aus dem Schloss»: zit. n. Adolph, *Otto Wels*, S. 96
- ²⁴ «Der Stadtkommandant sah fürchterlich aus»: zit. n. Adolph, *Otto Wels*, S. 96. Der Besucher ist Kurt Heinig, Spitzenbeamter im Finanzministerium, der die Verhandlungen mit der Reichsmarinedivision führt.
- ²⁵ Schusswechsel vor der Oper am 23. Dezember: *Vossische Zeitung*, 24. Dezember 1918, mit dem authentischsten Bericht über den Vorfall. Diese Ausgabe wie auch die gesamten Jahrgänge der *Vossischen* von 1918 bis 1934 sind inzwischen von der Berliner Staatsbibliothek digitalisiert und daher leicht zugänglich.
- ²⁶ «Götterdämmerung»: nach Rotheit, *Berliner Schloss*, S. 81
- ²⁷ «Seit wann sind finanzielle Streitigkeiten»: Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (2), S. 24 (Dok. 68)
- ²⁸ Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (2), S. 24 ff. (Dok. 68); zur Verhaftung der Volksbeauftragten vgl. Barth, *Werkstatt*, S. 100 ff.
- ²⁹ «ersuchte Wels das Generalkommando Lequis»: Brecht, *Aus nächster Nähe*, S. 228
- ³⁰ «Ein Widerstand von dieser Seite»: Rotheit, *Berliner Schloss*, S. 82
- ³¹ «Was, Du hast die Regierung festsetzen lassen?» zit. n. Bleek-Schlombach, *Volks-Marine*, S. 39 (Porträt Walter Junge)
- ³² Wortwechsel zwischen Ebert, Landsberg und den Matrosen in der Reichskanzlei: zit. n. Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (2), S. 23 ff. (Dok. 68) sowie Brecht, *Aus nächster Nähe*, S. 228 u. Anhang S. 502 ff. mit Brechts Gedächtnisprotokollen.
- ³³ «wenn ich dagewesen wäre»: Bleek-Schlombach, *Volks-Marine*, S. 39 (Porträt Junge)
- ³⁴ «des Nachts noch»: Engel, *Aufzeichnungen*, S. 84
- ³⁵ «Auf mein dringendes Verlangen»: Groener, *Lebenserinnerungen*, S. 476
- ³⁶ Angebot des Potsdamer Soldatenrates: Kluge, *Soldatenräte*, S. 263
- ³⁷ «wollten Weihnachten zu Hause sein»: Haffner, *Revolution*, S. 125
- ³⁸ «Nach drei Fronten mussten wir uns mit Kugelspritzen»: zit. n. Wrobel, *Volksmarinedivision*, S. 98
- ³⁹ «So eine Gemeinheit»: zit. n. Wrobel, *Volksmarinedivision*, S. 129
- ⁴⁰ «grossen mit Sofa und Sesseln»: Eichhorn, *Januar-Ereignisse*, S. 48 f. u. 57 f.
- ⁴¹ «Dorrenbach tanzt aus der Reihe»: Engel, *Aufzeichnungen*, S. 85
- ⁴² «Seine Hände zitterten»: Scheidemann, *Memoiren* (2), S. 242; vgl. Brecht, *Aus nächster Nähe*, S. 229: «Wels wurde freigelassen. Er kam – es war noch immer der Morgen des Heiligen Abends – sofort zu uns in die Reichskanzlei

- und erzählte. Dieser bullenstarke Mann war aschgrau.» Zu Ledebours Rolle bei der Rettung von Wels vgl. Adolph, *Otto Wels*, S. 101 f.
- ⁴³ Beerdigung der gefallenen Matrosen: *Vossische Zeitung*, 30. Dezember 1918
- ⁴⁴ «die grösstenteils Familienväter sind»: Engel, *Aufzeichnungen*, S. 85
- ⁴⁵ «Sie mussten wissen, dass sie Kanonen»: zit. n. Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (2), S. 102 (Dok. 77)
- ⁴⁶ «Wir waren drei Tage lang belogen worden»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 612
- ⁴⁷ «Gewiss gibt es ein Dutzend Offiziere»: zit. n. Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (2), S. 107 (Dok. 78)
- ⁴⁸ Rücktritt der USPD-Volksbeauftragten: Vgl. Dittmann, *Erinnerungen*, S. 615 ff. mit Zitat und Antworten; Winkler, *Revolution*, S. 111 ff. Enttäuschend ist hier die sonst so verdienstvolle und sorgfältige Haase-Biografie von Ernst-Albert Seils, die seltsamerweise mit nur zwei von 833 Seiten über die Ereignisse hinweghuscht; vgl. dort S. 688 ff.

«Verliert nicht den Mut, Kinder!»: Frauen in der Revolution

- ¹ «Jetzt waren wir zu fünfen»: zit. n. *Deutsche Sozialgeschichte* (2), S. 208 ff.
- ² «war die Alternative Familie oder Erwerbstätigkeit»: *Deutsche Sozialgeschichte* (3), S. 108
- ³ «sich lieber mit seiner Reiterpistole niederzuschliessen»: Gerd Klepzig: *Lily Braun. Memoiren einer Sozialistin*. In: *Die Zeit*, 30. Mai 1986
- ⁴ «Die Emanzipation der Frau»: Clara Zetkin, *Reden* (1), S. 10
- ⁵ Braun, *Kampfjahre*, S. 244
- ⁶ «Nun begann ein neues Leben!»: Heymann/Augspurg, *Erlebtes, Erschautes*, S. 164
- ⁷ «Durch Kriegszustandsgesetz»: Heymann/Augspurg, *Erlebtes, Erschautes*, S. 162
- ⁸ «Ja, wie wollen wir denn politisch selbständig werden»: zit. n.: *Vorwärts*, 8. März 2011
- ⁹ «Es stimmt schon»: Grebing, *Frauen*, S. 6. Grebings grundlegender Darstellung folge ich in Teilen dieses Kapitels.
- ¹⁰ «So viel habe ich gelernt»: zit. n. Sternsdorf-Hauck, *Brotmarken*, S. 33
- ¹¹ «sie fühlten sich in ihrem Autoritätsgefühl bedroht»: Heymann/Augspurg, *Erlebtes, Erschautes*, S. 165
- ¹² «unbequem, wenn ihre Frauen Ernst machen»: zit. nach Sternsdorf-Hauck, *Brotmarken*, S. 35
- ¹³ «Auch da habe ich meine Bedenken»: Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (2), S. 222 (Dok. 31)

- ¹⁴ «In überwiegend katholischen Gegenden»: Winkler, *Weimar*, S. 70 ff. mit Statistiken
- ¹⁵ «altersschwachen Greise»: Heymann/Augspurg, *Erlebtes, Erschautes*, S. 168
- ¹⁶ «Wir Frauen können nur unserer hohen Freude»: zit. n. Iris Weiser: «12. November 1918 – Geburtsstunde des Frauenwahlrechts», www.jpbbw.de
- ¹⁷ «sie erhielten in der Industrie keine fachliche Ausbildung»: Wehler, *Gesellschaftsgeschichte* (4), S. 97
- ¹⁸ «um die hereinströmenden Massen»: Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (1), S. 205 (Dok. 30)
- ¹⁹ «von den Frauen erkämpften»: *Frankfurter Zeitung*, 29. April 1931
- ²⁰ «Wir lebten von Kaffee, Politik und einem gelegentlichen Ei»: Kramer, *Rebellin*, S. 56
- ²¹ «Das waren die Leute»: Kramer, *Rebellin*, S. 65. Erst spät wird das hier zitierte autobiografische Textfragment von ihr entdeckt und 2011 veröffentlicht.
- ²² «Kinder, Kirche, Küche, Kranke»: zit. n. Sternsdorf-Hauck, *Brotmarken*, S. 22; dort, S. 21 ff, auch der «Bund sozialistischer Frauen» und seine Mitglieder
- ²³ «schweren Hysteriker und Psychopathen»: Heymann/Augspurg, *Erlebtes, Erschautes*, S. 179
- ²⁴ «Mein Widerwillen gegen diese»: Heymann/Augspurg, *Erlebtes, Erschautes*, S. 177
- ²⁵ «Die Weiber, breit, in blauem Zeuge»: Salomon, *Die Geächteten*, S. 180.
- ²⁶ «dass es nicht einmal das Schlimmste ist»: zit. n. Theweleit, *Männerphantasien* (1), S. 81
- ²⁷ «Es ist ja eine altbekannte Tatsache»: zit. n. Theweleit, *Männerphantasien* (1), S. 181
- ²⁸ «Menschenmengen drängten durch die Strassen»: zit. n. Sender, *Autobiographie*, S. 107. Alle weiteren Zitate von Toni Sender in diesem Kapitel nach Sender, *Autobiographie*, S. 29-131
- ²⁹ «auf einen zweiten Wellenschlag der Revolution»: zit. n. Sternsdorf-Hauck, *Brotmarken*, S. 46 ff.; Ideen Clara Zetkins: ebd., S. 44ff.

Die Farben der Gewalt: Weisser Terror

- ¹ «ob seiner Rohheit stolz»: Barth, *Werkstatt*, S. 154
- ² «brutale Übergriffe grössenwahnsinniger Offiziere»: zit. n. *Die Weltbühne*, 6. Mai 1920, anlässlich des gescheiterten Kapp-Putsches rechtsradikaler Offiziere, nach dem Noske als Reichswehrminister gehen musste.
- ³ «der dunkelsten Kapitel»: Ullrich, *Revolution*, S. 76
- ⁴ «Aber Noskes Feindbild»: Wette, *Noske*, S. 792

- ⁵ «Von Kiel aus wäre»: Noske, *Erlebtes*, S. 71; vgl. ebenda ausführlich zu seiner Tätigkeit in Kiel
- ⁶ «In Abstimmungen konnte ich den Noske» (Interview von Klaus Kuhl 1978): <http://www.kurkuhl.de/de/docs/popp.pdf>
- ⁷ Noske-Spottgedicht 1907: *Die Weltbühne*, 5. August 1924
- ⁸ «Komm sofort her, ich muss mit Dir reden»: zit. n. Wette, *Noske*, S. 284, nach der Überlieferung durch Noske.
- ⁹ «Noske tritt sehr energisch dafür ein»: Böhm, *Adjutant*, S. 121 ff.
- ¹⁰ «in engster Verbindung mit den Massen»: Wilhelm Piek: *Erinnerungen an die Novemberrevolution und die Gründung der KPD*. In: Panther, *Alle Macht* (1), S. 52
- ¹¹ «jagten sie gekünstelten Theoremen nach» (8. Januar 1919): zit. n. Seils, *Haase*, S. 692
- ¹² «Durch die kleine Zahl Anhänger»: Wilma Heckert: *Erinnerungen an Fritz Heckert*. In: Arbeitskreis, 1918, S. 81
- ¹³ «Genossen, ihr macht euch euren Radikalismus»: zit. n. Schneider/Kuda, *Arbeiterräte*, S. 116 ff. mit Dokumentation der Rede
- ¹⁴ «Versammelt die Arbeiter und alle armen Leute»: Zit. n. Kolb, *Arbeiterräte*, S. 222 mit dem Nachweis, dass das Flugblatt vor dem «Spartakusaufstand» erschienen sein muss
- ¹⁵ «Unsere Niederlage war der Triumph»: zit. n. Ullrich, *Revolution*, S. 68
- ¹⁶ «In dieser gefühlsmässig verständlichen Stellungnahme»: Dittmann, *Erinnerungen*, S. 636
- ¹⁷ «So angenehm es mir persönlich gewesen wäre»: Eichhorn, *Eichhorn*, S. 67
- ¹⁸ «Er war wie ein unsichtbarer Priester der Revolution»: Kessler, *Tagebücher*, S. 166
- ¹⁹ «Das Schand- und Lügenblatt»: *Vorwärts*, 6. Januar 1919 (Ausgabe der Be-setzer)
- ²⁰ «geschah ohne sein Wissen»: zit. n. Liebknecht, *Ausgewählte Reden*, S. 423 (Dok. 521)
- ²¹ Versammlung mit 70 Obleuten: Richard Müller, *Geschichte*, S. 546 ff.
- ²² «Das Schauspiel, das dieses handlungsunfähige Ungetüm»: Haffner, *Revolution*, S. 144
- ²³ «Sie standen von früh um neun in Kälte und Nebel»: zit. n. Scheidemann, *Memoiren* (2), S. 346
- ²⁴ «konnte der stauende Passant»: Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 253
- ²⁵ «Die Ereignisse und Kämpfe» (25. März 1919): zit. n. Hürten, *Revolution*, S. 69 (Dok. 20)
- ²⁶ OHL und Freiwilligenverbände: vgl. ausführlich Kluge, *Soldatenräte*, S. 284 ff.
- ²⁷ «kalt über den Rücken»: zit. n. Wette, *Noske*, S. 329

- 28 Lemminger vor dem Kriegsministerium: zit. n. Herman Müller, *Novemberrevolution*, S. 550 f.
- 29 «die Pressefreiheit wiederhergestellt würde»: zit. n. Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (2), S. 197 (Dok. 96)
- 30 «Ohne den Vorwärts»: Winkler, *Revolution*, S. 125
- 31 «Über alle Bedenken hinweg»: zit. n. Kolb, *Arbeiterräte*, S. 235
- 32 «Können wir unsern Willen nicht durchsetzen»: zit. n. Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (1), S. 201 (Dok. 97)
- 33 «Eine Regierung, die menschlich fühlt»: zit. n. Miller, *Bürde*, S. 232
- 34 «An jeden Proletarier ergeht der Donnerfuf»: zit. n. Ritter/Miller, *Revolution*, S. 178 (Dok. VIII. 10)
- 35 «Unsere eigene Würde fordert» (7. Januar 1919): Miller, *Regierung der Volksbeauftragten* (2), S. 6
- 36 Rein militärisch durfte die Regierung es sich gestatten: *Die Freiheit*, 13. Januar 1919
- 37 «Die Reichsregierung hatte keine Truppen»: Müller, *Novemberrevolution*, S. 254
- 38 «dass auch sie nicht in der Lage sei»: Noske, *Von Kiel*, S. 67
- 39 «Offenbar wollten sie sich selbst Mut machen»; Oehme, *Reichskanzlei*, S. 297
- 40 «in einem Zustand der Orientierungslosigkeit»: Wette, *Noske*, S. 324
- 41 «unzuverlässig, wankelmütig und verräterisch»: Fischer, *Revolutions- – Kommandantur*, S. 56
- 42 «wenig brauchbar»: *Wirren*, S. 55
- 43 «in mehreren Wellen»: Schultendorff, *Proletarier*, S. 42h; vgl. ebenso *Wirren*, S. 59
- 44 «nicht ganz so verlassen»: Schultendorff, *Proletarier*, S. 44
- 45 «Die Zeitungsgebäude»: Fischer, *Revolutions-Kommandantur*, S. 76
- 46 «Übrigens hatten auch die am Brandenburger Tor kämpfenden Regimenter»: Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 265
- 47 «nicht ganz so eindeutig zuzuordnen»: Winkler, *Weimar*, S. 58f.
- 48 «Das Bellen der Maschinengewehre war verstummt»: zit. n. Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 575
- 49 «Der Tod durch Erschiessen wäre ein milder gewesen»: zit. n. IML, *Illustrierte Geschichte*, S. 287 f.
- 50 Sturm auf den *Vorwärts* am 11. Januar: vgl. Richard Müller, *Geschichte*, S. 543 ff, weniger detailreich und mit apoletischer Tendenz Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 267 ff; Bernstein, *Revolution*, S. 216 ff; Haffner, *Revolution*, S. 139 ff, zuletzt ausführlich Jones, *Anfang*, S. 152 ff.
- 51 «Sie ohrfeigten mich» sowie Rolle von Stephanies und Stampfers nach Jones, *Anfang*, S. 198 ff; bei der hier von Jones genannten Frau Steinbring handelt es sich wohl um Hilde Steinbrink von der KPD, vgl. Grebing, *Frauen*, S. 7f.

- 52 «alle erschossen» und angebliche Weigerung von Stephanies:
zit. n. Hermann Müller, *Novemberrevolution*, S. 576 ff.
- 53 «äusserste Entschlossenheit» und folgendes Noske-Zitat: zit. n. Berthold/
Neef, *Militarismus*, S. 361 ff. (Dok. 161 u. 162)
- 54 «Als Noske am 13. Januar»: Fischer, *Revolutions-Kommandantur*, S. 77
- 55 «eine gefährliche neue politische Konstellation»: Jones, *Anfang*, S. 211. Al-
lerdings unterscheidet Jones Freikrops, Soldatenwehr und andere Einheiten
fast gar nicht.
- 56 «Das war keine Revolution»: Bernstein, *Revolution*, S. 193
- 57 «Pioniere nach vorn!» (4. Februar 1919): zit. n. Ritter/Miller, *Revolution*,
S. 183 (Dok. VIII. 14)
- 58 «Wir erschlugen, was uns in die Hände fiel», Salomon, *Die Geächteten*,
S. 145
- 59 «die rote Marie»: zit. n. Theweleit, *Männerphantasien*, S. 190
- 60 «Ich fand wieder eine Heimat»: zit. n.: *Die Zeit*, 16. Oktober 1958
- 61 «Es wäre eine freundliche Übertreibung»: zit. n. Haffner, *Revolution*, S. 171
- 62 «Die Sache war so»: *Der Spiegel*, 18. April 1962
- 63 «Der lange Krieg hat in ihr das Landsknechtstum»: zit. n. Hürten, *Revolution*,
S. 128
- 64 «Die Januarbewegung ist die Geburtsstunde»: Barth, *Werkstatt*, S. 132
- 65 «Das politische Resultat»: Rosenberg, *Entstehung*, S. 351
- 66 «Da sass, zusammengesunken»: Oehme, *Reichskanzlei*, S. 312. Szene und Zi-
tat sind nur von Oehme überliefert, in seinem 1958 in der DDR erschienenen,
von der SED überwachten und schwer zensierten Buch. Aber Baake zählt
nicht zu Noskes Freunden, es spricht wenig gegen die Authentizität der Text-
stelle.
- 67 «Vielhundert Tote in einer Reih»: *Vorwärts*, 13. Januar 1919
- 68 Gietinger, *Leiche*, S. 18 ff. u. ders., *Konterrevolutionär*; dessen verdienstvoller
Darstellung der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ich
hier folge. Ähnlich Jones, *Anfang*, S. 217 ff.
- 69 «Herr Noske verschrieb sich den Männern»: *Berliner Volkszeitung*, 28. April
1919, hier zit. n. Wette, *Noske*, S. 315
- 70 «Die alte Sau schwimmt schon»: zit. n. Jones, *Anfang*, S. 220
- 71 «tiefster Bestürzung»: zit. n. Mühlhausen, *Ebert (Reichspräsident)*, S. 148,
Anm. 245. Noske-Zitat: Malanowski, *November-Revolution*, S. 107
- 72 «Alles aus!» (18. Januar 1919): zit. n. Winkler/Cammann, *Weimar. Ein Lese-
buch*, S. 66 ff.
- 73 «Jetzt heisst es, den blutenden Leichen zu schwören»: zit. n. Institut für Mar-
xismus-Leninismus, *Illustrierte Geschichte*, S. 430, (Dok. 523)
- 74 «Der Einsatz von Militär und Freikorps»: Miller, *Bürde*, S. 90

«Einheit, Freiheit, Vaterland»: Die Nationalversammlung

- ¹ «welchen Eindruck es vor dem gesamten Ausland»: *Vossische Zeitung*, 20. Januar 1919
- ² «Ausser Zweifel ist»: Bernstein, *Revolution*, S. 266
- ³ «vermuten, dass seit Frühjahr 1919»: Eberhard Kolb: *1918/19: Die stecken gebliebene Revolution*. In: Stern/Winkler: *Wendepunkte*, S. 105
- ⁴ «An den äusseren Glanz des zusammengebrochenen Regimes»: zit. n. Mühlhausen, *Ebert (Reichspräsident)*, S. 166, ebenso die Zitate aus Eberts Ansprache
- ⁵ «von mir stets rückhaltlos anerkannte politische Geschick»: Scheidemann, *Memoiren (2)*, S. 353
- ⁶ «Das wird uns in den Stand versetzen»: zit. n. Miller, *Regierung der Volksbeauftragten (2)*, S. 287 (Dok. 114)
- ⁷ Bericht des Bremer Räterevolutionärs Latzel: «Der Kommunist», 14. April 1919, zit. n. Freie Arbeiter-Union Bremen (Hg.): *Syndikalismus und Räterevolution in Bremen 1918/19*. Bremen 2008, S. 9 ff.
- ⁸ «Noske hatte sich die militärstrategischen Denkkategorien»: Winkler, *Revolution*, S. 132
- ⁹ «das Werk der Sozialisierung» (14. Januar 1919): zit. n. Panther, *Alle Macht (2)*, S. 341
- ¹⁰ «die Kumpels und Metallproleten in den Städten»: Schwarz, *Kohlenpott*, S. 146 ff.
- ¹¹ «Ausdrücke der Angst und des Hasses»: Lucas, *Märzrevolution*, S. 48
- ¹² Lichtschlag-Lied und folgendes Zitat:
www.dorsten-lexikon.de/frei_korps-lichtschlag/
- ¹³ Ende des Neuner-Ausschusses im Ruhrgebiet: vgl. Rürup, *Arbeiter- und Soldatenräte*, S. 282ff. (Beitrag Inge Marssolek)
- ¹⁴ «hinterliess eine ungeheure Erbitterung»: Lucas, *Märzrevolution*, S. 50
- ¹⁵ «der völligen Beseitigung des alten Systems»: zit. n. Metzmaker, *Novemberumsturz*, S. 225
- ¹⁶ «Inzwischen putschten die Kommunisten»: Scheidemann, *Memoiren (2)*, S. 361
- ¹⁷ «Im Kampf der Reichsregierung»: Maercker, *Kaiserheer*, S. 161
- ¹⁸ MSPD gegen Räte: vgl. Kolb, *Arbeiterräte*, S. 287 ff.
- ¹⁹ Generalstreik in Gross-Berlin: vgl. auch mit Zahlen, Weipert, *Zweite Revolution*, S. 116 f.
- ²⁰ «Es war ein Crescendo an Gewalt»: Jones, *Anfang*, S. 238
- ²¹ «Das Menschenschlächterkleblatt»: *Berliner Spartakus-Unruhen*, S. 2
- ²² «schwerster nervöser Überreizung in blutigen Tagen»: zit. n. Wette, *Noske*, S. 424 ff.
- ²³ «Weinberger, Egelhofer und Landauer»: zit. n. Sternsdorf-Hauck, *Brotmarken*, S. 103

- ²⁴ «Keine festliche Auffahrt»: Eisner, *Neue Zeit*, S. 30
- ²⁵ «Was ist der Unterschied zwischen den Räten und dem Landtag?»: zit. n. Viesel, *Literaten*, S. 78 h
- ²⁶ «Wer hat Ihnen den Befehl zum Sturmleuten gegeben?»: Toller, *Jugend*, S. 124 ff.
- ²⁷ Morde durch die Freikorps in München im Mai 1919: alle Fälle nach Gumbel, *Vier Jahre*, S. 31 ff.
- ²⁸ «Früh rief mich Wieland Herzfelde an»: Kessler, *Tagebücher*, S. 196
- ²⁹ «Offiziere mit Reitpeitsche und Monokel»: zit. n. Sternsdorf-Hauck, *Brotmarken*, S. 104
- ³⁰ Der Mord an Gustav Landauer: nach Gumbel, *Vier Jahre*, S. 33 ff.
- ³¹ «Aber leicht möglich, dass es nur ein paar Tage sind»: zit. n. Winkler, *Weimar*, S. 76

«Es hat nicht sollen sein»: Schluss

- ¹ «Ich habe nicht im Traume gedacht» (Interview mit Klaus Kuhl 1978): zit. n. <http://www.kurkuhl.de/docs/popp.pdf>
- ² «Nie hat eine herrschende Klasse»: Richard Müller, *Kaiserreich* (2), S. 17
- ³ «Die friedliche kapitalistische Entwicklung»: Richard Müller, *Kaiserreich* (2), S. 56
- ⁴ «Es wird immer so viel von der drohenden Gegenrevolution»: zit. n. Eberhard Kolb: *Die stecken gebliebene Revolution*. In Stern/Winkler, *Wendepunkte*, S. 101
- ⁵ «Ich zog mich völlig vom politischen Leben zurück»: Barth, *Werkstatt*, S. 155
- ⁶ «Er war ein Prachtexemplar»: Sender, *Autobiographie*, S. 88
- ⁷ «Reden Sie nicht so einen totalen Unsinn»: <http://www.kurkuhl.de/docs/popp.pdf>
- ⁸ «das wahnsinnige Diktat»: Scheidemann, *Memoiren* (2), Seite 363
- ⁹ «dass Du mich aufgeriommen hast»: Sender, *Autobiographie*, S. 282

Abbildungsverzeichnis

- © SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo: S. 1, S. 2 oben, S. 3 unten, S. 4 oben
- © Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo: S. 2 unten, S. 3 oben, S. 6 oben. S. 7 oben & unten, S. 8 unten, S. 9 oben & unten, S. 10 oben & unten, S. 11 oben & unten, S. 12 oben & unten, S. 13 oben & unten, S. 16 oben
- © Walter Gircke/Deutsches Historisches Museum, Berlin: S. 4 unten © studioniermann.de/Deutsches Historisches Museum, Berlin: S. 5 © IMAGNO/Votava/Süddeutsche Zeitung Photo: S. 6 unten Deutsches Historisches Museum, Berlin/S. Ahlers: S. 8 oben
- © Sammlung Megele/Süddeutsche Zeitung Photo: S. 14 oben
Münchner Stadtmuseum, Sammlung Fotografie: S. 14 unten
Stadtarchiv Wiesbaden © A. Binder: S. 15 oben
- © Womens International League for Peace and Freedom Records, Swarthmore College Peace Collection: S. 15 unten
- © Knorr+Hirth/Süddeutsche Zeitung Photo: S. 16 unten

Register

- Achtstundentag 57, 236
AfD 182
Agrarreform 241
Alldeutsche 39, 81, 104
Allgemeine Bergarbeiterunion 430
Altmann, Gebrüder 447
Arbeiterbewegung 16, 19, 54 f., 64,
69, 77, 82, 86, 89, 96, 107-109,
114, 120, 124, 148, 178 f., 196,
201, 211 f., 285, 331, 334, 362,
373, 388, 396, 423, 452-454, 457,
473, 481
Arbeiterrat 37, 126 f., 135, 242, 371,
425, 432
Arbeitschaft 19, 43, 50, 55, 61 f.,
70, 81, 90, 93, 121-123, 126, 133
f., 143, 146, 154, 157-164, 174,
181, 185 f., 239, 277, 290, 302,
312, 332, 352, 387 f., 392-394,
411, 415-417, 427 f.
Arco, Anton Graf 438
Artelt, Karl 29, 33 f, 37, 42-44, 461,
474
Auer, Erhard 152-154, 168 f., 438
Augsburg, Anita 360, 368, 461, 478

Baake, Kurt 230-233, 244, 253, 298,
328, 343, 382, 411 f, 415
Balkankrieg 80
Bartels, Kapitän zur See 33
Barth, Emil 89, 124, 133-135, 147,
178, 197, 200, 205, 209 f, 214-
218, 223, 239, 250, 255, 262, 266,
269, 273, 280, 284, 313, 326, 340-
343, 378, 410, 413, 462, 465
Bauer, Gustav 148, 249
Bauer, Johannes 447
Baumeister, Mathilde 368
Bäumer, Gertrud 359-361
Bayerische Volkspartei 172, 437
Bebel, August 55, 58 f., 63-67, 84,
109, 368
Behm, Margarete 361
Bergarbeiterstreiks von 1899 55
Berliner Stadtschloss 15, 86 f., 92,
197, 225, 306, 326, 332, 338-340,
382, 387
Bernstein, Eduard 61, 96, 201 f, 211,
390, 406, 419, 472
Bethmann Hollweg, Theobald von
84, 92 f., 96, 101-104, 116-118
Bismarck, Otto von 48-55, 58, 91,
94, 107, 214, 254, 418, 421
Blos, Wilhelm 258, 472
Blumenthal, Paul 122, 125 f., 134
Böhm, Gustav 263, 297 f., 382 f.
Bolivar, Simon 198
Bolschewiken 119
Bolschewismus 33, 120, 174, 188,
218 f, 272, 277, 291, 303, 309,
338, 379, 392, 409, 425-427, 454,
460
Bolschewisten 119, 122, 135, 180,
184, 189, 224, 228, 291, 303, 337,
452-454, 465
Bömelburg, Theodor 63 f.
Borsig, Ernst von 239
Brass, Otto 306 f, 314
Braun, Lily 358 f.
Braun, Otto 77, 108, 120, 127, 173,
199, 205, 237, 241-243, 252 f.,
462

- Brecht, Arnold 48, 230-233, 260 f., 287, 311, 316, 340-343, 378, 463
Breitscheid, Rudolf 237, 311, 395
Brest-Litowsk, Friede von 36, 121, 126, 217
Brettschneider, Friedrich 333
Brockdorff-Rantzau, Ulrich von 256
Bromme, Moritz 358
Büchel, Franz 210
Bulgarien 139, 149
Bülow, Bernhard von 48, 51, 75, 84
Bülow-Block 73
Bürger, Gottfried 165
Bürgermiliz 310
Busch, Ernst 66
Bussche, von dem 153
- Café Stephanie 366
Cauer, Minna 359
Churchill, Winston 67, 157, 455
Clark, Christopher 19, 83
Class, Heinrich 52f.
Cohen-Reuss, Max 262, 303, 395
Cohn, Oskar 199 f.
Crispien, Arthur 108
- Dähnhardt, Dirk 34, 40
Däumig, Ernst 134 f., 177, 180, 275-278, 302-304, 312, 322, 349, 387, 391, 463, 466, 473
David, Eduard 76, 86-88, 152
DDP 255, 352, 361-364, 421-423, 426, 437
DDR 17, 89, 146, 211, 245, 461, 464, 472, 474, 476 f., 479 f-
Demokratie, erste deutsche 11-16, 20, 49, 174, 191, 236, 243, 271, 279, 305, 352, 398, 409, 423, 426, 455, 464
Demokratie, Weimarer 372
Deutscher Flottenverein 53
Deutsch, Julius 289
Deutschkonservative 51
Die Rote Fahne 392, 413
Diktatur des Proletariats 52, 59-61, 68, 303 f., 436, 444, 486
Dissmann, Robert 373-375
Dittmann, Paul 130, 203
Dittmann, Wilhelm 113, 121, 127-133, 172, 179 f., 199-205, 213-215, 219 f., 223, 232, 237-240, 255, 266-269, 272, 301 f., 307-316, 320-322, 330, 353-356, 383, 387, 393-395, 420, 463, 473
Division Gerstenberg 426
DNVP 361-363, 420
Döblin, Alfred 6, 20, 282, 482
Dolchstoßlegende 29, 155 f, 222, 409, 437, 458
Donaumonarchie 79
Dorrenbach, Heinrich 306, 328 f., 332-337, 340-344, 348-350, 391, 395, 400, 458, 463 f.
Drei-Klassen-Wahlrecht 50, 144, 373
Dreyfuss-Skandal 52
Duisberg, Carl 364 DVP 361-363, 420
- Ebert, Friedrich 15-19, 33, 80, 84 f., 98 f., 103-111, 118, 127-135, 143-146, 153 f., 160, 163-165, 172, 177 f., 185, 188-191, 194-196, 199 f., 205 f., 209-223, 229-232, 235 f., 241, 244-251, 258-274, 277 f., 282-284, 289-298, 301-306, 309-311, 316-322, 327-329, 334, 337, 343-350, 353-355, 378, 382-385, 388 f., 392-401, 404, 414 f., 418-425, 428, 434, 453-455, 458, 461, 464 f., 473-482
Egelhofer, Rudolf 366, 435, 445-447, 450
Egl, Thekla 368

- Ehrengerichtshof 72 f.
 Eichhorn, Emil 192, 264 f., 285 f.,
 293, 334-336, 386-388, 392
 Eichhorn, Fritz 286
 Eisner, Kurt 114, 168-170, 235, 367
 f., 436-439, 442-444, 450
 Empire, britisches 50, 77, 80, 116
 Engels, Friedrich 52, 57-59, 68 f.,
 85-88, 145, 397, 423
 Entente 91, 116 f., 121, 140 f., 157,
 181, 202, 220, 232, 240
 Epp, Franz Ritter von 446-448
 Erdmann, Karl-Dietrich 16
 Erfurter Programm 61, 68, 268
 Erzberger, Matthias 92, 96, 118, 143,
 148, 159, 217, 238
 Ethnische Säuberung 93

 Falkenhayn, Erich von 97, 101
 Februarrevolution 119
 Fechenbach, Felix 438
 Fehrenbach, Konstantin 293
 Felden, Emil 196
 Fernbach, Wolfgang 403
 Ferry, Abel 82
 Finnland 97, 121, 177, 344, 347
 Fischbek, Otto 247
 Fischer, Anton 400 f., 405
 Fischer, Eugen 249
 Fischer, Fritz 15
 Fischer, Kurt 281, 288
 Flechtheim, Ossip K. 94, 477
 Foch, Ferdinand 157, 217
 Fontane, Theodor 65
 Fortschrittliche Volkspartei 98, 101,
 177
 Franke, Otto 390 f., 413
 Frankreich 39, 50-53, 65, 78-83,
 90 f., 116, 138, 217, 234-236, 455
 Frauenbewegung 358 f., 363
 Frauenkonferenz, internationale
 sozialistische 360
 Frauenwahlrecht 237, 363

 Freikonservative 51
 Freikorps 12, 282, 369, 380, 394,
 400, 405-410, 417, 425-430, 433-
 435, 441, 446-448, 460 f., 466 f.,
 481
 Freikorps Rossbach 409
 Freikorpssoldaten 280, 366, 369 f.,
 408, 426, 447, 450
 Freiligrath, Ferdinand 59, 302
 Friedrich der Grosse 48, 65, 162

 Gegenrevolution 181, 209, 233, 266,
 273 f., 283 f., 289 f., 299-301, 306,
 311, 339-341, 378, 389, 397, 411,
 455, 460
 Geheimpolizei des Zaren 58
 Generalstreik 43, 86, 89, 371, 429,
 433, 468
 Gerlach, Hellmut 201, 242, 254, 297,
 473
 Germaniawerft 28 f., 37
 Gerwarth, Robert 408
 Gewerkschaften 28, 36, 49 f., 55-58,
 63 f., 112 f., 136, 168, 213, 239,
 430, 457, 462
 Geyer, Curt 97, 314
 Giebel, Karl 320 f.
 Gietinger, Klaus 413 f.
 Gleichberechtigung 202, 359, 362 f.,
 368
 Glum, Friedrich 187
 Goethe, Johann Wolfgang von 414,
 422 f.
 Göhre, Paul 321
 Goote, Thor 370
 Gotha-Bomber 141
 Gräber, Hermann 260
 Grebing, Helga 361, 364, 478
 Gröber, Adolf 148
 Groener, Wilhelm 123, 158, 163-
 165, 176, 188 f., 217-223, 267-
 273, 284, 292-295, 298, 309, 315-
 323, 339, 346, 394, 473, 478

- Grundke, Robert 330
 Gumbel, Ernst Julius 447
 Gutsbesitzer 129, 242, 411, 459
- Haase, Ernst 96, 110, 232, 252
 Haase, Hugo 13, 19, 46, 64, 72 f., 80-87, 93-100, 103-116, 123, 127, 131, 142, 146-148, 151f., 165 f., 174, 200-205, 208, 213-216, 223, 229, 232 f., 236, 240, 252, 255 f., 261, 264, 269-272, 279, 282, 296, 306, 311-314, 322-324, 329, 334, 337, 349, 353-356, 362, 383 f., 395 f., 435, 464, 473, 476, 481, 492
- Haas, Otto 315
 Haeften, Hans von 273 f., 292, 335
 Haffner Sebastian 17 f., 145, 298, 347, 391, 461, 478
 Hamburger Punkte 305-311, 315 f., 319-321, 338 f., 351, 354, 426, 433, 459
 Harbou, Bodo von 284, 291, 315, 326, 412
 Harden, Maximilian 224
 Hardie, Keir 81
 Haussmann, Conrad 101, 148
 Hecht, Ben 197
 Heckert, Fritz 384
 Heckert, Wilma 384
 Heine, Wolfgang 383
 Henke, Alfred 36
 Herbert, Ulrich 18, 52 f.
 Herzfelde, Wieland 449
 Hessel, Franz 56, 482
 Heye, Wilhelm 188 f., 274
 Heymann, Lida Gustava 357, 360-369, 461, 478
 Hilferding, Rudolf 311
 Hillenbrand, Adolf 331
 Hindenburg, Paul von 92, 101 f., 123, 139, 149, 157 f, 161 f., 219-221, 243-245, 267-270, 290, 294, 309 f., 315, 321, 455, 458, 480
- Hipper, Franz Ritter von 25 f.
 Hirsch, Paul 237, 242, 254, 388
 Hitler, Adolf 40, 183, 297, 340, 450, 455, 463, 467, 472, 480
 Hofer, Adolf 237, 241, 252-254
 Hoffmann, Adolph 237, 421
 Hoffmann, Johannes 441-443, 446 f.
 Hoffrogge, Ralf 13, 124, 132, 478
 Hofhammer, Peter 171
 Hohenzollern 46, 49, 85, 148, 193, 198, 234, 259, 270, 326, 333, 339, 480
 Höss, Rudolf 408
 Hotel Britannique 138 f., 188
 Huber, Karl 447
- Industrieverbände 50
 Integrationstaktik 57
 Interfraktioneller Ausschuss 118, 251
 Internationale Kommunisten 384, 390
- Januarstreiks 29, 36, 121-123, 132 f., 136, 142 f., 180, 185, 329, 462-464
 Jaurès, Jean 76, 82 f., 439
 Jogiches, Leo 135 f., 147, 181
 John, Karl 41 f.
 Jones, Mark 405, 433
 Jünger, Ernst 442
 Junkertum 234
- Kaetzler (Familie) 366 f., 435, 465
 Kaetzler, Gabriele 367, 435, 450
 Kaiserreich, wilhelminisches 11 f., 16, 21, 48 f., 52 f., 59, 64-66, 69-71, 77-79, 92, 102 f., 119, 142, 153, 160, 163-166, 190, 197, 219-221, 233, 278, 293, 312, 345, 357-360, 421, 437, 452, 480 f.
- Kämpfer, Hedwig 369
 Kapitalismus 56, 61, 76, 95, 111, 155, 208, 277, 431
 Kapp-Putsch 377, 461, 464-466, 469, 473

- Katholiken 50-52, 118, 420, 425, 449
 Katzenstein, Nanette 368
 Kautsky, Karl 61, 81, 88, 96, 109, 241, 254 f., 312, 321, 395-398, 406
 Kegel, Max 180
 Kerenski, Alexander F. 119
 Kershaw, Ian 76
 Kessel, Gustav von 127
 Kessler, Harry Graf 118, 225, 388 f., 449, 474, 477
 Kirchenkampf 52
 Kirdorf, Emil 55
 Klassenkampf 52, 63, 112, 126, 180, 479
 Klemperer, Victor 169, 224, 474
 Klingelhöfer, Elma 368
 Kling, Maria 448
 Kluge, Ulrich 226, 275, 279-281, 337, 400
 Koeth, Josef 248 f., 365
 Kolb, Eberhard 17, 175, 226 f., 420, 479
 Konstituante 196, 221, 237, 271, 419-421
 KPD 96, 178, 182, 361, 366, 369, 383-390, 393, 397, 405, 415, 419, 426-428, 436 f., 441, 444-447, 450, 459-466
 Kramer, Hilde 169, 366 f., 465
 Kramer, Theodor 242
 Kriegsdienstverweigerung 62
 Kriegskredite 37, 76, 84-88, 93-95, 109-111, 115, 157, 217
 Kriegspropaganda 80
 Kuhl, Klaus 331, 467
 Kulturkampf 421
 Kunersdorf 162

 Lamp'1, Walther 308, 321
 Landarbeiter 50, 236, 241 f.
 Landauer, Gustav 245, 435 f., 439, 450 f.
 Landsberg, Otto 215 f., 232, 302, 306, 309, 343-346, 354 f. 383, 398, 406, 415, 460, 465
 Lange; Helene 52, 359, 479
 Lassalle, Ferdinand 423
 Lauer, Oswald 172
 Lazis, Martyn Iwanowitsch 119
 Ledebour, Georg 74, 114, 127, 180, 202, 205, 229, 302, 312 f., 349-352, 383, 391-395, 465, 474
 Legien, Carl 35, 95, 239
 Lenin, Vladimir Iljitsch 112, 119 f., 135, 181, 384, 390, 426, 445, 452, 463
 Lensch, Paul 76, 87
 Lequis, Arnold 290-295, 298, 315, 337 f., 343-350, 355
 Levien, Max 369, 442-444, 450
 Leviné, Eugen 366, 369, 442-444, 450
 Levi, Paul 384
 Liebknecht, Karl 12, 74, 87, 90, 93-96, 113, 120-123, 145-147, 160, 169, 179-183, 186-188, 194-212, 216, 219, 257, 264-266, 272-276, 289, 300 f., 304, 312, 325 f., 334, 350-352, 384, 387-393, 402, 405, 410-417 434. 453 f., 459, 474., 477-479
 Liebknecht, Wilhelm 93
 Linke, Carl-Richard 23, 63
 Linksliberale 52, 99, 118, 142, 178, 196, 352, 420
 Linsingen, Alexander von 176 f, 187, 191
 Loewenfeld, Wilfried von 248, 380
 Lucas, Erhard 430
 Ludendorff, Erich 101 f., 118, 139 f., 149, 155-161, 269, 455, 458, 474
 Lüders, Lisbeth 421
 Ludwig III. 170
 Luther, Martin 40
 Lüttwitz, General von 411, 426

- Luxemburg, Rosa 12, 62-64, 114, 119, 146 f., 155, 181 f., 211, 259, 300 f., 304, 312, 361, 372-374, 384 f., 393, 397, 403-405, 410-417, 434, 453 f., 459, 474, 477-479
- Maercker, Georg Ludwig Rudolf 370, 431 f., 474
- Magdeburger Prozess 259
- Magnus von Eberhardt 307
- Mann, Ernst Ritter von 162
- Mann, Golo 154
- Mannheimer Parteitag 58, 63
- Marine, kaiserliche 37
- Marloh, Otto 435
- Marwitz, General von 149
- Marx, Karl 52, 57-61, 85, 118, 145, 423
- Massenstreik 61-63, 114, 126 f., 131, 135
- Matthias, Erich 246
- Matt, Wilhelm 172
- Max, Prinz von Baden 21, 31, 111, 148 f., 152 f., 159, 172, 176 f., 186-190, 195-197, 213, 231, 247, 332, 349, 394
- Meinecke, Friedrich 65
- Menschewiki 120
- Meyn, Major 282, 402
- Michaelis, Georg 118, 142
- Milewski, Emil 330
- Militarismus 14, 37, 47, 67-69, 77, 94, 153, 164 f., 220 f., 271, 278, 308-311, 316, 319, 442, 456, 476, 479, 503
- Militärstrafrecht 72
- Miller, Susanne 16, 59, 101, 143, 220, 318, 417, 453
- Mohr, Joachim 141
- Mohr, Maximilian 141
- Möllendorf, Wichard von 340
- Möller, Klara 403
- Möller, Werner 390, 403
- Moltke, Helmuth von 70
- Moser, Heinz 233, 260 f.
- Mosse, Rudolf 390
- MSPD 14 f., 29-31, 47, 104, 113, 121-128, 133, 144-148, 151-154, 160-169, 172 f., 176-181, 185, 188-190, 195-197, 200-217, 222, 227-229, 234-237, 240 f., 246-251, 254, 257, 262, 266, 272-278, 284-289, 300, 304-307, 313-321, 325-327, 334-336, 339, 346, 352-355, 361-364, 382-393, 396-398, 406, 417-423, 426-433, 436-438, 441, 453-460
- Mühlhausen, Walter 84, 212, 241, 270
- Müller, Hermann 142, 148 f., 173, 207, 262-264, 267, 393, 399-401, 406, 466, 469
- Müller, Richard 13, 46 f., 124-136, 145-147, 172, 177-181, 184 f., 208, 229, 300 f., 304, 349, 362, 383, 388-391, 452 f., 466, 478
- Münchner Räterepublik 14, 362, 366-369, 435, 442, 465, 478, 481
- Mund, Walter 40
- Nationalbolschewist 441 Nationalismus 14, 52, 80, 83, 121, 480 f.
- Nationalliberale 51 Nationalsozialismus 365 Nationalversammlung 11, 14, 118, 178, 190, 199, 215, 226-229, 237, 241, 261-263, 271-273, 277, 284, 290-292, 299, 302-304, 309-312, 337, 356, 361-364, 375, 380, 385-387, 392, 417-428, 435, 459, 475
- Nationalversammlung, russische 119-122, 135
- Naumann, Friedrich 352, 421
- Naumburger Jäger 176, 184-187

- Neuner-Kommission 428
Niekisch, Ernst 441
Noske, Gustav 31, 43-45, 64, 69, 73 f., 77, 108, 163, 243, 285, 311, 323-325, 337, 370, 378-383, 394, 399-401, 404-417, 424-428, 432-435, 443-446, 456, 460, 466, 474, 481
- Obleute 122-128, 131-137, 145-147, 160, 165, 172, 177-181, 185, 197, 200, 205-210, 215 f., 219, 275-277, 383 f., 387-393, 398-400, 405, 452, 466, 479
- Obrigkeitsstaat 11, 14, 40, 45, 48-53, 107 f., 133, 151, 236, 294
- Oehme, Walter 230-233, 243 f., 260, 315 f., 399, 411, 474
- Oertzen, Friedrich Wilhelm von 409
Oertzen, Peter von 125
- Oktoberrevolution 119, 154, 163, 454
- Orwell, George 159
- Osmanisches Reich 80, 139
- Ostfront 91, 97
- Pabst, Waldemar 326, 410, 413 f., 434 f.
- Papen, Franz von 462
- Pariser Kommune 68
- Payer, Friedrich von 118, 148
- Peschke, Paul 89
- Petersburger Blutsonntag 58
- Pfau, Ludwig 13
- Pieck, Wilhelm 146 f., 211 f., 387 f., 405
- Piper, Ernst 157
- Plivier, Theodor 29
- Politische Prozesse 180
- Popp, Lothar 30-37, 42-44, 380, 452, 467, 474
- Prager, Eugen 113, 211
- Pressefreiheit 144, 396
- Preußen, Heinrich von 44
Preußen, Joachim von 232
Preuß, Hugo 237, 251, 423
Probst, Jakob 448
Pyta, Wolfram 102, 480
- Quirnheim, Mertz von der 140
- Radtke, Fritz 332-341, 345 f., 349-352, 467, 473
- Ramm, Eberhardt 253
- Ranke, Leopold von 66
- Rat der Volksbeauftragten 209, 223, 235, 247, 259, 268, 271, 278 f., 301 f., 309, 313, 323, 337, 353, 362, 372, 396, 400, 419, 437, 453-457, 467
- Rätesystem 134, 276, 302, 319, 376 f., 387, 427 f
- Rathenau, Walther 369, 421
- Rausch, Bernhard 38, 45, 163
- Rechtspopulisten 182
- Regierung der Volksbeauftragten 14, 207, 219, 229, 233-235, 256 f., 267, 275, 281, 306, 335, 350, 364, 399, 415, 495
- Regiment Potsdam 402
- Reichsmarine 22
- Reichsrätekongress 226, 230, 237, 299, 313, 324 f, 339, 458
- Reichstag 49-52, 57, 62-71, 75-77, 86 f, 93-95, 104, 109, 113, 118, 121, 128 f, 139, 142, 152, 157-161, 165, 181, 186-188, 194-197, 201-204, 208, 214 f, 219, 269, 273, 285, 293, 330, 340, 360, 381, 401 f., 435, 456, 464-469
- Reichstagswahlen 64, 73
- Reichswehr 258, 310, 320, 410, 425, 461, 464, 468, 474-477
- Reinhard, Wilhelm 402, 407, 410
- Reinhardt, Walther 407
- Republikanischer Schutzbund 28
- Republikanische Soldatenwehr

- 280-289, 336, 342, 347-350, 399-401, 424, 443 f., 457
- Retzlaw, Karl 122
- Revanche für 187 152
- Revolutionstribunal 163, 249, 318, 369
- Rheinland-Separatisten 234
- Rilke, Rainer Maria 170
- Ringelnatz, Joachim 23, 224 f., 475, 479
- Rosenberg, Arthur 49-51, 86, 115, 134, 154 f., 181, 238, 361, 411, 475
- Rossbach, Georg 410
- Rote Fahne 43, 208, 224, 265 f., 272, 289, 334, 341, 390, 397, 413, 466
- Roter Vorwärts 403
- Royal Navy 22, 117, 331
- Rück, Fritz 90, 113, 150 f., 475 f., 488
- Rühle, Otto 93,96
- Ruhrbarone 241, 459
- Russland 17, 36, 55-58, 77-81, 86, 91, 97, 100, 119-122, 133-135, 139, 143 f., 154,181, 224, 291, 303 f., 384, 441, 444, 452, 465
- Rüstungswettrennen 53
- Salomon, Ernst von 369, 408 f.
- Scheidemann, Philipp 12, 28, 31-33, 75 f., 80-84, 98-101, 118, 126 f., 130-133, 148, 154, 162-165, 176-179, 190-205, 208, 213-216, 220, 223, 229-235, 245-248, 258, 266, 272, 284-289, 300 f., 309, 316, 319, 323, 332, 343, 346, 351-355, 378, 383-385, 388 f., 393, 398, 423-425, 430-434, 455-459, 467, 474 f.
- Schëuch, Heinrich 176, 191, 211 f., 221, 237, 248, 295, 356, 382
- Schiffer, Eugen 256
- Schiller, Friedrich 239, 423, 438
- Schlieben, Geheimrat von 246
- Schlieffen-Plan 91,116
- Schneppenhorst, Ernst 446
- Scholem, Betty 225, 228
- Scholem, Gershom 225
- Scholze, Paul 131
- Schultzendorff, Walther von 400 f.
- Schulze, Hagen 16, 77, 120, 344, 462
- Schwabe, Alfred 34
- Schwerindustrie 238, 427, 454
- Second Empire 74
- Sedlmeier, Josef 447
- Seeblockade 22, 122, 217, 220, 242
- Seils, Ernst-Albert 19, 64, 203
- Selbert, Elisabeth 361
- Sender, Toni 204, 370-377, 465, 468
- Sens, Arthur 35
- Severing, Carl 299,305, 430
- Siegermächte 18, 220 f., 319, 437
- Siegfriedlinie 149
- Siemens 239
- Siemens, Carl-Friedrich von 239
- Sievers, Max 255
- Skagerrak, Seeschlacht am 24, 115
- Soldatenräte 46 f., 207-210, 216, 220-223, 226-229, 246, 257, 260-262, 270-279, 282-284, 290-299, 304-311, 316, 320, 323, 327, 337, 354, 362, 376, 380, 424-427, 430, 433, 444, 453 f., 457, 473, 479 f
- Söldner 410
- Solf, Wilhelm 103, 255 f.
- Sollmann, Wilhelm 166
- Sonderfrieden, Bayern 235
- Sonntagsarbeit 242
- Souchon, Wilhelm 31 f., 42-44, 415
- Sowjets 121, 182
- Sozialgesetze 11
- Sozialisierung 210, 238-240, 249, 285, 305, 312, 376, 424, 427, 431-433, 454
- Sozialismus 52-54, 61, 75 f., 113-115, 120, 145, 155, 173,180, 204, 210, 214, 240, 255,303, 312, 361, 368, 376, 383, 388, 393, 409, 429-431, 436, 442, 472, 480

- Sozialversicherung 55
 Spanische Grippe 228, 374
 Spartakisten 46, 112 f., 123-125,
 132-136, 146 f., 173, 183, 197,
 200, 208-213, 216, 219, 229, 257,
 263-266, 272-274, 284 f., 288-
 292, 296, 299 f., 318, 324, 335-
 337, 344, 356, 383-386, 393, 399-
 401, 404, 407, 412, 418, 426-429,
 432-434, 444, 447, 455, 462
 Spartakusbund 114, 125, 133, 136,
 143, 147, 178-183, 211, 300 f.
 SPD 14-19, 28-30, 34-37, 44, 48, 52-
 54, 58-65, 68-90, 93-96, 99-104,
 107-109, 112-115, 120, 123, 126-
 129, 134 f., 142-149, 153 f., 157,
 165, 180, 199-201, 213-216, 219,
 236-238, 242, 255, 268, 285, 291,
 305, 310-312, 329, 340, 345, 350,
 359 f, 374, 377, 381, 389, 399,
 402, 420 f., 426-428, 453-457,
 460-469, 475 f, 479 f
 Stalin, Josef 182, 465-467
 Stampfer, Friedrich 251, 267, 389,
 404, 415
 Steinbrink, Hilde 362
 Steinhäuser, Oskar 32
 Stephani, Franz von 402-404
 Stern, Fritz 49
 Stinnes, Hugo 239
 Stöcker, Helene 368
 Streichert, Louis 34
 Ströbel, Heinrich 87
 Stumm, Ferdinand von 334
 Stumpf, Richard 23
 Südekum, Albert 55 f., 165
 Syndikalisten 430

 Tannenberg, Schlacht 92, 140, 158
 Tannenberg, Sieger von 103
 Thaer, Oberst von 155-159, 292-294,
 298, 317
 Thule-Gesellschaft 438, 447

 Thyssen, August 92
 Tirpitz, Alfred von 53,103
 Toller, Ernst 170, 362, 442, 445 f.,
 450, 468
 Tost, Otto 308
 Trimborn, Karl 148
 Troeltsch, Ernst 250, 424
 Trotha, Adolf von 21
 Trotzki 58, 322, 452
 Tschecha 119, 146
 Tucholsky, Kurt 11, 83, 249, 258,
 379, 382, 439, 454
 Türkei 96,162

 U-Boot-Krieg 22, 28, 103, 115-117,
 133, 255
 Ulbricht, Walter 17
 Ullrich, Volker 19, 34-36, 161, 210,
 379
 USPD 15, 28-30, 35-37, 42, 104,
 114, 119-123, 126-135, 142, 145-
 147, 150, 161, 165-171, 174, 178-
 180, 185, 192, 196, 199-205, 209-
 216, 219-223, 228 f., 232-237,
 240-246, 249-257, 264-266, 272-
 276, 279-281, 285, 292, 299-302,
 306 f, 311-316, 319-324, 329,
 336, 346, 349 f., 353-356, 361-
 363, 371, 374-377, 380-397, 405,
 419-421, 424-428, 436 f., 441,
 453-457, 460-468, 475
 Utopismus 181, 440

 Vandervelde, Émile 81
 Vaterländisches Hilfsdienstgesetz
 236
 Verdun 97 f., 101, 115 f., 156, 442
 Versammlungsfreiheit 144, 236
 Villain, Raoul 82 f.
 Viviani, René 90
 Völkerbund 116, 144
 Volksbeauftragte 15 f, 209, 213-216,
 219-222, 232-238, 241-251, 254f.,

- 261, 266, 269, 274, 278-281, 284-288, 293-295, 300-302, 306-309, 313 f., 318-321, 324, 332-340, 345 f., 354, 362f., 378, 383, 387, 391-397» 409 f., 414, 428, 432, 456-463, 474
- Volksgemeinschaft 52,360
- Volksmarinedivision 15, 225, 263, 306 f., 326-345, 349-351, 354, 387, 391, 394 f., 400, 435, 456 f., 460-463, 467, 470
- Volkwehr 68, 228, 268, 278-280, 289, 305-310, 351, 424, 457, 473» 475, 480
- Vollzugsrat 216, 229-232, 237, 241, 260-264, 274-276, 293 f., 297-304, 308, 313, 322, 334 f., 349, 362, 388, 473
- Vorwärts 59, 67, 79, 83-87,120, 123, 141, 145, 161, 165, 185 f., 208 f., 213, 237, 241, 251, 264-267, 272, 285, 362, 386, 389-393, 396, 402-404, 407, 412, 415, 418, 421, 434
- Vossische Zeitung 264 f., 275, 299, 342, 350, 418
- Waalkes, Wilhelm 46
- Wagenknecht, Sahra 182
- Wahlrecht 11, 63, 236-238, 359, 363
- Walcher, Jacob 136
- Watter, Oskar von 428
- Weber, Marianne 364
- Weber, Max 364, 421
- Wehler, Hans-Ulrich 364
- Wehrpflicht 69 f., 127, 280, 410, 429, 477
- Weihnachtskämpfe 15, 279, 327, 350, 353, 382, 413
- Weimarer Republik 16-19, 39, 47, 178, 216, 226, 231, 250, 256-258, 280, 310-312, 345, 365, 372, 377, 433, 466, 469, 475-481
- Weimarer Verfassung 432
- Weizsäcker, Ernst von 45
- Wels, Otto 63, 153 f., 185 f., 207 f., 216, 264-266, 280 f, 286-289, 336, 339-355, 389, 401, 455, 466-469, 476
- Weniger, Carl Wilhelm 38
- Westfront 118,141,146, 164, 329, 389
- Wette, Wolfram 44, 379, 400, 425
- Wettrüsten 79
- Wieczorek, Otto 328, 333, 340
- Wilhelm I. 50, 66
- Wilhelm II., Kaiser 48-50, 65-67, 70 f., 87, 92, 102, 138, 145, 149, 159, 164, 187-190, 232, 269
- Wilson, Woodrow 116 f., 153, 162 f, 173, 217, 476
- Winkler, Heinrich August 12, 66, 93, 197, 240, 270, 304, 363, 402, 427
- Wippermann, Wolfgang 13
- Wissell, Rudolf 383
- Wolff-Metternich, Hermann 263
- Wolff, Theodor 205, 266, 327, 421-423
- Wolfstein, Rosi 113, 362
- Wollenberg, Erich 445
- Wurm, Emanuel 249
- Wurm, Mathilde 362
- Zarenreich 53, 57, 77, 80, 83, 92
- Zenker, Wolfgang 39 f.
- Zentralrat 135, 308, 313-317, 320-324, 332 f., 336, 339, 349, 354 f., 363, 383, 386 f., 394-397. 425. 441. 475
- Zentrumspartei 52,140-144, 148, 159, 177 f., 196, 251, 293, 361-363, 418-420
- Zeppelin 141, 151
- Zetkin, Clara 109, 358-360, 374- 376, 385, 415, 476
- Zickler, Artur 412
- Zwangseinziehungen 180